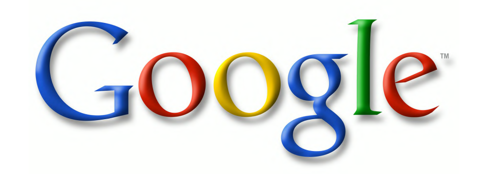




JAHRBUCH FÜR SOZIALWISSENSCHAFT


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ARTES SCIENTIA VERITAS
1817



Jahrbuch

für

Sozialwissenschaft

und

Sozialpolitik.

Herausgegeben

von

Dr. Ludwig Richter.

Erster Jahrgang. Zweite Hälfte.



Zürich-Oberstrass.

Verlag von Ferdinand Körber,

Buchhandlung für akadem.-polytechn. Literatur.

1880.

Inhaltsverzeichniss.

Vorwort.

Die zweite Hälfte vom ersten Jahrgang dieses Jahrbuches hätte bereits im Januar erscheinen sollen. Durch einige äussere Umstände, besonders die Neueinrichtung der Druckerei des Jahrbuchs, hat sich indessen die Fertigstellung um 4 bis 5 Monate verzögert. Um nun den ersten Theil des nächsten Jahrgangs (1880/81) nicht allzuschnell folgen zu lassen, wird derselbe erst im Oktober erscheinen, und wir hoffen, dann regelmässig im April und Oktober einen Halbband liefern zu können.

Was die Eintheilung des Inhalts betrifft, so ist dieselbe die gleiche geblieben. Wenn der erste Theil diesmal im Verhältniss zu den beiden anderen etwas kleiner ausgefallen ist, so liegt dies daran, dass uns eine interessante Arbeit über Fourier zu spät eingeliefert wurde und nunmehr erst im nächsten Theil zur Veröffentlichung kommen kann. Auch ein anderer Artikel blieb aus, der für diesen Abschnitt zugesagt war. Derselbe sollte eine ausführliche Antwort auf die Kritik enthalten, welche der „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“ betitelte Aufsatz der ersten Hälfte an der Taktik der Partei geübt hatte. Der Herausgeber würde eine solche Widerlegung um so lieber aufgenommen haben, als er damit am besten seine redaktionelle Unparteilichkeit hätte beweisen können. Es war dies deshalb wünschenswerth, weil man den Herausgeber, trotz der im Vorwort der ersten Hälfte ausgesprochenen Bitte, ihn nicht für alle in dem Jahrbuch ausgesprochenen Ansichten mitverantwortlich zu machen, doch wegen einiger in dem zitirten Aufsatz enthaltenen Aeusserungen, die nicht seine eigenen sind und die er auch nicht ganz vertreten kann, heftig angegriffen hatte. — Als Ersatz für diesen, wenngleich fest zugesagten, doch nicht eingegangenen Artikel wurde der Aufsatz über „die deutsche Sozialdemokratie und das Sozialistengesetz“ aufgenommen, der indessen keine vollständige Antwort auf die „Rückblicke“ enthält.

Der in Aussicht gestellte Bericht über die Auslegung und Ausführung des deutschen Sozialistengesetzes wurde verschoben, weil, wie dem Herausgeber mitgetheilt wurde, baldigst ein offizieller Bericht der Parteivertretung über diese Angelegenheit erscheinen soll, der im Jahrbuch event. auszugsweise mitgetheilt werden wird.

Die Abtheilung „Rezensionen" ist diesmal sehr reichhaltig ausgefallen. Es wird auch zukünftig eine Hauptaufgabe des Jahrbuchs bleiben, die sozialistische und antisozialistische Literatur kritisch zu besprechen, und der Herausgeber bittet insbesondere auswärtige Correspondenten und Freunde des Jahrbuchs, ihm hierbei behülflich zu sein.

Auch die Berichte sind vollzähliger als das vorige Mal. Indessen konnte die Ungleichartigkeit in der Behandlung des Stoffs auch diesmal noch nicht ganz vermieden werden. Hinzugekommen sind u. A. ausführlichere Berichte über England, Spanien und Portugal, sowie ein kürzerer Bericht über Griechenland und den Orient. Der Bericht über Serbien, aus der Feder des Herrn Theodorowitsch, konnte wegen Erkrankung des Verfassers leider nicht vollendet werden. Dagegen war es unserem werthen Mitarbeiter noch möglich, eine Skizze über den kürzlich verstorbenen sozialistischen Deputirten Adam Bogosawljewitsch zu liefern, die wir als einen Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in Serbien in die Rubrik der Berichte eingereiht haben.

Infolge der Verzögerung des Drucks wurde auch die Einheitlichkeit des Abschlusses der Berichte beeinträchtigt. Ein Theil derselben schliesst, der ursprünglichen Disposition entsprechend, mit dem Jahre 1879 ab, andere dagegen besprechen noch die ersten Monate des Jahres 1880, während für einen dritten Theil sogar Nachträge geliefert wurden. Diese Unregelmässigkeit wird für die Folge gleichfalls nach Möglichkeit vermieden werden.

Am Schlusse des Jahrbuches findet der Leser noch eine Abhandlung des verdienstvollen kleinrussischen Publizisten, Prof. M. Dragomanow, über den „kleinrussischen Internationalismus". Der Herausgeber hielt sich für verpflichtet, diesen Aufsatz, der sich gegen einige Stellen des in der ersten Hälfte dieses Jahrgangs enthaltenen Berichtes über Russland wendet, aufzunehmen, da er es dem Verfasser des angegriffenen Berichtes anheimgestellt hatte, noch im vorliegenden Bande des Jahrbuches darauf zu antworten, was derselbe als Gegner persönlichen Polemisirens indessen ablehnte.

Schliesslich drückt der Herausgeber seinen Dank aus für die

freundliche Aufnahme, welche das Jahrbuch im Publikum gefunden hat, und hofft, dass sich dieselbe auch auf die künftigen Lieferungen übertrage. Ganz besonders spricht derselbe auch diesmal den Herren Mitarbeitern seine Anerkennung für die bereitwillige Hilfe bei Zusammenstellung dieses Bandes aus.

Mai 1880.

Der Herausgeber.

Die erste Hälfte dieses Jahrganges des „Jahrbuches für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" wurde von der königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg (Sitz in Augsburg) unterm 21. August 1879 mit der Motivirung verboten, dass

„in derselben ihrem ganzen Inhalte nach sozialdemokratische und kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten."

Gleichzeitig mit diesem Verbot wurden vier in Lindau angehaltene Ballen des Jahrbuches beschlagnahmt.

Der Verleger wandte sich zunächst beschwerdeführend an die verbietende Behörde, indem er um nähere Angabe der inkriminirten Aufsätze bat, damit ihm eine sachlich eingehende Beschwerdeführung ermöglicht werde; unabhängig von dieser Beschwerde bat er um Rückgabe von in den Ballen enthaltenen nachweisbar für den ausserdeutschen Buchhandel bestimmten Exemplaren.

Die letztere Bitte wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass „gemäss § 14 des erwähnten Reichs-Gesetzes auf Grund des von der untergefertigten Stelle unterm 21. v. Mts. erlassenen Verbotes alle Exemplare der fraglichen, von diesem Verbot betroffenen Druckschrift da, wo sie sich zum Zweck der Verbreitung vorfinden, ohne Rücksicht auf ihren Bestimmungsort, der Beschlagnahme unterliegen."

Der von uns gesperrt gedruckte Satz ist in dem angezogenen Paragraphen nicht enthalten.

Die Beschwerde selbst aber wurde unter dem 6. September 1879 mit dem Bemerken zurückgewiesen, dass es dem Verleger

„übrigens unbenommen bleibt, Beschwerde an die Reichs-Kommission in Berlin zu führen."

Der Verleger wandte sich nunmehr an diese, bat um Festsetzung einer Frist zur ausführlichen Begründung seiner Beschwerde und erhielt von ihr unterm 4. Oktober 1879 eine Verfügung, nach welcher es ihm freigestellt wurde

„binnen einer präclusivischen Frist von acht Tagen die weitere schriftliche Begründung Ihrer Anträge an die Reichs-Kommission einzureichen."

Nachdem dies geschehen, erhielt der Verleger unterm 28. November 1879 von derselben Reichs-Kommission die Antwort,

„dass die Beschwerde als unannehmbar zurückzuweisen sei."

Paragraph 13 des Reichsgesetzes gegen die etc. bestimme nämlich:

„Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder. dem Herausgeber, das Verbot einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen,

„gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber, sowie dem Verfasser die Beschwerde (§ 26) zu."

Die Reichs-Kommission folgerte nun aus diesem Paragraphen unter Hinweis auf die Vorgänge bei Berathung des Gesetzes, sowie auf den „analogen" Paragraph 8 — betr. Vereine — dass

„eine Beschwerde gegen die Verbotsverfügung nur denjenigen Personen zusteht, denen das Verbot nach § 13, Al. 1 a. a. O. bekannt zu machen ist."

Alle weiteren Schritte des Verlegers wurden mit der gleichen Motivirung, die mit der vom 4. Oktober 1879 datirten Verfügung der Reichs-Kommission und mit dem Bescheid der Regierung von Schwaben und Neuburg vom 6. September 1879 im direkten Widerspruche steht, abgewiesen.

Es ist somit der auswärtige Verleger diesem Gesetze gegenüber absolut rechtslos. Nicht nur was den Verkehr mit dem deutschen Buchhandel anbetrifft, sondern auch bezüglich des über Deutschland gehenden Verkehrs mit den ausserdeutschen Buchhändlern. Jede Landespolizeibehörde kann gegen jedes ihr missliebige Buch mit der oben abgedruckten, sehr vagen Verfügung vorgehen, und ruhig muss es der Betroffene mit ansehen, wenn er — wie es im vorliegenden Falle geschehen — auf solche Weise um einen Betrag von gegen 2000 Franken geschädigt wird.

Es ist sicher keine Uebertreibung, wenn einem derartigen Gesetz gegenüber die Wiedereinführung der Zensur als Fortschritt bezeichnet wird. Selbst die russischen Pressverhältnisse sind dem ausländischen Buchhändler günstiger.

Der Verleger hatte, um eine öffentliche Diskussion dieser Frage sowohl in der Presse als auch im deutschen Reichstage und dadurch eine Aenderung bez. Präzisirung der betreffenden Paragraphen anzuregen, eine gedrängte Darstellung der ganzen Angelegenheit vervielfältigen und an die bedeutendsten Journale Deutschlands, sowie an eine Anzahl hervorragender Parlamentarier versenden lassen. Indessen blieb diese Anregung — abgesehen davon, dass einzelne Zeitungen in immerhin anerkennenswerther Objektivität die Zusendung abdruckten — erfolglos. Das Gesetz ist unter unveränderter Beibehaltung der betr. Paragraphen auf weitere drei Jahre verlängert worden.

Dies zur Beherzigung für alle ausserdeutschen Schriftsteller und Verleger, sowie zur Erklärung dafür, dass der Verleger des Jahrbuches diesmal auf den sonst üblichen Verbreitungsmodus Verzicht leistete.

Die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus.

Eine Skizze von H. O-g.

In der Einleitung zu den von ihm herausgegebenen Briefen Lassalle's an Rodbertus sagt Prof. A. Wagner (S. 8):

> „Darüber gehen unter den Männern der Wissenschaft die Meinungen doch kaum mehr auseinander, dass der wissenschaftliche Sozialismus ein ökonomisches System darstellt, welches keine Wissenschaft der Nationalökonomie mehr ignoriren kann."

Kurz vorher wird bezüglich Rodbertus gesagt, dass er der originellste Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus sei, der „neben oder über" (?!) Lassalle, Marx und Engels steht und früher als einer dieser Männer gewisse Kernpunkte (!) des wissenschaftlichen Sozialismus formulirt habe.

In der ersten Hälfte dieses Jahrbuches schreibt der geehrte Herr Recensent*) des Schäffle'schen Buches „Bau und Leben des sozialen Körpers" auf S. 113:

> „— — — dass der ganze Streit über die Werththeorien häufig stark überschätzt wird. Es ist falsch zu sagen, dass mit der Marx'schen Werththeorie der ganze moderne Sozialismus stehe und falle — mindestens ist eine solche Behauptung gewagt (?!) —, und es ist nicht minder falsch, zu glauben, irgend eine sonstige Werththeorie vermöge den Kapitalismus über die Periode seiner historischen Existenznothwendigkeit hinaus vor dem Untergang retten. Sicher ist es dagegen, dass

*) Irre ich mich in der Person des Herrn Rezensenten nicht, so war derselbe zuerst begeisterter „Lassalleaner", der sich jedoch bald verächtlich von Lassalle abwandte, um ebenso begeisterter „Marxianer" und in weiterer Entwickelung einer der enragirtesten „Dühringianer" zu werden. Jetzt hat Schäffle es ihm mit seiner Zukunftsmusik angethan.

die **Praxis** im entscheidenden Moment derartige Theorien am besten zu kommentiren versteht."

Wir wollen bezüglich der letzteren Aeusserung hier nicht die Frage aufwerfen, wie und wann denn der „entscheidende Moment" kommen wird, in dem die Praxis als Fatum auftritt, um von vorn herein perhorrescirte Theorien zu erläutern. Es mag statt dessen als Dritter hier Engels zitirt werden. Derselbe schreibt auf S. 175 seiner Schrift: „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft":

„Wie ist es möglich, fortwährend theurer zu verkaufen, als man eingekauft hat, selbst unter der Voraussetzung, dass fortwährend gleiche Werthe ausgetauscht werden gegen gleiche Werthe?

Die Lösung dieser Frage ist das epochemachendste Verdienst des Marx'schen Werks. Sie verbreitet helles Tageslicht über ökonomische Gebiete, wo früher Sozialisten nicht minder als bürgerliche Oekonomen in tiefster Finsterniss herumtappten. Von ihr datirt, um sie gruppirt sich der wissenschaftliche Sozialismus."

Es handelt sich hier nicht darum, eine Vergleichung zwischen Rodbertus oder Marx, Engels und Lassalle anzustellen. Ob Hans oder Peter, oder wer immer als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus anzusehen, ist gleichgültig. Nichts schadet mehr, als der blinde, kritiklose Autoritätsglaube. Welche erbitterten Kämpfe wären beispielsweise den deutschen Sozialisten erspart geblieben, wenn sie die 1878 herausgegebenen Briefe Lassalle's an Rodbertus zehn Jahre früher gekannt und somit erfahren hätten, dass es einen esoterischen und exoterischen Lassalle gegeben. So aber mussten einige praktische Vorschläge, auf die Lassalle nur aus agitatorischen Gründen Werth legte, den Streitpunkt abgeben, um den sich die erbittertsten Parteikämpfe drehten, während sich doch beide Theile im Prinzip einig waren.

Wenn es demnach an sich gleichgültig ist, **wer** einen Lehrsatz aufgestellt hat, so ist es doch durchaus nicht einerlei, ob dieser Lehrsatz richtig ist, und wenn es dem entsprechend auch an sich bedeutungslos ist, wer dem wissenschaftlichen Sozialismus seine Grundlage gegeben, so ist doch die Frage von der grössten Bedeutung, ob der Sozialismus seine wissenschaftliche Begründung hat, worin dieselbe besteht, resp. wessen Theorie die richtige ist.

Der Sozialismus ist der Gegensatz des Kapitalismus, der wissenschaftliche Sozialismus hat sich also in erster Linie mit der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise zu beschäftigen. Marx hat sich in seinem Buch „Das Kapital" die Aufgabe gestellt, „die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse" zu erforschen, um, als Endziel, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen." Er betrachtet den „Reichthum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht", als „eine ungeheure Waaren-

sammlung, die einzelne Waare als seine Elementarform." Seine Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Waare.

Suchen wir hier in aller Kürze das von ihm gewonnene Resultat mitzutheilen.

Die Waare kennzeichnet sich als „ein äusserer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgend einer Art befriedigt", das also einen Nutzen hat, nützlich ist. „Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswerth." „Der Gebrauchswerth verwirklicht sich nur im Gebrauch oder der Konsumtion." Sobald Gebrauchswerthe gegen einander ausgetauscht werden können, haben sie „Tauschwerth". Wenn nun verschiedenerlei Gebrauchswerthe, um als Tauschwerthe bezeichnet werden zu können, austauschbar gegeneinander sein müssen, so scheint es, dass jeder Tauschwerth ein nützliches Ding ist, dass der Tauschwerth in der Nützlichkeit des Dinges begründet ist, resp. dass sich die Grösse des Tauschwerthes eines Dinges nach dem Masse seiner Nützlichkeit richtet. Wenn das wäre, wären Gebrauchswerth und Tauschwerth zwei Bezeichnungen für einen und denselben Begriff und desshalb an sich widersinnig. Da nun aber irgend ein Gegenstand nur desshalb gegen einen andern ausgetauscht werden kann, nicht weil er an sich nützlich, sondern weil er überhaupt ein greifbares Ding ist, so ist der Gebrauchswerth und Tauschwerth eines Gegenstandes etwas verschiedenes, und wenn auch der Tauschwerth den Gebrauchswerth zur selbstverständlichen Voraussetzung hat, so muss doch bei Ermittlung des Tauschwerthes von dem Gebrauchswerth ganz abstrahirt werden. Sieht man aber von dem Gebrauchswerth der Waaren ab, so findet man, dass sie Produkte irgend welcher menschlichen Arbeit sind, da etwas, was dem Menschen, wenn auch an sich nützlich, ja nothwendig, nicht vertauscht wird oder werden kann, wenn es ohne menschliches Zuthun von der Natur vorhanden ist, wie Sonnenlicht, Luft, Wasser etc. Was zum Austausch gebracht und somit Waare wird, enthält irgend eine menschliche Arbeit, und wenn dieselbe auch nur in dem zum Austauschbringen besteht. Mag aber auch eine Waare sich gegen andere Waaren in den verschiedensten Verhältnissen austauschen (z. B. ein Quarter Weizen gegen x Stiefelwichse, y Seide, z Gold u. s. w.), so bleibt ihr eigener Tauschwerth sich doch stets gleich, wenn er auch jedesmal in einem andern Ausdruck sich darstellt. Lassen wir ferner zwei Waaren, z. B. Weizen und Eisen sich mit einander austauschen, so finden wir, dass ein bestimmtes Quantum Weizen irgend einem Quantum Eisen gleichgesetzt wird, z. B. 1 Quarter Weizen = 9 Quarter Eisen. Hieraus geht hervor, dass beide Waaren oder überhaupt alle Tauschwerthe etwas Gemeinsames haben, auf welches sie sich reduziren lassen, und wovon sie ein Mehr oder Minder darstellen.

Wir haben nun gefunden, dass jede Waare Gebrauchswerth und Tauschwerth hat, dass der Tauschwerth den Gebrauchswerth zur Voraussetzung hat, aber im Austauschverhältniss durchaus unabhängig von diesem ist, dass sich der Tauschwerth nicht nach der

Nützlichkeit eines Gegenstandes bemisst, und schliesslich, dass die Waaren Arbeitsprodukte sind; sie sind „eine blosse Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit, d. h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung.“ Als solche, „als Krystalle dieser ihnen gemeinschaftlichen Substanz“ sind sie — „Werthe“; d. h. wenn die Arbeitsprodukte auch nicht ausgetauscht werden, so bleiben sie desshalb doch immer sachliche Dinge, die, wenn sich ihr Tauschwerth auch nicht im Austauschverhältniss offenbart, doch immer ihren „Werth“ haben. „Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältniss oder Tauschwerth der Waaren darstellt, ist also ihr Werth.“ („Das Kapital.“ S. 13. 2. Aufl.)

Um nun den Werth der Waare ermitteln zu können, muss sowohl von ihrem Gebrauchswerth wie Tauschwerth abgesehen werden, oder richtiger, es muss dabei von der Voraussetzung ausgegangen werden, dass der betreffende Gegenstand allgemeinen gesellschaftlichen Gebrauchswerth hat, um Waare werden zu können, sowie dass der Austausch sich unter normalen Verhältnissen vollzieht, d. h. dass gleiche Werthe sich stets gegen gleiche Werthe tauschen. Wer dies nicht thut, wird die Frage nicht beantworten können. Wer z. B. bei der Ermittelung der Werthbildung und der Werthgrösse gleichzeitig untersuchen will, ob sich denn immer gleiche Werthe gegen gleiche Werthe austauschen, der will das Unvereinbarliche vereinen; denn er verwechselt Werthbildung und Verwerthung mit einander. Hierauf sind denn auch all' die Irrthümer zurückzuführen, die sowohl von den Gegnern, wie von einzelnen Vertretern der Marx'schen Werththeorie gemacht sind. Wir kommen hierauf im Folgenden noch zurück.

Marx folgert weiter, dass, da ein Gebrauchswerth oder Gut nur einen Werth hat, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist, die Grösse seines Werthes nur gemessen werden kann „durch das Quantum der in ihm (dem Werth) enthaltenen „werthbildenden Substanz“, der Arbeit.“ Da nun ein bestimmtes Arbeitsquantum nur innerhalb einer gewissen Zeit hergestellt werden kann, so findet die Quantität der Arbeit in ihrer Zeitdauer ihren Massstab. Hierbei kommt jedoch selbstverständlich nicht eine beliebige Zeitdauer in Betracht, in welcher ein bestimmtes Arbeitsprodukt etwa hergestellt wurde, sondern nur diejenige, die zur Herstellung desselben „mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensivität der Arbeit“ nothwendig gewesen wäre, und „es ist also nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit, oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerths nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgrösse bestimmt. — — — Waaren, worin gleich grosse Arbeitsquanta enthalten sind, oder die in derselben Zeit hergestellt werden können, haben daher dieselbe Werthgrösse.“ (a. a. O. S. 14.) „Die Werthgrösse einer Waare bliebe daher konstant, wäre die zu ihrer

Produktion erheischte Arbeitszeit konstant." „Je grösser die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner die in ihm krystallisirte Arbeitsmasse, desto kleiner sein Werth. Umgekehrt, je kleiner die Produktivkraft der Arbeit, desto grösser die zur Herstellung eines Artikels nothwendige Arbeitszeit, desto grösser sein Werth." (S. 15.)

Marx weist dann auf die zwieschlächtige Natur der in der Waare enthaltenen Arbeit hin, wie sie einerseits Gebrauchswerthe, anderseits Werthe produzirt. Bei der Produktion von Gebrauchswerthen wird die Arbeit beständig unterstützt von Naturkräften. „Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzirten Gebrauchswerthe, des stofflichen Reichthums. Die Arbeit ist sein Vater . . . . . und die Erde seine Mutter." Als Waaren können sich jedoch nur Dinge von qualitativ verschiedenem Gebrauchswerth und daher nur Produkte qualitativ verschiedener nützlicher Arbeiten gegenübertreten. Zwei gleiche Waaren tauschen sich nicht gegen einander aus, „derselbe Gebrauchswerth tauscht sich nicht aus gegen denselben Gebrauchswerth." Wie nun die Gebrauchswerthe nur aus der Verbindung zweier Elemente, Naturstoff und Arbeit, hervorgegangen sind, so hat die Umformung der Naturstoffe nur durch irgend eine nützliche, produktive Thätigkeit geschehen können. Diese Umformung ist also das Resultat irgend einer menschlichen Arbeit. Die Arbeit ist es demnach, die den Stoffen einen neuen Werth zusetzt, sie überhaupt zu „Werthen" macht. Die Grösse dieser Werthe wird, wie schon vorhin gesagt, bestimmt durch das Quantum der in ihnen verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeit. Also: „Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Waaren-Werth. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produzirt sie Gebrauchswerthe." (S. 21.)

Es wurde schon von Ricardo u. A. gelehrt, dass die zur Herstellung eines Gebrauchswerthes gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit seine Werthgrösse bestimme; aber erst durch Marx hat diese Theorie ihre wissenschaftliche Begründung erhalten, auf die hier freilich nur mit einigen skizzenhaften Zügen eingegangen werden konnte. Damit war gleichzeitig der erste Schritt zur Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus gethan. Sie ist in Folge dessen auch vielfach angefochten, bis jetzt jedoch noch nicht widerlegt worden.

Welchen Einwand macht beispielsweise Schäffle dagegen!

Prof. Schäffle sagt (ich zitire nach der Rezension in der ersten Hälfte dieses Jahrbuchs, s. S. 112 u. 113):

> „Produkte, welche gleich grosse Mengen gesellschaftlich möglichen Minimalaufwandes an Arbeit verursacht haben, sind gleich zu setzen, wenn der Gebrauchswerth aller in Liqui-

dationsgemeinschaft stehender Arbeits- bezw. Produktarten derselbe ist."

In dem ersten Theile dieser Definition sagt Schäffle mit andern Worten, nur in unbestimmterer Form dasselbe, was Marx sagt, um das Gesagte dann durch den Nachsatz wieder aufzuheben. Ich habe Schäffle's Buch noch nicht lesen können und weiss desshalb nicht, wie dort „Gebrauchswerth" definirt ist. Nach Marx und wohl auch im Allgemeinen in der politischen Oekonomie wird der Gebrauchswerth durch die Nützlichkeit eines Dinges bestimmt. Hat der Gebrauchswerth diese Bedeutung auch bei Schäffle, dann ist der von ihm seiner Werthdefinition angehängte Nachsatz unverständlich. Da Gleiches nicht gegen Gleiches, nicht derselbe Gebrauchswerth gegen denselben Gebrauchswerth ausgetauscht werden kann, so können „Produkte, welche gleich grosse Mengen gesellschaftlich möglichen Minimalaufwandes an Arbeit verursacht haben", in denen also das gleiche Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit verkörpert ist, sich nicht gegen einander austauschen, nicht mit einander in Liquidation treten, wenn ihr Gebrauchswerth derselbe ist. Es wäre dies so, als würde z. B. ein 20-Markstück gegen ein anderes 20-Markstück ausgetauscht werden, oder als würden zwei ganz gleiche Röcke gegen einander ausgetauscht, was doch ökonomisch von gar keiner Bedeutung wäre.

In diesem Sinne will Schäffle selbstredend seine Definition nicht verstanden haben, wenn man ihr auch nach dem allgemein gültigen Begriff von Gebrauchswerth keine andere Auslegung geben kann. Wenn Schäffle aber sagen will — wie dies aus den Worten seines Rezensenten hervorgeht (s. 1. Hälfte S. 113) — dass „Produkte, welche gleich grosse Mengen gesellschaftlich möglichen Minimalaufwandes an Arbeit verursacht haben, gleich zu setzen sind" (also einen gleichen Werth haben), wenn bei ihnen Angebot und Nachfrage sich die Wage halten, so wird dadurch der Vordersatz von dem Nachsatz aufgehoben. Eins kann nur richtig sein. Entweder haben Waaren, „worin gleich grosse Arbeitsquanta enthalten sind, oder die in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können", dieselbe Werthgrösse, oder sie haben dies nicht — Angebot und Nachfrage kommen bei dieser Frage gar nicht in Betracht. Oder umgekehrt; entweder erhalten die Waaren ihren Werth durch Angebot und Nachfrage, oder nicht — wenn aber hierdurch nicht der Waarenwerth geschaffen werden kann (und wie sollte dies möglich sein?), wodurch ist derselbe dann entstanden? was gibt denn überhaupt einem nützlichen Dinge (Gebrauchswerth) einen Werth, so dass es gegen ein anderes nützliches Ding ausgetauscht und seine Werthgrösse im Verhältniss zu der Werthgrösse eines anderen nützlichen Dinges gebracht und somit gemessen werden kann? Offenbar nur die werthbildende Substanz — die Arbeit.

Die Schäffle'sche Werththeorie ist also durchaus nicht „eine Ergänzung der viel besprochenen Werththeorie von Marx", sondern das direkte Gegentheil derselben.

Was Schäffle abhält, anzuerkennen, dass die zur Herstellung eines Gebrauchswerthes gesellschaftlich nothwendige Arbeit seine Werthgrösse bestimmt, ist seine Verkennung der „zwieschlächtigen Natur der in der Waare enthaltenen Arbeit.“ Nach ihm produzirt die Arbeit nur „Gebrauchswerth“, und er berücksichtigt nicht, dass Gebrauchswerthe nur zu Waaren werden können und in einer auf die gesellschaftliche Theilung der Arbeit begründeten Gesellschaft zu Waaren werden müssen, wenn sie gegen einander in ein Werthverhältniss gebracht und als „Werthe“ gegen einander abgeschätzt werden können. Er berücksichtigt nicht, dass bei ihrer Werthabschätzung die Waaren sich nur als Produkte gleicher menschlicher Arbeit oder abstrakt menschlicher Arbeit gegenüberstehen, und weil er dies nicht thut, kann er nicht zugeben, dass die Werthgrösse der auszutauschenden Waaren nur gemessen werden kann durch das Quantum der in ihnen steckenden werthbildenden Substanz, durch die Summe der in ihr verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeit. Er lässt ausserdem noch die Waaren sich im Austauschprozess als Gebrauchswerthe aufeinander beziehen und kommt desshalb zu dem Schluss, dass der Werth der auszutauschenden Waaren der gleiche ist, wenn ihr Gebrauchswerth (ihre Nützlichkeit) der gleiche ist. Es ist dies etwa so, als wollte man sagen: die Schwere zweier Körper ist die gleiche, wenn ihre Form die gleiche ist.

Den Irrthum, den Schäffle hier begeht, theilt er übrigens mit manchen Sozialisten selbst der Marx'schen Schule.*) Er versucht,

*) Ich erinnere hier nur an Genossen C. A. S. Derselbe behauptet Schäffle gegenüber (s. u. A.: „Vorwärts“ 1878 Nr. 39):

> „— — — dass in dem von Marx so geistvoll gewählten Ausdruck „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ der Doppelsinn liege, welcher nicht nur die Arbeit bezeichnet, welche nach dem jeweiligen Stande der Produktionsbedingungen zur Herstellung des Produkts erforderlich ist, sondern zugleich auch die Arbeit umfasst, welche zur Deckung des gesellschaftlichen Bedürfnisses aufgewendet werden muss.“

Diese Auslegung hat aber Marx gewiss nicht provozirt, wenigstens bis jetzt noch nicht, und ich glaube auch nicht, dass er sich derselben in Buch II. seines „Kapital“ schuldig machen wird, wenn er den Zirkulationsprozess des Kapitals und also wohl auch die Konkurrenz behandelt. Er kann dann nur, wie er im ersten Buch das allgemeine Gesetz formulirt hat, die Fälle entwickeln, in denen das Gesetz im praktischen Waarenaustausch nicht zur Geltung kommen kann — die Ausnahmen ergeben sich immer erst, wenn die Regel gefunden ist. Die Stelle, auf die sich Genosse C. A. S. bei Marx stützt (a. a. O. I. Aufl. S. 67, II. Aufl. S. 86) kann freilich zum Irrthum Anlass geben, wenn man sie aus dem Zusammenhang reisst. Marx führt nämlich kurz aus, dass wenn von einer Waare mehr als der Marktmagen absorbiren könne, produzirt sei, dies „dieselbe Wirkung“ (!) habe, als wenn auf die Herstellung

wie diese, mit seiner Theorie vom Werthe den Widerspruch zu versöhnen, mit dem die Marx'sche Werththeorie so häufig zu der Praxis steht, den Widerspruch zwischen Werth und Preis.

Da sich die Waaren nur im Austauschprozess als Waaren oder Werthe bethätigen können, so musste sich mit der Entwickelung der Waarenproduktion eine besondere Waare herausbilden, in der der Werth aller Waaren ausdrückbar und die andererseits gegen alle anderen Waaren austauschbar war — das Geld. Als solches gelten bekanntlich in unserer Gesellschaft die edlen Metalle, Gold, Silber etc. „Der Werthausdruck einer Waare in Gold ist ihre Geldform oder ihr *Preis*." (a. a. O. S. 73.) Die Verwechselung zwischen „Werth" und „Preis" aber führt zu vielen Irrthümern in der Oekonomie. Es ist vorhin gesagt, dass Waaren, worin gleich grosse Arbeitsquanta enthalten sind, dieselbe Werthgrösse haben, sie sind somit gegen einander austauschbar. Mithin muss sich auch gegen eine bestimmte Summe Geldes (X Mark) von einer einzelnen Waare ein Quantum austauschen lassen, das gerade so viel gesellschaftlich nothwendige Arbeit in sich verkörpert, wie in den X Mark verkörpert ist. Da nun, wie gesagt, der Werthausdruck einer Waare in Gold ihr Preis ist, so wäre in diesem Falle der Preis der Waare (X Mark) gleich ihrem Werth. Es ist dies auch bei normalen Verhältnissen des Waarenverkehrs, bei denen gleiche Werthe gegen einander ausgetauscht werden, stets der Fall; aber die Verhältnisse des Waarenmarktes sind nicht immer normal, und so kann es kommen, dass eine Waare einen höheren oder niederen Preis, als ihrem Werthe entspricht, erzielt. Damit kann aber nicht bewiesen werden, dass der Austauschprozess einer Waare ihre *Werthgrösse* gibt, sondern es geht daraus nur hervor, dass derselbe dem Waarenwerth eine den Marktverhältnissen entsprechende *Form* gibt, Angebot und Nachfrage sind wohl *preis*bestimmend, aber niemals *werth*bildend. Wäre letzteres der Fall, so würde dies beispielsweise beim Golde zuerst hervortreten. Da Gold, als allgemeine Tauschwaare, die allgemeinste Nach-

---

dieser Waare mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit verwendet sei. Er sagt jedoch kurz darauf (S. 87):

> „Die Theilung der Arbeit verwandelt das Arbeitsprodukt in Waare und macht dadurch seine Verwandlung in Geld nothwendig. Sie macht es zugleich *zufällig*, ob diese Transsubstantiation gelingt. *Hier ist jedoch das Phänomen rein zu betrachten, sein normaler Vorgang also vorauszusetzen.* Wenn es überhaupt vorgeht, die Waare also nicht unverkäuflich ist, findet stets ihr Formwechsel statt, obgleich *abnormal* in diesem Formwechsel Substanz — Werthgrösse — *eingebüsst* oder *zugesetzt* werden mag.

Dies heisst doch klar und deutlich, dass bei der einfachen Theorie vom Werth und der Verwandlung von Waare in Geld nur die *normalen* Verhältnisse des Waarenmarktes in Betracht gezogen werden dürfen, wenn das allgemeine Gesetz festgestellt werden soll.

frage hat, so müsste es zum mindesten einen seinem Werth entsprechenden Preis haben. Bis jetzt aber (s. Marx a. a. O. S. 15) sind weder Gold noch Diamanten jemals ihrem vollen Werthe, d. h. der zu ihrer Gewinnung erforderlichen gesellschaftlich nothwendigen Arbeit nach bezahlt worden.

Wenn Schäffle sich desshalb bemüht, eine Formel zu finden, durch die er die Werthgrösse der Waaren und den Preis derselben zu einander in ein bestimmtes Verhältniss bringen will — wie er dies in seiner Werthdefinition versucht hat — so musste er dabei scheitern, da beide von verschiedenen Gesetzen abhängig sind. Der Werth ist abhängig von den Produktionsverhältnissen (der Produktivkraft der Arbeit etc.), der Preis ist abhängig von den Marktverhältnissen (Angebot und Nachfrage.)

Wie wenig Schäffle überhaupt den Werthbegriff richtig erfasst hat, und wie wenig es ihm gelungen ist, bei Marx klar darüber zu werden, geht daraus hervor, dass er allen Ernstes (ich beziehe mich hier auf das von seinem Rezensenten auf S. 113 Gesagte, sowie auf seine „Quintessenz des Sozialismus" S. 44 ff.) annimmt, Marx und der Sozialismus überhaupt wolle, dass die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auch im kommunistischen Gemeinwesen als Werthmass dienen solle. Es ist eine solche Unterstellung um so merkwürdiger, als Schäffle sehr wohl weiss, dass es bei kommunistischer, oder, um mit ihm zu reden, kollektivistischer Produktionsweise weder „Handel" noch „Waaren" geben würde. (s. Quintess. S. 38—40). Wenn es nun aber keine „Waaren" gibt, wie wird es denn „Werthe" geben können? Und wesshalb soll in einem Gemeinwesen, wo die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigenthum sind, erst ausgetiftelt werden, wie viel „werthbildende Substanz", ein wie grosses Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit in dem fertigen Arbeitsprodukt steckt, da ja doch das natürlichste Mass in der Arbeitszeit (Stunde, Tag etc.) gegeben ist? Wenn man dann nur weiss, wie lange ein Arbeiter gearbeitet hat, weiss man auch, in welchem Verhältniss seine Arbeit zu der Gesammtarbeit steht, und es ist desshalb gar nicht erst nöthig, zu ermitteln, ein wie grosses Quantum individueller Arbeit in dem von einer bestimmten Arbeiterabtheilung in einem gewissen Zeitraum hergestellten Arbeitsprodukt enthalten ist. In der kapitalistischen Gesellschaft ist dies natürlich anders, denn da es sich hier darum handelt, Waaren (Werthe) zu erzeugen und solche mit möglichst grossem Nutzen zu verwerthen, so ist es selbstredend, dass dies nur geschehen kann, wenn die Arbeiter als Entschädigung für ihre Arbeit weniger Werthe erhalten, als sie durch ihre Arbeit schaffen. Und weil dies so ist, so sind auch die Bedürfnisse der Arbeiter auf das äusserste Mass herabgedrückt. Dies führt wieder dazu, dass eine grosse Menge von Gebrauchsgegenständen, die zur Lebensannehmlichkeit nothwendig sind, die aber nicht zur Lebensnothdurft gehören, nur in verhältnissmässig beschränkter Zahl und zum Theil noch mit sehr unentwickelten Arbeitsinstrumenten ausgeführt werden. Dieselben haben eben keinen allgemeinen Gebrauchs-

werth, können desshalb nur in einem beschränkten Kreise zur Waare werden. Hieraus erklärt es sich auch, wesshalb neben der Grossproduktion noch die Kleinindustrie besteht, obgleich dieselbe nicht einen Zweig hat, der nicht fabrikmässig betrieben werden könnte. Die Entwickelung kann hier verhältnissmässig auch nur langsam sein, denn da bis jetzt noch kein allgemeines Bedürfniss darnach ist, so denkt man in vielen Industriezweigen wenigstens nicht mit Aufbietung aller Geisteskräfte daran, die Produktivkraft der Arbeit durch Verbesserung der Produktionsinstrumente zu erhöhen. Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse können aber auch nicht mit der fortschreitenden „Bildung“ derselben erweitert werden, weil in Folge der jetzigen wirthschaftlichen Verhältnisse in vielen zur Lebensannehmlichkeit nothwendigen Produkten ein verhältnissmässig zu grosses Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit steckt, weil sie zu „theuer“ sind. Die Begriffe „theuer“ und „billig“, die heutzutage Jeder verstehen kann, werden in einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigenthum sind, werden in einer kommunistischen Gesellschaft verschwinden, wie die Werthe verschwinden werden. Es wird dann nur nützliche Dinge, gesellschaftlich nützliche Gebrauchsgegenstände geben, und weil das, was dann allgemein als nützlich anerkannt wird, auch bald allgemein als nothwendig herzustellen angesehen werden wird, so werden sich auch die Produktionsverhältnisse darnach gestalten. Da es aber auch dann nicht immer möglich sein wird, gewisse nützliche Dinge Jedem zugänglich zu machen, so wird — um den Ausdruck beizubehalten — der „Werth“ derselben durchaus nicht nach der Summe der in ihnen verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeit bemessen werden, sie werden nicht „gekauft“ werden können, wie Schäffle dies annimmt — das Bedürfniss darnach wird dann einfach nur im Verhältniss zu ihrer Menge befriedigt werden können. Insofern — obgleich der beregte Fall im Allgemeinen bedeutungslos ist — hätte die Schäffle'sche Werthdefinition in ihrem zweiten Theil (Angebot und Nachfrage) also für die Zukunft einen gewissen Sinn, — wie denn ja auch, so viel ich dies beurtheilen kann, das Verdienst Schäffle's mehr in der Ausführung dessen, was kommen kann, als in der Kritik dessen, was ist, und in der Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze besteht.

Seine Kritik der Marx'schen Theorie zeigt aber, dass er Marx durchaus missverstanden hat. Anders ist es nicht zu erklären — denn einer absichtlichen Verdrehung kann Schäffle nicht bezichtigt werden — wenn er (in seiner Quintessenz s. S. 38, 44 ff. etc.) sagt, Marx wolle mit seiner Werththeorie feststellen, dass in einer sozialistischen Gesellschaft das Hartgeld abgeschafft, und durch ein „Arbeitsgeld“ (Arbeitscertifikat) ersetzt werden, und dass als Werthmass für die Arbeitsentschädigung die gesellschaftlich nothwendige Arbeit gelten solle. Wie gesagt, ist eine solche Unterstellung um so unerklärlicher, als Marx selbst (a. a. O. S. 72) kurz ausführt, wesshalb ein „Arbeitsgeld“ auf Grundlage der Waarenproduktion ein

Nonsens ist. Er weist dabei auf S. 61 ff. seiner schon 1859 erschienenen Schrift „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ hin, wo er den „seichten Utopismus“ abthut, der die Waarenproduktion verewigen und dabei das Geld abschaffen oder es vielmehr durch „Arbeitsgeld“ ersetzen wolle, wie dies John Gray und nach ihm Proudhon vorgeschlagen hätten. Schäffle hat diesen Hinweis nicht benutzt. Wie Gray durch eine „nationale Zentralbank“ die Produktion geregelt haben will, so will Schäffle in der sozialistischen Gesellschaft den „sozialen Tauschwerth“ (!) durch ein „öffentliches Organ“ oder von einem „Organsystem“ festgestellt wissen. (S. 121, 1. H.) Er hat gleichfalls nicht beachtet, was Engels in seiner 1877 erschienenen Schrift „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“ auf S. 259 bis 262 über diesen Punkt sagt, und so verfällt er denn erstens in den Fehler, Marx für einen Vertheidiger des Arbeitsstundengeldes zu erklären und andererseits in den von Marx bei Gray und Proudhon und von Engels bei Dühring gerügten „seichten Utopismus“, die gesellschaftliche und zu dem gesellschaftlichen Bedarf im richtigen Verhältnisse stehende Arbeit als Werthmass auch im sozialistischen Staat hinzustellen, um somit, trotzdem er Handel und Waarenproduktion dann für abgeschafft erklärt, die Produkte als Werthe vulgo Waaren graduiren und auf den Markt kommen zu lassen.

Hieraus erklärt es sich auch, wesshalb Schäffle eine so starke Aversion gegen den „Kommunismus“ hat, dass er (s. Recension S. 118) es für verwerflich erklärt „einer auf die Zukunft berechneten Gesellschaftsänderung auch nur den Namen Kommunismus zu geben. Wesshalb das?

Wenn Schäffle dafür ist, dass die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigenthum werden, so muss er sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, dass, wenn die Produktionsmittel in das Eigenthum der Gesellschaft übergegangen, also gemeinschaftliches Eigenthum sind, auch die Arbeit eine gesellschaftliche oder gemeinschaftliche sein wird, und dass folgedessen auch die Arbeitsprodukte gesellschaftlich oder gemeinschaftlich sein müssen. Man mag in jetziger Zeit auch noch so sehr von diesem Gedanken abgestossen werden, die Logik der Thatsachen wird denselben wahr machen. In der kapitalistischen Gesellschaft wäre freilich die allgemein gleiche Arbeitsentschädigung nicht nur eine Ungerechtigkeit, dieselbe wäre vielmehr eine Unmöglichkeit, weil sie sich einfach nicht mit dem Kapitalprofit vertrüge, und kann es sich hier nur um die Frage wegen der Höhe oder des Minimums der Arbeitsentschädigung, des Arbeitslohnes handeln, wie sich dies auch thatsächlich bei den Strikes zeigt. In einer Gesellschaft mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln hingegen kann es gar nicht anders sein, als dass das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit gemeinschaftliches Eigenthum und als solches im Verhältniss zu der auf den Einzelnen kommenden Arbeitszeit vertheilt wird. Heute wird produzirt, um Reichthümer zu erzielen, und Diejenigen, die alle Reichthümer schaffen, die Arbeiter, d. h. Diejenigen, die nur leben, um zu arbeiten, haben dabei nur die nothdürftigste Fristung

der Existenz. Sind die Produktionsmittel gemeinschaftliches Eigenthum, so wird gearbeitet, um die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, die Produkte sind dann der Menschen willen da, während es heute umgekehrt ist. Und wesshalb soll man eine solche Gesellschaftsform nicht „Kommunismus“ nennen? Es ist dies die einzig richtige Bezeichnung für einen Gesellschaftszustand, bei dem die Produktionsmittel, die Arbeit und die Produkte gemeinschaftlich sind.

Die Gegner haben desshalb recht, wenn sie das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ein kommunistisches nennen. Der erste Satz desselben bezeichnet den Kommunismus als das Ziel der Partei. Sie nennt sich aber mit Fug und Recht die sozialistische Partei, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeizuführen, ihre vorgesetzte Aufgabe ist. Der Sozialismus will die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum verwandelt wissen, der Kommunismus hat die Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum zur Voraussetzung.

Der Sozialismus war aber bis zu dem Zeitpunkt, wo die bürgerliche Gesellschaft nicht anatomisch zergliedert und bis in ihre einzelne Zelle analysirt war, im Wesentlichen humanitärer Natur. Wenn man auch einzelne Theile kennt, so fehlte doch die Kenntniss der Lebensfunktionen des bürgerlichen Organismus. Erst nachdem diese gewonnen war, hatte der Sozialismus seine wissenschaftliche Begründung erhalten, war er zur Wissenschaft geworden. Dies aber ist das Verdienst Karl Marx'!

Da der Reichthum der Gesellschaft, in welcher kapitalistische Produktionsweise herrscht, als „eine ungeheure Waarensammlung“, die einzelne Waare als seine Elementarform „erscheint“, so musste mit der Analyse der Waare begonnen werden. Desshalb beginnt Marx seine Kritik der politischen Oekonomie mit der Analyse der Waare, und er vollbrachte damit allerdings eine „geschichtliche That.“

Es konnte hier nur kurz festgestellt werden, zu welchem Resultate er dabei kam, wie er die früher schon der politischen Oekonomie bekannte, aber nie konsequent durchgeführte und desshalb schwankend und unbestimmt auftretende Lehre vom Werthe wissenschaftlich begründete und endgültig feststellte. Damit war der Punkt gefunden, von dem aus die Entstehung des Geldes, die Verwandlung von Geld in Kapital, überhaupt alle weiteren Formen des wirthschaftlichen Organismus erklärt werden konnten. Erst mit der Feststellung des Werthbegriffs konnte aber auch das ganze Getriebe der kapitalistischen Produktionsweise, die Aneignung und Ausbeutung der Arbeitskraft enthüllt, konnte nachgewiesen werden, wie es denn möglich, dass Diejenigen, die alle Werthe erzeugen, die Arbeiter, sich mit der nothdürftigsten Fristung des Daseins begnügen müssen, während die Klasse der Kapitalisten Reichthümer auf Reichthümer häuft; konnte gezeigt werden, dass die Thätigkeit des Kapitals nur aus der Aneignung des aus der unbezahlten Arbeit entspringenden Mehrwerths bestand.

Es war schon vor Marx bekannt, dass sich der Arbeitsertrag

aus Kapitalprofit und Arbeitslohn zusammensetze, dass der Arbeitslohn mit der Produktivität der Arbeit keinen Schritt halte, dass der Arbeitslohn nur die nothdürftigste Fristung des Daseins gestatte etc. Dies genügte auch für die sozialistische Agitation; aber wissenschaftlich hatten diese Theorien etwa denselben Werth, wie die von den Harmonieaposteln gepredigte Lehre, dass der Kapitalprofit der „Entbehrungslohn" für die Kapitalisten sei. Letztere schöne Theorie kann freilich gegen die Marx'sche Lehre von der Entstehung und dem Wesen des Mehrwerths nicht bestehen — mit dieser erst hat der wissenschaftliche Sozialismus seine Begründung erhalten, „von ihr datirt, um sie gruppirt sich der wissenschaftliche Sozialismus." Sie war aber erst möglich, als der Werthbegriff endgültig festgestellt und die Waare in ihrer einfachen Erscheinungsform analysirt war.

Es ist nun freilich hier auch nicht andeutungsweise möglich, Marx dabei zu folgen. Diejenigen, welchen das Studium von Marx „Kapital" aus irgend einem Grunde zu grosse Schwierigkeiten macht, seien hier nur hingewiesen auf die schon erwähnte Schrift Engels' „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft", das Beste, was über die Resultate der Marx'schen Forschungen geschrieben ist. In Folge dessen wohl nur ist dies Buch denn auch im „Reiche der Mitte" auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

Hier handelte es sich mir darum, in möglichster Kürze auf die Bedeutung der Marx'schen Werththeorie für den Sozialismus hinzuweisen. Wenn andererseits gesagt wurde, dass „der Streit über die verschiedenen Werththeorien häufig stark überschätzt" werde, so möchte ich dagegen einwenden, dass der Streit gerade sehr bezeichnend ist, denn er beweist, welche Bedeutung man in der Oekonomie der Lehre vom Werthe beilegt, und wie Jeder, dem die ökonomischen Fragen nicht fremd sind, erkennt, dass von der Entscheidung der Streitfrage über die Werththeorie die Entscheidung darüber abhängt, ob die von Seiten des Sozialismus geübte Kritik der politischen Oekonomie richtig ist oder nicht. Und wenn einer der Gegner der Marx'schen Werththeorie — irre ich nicht, Professor Sybel — sagt, wer Marx die ersten Sätze zugebe, werde unwiderstehlich zur Anerkennung der Konsequenzen derselben gezwungen, so ist auch dies ein Beweis dafür, dass der wissenschaftliche Sozialismus in der Marx'schen Werththeorie seine Grundlage hat.*)

---

*) Der Herausgeber hat geschwankt, ob er diesen Artikel aufnehmen solle, da der Verfasser die Theorieen Schäffle's, welche derselbe in dem grossen Werke „Bau und Leben des sozialen Körpers" entwickelt, lediglich aus einer — wenn auch ausführlichen — Rezension kennt, also doch nur unvollständig und aus zweiter Quelle. Wenn der Herausgeber sich trotzdem zum Abdruck entschlossen hat, so geschah dies mit Rücksicht darauf, dass eine interessante Frage durch den Aufsatz eine neue Anregung empfängt.

Anm. d. Herausg.

Die Agitation unter den Bauern.*)

Von K. K.

Die Bauern! Sie sind der Stein des Anstosses für jede fortschrittliche Partei, wie denn erst für eine so revolutionäre wie die sozialdemokratische ist. Für uns ist der Bauer der leibhaftige Gottseibeiuns, stets bereit, uns beim Schopfe zu packen, sobald wir uns ein wenig mucken. Und man muss gestehen, dass er heute wirklich gerne diese Rolle übernehmen würde. Diese bekannte Stimmung der Bauern soll uns jedoch nicht entmuthigen und abschrecken, sie soll uns vielmehr eine Mahnung sein, unser Augenmerk mehr als bisher der Agitation unter den ländlichen Arbeitern zuzuwenden.

„Verlorene Liebesmüh',“ ruft man mir entgegen, „der Kleinbauer ist konservativ, er kann nicht früher für uns gewonnen werden, als bis er zum Lohnproletarier, gleich dem englischen, geworden ist.“

Untersuchen wir, ob dieser Ausspruch seine Berechtigung hat, ob der Bauer oder unsere ihm gegenüber eingeschlagene Agitationsweise Schuld daran ist, dass er bisher der Partei feindlich gegenüber steht, ob, inwieweit und mit welchen Mitteln er zu gewinnen sei, oder ob wir es der „natürlichen Entwicklung“ überlassen sollen, dass sie den Bauer uns einmal in künftigen Zeiten in die Arme treibt.

Der Bauer ist konservativ! Das ist ein Axiom, welches man gelassen ausspricht, ohne seine Wahrheit im Geringsten zu untersuchen, und doch sollte schon die starke Auswanderung der deutschen Bauern und die verhältnissmässig grosse Leichtigkeit, mit der sie sich zu derselben entschliessen, dieses Axiom bedenklich erschüttern. Konservativ, das heisst, am Bestehenden hängend, ist bloss der finanziell intakte Bauer, derjenige, bis zu dem die Kultur des neunzehnten Jahrhunderts noch nicht gedrungen ist, den die Konkurrenz noch nicht zwingt, die von den Vätern ererbte Betriebsweise zu ändern, der, anstatt Staatspapiere zu kaufen, blanke Thaler in eisernen Truhen aufhäuft oder in der Erde vergräbt, und den die Konjunkturen

*) Der Artikel ist zunächst mit Rücksicht auf österreichische Verhältnisse geschrieben, dürfte aber in vielen Beziehungen auch für andere Länder Werth haben. Anmerk. d. Herausgeb.

des Marktes blutwenig kümmern, weil sein Hauswesen fast das gesammte Produkt seines Fleisses selbst konsumirt: der Bauer ist konservativ. Aber ganz anders steht es mit dem Bauern, welcher gezwungen ist, Kapital in sein Besitzthum hineinzustecken, was bei ihm gleichbedeutend ist mit Schuldenmachen; der die Kapitalzinsen nur mit Mühe erschwingt, mit den Steuern im Rückstande ist, während der Ernte theure Knechte dingen muss, weil seine Söhne das Kriegshandwerk erlernen müssen: der Bauer ist nicht konservativ, er wäre der Erste, bereit das gegenwärtige Wirthschaftsleben auf den Kopf zu stellen, wenn es sich darum handeln würde. Die Bauern der ersten Gattung finden sich aber heute nur mehr in einigen versteckten Erdenwinkeln und werden bald ein eben solches Kuriosum sein, wie die Steinböcke in den Alpen; die weitaus überwiegende Mehrheit der Bauern bietet das zweitbeschriebene klägliche Bild. Wenn man trotzdem den Bauer für allgemein konservativ hält, so rührt dies daher, dass er fast überall ein Anhänger der sogenannten konservativen politischen Parteien ist, welche aber bekanntlich in wirthschaftlicher Beziehung nichts weniger als konservativ sind, wenn sie auch noch so laut schreien: Heilig ist das Eigenthum.*)

Diese Vorliebe für die konservativen Parteien hat ihren Grund nicht im Konservatismus des Charakters, sondern in einer anderen Charaktereigenschaft des Bauern, welche viel gefährlicher für die Sozialdemokratie und viel schwerer zu besiegen ist, als erstere: in seiner grenzenlosen Selbstsucht. Bei keinem Stande der Welt ist die Selbstsucht so entwickelt, wie bei dem Bauernstande. Und dieser Individualismus zeigt sich nicht nur dem Gemeinwesen gegenüber, wie bei der Aristokratie, er tritt sogar innerhalb der Familie auf. Eine über das thierische hinausgehende Liebe der Eltern zu den Kindern, welche sich auf mehr erstrecken würde, als ihre Aufziehung und Pflege in den Jahren der Unbehilflichkeit, kommt beim Bauern selten vor. Lässt er seinen Sohn etwas „Besseres", z. B. Pfarrer werden, so geschieht es nicht aus väterlicher Liebe, sondern aus Stolz, um den Nachbarn zu zeigen, dass er das Geld dazu habe. Sein Besitzthum geht ihm über Alles, es ist ihm theurer, als Weib und Kind. Muss sein Sohn Soldat werden, so ärgert es ihn hauptsächlich deswegen, weil er an seiner Stelle jetzt einen bezahlten Knecht halten muss.

Mit diesem Faktor, dem Egoismus, muss jeder rechnen, der auf den Bauer Eindruck machen will. Dass er sich für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nicht erwärmen wird, ist klar, aber auch lachende materielle Aussichten, die seinen Kindern zu Gute kommen sollen, lassen ihn kalt. Geradezu in Raserei muss ihn aber jede

*) Diese Hinneigung zu den konservativen Parteien ist übrigens kein nothwendiges Attribut des Bauern. Einer der freisinnigsten österreichischen Abgeordneten, der auf der äussersten Linken sitzende Schönerer, ist von Bauern gewählt, und trotz seiner illoyalen Aeusserungen wiedergewählt worden.

Andeutung des Gemeineigenthums an Grund und Boden versetzen, und wer ihm davon erzählt, kann von Glück sagen, wenn er mit heiler Haut davon kommt.

Dieser Grund ist es, warum man den modernen Bauer nie und nimmer bewegen wird, für unser Programm vollinhaltlich einzutreten und Sozialdemokrat zu werden.

Aber deswegen braucht man die Partie noch nicht aufzugeben: Werden wir den Bauer auch nie dazu bewegen, dass er auf die Barrikaden steigt, um für den Gemeinbesitz von Grund und Boden zu kämpfen, so können wir es doch ganz gut dahin bringen, ihm klar zu machen, dass die sozialdemokratische Partei seine materiellen Interessen besser zu fördern im Stande ist — wenn sie Einfluss gewinnt, natürlich — als die anderen Parteien; ja, dass die Mitglieder aller anderen Parteien, wenn sie auch vorgeben, ihm nützen zu wollen, in ihrem eigenen Interesse ihm schaden müssen, dass die Arbeiter allein kein Interesse haben an der Ausbeutung des Bauern. So können wir es dahin bringen, dass er bei Parteikämpfen unsere Partei gegen die anderen unterstützt, so weit es ihn keine Opfer kostet, oder dass er wenigstens den stillen Beobachter spielt, der uns nicht entgegentritt. Wird der Bauer auch nie in unseren Reihen marschiren, so können wir es doch erreichen, dass er in unseren Flanken sich neutral verhält, sie deckt und den Feind zwingt, ihn zu beobachten.

Diese beschränkte Aufgabe ist lösbar: lösen wir sie wirklich, dann ist der Gewinn ein ungeheuerer.

In welcher Weise dieselbe gelöst werden soll, kann kaum allgemein giltig angegeben werden. Die Hauptsache ist, dass man die Verhältnisse derjenigen Landschaft, in der man agitiren will, vorher genau studirt und Niemanden agitiren lässt, der diese Vorbedingung nicht erfüllt hat. Denn wenn Jemand zu Bauern spricht, der von ihren Verhältnissen nichts versteht, so verdirbt der mehr, als zehn nach ihm gut machen können. Eine populäre Behandlung des Stoffes ist natürlich unerlässlich, aber der Stoff selbst muss ebenfalls für den Bauer populär sein. Man rede also nicht etwa zu ihm über Dinge, wie das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, den Normalarbeitstag und dergleichen.

Der natürlichste Anknüpfungspunkt ist der dem Arbeiter und dem Bauer gemeine Hass gegen die Uebermacht des Kapitals.

Sehr leicht darzuthun sind die ungünstigen Einflüsse der Anarchie in der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn man dieselben betont, hat man zugleich Gelegenheit, hinzuweisen auf die Interessensolidarität zwischen ländlichen und städtischen Arbeitern. Diese sind die Hauptkonsumenten der ländlichen Erzeugnisse, indess die Genussmittel der Grosskapitalisten zum grossen Theile aus dem Auslande importirt werden. Sind die Arbeitslöhne hoch, dann kann der Bauer seine Produkte leicht an den Mann bringen; sind dagegen die Arbeitslöhne niedrig, dann muss sich der Arbeiter einschränken, und der Absatz der Bodenprodukte vermindert sich.

Besonders die Weinbauern haben unter wirthschaftlichen Krisen sehr zu leiden, weil der Wein ein Luxusartikel ist, dem man eher entsagt als Brod und Fleisch.

Noch in anderer Weise schädigen industrielle Krisen den Bauer. Es ist eine bekannte Thatsache, dass während „guter" Zeiten eine förmliche Völkerwanderung vom flachen Lande in die Städte besteht. Der Landbau ist nicht so expansionsfähig, wie die Industrie, er kann nicht den ganzen Nachwuchs der ländlichen Bevölkerung ernähren, ein grosser Theil derselben wendet sich daher in die Stadt, wo so leichter Verdienst ist. Nun kommt die Krisis, welche Tausende arbeitslos macht, und es beginnt die Rückströmung der industriellen Reservearmee, insoweit sie sich vom flachen Lande rekrutirte. Der Bauer sieht seine jüngeren Söhne wieder heimkommen, ihn um Unterstützung anflehend, in Oesterreich werden sogar die Arbeitslosen zwangsweise, d. h. per Schub in ihre Heimathsgemeinden zurückgeschickt, in denen sie schon während des wirthschaftlichen Aufschwunges keinen Platz mehr hatten: die österreichische Polizei nennt dies sinnreiche Verfahren die Lösung der sozialen Frage.

In anderen Ländern — und auch in Oesterreich — fallen wieder die Arbeitslosen dem Bauern in Gestalt von fechtenden Wanderburschen zur Last.

Alles das sind Uebelstände, die der Bauer hart empfindet, und es hält gar nicht schwer, ihm begreiflich zu machen, dass die Planlosigkeit der Produktion sie verschulde, dass nur eine Regelung derselben sie beseitigen könne, dass aber vorläufig der Fabrikant nicht das Recht haben solle, die Erhaltung der Arbeiter, die er ausgebeutet, dem Bauern auf den Hals zu laden, sobald er sie nicht mehr gebrauchen kann.

In Beziehung zur Anarchie in der Produktionsweise steht die Nothwendigkeit des Zwischenhandels, welche auch erst mit einer Regelung der Produktion verschwinden wird. Der Zwischenhandel ist aber ebenfalls eines der vielen Uebel, an denen der Bauernstand laborirt, der „Kornjude" und der Viehhändler sind zwei Gestalten, die ihm ebenso verhasst und nothwendig sind, wie der Wucherer — wenn sie nicht identisch mit diesem sind —, und ebenso an seinem Marke zehren. Eine Partei, die Verhältnisse herbeiführen will, in denen der Zwischenhandel keine dominirende Stellung mehr einnimmt und auf das kleinstmögliche Mass herabgedrückt ist, darf stets auf die Zustimmung des Bauern rechnen.

Ich habe vom Wucherer gesprochen: damit sind wir zu einer der wichtigsten Fragen für den Bauer gelangt. Die Wucherfrage, obgleich augenblicklich wieder im Vordergrund, datirt nicht seit heute, sie ist mit dem Kapitalismus in's Leben getreten. Mit seinen landwirthschaftlichen Maschinen, seinen Eisenbahnen hat derselbe Konkurrenten für den wehrlosen Bauer geschaffen, denen dieser ohnmächtig gegenüber steht. Der Grossgrundbesitzer kann mit Hilfe der Arbeitstheilung und grossartiger Kapitalanlagen in Hilfsdünger, Entwässerungen und Bewässerungen, Maschinen und Zuchtvieh billiger

und besser produziren als der kleine Landwirth, beiden aber ist ein mächtiger Konkurrent entstanden in dem russischen, ungarischen, rumänischen, ja amerikanischen und australischen Getreide, ein Konkurrent, der mit der Entwickelung des Eisenbahnbetriebes immer gefährlicher zu werden droht. Hat sich doch z. B. von 1866—78 die Fracht für einen Bushel Weizen von Chicago nach New-York von 27 Cts. auf 7¹/₄ Cts., also fast auf ein Viertel verringert. Dafür betrug aber auch beispielsweise die Zerealienausfuhr aus den Vereinigten Staaten 1877/78 die hübsche Summe von 10.955,975.000 Bounds.

Dass dieser vereinigten Konkurrenz der kleine Landwirth unterliegen muss, ist klar. Verzweiflungsvoll hascht er zwar nach Waffen gegen den übermächtigen Feind, nach Kapital, aber nur einer ist es, der sie ihm bietet: der Wucherer. Das solide Kapital bietet sich ihm nicht dar, und zwar aus einfachen Gründen. Die Natur des landwirthschaftlichen Betriebes bringt es mit sich, dass das in demselben verwendete Kapital sich nur langsam umsetzt, viel langsamer, als in Handel und Industrie. Bodenmeliorationen, Maschinen und Zuchtvieh ersetzen erst nach einer Reihe von Jahren das auf sie verwendete Kapital. Ueberdiess ist das Erträgniss des in der Landwirthschaft angelegten Kapitales ein äusserst geringes, wenige Güter tragen mehr als 3¹/₂—4 % ihres Werthes. Die Kompensation durch grössere Sicherheit ist beim kleinen Landwirth nicht vorhanden, das solide Kapital hält sich somit von ihm fern. Nur der Wucherer naht, der sein Kapital nicht ausleiht, um es mit Zinsen zurückzuerhalten, sondern um mit dessen Hilfe das Bauerngut zu erwerben, was ihm auch in der Regel gelingt. Die Nothwendigkeit, dass der Bauer Kapital anwende und dass er dasselbe nur vom Wucherer erhält, ist so in der Natur der Dinge begründet, dass alle Wuchergesetze der Welt daran nichts ändern werden. Wuchergesetze können wohl verbieten, Geld zu hohen Zinsen zu leihen, aber sie können Niemanden zwingen, sein Geld aus gut rentirenden Unternehmungen herauszunehmen und es in schlecht rentirenden anzulegen. Der Bauer braucht Kapital, und das wird ihm durch die Wuchergesetze nicht beschafft.

Trotzdem wäre es vergebliche Mühe, gegen dieselben zu eifern. Der Bauer lässt sich in dieser Beziehung nicht bekehren, und selbst wenn dies gelingen sollte, selbst wenn er überzeugt sein sollte, dass sie nichts nützen, wird er sie doch begehren, aus Durst nach Rache, aus Begierde, eine Waffe zur Hand zu haben, mit der er auch seinem Quälgeist gelegentlich ein's versetzen kann.

Aufgabe eines Bauernagitators darf es daher nicht sein, gegen die Wuchergesetze zu eifern: das wäre vergebliches Bemühen. Er muss sich vielmehr darauf beschränken, nachzuweisen, dass ein Wuchergesetz nicht genügt, dass daneben noch dem Bauern eine billige Kapitalquelle erschlossen werden muss, und dass diese nur der bieten kann, dessen Kapital den Zweck hat, den Bürgern zu nützen, nicht aber Profite zu tragen: der Staat.

Diesem Raisonnement sind die Bauern vollkommen zugänglich,

damit wären wir aber auch in der Wucherfrage auf sozialistischen Boden gelangt.

Neben dem Wucherer ist der Steuerexekutor die gefürchtetste Persönlichkeit im Dorfe. Wie man dem Bauern die Unverträglichkeit der Steuerlast und die Mittel ihrer Erleichterung klar machen kann, liegt zu nahe, als dass besonders darauf eingegangen werden müsste. Allerdings scheinen auf diesem Gebiete die Forderungen der Sozialdemokraten mit denen anderer Parteien sich zu vereinigen, dennoch nehmen wir auch hier eine Stellung ein, vortheilhafter für den Bauer als die aller anderen Parteien, auch die der „Demokraten" nicht ausgenommen. Was den Bauer so ungemein bedrückt, ist nämlich nicht so sehr die Höhe der Steuern, als die Nothwendigkeit, dieselben in baarem Gelde zu erlegen. Früher, unter der Feudalherrschaft, lieferte er einen Antheil seiner Ernte, des Nachwuchses seines Viehstandes etc. bei der Gutsherrschaft ab, einen anderen Theil der Steuern trug er ab in der Gestalt von Arbeitsleistungen, theils seiner eigenen Person oder seines Gespannes, seines Knechtes u. dgl. Heute ist's nicht ein Antheil der Ernte, den er abliefert, sondern eine bestimmte Summe, die sich gleichbleibt, ob nun Misswachs oder eine gute Ernte eingetreten ist. Und überdiess ist diese Summe in Geld zu bezahlen. Er kann nicht sein Getreide und Vieh direkt abliefern, sondern muss einen Käufer dafür suchen, muss seine Produkte oft zu Schleuderpreisen absetzen, nur um rechtzeitig die Steuer bezahlen zu können. Diese Zustände will nun Niemand beseitigen, ausser den Sozialdemokraten, welche die Geldwirthschaft abschaffen und an ihre Stelle wieder eine Naturalwirthschaft, wenn auch höherer Form, setzen wollen, in der wieder für den Verbrauch, nicht für den Verkauf gearbeitet wird.

Es würde zu weit führen, wollte man alle Uebelstände erwähnen, welche die moderne Gesellschaft für den Bauer mit sich bringt; ich habe blos diejenigen berührt, über welche der Bauer am lautesten klagt: die hohen Steuern und ihre Zahlung in Geld, den Wucher und die vielen Arbeitslosen, welche ihm zur Last fallen. Jeder, der die Bauernverhältnisse studirt, wird selbst Stoff genug finden, um daraus Agitationsmaterial zu schmieden. Ohne ein solches Studium, blos auf allgemeine Kenntnisse gestützt, wird man aber nie Einfluss auf den Bauern gewinnen. Die Konservativen waren es bisher, welche seine Bedürfnisse am besten erkannt haben, welche nicht mit Prinzipien, sondern mit Lokalkenntnissen ausgerüstet an ihn herantraten und ihm daher die meiste Gewähr für Sicherung seiner materiellen Interessen zu bieten schienen. Ahmen wir den Konservativen nach, studiren auch wir die Verhältnisse jeder einzelnen Landschaft, verzichten wir darauf, den Bauer zu unserem, industriellen Bedürfnissen entsprungenen Programm zu bekehren, und wir werden bedeutende Erfolge erzielen.

Soweit über den Inhalt der Agitation.

Was ihre Form anbelangt, so ist jedenfalls die beste die der mündlichen Diskussion. In Staaten, in denen das freie Wort nur eine freche Lüge ist — und es soll dergleichen geben — bieten

Flugblätter ein, wenn auch etwas dürftiges Ersatzmittel, da der Bauer sie stets mit Misstrauen betrachtet, und das gesprochene Wort denn doch eine ganz andere Macht besitzt, als das gedruckte. Wirksamer wäre es, wenn man sich der gewohnheitsmässigen Lektüre des Bauern bemächtigte: Zeitungen, Kalender, Erbauungsbücher. Das erstere Mittel ist jedenfalls das Vorzüglichste, um so mehr, da man darauf rechnen kann, dass ein Bauer, der Zeitungen liest, schon zu den intelligenteren gehört. In Oesterreich erfreuen sich mehrere deutsche und tschechische Bauernblätter sehr radikaler Richtung einer grossen Verbreitung und zum Theil bedeutenden Einflusses. Ob dergleichen Blätter in Deutschland unter das Sozialistengesetz fallen würden, ist noch nicht ausgemacht, jedoch immerhin sehr wahrscheinlich, wenn sie auch blos so radikal sein sollten, wie die österreichischen.

Leichter verbreitbar und weniger beanstandbar wären Kalender. Bei Herstellung derselben müsste jedoch nicht blos der Inhalt, sondern auch die Form sorgsam behandelt werden, denn Niemand ist pedantischer als der Bauer. Haben sogar Industriearbeiter auf dem flachen Lande in Oesterreich sich geweigert, den Arbeiterkalender zu kaufen, aus dem Grunde — weil die Feiertage mit schwarzer statt mit rother Farbe gedruckt waren!

Erbauungsbücher hätten den Vortheil, dass sie vom Bauern mit einer gewissen Sorgfalt gelesen werden und er Dinge, die im Erbauungsbuche stehen, leichter glaubt, als andere. Die Kunst bestände nun darin, ein Erbauugsbuch zu schreiben, das, erbaulich beginnend, unvermerkt immer aufreizender würde. Auch wäre es nicht „ohne“, in bereits bestehende Erbauungs- und Gebetbücher einige Bogen sozialistischen Inhaltes hineinzuheften. Diese Erbauungsbücher wären gewissermassen das Gegenstück zu den Bauernzeitungen, die letzteren für die intelligenteren, die ersteren für die noch in „der Nacht der Unwissenheit“ Wandelnden bestimmt.

Man wird den Vorschlag, durch Erbauungsbücher auf den Bauer einzuwirken, vielleicht einen jesuitischen, eine Spekulation auf die Dummheit des Volkes nennen; ich muss hier offen gestehen, selbst auf die Gefahr hin, als rother Jesuit verketzert zu werden, dass ich der Ansicht bin, der gute Zweck heilige jedes Mittel, welches mit demselben nicht im Widerspruche steht.

Beim Lichte besehen, ist dieser Ausspruch gar nicht so fürchterlich, als er aussieht, wie aus seiner Anwendung auf die Bauernfrage sogleich erhellen wird. Welches ist denn unser Zweck, wenn wir es versuchen, die Bauern zu unseren Bestrebungen heranzuziehen? Doch offenbar kein anderer, als der, die Bauern zu heben, zu veredeln, zu selbständigem Denken heranzubilden, sie zur Erkenntniss ihrer Klassenlage zu bringen, auf dass sie den Bestrebungen zum Aufbau einer neuen Gesellschaft nicht feindselig entgegentreten. Ist es dazu aber absolut nothwendig, dem Bauern die religiöse Grundlage zu nehmen? Der revolutionäre Doktrinär sagt Ja, der Kenner der bäuerischen Ver-

hältnisse sagt Nein. Der moderne Sozialismus muss sich daran gewöhnen, das Prinzip, dass Alles nur relativ, nicht aber absolut richtig ist, auch in seiner Geschichtsauffassung anzuwenden und das liberale Prinzip des vorigen Jahrhunderts, dass nur Eines absolut richtig, alles Andere aber unter allen Umständen falsch sei, abzustreifen. Der Liberale hält den modernen Staat für den einzig richtigen, wir Sozialisten erklären jede Staatsform für relativ, d. h. unter gewissen Umständen gut. Und so dürfen wir auch nicht in den Fehler der Liberalen verfallen und an Stelle der Dogmen der Religion das Dogma der alleinseligmachenden Aufklärung setzen. Es ist unbestreitbar, dass es Kulturstufen gibt, für welche das Christenthum, das ist der Ausdruck der Kultur des sinkenden römischen Weltreiches, nicht blos nicht schädlich, sondern sogar segensreich wirkt. Einer solchen Kulturstufe gehören aber noch jene Bauern an, welche statt Zeitungen Erbauungsbücher lesen. Man verwechsle nicht die Bauern in der Umgebung grosser Industriezentren, denen die moderne Kultur nichts fremdes mehr ist, mit den Bewohnern abgelegener Dörfer und Weiler, welche aufwachsen, wie das liebe Vieh, für welche der Gottesdienst der einzige Zeitpunkt während der ganzen Woche ist, an dem sie nicht sinnlichen Gedanken sich hingeben, und der Geistliche der einzige höher stehende Mensch, mit dem sie zusammenkommen. Diesen Menschen voll niederer Brutalität und Selbstsucht, ohne Funken von Gemeingeist und Mitgefühl, — denen die Religion nehmen zu wollen, heisst, sie zu einer Heerde wilder Thiere herabdrücken. Man sehe sich nur die „Freigeister“ in solchen Dörfern an — es gibt ihrer genug —: Wilde, rachgierige Subjekte, lehnen sie sich gegen ihren Gott auf aus einem persönlichen Grunde — ihn zu leugnen, sind sie zu unintelligent —, sie lästern ihn, einer, weil der Pfarrer einen Prozess gegen ihn gewonnen hat, ein anderer, weil der liebe Herrgott ihn beim Kartenspiel im Stiche lässt, ein dritter, weil er ihn beim Wildern nicht geschützt hat. Von irgend einer Freigeistigkeit aus Prinzip, aus Erkenntniss ist keine Spur, und wie sollte dieselbe in solchen ungepflügten Köpfen auch aufkeimen können? Solchen Leuten den Atheismus zu predigen, wäre ein Kulturkampf, ebenso vergeblich und verderblich, als der preussische. In diesen Leuten muss man zuerst eine Ahnung dessen erwecken, dass es ein besseres Leben gibt, als das, welches sie führen, man muss in ihnen eine Sehnsucht nach der höheren Kultur erwecken, bevor man überhaupt erwarten kann, dass die Repräsentanten derselben Gehör und Anklang finden. Die ersten Schritte in dieser Beziehung können aber nur in religiösem Gewande gemacht werden; wer diess als unseren Grundsätzen zuwiderlaufend von sich weist, der verzichtet damit überhaupt darauf, in diesen Kreisen unseren Bestrebungen — ich sage absichtlich nicht Prinzipien — Eingang zu verschaffen.

Aber selbst — wenn wir auf genauer Kenntniss des Bauerncharakters fussend, alle schwachen Seiten desselben benutzen würden, um Einfluss auf ihn zu erlangen, so dürfen wir uns doch nicht trügerischen Hoffnungen hingeben. Eine kompakte Masse in dem Bauern-

stande werden wir Sozialdemokraten als Personen nie für uns gewinnen können: daran werden wir verhindert durch diejenige Eigenschaft des Bauern, welche für uns neben seiner Selbstsucht die gefährlichste ist, viel gefährlicher als sein angeblicher Konservatismus: das ist sein Misstrauen. Es ist unglaublich, welches Misstrauen der Bauer gegen die „Stadtleute" hegt; ein Jeder erscheint ihm als ein Spion oder Agent provokateur, als der Emissär eines Wucherers, als alles Mögliche, aber stets als ein heimlicher Feind. Nur wenigen, dem Bauern genau bekannten Genossen, dürfte es gelingen, dieses Misstrauen zu überwinden.

Unser Hauptbestreben muss daher nicht so sehr dahin gehen, auf die Masse der Bauern zu wirken, als vielmehr aus diesen einen Stamm tüchtiger Agitatoren uns heranzuziehen. Diess wäre gar nicht so schwer. Der Bauer ist im Allgemeinen begabt und bildungsfähig, und besonders unter der jüngern Generation dürfte es Manchen geben, der ungefähr in der oben angegebenen Weise bearbeitet, gewonnen und zu tieferem Nachdenken und vielleicht sogar selbsständiger Behandlung der ökonomischen Materie gebracht werden könnte. Ein einziger solcher Bauer, welcher die Ergebnisse der politischen Oekonomie in kurzen, dem Verständniss und Gedankengange seiner Mitarbeiter angepassten Sätzen wiederzugeben verstände, könnte schon eine furchtbare Waffe werden im Kampf gegen die bestehende Gesellschaft. Die Heranziehung einer ganzen Reihe von Agitatoren wäre aber von geradezu epochemachender Bedeutung für unsere Partei. Aus welchen Motiven dieselben zu uns kämen, ob getrieben von Gemeinsinn und Mitgefühl — was auch möglich, wenn auch unter Bauern etwas unwahrscheinlich wäre —, ob aus Rache oder gekränktem Ehrgeiz oder einem anderen selbstsüchtigen Motive, das könnte uns wohl gleichgiltig sein. Die Hauptsache ist, sie heranzuziehen, das sei das Hauptbestreben der Partei den Bauern gegenüber.

Bevor ich schliesse, sei noch die Frage untersucht, welche positiven Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage auf dem Lande zu machen wären. Auch darüber müssen wir uns klar werden: es genügt nicht, nachzuweisen, dass nur wir den Bauern helfen können und wollen und einmal auch werden. Er verlangt Mittel zu wissen, durch welche seiner Noth augenblicklich gesteuert, oder sie wenigstens gemildert werden könne. Vermögen wir solche nicht anzugeben, dann ist unsere Position sehr erschwert.

Vielfach wird behauptet, dem Bauernstande sei überhaupt nicht mehr aufzuhelfen, er müsse zu Grunde gehen. Ich bin nicht der Ansicht. In der jetzigen Form kann er sich allerdings nicht erhalten, aber ich denke, es müsste noch ein anderes Uebergangsstadium vom Kleinbetrieb auf Privateigenthum zum Grossbetrieb auf Gesammteigenthum geben, als das des Landproletariers. Eine solche Uebergangseinrichtung müsste zweierlei Forderungen erfüllen: erstens müsste sie heute schon durchführbar sein, ohne jedoch im Widerspruche mit dem Ziele der jetzigen ökonomischen Entwickelung zu stehen. Zweitens müsste sie dem Interessenkampf eine solche Form geben, dass

die kommunistischen Neigungen, besonders der Gemeinsinn, durch denselben geweckt und gestärkt, die Selbstsucht dagegen sehr geschwächt würde.

Für die industriellen Arbeiter erfüllen die Gewerkschaften beide Bedingungen vollkommen, und als Erziehungsmittel zum Kommunismus sind sie von einer Wirksamkeit, die von keiner andern bestehenden Einrichtung zu Gunsten der Arbeiter übertroffen wird. In einer Gewerkschaft von Harmonieaposteln stecken mehr kommunistische Keime, als in einer Produktivgenossenschaft von Kommunisten.

Die Uebertragung der Gewerkschaften auf das bäuerliche Gebiet könnte meiner Ueberzeugung nach nur die segensreichsten Folgen haben, einerseits die Lage des Bauern soweit, als es die moderne Produktionsweise erlaubt, heben, andererseits den Gemeinsinn in ihm wecken und ihn so vorbereiten auf das Gemeineigenthum an Grund und Boden. Natürlich müssten die ländlichen Gewerkschaften oder Bauernverbände den Verhältnissen entsprechend andere Ziele und Mittel haben, als die industriellen. Diese ziehen die Massen dadurch an sich, dass sie dieselben versichern gegen die am meisten ihnen drohenden Gefahren: Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit. Ebenso könnte das Anziehungsmittel der Bauernverbände in der Assekuranz gegen diejenigen Gefahren bestehen, welche den Bauern am meisten drohen: Feuerschaden, Hagelschlag, Viehseuchen u. dergl.

Was den Zweck anbelangt, den diese Verbände sich setzen müssten, so wäre er derselbe, wie bei den Gewerkschaften: Der solidarische Klassenkampf gegen die Uebermacht des Kapitals. Natürlich würde sich derselbe bei den Bauern in ganz anderer Form zeigen, als bei den industriellen Arbeitern. Die Bauern werden zunächst danach trachten, sich der Wucherer und Zwischenhändler, welche wie Blutegel an ihnen haften, zu entledigen. Sie werden vom Verbande verlangen, dass er ihnen billiges Kapital verschaffe und die Vermittlung zwischen ihnen und den Konsumenten übernehme. Die Verbände werden aber bald zur Einsicht kommen müssen, dass ihre Mittel nicht ausreichen, diesen Anforderungen zu genügen. Um den Zwischenhandel zu organisiren, wäre ein grosses Kapital erforderlich. Magazine müssten errichtet, Keller gebaut werden, in denen die Produkte aufbewahrt werden könnten. Durch diese Aufbewahrung gewinnt z. B. der Wein riesig an Werth. Es müsste ferner genügend Kapital vorhanden sein, um den Bauern auf ihre eingelagerten Produkte Vorschüsse geben zu können und noch zu vielen andern Dingen. Wenn aber von den Bauern keiner ein Kapital hat, haben alle zusammen auch keines, und wenn keiner einen Kredit hat, haben alle zusammen auch keinen. Die Ursachen, warum das Kapital vom Landbau sich abwendet, die geringe Rentabilität und der langsame Umsatz der in demselben angelegten Kapitalien kann durch keinen Verband beseitigt werden. So wie bei den Gewerkschaften muss daher auch bei den Bauernverbänden

nothwendigerweise der Zeitpunkt eintreten, in dem sie zur Einsicht kommen, dass sie, auf ihre eigenen Kräfte gestützt, den Kampf gegen das Kapital nicht entscheidend beenden können, dass sie zu diesem Zweck als politische Partei sich konstituiren müssen, um die gewaltige Hilfe des Staates zu erlangen. Ob es nun räthlicher ist, gleich bei der Gründung der Verbände diess als Ziel aufzustellen, wie es die deutschen Gewerkschaften gethan, oder ob man es der Macht der Verhältnisse überlassen will, sie früher oder später dazu zu zwingen, wie es bei den englischen Gewerkschaften der Fall ist, darüber kann gestritten werden; sicher ist aber das, dass dergleichen Verbände ein ausgezeichnetes pädagogisches Mittel wären, im Bauern an Stelle des Egoismus das Klassenbewusstsein wach zu rufen und ihm die Bedeutung des Staates im wirthschaftlichen Leben klar zu machen. Der isolirte Bauer kann nicht daran denken, die Staatshilfe für sich in Anspruch zu nehmen, ein grosser, mächtiger Verband dagegen kann und wird es thun. Zur Gründung solcher Verbände anzuregen, wäre daher eine der dankbarsten Aufgaben der Parteigenossen.

Man wird mir einwenden, solche Verbände seien eigentlich reaktionärer Natur, indem sie die Tendenz hätten, den zum Tode verurtheilten Kleinbetrieb noch länger am Leben zu erhalten, als es im Interesse der menschlichen Entwicklung wünschenswerth wäre.

Wer so denkt, der möge gleich von vornherein darauf verzichten, jemals den Bauer zu gewinnen. Der Bauernstand ist noch nicht so sehr vom modernen Pessimismus angekränkelt, dass er sich ruhig zu den Todten werfen und als Kategorie von blos historischem Interesse behandeln lassen würde. Wer ihm nicht helfen will, der ist sein Feind, und möge er ihm mit noch so triftigen Gründen nachweisen, dass sein Dasein dem Fortschritt hinderlich sei. Ueberdiess findet die auf englischem Boden gewachsene Theorie von der Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Grossbetrieb auf dem Kontinent nur in sehr geringem Grade ihre Bestätigung. Die Aufsaugung des Kleinbesitzes durch den Grossgrundbesitz findet allerdings statt, aber in so geringem Masse, dass sie keinen nennenswerthen Einfluss auf die sozialen Verhältnisse auf dem flachen Lande übt. Der Bauer hängt so zäh an seinem Besitz, dass er lieber die ärgsten Entbehrungen duldet, als ihn verlässt. Der Kampf gegen die übermächtige Konkurrenz zeigt sich eher in einer Herabdrückung des standard of life, als in einer Verminderung der Bauernstellen: einer solchen Herabdrückung entgegen zu arbeiten, ist aber sicherlich nicht reaktionär.

Endlich wäre noch zu entgegnen, dass der von mir gemachte Vorschlag von Bauernverbänden die wirthschaftliche Entwicklung nicht im geringsten hindert. Im Gegentheil: Wer überhaupt in der Illusion lebt, durch Predigten dem Bauern Geschmack am Gemeineigenthum an Grund und Boden beibringen zu können, kann sicherlich eher auf Erfolg rechnen vor Bauern, in denen durch den Verband das Gefühl der Interessensolidarität geweckt worden, als vor solchen, welche ihre Mitbauern als ihre natürlichen Konkurrenten und Gegner

betrachten. Weiters verhindert ein solcher Verband auch nicht, dass man die Güter des Grossgrundbesitzes in Staatsbesitz übergehen und durch Arbeiterassoziationen bewirthschaften lasse. Ist deren Lage dann wirklich eine um so viel bessere, als man heutzutage erhofft und auch mit Recht erwarten kann, dann werden die Bauernverbände jedenfalls mehr Lust erhalten, es nachzumachen, als wenn man die Bauern isolirt lässt. In konservativen, finanziell noch nicht angefressenen Gemeinden kann man durch Wiederbelebung der Gemeinweiden, Gemeinforste, Allmenden etc. Keime neuer kommunistischer Institutionen schaffen. Schliesslich könnte man durch ein Gesetz bestimmen, dass das Vermögen insolvent gewordener Bauern nicht, wie bisher, versteigert werden, sondern vom Staat angekauft werden sollte. Das Alles sind Bestimmungen, gegen die der Bauer nicht das Geringste einzuwenden haben wird, für welche er heutzutage schon gewonnen werden könnte, und welche bewirken, dass alle Bauern, welche die Konkurrenz mit dem sozialistisch organisirten Grossbetrieb nicht länger aushalten wollen oder können, ihre Güter in Staatseigenthum übergehen lassen, damit ihre Bewirthschaftung ähnlich organisirt werde. Gar nicht sozialdemokratisch aber wäre es, diejenigen Bauern, welche diese Konkurrenz aushalten können und wollen, zu zwingen, nach sozialistischer Façon selig zu werden. Wir dürfen nicht das Odium auf uns laden, den Bauer expropriiren zu wollen, wir müssen das den Verhältnissen überlassen. Wenn wir den Gemeinbesitz an Grund und Boden nicht als von uns angestrebtes Ziel, sondern als eine auch ohne unser Zuthun sich vollziehende Nothwendigkeit hinstellen, dann wird der Bauer den Hass gegen uns verlieren. Wir müssen dem Bauer zeigen, dass nicht wir es sind, die ihn expropriiren, sondern der Grossgrundbesitzer mit seinen Maschinen, der Wucherer mit seinen Zinsen, das Grosskapital mit seinen Eisenbahnen, die ausländisches Getreide befördern, der Staat mit seinen Steuern.

Ich denke, solche und ähnliche Argumente dürften nicht ohne Wirkung auf den Bauer bleiben. Wer andere und bessere vorzubringen hat, wer bessere Vorschläge zu machen hat, als die meinen, möge mit denselben nicht hinter dem Berge halten. Es ist hohe Zeit, dass die Frage der Bauernagitation einmal in Fluss kommt, bevor man aber sich daran macht, die Agitation praktisch zu üben, werde man sich klar und einige man sich über das Vorgehen, welches man bei derselben beobachten will. Für welches Verfahren aber man sich auch entscheiden möge, eines ist klar: den Bauern gegenüber ist Prinzipienreiterei nicht am Platze, die Erfahrung muss für uns massgebend werden. Wer daher Erfahrungen über die Bauern gesammelt hat, möge uns dieselben nicht vorenthalten: nur mit reichlichem Materiale ausgerüstet, können wir uns an die Bauernagitation wagen.

Die soziale Wissenschaft nach Colins und de Potter,

mit einer biographischen Skizze über beide Schriftsteller

von Dr. C. De Paepe.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich die sozialistische Presse französischer Sprache ziemlich häufig mit einer sozialen Lehre, die von ihren Anhängern „der rationelle Sozialismus“ genannt wird, aber als System Colins oder als Colinsianischer Kollektivismus besser bekannt ist. Nach einander sehen wir die Egalité Jules Guesde's, das Bulletin du Mouvement social von Ch. Limousin, Godin und Champury's Devoir, den Prolétaire, die Voix de l'ouvrier etc. die von den Colinsianern vertretenen Lehren debattiren, und seit fünf Jahren haben diese Ideen in der von den Herren Borde, Agathon de Potter, Delaporte, Hugentobler etc. redigirten, in Paris erscheinenden Monatsrevue „La philosophie de l'Avenir“ sogar ein eigenes Organ.

Wie wir sofort sehen werden, ist diese Lehre nicht gerade neu, da ihre Grundgedanken bereits vor fünfzig oder mindestens vierzig Jahren von zwei, Ende des vorigen Jahrhunderts in Belgien geborenen Schriftstellern entworfen wurden; aber abgesehen von einigen vereinzelten Denkern wusste das Gros des sozialistischen Publikums weder von dem Dasein dieser Lehre, noch von dem ihrer zwei Begründer das Mindeste, so dass sie heute fast den Eindruck einer neuen ausgeheckten Theorie macht, die nach den alten sozialistischen 48er Schulen, nach den Theorien Saint-Simon's, Fourier's, Cabet's, Pierre Leroux', Louis Blanc's, Buchez und Proudhon's (wir sprechen hier nur von den Führern der französischen Schule) kommt, um sie zu ergänzen, zu vertiefen und zu berichtigen. Und in der That macht auch der „rationelle Sozialismus“ Colins' entschiedenen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit; wie der Positivismus Auguste Comte's prätendirt er, auf das gesammte menschliche Wissen begründet, die Krönung aller physischen wie moralischen Wissen-

schaften, gleichzeitig eine neue Wissenschaftstheorie, eine neue Geschichtsphilosophie, ein neues Sozialsystem und eine neue Religion zu sein. Ebenso bekannt ist auch, dass vom rein ökonomischen und sozialen Standpunkt aus der Sozialismus Colins' im hohen Grade kollektivistisch ist, dass er insbesondere die gemeinschaftliche Inbesitznahme des Grund und Bodens fordert, und man kann sagen, dass es zum Theil der in den letzten Jahren auf die französischen Proletarier ausgeübte Einfluss dieser Ideen ist, dem die auf dem jüngsten Arbeiter-Kongress zu Marseille beschlossenen Resolutionen zu Gunsten des kollektiven Eigenthums zuzuschreiben sind. Es scheint uns daher der Zeitpunkt gekommen, auch dem deutschen Publikum diese Lehre ein wenig bekannt zu machen, die ihm bis dato todter Buchstabe geblieben sein dürfte, obwohl die Gründer des „rationellen Sozialismus" zuweilen von diesem oder jenem deutschen Schriftsteller zitirt wurden. So zitirt Karl Marx*) an zwei verschiedenen Stellen den etwas bekannteren Colins, während schon 1844 Karl Grün von den ersten sozialistischen Schriften des anderen, Louis de Potter, spricht**), der zwar weniger als Sozialist wie als Staatsmann und Historiker bekannt ist, den wir aber mit vollem Recht als Begründer und Entdecker der sogenannten colinsianischen Lehren Colins an die Seite stellen zu müssen glauben. Doch wird der deutsche Leser bei jenen Zitaten geglaubt haben, dass es sich einfach um einige gewöhnliche sozialistische Abhandlungen handle; und in der That weist ihn nichts darauf hin, dass die Colins'schen oder Louis de Potter'schen Werke ein eigenes philosophisches oder soziales System dieser Schriftsteller bilden.

Bevor wir auf die Theorien unserer beiden frankobelgischen Sozialisten näher einzugehen, wird uns der Leser gewiss gestatten, einige biographische Mittheilungen über dieselben vorauszuschicken. A tout seigneur tout honneur; wir beginnen daher mit dem Herrn Baron von Colins, welcher übrigens auch der erstgeborene Beider ist und allgemeiner als der Begründer der Lehre anerkannt wird.

Jean Guillaume César Hippolyte Colins wurde am 24. Dezember 1783 in Brüssel geboren. Sieben und ein halbes Jahr alt, wurde er von seinem Vater, dem Ritter von Colins, zu einem alten und gelehrten Freund, einem Vikar von Dison lez Verviers gebracht, der ihn französisch lehrte und mit dem Lateinischen und Griechischen bekannt machte. Achtzehn Jahr geworden, entschied er sich für die polytechnische Laufbahn, indess, wie so viele Andere, wurde er von dem kriegerischen Taumel der damaligen Zeit hingerissen und,

---

*) Karl Marx, das Kapital, erste Auflage, S. 600, Note 71 und S. 754, Note 272. Das erste Zitat betrifft die Vermehrung des Proletariats, die mit der Akkumulation des Kapitals gleichen Schritt hält; die zweite Stelle handelt vom Grundeigenthum.

**) Karl Grün, die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, S. 73 (letzter Brief aus Brüssel vom 27. Oktober 1844.)

trat anstatt diese bekannte Schule zu absolviren als Volontär in ein Kavallerieregiment der Napoleonischen Armee ein. Er bekleidete nacheinander sämmtliche Grade bis zum Eskadronschef und nahm von 1802 bis 1815 an verschiedenen Feldzügen Theil. Doch verhinderte ihn der Lärm der Schlachten nicht, am Studium der Naturwissenschaften Geschmack zu gewinnen; er wurde der Veterinärschule zu Alfort, wo er tüchtige Studien in der Rossheilkunde und der Ackerbaukunst machte, zuertheilt und empfing dort 1811 den ersten Preis für Landwirthschaft; 1813 ertheilte ihm die kaiserliche landwirthschaftliche Akademie, während er sich auf dem Schlachtfelde bei Leipzig befand, eine goldene Medaille, und 1814 nahm sie ihn als Mitglied auf. Wir berichten diese Dinge, weil sie unserer Meinung nach einen grossen Einfluss auf Colins' Geistesrichtung und auf die Grundlage seines sozialen Systems hatten: seine thierarzneilichen und folglicherweise physikalischen, chemischen, botanischen, zoologischen und zootechnischen, anatomischen, physiologischen und vergleichend pathologischen Studien, die er später durch das Studium der Medizin und den Besuch aller wissenschaftlichen Kurse der Sorbonne und des Jardin des Plantes ergänzte, machen es uns begreiflich, weshalb Colins später (und zwar unserer Ansicht nach mit Recht) die soziale Wissenschaft als die höchste unter den Wissenschaften der physischen Welt betrachtete, welche die vorherige Kenntniss nicht nur des Menschen als Organismus und moralische Persönlichkeit, sondern auch des ganzen Naturkörpers, von dem der Mensch ein Theil und ein Produkt ist, erheische. Andererseits erklären uns seine landwirthschaftlichen und ackerbautechnischen Studien, weshalb in dem ökonomischen Systeme Colins', der in dieser Beziehung der echte Nachfolger Quesnay's ist, der Ackerbau und das Eigenthum an Grund und Boden eine so grosse Rolle gespielt haben.

Es braucht eigentlich kaum gesagt zu werden, dass der junge Kavallerieoffizier trotz seiner Kenntnisse und seiner Liebe zur Landwirthschaft damals weit entfernt war, der Philosoph und Sozialist zu sein, der er später wurde; er war ein fanatischer Bewunderer Napoleons, er betete das blutige Idol an, welches der Dichter Barbier in seinen Versen mit Recht dem Fluch der Mütter überwies. Auch als sein Idol 1815 von der Insel Elba entwischte, war Colins einer der Ersten, welche das „Vive l'empereur!“ ertönen liessen; am 16. Juni focht er in der Schlacht bei Fleurus, und — was unsere deutschen Leser gewiss interessirt — Colins war es, der als Adjutant des General Excelmanns, eines Elsässers, den Kavallerieangriff kommandirte, der bei der Brücke von Sombre gegen den Feldmarschall Blücher geführt wurde, und bei welchem es gelang, der preussischen Armee sechs Kanonen fortzunehmen.

1817, unter der Restauration, kehrte er in sein Heimathsland Belgien zurück, aber er hielt sich dort nicht lange auf. Er reiste bald darauf nach Amerika, wo er sich von Neuem den Naturwissenschaften, dem Ackerbau und der Medizin widmete. 1818 nahm ihn die Akademie der Naturwissenschaften in Philadelphia als Mitglied auf;

1819 finden wir ihn auf den spanischen Antillen mit der Urbarmachung von Ländereien beschäftigt; um dieselbe Zeit wurde er zum Doktor der Medizin auf Havanna ernannt, woselbst er zehn Jahre als Arzt praktizirte und gleichzeitig Landbau trieb. „Die schönsten Jahre meines Lebens," sagte er, „habe ich auf Havanna zugebracht, denn dort habe ich mich lediglich mit Heilung der Armen beschäftigt." Als er indess 1830 die französische Tricolore im Hafen von Havanna flattern sah, trieb es ihn nach Europa zurück. Glaubte er die Tage des Kaiserreichs wieder gekommen, oder hoffte er, da Alter und Erfahrung seine Ansichten beeinflusst hatten, dass „die drei Tage" die Republik wieder herstellen würden? Man weiss darüber Nichts sicheres; so viel aber steht fest, dass ihn die Politik Louis Philipps bald ebenso anwiderte, als das Regiment der Bourbonen, und anstatt in die Armee einzutreten oder sich um die eine oder andere Verwaltungskarriere zu bemühen, zog er sich zurück und widmete sich von nun ab ausschliesslich dem Studium der Wissenschaften und ihrer Verbindung mit einander. Von 1834 bis 1844 lebte er beständig in Paris, wo er ein Dachstübchen bewohnte und die Vorlesungen der fünf Universitätsfakultäten verfolgte. Nach den Junitagen 1848 lief Colins Gefahr, als Aufständischer füsilirt zu werden, später drohte ihm die Deportirung. Erst 1834 oder 1835 hatte Colins sein erstes Buch, „Der Gesellschaftsvertrag" (pacte social), veröffentlicht, worin er bereits den gemeinschaftlichen Besitz des Grund und Bodens forderte. 1849 publizirte er eine starke Broschüre unter dem Titel: „Rationeller Sozialismus oder universeller Bund der Freunde der Menschheit," in welcher er schon damals eine „internationale Assoziation der Proletarier" vorschlug und merkwürdigerweise schon voraussah, dass der Zentralrath einer solchen Assoziation oder der Hauptort der Assoziation nur in London sich befinden könne. Folgendes seine eigenen Worte über diesen Punkt: „Das Land, in welches der Hauptort der universellen Assoziation am besten verlegt werden könnte, würde England sein".

In derselben höchst beachtenswerthen Broschüre untersucht Colins nacheinander folgende vier Fragen:

1) Ist diese universelle Assoziation der Proletarier nothwendig?
2) Ist diese Assoziation möglich?
3) Würde diese Assoziation heute auf Hindernisse stossen, welche ihr Gelingen erst in einer späteren Zeit möglich machen würden?
4) Was ist unbedingt nothwendig, um die Hindernisse, die sich heute dem Gelingen einer solchen Assoziation entgegenstellen, möglichst schnell zu überwinden?

Wir können die Antworten oder Lösungen, welche der Verfasser auf diese vier Fragen gibt, hier nicht wiedergeben; wir beschränken uns darauf, folgende zwei Stellen anzuführen, deren erste den französischen Sektionen der berühmten „Internationalen Arbeiter-Assoziation", die sich später 1864 in Saint Martins Hall in London konstituirte, hätte als Motto dienen können, während die

zweite fast eine Prophezeihung war; denn diese nämliche internationale Assoziation hat den Satz Colins wörtlich realisirt: „Die Assoziation der französischen Proletarier ist nicht fähig, die Rechtseinheit zu begründen, welche dem Pauperismus und den Revolutionen ein Ende macht; eine universelle Assoziation der Proletarier ist daher nöthig, um dieses Ziel zu erreichen.“ — „Die universelle Assoziation wird alle Arten des speziellen Sozialismus beseitigen, wie die Sonne die Nebel zertheilt.“ Unter „socialisme spécial“ versteht Colins alle Arten von Utopien und eine neue Gesellschaftsordnung voraussetzenden Plänen, wie das Phalanstère Fourier's, das Ikarien Cabet's, die Volksbank Proudhon's u. s. w.; und thatsächlich hat später die internationale Arbeiterassoziation die verschiedenen Schulen verschmolzen und zurückgedrängt, indem sie sie alle in den Schooss eines grossen, dem praktischen Leben angepassten Sozialismus, dessen allgemeine Formel dem von Colins gelehrten Kollektivismus oder relativen Kommunismus ziemlich entspricht, aufgehen liess.

In dieser selben Broschüre zitirt Colins eine andere, 16 Seiten starke, welche er schon vorher unter dem Titel: „Rationelle Organisation der Gesellschaft“ veröffentlicht hatte.

1851 bis 54 erschienen die vier grossen Bände seines Werkes: „Was ist Sozialwissenschaft?“

Von 1856 bis 1861 liess er folgende Werke erscheinen: „Die politische Oekonomie, eine Quelle der Revolutionen und der angeblich sozialistischen Utopien.“ 3 Bde.

„Was ist Gewissensfreiheit?“ Broschüre.

„Die neue Gesellschaft und ihre Nothwendigkeit.“ 2 Bde.

„Die Sozialwissenschaft.“ 5 Bde.

„Die Gerechtigkeit in der Wissenschaft ausserhalb der Kirche und der Revolution“. 3 Bde.

Das letztgenannte Werk ist, wie schon sein Titel anzeigt, der Widerlegung der drei Bände gewidmet, welche Proudhon unter dem Titel: „Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche“*) hatte erscheinen lassen.

Ein Mann, der keineswegs Colinsianer ist, noch es je war, Herr E. von Girardin, spricht sich über die Werke Colins mit folgenden Worten aus, die als Vorrede zum ersten Bande der „Justice dans la Science“ dienen können.

„Alle, welche nach den wahren sozialen Gesetzen forschen, können, welcher Richtung sie auch angehören, aus der Lektüre dieser Bände nur

*) Proudhon hat auf die Einwände Colins' ebensowenig geantwortet, als er auf die Widerlegung, welche Karl Marx seinem bekannten „Oekonomische Widersprüche oder Philosophie des Elends“ unter dem geistreichen Titel „Das Elend der Philosophie“ zu Theil werden liess, je ein Sterbenswörtchen erwiderte. Proudhon zog es vor, auf den armen Cabet loszuschlagen, anstatt mit Leuten wie Colins und Marx sich einzulassen.

C. d. P.

Belehrung und geistige Waffen schöpfen, in ihnen finden wir die grössten und einschneidendsten Fragen der Nationalität, des Pauperismus, des Eigenthums, der Unabhängigkeit und Freiheit, der Ordnung und Gerechtigkeit, der Menschwerdung, der Unsterblichkeit und der Immaterialität der Seele mit Sachkenntniss erörtert, wo nicht vollständig gelöst.

Diese Bände, Denksteine der Wissenschaft, bergen unerschöpfliche Minen der werthvollsten Zitate in sich *); könnte man sie doch für eine grosse soziale Enquête ansehen, in welcher Entdecker, Gesetzgeber und Reformatoren, Moralisten, Oekonomisten und Publizisten, Priester und Philosophen, Gläubige, Zweifler, Ungläubige und Männer der Wissenschaft, Männer der Vergangenheit, des Widerstandes und des Bestehenden und Männer der Zukunft, der Bewegung und des Fortschrittes aufgerufen und gegenübergestellt werden; möchten sie doch in allen ernsten Bibliotheken da eingereiht werden, wo wir die Werke eines Aristoteles, Plato, Descartes, Leibnitz, Bacon, Kant, Locke, Hobbes, J. J. Rousseau, de Maistre, Bonald, Hegel, Vico, Saint-Simon, Fourier, Aug. Comte, Adam Smith, J. B. Say, Malthus etc. etc. finden.

Gewiss gibt es kaum eine Lektüre, welche dem Geist des Lesers eine tiefere und fruchtbringendere Arbeit bietet. Sie empfiehlt sich daher auch für die studirende Jugend, mehr aber noch Denen, welche sich mit Rechtsphilosophie und politischer Oekonomie beschäftigen. Es gibt sicher keinen lehrreicheren Kursus."

Wir haben diese Sätze absichtlich wörtlich wiedergegeben, weil sie in sich schon einen ersten Ueberblick über die Bedeutung der Colins'schen Bücher, über die Fragen, die er erörtert und die Art, wie er sie behandelt, enthalten.

Colins verfasste noch eine Anzahl anderer Arbeiten, deren Manuskripte sich in den Händen seiner Schüler befinden. Die Monatsrevue „La Philosophie de l'Avenir" hat bereits eine Anzahl nachgelassener Werke des Meisters veröffentlicht und wird zweifelsohne die restlichen in der Folge auch veröffentlichen.

Von den bis jetzt publizirten posthumen Werken Colins heben wir folgende hervor: „Ueber die moralische Cholera und ihre Universalität." — „Rationeller Sozialismus." — „Wer gehört eigentlich zum Volk?" — „Kritische Untersuchung des Ledru-Rollin'schen »Der Verfall Englands«." — „Der religiöse Glaube." — „Theorie der Besteuerung" etc. etc.

Colins starb, 76 Jahre alt, zu Paris am 12. November 1859.

Jetzt einige Worte über Louis de Potter (Vater von Agathon de Potter, eines der Hauptmitarbeiter an der „Philosophie de l'Avenir").

---

*) Herr von Girardin führt hier zum Lobe Colins einen Umstand an, den wir vielmehr für einen der grössten Fehler seiner Bücher halten. Sie wimmeln derart von Zitaten aus allen möglichen Schriftstellern, denen kurze Reflexionen Colins', die sich wie Litaneien wiederholen, folgen, dass einzelne Bücher Colins' mehr Zitatensammlungen, als eigentliche Abhandlungen sind. Die Werke de Potters theilen diesen Fehler nicht. C. d. P.

Louis de Potter wurde in Brügge in Flandern am 26. April 1786 geboren, also 2 Jahre 4 Monate später als Colins. Die Eltern des zukünftigen Revolutionärs scheinen in Bezug auf die Revolution keineswegs die Sympathien gefühlt zu haben, welche ihr Sohn später für dieselbe an den Tag legte. Zur Zeit der brabantischen Revolution 1788 bis 1790 wanderten sie aus Furcht vor den „Patrioten“ der österreichischen Niederlande nach Frankreich aus, 1794 aus Furcht vor den französischen „Sansculottes“ nach Deutschland*). Der junge Louis begleitete natürlich die Urheber seiner Tage auf ihren Wanderungen. Unter dem Konsulat glaubte die ängstliche Familie die Ordnung hinlänglich wieder hergestellt und kehrte in ihre gute Stadt Brügge zurück, die sie von da ab nicht mehr verliess. Louis wurde auf das Gymnasium geschickt, wo er, wie es scheint, sehr stark im Griechischen war, denn er soll leichter in der Sprache Homers als in seiner flämischen Muttersprache geschrieben haben.

Nachdem er seine humanistischen und Universitätsstudien beendigt hatte (er hatte sich den Rechtswissenschaften gewidmet), reiste de Potter, 25 Jahre alt, nach Italien, da sein Gesundheitszustand eine klimatische Veränderung nöthig machte. Von 1811 bis 1821 hielt er sich in Rom, von 1821 bis 1823 in Florenz auf; während seines Aufenthaltes in diesen an Denkmälern, Bibliotheken und historischen Dokumenten aller Art so reichen Städten sammelte er die Materialien zu seinen verschiedenen geschichtlichen und religionskritischen Arbeiten.

Das erste Werk de Potters trägt den Titel: „Betrachtungen über die Geschichte der hauptsächlichsten Konzilien seit den Aposteln bis zum grossen Schisma des Westens unter der Herrschaft Karls des Grossen“ und erschien 1816 in Brüssel, während der Verfasser in Rom weilte. Es ist gut geschrieben und hebt die Gegensätze und Zwistigkeiten hervor, welche die Einführung des Christenthums im alten römischen Reich hervorrief.

1821 vervollständigte er dieses Erstlingswerk durch sein „Der Geist der Kirche oder Betrachtungen über die Geschichte der Konzilien und der Päpste seit Karl dem Grossen bis auf unsere Zeit.“ 6 Bde.

1825 veröffentlichte er einen neuen Band, betitelt: „Das Leben Scipio de Ricci's“. Dieses Buch erschien in zwei Auflagen, ausserdem im Nachdruck in Paris und in deutscher und englischer Uebersetzung. Bekanntlich war Scipio di Ricci Bischof von Pistoja und Prato unter der Herrschaft des Herzogs von Toskana, Leopold von Oesterreich, ein reformatorisch gesinnter Prälat, der die Missbräuche, welche die Mönche und Geistlichen aller Art in den Klöstern Toskanas trieben, abschaffen wollte.

1826 erschien in Paris sein Buch: „Briefe Pio's des fünften über die religiösen Angelegenheiten seiner Zeit, mit einer historischen Einleitung,“ welches ein Jahr darauf in Belgien in 2. Auflage erschien.

*) Siehe: Louis De Potter von L. Jottrand, Brüssel 1860.

Das sind die ersten historischen Arbeiten Louis de Potters. Später, 1836, veröffentlichte er ein achtbändiges Werk: „Philosophische, politische und kritische Geschichte des Christenthums und der christlichen Kirchen von Jesus bis auf unsere Zeit“, und 1856 gab er einen zweibändigen Abriss der „Geschichte des Christenthums“ heraus.

Es ist indess Zeit, den Historiker de Potter zu verlassen und dem Politiker, Journalisten und republikanischen Revolutionär einige Worte zu widmen; dann erst werden wir von dem sozialistischen Philosophen zu reden haben.

Die politische Laufbahn Louis de Potters beginnt mit dem Jahre 1828. Nach seiner Rückkehr in die Niederlande, wohin ihm sein Ruf als Historiker und Kritiker vorausgegangen war, trat er in die Redaktion des „Courier des Pays-Bas“, des damals hervorragendsten Organs der liberalen Partei ein. Neben seiner Mitarbeiterschaft an diesem Blatte veröffentlichte de Potter noch Broschüren und Flugschriften über die politischen und religiösen Fragen jener Zeit. Auch die Herausgabe des Buches von Buonarotti, der damals als Verbannter in Belgien lebte und mit dem er in intimer Freundschaft stand, liess er sich angelegen sein. De Potter besorgte für seinen alten Freund die Revision des Manuskripts und die Korrektur der Druckbogen jenes berühmten Buches, das uns die sogenannte „Verschwörung Baboeufs für die Gleichheit“ in allen Details schildert.

Am „Courrier des Pays-Bas“ lernte de Potter u. A. Bartels, Jottrand, Tielemann, Ducpétiaux, Claes kennen. Der Courrier leitete hauptsächlich den Kampf gegen die Regierung Wilhelms des ersten, Königs der Niederlande, der schliesslich zur Revolution von 1830 und unglücklicherweise zur Trennung der Niederlande in zwei Stücke, Belgien und Holland, führte. Verschiedene Artikel brachten de Potter eine Reihe von Prozessen ein; in einem derselben wurde er zu Gefängnisstrafe, in einem anderen, dem letzten, am 30. April 1830 zu achtjähriger Verbannung verurtheilt. De Potter verbüsste diese letztere Strafe in Paris, als 1830 die Septemberereignisse in Brüssel eintraten.

De Potter erfreute sich damals einer ungeheuren Popularität in Belgien. Die aus der Revolution hervorgegangene provisorische Regierung beeilte sich daher, ihn zurückzurufen und sich ihn zu kooptiren. Die Rückkehr des Verbannten war ein wahrhafter Triumph; von Enghien, einer kleinen, sechs Meilen von Brüssel entfernten Stadt, bis in die letztere Stadt hinein wurde der Wagen, der den Verbannten zurückbrachte, unter unbeschreiblichem Enthusiasmus und freudigen Zurufen von der Menge begleitet, dann ausgespannt und buchstäblich getragen. De Potter wurde sofort zum Chef der provisorischen Regierung ernannt, und in dieser hohen Stellung wollte er das Land auf die Bahn radikalster Reformen leiten. „Die Regierung des Königs,“ rief er seinen Kollegen zu, „ist unter der Last der Beschwerden des Volkes zusammengebrochen; eilen wir, die

unsere von denselben freizumachen, damit sie nach uns ebenso rein und kräftig fortbestehen kann, wie es der Fall sein wird, so lange sie unseren Händen anvertraut ist. Wir werden nicht lange diesen Platz einnehmen, möchten es auch nicht; und wir möchten auch nicht, dass wir es könnten. Wir haben daher keine Minute zu verlieren, um einige edle Spuren unserer Thätigkeit zurückzulassen, die nie vergehen werden. Wir sind in der günstigsten Lage, unsere Pflicht ganz und voll zu erfüllen; wir sind durchaus uninteressirt bei den Fragen, die wir zu lösen haben. Schlagen wir also zu; schlagen wir gerecht und stark zu und, vor Allem, schlagen wir schnell. Lassen wir keinen Missbrauch bestehen, über den das Volk sich beklagt, und wo möglich keinen, über den es sich in der Folge zu beklagen haben würde"*).

Das waren ausgezeichnete Absichten, aber de Potter wurde von seinen Kollegen, die weder auf seiner, noch auf der Höhe der Situation überhaupt standen, nicht begriffen, und da er ihrer Zustimmung bedurfte, wurden alle seine guten Absichten lahm gelegt. De Potter hoffte wenigstens, dass der kurz darauf einberufene Nationalkongress die Republik errichten würde; aber selbst darin wurde er enttäuscht. Seit der Zeit zog sich de Potter, angewidert von dem geringen Scharfsinn und der geringen Würde seiner Mitbürger, vom politischen Leben zurück. Die Wendung, welche die Ereignisse in Belgien nahmen, überzeugte ihn mehr und mehr von der Nichtigkeit rein politischer Revolutionen, und nun nahm er mit Eifer seine Studien über die Geschichte der menschlichen Gesellschaften wieder auf und widmete sich speziell der sozialen Wissenschaft. Jede seiner späteren Schriften ist ein Plaidoyer für die physische, geistige und sittliche Besserstellung des Volkes, und schliesslich sehen wir ihn, vermittelst verschiedener übrigens sehr erklärlicher Versuche, bei demselben philosophischen und sozialen System ankommen, bei welchem Colins seinerseits angelangt war, und das wir weiter unten auseinandersetzen werden.

Schon 1831 hatte er in Paris eine Broschüre veröffentlicht, von der Karl Grün uns in seinen Briefen aus Brüssel berichtet. Sie war betitelt: „De la Révolution à faire d'aprés l'expérience des Révolutions avortées". Paris 1831**). Das Motto dieser Broschüre lautet: „Man muss um jeden Preis und vor allen Dingen das Loos des Volkes verbessern". Und Grün fügt hinzu: „Im Titel und im Motto liegt eigentlich der ganze Inhalt der Schrift." „Die politischen Umwälzungen helfen nicht," rief de Potter auf der verglühenden Lava einer politischen Revolution aus, in der er selbst eine grosse Rolle gespielt hatte, „man muss eine soziale Revolution machen!" Und unter einer solchen versteht der Verfasser:

---

*) Auszug aus den „Souvenirs personnels" de L. de Potter."

**) Von dieser bemerkenswerthen Broschüre existirt eine italienische Uebersetzung, die 1832 in Lugano erschien. C. D. P.

„Eine neue Ordnung der Dinge, wo die Majorität der Völker Rechenschaft fordert von den Mächtigen und Reichen über die lange Ungerechtigkeit, die ihnen durch ihre soziale Stellung das Monopol der Kenntnisse, der Macht und aller Genüsse des Lebens sicherte, indem es sie zu geborenen Urhebern, Organen und Auslegern des menschlichen Gesetzes machte, damit ihnen dies Gesetz ihre Privilegien garantirte und für das Volk die Unwissenheit, die Knechtschaft und das Elend verewige.“ Und weiter: „Eine soziale Revolution machen, heisst die Gesellschaft im Interesse des Volkes reformiren, so dass das Volk diese Reformen in der Folge durch sich selbst und für sich aufrecht erhalten kann.“ Theoretisch scheidet de Potter die soziale Revolution in der Weise von der politischen, dass er sagt: „Was ist der Zweck einer Revolution? Die Freiheit. Aber ist die Freiheit an sich selbst ihr Zweck? Nein, sie ist das Mittel, das soziale Wohlsein zu vermehren. Man lebt dadurch noch nicht glücklich, dass man frei lebt; vor allen Dingen muss man die materiellen Bedingungen des Glückes haben. Sind diese Bedingungen erfüllt, so geniesst man in der Freiheit dieses Glück und garantirt sich dessen Genuss.“ Wann wird diese soziale Revolution ausbrechen, und wo? „Sie wird ausbrechen, ich weiss nicht wo, noch bei welcher Gelegenheit, noch warum, noch wie? Aber es ist unbezweifelbar, dass sie irgendwo ausbrechen wird, wahrscheinlich, wenn man sie am wenigsten erwartet. Vielleicht wird sie diesmal zu ihrem einzigen Motive das Elend des Volkes haben, dem abzuhelfen gerade ihr Hauptzweck ist.“ Und wie wird man dann vorgehen müssen, um die Bewegung auf der richtigen Bahn zu erhalten? „Die revolutionäre Gewalt,“ sagt de Potter, „muss revolutionär zu Werke gehen, man muss der alten Legalität keine neue substituiren, keine legitime Legalität. Das Heil der Revolution sei das höchste Gesetz, das Glück des Volkes das zu erreichende Ziel, die Freiheit das Mittel, dahin zu gelangen.“

Man darf nicht vergessen, dass de Potter dies 1831 schrieb. Er wohnte damals in Paris, wo er auch seine berühmten „Briefe an König Leopold den ersten“ — 1832 — erscheinen liess; 1834 veröffentlichte er gleichfalls in Paris zwei Broschüren: „Elemente der Toleranz zum Gebrauch der belgischen Katholiken,“ wovon in Gent eine flämische Ausgabe erschien, und „Eine Frage an die belgischen Katholiken über die Enzyklika des Herrn von La Mennais.“ In Paris war er auch Mitarbeiter an verschiedenen republikanischen Journalen damaliger Zeit, namentlich am „Reformateur“ und am „Tribun du Peuple“. Endlich gab er dort im Jahre 1836 seine grosse „Geschichte des Christenthums“ heraus, von der wir bereits oben sprachen.

1838 kehrte er nach Brüssel zurück. Ein Jahr darauf veröffentlichte er seine „Souvenirs personnels“, 2 Bde., welche 1840 in zweiter Auflage in französischer Sprache und im gleichem Jahre zu Dordrecht in holländischer Sprache erschienen. Es sind dies die Memoiren de Potters, die auf die unmittelbar vor und nach der belgischen Revotion von 1830 stattgehabten Ereignisse Bezug haben.

Wir können unmöglich alle die zahlreichen Broschüren, Pamphlete und Publikationen aller Art, welche von nun (1840) an bis zu seinem Lebensende aus der Feder de Potter's hervorgingen, hier aufzählen; zu jeder wichtigen Frage, die das Publikum bewegte, ob politischer, ökonomischer oder philosophischer Natur, gab er seine Ansicht öffentlich kund. Erwähnen wir daher hier nur der Zeitfolge nach seine hauptsächlichsten sozialistischen Werke, in denen er sein soziales System darlegte und sich, wie wir schon sagten, mehr und mehr den Ideen näherte, zu denen Colins seinerseits selbstständig gelangt war.

1841 veröffentlicht de Potter den ersten Band seiner „Sozialen Studien“. Unter anderen finden wir darin folgende Kapitel: „Die Sozialwissenschaft auf ihr Prinzip zurückgeführt. — Ueber den öffentlichen Unterricht unter der Herrschaft des sozialen Zweifels. — Ueber die soziale Ungleichheit und die Gerechtigkeit Gottes.“ — De Potter glaubte damals noch an einen persönlichen Gott und nahm ihn zu einer der Grundlagen seiner sozialen Philosophie; später gab er, wie wir sehen werden, diese Idee auf und wurde — obwohl er Spiritualist blieb, d. h. obwohl er die Existenz einer immateriellen Seele des Menschen zuliess — Atheist.

1843 erscheint der zweite Band der „Sozialen Studien“, der folgende Fragen behandelt: „Der Zustand der Zivilisation und das soziale Streben, aus ihm herauszukommen. — Die Bestimmung der Menschheit. — Ueber das Eigenthum und die Freiheit unter dem sozialen Gesichtspunkt. — Ueber Rechte und Pflichten. — Ueber die politischen Schwankungen in der sozialen Entwickelung der Menschheit. — Ueber die Macht des Zufalls und die wahre Gleichheit.

1846 veröffentlicht er: „Die Gerechtigkeit und ihre religiöse Sanktion; Fragen der sozialen Ordnung. In diesem Buche weist de Potter zum ersten Male auf Colins hin, ohne ihn indess zu nennen. Seite 38 sagte er in einer Note, dass sein soziales und philosophisches System gleichzeitig das zweier anderer Schriftsteller ist: „Der Eine in Paris ist Verfasser der „Science sociale“, einer Arbeit, in der Alles in äusserster Klarheit dargelegt und nachgewiesen ist, und des „Pacte social“, der vor 11 Jahren in zwei Oktavbänden anonym erschienen ist (es ist leicht, hieraus Colins zu erkennen); der andere, Don Ramon de la Sagra, veröffentlicht seit 1844 eine „Revue der materiellen und moralischen Interessen““. Wann sich unsere beiden Denker, Colins und de Potter, genügend verständigt hatten, um ihre Ideen so durchaus in ein System zu verschmelzen, wissen wir nicht, aber es ist wahrscheinlich, dass de Potter erst in der letzten Zeit seines Aufenthalts zu Paris die Bekanntschaft Colins' machte. De Potter hatte von jeher zu diesem System geneigt, er würde vielleicht auch ganz allein auf dasselbe gekommen sein; Colins, der sein System schon längst in seinen Hauptzügen festgestellt hatte, brauchte sicher nicht viel Mühe, um de Potter, dessen Untersuchungen alle auf dieselben Ideen hinausliefen, und dessen Geistesrichtung der seinen entsprach, für sich zu gewinnen. De Potter sagt zwar in einem späteren Buche, dass er zehn Jahre gegen

die neue Lehre gekämpft habe, doch können wir dies nicht wörtlich nehmen; vielleicht gegen gewisse Punkte dieser Lehre, nicht aber gegen ihr Grosses und Ganzes, denn die früheren Schriften de Potter's, besonders seine „Sozialen Studien", führten ihn logischerweise zu einem, dem Colins'schen, wenn nicht gleichen, so doch ähnlichen System.

1848 veröffentlichte de Potter eine Broschüre: „Die Arbeiterfrage vor dem Tribunal der Februarrevolution", sowie „Das ABC der Sozialwissenschaft" und „Die Wirklichkeit durch die Vernunft bestimmt".

1850 erscheint sein „Sozialer Katechismus", 1854 sein „Rationeller Katechismus", endlich 1859 sein „Rationelles Wörterbuch".

Das letztere war sein Schwanengesang. Louis de Potter starb, 73 Jahre alt, am 22. Juli 1859, also etwas über vier Monate vor Colins, in seinem Geburtsort Brügge. Sein Leichnam wurde von Brügge nach Brüssel übergeführt, wo er von dem Verein „l'Affranchissement" bestattet wurde, einer aus sozialistischen Freidenkern für die Einrichtung ziviler Bestattungen 1854 gegründeten Gesellschaft, deren Mitbegründer er war. Er hinterliess einige Manuskripte, welche, soviel wir wissen, bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden sind.*) Sein einziger Sohn, Herr Agathon de Potter, ist einer der eifrigsten Verbreiter der Lehre und der fleissigste Mitarbeiter der Pariser Revue „La Philosophie de l'Avenir" geblieben.

Schon zu ihren Lebzeiten hatten Colins und de Potter einige Schüler, besonders in Belgien; von den bekannteren sind zu erwähnen: Herr A. Capelle, Verfasser eines „Essai sur le libre Examen" und einer Broschüre über den Ursprung der Sprache; Herr Hugentobler (ein Schweizer, wohnhaft in Cartaillod, Kanton Neuchatel), Verfasser eines Buches über den Pauperismus und des „Gespräch der Todten" (zwischen Colins und Proudhon); die Redakteure der „Philosophie de l'Avenir" und bis zu einem gewissen Zeitpunkt der Spanier Ramon de la Sagra, der indess später seine sozialistischen und atheistischen Irrthümer abschwor und in den Schoss der katholischen Kirche zurückkehrte. Vor einigen Jahren lernten wir in einem belgischen Kohlendistrikt, dem sogenannten Borinage, eine beträchtliche Anzahl wohlunterrichteter und sogar einige gelehrte junge Leute kennen, welche überzeugte Anhänger der Colins'schen Lehren waren und zum Theil noch sind. In der Internationalen waren ihrer in nicht geringer Anzahl vertreten, ebenso unter den Kämpfern der Pariser Kommune.

Das sind die Begründer des „rationellen Sozialismus", wir haben es nunmehr mit dem System als solchem zu thun.*) Da es uns für

---

*) Die Philosophie de l'Avenir hat bis jetzt nur ein nachgelassenes kleineres Werk „Der Rationalismus" publizirt. C. D. P.

*) In der Darstellung des Systems halten wir uns nicht nur an die Schriften seiner Begründer, sondern auch an die Erklärungen, welche wir in den vor ca. 15 Jahren von Herrn Agathon de Potter in der Revue

diesmal weniger darauf ankommt, die Schwächen desselben nachzuweisen, als vielmehr zu zeigen, worin das Colinsianische System überhaupt besteht, so werden wir uns in der Kritik auf das Nothwendigste beschränken. Wie alle a priori aus einem Stücke konstruirten Systeme hat auch das vorliegende den Fehler, dem Prinzip des Versuchens zu wenig Rechnung zu tragen und selbst die kleinsten Einzelheiten der zukünftigen Gesellschaftsorganisation im Voraus regeln zu wollen. Ferner sind seine metaphysischen und religiösen Grundlagen, seine dualistische Auffassung vom Menschen, seine Behauptung von der Gefühllosigkeit der Thiere — eine Wiederaufnahme des von René Descartes behaupteten Automatismus der Thiere —, seine Dogmen von der Unsterblichkeit der Seele und einer überirdischen Bestimmung, Dinge, die mir durchaus der Kritik bedürftig erscheinen und mit den Aufstellungen der positiven Wissenschaft wenig übereinstimmen. Endlich scheint es mir mit seinem Erbrecht, seinem auf den Grund und Boden und die grösseren Arbeitswerkzeuge beschränkten Kollektivismus, der den individuellen Erwerb einer gewissen Zahl von Kapitalien zulässt, mit seiner Vererbung der Güter — die Immobilien ausgenommen — an die direkte Nachkommenschaft dem Prinzip der Gleichheit und der Solidarität der Menschheit keine genügende Rechnung zu tragen. Aber, ich wiederhole es, wir wollen keine kritische Abhandlung liefern — wenigstens diesmal nicht —, auch nicht einmal eine einigermassen eingehende Untersuchung, sondern lediglich eine gedrängte Darstellung.

Wir werden diese Darlegung in mehrere Abschnitte eintheilen, welchen wir besondere Aufschriften geben, obwohl uns der Wunsch, recht klar zu sein, hie und da gewisse schon unter einer anderen Aufschrift behandelte Dinge unter einem neuen Titel, aber unter mehr oder weniger verschiedenen Gesichtspunkten wiederholen lassen wird. Von diesen verschiedenen Parthien des Colinsianischen Systems scheint uns die Theorie der Geschichte die bedeutendste zu sein; für uns ist sie der Eck- und Schlusstein des ganzen Gebäudes, die originale und wirklich wissenschaftliche Seite der Lehre und das wahrhafte Fundament der Colins'schen Ideen über die Einrichtung der neuen Gesellschaft. Ich weiss wohl, dass die Colinsianer selbst diese Ansicht nicht theilen, für sie beruht das Fundament ihrer ganzen Idee auf den religiösen Prinzipien, auf dem, was ich die Metaphysik Colins nenne, mit anderen Worten, auf ihren Ansichten über die Religion, die Moral und das Recht.

Weil nun aber Colins und seine Schüler in diesen metaphysischen Prinzipien die Grundlage und den Ausgangspunkt ihrer ganzen Lehre sehen, müssen wir, um eine getreue Darstellung zu liefern, auch mit ihnen beginnen:

---

trimestrielle, sowie in anderen damaligen Zeitschriften veröffentlichten Artikeln und Studien gefunden haben. C. D. P.

Colins' Metaphysik.

Wir werden über diesen Theil der Lehre ziemlich schnell hinweggleiten und uns aus zwei Gründen wohl hüten, ihn zu diskutiren: erstens, weil das „Jahrbuch" keine philosophische Revue ist, sondern sich lediglich mit der sozialen und politischen Wissenschaft befasst und daher für ein Eingehen auf metaphysische Ideen keinen Raum hat, und zweitens, weil diese metaphysischen Ideen für uns ein fast überflüssiges Beiwerk des Colins'schen Systems sind; uns ist dasselbe, als soziale Statik und Dynamik, d. h. als Theorie der Geschichte und Entwickelung der menschlichen Gesellschaft und als Theorie sozialer Organisation etwas Vollständiges und in seiner Gesammtheit bedeutend genug, ohne dass es nöthig ist, es mit dieser Metaphysik zu verquicken.

Colins ist durch und durch Spiritualist, aber Spiritualist ganz besonderer Art. Er gibt zwar wie alle Spiritualisten zu, dass es am Menschen etwas Immaterielles gebe und nicht blos einen Körper, einen lebendigen Organismus, aber für ihn besteht dieses immaterielle Etwas lediglich in dem Daseinsgefühl, im Selbstbewusstsein. Der Stoff, die Materie kann ihre eigene Existenz nicht empfinden, kein Bewusstsein ihrer selbst haben; da nun der Mensch sein Dasein empfindet, seiner Individualität sich bewusst ist, so ist er demnach etwas Anderes als Stoff, Körper oder Organismus; es besteht daher beim Menschen auch etwas nicht Stoffliches, etwas Stoffloses, was Colins, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, die Seele nennt. Wenn nun aber Colins auch nicht zugibt, dass da, wo es nur reine Materie giebt, es Empfindung, Bewusstsein, Denken geben könne, so giebt er doch noch weniger zu, dass diese Funktionen da existiren können, wo die Organe des Empfindens, Bewusstseins und Denkens fehlen, mit einem Wort, wo kein Gehirn ist. Für ihn erheischt die Intelligenz, der Gedanke: erstens, ein immaterielles Prinzip, zweitens, ein wohlorganisirtes Gehirn, und daher einen mit demselben in Verbindung stehenden Organismus.

Ausserhalb des Menschen aber erkennt Colins nur eine materielle Welt, nur die Natur und ihre unveränderlichen, unabweisbaren Gesetze an. Er lässt kein „höheres Wesen", keinen die Welt erschaffenden und lenkenden Gott zu.*) Die Materie ist ewig, unerschaffen und unzerstörbar; nur ihre Formen verändern, entwickeln sich. Da aber Nichts aus Nichts entsteht und Nichts zu Nichts vergeht, so ist die menschliche Seele, ebenso wie die Materie, nicht nur unsterblich, sondern auch unerschaffen, ewig.

---

*) Wahrscheinlich ist das einer der Punkte der Colins'schen Lehre, gegen welche Louis de Potter 10 Jahre kämpfte, bevor er sie anerkannte. De Potter, der Anfangs Deist war, musste diese Bestätigung einer unsterblichen Seele bei der Verneinung des Göttlichen als Widerspruch ansehen. Viele andere sind zweifelsohne derselben Ansicht; ich nicht zum Wenigsten.

C. D. P.

Aus Alledem geht hervor, dass Colins sehr wohl mit den Materialisten zugiebt, dass kein Gott-Schöpfer, noch eine Weltseele existirt, dass im Weltall Kraft und Stoff untrennbar, unerschaffen, unzerstörbar, aber beständig in Bewegung, in Veränderung, in Entwicklung begriffen sind; dass der Mensch, soweit er Körper, Organismus, lebendes Wesen ist, das Ergebniss der ganzen organischen Entwickelung der minder als er entwickelten Wesen, und dass es von diesem Gesichtspunkte aus mehr als wahrscheinlich ist, dass der Mensch irgend einen anthropoiden Vorfahren habe, von dem auch der Affe abstamme; dass es ohne Gehirn, ja, wie Moleschott sagt, ohne Phosphor keinen Gedanken gebe. Das ist ein sehr sonderbarer Spiritualismus, nicht wahr? Ein atheistischer, darwinistischer Spiritualismus! .... Erinnert er den Leser nicht an La Mettrie, den berühmten Materialisten des 18. Jahrhunderts, den Arzt und Freund Friedrich's des Zweiten? Dieser La Mettrie glaubte an Gott und läugnete die Immaterialität der Seele; Colins und De Potter, sowie ihre Anhänger läugnen Gott, aber bejahen die Immaterialität der Seele. Wie es viele deistische Materialisten giebt, so sind auch atheistische Spiritualisten nichts Wunderbares.

Da die Seele immateriell und unerschaffen ist und nur durch ihre Vereinigung mit einem menschlichen Gehirn, einem menschlichen Organismus ihres Daseins sich bewusst werden kann, so giebt Colins eine Aufeinanderfolge von Leben zu und behauptet, nachgewiesen*) zu haben, dass jedes dieser Leben die Anerkennung der in einem früheren Leben begangenen guten oder schlechten Handlungen in sich begreife, ohne dass man dafür zu einem Gott, der durch Himmel oder Hölle belohnt oder bestraft, seine Zuflucht nehmen müsse.

So giebt es ein Band zwischen dem früheren und jetzigen, wie zwischen dem jetzigen und einem späteren Leben; diesem Band, und zwar nur diesem, das ihnen ein Gesetz der moralischen Welt ist, wie die Anziehungskraft oder Schwere ein Gesetz der physischen Welt, diesem Band also geben Colins und De Potter den Namen Religion. Nach einer veralteten, sehr anfechtbaren, übrigens auch von mehreren hervorragenden Philologen in Abrede gestellten Etymologie käme das Wort Religion thatsächlich von religare, binden, und wäre seine wahre Bedeutung einfach Band.

Andererseits, wenn der Mensch nur Materie wäre und nicht eine besondere, von der ihn umgebenden physischen Welt absolut unterschiedene Individualität, so würde es ebensowenig ein individuelles Recht geben, wie für die die Gesellschaft ausmachende Gesammtheit der Menschen ein kollektives, soziales Recht. Die Materie zieht an oder stösst ab, ihre Bewegungen werden durch blinde Kräfte verursacht, es giebt für sie keine Rechte, folglich auch keine Pflichten;

---

*) Denn diese ganze transzendente Metaphysik ist für Colins nicht Sache des Glaubens, der Vermuthung, sondern des Beweises, einer bestimmten Wissenschaft. C. d. P.

oder, sagt Colins, wenn man dann noch von Recht oder Pflicht reden will, so ist das nichts als eine rednerische Figur, denn es könnte dann nur ein trügerisches, eingebildetes Recht geben, wie scheinbare Pflichten; nun, ohne wirkliches Recht und wirkliche Pflicht giebt es auch keine wirkliche Moral: kein anderes Recht, als die Stärke, keine andere Pflicht als sich dem Gesetze des Stärkeren zu unterwerfen.

Vom Standpunkt der Religions- und Rechtsbegriffe weist die Menschheit zwei Epochen nach: die der Unwissenheit über die wahre Existenz des Rechtes und der Religion und die der Wissenschaft von dessen Realität.

Bei seinem ersten Auftreten auf dem Erdball ist der Mensch natürlicherweise unwissend. Er kann nicht erkennen, ohne erfahren zu haben. Er hat noch keinen Begriff von Ehre noch Religion; die brutale Kraft herrscht; die Anarchie ist in Geltung. Dann macht sich die Nothwendigkeit eines Rechtes, einer Religion, einer übernatürlichen Weihe fühlbar. Aber da die ursprüngliche Unwissenheit die Aufstellung eines wahren Rechtes, einer unbestreitbaren Religion nicht gestattet, muss man nothwendigerweise ein hypothetisches Recht und eine mystische Religion erfinden. Der Intelligenteste, der Klügste, der Stärkste erklärt sich für den Dollmetscher einer geoffenbarten Gottheit. Vermöge des guten Glaubens führt er irgend eine Religion ein und beschränkt, um ihre Umstossung zu verhindern, die Prüfung; er setzt Inquisitionen ein, hält die Massen in Sklaverei und verthiert sie durch die Unwissenheit. Das ist die Geschichte aller Völker. Der Verfall der Religionen hat immer den Ruin der Staaten angezeigt. Eine Religion ist nur abgeschafft worden, um durch eine andere stets hypothetisch bleibende Religion ersetzt zu werden. So lange man die Prüfung einzuschränken vermochte, hat es nothwendigerweise so sein müssen.

Inzwischen entwickeln sich allmälig die Industrie, die Künste, die Wissenschaften, Handel und Verkehr, die Presse tritt auf, erweckt die Intelligenz, befreit den Gedanken, beseitigt die Inquisition, wirft die Altäre um, bringt die auf die Altäre gestützten Throne zu Fall, schafft alle auf den blossen Glauben beruhenden Religionen ab und macht sie für die Zukunft unmöglich. Der Gott-Schöpfer verschwindet vor der so einfachen Wahrheit: Nichts entsteht aus Nichts, und Nichts wird zu Nichts.

Zunächst schliesst man daraus, dass die Schöpfung absurd ist (ex nihilo nihil), mit Recht auf die Ewigkeit der Materie als Ganzes. Eine zweite vernunftgemässe Folgerung aus diesem Prinzip ist das Vorhandensein einer Urzeugung und die allmählige Hervorbringung aller organischen Wesen dieser Welt durch die Thätigkeit der Materie allein, ohne Dazwischenkunft irgend welcher überirdischen Persönlichkeit.

Aber trotzdem sich die freie Forschung nicht unterdrücken lässt, dauert die soziale Unwissenheit über das Recht und die Religion

noch fort, wenigstens während einer gewissen Periode. Während derselben sind Moral, Gerechtigkeit, Billigkeit, Treu und Glauben nur leere Worte ohne Sinn, mit denen man Gimpel fängt. Die grössten Betrüger sind die tugendhaftesten Leute. Der Mensch wird nur von seinem augenblicklichen Interesse, das darauf hinausläuft, per fas et nefas so viel als möglich zu geniessen, geleitet. Die List und Hinterlist, Geschicklichkeit, Lüge, Heuchelei und Verläumdung sind die herrschenden Tugenden dieser Epoche. Selbst der Henker vermag nicht den Diebstahl, den Mord, den Ehebruch, die Blutschande, die Nothzucht, die Vergiftung, die Ausbeutung und alle Verbrechen, welche die öffentliche Sicherheit untergraben, zu verhindern. Nichts unterbricht die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Wenn auch der Proletarier Hungers stirbt, was liegt daran! Man darf im Ausbeuten nicht einhalten, es muss weiter ausgebeutet werden, ausgebeutet ohne Unterbrechung. Diese Epoche ist durch und durch anarchisch, Hass, Unruhen, Empörung und Auflehnung sind an der Tagesordnung. Die Gesellschaft schreitet einem Abgrund zu, aus dem sie sich nur durch die Entdeckung und Durchführung des wahren Rechts, der wahren Gerechtigkeit, der wahren Vernunft, der wahren Wissenschaft, der wahren Religion, mit einem Wort, der Wahrheit retten kann; sie, die Wahrheit, beweist Allen und Jedem mathematisch und unbestreitbar, dass der Mensch nicht lediglich Materie ist, dass er sich durchaus von den Thieren und den übrigen Wesen unterscheidet, dass er allein und ausschliesslich das Gefühl seines wirklichen Daseins, etwas Immaterielles, Ewiges, Unabhängiges und Unwandelbares besitzt.

Das ist die Lehre Colins' und de Potter's in Bezug auf Recht, Moral und Religion.

Wie man sieht, brauchen diese Männer das Wort „Religion“ nicht in dem Sinne, dem man ihm gewöhnlich leiht. Nur wenige Menschen stellen sich eine Religion ohne Gott vor. Alle geoffenbarten Religionen beruhen auf dem Glauben, der blinden Annahme einer blossen Hypothese von der Existenz eines Gottes, der erschafft, belohnt und bestraft. Colins und de Potter unterscheiden dagegen zwischen Religion und Kultus oder Anbetung eines höchsten Wesens; für sie schliesst die Religion nicht die Idee der Gottheit ein, sondern nur die Idee der ewigen Gerechtigkeit. Diese religiöse Lehre scheint ihnen eng mit der Organisation der neuen Gesellschaft verknüpft zu sein, wie Wirkung und Ursache.

Wir müssen indess bemerken, dass es gegenwärtig in Europa viele Leute giebt, die zwar die metaphysischen Ansichten Colins' und de Potters nicht theilen, aber ihren Ideen über die gesellschaftliche Organisation zustimmen. Sehen wir aber, wie unsere Denker von diesen Ideen über Recht und Religion aus zur Erklärung der gesellschaftlichen Entwickelung, der sozialen Dynamik oder Geschichtstheorie gelangen.

Theorie der Geschichte.

Die menschliche Gesellschaft ist nur unter der Bedingung möglich, dass unter ihren Gliedern gewisse gemeinschaftliche Anschauungen über die Richtschnur der Handlungen, d. h. über das Recht und seine Anerkennung gelten.

Wir haben gesehen, wie der ursprünglich unwissende Mensch nicht weiss, ob ein Recht und eine Sanktion desselben wirklich existire, wie indess diese Existenz für die Gesellschaft eine Nothwendigkeit ist, wie der Gesetzgeber sie voraussetzt und diese Voraussetzung als Wahrheit geltend macht.

Zu diesem Zwecke behauptet der Gesetzgeber, dem man nicht lange gehorchen würde, wenn er Etwas in seinem eigenen Namen vorschreiben würde:

1. dass es ein menschenähnliches, allmächtiges Wesen, Gott genannt, gäbe;

2. dass dieses Wesen eine Richtschnur für die Handlungen offenbart und ihn, den Gesetzgeber, zum unfehlbaren Verkünder dieser Richtschnur ernannt habe;

3. dass Gott die Seele unsterblich geschaffen habe;

endlich 4. dass der Mensch, je nachdem seine Handlungen der geoffenbarten Richtschnur entsprechen oder nicht, in einem zukünftigen Leben belohnt oder bestraft werde.

Diese erste Menschheitsepoche nennen Colins und de Potter: Die Epoche der sozialen Unwissenheit.

Es ist klar, dass es für den Gesetzgeber nicht ausreicht, sich auf die Verkündigung der oben angeführten Sätze zu beschränken; er muss auch die Prüfung derselben verhindern.

So lange ihm das gelingt, d. h. so lange die Periode der Unwissenheit und der Geistesknechtung andauert, besteht die Ordnung durch den Glauben oder der Despotismus.

Von den hauptsächlichsten Mitteln, die Prüfung einzuschränken, beziehen sich nun die einen auf die materiellen, die andern auf die geistigen Güter oder die Entwickelung der Intelligenz, die dritten endlich auf den Verkehr zwischen den Despotien oder die Abschliessung der Völker von einander.

Die ersteren Mittel, den Despotismus zu erhalten, sind:

1. die Sklaverei und das zum Gesetz erhobene Recht, über das Leben der Menschen verfügen zu können;

2. die Veräusserung des Bodens an Einzelpersonen und seine Uebertragung durch Erbschaft; diese Veräusserung hat die Wirkung, alle Lasten auf die Arbeit abzuwälzen.

Die zweiten despotischen Mittel sind:

1. das Monopol der geistigen Entwickelung, welches die fortdauernde Unwissenheit der Massen zur Folge hat;

2. die Glaubensinquisition, die darnach strebt, den Unterricht der Erziehung unterzuordnen.

Unter den dritten Mitteln des Despotismus finden wir:

1. Die Einführung von Grenzzöllen, die unter anderem den Verkehr unter benachbarten Völkern möglichst unbequem zu gestalten haben;

2. die Entfachung von Leidenschaften, die unter dem Namen des religiösen und patriotischen Fanatismus die verschiedenen Völker sowie die verschiedenen Bruchtheile desselben Distrikts zum Vortheil der Despoten gegenseitig verfeinden.

Die Veräusserung des Grund und Bodens an eine oder mehrere Familien beginnt sofort nach dem Aufhören des Nomadenlebens. Der Boden wird erbliches Besitzthum.

Die Familien, welche sich so unter Ausschliessung der Uebrigen des Bodens bemächtigten, konnten dies nur dadurch thun, dass sie die Macht auf ihrer Seite hatten, das heisst, weil ihr Verstand auf irgend eine Weise weiter entwickelt war.

Es liegt auf der Hand, dass von jenem Augenblicke an die betreffenden Familien in der Lage waren: 1. die vermittelst ihres Eigenthums ermöglichte Entwickelung des Wissens zu monopolisiren, und 2. vermöge der Entwickelung ihrer Intelligenz, Macht und Eigenthum zu erwerben.

Zu Anfang dieser sozialen Form befinden sich also das Monopol der Entwickelung des Wissens und das des Eigenthums bei ein und derselben Klasse vereinigt, die durch die Vererbung dieser Monopole in der Folge zur Kaste wird. So setzt sich diese Kaste, sowohl was die Intelligenz, als was das Eigenthum anbelangt, aus Despoten, den Adeligen nämlich, zusammen. Der Feudalismus ist diejenige soziale Form, in welcher eine solche, ausschliesslich auf das Eigenthum an Grund und Boden sich basirende Kaste existirt.

In jeder feudalen Gesellschaft giebt es eine Kaste, welche die Macht und das Eigenthum in sich vereinigt, sie wird von den Adeligen gebildet; sodann eine zweite aus den Sklaven oder dem Volk gebildete Kaste. Bald aber bildet sich aus denen, welche zwar Eigenthum aber keine Macht besitzen, eine dritte Kaste.

Die Adeligen verachten aus Standesrücksichten jede körperliche Arbeit. „Kein Bürger," sagt Plato, „selbst nicht einmal der Diener eines Bürgers, soll ein mechanisches Handwerk ausüben. Der Bürger hat eine Beschäftigung, die ihm viel Studien und Thätigkeit auferlegt: er soll auf die Ordnung im Staate bedacht sein, sie sowohl durchführen als auch aufrecht erhalten."

Im Mittelalter ging bei uns Abendländern derjenige Adelige, welcher ein Gewerbe oder einen Handel betrieb, des Adels verlustig.

Nun giebt es bei der Ausbeutung der Volkskaste körperliche, mechanische Arbeit. Die Adeligen sind also verpflichtet, diese Arbeit Sklaven anzuvertrauen, denen sie eine gewisse Machtbefugniss einräumen. Zu diesem Amt wählen sie natürlich diejenigen aus, deren Intelligenz am entwickeltsten ist; hin und wieder entwickeln sie absichtlich die Intelligenz einiger derselben, um die Ausbeutung der Massen besser bewerkstelligen zu können. Diese Sklaven,

denen so ein gewisses Ansehen verliehen ist, werden dann Freigelassene.

Durch Arbeit und Gewerbe, welche ihnen die privilegirte Kaste als unnobel überlässt, ziehen diese Freigelassenen nothwendigerweise fast alle beweglichen produktiven Güter an sich, umsomehr, als Grundeigenthum ihnen möglichst untersagt wird.

Durch die einfache Gewalt dieser Thatsachen werden die Freigelassenen allmälig zahlreicher.

Sobald ihre Anzahl sie den Adeligen gefährlich macht, weil sie das Volk, mit dem sie direkt und unmittelbar verkehren, gegen sie aufhetzen könnten, muss die Adelskaste, um die Freigelassenen an der Fortführung des bestehenden Unterdrückungssystems zum gemeinsamen Vortheil zu interessiren, ihnen einen Antheil an den Vortheilen des Despotismus einräumen.

Die privilegirten Freigelassenen erhalten dann den Titel Bürger (Bourgeois) und werden zur politischen Kaste.

Das bürgerliche Eigenthum wird nicht durch das Recht der Erstgeburt, sondern durch einfache Erbschaft mit dem Recht der Veräusserung übertragen.

In Folge dieser beiden Umstände kommt es nothwendigerweise dahin, dass ein Theil der Freigelassenen kein Eigenthum mehr besitzt. So entwickeln sich unter ihnen zwei mehr oder minder abgesonderte Abtheilungen: die eine aus den Eigenthümern, die andere aus den Proletariern.*)

Aber die Bürger begnügen sich bald nicht mehr damit, die Vortheile der Ausbeutung mit den die höhere Klasse bildenden Adeligen und Priestern zu theilen; sie wollen Alles haben, sie wollen Alles sein. Und durch den Mund eines Sieyès rufen sie aus: Was ist der dritte Stand? Nichts; was sollte er sein? Alles!**)

Um dieses Ziel zu erreichen, regen die Bourgeois die Masse der Ausgebeuteten mittelst Sophismen gegen Adel und Klerus auf, und so gelingt es ihnen, derselben Herr zu werden. Um dem Adel jeden sozialen Einfluss zu nehmen, genügt es, ihm das Privilegium des Grundbesitzes zu entreissen, und, wo sie besteht, die Erbschaft durch Erstgeburt (Majorat) abzuschaffen.

Die Bourgeoisie, früher der gleichzeitig ausbeutende und ausgebeutete Mittelstand, ist zur höheren oder ausbeutenden Klasse geworden. Vorher gab es drei Klassen, seitdem giebt es nur mehr zwei. Das adelige Regiment hat der Bourgeoisherrschaft Platz gemacht.

Nicht aus Menschlichkeit, sondern im Allgemeinen ihres grösseren

---

*) Colins, Science sociale, 2. Bd. S. 249 ff.

**) Wenn Sieyès sagt: „Was ist der dritte Stand? Nichts", so übertreibt er, denn schon war der dritte Stand Etwas, da er das bewegliche Eigenthum und ein gewisses Quantum Intelligenz und Wissenschaft sich erworben hatte. C. D. P.

Vortheils willen befreien die Despoten einzelne ihrer Sklaven und bewirken so die Entstehung des Bürgerthums. Derselbe Beweggrund leitet sie bei der allmähligen Umgestaltung der Sklaverei, wie wir dies eben dargelegt haben. *)

Seit dem Entstehen der Gesellschaft, sagt Colins, gibt es Sklaven. **)

Sobald es zuviel Sklaven giebt und ihr Zusammensein in ein und derselben Privatwirthschaft die Sicherheit der Herren gefährdet, versprechen ihnen dieselben, um sie durch das Interesse zu spalten, dass die Verdientesten von ihnen der Sklaverei entledigt werden sollen. Dann fesseln sie einen Theil von ihnen unter der Bezeichnung „Leibeigene" an die Scholle. Der Leibeigene ist von der Kette befreit, er kann nicht mehr einzeln verkauft werden.

Wenn dann die Herren Grundbesitzer, angesichts der Bevölkerungsvermehrung zuviel Leibeigene haben; wenn angesichts des Zuwachses das Land durch die Arbeit freier, oder, um zutreffender zu sprechen, sich frei glaubender Männer mehr und leichter einträgt, als durch die der Leibeigenen, dann heben die Herren — sowohl um ihr Ansehen durch eine gewisse Art Aufseher, die sie sich beiordnen, zu erhöhen, als um ihre Einkünfte zu vermehren und sich vermittelst Anbietung des Loskaufs das Vermögen der Leibeigenen anzueignen — schliesslich die Leibeigenschaft auf und machen aus den Leibeigenen Freie. Der so Befreite ist dem Anscheine nach freier als der Leibeigene, er kann nicht mehr verkauft werden.

Wenn es später zuviel Befreite giebt, wenn ein Theil von ihnen zur bürgerlichen Kaste geworden ist, und wenn, immer in Folge der Zunahme der Bevölkerung und des von ihr hervorgerufenen Verkehrs, die Zahl der ohne Eigenthum gebliebenen Befreiten die Bourgeois-Feudalität ebenso beunruhigt, wie die Adels-Feudalität, dann erkennen Beide, mit einander im Einverständniss, nur noch Grundherren und Arbeiter an.

Wenn es endlich im Verhältniss zur Intelligenz, zur Bevölkerung und den Verkehrsmitteln der entsprechenden Epoche zuviel Grundherren und Arbeiter giebt, so stürzen die Bürger mit Hülfe des Volkes die Adels-Feudalität und reissen die Macht an sich. Gleich-

---

*) Nach Colins, Science sociale. 3. Bd. S. 228. ff.

**) Dieser Satz ist mehr als anfechtbar. Abgesehen von den wilden Stämmen, denen man die Bezeichnung als Gesellschaft streitig machen könnte, weiss man jetzt, dass in den ersten Gesellschaften oder Dorfgemeinden, wie Sumner Maine sie uns schildert, es weder Sklaven, noch Herren, sondern Gleiche gibt. Maine zeigt uns, wie diese Gemeinschaften sich auflösten und wie aus der ursprünglichen Gleichheit die Sklaverei, Leibeigenschaft und Proletariat hervorgegangen sind. Vergl. Early history of institutions and Village communities in the East and West by Sir Henry Sumner Maine. C. D. P.

seitig schaffen sie die Rechtsverschiedenheiten, mit anderen Wo
die Feudalrechte, ab und stellen so, falls man ihnen Gla
schenken darf, Gleichheit und freie Konkurrenz für
Arbeiter her. Erst von dieser Zeit an giebt es Proletarier,
das Bürgerthum aber mit dem schönen Namen freie Arb
bezeichnet. Sie sind die Sklaven des Kapitals, wie die Leibeig
die Sklaven der Scholle waren.

So verwandelt sich der Sklave, stets unter dem Namen f
Arbeiter, sobald er von der Hörigkeit befreit ist, in einen l
gelassenen, dann in den Vasallen irgend eines Herrn
Arbeiter unter irgend einer bürgerlichen Körperschaft, endlic
den Proletarier.

Es giebt indess einen Zeitpunkt, wo diese trügeris
Befreiungen, die thatsächlich Verschlimmerungen der Sklaverei *) s
nothwendig ein Ende nehmen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekom
Bei jeder Befreiung, von der wir sprachen, hatte der Herr
Sklaven einen scheinbaren Vortheil beim Wechsel der Stel
nachweisen können und selbst einen wirklichen Vortheil aus di
Veränderung gezogen. Aber nachdem der Sklave von Befreiun
Befreiung bis in den Abgrund des Proletariats gefallen ist, ist
nicht mehr so. Giebt es noch einen trügerischen Vortheil, den
den Sklaven vorhalten könnte? Keinen. Der Proletarier ist sch
bar frei, wie die Luft. Seine Arbeit wird zwar indirekt ausgepr
direkt aber nimmt man ihm keinen Heller. Kann der Proleta
demnach etwas verlieren, was seinen Herren Vortheil brin
könnte? Nichts, absolut nichts.

Aber, wie wir oben sahen, kann eine Gesellschaft nur beste
wenn unter ihren Gliedern eine gewisse Gemeinsamkeit in
Rechtsanschauung herrscht. Diese Gemeinschaftlichkeit wird A
durch die Erziehung eingeprägt. So lange Unterricht und Erzieh
übereinstimmen, besteht im Schoosse der Gesellschaft diese Gem
samkeit in den Ideen, folglich auch die Ordnung; steht aber
Unterricht im Gegensatz zur Erziehung und widerspricht er ihr
kann auch diese Gemeinsamkeit nicht erlangt werden. Die Ges
schaft befindet sich dann, wenn nicht in den Dingen, so doch in
Köpfen im Zustande der Anarchie.

Die Harmonie, von der wir sprechen, kann nur auf zwei A
erlangt werden, entweder muss die Erziehung dem Unterricht o
der Unterricht der Erziehung untergeordnet werden. Im letzte
Falle, der dem Despotismus eigen ist, wird diese Unterordn

---

*) Vom materiellen Gesichtspunkte aus unbestreitbar, da dem Skl
wenigstens das Leben gesichert ist, während der Proletarier nie des
genden Tages sicher ist; ferner wird auch der Sklave, als eintauschb
Gut, minder abgerackert, während der Proletarier, wie Marx sagt, von
Ueberarbeit erdrückt wird und oft der Last einer Ausbeutung ohne
und ohne Maass erliegt. C. D. I

durch Schaffot und Scheiterhaufen bewirkt, denen alle die zum Opfer fallen, welche Ideen aufstellen, die den durch die Erziehung eingeprägten nicht entsprechen. Der erste Fall hat dann statt, wenn die gesellschaftliche Unwissenheit beseitigt ist, d. h. wenn die Erziehung sich auf das beschränkt, was später der Unterricht, d. h. die Lehre der Wissenschaft als unbestreitbar vernunftgemäss feststellt.

Sobald die Presse erfunden ist, besonders sobald sie nicht mehr unterdrückt werden kann, beginnt der Unterricht, sich vermittelst der Untersuchung allmählig dem Joch der Offenbarung zu entziehen.

Nun wird in der Epoche gesellschaftlicher Unwissenheit die Erziehung vom Klerus unter der Leitung der Familienväter oder ihrer Vertreter bewirkt.

Daraus ergiebt sich, dass, so oft die Eltern sich durch eigenes Denken dem Einfluss irgend welchen aus ihrer Erziehung resultirenden Vorurtheils entzogen haben, ihre Kinder gleichfalls diesem Einfluss nicht mehr unterliegen; nicht mehr allein durch eigene Prüfung, sondern auch durch die Erziehung, welche sie unter der Leitung ihrer Eltern erhalten. Unter solchen Umständen haben die Kinder somit keine Erziehung mehr zu bekämpfen.

Aber ihrerseits prüfen diese Kinder weiter und stürzen ein weiteres Vorurtheil. Und Eltern geworden, verfehlen sie nicht, die Erziehung ihrer Kinder in dem Sinne zu leiten, was sie den Fortschritt ihrer eigenen Bildung nennen.

So sehen wir in Bezug auf die Gesammtheit der Vorurtheile, welche den Despotismus bilden, eine Reihe von Verstandesregungen — die den Unterricht der Väter ausmachen — gegen die Erziehung, welche sie empfangen, und eine Reihe von Rückwirkungen auf die Erziehung ihrer Kinder, welche dieselbe in den Stand setzt, später weitere Vorurtheile umzustossen.

Dann bleibt, da in der Epoche der Unwissenheit Alles hinfällig, Alles Vorurtheil ist, von dem ganzen Gebäude des Despotismus bald nichts mehr übrig.

Die Periode, welche sich von der Entstehung bis zur gesellschaftlichen Entdeckung der Wahrheit abspinnt, bildet somit thatsächlich die Epoche der Unwissenheit, in welcher aber die Untersuchung nicht unterdrückt werden kann; es ist dies die Epoche der verschiedenen Arten des Protestantismus.

Betrachten wir nun die Wirkung der freien Forschung oder des Protestantismus auf die verschiedenen Vorurtheile der Epoche der Unwissenheit.

Schicken wir voraus, dass eines der wesentlichsten Motive der Untersuchung die Vermehrung des Wohlbefindens ist; in Folge dessen lässt der Protestantismus erst von seiner auflösenden Thätigkeit ab, wenn nichts mehr aufrecht steht.

Jedes Vorurtheil hat seinen besonderen Protestantismus; er zählt also nach Tausenden. Nichtsdestoweniger können sie in sozialer Beziehung sämmtlich auf drei zurückgeführt werden:

1. Der religiöse Protestantismus.

Zunächst protestirt die Vernunft, die Ueberlegung, die Philosophie gegen die Abgeschmacktheiten oder Sophismen, auf welche die Religion sich aufbaut.

Erst wenn der religiöse Glauben durch die Ueberlegung beseitigt ist, oder wenn der Verstand ihn als sozial beseitigt betrachtet, geht der Pròtestantismus zur zweiten Phase über.

2. Der politische Protestantismus.

Sobald der Vertreter der Offenbarung, mit einem Wort der Papst, aufhört als Vertreter Gottes auf Erden sowohl in geistiger wie zeitlicher Beziehung zu gelten, spaltet sich die anfangs ganz religiöse Gesellschaft in politische Gesellschaften. Von diesem Augenblicke an reisst die Politik das soziale Uebergewicht, welches bisher die Religion genoss, an sich.

Aber nach einer mehr oder weniger langen Zeit und nach Diskussionen, die nur auf Zerstörung hinauslaufen, entdeckt die Vernunft, die Ueberlegung, die Philosophie, oder vielmehr Diejenigen, welche denken, dass die Organisation der Regierung, die politische Organisation, nur das Mittel ist, das Bestehenbleiben einer auf dem Eigenthum beruhenden Organisation zu sichern, und dass von dem Augenblick an, wo die Organisation des Eigenthums mit der Erhaltung der Ordnung unvereinbar wird, jede Stetigkeit politischer Organisation gleichfalls unmöglich wird. Der politische Protestantismus wird dann ebenso bedeutungslos als der religiöse.

Wenn es weder religiösen noch politischen Glauben mehr giebt, so erlischt sowohl der religiöse als auch der politische Protestantismus. Gewiss gibt es noch immer Protestanten und Gläubige der einen oder der anderen Gattung; aber sie werden in dieser sozialen Epoche als kindisch, als Spuren der Vergangenheit betrachtet. Es tritt dann auf die Bühne

3. der soziale Protestantismus.

Da der religiöse und politische Protestantismus keinen Werth mehr haben, so erscheint der soziale Protestantismus, breitet sich aus und vereint sofort Alles, was es noch an redlichen und rechtschaffenen Menschen in der Bourgeoisie und Alles, was es an intelligenten und entschlossenen Menschen im Proletariat giebt. Diese sozialen Protestanten oder streitbaren Sozialisten weisen mit Leichtigkeit nach, wie die gegenwärtige Organisation der Arbeit und des Eigenthums unrationell ist, wie viele Uebel aus der Konkurrenz und dem Lohnsystem entspringen u. s. w. Das alte soziale Gebäude beginnt in seinen Grundlagen zu wanken. Es muss zusammenbrechen.

Organisation des Eigenthums.

Es gibt zwei Arten Eigenthum: Die erste betrifft die Individuen, die zweite die Gesellschaft.

Der gesellschaftliche, kollektive Reichthum kann sich in den Händen Einiger, sowie im Besitz Aller befinden.

Wenn der soziale oder kollektive Reichthum sich lediglich in den Händen Einiger befindet, so besteht, was ihn betrifft, Ungleichheit. Befindet dieser Reichthum sich gleichmässig in den Händen Aller, so besteht soziale Gleichheit, d. h. was diesen Reichthum anbelangt.

Je beträchtlicher der kollektive, Allen gleichmässig gehörende Reichthum ist, um so reicher ist jeder Einzelne.

Je weniger beträchtlich der kollektive Reichthum ist, je ärmer befinden sich, besonders wenn dieser Reichthum nur Einigen gehört, Diejenigen, welche an ihm keinen Antheil haben und ausserdem kein individuelles Eigenthum besitzen.

Was ist die Quelle, der Ursprung allen Reichthums? Der Boden als passiver, der Mensch oder die Arbeit als aktiver Faktor. *)

Sobald der Boden vollständig, sei es an einen Einzigen, sei es an Mehrere, entäussert ist, ist der Pauperismus unvermeidlich. Sobald der Boden gemeinschaftliches, kollektives Eigenthum ist, wird der Pauperismus verschwinden.

Nach Colins und de Potter ist in den Anfängen der Gesellschaft, und so lange Jedem Boden zu Verfügung stand, die Einführung des individuellen Grundeigenthums von Nutzen, ja sogar nothwendig gewesen. Die Veräusserung des Bodens an Einzelne war unter anderem damals nöthig, um zur Arbeit anzureizen **), um die Intelligenzen durch die Nothwendigkeit, ihren Bedürfnissen zu genügen, zu entwickeln und um durch die Entwickelung der Intelligenz neue Bedürfnisse zu schaffen. So ist vom historischen Gesichtspunkte aus die Veräusserung des Bodens an Einzelne gerechtfertigt.

Aber noch eine andere und viel mächtigere Ursache führt zu einer gewissen Epoche die Veräusserung des Bodens herbei. Diese Ursache ist folgende:

---

*) Es ist das eine lange vor Colins von mehr als einem Philosophen und mehr als einem Oekonomisten verkündete Wahrheit. Als Quesnay die Quelle allen Reichthums auf die Erde und Ad. Smith sie auf die Arbeit zurückführte, sahen beide nur eine Seite der Wahrheit. Viel richtiger äusserte sich William Petty, als er im 17. Jahrhundert folgenden Satz aussprach: „Die Arbeit ist der Vater und der aktive Faktor des Reichthums, wie das Land die Mutter ist"; ebenso Harris: „Land und Arbeit sind zusammen die Quelle allen Reichthums". C. D. P.

**) Das ist, wie die Thatsachen lehren, ein Irrthum. In seiner Besprechung des Miaskowski'schen Buches: „Die schweizerische Allmend in ihrer geschichtlichen Entwickelung", berichtet E. De Laveleye, dass er überall das urbare Land der den Dörfern nahe gelegenen Allmenden wie Gemüseland bestellt gefunden habe. Zum Beispiel biete die Allmend von Bönigen den Anblick einer Reihe bewunderungswürdig gepflegter Gärten. In diesen Allmenden ist das Eigenthum kollektiv und unveräusserlich, ein Beweis, dass selbst in der Epoche sozialer Unwissenheit das individuelle Eigenthum am Boden nicht nöthig ist, um zur Arbeit anzureizen. C. D. P.

Die Veräusserung des Bodens ist die Quelle des Pauperismus. Nun kann während der ganzen Epoche sozialer Unwissenheit, religiösen Glaubens und geistiger Unterdrückung die gesellschaftliche Ordnung nur bestehen, wenn sie auf der Grundlage der Massenausbeutung durch die kleinstmögliche Minorität beruht; auf einem aus häuslichen oder gesellschaftlichen Sklaven bestehenden Proletariat, mit einem Wort, auf dem Elend der Massen, auf dem Pauperismus.

Die Veräusserung des Bodens ist demnach eine historische Nothwendigkeit gewesen, damit die Forschung unterdrückt werden, das Recht der Gewalt die Ordnung aufrecht erhalten konnte.

Sobald die Forschung nicht mehr unterdrückt werden kann, wird die Veräusserung des Bodens unerträglich, weil der im steten Wachsthum begriffene Pauperismus anarchisch ist. Die Gesellschaft muss dann, bei Strafe des Unterganges, den Boden in den Kollektivbesitz überführen.

Man kann das erreichen, ohne jemand Unrecht zu thun, während man dagegen Allen Gutes erweist.

Nach Colins gelangt man auf folgende Weise zu diesem Ziel:

Jede gesetzliche (ab intestat) Hinterlassenschaft, die nicht an die direkten Erben erfolgt, geht in das Kollektiv-Eigenthum über;

durch Einführung einer Steuer von 25 Prozent auf jede testamentarische Erbschaft, und

durch die Erklärung, dass die einmal in den Kollektivbesitz übergeführten grossen Arbeitsinstrumente, Grund und Boden etc. unveräusserlich sind.

„Durch diese Massnahmen insgesammt würde die vollständige Ueberführung des Grund und Bodens und der grossen Arbeitsinstrumente immer noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Aber diese Reorganisation des Eigenthums würde wenigstens kein berechtigtes Interesse beeinträchtigen, denn sie hätte keine rückwirkende Kraft.

„Es ist indess leicht zu begreifen, dass, wenn man zu lange mit dem Beginn der sozialen Umgestaltung zaudert, Umstände eintreten können, welche es nöthig machen, die Ausgebeuteten schneller zu befriedigen, und zu Massnahmen zwingen, welche die Eigenthümer nicht nur in ihrem Besitz, sondern auch in ihrer Existenz schwer beeinträchtigen würden.“ *)

---

*) Agathon De Potter, in der Revue trimestrielle. — Man sieht, Herr Agathon De Potter erkennt an, dass wenn das kapitalistische Bürgerthum jede Konzession abschlägt, das Proletariat sich genöthigt sehen könnte, sich auf die Gewalt zu berufen und die allmähligen und friedlichen Uebergangsmittel durch schroffere, wie Expropriation zum allgemeinen Besten oder selbst einfache Konfiskation, zu ersetzen. Salus humanitatis suprema lex esto. C. D. P.

Vererbung.

Neben der Veräusserung des Bodens an Einzelne erhält sich der Despotismus durch die erbliche Uebertragung der Güter. Sobald der Boden in den Kollektivbesitz übergegangen sein wird, wird er, einmal unveräusserlich erklärt, auch darin verbleiben.

Immerhin folgt daraus, dass das Erbsystem ein Mittel zur Erhaltung der Sklaverei gewesen, noch nicht, dass es nun abgeschafft werden müsse; es ist im Gegentheil beizubehalten, um durch den Eifer der Individuen den Reichthum zu vermehren. Die eifrige Thätigkeit der Individuen kann nur durch die Gewissheit erregt werden, dass die Frucht der Arbeit eines Jeden sein individuelles Eigenthum sein wird, beziehungsweise das seiner Kinder oder derjenigen Personen, welchen er es nach seinem Tode zu übertragen für angemessen hält.*) Da die Elternliebe, die Freundschaft, die Sympathie Gefühle sind, welche der Menschheit stets anhaften, so folgt daraus, dass die Familie, die Erbfolge, die Berechtigung zum Testiren für jede soziale Ordnung, welcher Art sie auch sei, nothwendig sind.

Die einzige Erbfolge ohne Testament, welche Colins als Antrieb zur Arbeit nöthig hält, ist die der direkten Linie. Jede andere ist, so lange die Berechtigung des Testirens besteht, für diesen Antrieb unnütz. Es ist daher jedes Erbrecht der Seitenlinien durch Gesetz aufzuheben und jeder Nachlass ohne direkte Erben ab intestat in den Kollektivbesitz überzuführen.

Da die Vererbung beständig darauf hinausläuft, den kollektiven Reichthum zu vermindern und den individuellen zu vergrössern, so würde sie zur sozialen Ungleichheit führen, wenn sie nicht durch eine möglichst hohe Steuer, die indess den Anreiz zur Arbeit nicht beeinträchtigen darf, gekürzt würde. Colins glaubt, dass eine Steuer von 25 Prozent die gewünschte Folge haben werde.

Oeffentliche Finanzen.

Die Finanzen sind für den Gesammtkörper, was das Blut für den Einzelkörper ist. Wenn der Boden und die von den früheren Generationen angesammelten Kapitalien der Gesammtheit gehören, so bilden die Pacht, Miethen und Zinsen dieses Eigenthums die gesellschaftliche Einnahme. Fügt man dazu die Erbschaften ab intestat und die 25prozentige Erbschaftssteuer, so begreift man, dass die öffentlichen Finanzen dadurch auf eine solche Höhe gebracht werden,

---

*) Das ist eine vollständig unbegründete Behauptung. Glauben, dass die menschliche Thätigkeit, die Arbeit, in einer wohlorganisirten Gesellschaft noch das Reizmittel nöthig habe, dass man die Frucht seiner Arbeit auf seine Kinder oder auf geliebte Personen übertragen könne, heisst die Arbeit immer noch als eine Strafe, als etwas Widerwärtiges betrachten, während sie (die ja doch nur die normale Funktion unseres Gehirns und unserer Muskeln ist) im Gegentheil für den Menschen ein Vergnügen, ein Glück werden muss. C. D. P.

dass die Gesellschaft sehr leicht und sehr gern den Einzelnen Kredit gewähren wird, ohne dass sie selbst ihn je zu beanspruchen nöthig hat.

Erziehung und Unterricht.

In der neuen Gesellschaft müssen Alle vollständigen und umfassenden Unterricht geniessen. Alle müssen vollen Zutritt zu den Wissenschaften, den Künsten, sowie zur sittlichen, ethischen Erziehung haben. Unterricht und Erziehung der Einzelnen vom Zufall der Geburt abhängen lassen und gleichzeitig die Gleichheit Aller vor der sozialen Gerechtigkeit, vor der Organisation des Eigenthums erstreben wollen, das ist eine Utopie ohne Gleichen. Und wenn die soziale Gleichheit für die Erhaltung der Ordnung, des Friedens, des allgemeinen Wohlstandes nöthig geworden ist, diese Ordnung, diesen Frieden, diesen Wohlstand zu erstreben, und trotzdem die Erziehung und den Unterricht der Individuen dem Zufall der Geburt zu überlassen, ist eine doppelte Utopie.

Die soziale Freiheit der Individuen trotz sozialer Ungleichheit derselben Individuen durchführen wollen, ist eine ebenso starke Utopie.

Gleichheit der Erziehung und des Unterrichts zu wollen, ohne diese Allen ohne Unterschied staatlich und mit Einschluss von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Unterhalt, Büchern, Instrumenten etc. zu gewähren, ist eine weitere ebenso starke Utopie.

Meinen, dass eine vollständige Erziehung nebst umfassendem Unterricht mit Inbegriff von Wohnung, Nahrung, Büchern, Lehrmitteln etc. bei dem heutigen Stand der öffentlichen Finanzen oder bei jedem anderen Stand der Finanzen in der heutigen Gesellschaft geleistet werden könne, ist ebenfalls eine Utopie.

Erläutern wir das durch Beispiele.

Irgend ein Ehepaar ist kinderlos. Ein anderes Ehepaar hat zehn oder fünfzehn Kinder. Und Ihr behauptet, dass für diese beiden Familien die soziale Gleichheit bestehe, ohne dass die Gesellschaft nicht voll und ganz den Unterhalt, die Erziehung und den vollständigen Unterricht der Kinder auf sich nähme? Utopie! sagt Colins; Utopie wiederholt de Potter.

Ein anderes Beispiel: Zwei Familien haben Kinder. Die erste erzieht die ihrigen zu Dieben, die zweite zu ehrlichen Leuten. Und Ihr behauptet, dass für diese Kinder soziale Gleichheit bestehe? Utopie, Utopie! rufen de Potter und Colins im Chor.

Ackerbau.

Welche Ursachen verhindern in der heutigen Gesellschaft das Blühen der Agrikultur? Welche Ursachen verschlechtern sie und würden uns auf die Barbarei zurückbringen, wenn nicht nothwendigerweise die zukünftige Gesellschaft die heutige ablösen würde? Beschränken wir uns hier auf die knappeste Aufzählung:

1. Die gegenwärtige Unmöglichkeit, genügende Kapitalien für die Verbesserung des Bodens nutzbringend aufwenden zu können.

2. Die mangelnde Verallgemeinerung der Ackerbaukunde, welche bei der beständigen Ausdehnung des Pauperismus sich im Verhältniss auf kleinere Kreise beschränkt.

3. Die Zerstückelung des auszubeutenden Bodens, welche die Arbeiten und die bei der Ernte möglichen Gefahren oft verdoppelt, eine gute Eintheilung der Felder verhindert, das Koppelweiderecht, die Gemeindetriften beizubehalten zwingt etc.

4. Dass der Grossbetrieb da herrscht, wo es keine Industrie giebt und der Kleinbetrieb da, wo die Industrie am Meisten um sich gegriffen hat.

5. Dass der Reingewinn immer über den Bruttoertrag gestellt wird, da öffentliches und Privatinteresse durchaus nicht dasselbe sind.

6. Das Fehlen eines allgemeinen Systems der Beackerung, Trockenlegung, Bewässerung und Kanalisation.

7. Das Fehlen der Vicinalbahnen, welches die besten Verbindungslinien unbenützt lässt.

8. Die Abholzung der Berge, welche den Quellen, den Niederschlägen, der Erhaltung des Pflanzenbodens etc. etc. so schädlich ist.

Diese verschiedenen Hemmnisse und tausend andere, die Colins übergeht, sind so lange unübersteigbar, als der Boden Privateigenthum bleibt. Sie verschwinden naturgemäss, wenn der Boden Gesammteigenthum ist und die öffentlichen Finanzen dementsprechend organisirt sind.

Alle von den früheren Geschlechtern erworbenen Kapitalien würden (mit Ausnahme eines geringen Bruchtheils, der, um die Produktion stets auf der möglichsten Höhe zu erhalten, in den Händen der Familie verbleiben würde) zum kollektiven Eigenthum gehören, und die Gesellschaft hätte das höchste Interesse, dass der gesammte Grund und Boden so bald als möglich den höchsten Grad von Fruchtbarkeit erlangte.

Befindet sich der Boden im Besitz der Gesammtheit, so würden die Ländereien an die Höchstbietenden vermiethet werden. Die Verpachtung müsste bei Ausbeutung durch eine einzige Familie auf Lebenszeit, bei Ausbeutung durch ländliche Genossenschaften auf 30 Jahre erfolgen; nichtsdestoweniger wäre sie seitens der Individuen aus bestimmten Gründen privaten Nutzens aufkündbar; denn da das öffentliche und die privaten Interessen nothwendigerweise identisch wären, ist es immer das vernunftgemässe Interesse der Einzelnen, welches zu Rathe gezogen werden und Ausschlag geben sollte.

Der Boden und das zu ihm Gehörige müssen am Anfang und Ende der Pachtzeit abgeschätzt werden. Ergiebt sich ein Mehrwerth, so zahlt ihn der Staat dem Bebauer; ergiebt sich ein Minderwerth, so zahlt die Hinterlassenschaft. Und wenn die Hinterlassenschaft Nichts hat, so würde der Staat verlieren; denn der Credit kann nach Colins in der neuen Gesellschaft nur persönlich sein, da der erbliche Kredit abgeschafft sein würde.

Steuer. — Bezahlung der Arbeit. — Konkurrenz. — Gesellschaftliche Fürsorge.

So lange der Boden Privateigenthum ist, fällt die Steuer, welche Form sie auch annimmt, und wie sie auch auf dem Reichthum zu lasten scheint, immer und mit Nothwendigkeit auf die Arbeit zurück. Daher die nothwendige Verschlimmerung des Pauperismus und, in Folge der Ununterdrückbarkeit des freien Gedankens, das nothwendige Entstehen von Revolutionen.

Von dem Augenblick an, wo der Boden durch das Verschwinden der sozialen Unwissenheit in kollektives Eigenthum übergeht, fällt die Steuer, welches ihre Form auch sei, und selbst wenn sie auf die Arbeit gelegt würde, nothwendig auf den Besitz. Damit hört nothwendigerweise der Pauperismus und folglich auch die Revolutionen auf.

So lange der Boden Privateigenthum ist, wird die Arbeit nothwendigerweise so niedrig als möglich bezahlt, und daher auch der Kapitalzins so hoch wie möglich sein. Denn die Arbeiter machen sich natürlich Konkurrenz untereinander, um von den Kapitalbesitzern theils Arbeit zum niedrigstmöglichen Lohn, theils Kapital zum höchstmöglichen Zins zu erhalten. Das ist die unvermeidliche Folge des Pauperismus, und bei der Ununterdrückbarkeit des freien Gedankens eine stete Quelle der Revolutionen.

Von dem Augenblick an, wo der Boden und das von den früheren Geschlechtern geschaffene Kapital Eigenthum der Gesammtheit sind, wird die Arbeit so hoch als möglich bezahlt werden und der Kapitalzins so niedrig wie möglich sein.

In Folge der Gemeinsamkeit und Vollständigkeit des Unterrichts und der Erziehung wird die anarchische Konkurrenz durch die vernunftgemässe Konkurrenz ersetzt werden.

Die vernunftgemässe Konkurrenz ist da vorhanden, wo alle Arbeitsmittel mit gleicher Sorgfalt von der Gesellschaft hergestellt worden sind und die Arbeit vom Steuerjoch frei ist. Dies ist der Fall, wenn die soziale Unwissenheit beseitigt und daher der Boden kollektives Eigenthum ist.

Die anarchische Konkurrenz ist da, wo die Arbeitsmittel Monopol sind, die Arbeiter dem Steuerdruck unterliegen und die Ununterdrückbarkeit des freien Gedankens diese Sklaverei mit dem Bestand der Ordnung unvereinbar macht.

Unter der Herrschaft der vernunftgemässen Konkurrenz tritt jedes Individuum, sobald es majorenn geworden und den Händen der kollektiven Gesellschaft entwachsen ist, in die Gesellschaft der Individuen ein und besitzt neben der Entwickelung aller seiner moralischen und physischen Mittel: 1. Seinen unveräusserlichen Antheil am kollektiven Besitz. 2. Einen unveräusserlichen Antheil an gesellschaftlicher Ausstattung.

Dieser Besitz setzt es in den Stand, in der Gesellschaft der Individuen mit der zweifellosen Gewissheit zu konkurriren: 1. Dass es immer Arbeit haben wird, da der allgemeine Konsum so gross

als möglich ist, und 2. Dass es bei der Arbeit unterstützt wird durch

1. Die vollständige Entwickelung seiner Intelligenz.
2. Den Reichthum der Natur.
3. Den von den früheren Generationen erworbenen Reichthum.
4. Die Gewissheit, dass ihm das Produkt seiner Arbeit vollständig gehört.

Und wenn es Unglück hat oder krank wird, so beschützt es die Gesellschaft, welche dann eine gegenseitige Versicherung gegen alle Uebel ist, sowohl gegen Unglück und im Krankheitsfalle, als auch gegen seine eigene Thorheit; denn sobald der sozialen Unwissenheit ein Ende gemacht ist, sobald es feststeht, dass, wer den Gesetzen der Nächstenliebe zuwider handelt, sein eigenes Interesse verletzt, dann giebt es keine Schlechtigkeit mehr auf dem Erdenrund, sondern nur noch unglückliche Verirrte, die das Mitleid der Gesellschaft verdienen.

Das sind nur die Folgen, welche auf die Individuen Bezug haben. Die dagegen, welche sich für die Gesellschaft ergeben, sind womöglich noch grossartiger:

Keine verschleuderten Reichthümer, keine verloren gegangenen Talente mehr! Wie viel Newtons, wie viel in Wissenschaft und Kunst leistungsfähige grosse Männer gehen uns heut nothwendigerweise verloren, heute, wo die Entwickelung der Intelligenz und die Pflege des ästhetischen Sinnes vom Zufall der Geburt abhängen.

Und noch mehr! Da die ländlichen und industriellen Nutzungen stets von der Gesellschaft, sei es an Arbeiter-Assoziationen, sei es an einzelne oder besondere Arbeiter, mit dem ganzen nothwendigen Inventar vermiethet werden, so würde jedes Individuum, sobald es die von der Gesellschaft eingerichteten Erziehungs- und Unterrichtsinstitute verlässt, sich unverzüglich etabliren können. Und wenn neue Produktionen nothwendig werden, so würde der Staat in den oben geschilderten grossen Finanzquellen stets die Mittel finden, diese neuen Etablissements einzurichten.

Unter der Herrschaft des Kapitals sind die Arbeiter, die Proletarier, wie die Oekonomen nachweisen, auf das zum Leben unbedingt Nothwendige*) beschränkt, und auch das nur, so lange ihre Anzahl nicht darüber hinausgeht, was zur Befriedigung der Kapitalbesitzer nöthig ist; somit konsumiren die Arbeiter in Wirklichkeit gar nicht, sie sind nur in Betrieb befindliche Maschinen, welche man mit einer Nahrung füttert, wie man die Räder mit Fett einschmiert oder die Lokomotiven mit Kohlen versieht.

In einem solchen System ist die Produktion in Wirklichkeit nur dazu da, die Bedürfnisse der Kapitalisten zu befriedigen, und

---

*) Das ist das eherne Lohngesetz Lassalles oder vielmehr Ricardo's. Niemand hat besser wie Colins die ganze Härte und Grausamkeit dieses Gesetzes der heutigen gesellschaftlichen Organisation nachgewiesen.
C. D. P.

diese Produktion, welche nothwendigerweise durch den Konsum einer Minorität der Gesellschaft ausgeglichen wird, ist die niedrigst mögliche, wenn man sie mit der Produktion einer Bevölkerung vergleicht, in deren Schoosse Alle so viel als möglich, d. h. so viel die zu ihrer höchsten Vollendung entwickelte menschliche Natur gestattet, konsumiren, weil Alle mit den vollkommensten, den neuesten Entdeckungen der Wissenschaft entsprechenden Geräthen und Werkzeugen produziren würden, und zwar für sich selbst.

Brechen wir hier ab. Wir könnten noch auf das Getriebe der neuen Gesellschaft, wie Colins und de Potter sie sich vorstellten, einen Blick werfen; wir könnten noch zeigen, wie sie sich in ihrer Gesellschaft den Werth, den Austausch, den Kredit, das Geld, den Handel, die Produktion, die Vertheilung der Arbeitsprodukte, die privaten Assoziationen, die Familie, den Bevölkerungsausgleich etc. dachten; aber Alles hat seine Grenzen, und wir haben den Umfang einer blossen Auszuges schon überschritten. Es genügt uns, dem Leser die Hauptpunkte der Lehre auseinandergesetzt zu haben, nach denen er sich eine Vorstellung des Gesammten machen kann, und vermöge deren er die grossen Züge des Colins' und de Potterschen Systems kennen lernt. Resumiren wir, und da für uns der Eckstein jeder sozialen Theorie darin besteht, wie sie die historische Entwickelung der Menschheit auffasst, wollen wir unserer Zusammenfassung die Form einer historischen Tabelle geben.

Zusammenfassung.

Erste Epoche: Gesellschaftliche Unwissenheit über das wirkliche Recht. — Religiöse Vermuthungen, Offenbarung. — Unterdrückung der freien Forschung. — Sklaverei der Massen. — Privates aber unveräusserliches Eigenthum am Boden in den Händen einer Aristokratie mit Erstgeburtsrecht. — Auf Glaube und Despotismus beruhende Ordnung.

Zweite Epoche: Gesellschaftliche Unwissenheit über das wirkliche Recht. — Sozialer Zweifel, religiöser und sittlicher Skeptizismus. — Ununterdrückbarkeit der Forschung. — Verfall der Offenbarungen, der Religionen. — Privateigenthum am Boden und den Produktionsinstrumenten. — Pauperismus und Proletariat. — Anhäufung grosser Kapitalien und Zentralisation der Kapitalien. — Gleichmässige Zunahme des Reichthums der Einen und des Elends der Anderen. — Religiöser, politischer und sozialer Protestantismus. — Moralische, politische und ökonomische Anarchie. — Klassenkampf. — Sozialer Krieg, Aufstände, Revolutionen.

Dritte Epoche: Durch die Wissenschaft geschaffene Ordnung. — Vollständiger und umfassender Unterricht und Erziehung für Alle. — Aufhören jedes geistigen und materiellen Pauperismus, jeder Bourgeoisie und jeden Proletariats, Verschwinden aller gesellschaftlichen Klassen. — Kollektives Eigenthum am Boden und den grossen Arbeits- und Transportmitteln. — Allgemeine Versicherung gegen von der menschlichen Natur untrennbare Privatunglücksfälle; gesellschaftliche Vorsorge. — Höchstmögliche Entwickelung aller menschlichen Fähigkeiten und des menschlichen Wohlseins.

Der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise.

Von K. K.

Wenn man an Sozialisten die Frage stellt: „Auf welche Weise wollt Ihr denn eigentlich Euren Zukunftsstaat in's Werk setzen?" so antworten viele mit einem detaillirten Programm, demgemäss Alles sich gestalten muss; sie konstruiren sozialistische Städte, Häuser, Restaurants, ja Kochherde, prägen sozialistisches Arbeitsgeld, erfinden sozialistische Kleidermoden und ähnliche Phantastereien, wie ein jeder Parteigenosse erfahren haben dürfte. Andere wieder, und das sind meist solche, die sich auf ihre Wissenschaftlichkeit nicht wenig zu Gute thun, antworten einfach: „Die Errichtung des Zukunftsstaates muss man der natürlichen Entwickelung überlassen."

Diess zweite Extrem ist meines Erachtens ebenso unrichtig, als das erste. Es ist unleugbar, dass die soziale Entwickelung von einer Menge Faktoren bestimmt wird, die wir in keiner Weise beeinflussen können, aber wenn man sich nur so blindlings der „natürlichen Entwickelung" überlassen würde, wäre jede Partei eigentlich höchst überflüssig. Man darf eben nicht vergessen, dass die Erkenntniss und die Energie, mit welcher dieselbe verbreitet wird, auch Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung sind, und andererseits, dass, wenn auch die Aufgabe einer Partei nicht darin bestehen kann, diese Entwickelung nach ihren Wünschen vorzuschreiben, damit noch nicht fatalistisches Abwarten des Unvermeidlichen geboten ist. Durch das Ankämpfen gegen die natürliche Entwickelung wird diese allerdings nicht beseitigt, aber es gehen dadurch der Menschheit eine Menge Kräfte verloren und eine Menge Leiden werden über sie heraufbeschworen, welche ihr erspart geblieben wären, wenn man gleich von Anfang an die Richtung der sozialen Entwickelung erkannt und alle seine Kräfte aufgeboten hätte, die derselben entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen.

Darin sehe ich die Hauptaufgabe einer politischen Partei, vor Allem derjenigen, welche den Kampf für die soziale Entwickelung

ausdrücklich auf ihre Fahne geschrieben hat, der sozialdemokratischen. Der theoretische Sozialismus hat daher einerseits die Pflicht, sich klar zu werden darüber, nach welcher Richtung die Entwickelung der modernen Gesellschaft strebt, und andererseits zu untersuchen, welche von den jetzt bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen die Keime dieser Entwickelung in sich tragen, und welche mit derselben unvereinbar sind. Dem praktischen Sozialismus fällt dann die Aufgabe zu, die ersteren nach Kräften zu fördern, die zweiten nach Kräften zu bekämpfen.

Dass die moderne Gesellschaft sich dahin entwickelt, dass sie in ihrer Mitte kommunistische Ideen und Instinkte erzeugt, welche die Arbeiterklasse immer mehr kräftigen, während der Individualismus die Besitzenden immer mehr schwächt, dass daher ein Zeitpunkt naht, in welchem der Kommunismus über den Individualismus, die Arbeiter über die Besitzenden die Oberhand bekommen, dies ist schon unzähligemale auseinandergesetzt worden, am besten meines Erachtens von Marx. Obgleich keiner der vorgebrachten Beweisgründe absolut durchschlagend ist und die Sache noch einer eingehenden Untersuchung, namentlich vom historischen Standpunkte aus, harrt, will ich doch diesmal die obengenannte Behauptung als bewiesen annehmen und mich heute der Frage zuwenden, welche bestehenden Institutionen sind geeignet, als Uebergangsstadium zur kommunistischen Gesellschaft zu dienen?

Dass solche Uebergangstadien nothwendig sind, brauche ich wohl nicht zu beweisen. Darüber sind wohl sämmtliche Anhänger der Richtung, welche die deutsche Sozialdemokratie verfolgt, einig, dass man eine lebensfähige Gesellschaftsform weder auf deduktivem Wege ausspekuliren noch dekretiren kann. Als die Bourgeoisie im Jahre 1789 in Frankreich zur Herrschaft kam, baute sie weder ihren Staat noch ihre Gesellschaft nach blossen Prinzipien auf: fast sämmtliche Einrichtungen, von denen man glaubt, dass sie damals neugeschaffen wurden, sind in ihren Ansätzen schon vor der Revolution vorhanden gewesen. Die Bourgeoisie hat sie blos weiter entwickelt und aus Werkzeugen eines von einem Hofadel gelenkten Königthums zu Werkzeugen eines von der Bourgeoisie gelenkten Königthums gemacht (die Republik war nicht das Werk der Bourgeoisie, sie wurde ihr wider ihren Willen durch die Ereignisse aufgedrängt). Wo man nicht auf bestehenden Einrichtungen weiterbaute, sondern sich lediglich auf deduktiv gefundene Prinzipien, wie z. B. die Rousseau's, stützte, ist man kläglich gescheitert.

Und so würde auch die Arbeiterpartei kläglich scheitern, wenn ihr heute die Revolution aufgenöthigt würde — die Revolution fragt ebensowenig Könige als Revolutinäre um Erlaubniss, ob sie gelegen kommt, oder nicht, sie ist ein elementares Ereigniss, welches eine Partei ebensowenig hervorrufen als zurückhalten kann. Wann sie kommt, das wissen wir nicht, wohl aber wissen wir das, dass sie, wenn sie heute käme, die Arbeiterpartei rathlos vorfinden würde. Wenn diese siegte, so könnte sie wohl politische Vortheile erringen,

von sozialen Vortheilen kaum mehr, als das schweizerische Fabrikgesetz heute schon bietet. Jeder Versuch, den kommunistischen Idealstaat aufzurichten, wäre eine Thorheit, deren Fiasko die Entwickelung der Menschheit empfindlicher schädigen und aufhalten würde, als die Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes selbst.

Daraus folgt nun nicht, wie einige Pessimisten gethan haben, dass wir die Hände in den Schooss legen und weltklug erklären sollen: „Der Kommunismus wird sicher einmal kommen, aber erst nach hunderten von Jahren, jetzt ist's zu früh, daran zu denken;" wenn wir so dächten, könnte es allerdings noch hunderte von Jahren dauern, bevor die Gesellschaft das von uns als richtig erkannte Ziel erreicht hätte. Aus dem Gesagten folgt aber vielmehr, dass wir diejenigen Einrichtungen, welche als Uebergangsstadium zum kommunistischen Staate dienen könnten, mit allen unseren Kräften fördern müssen, damit wir, wenn ein elementares Ereigniss — und es giebt solche auch in der Völkergeschichte — uns die Gewalt in die Hände spielen sollte, auch wissen, was wir mit derselben anfangen sollen.

Bevor wir daran gehen können, zu untersuchen, ob die vorgeschlagenen Einrichtungen ihrer Bestimmung als Uebergangsstufen in den sozialistischen Staat gerecht werden könnten, müssen wir uns klar werden über die Merkmale, die eine solche aufweisen muss.

1. Müssten dieselben natürlich jetzt schon bestehen. Einrichtungen, die erst geschaffen werden könnten, bis wir an's Ruder kommen, würden diesem Zwecke nicht entsprechen. Wenn die Arbeiterpartei einmal daran kommt, ihre Ideen verwirklichen zu sollen, wird man von ihr ein sicheres Vorgehen, nicht schwankende Experimente verlangen. Sie muss sich daher auf bereits erprobte Institutionen stützen können.

2. Müssten dieselben jetzt schon den Arbeitern Vortheile bieten. Wäre dies nicht der Fall, so dürfte man kaum erwarten, dass sie energisch für dieselben eintreten würden. Eine Hebung der Arbeiterklasse ist aber auch nothwendig im Interesse der menschlichen Entwickelung. Es ist zwar richtig, dass Hunger und Elend viel mächtigere Agitatoren sind, als noch so bestrickende Theorien. Der Hunger war und ist von einem Einflusse auf die Entstehung und den Gang der Revolutionen, den man bisher noch viel zu wenig gewürdigt hat. Der Einfluss des Hungers z. B. auf die grosse französische Revolution von 1789 ist ein ungeheurer und noch genau zu verfolgender. Es herrschten im Jahre 1788 elementare Zustände, die denjenigen des Jahres 1879 auf's Haar ähnlich sahen. Allgemein war eine Missernte eingetreten und in deren Gefolge eine unbeschreibliche Theuerung. Dazu gesellte sich im Winter eine Kälte, die zu Zeiten bis 24° Celsius unter Null stieg, und überdiess begann der strenge Winter bereits Mitte November. Diese elementaren Ereignisse, die Niemand abzuhalten im Stande gewesen wäre, erregten eine tiefe Missstimmung im Volke gegen alles Bestehende: es war

oppositionell, es unterstützte die oppositionellen Parteien, weil es von denselben Brod erwartete. Und da keine derselben ihm Brod geben konnte, wandte es sich gegen jede Partei, die es bis dahin unterstützt hatte, fast in dem Augenblicke, als sie zur Regierung kam. Diese Stimmung erklärt die schnellen Wandlungen der Parteien und den Gang der französischen Revolution fast allein zur Genüge; die Systeme, welche die damaligen „Staatsmänner" aufstellten, der Gegensatz zwischen Voltaire und Rousseau, die persönlichen Streitigkeiten der Führer und andere ähnliche Dinge können nur solchen Historikern als Erklärungsgründe der französischen Revolution dienen, welche daran vergessen, dass der Magen des Volkes empfindlicher ist als seine philosophischen Anlagen. Wer die Gründe der Revolution im Volke sucht, und nicht in parlamentarischem Geschwätz, der wird von widerstreitenden Systemen sehr wenig bemerken: was sollten Voltaire und Rousseau einem Volke, das nicht lesen und schreiben konnte? Oefter als diese Namen hört man den Ruf: wir wollen Brod! Das Volk will Brod, deshalb erhebt es sich gegen den König, deshalb gegen die Feuillants, gegen die Girondins und schliesslich gegen die Fraktionen des Berges. Und so wird auch wieder einmal das Volk sich erheben, unbekümmert um die Differenzen zwischen Marx, Bakunin, Dühring, und wird Brod fordern, und wenn die Arbeiterpartei es ihm nicht geben kann, wird sie ebenso, wie alle anderen Parteien den Weg alles Fleisches gehen.

Im Hunger ruht also sicherlich eine ungeheure revolutionäre Kraft, aber nur in dem Hunger, der als aussergewöhnlicher Gast sich einstellt: je höher die Lebensansprüche des Volkes sind, je grösser die Summe des zur Erhaltung des Lebens Erforderlichen, umsomehr erregt eine plötzlich eintretende Verminderung desselben, umsomehr stachelt dieselbe an und verleiht schliesslich die rücksichtslose Energie der Verzweiflung. Der gewohnheitsmässige Hunger dagegen erschlafft und entnervt, er stumpft ab und ertödtet schliesslich sogar den Wunsch nach einer Besserstellung. Die Hebung der Arbeiterklasse liegt daher nicht nur im Interesse dieser selbst, sie ist auch eine nothwendige Vorbedingung der sozialen Entwickelung. Eine Einrichtung kann daher nur dann als Uebergangsstadium in den sozialistischen Staat angesehen werden, wenn sie eine Besserung der Lage der Arbeiter mit sich bringt.

3. Müssen wir endlich von einer Uebergangseinrichtung verlangen, dass sie nothwendigerweise durch den Interessenkampf die kommunistischen Gefühle und Instinkte stärke, die individualistischen schwäche und auf diese Weise das Volk für den Sozialstaat erziehe. Alle jene sozialen Instinkte, welche dem Menschen im Urzustande eigen sind, so lange der Kampf um's Dasein von dem Stamme und nicht dem Individuum geführt wird, Sympathie, Wahrheitsliebe und Treue gegen die Genossen bis in den Tod, welche so weit geht, dass man lieber die ärgsten Qualen erduldet, als den Stamm verräth, Nichtachtung der eigenen Persönlichkeit, sobald es sich um den

Vortheil der Allgemeinheit handelt, Disziplin, Empfindlichkeit für Lob und Tadel, alle diese Eigenschaften, die bei Urvölkern ungemein stark ausgebildet sind, bei uns dagegen sehr geschwächt, müssen wieder gestärkt werden, sollen wir siegen und den Sieg in einer für die Entwickelung der Menschheit günstigen Weise benutzen können.

Untersuchen wir nun, ob diese Merkmale bei den Einrichtungen, die man vorgeschlagen hat, zutreffen: es sind dies die allmählige Verstaatlichung verschiedener Produktionszweige und die Produktivgenossenschaften. Beide entsprechen selbstverständlich der ersten Forderung, da sie schon im modernen Staate durchführbar sind, ja vielfach schon bestehen.

Gegen die Verstaatlichung, z. B. der Eisenbahnen, das Tabaksmonopol und ähnliche Einrichtungen hat man sich bisher besonders aus politischen Gründen gesträubt, weil sie das Budgetrecht schmälern und die Regierungen von der Volksvertretung unabhängig machen. Ich muss gestehen, dass mir der Parlamentarismus viel zu sehr als ein possenhaftes Gaukelspiel erscheint, als dass diese Befürchtung mir gewichtig erscheinen könnte. In England hätte sie vielleicht einen Sinn, aber in den feigen, knechtischen Militärstaaten des Kontinents ist das Budgetrecht eines jener vielen Volksrechte, die stets nur zum Schaden, nie zum Nutzen des Volkes gebraucht werden. Was nützt die Budgetverweigerung in einem Militärstaate, in welchem dem Parlamente nicht die mindeste Macht zur Verfügung steht, um diejenigen, welche entsprechend seinem Beschlusse die Steuern nicht zahlen wollen, zu schützen? In Militärstaaten kann eine Regierung nur dann gezwungen werden, dem Willen des Volkes sich zu beugen, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr hat, als an seinen Opfermuth zu appelliren, z. B. nach einem unglücklichen Kriege, wie denn fast alle freiheitlichen Errungenschaften unseres Jahrhunderts Niederlagen auf dem Schlachtfelde ihre Entstehung verdanken. Die Rücksicht auf das Budgetrecht würde mich daher nicht bestimmen, gegen die Ausdehnung der Staatswirthschaft aufzutreten. Dazu bewegt mich vielmehr der Umstand, dass dieselbe der zweiten und dritten der oben aufgestellten Forderungen durchaus nicht entspricht.

Betrachtet man die Lage der Arbeiter in Anstalten, welche Monopol des Staates sind, wie z. B. die der Salz- und Tabakarbeiter in Oesterreich, so finden wir, dass deren Lage nicht nur keine bessere, sondern in vielen Beziehungen eine schlechtere ist, als die der anderen Arbeiter. Die Konkurrenz der Arbeitgeber ist heute ein, wenn auch schwaches Schutzmittel der Arbeiter: bei den Staatsmonopolen fehlt sie gänzlich, ohne ersetzt zu sein durch die freie Verfügung der Arbeiterklasse über die Arbeitswerkzeuge. Der österreichische Salz- und Tabakarbeiter hat im ganzen Reiche nur mit einem einzigen Unternehmer zu thun, wenn ihn dieser entlässt, ist er faktisch dem Hungertode preisgegeben. Jeder Versuch zu einer Organisation wird im Entstehen unterdrückt; aber selbst wenn er gelänge, — was nutzt die beste Organisation einem Kapitalisten gegen-

über, der mit der ganzen Macht des modernen Staates ausgerüstet ist. Das ist auch mit ein Grund, warum die Monopolisirung des Betriebes nicht der dritten aufgestellten Forderung entspricht: die Schwächung der individualistischen, Stärkung der kommunistischen Neigungen. Die Staatswirthschaft trägt nicht nur nichts hierzu bei, sie ist im Gegentheil bestrebt, den Individualismus der Arbeiter bis zur äussersten Grenze auszubilden. Diess geschieht dadurch, dass der Staat den Geist des Bureaukratismus auch unter die Arbeiter verpflanzt. Indem er unter ihnen eine Hierarchie aufstellt, Beförderungen nach Dienstjahren und Konduitlisten einführt, erzeugt er jene dem Beamtenthum eigene Gesinnung, die sich als Servilität nach oben, Despotismus nach unten kundgiebt, das Gefühl eines gemeinsamen Interesses gänzlich ausschliesst und eine Vereinigung der verschiedenen Grade und Stufen zur Erlangung gemeinsamer Vortheile unmöglich macht.

Besser entspricht unseren Forderungen der Lassalle'sche Vorschlag der Produktivgenossenschaften. Lassalle wollte durch dieselben keineswegs die soziale Frage lösen, er betrachtete sie nicht als das Endziel unserer Bewegung, sondern als eine Uebergangsform; ausdrücklich schrieb er nicht dem Zukunftsstaate, sondern dem modernen Staate die Aufgabe zu, sie in's Leben treten zu lassen. Dass Produktivgenossenschaften mit Staatsunterstützung heutzutage schon lebensfähig wären, geht schon daraus hervor, dass selbst solche auf Selbsthilfe basirende bisher der Krisis getrotzt haben. Sie wären es umsomehr, wenn es dem Staate ernstlich um ihr Gedeihen zu thun wäre und er ihnen daher seine Kundschaft zuwendete. Sicherlich entsprechen also die Produktivgenossenschaften der ersten oben aufgestellten Forderung. Sie entsprechen auch der zweiten, die Lage des Arbeiters zu heben, da der ganze Unternehmergewinn ihnen zu Gute kommt, aber sie entsprechen nicht der dritten Forderung. Der schon früher erhobene Einwand ist bis jetzt noch nicht widerlegt worden, dass die Produktivgenossenschaften eine Aristokratie unter den Arbeitern schaffen, dass sie die Selbstsucht und den Eigennutz grossziehen, die Konkurrenz nicht beseitigen, kurz den Individualismus fördern und die kommunistischen Klasseninstinkte schwächen.

Wir können uns daher weder für das Staatsmonopol noch für die Produktivgenossenschaften erwärmen, beide sind vielmehr von uns entschieden zu bekämpfen.

Meiner Ansicht nach läge es viel näher, den Keim der sozialen Entwicklung in einer Einrichtung zu suchen, welche, ohne sich auf Theorien zu stützen, naturgemäss dem Klassenkampfe entsprossen ist, und überall, wo nicht polizeiliche Frechheit sich in ihrer Dummheit anmasste, die menschheitliche Entwicklung korrigiren zu können, das festeste Bindemittel der Arbeiterklasse bildet, die Gewerkschaften.

Sie sind es, welche allein allen drei oben gestellten Forderungen in jeder Beziehung entsprechen. Ich brauche nicht zu beweisen, da es niemand leugnen dürfte, dass sie, wie immer sie heissen mögen,

überall bestehen, wo es eine grössere Anzahl industrieller Arbeiter giebt. Es dürfte auch niemand behaupten wollen, dass sie heute bereits der Arbeiterklasse keinen materiellen Nutzen bringen, da der organisirte Arbeiter dem Unternehmer doch ganz anders gegenüber steht, als der isolirte. Die Gewerkvereine können allerdings unter dem Drucke wirthschaftlicher Krisen ein Sinken der Löhne nicht aufhalten, aber es ist kein Zweifel, dass die Löhne noch tiefer sänken, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären. Die materiellen Vortheile aber bei weitem überragend sind die moralischen, welche sie mit sich bringen. Wie der Kampf um's Dasein in der Stammesgemeinschaft die kommunistischen Instinkte zu einer Höhe entwickelt, wie wir sie z. B. beim nordamerikanischen Indianer bewundern, der die grässlichsten Qualen lächelnd erträgt, um seinem Stamme keine Schande zu machen, so ist es gleichermassen der Fall beim Kampfe um's Dasein in der Gewerksgemeinschaft. Ihm sind jene staunenswerthen Beispiele von Opfermuth, Selbstverleugnung und Disziplin zuzuschreiben, welche die Arbeiterklasse geliefert hat, und welche an die schönsten Züge des antiken Heroismus erinnern. Die Gewerkschaften sind die Schule des Kommunismus. Die Gewerkschaften sind es daher, die wir mit aller Macht fördern müssen, nicht die Produktivgenossenschaften oder die Ausdehnung der staatlichen Monopole. Wenn Fabriken, Bergwerke und dergleichen an Gewerkschaften zum Betriebe übergeben würden, so hätte das ganz andere Bedeutung, als wenn man sie Produktivassoziationen anvertraute. Während im letzteren Falle die einzelnen Fabriken und Bergwerke, Eisenbahnen und Hüttenwerke isolirte Körperschaften bildeten, welche mit den andern keine Interessen gemein hätten, wäre das nicht der Fall, wenn man z. B. für den Anfang jeder Gewerkschaft einige Unternehmungen der betreffenden Branche zum Betriebe übergäbe. Die Leitung dieser Unternehmungen würde natürlich in letzter Linie nicht von den bei denselben beschäftigten Arbeitern allein, sondern von der Gewerkschaft ausgehen. Der Gewerkschaft aber würden jedenfalls auch Arbeiter angehören, die bei Privatkapitalisten beschäftigt wären; ja man kann mit Recht erwarten, dass, wenn einmal die Arbeiterklasse mächtig genug ist, um Konzessionen zu erlangen, auch die Gewerkschaftsbewegung in alle Arbeiterschichten gedrungen sein wird und die Gewerkschaften als die Vertreter aller Arbeiter einer Branche angesehen werden können. Es wäre also die gesammte Arbeiterschaft, welche den Betrieb der vom Staate geliehenen Unternehmungen leitete. Selbstverständlich würde man daher diesem eine solche Form geben, dass dessen Vortheile auch wieder der gesammten Arbeiterschaft zu Gute kämen und nicht jenen Arbeitern allein, welche der Zufall berufen hat, die ersten zu sein, die der Staatshilfe sich erfreuen. Man würde das Lohnsystem beibehalten und in den Staatsanstalten keinen höheren Lohn zahlen, als in den Privatanstalten. Der Reinertrag würde also der Gewerkschaft, der ganzen Arbeiterschaft zufallen und von ihr zum Besten der Gemeininteressen verwendet werden, als Kriegsmittel zur Führung des ökonomischen

Kampfes, zu Strikegeldern, Unterstützungen von Arbeitslosen, Invaliden, Wittwen und Waisen etc. Eine Arbeiteraristokratie könnte sich unmöglich bilden, denn die in den gewerkschaftlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter nähmen keine Ausnahmsstellung ein; weder ihre materielle Lage noch ihre Interessen wären von denen ihrer Mitarbeiter verschieden; sie könnten nur dann eine Besserung ihrer Lage erwarten, wenn die aller Arbeiter desselben Gewerbszweiges sich besserte. Sie wären daher nicht theilnahmslose Zuschauer des Interessenkampfes, sondern an demselben ebenso betheiligt, wie ihre Mitarbeiter. Ja noch mehr: während die Produktivgenossenschaften die Energie der Arbeiterklasse lähmen würden, da die in den Produktivgenossenschaften organisirten Arbeiter nicht dieselben Interessen mit den nicht organisirten hätten, würden die unter der Leitung der Gewerkschaften stehenden Unternehmungen die Wucht der Angriffe gegen das Kapital um ein Bedeutendes erhöhen, indem sie z. B. bei Strikes einen sicheren Rückhalt für die strikenden Arbeiter böten. Mit ihrer Hilfe könnte man, sobald sie zahlreich genug wären, die Arbeitsbedingungen so steigern, dass die Privatunternehmer schliesslich es vorziehen würden, ihre Unternehmungen, die nicht mehr genügenden Gewinn abwerfen würden, gegen billige Entschädigung dem Staate abzutreten, der sie wieder mit voller Wahrung seiner Eigenthumsrechte den Gewerkschaften zur Benützung überliesse.

Das Risiko des Einzelnen wäre bei Gewerkschaften jedenfalls viel geringer als bei Produktivgenossenschaften. Nicht nur, dass die Verluste sich auf so viele Mitglieder vertheilten, dass die auf jeden entfallende Verlustquote ziemlich gering wäre, würden überdiess während wirthschaftlich günstiger Zeiten, die etwa durch Missgriffe bei einigen Unternehmungen sich einstellenden Verluste durch die Gewinne der anderen sich kompensiren, während finanziell günstig situirte Produktivgenossenschaften ihre Ueberschüsse kaum zur Hebung geschwächter Schwesterunternehmungen verwenden würden.

Die Zeiten wirthschaftlicher Stagnation würden zwar die Gewerkschaften auch gefährden, wie die Produktivgenossenschaften, allein auch hier haben jene einen Vorzug vor diesen voraus. Mächtige, über das ganze Land verzweigte Gewerkschaften würden durch ihre Bestrebungen nach Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Arbeitslohnes denn doch einen ganz anderen Hemmschuh der Ueberproduktion bilden, als Produktivgenossenschaften, deren Bestreben doch ebenso wie das der Privatkapitalisten dahin gehen müsste, so billig, das heisst so viel und in so kurzer Zeit als möglich zu produziren. Freilich könnten auch die Gewerkschaften in Folge der ausländischen Konkurrenz ihre Gegenwirkungen gegen die Krise nur innerhalb enger Schranken ausüben, sie müssten daher die Eventualitäten von Absatzstockungen wohl im Auge behalten und sich bei Zeiten gegen dieselben rüsten. Gänzlich gesichert gegen alle Eventualitäten der anarchischen Produktionsweise wären sie dann,

wenn der Staat und vielleicht auch manche Kommunen sich entschliessen würden, ihren Bedarf nur durch Fabrikate gewerkschaftlicher Unternehmungen zu decken, und wenn andererseits die Gewerkschaften nur solche staatliche und kommunale kontraktlich gesicherte Lieferungen übernehmen würden. Beide würden gut dabei fahren, Besteller und Lieferant. Heute schon sind die Bedürfnisse des Staates an Uniformen, Metallerzeugnissen, Bureaugegenständen, Waaren aller Art so gross, dass sie zahlreiche Unternehmungen beschäftigen. Aber diese Bedürfnisse könnten noch gesteigert werden, die Kommunen könnten überdiess den Zwischenhandel in die Hand nehmen, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder statistisch feststellen und ihre Befriedigung ebenfalls den gewerkschaftlichen Unternehmungen übertragen. Man würde hiedurch nicht nur die Schmarotzerpflanze des anarchischen Zwischenhandels ausrotten, sondern auch den Uebergang bahnen zur Regelung der Produktion.

Auch das letzte Bedenken, welches man gegen die Gewerkschaften noch vorbringen könnte, ist nicht stichhaltig. Ich theile wenigstens nicht die Befürchtung, dass die Selbstsucht durch dieselben nur auf ein anderes Gebiet übertragen, nicht aber beseitigt werde, und dass ein Interessenkampf zwischen den einzelnen Gewerkschaften ebenso möglich sei, wie zwischen den einzelnen Produktivgenossenschaften. Sobald jede Gewerkschaft alle Arbeiter derselben Branche umfasst, nicht aber zwei nebenbuhlerische Gewerkvereine vorhanden sind, ist jeder Anlass beseitigt, auf Anderer Kosten seinen Nutzen zu suchen. Von zwei Produktivgenossenschaften von Schneidern könnte die eine einen Vortheil durch den Schaden der anderen erlangen, kaum aber die Gewerkschaft der Schneider auf Kosten der der Schuster.

Ich glaube nicht, dass sich sonst noch Erhebliches gegen die Gewerkschaften einwenden lässt, und dass der Ausspruch unberechtigt sei, sie seien den beiden anderen vorgeschlagenen Uebergangsstadien weit überlegen. Es beweist blos die Macht der Gewohnheit und die Stärke des Beharrungsvermögens auch bei revolutionären Parteien, dass die Produktivgenossenschaften noch immer in unserem Programme figuriren, obgleich dieselben schon längst verurtheilt sind, indess die Gewerkschaften, welche heute bereits einen nicht zu unterschätzenden Einfluss erlangt haben, gar keine Rolle in demselben spielen.

Die Arbeiterpartei hat daher zwei Forderungen als unerlässliche an den jetzigen Staat zu stellen: 1. Volle Koalitionsfreiheit und 2. Die Uebergabe von gewerblichen Unternehmungen an die unter dem Einflusse dieser Freiheit entstandenen und erstarkten Gewerkvereine.

Wenn man mir dagegen einwendet, beides sei vom modernen Staate nicht zu erlangen, die Gewerkvereine seien daher als Uebergangsstadien zum sozialistischen Staate nicht tauglich, so kann ich darauf nur antworten, dass Staaten, in welchen die Masse des Volkes knechtisch genug gesinnt ist, um sich die Entziehung eines ihrer heiligsten Rechte ruhig gefallen zu lassen, Staaten, in denen die Arbeiterklasse zu schwach ist, als dass man es nöthig hielte, ihr zu

ihrer Befriedigung Konzessionen zu machen, dass solche Staaten für den sozialdemokratischen Staat noch gar nicht reif sind, und dass es Wahnsinn ist, in denselben mit Hilfe einer siegreichen Revolution die neue Gesellschaft fabriziren zu wollen. In dergleichen Staaten heisst es vor Allem, die feige knechtische Masse aufzurütteln, ihr die Schmach zum Bewusstsein zu bringen, die man ihr anthut, und daneben trotz aller Verfolgungen die Arbeiterklasse zu organisiren und zu stärken. Erst wenn wir diese Aufgabe vollbracht haben, können wir daran denken, unsere Ideale in Wirklichkeit umsetzen zu wollen.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und das Sozialistengesetz.

Von A. Z.

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, welches im Deutschen Reiche die Sozialdemokratie in ein Ausnahmeverhältniss gegenüber den andern Reichsangehörigen gebracht hat, das die Reichsverfassung und die Verfassungen der Einzelstaaten, das Pressgesetz und die besonderen Versammlungsgesetze, die Gewerbeordnung und das Freizügigkeitsgesetz für die Sozialdemokraten ausser Kraft gesetzt, das ihnen als politische Partei jedes Wahlrecht illusorisch gemacht hat, besteht jetzt über die Hälfte der Zeit, für die es Giltigkeit haben sollte. Die Reichsregierung, d. h. die preussische Regierung hatte es ursprünglich für eine unbestimmte Zeitdauer erlassen haben wollen, während sie für das Gesetz, das sie im Mai 1878 dem Reichstage vorlegte und wegen dessen Ablehnung letzterer angeblich aufgelöst wurde, nur eine dreijährige Gültigkeitsdauer verlangt hatte — die Auflösung geschah, wie allgemein bekannt, weil die damalige „liberale“ Reichstagsmajorität namentlich bezüglich der Steuernfrage der Regierung nicht willfährig genug war. Selbst den Professoren Gneist und Beseler war die dreijährige Zeitdauer damals noch zu lang, und beantragten sie deshalb, dass das Gesetz nur bis zu sechs Wochen nach Eröffnung der nächstjährigen Reichstagssession (1879) Gültigkeit haben solle. Der Bundesrath, der überhaupt in seiner Mehrheit der preussischen Regierung keine Opposition zu machen wagt, hatte ihr selbstverständlich auch in diesen beiden Fällen zugestimmt. In dem aus den Neuwahlen im Sommer 1878 hervorgegangenen Reichstag, dessen Legislaturperiode 1881 abläuft, hat die Regierung eine widerstandslose Majorität. Wenn somit dem Erlass eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie seitens der Reichstagsmehrheit keine Schwierigkeit mehr gemacht wurde, so wollte sich dieselbe doch nicht dazu verstehen, einem so abnormen Gesetz ohne Beschränkung seiner Gültigkeitsdauer zuzustimmen; sie beschloss vielmehr in einem Anflug von Gewissenhaftigkeit, dass das Gesetz nicht über die eigene gesetzmässige Wirksamkeit des Reichstages, nicht über die gegenwärtige Legislaturperiode Gültigkeit haben, dass es nur bis zum 31. März 1881

gelten solle. Von konservativer Seite wurde zwar eine fünfjährige Gültigkeit beantragt, aber die Nationalliberalen, bei denen die Entscheidung lag, stimmten für die kürzere Zeitdauer, damit derselbe Reichstag, der das Gesetz beschlossen, eine Kontrole über die Anwendung desselben ausüben könne. Zur Verlängerung des Gesetzes wäre ja auch noch im Jahre 1881 Zeit, da der Reichstag jedenfalls vor Ablauf desselben zusammentreten würde.

Die Regierung will sich aber für alle Fälle sichern; man weiss ja auch nicht, ob sie nicht den Hintergedanken hat, eventuell noch einmal das Auflösungsexperiment zu versuchen, genug, dem Bundesrath ist schon in diesem Jahre der Antrag zugegangen, das Sozialistengesetz um fünf Jahre, d. h. bis zum 31. März 1886 zu verlängern. Obgleich nun der Bundesrath diesem Antrage erst am 19. März zugestimmt hat, war in der Thronrede, mit welcher der diesjährige Reichstag am 12. Februar eröffnet wurde — ein Zeichen, wie wenig die preussische Regierung den Bundesrath auf der Rechnung hat — die Vorlage wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes schon angekündigt worden. Am 25. Februar theilte der Präsident dem Reichstage mit, dass der Verlängerungsantrag eingegangen sei.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Nationalliberalen sich, wenn diese Vorlage zur Abstimmung kommt, von aller sentimentalen Gewissenhaftigkeit freigemacht haben, dass sie also ihren früheren Beschluss umstossen und dem Verlängerungsantrage zustimmen. Vielleicht, dass sie dabei, um einen unwiderleglichen Beweis ihrer Mannhaftigkeit zu geben, nur etwa für eine dreijährige Frist eintreten.

Fortschrittspartei und Zentrumspartei haben zwar gegen die Annahme des Gesetzes überhaupt gestimmt. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, dass sie sich hierbei von prinzipiellen Bedenken leiten liessen; vielmehr waren es Gründe politischer Natur, aus denen diese beiden Parteien 1878 gegen das Gesetz gestimmt haben. Wenn die Fortschrittler, als unbedingte Manchesterleute, als Anhänger des laisser faire, dem Sozialistengesetz auch die ihm beigelegte Wirksamkeit absprechen, und wenn die Ultramontanen dagegen waren, weil sie selbst mit Ausnahmegesetzen bekämpft wurden, so sind beide Parteien doch innerlich herzlich froh, dass der Sozialdemokratie der gesetzliche Boden unter den Füssen fortgezogen ist, und sie werden sich, wenn sie auch die Verantwortung dafür ablehnen, noch mehr freuen, wenn dies noch auf einige Jahre weiter so bleibt. Die Zentrumspartei hat bereits in ihren Parteiorganen und offiziell in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 6. März ihre Geneigtheit zur Verlängerung des Sozialistengesetzes erklären lassen; doch will sie dieses in einzelnen Punkten abgeändert haben. Die vom Zentrum vorgeschlagene Abänderung wird aber voraussichtlich nur in der präziseren Fassung des § 28 Al. 3 bestehen. Es wird wohl versucht werden, die Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen, dass die Aufenthaltsbeschränkung in denjenigen Ortschaften, über die der kleine Belagerungszustand verhängt ist, nicht auf Mit-

glieder des deutschen Reichstages oder eines andern legislatorischen Körpers während der Sitzungszeit derselben Anwendung finden soll.

Die Regierung wird also leichtes Spiel mit ihrem Antrage haben. Das Sozialistengesetz wird unzweifelhaft verlängert werden.

Hier wäre nun die Frage aufzuwerfen, woher es denn kommt, dass alle Parteien so entschiedene Gegner der Sozialdemokratie sind, so dass sie ihr das Recht der politischen Existenz entweder genommen wissen wollen und helfen, es ihr zu nehmen, oder geschehen lassen, dass es ihr genommen wird? Ob nicht die Sozialdemokratie durch ihr eigenes Verhalten, sei es durch Bekämpfung der gegnerischen Parteien oder durch die Art und Weise ihres Auftretens überhaupt den allgemeinen Hass so auf sich geladen? Ob nicht die Sozialdemokratie in Deutschland das Gesetz vom 21. Oktober 1878 selbst verschuldet habe?

Zum Theil ist diese Frage — und zwar von sozialdemokratischer Seite — mit „Ja“ beantwortet worden. Die „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“ in dem ersten Theil dieses Jahrbuches gipfeln in der Behauptung, dass die Sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland „nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Oktobergesetzes ist, denn sie hat den Hass der Bourgeoisie in unnöthiger Weise vermehrt.“ (A. v. O. S. 96).

Es ist dies ein direkter Vorwurf! Ist derselbe begründet?

Und wenn es wirklich wahr ist, dass die Sozialistische Arbeiterpartei den Hass der Bourgeoisie in unnöthiger Weise vermehrt, dass sie dadurch das Sozialistengesetz verschuldet hat, ist ihr dies überhaupt als Vorwurf anzurechnen? Konnte sie ihrem Wesen nach anders sein, als sie gewesen ist und als sie noch ist?

Diese Frage darf nicht nach dem Verhalten einzelner Persönlichkeiten entschieden werden.

Es ist während der Zeit der öffentlichen, mündlichen und schriftlichen Propaganda für die Sozialistische Arbeiterpartei manches Wort gefallen, das in keiner Weise zu verantworten war und das deshalb auf die ausserhalb der Partei Stehenden mehr abstossend als anziehend wirkte. Hierbei muss jedoch der erbitterte Parteikampf berücksichtigt werden, während dessen diese Worte fielen. Persönlich wurde der Kampf zuerst von den Gegnern geführt, die gegen die Parteiagitatoren oft keinen andern Einwand hatten, als dass es bezahlte, von den Arbeiterpfennigen lebende, arbeitsscheue Subjekte seien etc. Es hat nicht Jeder so viel Selbstbewusstsein, um solche Vorwürfe zu ignoriren. Einzelne haben auch gesucht, durch möglichst kräftige Schlagworte und politisches Bramarbasiren ihren Radikalismus an den Tag zu legen, um damit nur ihre innere Hohlheit zu bekunden; denn die Prinzipien der Sozialdemokratie sind an sich so radikal, dass es der Verbrämung durch radikal klingende Phrasen durchaus nicht bedarf. Wenn letztere bei der Masse so grossen Anklang fanden, so ist dies zwar erklärlich, aber es wäre besser gewesen, ihr durch klare Darlegung dessen, was die Sozialdemokratie erstrebt, den Radikalismus der Partei zu beweisen, als dies durch Schlagworte

zu thun. Wenn dies theilweise nicht geschehen ist, so lag dies eben an der Persönlichkeit der Einzelnen. Geschadet ist dadurch aber nur insofern worden, als Manche davon abgestossen wurden, die zu überzeugen gewesen wären. Der Hass der Bourgeoisie ist dadurch nicht erweckt worden. Uebrigens handelt es sich dabei fast ausschliesslich um politische Fragen, und in dieser Beziehung konnte schon immer mal ein Wort mehr gesagt werden, weil der politische Radikalismus auf die Gegner der Sozialdemokratie nicht so abstossend wirkt, als die kommunistischen Forderungen; denn politisch ist die Bourgeoisie vielfach viel radikaler, als sie sich giebt. Es ist ja gerade das Widerliche bei den liberalen Parteien, dass sie, die ihrem innern Wesen nach republikanisch sind, bei jeder Gelegenheit sich als königstreu und monarchisch aufspielen.

Für die Bourgeoisie freilich ist die politische Freiheit nur insofern eine Nothwendigkeit, als sie ihre Entwickelung auf dem wirthschaftlichen Gebiete fördert. Die Bourgeois-Parteien sind zufrieden, wenn sie durch ihre Theilnahme an der Gesetzgebung ihre wirthschaftlichen Interessen wahren und fördern können. Ist dieses ihr Ziel erreicht, so werden sie reaktionär. Sie werden dies umsomehr, je mehr die Arbeiter zum Bewusstsein ihrer Klassenlage kommen und Theilnahme an der Gesetzgebung zur eigenen Verbesserung ihrer Verhältnisse fordern, sobald mit andern Worten die Arbeiterbewegung sozialdemokratisch wird und die Umwandlung der Produktionsverhältnisse im sozialistischen Sinne als ihr Ziel verfolgt. Die Bourgeoisie wird dann nicht durch die Art und Weise der sozialistischen Propaganda oder durch das Auftreten einzelner ihrer Träger, sondern durch diese Bewegung überhaupt der Reaktion in die Arme geführt, und je stärker die sozialdemokratische Bewegung wird, umsomehr schreckt sie die Bourgeoisie aus ihrer Ruhe, und um so willfähriger macht sie dieselbe zur Opferung politischer Rechte, die sie früher selbst auf ihrer Fahne führte.

Die Bourgeoisie, oder sagen wir hier das deutsche Bürgerthum, wurde, als die Arbeiter praktisch anfingen von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen, als sie Gewerkschaften organisirten, als sie sich somit zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen zu Strikes verbanden und sich gegenseitig unterstützten, viel erbitterter als durch die sozialdemokratische Bewegung an sich. Es ist nicht wahr, wie dies seitens der liberalen Presse behauptet wird, dass die Sozialdemokratie die Strikesbewegung hervorgerufen, ja dass sie die Arbeiter zu Strikes veranlasst habe. Die gewerkschaftliche Bewegung wurde allerdings durch die Partei gefördert. Sozialdemokratische Agitatoren standen an der Spitze derselben, und wurde durch deren Anregung der sozialdemokratischen Bewegung ein starkes Kontingent von Arbeitern zugeführt, die Strikes selbst aber entsprangen aus der allgemeinen wirthschaftlichen Lage. Die Arbeiter hätten dieselbe auch ohne die Sozialdemokratie ausgenützt, wenn diese als Partei nicht existirt hätte. Letztere hat nur insofern mitgewirkt, als sie den Arbeitern bei Durchsetzung ihrer Forderungen ihre moralische

Unterstützung geliehen. Dies hat das deutsche Bürgerthum im höchsten Grade gegen die Sozialdemokratie in Harnisch gebracht. Und wenn auch das Koalitionsrecht den Arbeitern durch den Liberalismus zu Theil wurde, und wenn dieser auch nicht zugiebt, dass es thatsächlich wieder zurückgenommen wird, so werden die liberalen Parteien doch gerne Alles thun, um den Arbeitern in Ausübung desselben so viel Schwierigkeit wie möglich zu machen.

Aus diesem Grunde auch wird das Sozialistengesetz verlängert werden. Die Geschäftskrisis ist im Abnehmen, der Börsen- und Gründungsschwindel treibt schon wieder üppige Blüthen. In der Eisenindustrie wird selbst in Deutschland eine lebhafte Thätigkeit entwickelt. Ist erst in der Grossproduktion überhaupt die Krisis überwunden, so werden auch die Arbeiter wieder versuchen wollen, ihre nach dem Rezept der preussischen Regierung aufs niedrigste Mass herabgedrückten Löhne durch Strikes in die Höhe zu treiben und überhaupt bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Dann wird sich das Sozialistengesetz erst praktisch erweisen. Jeder grosse Strike, bei dem die Arbeiter die Förderung ihrer Interessen einem Komitee in die Hand geben, wird auf Grund des Sozialistengesetzes unterdrückt werden. Jedes Strikekomitee — einerlei ob demselben als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter angehören oder nicht — wird einfach als ein „Verein“ erklärt werden, in welchem „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.“ Ist doch die Auslegung des Gesetzes ganz der Polizeiwillkür anheim gegeben!

Das deutsche Bürgerthum wird ein solches Vorgehen nur mit mehr oder minder lautem Frohlocken begrüssen.

Es sieht sein Klasseninteresse durch jedes selbständige Auftreten der Arbeiter geschädigt und sucht die Schädigung so viel als möglich zu verhindern.

Dies ist auch der innere Grund, der zum Sozialistengesetz geführt hat. Es ist ein Ausfluss des Klassenkampfes.

Bourgeoisie und Proletariat stehen sich dabei als Klasse gegenüber. Jeder Versuch der Arbeiter, die Bourgeoisie von ihren friedfertigen, rein humanitären Bestrebungen zu überzeugen, ist, sobald die Arbeiter anfangen selbstständig zu werden, vergeblich. Sind dabei die Proletarier zum Klassenbewusstsein gekommen, so werden sie als Ursache der Klassengegensätze und ihres eigenen Elends die Privatherrschaft über die Produktionsmittel erkennen — sie müssen demnach die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum fordern. Je rücksichtsloser sie dies thun, d. h. je wahrer sie ihre Absichten an den Tag legen und ihre Ziele bezeichnen, umsomehr werden sie freilich die Bourgeoisie zurückstossen, umsomehr werden sie die Klassengegensätze verschärfen, um so fester werden sie sich aber auch zusammenschaaren, um so

erfolgreicher werden sie den Klassenkampf führen können. Jeder Versuch, die Gegner über ihre wahren Absichten zu täuschen, ist Heuchelei, wird von der Bourgeoisie leicht als solche erkannt und gekennzeichnet.

Ist andererseits nicht das Proletariat zum Klassenbewusstsein gekommen, giebt die überwiegend grosse Zahl der Arbeiter sich noch der Täuschung hin, dass durch irgend welche soziale Reformen, durch Fleiss, Sparsamkeit u. s. w. die Lage der Arbeiter im Allgemeinen verbessert werden kann, dass zwischen den Besitzenden und den arbeitenden Klassen ein anderer als etwa ein persönlicher Gegensatz nicht besteht, dass die Interessen von Kapital und Arbeit gemeinsam sind, dann ist es Aufgabe der zum Klassenbewusstsein gekommenen Arbeiter, die Arbeiter im Allgemeinen über ihre Klassenlage aufzuklären und das Klassenbewusstsein in ihnen zu erwecken. Sie können dies nur, indem sie auf die Klassengegensätze hinweisen und die Ursache derselben erklären. Sie müssen auch dann die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum, als im Interesse aller Arbeiter liegend, in ihr Programm aufnehmen und diese Forderung als das Programm der Gesammtarbeiterklasse hinstellen. Auch hierbei ist jede Vertuschung als Heuchelei unwürdig und zwecklos. Das Hauptgewicht bei der sozialdemokratischen Propaganda muss immer auf die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse gelegt werden. Je schärfer dieselbe ist, um so besser ist es. In unserer modernen Gesellschaft sind die Gegensätze ja auch schon so krass, dass nur die Erforschung und Verkündigung der Wahrheit Jedem, der sehen will, die Augen öffnet.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hatte diese Aufgabe, und sie hat sie erfüllt, so gut es mit den ihr zu Gebot stehenden verhältnissmässig schwachen Mitteln möglich war. Wenn innerhalb der Partei — und nicht nur bei der Masse — über manche wirthschaftliche Fragen noch Unklarheit herrschte, — wir erinnern hier nur an die unklare Resolution betreffs der Frage „Schutzzoll“ oder „Freihandel“,*) die der Gothaer Parteikongress 1876 gefasst,

*) Auf dem für 1878 beabsichtigten, aber verbotenen Parteikongress wäre auch diese Frage in einer der Partei entsprechenden Weise entschieden worden. Dass sie jetzt noch für die Partei eine offene ist, zeigt, wie nothwendig es ist, Stellung zu den wirthschaftlichen Streitfragen zu nehmen. Der 1876er Parteikongress war freilich noch nicht in der Lage, die Frage wegen „Schutzzoll“ und „Freihandel“ zu erledigen. Er wurde dadurch eigentlich überrascht; denn eine theoretische Erörterung derselben hatte in der Parteipresse eben so wenig stattgefunden, wie eine Ankündigung, dass dieselbe auf dem Kongress aufgeworfen würde. Die betreffende Resolution (s. Kongressprotokoll S. 89) wurde ohne Debatte angenommen und konnte damals auch kaum anders ausfallen. Wären sich die Delegirten klar über die Frage gewesen, so hätten sie nicht sagen können, dass die Sozialisten

und die dem entsprechende zwiespältige Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Abstimmungen über die Zölle im Reichstage 1879 — so wäre die Partei als eine in der Entwickelung begriffene Arbeiterpartei, auch darüber hinausgekommen. Es sind auch einzelne taktische Fehler gemacht worden. Die Unterstützung entschiedener Gegner der Partei bei den Stichwahlen zum Reichstage (auch solcher, die gegen das Sozialistengesetz zu stimmen versprachen) war entschieden ein taktischer Fehler, um nicht zu sagen ein prinzipieller Verstoss gegen das Parteiprogramm. Aber auch dies war ja durch Kongressbeschluss gerechtfertigt. Gewonnen wurde von der Partei damit nichts, es musste ein solches Verhalten vielmehr zu einer Verwirrung der Arbeiter führen. Die gegnerischen Parteien nahmen auch nur so weit Notiz davon, um sich einander vorzuwerfen, dass einer der Ihrigen durch Hülfe der Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen sei.

Der fortgesetzte Parteikampf hätte aber auch hier eine Aenderung herbeigeführt, da die Gegensätze immer schroffer hätten werden müssen.

Die Partei vertrat eben ein durchaus revolutionäres Prinzip — die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum — und sie musste deshalb auch einen revolutionären Charakter tragen. Dass sich derselbe nicht durch Bramarbasiren kund geben sollte, haben wir schon gesagt. Mit Entschiedenheit aber musste das bewegende Prinzip betont werden, und das ist geschehen.

Es ist dabei aber auch nicht das Naheliegende unberücksichtigt geblieben. Das von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ausgearbeitete Schutzgesetz liefert den Beweis, dass die Partei auf reformatorischem Wege die wirthschaftliche Nothlage des Arbeiterstandes verbessern zu helfen bereit war. Für die Bourgeoisie war die ganze Arbeit jedoch viel zu radikal, sie sah darin nur ein propagandistisches Mittel zur Förderung der Sozialdemokratie. Sie erkannte den revolutionären Charakter derselben zu gut, als dass sie sich durch ein reformatorisches Bestreben hätte über denselben täuschen lassen.

Der Hass, den die Bourgeoisie gegen die Sozialistische Arbeiterpartei hegte, war denn auch ein durchaus natürlicher, kein künstlich genährter oder durch einzelne Personen geschürter. Er verstärkte sich mit jedem Jahr, weil die Partei sich immer mehr entwickelte und stets weitere Ausbreitung nahm.

Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klasse ausgebrochenen Kampfe über Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber ständen. Eine Arbeiterpartei muss sich darüber bestimmt aussprechen, ob nach ihrer Anschauung das Protektionssystem die wirthschaftliche Entwickelung fördert oder nicht. Eine Entscheidung darüber passt nicht in den Rahmen dieser Abhandlung hinein, und mag deshalb nur gesagt werden, dass Verfasser Gegner des s. g. Protektionssystems ist.

Es musste deshalb früher oder später in irgend einer Weise zu einem Zusammenstoss zwischen der Bourgeoisie und dem ihr Klasseninteresse schützenden Staat einerseits und der Sozialistischen Arbeiterpartei und dem in ihr repräsentirten Proletariat andererseits kommen.

Dieser Zusammenstoss konnte nur erfolgen auf dem Felde und in der Richtung, wo und wohin sich die Bewegung vollzog.

Wäre die Bewegung eine geheime Verschwörung gegen die bürgerliche Gesellschaft gewesen, die den Augenblick einer gewaltsamen Empörung vorbereitete, es hätte sich auch in Deutschland ein Anlass zu einem blutigen Zusammenstoss gefunden, oder er wäre von den herrschenden Klassen gegeben worden. Es wäre dann ein Proletarieraufstand wie in Frankreich ausgebrochen und niedergeschlagen worden, da die Zeit des Sieges für die arbeitenden Klassen noch nicht gekommen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland war jedoch eine sich vor Jedermanns Augen vollziehende, eine öffentliche Verschwörung gegen die bürgerliche Gesellschaft. So revolutionär sie ihren Prinzipien nach war, so sehr fügte sie sich in die politischen Verhältnisse, nahm sie auf das Bestehende Rücksicht. Sie blieb innerhalb der ihr gesteckten engen gesetzlichen Grenzen, sie bewegte sich auf dem Boden der Gesetze. Wie sollte die Reaktion ihr nun anders beikommen, als dadurch, dass sie ihr den gesetzlichen Boden nahm, dass sie die Partei ausserhalb des Gesetzes stellte!

Dies wurde erreicht durch das Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878.

Die Attentate des unreifen Hödel und des weltmüden Dr. Nobiling boten dazu die erwünschte Gelegenheit. Die durch die Sozialdemokratie bei den Massen hervorgerufene Verwilderung war der Vorwand bei dem anständigeren Theil der Reichstagsmajorität. Die Furcht und der Hass der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie war die Veranlassung.

Ist diese Furcht und dieser Hass durch das Verhalten der Sozialistischen Arbeiterpartei hervorgerufen? Ja! Die Partei gab sich, ihrem Programm getreu, wie sie war und wie sie ist. Sie konnte jedoch nicht anders sein, wenn sie nicht aufhören wollte, das Interesse der Arbeiterklasse zu vertreten.

Einzelne Extravaganzen, die einzelnen Personen zur Last fallen, kommen dabei gar nicht in Betracht. Hierdurch wurden vielleicht einzelne Personen aus dem Kreise der Bourgeoisie, die in Folge ihrer humanitären Geistesrichtung zum Eingehen auf die sozialdemokratischen Prinzipien geneigt gewesen wären, abgestossen, aber die Klassengegensätze und der Klassenhass wurden dadurch nicht verschärft. Wer aber aus persönlichen Gründen der Arbeiterbewegung fernbleibt, der kann, und wenn er eine noch so schätzenswerthe Kraft ist, derselben überhaupt nichts nützen; denn er wird stets beeinflusst werden von gesellschaftlichen Rücksichten, Vorurtheilen und Abneigungen, überhaupt von persönlichen Empfindungen. Er wird der

Partei immer nur halb angehören. Wer keiner Selbstüberwindung und persönlicher Opfer fähig ist, der wird sich innerhalb der Arbeiterpartei niemals wohl fühlen, weil ihm die Energie fehlt, die mit der Parteithätigkeit verbundenen Opfer zu ertragen und die ihm seitens der Gegner und der Parteigenossen gemachten Prätensionen unberücksichtigt zu lassen. Dass sich aber trotz alledem manche Bourgeoissprösslinge der Sozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen und für sie gekämpft haben, weiss Jeder, der die Parteiverhältnisse kennt.

Uebrigens mag hier auf eine Stelle im „Kommunistischen Manifest hingewiesen werden, in der es heisst: „In Zeiten . . ., wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, dass ein kleiner Theil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschliesst, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Theil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Theil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Theil der Bourgeois-Ideologen, welche zum theoretischen Verständniss der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben."

Dieser Uebergang eines kleinen Theils der Bourgeoisie zum Proletariat wird nun gewiss von jedem Sozialisten als ein Zeichen der Zeit freudig begrüsst werden; aber es wäre wohl thöricht zu glauben, dass derselbe nicht durch den Charakter des ganzen Klassenkampfes, sondern durch das Verhalten einzelner Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen wird.

Wenn sich nun aber, wie dies thatsächlich der Fall ist, unter den Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands manche der Bourgeoisie Entsprossene befinden und in ihr zum Theil sehr einflussreiche Führerrollen übernommen haben, so ist dies ja nur ein Zeichen des revolutionären Charakters der deutschen Arbeiterbewegung und ein Beweis, dass die Sozialistische Arbeiterpartei im Grossen und Ganzen die richtige Bahn wandelte. Es ist dabei aber auch andererseits nur um so erklärlicher, dass dieser Klassenkampf auch die Gegner zur Aufbietung ihrer Machtmittel veranlasste. Wie die Arbeiterbewegung einerseits eine nothwendige Folge des gesellschaftlichen Entwickelungsprozesses ist, so ist denn auch andererseits das Sozialistengesetz nur die Konsequenz der Arbeiterbewegung, ein Ausdruck des Klassenkampfes.

Es soll hier nun nicht gesagt werden, dass das Gesetz nicht grosse Nachtheile für die Sozialistische Arbeiterpartei gehabt hat und noch haben wird, aber dass es gerade ein so praktisches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen ist, wird ja selbst nicht von den Machern des Gesetzes behauptet. Jedenfalls ist durch das Sozialistengesetz das „rothe Gespenst" nicht gebannt. So lange das Gesetz existirt, wird auch die Sozialistische Arbeiterpartei existiren. Das Sozialistengesetz ist für die Partei der

Heimatsschein. Es kann möglich sein, dass es gelingt, im Laufe der Zeit die Organisation zu zerstören; aber es wird nicht gelingen, die Partei zu vernichten. Im Gegentheil. Bisher in Folge ihrer Oeffentlichkeit, allen Gegnern, jeder Polizeibehörde in ihrer Organisation und Wirksamkeit bekannt, ist der Sozialismus jetzt überall und nirgends. Der Kampf ums Dasein hat begonnen. Von Mund zu Mund pflanzt sich das Stichwort der Partei fort. Die Staatsgewalt hat trotz ihrer verdreifachten Polizeimacht die schwierige Aufgabe nicht lösen können, die Partei zu zerstören. Sie kämpft mit einem Schatten. Die Arbeiter, im Bewusstsein, dass ihre Masse als staatsgefährlich gilt, dass man ihre Ideen fürchtet, dass man ihre Interessen nicht wahren und fördern will, bemühen sich, mit dem ganzen Reiz des Geheimnissvollen, das die Bewegung umgiebt, angespornt, ihren Gegnern Schnippchen über Schnippchen zu schlagen. Der Spiessbürger andererseits sieht in jeder politischen Forderung, die er nicht versteht, den Sozialismus versteckt. Wenn ihm früher die Partei Furcht einflösste, so erweckt sie jetzt sein Interesse. Er fühlt, dass die reaktionäre Staatsgewalt zur Erhaltung ihrer Machtfülle immer grössere Ansprüche macht, während sie andererseits jede Opposition dagegen mit ganzer Kraft niederzuhalten sucht. Das macht ihn bedenklich. Er verliert die Furcht vor der Sozialdemokratie und lernt dafür die Träger und Förderer der Staatsgewalt fürchten. Die alten Phrasen von der „Rettung des Vaterlandes vor den Umsturzgelüsten der rothen Horden“ werden ihm lächerlich. Er sieht den Staat und sich selbst nicht von unten, sondern von oben bedroht. Wenn auch immer noch Gegner der Sozialdemokratie, so hört er auf ihr Feind zu sein, und alle Versuche, die „Ordnungspartei“ zusammenzuhalten und zur weiteren Bekämpfung der „Umstürzler“ anzuspornen, scheitern an seinem Gleichmuth.

So ist das Bild, welches das Bürgerthum in Deutschland jetzt schon bietet.

Kann man es deshalb der Sozialistischen Arbeiterpartei zum Vorwurf machen, dass sie das Sozialistengesetz „verschuldet“, dass sie nicht gemässigter in ihren Forderungen, nicht friedfertiger in ihrem Auftreten gewesen?

Sagen wir es kurz: Das Sozialistengesetz ist von gegnerischer Seite ein schwerer politischer Fehler. Eine geschichtliche Bewegung als solche zu erkennen, ist freilich nicht Jedermanns Sache, aber eine alle Kulturländer bewegende Partei durch einen einzigen Federstrich vernichten zu wollen, kann nur der Einfall eines „genialen Staatsmannes“ sein.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland musste den Verlauf nehmen, den sie genommen hat, sie musste das Sozialistengesetz hervorrufen. Die Partei konnte nicht anders sein, wie sie war, und dass sie ist, was sie gewesen, zeigt ihr Verhalten unter dem Ausnahmegesetz. Die Zeit wird es lehren, dass sie bleiben wird, was sie jetzt ist, nur entwickelter und zielbewusster wird sie werden.

Sie kann deshalb auch die Rodomontaden einzelner Heisssporne, die stets ihren Radikalismus durch Wortgeräusch an den Tag zu legen suchten, ignoriren. Es ist einfach lächerlich, die Sozialistische Arbeiterpartei aufzufordern, sich zu empören und es „wie die Nihilisten in Russland“ zu machen. Auf solchen Ausgang war die Bewegung nicht angelegt. Sie ist von dem gesetzlichen Boden verdrängt, sie muss sich jetzt trotz des Gesetzes entwickeln.

Allerdings ist das Sozialistengesetz dazu angethan, die Arbeiterklasse mit dem Gedanken an eine gewaltsame Erhebung vertraut zu machen. Die Auslegung und Anwendung desselben kann die Arbeiter nur erbittern, wie der Bestand desselben ihnen den Beweis giebt, dass es ihnen unmöglich gemacht werden soll, ihre Klassenlage durch Einwirkung auf die Gesetzgebung zu heben. Die Ausweisungen aus Berlin, bei denen mit echt preussischer Brutalität vorwiegend Familienväter und Geschäftsinhaber ausgesucht wurden, die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als dass sie der Sozialistischen Arbeiterpartei angehörten; das Verbot, für die Ausgewiesenen sowohl, wie für die Familien derselben Unterstützungsgelder zu sammeln; die Unterdrückung jedes geselligen Zirkels, wenn Sozialdemokraten demselben angehören; die Hetzereien der Polizei mit ihren durch nichts gerechtfertigten Haussuchungen, bei denen selbst jeder Schein der Gesetzlichkeit vermieden wird, überhaupt das ganze Polizeiregiment, welches jetzt in Deutschland herrscht, und das von Berlin dirigirt wird, sind nicht dazu angethan, den „Sinn für Gesetz und Ordnung“ zu erhalten. Dazu kommt der stets schwerer werdende Steuerdruck, der wirthschaftliche Konkurrenzkampf, überhaupt die allgemeine Unzufriedenheit. Dass ein solcher Zustand nicht auf die Dauer bestehen kann, ist zweifellos.

Wie der Ausgang sein wird, wollen wir nicht entscheiden.

Es ist aber durchaus thöricht, zu glauben, die sozialdemokratische Bewegung könne in ruhiger Entwickelung vor sich gehen. Sie ist eine Auflehnung gegen das Bestehende, eine Revolution gegen die bürgerliche Gesellschaft, und je nach dem Charakter derselben wird ein Zusammenstoss mit den herrschenden Klassen erfolgen, sei es, dass die Bewegung niedergeschlagen wird, wie in Frankreich, sei es, dass sie durch gesetzliche Massnahmen zu hemmen gesucht wird, wie in Deutschland, bis der schliessliche Sieg des Proletariats erfochten ist. Ob nun das von den herrschenden Klassen in Szene gesetzte Zurückdrängen der Sozialdemokratie von dem Boden des Gesetzes die deutschen Arbeiter nicht zu einem Verlassen des gesetzlichen Weges überhaupt veranlasst, diese Frage mag hier unerledigt bleiben. Statt dessen mag hier ein Wort von Karl Marx angeführt werden.

Marx sagt in „Der Achtzehnte Brumaire“ (S. 4): „Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefasst, die Extase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie

ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfasst die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisiren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von Neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von Neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist die Rose, hier tanze!"

Wer weiss, ob der bürgerlichen Gesellschaft dieser Zeitpunkt nicht näher ist, als im Allgemeinen gedacht wird. Wenn es in Deutschland aber zwischen Proletariat und den herrschenden Klassen zum blutigen Zusammenstoss kommt, oder wenn die deutschen Arbeiter zu gewaltsamen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, so haben Diejenigen es zu verantworten, die es den Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Lage durch Einwirkung auf die Gesetzgebung zu verbessern.

Zur Werththeorie.

Entgegnung von C. A. S.

Es ist mir im Augenblick aus Mangel an Zeit nicht möglich, die Irrthümer eingehend zu widerlegen, welche sich in den sonst so sachlichen Artikel von Freund O. in Bezug auf die Werththeorie eingeschlichen haben. Ich beschränke mich daher darauf, es auszusprechen, dass O. die Schäffle'sche Auffassung entschieden falsch verstanden hat. Was nun die gegen meine Definition der Marx'schen Werththeorie gerichtete Stelle betrifft, so werden wenige Sätze genügen, um die irrthümliche Auffassung O.'s klarzulegen.

Marx schreibt pag. 67 erste Auflage:

„Gesetzt endlich jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesammtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten. Vermag der Marktmagen das Gesammtquantum Leinwand, zum Normalpreis von 2 Sh. per Elle, nicht zu absorbiren, so beweist das, dass ein zu grosser Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit in der Form der Leinweberei verausgabt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt."

Es wird hier also konstatirt, dass in dem Gesammtquantum einer Waare überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten sein kann, obgleich zur Herstellung nur gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit — in dem von O. richtig erläuterten Sinne — verwendet wurde. Ueberflüssig verausgabte Arbeitszeit steht hier als Gegensatz zur nothwendigen Arbeitszeit. Ein solcher Fall tritt ein, sobald ein zu grosser Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit zur Anfertigung einer gewissen Waare verwendet wurde; man erkennt das Faktum daran, dass der Marktmagen das Gesammtquantum zum Werth der auf die Anfertigung verwendeten Arbeitszeit nicht zu absorbiren vermag, das heisst, daran, dass der gesellschaftliche Bedarf geringer ist als die Produktion. Es wird dann konstatirt, dass die Wirkung dieselbe sei, als hätte jeder einzelne, mit der Anfertigung

der betreffenden Waare beschäftigte Arbeiter mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt.

Man muss nun fragen, was denn geschieht, wenn ein Arbeiter mehr als gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwendet hat, und da wird selbst Freund O. nicht bestreiten, dass die Antwort lautet: die überflüssig verwendete Arbeitszeit gilt nicht als werthbildend; jenes individuelle Produkt hat nur so viel Werth, als wirklich gesellschaftlich nothwendige Arbeit in ihm steckt.

In der Gesammtmenge der Leinwand steckt nun, wie Marx ausdrücklich bemerkt, überflüssig verausgabte Arbeitszeit, weil der Bedarf sie nicht zu absorbiren vermag; es tritt dieselbe Wirkung ein — die Gesammtmenge der Leinwand hat nur so viel Werth, als nothwendige Arbeit in ihr steckt, die überflüssig verausgabte Arbeit gilt nicht als werthbildend. Mit andern Worten: Der gesellschaftliche Bedarf wirkt mit auf den Werth ein, in dem Ausdruck: „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" ist sowohl der Begriff: nothwendig zur Herstellung, wie nothwendig zur Deckung des Bedarfs — enthalten.

Ich bezweifele, dass die oben zitirte Stelle anders ausgelegt werden kann, als es hier geschehen ist. Freund O. hat das auch gar nicht versucht, er glaubt in einer späteren Stelle eine Widerlegung meiner Ansicht zu finden. Dieser Satz lautet:

„Die Theilung der Arbeit verwandelt das Arbeitsprodukt in Waare und macht dadurch seine Verwandlung in Geld nothwendig. Sie macht es zugleich zufällig, ob diese Transsubstantiation gelingt. Hier ist jedoch das Phänomen rein zu betrachten, sein normaler Vorgang also vorauszusetzen. Wenn es überhaupt vorgeht, die Waare also nicht unverkäuflich ist, findet stets ihr Formwechsel statt, obgleich abnormal in diesem Formwechsel Substanz — Werthgrösse — eingebüsst oder zugesetzt werden kann."

Daraus schliesst nun Freund O. ganz zutreffend, dass bei der einfachen Theorie vom Werth und der Verwandlung von Waare in Geld nur die normalen Verhältnisse des Waarenmarktes in Betracht gezogen werden dürfen. Wir haben es aber hier eben nicht mehr mit den sogenannten normalen Verhältnissen zu thun. Alle Angriffe gegen die Marx'sche Theorie gründen sich ja gerade darauf, dass Marx eben nur diese Verhältnisse in's Auge fasse und seine Theorie über den Haufen falle, sobald man sie auf das wirkliche Leben anwenden wolle. Marx hat in dem theoretischen Theil des ersten Bandes des Kapitals immer jenen Standpunkt festgehalten, dass sich die Waare wirklich gegen ein gleichwerthiges Quantum Gold vertausche. Daraus schliesst nun Freund O., die Werththeorie beziehe sich nicht, passe nicht auf die sogenannten abnormalen Verhältnisse des Waarenmarktes. Aber in der erst zitirten Stelle liegt eben der unwiderlegliche Beweis, wie sie bei solchen Verhältnissen in Erscheinung tritt. Welche Bedeutung hätte denn auch eine Theorie des Werthes — also eine Erklärung desselben, die nur für wirthschaftliche

Ausnahmezustände, nicht für die Regel gälte. Denn es liegt doch klar auf der Hand, dass bei der heutigen planlosen Produktion der von Marx als normal bezeichnete Zustand nur selten vorkommt, während das Abnormale, dass Waare unverkäuflich ist, zur Regel geworden ist.

Wenn Marx auf die werthverändernde Kraft des gesellschaftlichen Bedarfs nicht weiter eingeht, so geschieht das, weil das in ein Kapitel über den Zirkulationsprozess des Kapitals gehört, welcher im 2. Theil behandelt werden soll; geradeso geht er auf den abgeleiteten Werth von Grund und Boden gar nicht ein, und doch wird ihm wohl Niemand zutrauen, dass er die Behauptung aufstellen werde, die Grund- und Bodenbesitzer bildeten sich nur ein, ein Werthobjekt zu besitzen. Im 3. Theil „der Gestaltung des Gesammtprozesses" muss gezeigt werden, was im 1. Theil ebenfalls nur an einer Stelle angedeutet ist, wie die heutige Eigenthumsordnung Dingen einen Preis giebt, die eigentlich keinen Werth haben, und wie deren Besitzer dadurch in die Lage kommen, Ansprüche an einen Theil des, allein aus der Arbeit, richtiger gesagt, allein aus dem Abzug am Arbeitsertrag entstehenden Mehrwerths zu erheben.

Ich halte also Freund O. gegenüber meine Definition voll und ganz aufrecht.

Schliesslich noch eine Bemerkung. Marx schliesst seine Vorrede mit den Worten: „Geh ruhig Deinen Weg und lass die Leute reden." Diesen Satz, welcher seinen Gegnern gegenüber gerechtfertigt erscheint, verfolgt er auch seit Jahren gegenüber den Leuten, denen sein Buch heiliger ist, wie die Bibel. Trotzdem die Auslegungen des ersteren fast ebenso weit auseinandergehen, als die der zweiten, und trotzdem diese Differenzen schon längst durch eine authentische Erklärung von seiner Seite hätten beseitigt werden können, hüllt Marx sich in ein aristokratisches Stillschweigen, welches fast den Eindruck macht, als liege ihm nicht viel daran, ob er von den Arbeitern verstanden werde oder nicht. Wir denken, es wäre hohe Zeit, dass Marx endlich einmal dem Streite ein Ende mache, wie er seine Werththeorie eigentlich aufgefasst wissen wolle, ein Streit, welcher die Partei bereits zu viel Kraft und Zeit gekostet hat.

Rezensionen.

K. Kautsky. Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. Wien. Bloch & Hasbach. 1880. 195 S.

Im ersten Theil dieses Jahrbuchs begrüsste einer meiner Rezensionskollegen das Erscheinen der Stille'schen Abhandlung über die Bevölkerungsfrage mit warmen Worten. Er erklärte sich zwar mit Herrn Dr. Stille insofern nicht einverstanden, als dieser dem Sozialismus vielleicht doch zu geringe Bedeutung als Erlöser vom Elend zuertheilt, stimmte ihm aber darin bei, „dass man nicht den Optimismus Derjenigen theilen dürfe, welche in dem Sozialismus ein unbedingtes Mittel gegen die Uebervölkerung auf ewige Zeiten sehen." „Auch im mehr oder minder sozialistischen Staat" — schloss die Besprechung — „werden schon nach nicht allzu langer Zeit besondere Massregeln gegen die allzustarke Bevölkerungszunahme nothwendig werden, und es fragt sich höchstens, mit welchem Zeitpunkt man dieselben beginnen lassen muss. Aufklärung über diese Frage und Diskussion derselben ist aber gewiss schon heute zeitgemäss und nützlich, und auch unter den Sozialisten umsomehr, als sie von manchen Parteigenossen mehr als gebührlich abgewiesen worden ist."

Wir schliessen uns diesen Worten vollkommen an und begrüssen es daher mit aufrichtiger Freude, dass ein Sozialist de pur sang eine gründliche und überzeugende Untersuchung dieser Frage angestellt hat, die uns in dem Werk über den „Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft" hier zur Besprechung vorliegt.

Im Folgenden soll versucht werden, den Hauptgedankengang des Buches darzulegen.

Natürlich beginnt es mit Malthus. „Malthus! ein abgethaner Mann, wie die Mehrzahl Derjenigen, welche seinen Namen gehört haben, glaubt, für die sein Werk eine veraltete Scharteke ist, mit der man sich nicht mehr zu beschäftigen brauche. Für die Einen hat Carey, für Andere Proudhon den Pfaffen vernichtet und seine Bevölkerungstheorie zu den Todten geworfen. Andere wieder wollen die Lösung des Bevölkerungsproblems künftigen Generationen überlassen, weil die jetzige Wichtigeres zu thun habe." . . . „Beide haben Unrecht. Die Frage, welche Malthus aufgeworfen hat, ist eine der wichtigsten unter denen, die ihrer Lösung durch die jetzige Generation harren. Die Entscheidung der Frage, ob die volle Entfaltung der Zeugungskraft der Gesellschaft verderblich sei oder

nicht, berührt nicht nur den Soziologen, sondern Jedermann." . . . „Besonders aber berührt sie Jeden, der für die soziale Frage sich interessirt, also jeden denkenden Menschen."

Die Urtheile über Malthus sind die allerverschiedensten; jedenfalls hat er sich mehr Feinde erworben als Freunde. Doch liegt das weniger an der von ihm verfochtenen Theorie selbst, sondern an den brutalen Konsequenzen, die er aus ihr zog, die man aber keineswegs zu ziehen braucht. Hätte er blos gelehrt, dass die Bevölkerung darnach strebt, sich in geometrischem Verhältnisse zu vermehren, während die Nahrungsmittel nur in arithmetischer Reihe vervielfältigt werden können, so hätte ihm diese wenn auch noch so traurige Entdeckung nicht solchen Hass eintragen können. Er ging aber weiter, er verlangte Einschränkung in der Liebe, und was am Schlimmsten war, er forderte diese Enthaltsamkeit nicht von allen Menschen, sondern nur von den Armen. „Es ist eine Gefühlsrohheit sonder Gleichen, welche sich bei allen Malthusianern, auch Mill nicht ausgenommen, zeigt," — sagt Kautsky — „dass sie nicht Denjenigen bestraft wissen wollen, der zuviel Kinder zeugt, wie es doch die natürliche Konsequenz der Malthus'schen Bevölkerungslehre wäre, sondern den, der Kinder erzeugt, ohne sie ernähren zu können. Nicht der Umstand scheint ihnen strafbar, dass man zur Uebervölkerung beiträgt, sondern dass man dasselbe thut, wie die Reichen, ohne reich zu sein."

Schon vor Malthus hatten sich mehrere Autoren mit der Bevölkerungstheorie befasst und die Malthus'schen Theorien zum Theile oder ganz antizipirt; woher kommt es nun, dass gerade Malthus sich den Ruhm eines Neuentdeckers derselben erworben hat?

„Die Ursache davon, sagt Kautsky, liegt in der Zeit, in der er sie veröffentlichte. Alle bisher genannten Schriften, welche sich mit der Bevölkerungswissenschaft befassen, erschienen vor dem Jahre 1793. Bis dahin hatte sich stets das Proletariat als gefügiges Werkzeug der Bourgeoisie erwiesen, im politischen wie im ökonomischen Sinne. Zum ersten Male im Jahre 1793 hatte das Proletariat in Frankreich gezeigt, dass es seine gewaltige Kraft auch einmal zum eigenen Vortheile gebrauchen könne. Die soziale Frage, bis dahin ein Spielzeug für müssige Stunden, erschien damals zum ersten Male in drohender Furchtbarkeit vor den Besitzenden, um seitdem als rothes Gespenst nicht mehr von ihrer Seite zu weichen. Wie erwünscht kam da eine Theorie, mit deren Hilfe man darthun konnte, dass die besitzenden Klassen ganz unschuldig seien am Elend, dass das Proletariat selbst seine Noth verschulde! So lange diese Theorie nur eine wissenschaftliche Bedeutung gehabt hatte, hatte man sich nicht um sie gekümmert: jetzt brachte sie die ganze Welt in Aufregung, denn sie hatte eine politische, eine praktische Bedeutung erlangt. Und der, der ihr diese Bedeutung verliehen, der die Aufmerksamkeit aller denkenden Menschen auf sie gelenkt hatte, der war Malthus, und desswegen bleibt sein Name unauflösslich mit dieser Theorie verknüpft."

„Die meisten sogenannten grossen Männer wurden berühmter durch die Verhältnisse, in welche sie geworfen wurden, als durch ihre Persönlichkeit. So ist es auch mit Malthus geschehen. Die immense Bedeutung seiner Lehre

hat auch die Bedeutung des Lehrers über Gebühr erhoben. Man thut Unrecht, über die von ihm herausgegebene Lehre sich verächtlich zu äussern, aber ebenso Unrecht thut man, wenn man das Verdienst ihres Herausgebers in den Himmel erhebt."

Dass das, was Malthus gesagt hat, unangenehm ist, bestreitet übrigens Niemand; damit ist nicht bewiesen, dass seine Lehre eine falsche sei. Ob und wieweit er sich geirrt hat, das will nun Kautsky in den folgenden Kapiteln untersuchen.

Hierbei schliesst er sich auch der von Malthus angewandten Eintheilung an, zuerst die Frage zu behandeln, ob eine Einschränkung der Kindererzeugung Laster und Elend wirklich zu beseitigen vermag, — wie das eben Malthus behauptet —, und dann sich damit zu befassen, ob die Beseitigung der jetzt herrschenden Uebel die Gefahr einer Uebervölkerung mit sich bringt oder nicht.

„Das eherne Lohngesetz" betitelt sich das erste Kapitel. Gleich hier deutet Kautsky den Fehlschluss der Malthus'schen Lehre an. Die beiden Prämissen, auf welche sich diese stützt, sind nämlich:

1. Ueberall ist die Tendenz zur Uebervölkerung vorhanden. Diese aber erzeugt nothwendig Laster und Elend.

2. Die Uebervölkerung kann nur gehindert werden durch Laster und Elend, sowie durch moralische Enthaltsamkeit.

„Die Richtigkeit derselben vollständig zugegeben, ist Malthus vollständig berechtigt, zu schliessen: Laster und Elend sind unvermeidlich, ausser wenn kluge Gewohnheiten in Bezug auf die Ehe herrschend werden."

„Aber Malthus geht weiter, und durch einen logischen Saltomortale gelangt er zu dem Schlusse: Laster und Elend werden beseitigt und können nur beseitigt werden, wenn kluge Gewohnheiten in Bezug auf die Ehe herrschend werden."

So hat er den Satz: wo Uebervölkerung ist, muss auch nothwendigerweise Armuth sein, unberechtigterweise umgedreht in die Behauptung: wo Armuth ist, da ist Uebervölkerung die Ursache.

Will man nun widerlegen, dass Uebervölkerung keineswegs die Ursache aller Armuth sei, so muss man sich vor Allem darüber klar sein, was unter jenem Ausdruck zu verstehen ist.

„Eine Uebervölkerung, erklärt Kautsky, kann absolut oder relativ sein; in letzterem Falle ist sie entweder eine künstliche oder natürliche. Unter absoluter Uebervölkerung eines Landes verstehe ich denjenigen Zustand desselben, in welchem es auf keine Weise mehr alle seine Bewohner ernähren kann."

„Ein solcher Zustand existirt heutzutage in keinem einzigen grösseren Ländergebiete der Erde. Alle können hinreichend Lebensmittel für den eigenen Bedarf produziren; diejenigen, die es nicht thun, unterlassen es nur deswegen, weil sie mehr gewinnen, wenn sie die Industrie bevorzugen und für deren Producte Lebensmittel eintauschen. Eine absolute Uebervölkerung giebt es nicht und wird es wahrscheinlich auch niemals geben, da man nie wissen kann, ob alle Hilfsquellen der Wissenschaft schon erschöpft seien."

Uebrigens giebt Malthus selbst zu, dass eine absolute Uebervölkerung

selbst in Europa nicht existire; er behauptet jedoch eine relative, nämlich ein Missverhältniss zwischen dem Stand der Lebensmittel und dem Stand der Bevölkerung. Dabei übersieht nun aber Malthus den Unterschied zwischen natürlicher und künstlicher Uebervölkerung, — jene wird durch Naturgesetze hervorgerufen, diese durch soziale Gesetze.

Malthus würde Recht haben, hemerkt Kautsky ganz richtig, wenn das eherne Lohngesetz, wie es Lassalle formulirt hat, richtig wäre. „Wenn die schnelle Vermehrung der Arbeiterbevölkerung wirklich das Hinderniss ist, dass die Arbeitslöhne sich nicht dauernd über das Existenzminimum heben, dann kann allerdings am Einfachsten die Lage des Arbeiters gebessert werden durch Beseitigung dieses Hindernisses, durch eine langsamere Vermehrung der Arbeiterbevölkerung. Ist also die Begründung des ehernen Lohngesetzes, so wie Lassalle sie gibt, richtig, dann hat auch Malthus Recht, dann kann durch seinen Vorschlag die Arbeiterfrage gelöst werden."

Der Rest des Kapitels ist nun der Untersuchung gewidmet, ob die Malthus-Lassalle'sche Begründung richtig ist. Zu dem Zweck greift der Verfasser etwas weiter aus, indem er die Grundbegriffe der ökonomischen Wissenschaft — Werth, Kapital — entwickelt. Wir können nicht umhin, ihm hier eingehend zu folgen, umsomehr, da wir glauben, die Ausführungen noch in einigen Punkten ergänzen zu sollen.

Kautsky schliesst sich der Theorie an, dass die Arbeitszeit das Maass aller Werthe ist. Diesen Satz zugegeben, muss man doch hinzufügen, um irrige Auslegungen zu vermeiden, dass keineswegs alle Werthgegenstände durch Arbeit entstanden zu sein brauchen. Diese beiden Sätze sind oft verwechselt worden, was zu grosser Konfusion Anlass gegeben hat. Wir konstatiren:

1. Dass die Arbeit das Maass der Werthe ist, — ein bei richtiger Auslegung unzweifelhaft richtiger Satz.

2. Dass Werthdinge durchaus nicht immer der Arbeit, d. h. verhältnissmässiger Arbeit ihre Entstehung verdanken, der Werth richtet sich nach der menschlichen gesellschaftlich nothwendigen Durchschnittsarbeit, welche auf die Herstellung eines Gegenstandes verwendet werden muss. Alle diejenigen Werthgegenstände, die durch besonders günstige Umstände mit geringerer oder gar keiner Arbeit hergestellt werden konnten, haben also mehr Werth, als die in ihnen aufgewandte Arbeit repräsentirt, anderntheils besitzen die Dinge, in die mehr Arbeit gesteckt wurde, als gesellschaftlich nothwendig ist, weniger Werth, als ihnen nach dem Mass der aufgewandten Arbeit zukäme.

3. Werthgegenstände kann man erwerben durch 1. Arbeit; 2. durch Ausbeutung von Arbeit (Ankauf der Arbeit und Verwerthung der Arbeitsprodukte); 3. durch Verleihung von Kapitalien zu konsumtiven Zwecken; 4. dadurch, dass Gegenstände, die man besitzt, einen Werth erhalten oder im Werthe steigen; 5. dass man Gegenstände zu einem höheren Preise verkauft, vermiethet etc., als ihr theoretischer Werth beträgt; 6. durch Erbschaft, Schenkung, Steuern u. dgl.; 7. durch Beraubung Anderer (im engeren Sinne), u. s. w.

Kautsky hält unseres Erachtens diese drei Punkte nicht genügend auseinander. Er identifizirt Werth im abstrakten Sinne und Werth als

Werthgegenstand, wie das häufig geschehen ist. Er sagt — und das halten wir für ungenau — „ohne menschliche Arbeit können wirthschaftliche Werthe nicht geschaffen werden."

Auch mit seiner Definition des Kapitals sind wir nicht recht einverstanden. „Kapital nenne ich jedes wirthschaftliche Gut, welches durch die blosse Thatsache des Besitzes dem Besitzer Mehrwerth erwirbt."

„Erwerben kann," möchten wir wenigstens sagen. Ein Haus ist gewiss ein Kapital; wenn es aber der Besitzer aus irgend welchen Gründen nicht vermiethet und auch nicht bewohnt, so erzielt er doch daraus keinen Mehrwerth. Oder betrachtet Kautsky wirklich ein leerstehendes Haus nicht als Kapital? Es wäre dies eine Abweichung von Sprachgebrauch und gebräuchlichem Begriff, die wir nicht für berechtigt hielten.

„Woher stammt dieser Mehrwerth?" — heisst es nun im Anschluss an die Definition des Kapitals. „Erzeugt ihn das Kapital? Unmöglich. Nur die Arbeit schafft Werthe, sie allein erzeugt daher auch die Werthe, welche das Kapital sich aneignet."

Gegen diese Auffassung haben wir bereits Protest eingelegt. „Nur die gesellschaftlich zur Reproduzirung eines Gutes nothwendige Arbeitszeit bestimmt seinen Werth," wiederholen wir mit dem Verfasser; aber trotzdem kann das betreffende Gut sehr wohl ohne Arbeit oder mit weniger Arbeit entstanden sein.

Mit dem Uebrigen sind wir einverstanden. „Der Arbeiter nimmt nicht Kapital in seine Dienste, um es zu entlassen, wenn er es nicht mehr braucht, der Kapitalist kauft vielmehr die Arbeitskraft und wendet sie nach Belieben an."

„Wie hoch kauft er sie an? Wenn Nachfrage und Angebot sich decken, so kauft er sie zu ihrem Werthe. Der Werth der Arbeitskraft wird aber gemessen, sobald sie eine Waare ist, wie der jeder anderen Waare durch die zu ihrer Reproduktion nöthige Arbeitszeit: die Arbeitszeit, die man aufwenden muss, um die Unterhaltsmittel hervorzubringen, deren ein Arbeiter sammt seiner Familie bedarf." Und zwar bedarf nach den Sitten und dem Kulturgrad jedes Landes.

„Sobald man sich über die Natur des Kapitals klar geworden ist, ist man sich auch klar über die Berechtigung der beiden Vorschläge, die soziale Frage zu lösen. Die Sozialisten wollen die Scheidung zwischen Besitzern von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln aufheben, sie wollen beide wieder in einem Individuum vereinigen, sie wollen, dass der Arbeiter das Kapital, nicht das Kapital den Arbeiter anwende."

„Malthus dagegen basirt seinen Vorschlag auf die Thatsache, dass der Preis der Arbeitskraft nur dann im Durchschnitte gleich ihrem Werthe bezahlt werde, wenn dieselbe beliebig vermehrbar sei. Der Preis kann dauernd über ihrem Werthe stehen, sobald sie selten ist."

Der erste Vorschlag ist der günstigere für die Arbeiter, der zweite für die Kapitalisten. Dass das Malthus'sche System durchführbar ist, lässt sich nicht bestreiten. „Es ist falsch, zu sagen, Malthus' Gewohnheiten der Menge beizubringen, sei unmöglich, aber es ist noch nicht ausgemacht, ob die Einbürgerung dieser Gewohnheiten die Arbeiterklasse auch zu heben im Stande sei."

Diese Frage liegt hier vor. „Wird die Vertheuerung der menschlichen Arbeitskraft nicht das Bestreben erzeugen, dieselbe durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen? Das Angebot von Arbeit ist eine veränderliche Grösse, ist es nicht auch die Nachfrage des Kapitals? . . . Von der Elastizität der Nachfrage des Kapitals nach Arbeit hängt das Schicksal des Malthusschen Vorschlages ab."

Nun ist die Ansicht Kautsky's, dass der Preis der Arbeit nicht abhängt von dem Verhältniss zwischen Arbeit und Kapital überhaupt, sondern von dem Verhältniss zwischen Arbeit und variablem Kapital. — Wir folgen zunächst der Beweisführung des Verfassers.

Die moderne Produktionsweise führt die Kapitalisten dazu, ihr konstantes Kapital — Maschinen etc. — auf Kosten des variablen — Arbeitslöhne — zu vermehren. Je mehr die Arbeitslöhne wachsen, desto mehr wächst diese Neigung.

„Das Steigen des Lohnes veranlasst die Verschiebung des Verhältnisses zwischen konstantem und variablem Kapital zu Ungunsten des letzteren, mithin Verminderung der Nachfrage nach Arbeit und ein Sinken des Lohns."

Die Erfahrungen bestätigen diese Theorie.

„Sinkt das Angebot von Arbeit, so sinkt auch die Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage nach Arbeit kann also unter der kapitalistischen Produktionsweise nie dauernd ihr Angebot überragen, der Preis der Arbeit nie dauernd ihren Werth."

„Wir sehen, das sogenannte eherne Lohngesetz ist richtig. Falsch ist jedoch dessen Motivirung. Der Arbeitslohn wird und muss allerdings unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage stets auf dem Niveau des gewohnheitsmässig zur Erhaltung und Vermehrung des Arbeiters Nothwendigen beharren. Er kann sich nicht dauernd über dasselbe erheben noch unter dasselbe sinken — dies Gesetz ist jedoch unabhängig von den Veränderungen im Angebot von Arbeit. Das Malthus'sche Rezept kann also den Arbeitern nichts helfen."

Wir halten das Malthus'sche Rezept für ebenso verkehrt wie Kautsky, aber mit seiner Darlegung sind wir trotzdem nicht einverstanden. Unzweifelhaft hat sich in der neueren Zeit die Tendenz der Produzenten nach Vermehrung des konstanten Kapitals zu Ungunsten des variablen verschärft; aber der Malthus'sche Vorschlag könnte dennoch richtig sein, wenn nämlich das Angebot von Arbeit rascher fallen würde, als die Nachfrage nach derselben — trotz der Vermehrung des konstanten Kapitals. Dieser Fall könnte unter gewissen Umständen eintreten, sobald die eine Grundbedingung erfüllt ist, dass alle Arbeit, die auf den Markt kommt, Verwendung findet, oder was dasselbe heisst, sobald alle Produkte gekauft werden. Das bedeutet: wenn die Ueberproduktion aufhört. Seit Jahrhunderten existirt bereits dieser Zustand, erst in schwächerem Maasse auftretend, dann, durch verschiedene Ursachen verstärkt, in den letzten Jahrzehnten eine dauernde, immer nur kurz unterbrochene, „Handelskrise" mit sich bringend. Die „Ueberproduktion" ist die Ursache, dass Malthus Unrecht hat, aber die Ursache der Ueberproduktion ist in letzter Linie nicht die Vermehrung des konstanten Kapitals auf Kosten des variablen — das ist nur ein Symptom —, sondern die Vertheilung des Einkommens.

Die Ueberproduktion verschwände sofort, wenn allgemein der Verdienst der Arbeitnehmer um so viel stiege, dass dieselben den Landwirthen und Fabrikanten die Produktenvorräthe abkaufen, den Hausbesitzern die leerstehenden Wohnungen abmiethen könnten u. s. w. Ist das Einkommen so vertheilt, dass Jeder ausgiebt, was er einnimmt — und zwar konsumtiv ausgiebt — oder doch nur so viel kapitalisirt, d. h. produktiv ausgiebt, dass er nächstes Jahr das durch die neuen produktiven Anlagen erzeugte selbst konsumtiv verbraucht, so ist eine Ueberproduktion vollkommen unmöglich. Man wende nicht ein, es gebe heutzutage in gewissen Industriezweigen, z. B. derBaumwollenbranche, so viel Fabriken, dass deren Produkte unter allen Umständen zum Bedürfnisse in keinem Verhältnisse ständen. Das mag sein und kommt daher, dass, weil die wirksame Nachfrage als Regulator fehlt, nicht allein ein Quantum von Waaren überschüssig wird, sondern auch die Produktion in falsche Richtungen geleitet wird. Tritt mit einer richtigeren Vertheilung der Einkommen die wirksame Nachfrage nach Gütern wieder in ihr Recht, so wird sie die Produktion auch der Qualität der Waaren nach annähernd reguliren. Die gleichmässigere Vertheilung der Güter ist somit das einzige rationelle und praktische Mittel zur Vernichtung der Ueberproduktion, ganz abgesehen von dem Gerechtigkeitsprinzip; theoretisch ist allerdings auch eine andere Abhülfe denkbar: wenn die wohlhabenden und reichen Leute veranlasst würden, ihr gesammtes Einkommen (nach Abzug jenes geringen Theils, den wir bereits bezeichneten) konsumtiv zu verzehren, anstatt dasselbe produktiv — in Fabriken, Häusern, Eisenbahnen, Schiffen — anzulegen. Wenn eine solche Massregel politisch möglich wäre — vom Standpunkte sozialer Gerechtigkeit wäre sie ein grausamer Hohn —, so müsste natürlich eine grosse Aenderung in der Produktion eintreten. Statt Baumwollwaaren, Eisenwaaren in grosser Menge aufzuspeichern, würde man Luxusdinge fabriziren, Schlösser bauen, eine Verschwendung entfalten, wie sie nur das alte Rom zur Zeit der letzten Jahrzehnte der Republik und der ersten Kaiser oder der Orient gekannt hat und kennt. Dann gäbe es freilich keine Ueberproduktion, keine Arbeitslosigkeit mehr, aber der sichtbare Gegensatz zwischen Arm und Reich wäre nur noch grösser geworden. — Natürlich ist auch die sozialistische Vertheilung der Einkommen kein absolutes Hinderniss der Ueberproduktion. Wenn sich der sozialistischen Bevölkerung eines Zukunftsstaates ein Schachergeist bemächtigte, der nur sparen, ansammeln, aber nicht geniessen will, dann käme man natürlich ebenfalls bald dahin, zu viel Waaren zu besitzen und zu wenig Käufer. Indessen ist diese Befürchtung wohl eine übertriebene; es ist aus verschiedenen Gründen nicht anzunehmen, dass es zu solchen Zuständen kommen wird. Uebrigens gäbe es dann verschiedene Mittel, dieselben rasch zu beseitigen. — In einem rein kommunistischen Gemeinwesen, wäre eine Ueberproduktion, eine richtige Konsumtionsstatistik und Produktionsdirektive vorausgesetzt, nicht mehr möglich. —

Wir bedurften dieser Abschweifung, um darzulegen, dass das Malthus'sche Rezept richtig sein könnte, wenn auch das variable Kapital eine fortgesetzte Tendenz zur Abnahme im Verhältniss zum konstanten zeigt. Würden nur immer alle Waaren verkauft, die auf den Markt kommen — und wir

deuteten an, durch welche Massregeln das ermöglicht würde — so könnte am Ende Malthus einmal Recht behalten. Jene Massregeln verlangen aber entweder eine totale Aenderung der sozialen Verhältnisse, welche die Arbeiter in die Lage versetzen würde, Herrn Malthus nicht mehr zu benöthigen — wenigstens nicht mehr wie jeder Andere —, oder sie setzen eine Art von Klassenstaat voraus, der heutzutage, in Europa wenigstens, glücklicherweise nicht mehr realisirbar ist. Theoretisch lässt er sich natürlich vorstellen, und da würde, wie wir zur besseren Erläuterung noch zeigen wollen, Malthus in der That Recht behalten können. Wir nehmen also an, die reichen und wohlhabenden Klassen verwendeten fast ihr ganzes Einkommen zu konsumtiven Zwecken und natürlich grossentheils zu Luxusausgaben. Es wird, wie wir oben ausgeführt, nur ein so grosser Theil des Einkommens produktiv angelegt, als die reichen Leute zur Erzeugung der Gegenstände für ihre eigenen Bedürfnisse nöthig zu haben glauben (einschliesslich derjenigen der eventuell zu vermehrenden Arbeiterbevölkerung). Da könnte ganz leicht der Fall eintreten, wenn die Arbeiter „kluge Gewohnheiten in Bezug auf die Ehe beobachteten", dass die Nachfrage nach Arbeitskraft grösser würde als das Angebot, was ein Steigen der Löhne zur Folge haben müsste! Wir wiederholen: nur theoretisch ist dieses Beispiel zu beweisen, praktische Bedeutung wird es nie erlangen.

Kautsky geht noch kurz auf die Behauptung einiger Nationalökonomen ein, dass sich ja die Ausbeutung des Arbeiters beständig verringere, weil der Zinsfuss fortwährend im Abnehmen begriffen sei. Wir stimmen dem Verfasser darin bei, dass dieses Fallen des Zinsfusses nicht gleichbedeutend ist mit der Zunahme des Antheils des Arbeiters am Kapitalgewinn, können aber auch hier seine Erklärung dieser Erscheinung nicht theilen. Er will die Ausbeutung des Arbeiters berechnet wissen, nicht nach der Verzinsung des ganzen aufgewandten Kapitals, sondern nur nach der des variablen — womit wir keineswegs einverstanden sind — und weisst dann nach, dass der Kapitalgewinn — d. h. der Gewinn aus dem Gesammtkapital — und der Antheil des Arbeiters am Arbeitsertrage gleichzeitig fallen können. Kautsky geht nicht näher auf die Frage ein, ob dies etwa thatsächlich der Fall ist, und auch wir haben keine Veranlassung dazu. Wir wollen nur bemerken, dass die oben entwickelte Theorie der Ueberproduktion das Fallen des Kapitalzinses in der neueren Zeit vollkommen erklärt. . Unter den heutigen Verhältnissen der Einkommensvertheilung sind eine grosse Menge Kapitalien vorhanden, welche die Besitzer gern in rentablen Unternehmungen anlegen möchten, aber nicht können, — weil eben, wie vorhin ausgeführt, die Fabrikation von Waaren, Eisenbahnen, der Bau von Häusern etc. etc. aus Mangel an Absatz (und dieser Mangel rührt von den niedrigen Löhnen der Arbeiter und der Sparsucht der Kapitalisten her) sich nicht lohnt. Viele Fabrikanten, Hausbesitzer, Eisenbahnaktionäre müssen daher einen Theil ihres Kapitals unbenutzt lassen, indem der Betrieb eingeschränkt, die Arbeiter zum Theil entlassen, die Hochöfen ausgeblasen, die Maschinen stille gestellt, die Häuser nicht vermiethet werden, — so dass ihre Rente um ein Gewisses sinkt. Wenn nun das in der Industrie und den Gewerben aufgewandte Kapital einen geringeren Zins gewährt, so wird — durch Zusammenhänge, deren Darlegung hier zu weit führen

würde — der Zinsfuss allgemein sinken. Es ist dies nicht die einzige Ursache des Sinkens und Steigens des Zinsfusses, — denn derselbe ist häufigen und grossen Schwankungen unterworfen —, sondern die Menge der Umlaufsmittel und andere Dinge wirken auf ihn bestimmend ein, wohl aber ist es eine der wichtigsten. Das dürfte aus unseren kurzen Andeutungen über diesen Punkt bereits klar sein, dass eine Verbesserung der Lage der Arbeiter mit dem Sinken des Zinsfusses nicht entfernt gleichbedeutend ist.

Gegen Schluss des Kapitels finden wir noch einen Satz, dem wir widersprechen müssen. „So lange also die Optimisten nicht bessere Gründe vorbringen . . . bleibt der Satz unangefochten, dass der Arbeitslohn unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage stets auf dem Niveau des gewohnheitsmässig zur Erhaltung und Vermehrung des Arbeiters Nothwendigen beharren wird und muss. Er kann sich nicht dauernd über dasselbe erheben, noch unter dasselbe senken: dies Gesetz ist unabhängig von der Vermehrung oder Verminderung im Angebot von Arbeit."

„Wäre Letzteres nicht der Fall, dann könnte allerdings durch die Annahme des Malthus'schen Vorschlags die Lage des Arbeiters gebessert werden; es wäre aber dann noch eine andere Lösung möglich, eine andere Art, das Angebot von Arbeit zu verringern: die Fabrikgesetze."

Dies wird weiter ausgeführt und dann fortgefahren:

„Die Fabrikgesetze haben viele segensreiche Folgen für den Arbeiterstand mit sich gebracht und sind es werth, dass der Arbeiter unaufhörlich kämpfe um ihre Verbesserung und Erweiterung: aber eine dauernde Lohnerhöhung haben sie nicht bewirkt. Sie hatten dieselbe Folge, welche der Malthusianismus, welche jedes Mittel, den Arbeitslohn zu heben, in der modernen Gesellschaft haben muss: die Vermehrung des konstanten Kapitals und die beschleunigte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Fabrikgesetze sind ebenso wie der Malthusianismus nur Palliativmittel, welche niemals die Lage der Arbeiterklasse dauernd werden verbessern können."

Wir möchten nun allerdings auch nicht behaupten, dass Fabrikgesetze bedeutende Lohnerhöhungen bewirken können, immerhin vermögen sie aber — was Kautsky nicht zuzugeben scheint — die Ueberproduktionskrisen etwas zu mildern. Ein kurzer Normalarbeitstag hätte doch die Folge, dass sich die Waarenaufhäufung langsamer vollzöge und die Arbeitslosigkeit daher vermindert würde.

„Laster und Elend" betitelt sich das zweite Kapitel. Es wird darin untersucht, ob die Enthaltung von der Ehe, wenn sie auch die Klassenlage der Arbeiter nicht heben kann, nicht vielleicht doch dem Einzelnen anzuempfehlen sei, um seine Lage in ökonomischer Beziehung angenehmer zu gestalten.

Diese Frage ist gewiss sehr schwer zu beantworten; Kautsky nimmt dazu die Statistik in Anspruch. Doch ist auch diese nur mit Vorsicht zu gebrauchen: sie täuscht leicht.

Das lässt sich nicht bestreiten, dass die Beschränkung der Eheschliessung eine bedeutende Vermehrung der unehelichen Geburten nach sich zieht, und hierdurch wird das Elend gewiss vermehrt anstatt

vermindert. Die Prostitution ist an sich ein so grosses Uebel, dass man sie zur Beseitigung der unehelichen Geburten nicht vorschlagen oder vertheidigen darf, so lange es bessere Mittel giebt, jenes Elend zu beseitigen. Uebrigens ist trotz der Prostitution der Prozentsatz der unehelichen Kinder immer noch ein beträchtlicher. Die Prostitution aus der Welt zu schaffen, giebt es nur einen Weg: „Das ist die Beseitigung der Unwissenheit und des Elends auf der einen, der Korruption und des Ueberflusses auf der anderen Seite. Erst dann wird die Prostitution verschwinden, bis Niemand gezwungen ist, sich zu verkaufen, bis Niemand die Macht hat, einen Nebenmenschen zu kaufen."

Auch vom medizinischen Standpunkt muss man entschieden gegen die Malthus'schen Ansichten protestiren. Die geschlechtliche Enthaltsamkeit nach eingetretener Reife ist für beide Geschlechter in hohem Grade gesundheitsschädlich.

„Wenn also auch an und für sich die Uebel der Ehelosigkeit so entsetzlich sind, dass man nicht daran denken kann, durch sie einen glücklichen Gesellschaftszustand zu schaffen, so können die sozialen Vortheile, welche die Organisation der modernen Gesellschaft den Ehelosen bietet, doch noch viel grösser sein. Es ist eben nicht nur die Ehelosigkeit, sondern auch die moderne Form der Ehe ein Uebel, und wenn daher auch unser Bestreben dahin gehen sollte, beide zu beseitigen, so kann man doch auch die Frage aufwerfen: welches von beiden Uebeln soll man wählen, so lange sie bestehen? Welches von ihnen ist das kleinere Uebel?"

Diese Frage will Kautsky durch die Statistik zur Entscheidung bringen.

Die meisten Verbrecher rekrutiren sich aus den Unverehelichten; es fragt sich indess, meinen wir, wie weit an diesem Faktum die Ehelosigkeit die Schuld trägt, wie weit andere Ursachen, die gleichzeitig Hindernisse für die Verheirathung bilden, wie Armuth, Fehler des Körpers, des Geistes und des Charakters.

Die Geisteskranken sind ebenfalls unter den Verheiratheten seltener als unter den Unverheiratheten. Doch möchten wir auch hier den von Kautsky angeführten statistischen Tabellen keine absolute Beweiskraft beilegen. Zu bedenken ist, dass eben oft Leute nicht heirathen dürfen, weil sie eben geisteskrank sind; ferner kann man die grosse Zahl der Fälle von Geistesstörung bei Wittwern kaum als ein Beweggrund für die Ehe ins Feld führen, indem wahrscheinlich eine grössere Anzahl solcher Kranker gerade durch den Verlust ihrer Ehegatten leidend geworden sind, — es also vermuthlich nicht geworden wären, wenn sie nicht geheirathet hätten.

Ganz ähnlich dürfte vielleicht die statistische Thatsache zu beurtheilen sein, „dass die Ehe günstig, der ledige Stand nicht so günstig, sehr ungünstig der verwittwete Stand und weitaus am Ungünstigsten der Stand der Geschiedenen hinsichtlich der Theilnahme am Selbstmord einwirkt." Verwittweten und Geschiedenen mag daher wohl gerathen werden, sich wieder zu verheirathen, um nicht in Trübsinn zu verfallen; dass Letztere so häufig zum Selbstmord greifen, kommt aber vielleicht öfters von denselben Ursachen her, welche die Scheidung veranlasst haben.

Auch die Sterbestatistik, soweit sie Kautsky zum Schluss noch anführt, vermögen wir als einen untrüglichen Beweis nicht anzusehen.

Wenn auch den Unverheiratheten von der Statistik ein sehr schlechtes Prognostikon in Bezug auf Lebensdauer gestellt wird, so ist doch nicht ausser Betracht zu lassen, dass sicherlich sehr viele Leute nicht deshalb früher sterben, weil sie nicht geheirathet haben, sondern aus dritten Ursachen — wiederum Armuth, Krankheiten u. s. w. — sowohl nicht zum Ehestand kamen als nicht so lange leben.

Obgleich wir auch der Kautsky'schen Ansicht zuneigen, „dass die Ehe, trotz aller Fehler und Mängel, die ihr heutzutage anhaften, dennoch viel vortheilhafter wirkt, als das aussereheliche Leben", so möchten wir doch, wie angedeutet, die von ihm angeführten Zahlen als nicht vollständig ausreichend ansehen — möglicherweise hat er noch andere in petto, welche unsere Zweifel zu zerstreuen geeignet sind —, und meinen, die Frage lasse sich vielleicht sicherer auf psychologischem Wege zur Entscheidung bringen.

Das Kapitel schliesst mit den Worten: „Unangekränkelt von Malthusscher Gedankenblässe mögen die Arbeiter sich den Freuden der Liebe hingeben und heirathen, wie sie es bisher gethan: nicht blos der Instinkt, nicht blos ein widerstrebendes Gefühl, sondern auch die Wissenschaft spricht über den Malthus'schen Vorschlag das Todesurtheil.

Dem nächsten Kapitel: „Die geometrische Progression" betitelt, haben wir kaum etwas hinzuzufügen und schliessen uns dem Verfasser an, wenn er am Schlusse dieses Kapitels dessen Resultat in folgende Worte zusammenfasst: „Es ist unbestreitbar, dass jeder Versuch, die Lage der unteren Klassen zu verbessern, eine bedeutend schnellere Vermehrung derselben als heutzutage zur Folge haben muss. Es ist unbestreitbar, dass, wenn jedem Menschen das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein zugesichert wird, diese Vermehrung viel schneller als in einem bisher bekannten Masse vor sich gehen wird. Es ist endlich entschieden falsch, dass die Zunahme des Wohlstandes und der Intelligenz diese rasche Vermehrung zu einer immer langsameren gestalten werde. Das Wachsthum des Wohlstandes wird sich vielmehr in einer Zunahme der Geburten, das Wachsthums der Intelligenz in einer Abnahme der Sterbefälle darthun: beide werden die Bevölkerungsbewegung, statt sie zu verringern, beschleunigen. Die Annahme eines selbstwirkenden Regulators dieser Bewegung ist eine Anwandlung harmoniesüchtiger Teleologie, welche nach dem bisherigen Stande der Wissenschaft nicht die mindeste Berechtigung hat."

Wir kommen zu dem Kapitel über „die arithmetische Progression."

Malthus hat nicht „den Schatten eines Beweises" dafür erbracht, dass die Lebensmittel niemals in ebenso schneller Progression zunehmen könnten, als das Wegfallen der vorbeugenden und zerstörenden Hindernisse die Zunahme der Bevölkerung beschleunigt. Dies ist offenbar aber die Hauptfrage, und auf sie geht nun Kautsky ein, indem er zunächst die Ricardo'sche und Carey'sche Rententheorien bespricht. Er erkennt, was ja auf der Hand liegt, dass die Carey'sche Theorie einseitig ist und nicht überall gilt. Sie mag für Amerika noch für gewisse Zeit gültig sein, aber

gerade die Länder, in denen die soziale Frage am brennendsten ist, England, Frankreich, Belgien, Deutschland, „sind aus Carey's Stadium bereits herausgetreten und in Ricardo's Stadium gelangt.“ Allerdings wird die Produktivkraft des Bodens bedeutend vermehrt werden können durch eine verbesserte Betriebsweise. Diesen Punkt erörtert der Verfasser sehr ausführlich und kommt zu dem Resultat, dass ohne Grossbetrieb ein Fortschritt in der Landwirthschaft, eine Erweiterung des Nahrungsspielraums nicht nur erschwert, sondern geradezu unmöglich ist. Gewisse Einwände, die man zu Gunsten des Kleinbetriebs gemacht hat, sind allerdings gerechtfertigt; sie richten sich indessen nicht gegen den Grossbetrieb, sondern blos den Grossgrundbesitz. „Diese Einwände beruhen auf der ganz richtigen Annahme, dass die Lohnarbeit unproduktiver sei als die Arbeit desjenigen, der den Ertrag seiner Arbeit erhält, und ferner darauf, dass die heutige Form des Eigenthums an Grund und Boden Missbräuche zulässt, welche beim Grossbetrieb am krassesten zu Tage treten. Will man daher den Nahrungsspielraum um ein Bedeutendes erweitern, so ist es nothwendig, die technischen Vortheile, welche der Grossbetrieb bietet, zu verbinden mit den moralischen, welche der Kleinbetrieb mit sich bringt. . . Es handelt sich also um eine Form, in welcher der Grossbetrieb mit der freien Arbeit verbunden werden könnte, und diese Form ist bereits gefunden: es ist der Grossbetrieb durch Verbände ländlicher Arbeiter. Das wäre indessen nur eine halbe Massregel, wenn sie nicht verbunden wäre mit der Beseitigung des Privateigenthums an Grund und Boden und dessen Uebergang in Gesammteigenthum.

„Durch diesen Uebergang allein kann die Gefahr einer Uebervölkerung hinausgeschoben werden, welche um so drohender wird, je mehr Glück und Wohlstand man zu verbreiten sucht.“

Dieser Uebergang kann nun freilich die Gefahr einer Uebervölkerung hinausschieben, aber er kann sie nicht beseitigen. Mag man (— wir befinden uns jetzt im V. Kapitel: „Die präventiven Hindernisse“ betitelt —) die Lage der arbeitenden Klasse um ein Bedeutendes verbessern ohne gleichzeitigen Uebergang zu einer höheren Produktionsweise, oder mag man diesen Uebergang zugleich bewerkstelligen, der ganze Unterschied besteht darin, dass im ersten Falle die Uebervölkerung nach drei bis vier Jahren, im zweiten nach drei bis vier Dezennien eintritt. . . . Nicht unseren Nachkommen in fernen Jahrhunderten, nein, unseren Kindern, ja uns selbst droht die Gefahr einer Uebervölkerung, sobald wir uns an die Lösung der sozialen Frage wagen, und wehe Euch, ihr Sozialreformer, wenn Ihr diese Gefahr nicht rechtzeitig berücksichtigt. In furchtbarer Gestalt wird sie Euch mahnen, dass sie mehr ist als ein Hirngespinnst.“

Die Verdopplung der Bevölkerung kann in wenig mehr als zwölf Jahren eintreten, und nach diesem Massstab könnte die Einwohnerzahl Europa's in fünfzig Jahren vielleicht zweimal so gross sein als heute die der ganzen Erde, und die Auswanderung wird doch nur eine kurze Zeit lang helfen können.

Es bleibt also, will man die Vortheile, die der Sozialismus bringen soll, nicht illusorisch machen, nichts übrig, als die Bevölkerungszunahme zu beschränken. Dies ist keineswegs unsittlich, sondern geradezu sittlich,

denn sittlich sind, wie Kautsky definirt, diejenigen Handlungen, „welche die Summe möglichen menschlichen Glücks möglichst wenig vermindern."

Was nun die Mittel betrifft, die man vorschlagen kann, um die Volksvermehrung zu hemmen, so haben bekanntlich Aristoteles und Plato gegen die Kinderaussetzung oder Abtreibung der Frucht nichts eingewendet. Diese Methoden wären indessen entschieden verwerflich, sobald es Mittel giebt, welche den beabsichtigten Zweck der Hemmung der Bevölkerungszunahme auf weniger gewaltthätigem Wege erfüllen.

Ein solches Mittel bietet der präventive geschlechtliche Verkehr; er führt verhältnissmässig wenig Unbequemlichkeiten mit sich und ist, rationell durchgeführt, der Gesundheit nicht schädlich. Durch Aenderung in der Lebensweise — z. B. Uebergang zu vorwiegend pflanzlicher und reizloser Nahrung — kann zwar der Geschlechtstrieb etwas verringert werden, ob aber die Fruchtbarkeit, das ist doch sehr zweifelhaft, — Rezensent hält im Gegentheil sogar eine Vermehrung der Fruchtbarkeit mit der Annahme vegetarianischer Lebensweise verbunden. Abnahme der Fruchtbarkeit wäre, wie Kautsky andeutet, ein Zeichen von Beeinträchtigung des Wohlbefindens, — hieran kann in der That nicht gezweifelt werden, und alle diätetischen Massregeln, welche eine Abnahme der Geburten zur Folge hätten, würden entschieden auch gesundheitsschädliche sein, dürfen also nicht in Betracht gezogen werden. „Der präventive geschlechtliche Verkehr ist daher wahrscheinlich dasjenige Mittel, welches von allen möglichen, der Uebervölkerung zu entgehen, das geringste Uebel mit sich führt und daher das sittlichste ist. Selbst wenn keine neuen Entdeckungen auf diesem Gebiete mehr gemacht werden sollten, wenn die heute bekannten Verfahrungsweisen des präventiven Verkehrs wirklich die einzig möglichen wären, selbst dann müsste die Lösung der aus dem Bevölkerungsgesetze entspringenden Schwierigkeiten durch sie eine befriedigende genannt werden." . . . . „Man vergegenwärtige sich nur deutlich, was aus dem sozialistischen Paradiese schliesslich werden muss, wenn man die „unnatürliche" Verringerung der Geburten von sich weist. Nach einer kurzen Uebergangsperiode macht sich das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages immer empfindlicher fühlbar, immer mehr Hände und mehr Zeit werden dem Ackerbau zugewendet, der Industrie, den Künsten und Wissenschaften entzogen, bis zuletzt jede Arbeitskraft, jede Arbeitsstunde der Agrikultur geopfert werden muss. Und nachdem Schritt für Schritt die Natur Alles wieder zurückerobert, was der Menschengeist ihr abgerungen, nachdem wirklich, wie Mill sagt, Alles verloren gegangen, was die Menschheit über einen Ameisenhaufen oder eine Biberkolonie stellt, wird die Uebervölkerung mit allen ihren entsetzlichen Folgen hereinbrechen und Europa zum Schauplatz derselben Gräuel machen, welche es heutzutage schänden." . . . . . „Die Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne führt die Annahme des präventiven Verkehrs und damit die Bürgschaft ihres Bestandes nothwendig mit sich, und es ist dies in dieser neuen Gesellschaft nur mehr eine Frage der Zeit. Je früher man aber dazu greift, je weniger man sich durch die Noth zur Regulirung der Volksvermehrung zwingen lässt, desto besser für den Fortschritt und das Glück der Menschheit. Mögen die konservativen Köpfe, die man überall,

auch unter den Revolutionären findet, noch so sehr dagegen zetern, n das Wann, nicht das Ob ist in Frage."

Vor Allem gilt es, die Vorurtheile zu beseitigen, welche der Disku sion des Gegenstandes im Wege stehen. Eher kann die Lösung der Frag welche Art der Regelung der Bevölkerungszunahme die sittlichste ist, kei Fortschritte machen; dazu ist es ausserdem nothwendig, dass die Frau grösserem Maasse als bisher an dem Ausbau der Physiologie mitarbeit „Der einzige Vorwurf, den man gegen die meisten der vorgeschlagen Mittel zur Regulirung der Bevölkerung mit Recht erheben kann, ist de dass ihre Wirksamkeit nicht über jeden Zweifel erhaben steht. Dies rüh daher, dass bisher nur Männer wissenschaftliche Untersuchungen über d Geschlechtsleben anstellten, welche natürlich alle an einer gewissen Ei seitigkeit leiden mussten."

Hiermit schliessen wir unsere Auszüge aus dem Buche des Her Kautsky, indem wir nur noch seiner — wenngleich etwas stark ausg drückten — Mahnung Raum geben wollen: „Unablässig und aller Ort müssen wir daher die Frage der Regelung der Bevölkerungszunahme erörter eine jede Zeitschrift, welche einem wirklich wissenschaftlichen, das heis nicht etwa gelehrten, sondern entwicklungsfähigen und antidogmatisch Sozialismus huldigt, muss ihre Untersuchung anregen und muss jeden a Verbrecher an der Menschheit brandmarken, der diese Diskussion, der Ergebniss den Fortschritt und das Glück des Menschengeschlechts beding zu stören oder zu erschweren sich bestrebt; dies thun alle Diejenigen, welc die Frage durch einen blauen Harmoniedunst, den sie uns vormache verdecken wollen, und nachweisen, eine Diskussion derselben sei sehr übe flüssig; noch viel mehr aber thun es Diejenigen, welche mit einigen woh feilen Entrüstungsphrasen von jeder Erörterung abschrecken, indem sie d Problem als unsittlich von vornherein verwerfen." K. H.

August Bebel. Die Frau und der Sozialismus. Züric Hottingen. Volksbuchhandlung. 1879. 180 S.

Im Interesse des ernsten, eingehenden Buches, welches uns hierm vorliegt, sei es verstattet, unserer Besprechung eine nur formelle Bemerku vorauszuschicken. Möge der Verfasser sich geneigt finden lassen, sein Arbeit bei einer künftigen Auflage, die wir, wiewohl in einzelnen Punkt von seinen Ansichten abweichend, derselben lebhaft wünschen müssen, d äussere Uebersicht durch eine leicht auszuführende Eintheilung in Kapit und ein Verzeichniss des reichen Inhalts herzustellen. Es werden sich da vielleicht auch einige Fehler in der Disposition ergeben, die nur dur strengere Abgrenzung des Materials zu beseitigen sind.

Wie schon der Titel andeutet, wird in dieser Schrift die jetzt me als je unerträglich gewordene Lage des weiblichen Geschlechts betracht in ihren Beziehungen zum Sozialismus; denn „die Frau und der Arbeit

haben," wie der Verfasser betont, „beide das gemein, dass sie seit uralter Zeit die Unterdrückten sind." Wie die Arbeiterfrage, so hält er auch die Frauenfrage nicht für lösbar unter den gegebenen sozialen Zuständen, und so macht er es sich zur Aufgabe, dasjenige Gesellschaftssystem, in welchem die nothwendige Lösung sich werde vollziehen können, im Rahmen seines Buches zu begründen und die Zukunft desselben zu veranschaulichen: die zweite Hälfte beschäftigt sich hiermit fast ausschliesslich.

Eine historische Skizze führt uns die untergeordnete Stellung vor Augen, worin das Weib sich während des ganzen Alterthums befand, und die sich mit dem Christenthum durch das Mittelalter bis auf die neue Zeit erhalten hat. Wir können uns indessen der Meinung des Verfassers nicht anschliessen, die christliche Askese wurzele in Verachtung des weiblichen Geschlechtes, und der Hass gegen das Fleisch, das sei der Hass gegen die Frau. Man entsagte in jener Periode des Mystizismus der ganzen Sinnlichkeit, von welcher der geschlechtliche Verkehr nur ein Theil ist, und zwar thaten dies die Frauen so gut wie die Männer, daher ihrer auch viele als Heilige gelten. Schwerlich wäre ausgesprochener Frauenhass mit einer Religion verträglich gewesen, die ihren Gipfel im Mariakultus suchte. Den im Uebrigen grösstentheils korrekten Rückblicken des Verfassers dürfen wir in ihren Einzelnheiten hier nicht folgen; ziehen wir nur mit ihm den Schluss, dass von jeher das Weib des Mannes Leibeigene war und es bis heut geblieben ist.

Aufmerksamer müssen wir bei den Zuständen der Gegenwart verweilen. Hier hat sich mit dem Steigen der allgemeinen Kultur die Lage des Weibes „im Ganzen nicht unerheblich verbessert," aber auch das Bewusstsein der Noth, das Bedürfniss ihrer Abhülfe sich ausserordentlich zugespitzt.

Zunächst ist dies augenscheinlich in Bezug auf die Ehe. Zwar „die polizeilichen Hindernisse der Eheschliessungen sind seit zehn Jahren in Deutschland gefallen; seit drei Jahren besteht auch das Zivilehegesetz, das die Ehe zu einem rein bürgerlichen Vertrag erklärt und auch Angehörigen verschiedenen Glaubens die Eheschliessung ohne Hinderniss ermöglicht." Dennoch ist die eheliche Vereinigung noch weit entfernt von dem Ideal des Verfassers, sie „einzig und allein auf die Liebe und die freie, durch keinen äusserlichen Grund beeinflusste Zuneigung der beiden Geschlechter zu begründen, d. h. sie als rein moralisches Band, auf wahrhafter Sittlichkeit beruhend, anzusehen und zu erhalten." Nicht nur bestimmen in der überwiegenden Mehrzahl materielle Rücksichten das Bündniss der Gatten, nicht nur wird die Ehe in nackter und cynischer Weise, so zu sagen auf offenem Markte allgemein zum Gegenstand der Spekulation und zum blossen Geldgeschäft gemacht", nicht nur sinkt in solchen Verbindungen der geschlechtliche Verkehr auf eine Stufe, die tiefer steht als die Prostitution, sondern „durch die zunehmende Korruption der Ehe" wird auch die aussereheliche Uebung des Geschlechtsverkehrs „und die ganze Reihe unnatürlicher Laster vermehrt."

Sind die Geldheirathen der furchtbare Feind des ehelichen Glückes für die oberen und die mittleren Klassen, so ist es für den Proletarier der Zustand sozialer Knechtschaft, der es ihm unmöglich macht, seiner Familie

ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, der Weib und Kind zur Arbeit in den Fabriken zwingt.

In jedem Lebenskreise wird die Erziehung der Jugend von diesen Verhältnissen unheilvoll beeinflusst. Das Weib aber ist dabei unter allen Umständen am schlimmsten daran, da ihm die Freiheit des Mannes fehlt; die grössten Hindernisse stehen der gesetzlichen Scheidung entgegen: die verheirathete Frau ist das Eigenthum ihres Gatten.

Der ausserordentliche Unfug, welcher in der weiblichen Ausbildung getrieben wird, die physisch wie geistig eine falsche ist, das Elend der Arbeiterinnen, die zu härtesten, ihrer Konstitution durchaus unangemessenen körperlichen Lasten gezwungen sind, die grauenvolle Einrichtung der Prostitution als einer Nothwendigkeit unseres Gesellschaftszustandes: alles dies wird in der Folge mit Zahlen und Thatsachen von dem Verfasser klargestellt.

„So haben wir," schliesst er diesen Abschnitt, „das Bild ehelichen und geschlechtlichen Lebens, wie es die heutige Gesellschaft uns vielfach bietet, in seinen Hauptzügen vor uns. Das Facit ist, dass sehr viele der heutigen Ehen, weil innig mit den jetzt bestehenden Eigenthums- und Erwerbsverhältnissen zusammenhängend, ihren Zweck gar nicht oder nur ungenügend erreichen, dass Millionen beider Geschlechter im geschlechtsreifen Alter aus den gleichen sozialen Ursachen auf jedes Ehebündniss verzichten müssen und zu ausserehelicher Befriedigung des Naturtriebs oder gänzlicher Verzichtleistung genöthigt werden. Alle diese Umstände zusammengenommen endlich erzeugen eine Menge der verschiedenartigsten und unsittlichsten Zwangsverhältnisse; Laster, Ausschweifungen und Verbrechen werden dadurch befördert; die ganze Gesellschaft wird in einem Zustande der Unruhe erhalten, und das höchste geistige und körperliche Wohlbefinden, welches der Lebenszweck jedes einzelnen Individuums wie der ganzen Gesellschaft sein soll, wird für die grosse Mehrzahl verhindert. Unter allen diesen Zuständen leiden aber die Frauen am meisten."

Die Möglichkeit einer Aufhebung dieser Missverhältnisse erblickt der Verfasser, wie oben gesagt, nur in einer „Aenderung unserer sozialen Zustände von Grund aus." Auch von denkenden Frauen sei dies empfunden worden, fährt er fort, weshalb sie nach möglichster ökonomischer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit streben, die sie nach ihrer Einsicht jedoch bisher nur auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft erhoffen konnten. Es wird darauf untersucht: 1. inwiefern ihnen dies schon gelungen ist oder noch gelingen wird; 2. was Berechtigtes an ihrem Streben ist, sich auch die sogenannten höheren, bis jetzt ausschliesslich von Männern besetzten Erwerbsquellen zugänglich zu machen; 3. was für eine gründliche Heilung dieser Uebelstände geschehen kann und muss.

Was den ersten Punkt betrifft, so hat das weibliche Geschlecht in Gewerbe und Industrie seine aktive Stellung thatsächlich gefunden, „weil die Unternehmerklasse entweder den Konkurrenzkampf oder die grössere Geschicklichkeit der Frau für manche Arbeiten dazu zwang", und weil das grosse Angebot billiger Frauenhände ihren Profit erhöhte. So sehen wir das weibliche Geschlecht in den mannigfaltigsten und oft in den schwersten und gesundheitsschädlichsten Industriezweigen beschäftigt. Aber seine

soziale Lage ist dadurch vielmehr verschlimmert als verbessert; „der Konkurrenzkampf der Arbeitskräfte wüthet nur noch wilder, und die nothwendige Folge davon ist: Verminderung des Einkommens für beide Geschlechter."

Wir kommen nun zu der zweiten Frage, und um sie klar zu beleuchten, müssen wir noch einmal zurückblättern; denn es handelt sich hier um ein bisher vielfach geleugnetes Recht des Weibes, und der Verfasser hat seinen versuchten Beweis an verschiedenen Stellen eingesetzt.

Die von ihm selbst zugegebene Thatsache ist, dass augenblicklich das geistige Niveau des weiblichen Geschlechtes noch niedriger ist, als das des männlichen. „Die Frau," sagt er, „nimmt gewohnheitsmässig ihre untergeordnete Stellung als etwas so Selbstverständliches und Naturgemässes hin, dass es nicht wenig Mühe kostet, ihr zu beweisen, dass diese Stellung eine ihrer unwürdige ist und sie dahin streben muss, ein dem Manne gleichberechtigtes und in jeder Beziehung ebenbürtiges Mitglied der Gesellschaft zu werden."

Aber die hierfür gewöhnlich gegebene Erklärung, dass die weibliche Intelligenz der männlichen aus physiologischen Ursachen untergeordnet sei, weist der Verfasser zurück. Lediglich in der vom männlichen Geschlecht ausgeübten Unterdrückung findet er die Ursache. „Diese viele Jahrtausende lange Unterdrückung," heisst es, „hat, gemäss der hauptsächlich durch Darwin entdeckten Vererbungs- und Anpassungsgesetze, natürlich für die Frau die gleichen Folgen haben müssen, die eine ähnliche Unterdrückung bei anderen Naturwesen in ähnlicher Lage auch gehabt haben würde."

Es muss zunächst bemerkt werden, dass in der Deszendenztheorie überhaupt und besonders in den Vererbungsfragen noch unendliche Schwierigkeiten obwalten, und dass die bedeutendsten Zoologen gerade am wenigsten solche Schlüsse wagen, wie der Dilettantismus sie allezeit fröhlich bei der Hand hat.

Giebt man die gegenwärtige Inferiorität des weiblichen Geistes zu und verlangt trotzdem Emanzipation der Frau, so muss man natürlich annehmen, eine Züchtung über das bekannte Mass veranlagter Frauen liege in den Grenzen der Möglichkeit der Gesellschaft. Man wird aber wohl nur solche Schäden durch Züchtung zu heben suchen dürfen, welche sich erst innerhalb der Gesellschaft und durch sie gebildet haben. Es fragt sich also, ob die Frau in der ersten Dämmerung des Menschheitsdaseins die gleiche Befähigung besessen haben kann, wie der Mann, und ob ihre Gehirnkraft sich erst seitdem vermindert hat und zurückgeblieben ist. Auch in diesem Falle könnte man zwar dem Verfasser noch einwerfen, durch den Kampf um's Dasein habe sich eben das jetzige Verhältniss als das passendste herausgebildet; da er dasselbe jedoch unpassend findet, so wollen wir allerdings die Möglichkeit einräumen, dass die Gesellschaft das, was sie in Jahrtausenden gesündigt hat, in Jahrtausenden auch sühnen kann.

Wenn es sich indessen als wahrscheinlicher zeigt, dass jene Ungleichheit sich schon im Zustande des thierischen Daseins bis zu einem gewissen Höhenpunkte befestigt hatte, dann wird wohl auch der grossmüthigste Philogyn darauf verzichten müssen, von der Gesellschaft die Züchtung emanzipationsberechtigter Weiber zu hoffen. Diese Wahrscheinlichkeit aber

wird dann vorhanden sein, wenn man im Thierreiche den nämlichen Unterschieden in den Fähigkeiten der Geschlechter begegnet. Und in der That lassen sich zahlreiche Beispiele anführen, wo Thiere im Kampfe um's Dasein sich eine gesicherte Existenz errungen haben, wo aber durchweg die Männchen intelligenter sind (sämmtliche polygamische Wiederkäuer, Hühner u. a.). Diese grössere Intelligenz der Männchen musste sich eben bilden, weil dieselben beim coitus stets der aggressive Theil sind, Nebenbuhler aus dem Felde zu schlagen haben und die Weibchen überlisten müssen. Es lässt sich aber nicht einsehen, warum gerade die affenartigen Vorfahren des Menschen von dieser Regel hätten eine Ausnahme machen sollen; auch bei ihnen muss sich daher die jetzt vorhandene Verschiedenheit begründet haben. Die letztere wird von Darwin in die Worte gefasst: „Der Mann ist muthiger, kampflustiger und energischer als die Frau und hat einen erfinderischen Geist. Sein Gehirn ist absolut grösser, ob aber verhältnissmässig zu seinem grösseren Körper, oder nicht, ist, glaube ich, noch nicht völlig festgestellt.“ Wir bemerken hierzu, dass dieser Unterschied zwischen dem Volumen der Gehirne beider Geschlechter ein höchst bedeutender ist, so dass nach Peacock das durchschnittliche Gewicht des männlichen Gehirns 50, das des weiblichen nur 44 Unzen beträgt; zwei Unzen zum Mindesten bilden nach Hoffmann den Differenzbetrag.

Darwin betrachtet daher die Inferiorität des weiblichen Geistes geradezu als einen sekundären Geschlechtscharakter, und nur als ein solcher konnte dieselbe sich einseitig vererben; ein unverhältnissmässiges Zurückbleiben in einem nicht sexuellen Organsystem, wie es der Verfasser annimmt, würde im Widerspruch stehen mit dem von Darwin ausgesprochenen Satze: „dass das Gesetz der gleichmässigen Uebertragung der Eigenthümlichkeiten auf beide Geschlechter bei Säugethieren vorherrscht.“ (Abstammung des Menschen. Zweite englische Ausgabe. London, 1874. Cap. XIX., S. 565).

Wir bezweifeln nicht, dass den Verfechtern der Frauenemanzipation gerade durch den Darwinismus, auf den sie sich berufen zu dürfen glauben, eine fundamentale Stütze entzogen wird; im Gegensatze zu dem Verfasser müssen wir demnach die Weiber für den sexus sequior halten. Und da sich die Inferiorität des weiblichen Geistes bisher so allgemein aufgedrängt hat, so erscheint des Verfassers Annahme einer feineren Qualität des Frauengehirns durchaus willkürlich.

Im Verlaufe der Darstellung begegnet die Berufung auf Natur und Sitte, womit man die gegenwärtige Lage des Weibes im Prinzip, wenn auch nicht in den Ausschreitungen zu rechtfertigen sucht, des Verfassers energischem Widerspruch; er findet, dass man „dabei natürlich die Natur mit althergebrachten Gewohnheiten verwechselt.“

Vielfach geschieht dies freilich; im Allgemeinen aber ist es ebenso einseitig und tendenziös, die Gesellschaft verantwortlich zu machen für die Unvollkommenheiten der Natur, und es ist sicherlich doktrinärer Optimismus, der letzteren eine absolute Vervollkommnungsfähigkeit zuzuschreiben.

Uns erscheint der weibliche Charakter als eine von der Natur gewollte und mit der Bestimmung des Weibes zur Mutter innig zusammenhängende, ja für dieselbe nothwendige Folge der physisch von der männlichen durchaus verschiedenen weiblichen Organisation, und wenn wir auch zugeben

müssen, dass durch unser verkehrtes Erziehungssystem die Gegensätze in erstaunlicher Weise verschärft worden sind, so können wir doch der Ansicht nicht entsagen, dass die Gemüthssphäre in der Frau weiter, und die Verstandessphäre demgemäss enger ist als im Manne. Jene vom Verfasser beklagte „Hypertrophie des Gemüths- und Seelenlebens der Frau" ist allerdings vorhanden, und tiefblickende Psychologen und Psychiatriker, wie Feuchtersleben, Maudsley und Andere, sehen darin mit ihm einen tiefen Schaden unseres Kulturlebens. Gründliche Reformen auf dem Gebiete der weiblichen Erziehung sind daher nothwendig. Aber sie werden die prinzipiellen Unterschiede der Geschlechtscharaktere nicht aufheben, und das ist auch gut so; denn Mann und Weib sollen sich nicht nur physisch, sondern auch psychisch ergänzen; sonst könnte des Verfassers Berufung auf Kant: „Mann und Frau bilden erst zusammen den vollen und ganzen Menschen", selbst für ihn keinen besonderen Werth haben.

Gestehen wir daher, dass uns persönlich — subjektiv sind natürlich ebenso unsere eigene Ansichten, wie der Verfasser die seinigen bescheiden nur als subjektiv geltend macht — die Zukunft der Frauenwelt, welche das Buch uns ausmalt, nicht durchaus wünschenswerth erscheinen kann. Wir halten es für angemessen, dass die Fähigkeiten der Frauen auf bestimmten Gebieten mit denen der Männer in Konkurrenz treten. Wie wir sie einerseits von harter Arbeit befreit, so wünschen wir ihnen andererseits freien Zutritt in die ihren Kräften angemessenen Wirkungskreise, sei es als Aerzte, als Lehrer, als Künstler. Aber wenn die Angaben des Verfassers richtig sind, dass in einem verbesserten Gesellschaftszustande die Zahl beider Geschlechter sich ziemlich die Wage halten werde: so denken wir, dass alsdann der nächste Beruf des Weibes trotz Allem nur die Ehe, die Häuslichkeit, die Erziehung der Kinder sein wird, und wir halten es für gefährlich, ja auch gegen die schwächere Konstitution der Frauen ungerecht, ihnen Verwaltungsposten und ähnliche Aemter von grosser Verantwortlichkeit zu übertragen. Und ebensowenig können wir ihre Theilnahme an der Gesetzgebung, durch aktives oder gar durch passives Stimmrecht, vertheidigen. Die Frau ist dem Manne nicht gleich, und sie wird in einer vernünftigeren sozialen Ordnung eine solche Gleichheit auch nicht prätendiren. Die Forderungen, welche jetzt in ihrem Namen gestellt werden, halten wir nur für Extreme eines im Prinzip richtigen Gedankens, die sich durch die Praxis ganz von selbst mässigen werden.

Die für das weibliche Geschlecht am wenigsten schmeichelhafte Charakteristik hat in neuerer Zeit Schopenhauer geliefert. Natürlich spricht unser Autor ihm das Verständniss für die Frau und ihre Stellung ab, nennt seine pointirte Schreibweise „mehr als unhöflich, mitunter ordinär," und ihn selbst einen der gründlichsten Philister, eine Bezeichnung, die auch wir in des Verfassers Augen vermuthlich verdienen werden. Und doch sind in Schopenhauer's aphoristischen Bemerkungen über die Weiber Spuren einer feinen Beobachtung, vor deren Wahrheit man sich ohne falsche Sentimentalität nicht verschliessen kann. Uebrigens aber müssen wir uns freuen, Schopenhauer's Ansicht, als sei Polygamie für das weibliche Geschlecht im Ganzen eine Wohlthat, im vorliegenden Buche durch statistische Nachweisungen entkräftet zu finden. Wir erfahren, dass

auf je 100 Männer 101,22 Frauen kommen, und dass, wenn man die gewaltsame Vernichtung eines Theils der männlichen Bevölkerung durch Kriege und durch Unglücksfälle in der Industrie in Betracht zieht, Verluste, deren Möglichkeit der künftige Sozialzustand beseitigen soll, die Zahl der Männer derjenigen der Frauen zum Mindesten gleichkommt, vielleicht sogar dieselbe überwiegt. Demnach steht einer allgemeinen Monogamie nichts Wesentliches entgegen.

Natürlich aber verlangt der Verfasser für diese monogamische Heirath vollste Freiheit; frei soll sie geschlossen, frei gebrochen werden können. Da über die möglichen Konsequenzen der Lösungsfreiheit keine Details gegeben werden, so gewinnt man nur eine unklare Vorstellung von dem Zeitalter der freien Liebe; doch können wir persönlich uns der Befürchtung nicht entschlagen, dass trotz der Veredlung des menschlichen Charakters, den der Verfasser als nothwendige Folge einer besseren Gesellschaftsverfassung ansieht, und trotz der Furcht vor der öffentlichen Meinung, auf welche er grosses Vertrauen setzt, jene Verhältnisse sich etwas wüst gestalten werden. Man muss nicht vergessen, dass der Mensch immer ein thierisches Wesen bleiben wird.

„Die geschlechtliche Abhängigkeit der Frau wird bedingt durch ihre ökonomische Abhängigkeit,“ heisst es weiter, „das war der rothe Faden, der sich durch alle unsere Untersuchungen zog.“ Hier müssen wir zugeben, dass allerdings die Frau nicht als Frau, wohl aber als Arbeiterin abhängig ist durch die verkehrte Organisation unserer ökonomischen Verhältnisse, abhängig vom Kapitalismus. Aber insofern theilt sie das Loos der männlichen Arbeiter. Sobald wir sie jedoch lediglich als Geschlechtswesen betrachten, können wir nicht umhin, gerade die Umkehrung der Ansicht des Verfassers als das Thatsächliche anzunehmen; als Frau ist sie in einer ökonomischen Abhängigkeit, weil sie abhängig ist durch ihre geschlechtliche Organisation, als der schwächere Theil der Menschheit. Nehmen wir also auch an, dass der sozialistische Staat ihr die ökonomische Selbstständigkeit zu sichern gewillt wäre, so glauben wir doch, dass sie trotz alledem nicht aufhören würde, sich dem Manne freiwillig unterzuordnen. Sie wird das aber um so lieber thun, wenn die Gesellschaft sie von unwürdigen Lasten befreit und, je reiner das humane Bewusstsein sich gestaltet, die Heiligkeit ihres Mutterberufes und ihr Amt, in der Jugend die ersten Keime idealer Gesinnung zu pflegen, ehrfurchtsvoll hochhält. Wir gehen dabei von der Ansicht aus, dass auch das vollkommenste Erziehungssystem die individuelle Familienerziehung mindestens während der drei bis vier ersten kindlichen Lebensjahre nicht wird entbehrlich machen können.

Auch wir schliessen uns übrigens der in dem Buche ausgesprochenen Meinung an, dass eine frühere Aufklärung der Jugend über die Geschlechtsverhältnisse pädagogische Nothwendigkeit ist, besonders weil wir glauben, dass ohne die darüber von den Eltern beobachtete Heimlichkeit das Kind in seiner Unwissenheit weit seltener zum Opfer roher Verführung, was so oft gleichbedeutend ist mit dem Opfer leiblicher und geistiger Gesundheit, werden würde.

Hegen auch wir trotz unserer abweichenden Ideen die Ueberzeugung des Verfassers, dass nur ein nach gerechteren ökonomischen Grundsätzen

geordneter Zustand der Gesellschaft das Loos der Frau wahrhaft verbessern kann, so meinen wir, dass dies in einer mehr indirekten Weise geschehen muss, indem die Frau naturgemäss die Vortheile einer besseren sozialen Ordnung mit dem Manne zu theilen hat. So können wir also auch den zweiten, rein sozialistischen Abschnitt des Buches unabhängig von dem Thema der Frauenemanzipation behandeln.

Zuvor müssen wir nur noch darauf aufmerksam machen, dass des Verfassers Urtheil über die männlichen Gegner der Frauenemanzipation schwerlich gerecht ist. Wir glauben, dass viele derselben ernste, überzeugungstreue Forscher sind und den Vorwurf des Egoismus, selbst des unbewussten, in dieser Frage gewiss nicht verdienen. Es sollte uns bedauerlich sein, wollte er auch unsere Kritik einreihen in die Kategorie der „reaktionären Unkenrufe“..

Wir gelangen also nunmehr zu dem Bilde des Zukunftsstaates, das der Verfasser in lebhaften und bestimmten Farben zeichnet, nachdem er vorher die Nothwendigkeit desselben durch eine Kritik des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes nachgewiesen hat. Im ersten Abschnitte hatte er bereits das Recht des Sozialismus quasi philosophisch darzuthun gesucht, indem er ihn als eine Konsequenz des Darwinismus betrachtete. Der Kampf um's Dasein, folgerte er daselbst, müsse eine so vollkommene Anpassung der verschiedenen Menschenwesen erzeugen, dass er dadurch in der Menschheit seinen Abschluss finde; andere Ansichten, welche aus dem Darwin'schen Gesetz entgegengesetzte Schlüsse ziehen, schienen ihm unzureichend.

Ohne diese schwere theoretische Frage zu erörtern, wollen wir uns hier lieber an den praktischen Beweis der Berechtigung einer gründlichen Umgestaltung unserer Zustände halten. Die Hauptursache ihrer Unhaltbarkeit wird darin gefunden, „dass der mit mächtigen materiellen Mitteln Ausgestattete über alle anderen, mit geringeren oder gar keinen Mitteln Ausgestatteten herrscht.“ Ferner, dass „die gesammte Produktion auf den Zufall und das subjektive Ermessen jedes Einzelnen angewiesen“ ist. Das demokratische Bewusstsein der Gesellschaft steht in unvereinbarem Widerspruch mit der Reichthumsgestaltung, die „viel aristokratischer geworden, wie in jeder früheren Periode.“ Die Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten sind „in allen ihren Schichten eine Klasse von Parasiten, die unproduktiv thätig ist, von der Arbeit und dem Arbeitsertrage Anderer fast in höherem Grade lebt wie die eigentliche Unternehmerklasse“, wodurch eine Menge von Waaren und Lebensbedürfnissen in einer solchen Weise vertheuert werden, „dass sie den doppelten und mehrfachen Preis dessen kosten, was der Produzent dafür erhalten hat.“ So macht sich mehr und mehr das Bedürfniss geltend, dass „der Vertrieb der Lebensbedürfnisse im Grossen zentralisirt und durch das Gemeinwesen selbst in die Hand genommen werde.“

Zu dem Kapitalisten in der Stadt bildet auf dem Lande der Grossgrundbesitzer eine Parallele. Und zwischen den heutigen Ackerbauern und der Industriebevölkerung „kommen zwei wichtige antagonistische Interessen zum Vorschein“, indem die letztere möglichst billige Lebensmittel verlangt, die ersteren dagegen den möglichst hohen Vortheil aus ihrem Boden zu

ziehen suchen, weswegen sie ihn ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesammtheit zu beliebigen Erzeugnissen verwenden.

Dass allen diesen Uebeln nicht mit einem Schlage abgeholfen werden könne, findet der Verfasser selbstverständlich; es sei unmöglich, „Rathschläge zu geben, wie allmählig dieser Umwandlungsprozess einzuleiten wäre." Er geht daher von der Voraussetzung aus, „dass die geschilderten Uebelstände in einem gedachten Zeitpunkt allgemein anerkannt sind und die grosse Mehrheit der Gesellschaft entschlossen ist, sie auf dem raschesten und Vielen heute am praktischesten scheinenden Wege zu beseitigen." Wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe, das Dunkel dieser Hypothese zu erleuchten. Sehen wir also auf die drei „Grundumwandelungen", die der Verfasser begehrt; es sind die bekannten Forderungen des sozialistischen Programms: 1. Beseitigung der Privatproduktion „durch die zentralisirte und kontrolirte Gesellschaftsproduktion"; 2. Aufhebung des Privathandels, Zentralisation und Erhebung desselben „zu einer vom Gemeinwesen geleiteten Institution"; 3. Erhebung des Bodens „zum Gemeineigenthum, behufs genossenschaftlicher Bebauung und Ausbeutung im Gemeininteresse". Diese drei Punkte sind zu oft besprochen worden, um eine neue Kritik an dieser Stelle zu verlangen, und übrigens können wir sie auch nicht beanstanden, da sie unser eigenes Prinzip sind; nur unsere Anerkennung können wir ausdrücken über ihre schöne, klare Formulirung. Das Nämliche gilt von der Forderung, dass der heutige Gegensatz zwischen den Begriffen „Staat" und „Gesellschaft" verschwinden muss.

Hat nun eine, hier als Hypothese aufgestellte, „allgemeine, auf alle ökonomischen Thätigkeitsgebiete sich erstreckende Expropriation" stattgefunden, die sich durch „die Rücksicht auf das allgemeine Wohl" sehr gut vertheidigen lässt, so soll damit der wirksamste Fortschritt erreicht und damit Boden geschaffen sein für jenen glücklichen Zustand, „wo Jeder seine Fähigkeiten entfaltet, um sich selbst zu nützen, wo er aber diesen Nutzen nur erreichen kann, indem er dem Gemeinwohl ebenfalls nützt."

Schon die heutige Gesellschaft nähert sich, einen je höheren Grad von Vollkommenheit und Zentralisation die Produktionszweige erreichen, umsomehr dem System der sozialistischen Organisationen. „Jede grosse Fabrik, die auf den Trümmern einer Anzahl von Kleinbetrieben sich erhebt, ist ein Kulturfortschritt, ein Schritt näher zum Zukunftsstaat." . . . . . .
. . Die Umwandlung vieler zersplitterter Arbeitszweige in konzentrirten genossenschaftlichen Grossbetrieb bietet die meisten Schwierigkeiten und wird sich langsamer vollziehen.

Nachdem die wahrscheinliche Gestaltung von Industrie, Handel, Verkehr und Staatsverwaltung eingehend gezeichnet ist, wird auch die des Ackerbaues und der damit verbundenen Zustände betrachtet. Hier ist der Ausblick besonders erfreulich, wenn man die Bodenmeliorationen ansieht, um welche es sich für den Zukunftsstaat handelt. Freilich sind die Hoffnungen mitunter vielleicht zu kühn; im Ganzen aber sind sie wohlberechtigt und stets auf naturwissenschaftliche Gründe gestützt; auch ist es anzunehmen, dass die sozialistische Gesellschaft an ungeheure Umgestaltungen, wie klimatische Verbesserung sie nöthig macht, weit leichter und lieber als der heutige Staat die Hand wird legen können.

Das Uebel der grossen Städte wird sich natürlich heben mit ihren Ursachen: eine allgemeine Dezentralisation wird stattfinden. „Der Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung ist verschwunden, das für Alle gleiche Kulturniveau erreicht.“

Wir hatten gesehen, dass die Frauenfrage kein nothwendiger Bestandtheil des eigentlichen Sozialismus ist, indem dieser sich wesentlich um eine kleine Zahl von rein ökonomischen Grundanschauungen konzentrirt. Das Nämliche wird man mehr oder minder allen Fragen, in denen die individuelle Gestaltung des Zukunftslebens in Betracht kommt, behaupten können; daher gerade in ihnen die ökonomisch einigen Sozialisten vielfach von einander abweichen müssen. So theilen auch wir viele der bezüglichen Erwartungen unseres Autors nicht.

Dies gilt z. B. betreffs der einzelnen Berufszweige. Der Verfasser weist ganz richtig nach, dass die Uebergänge in verschiedene Thätigkeiten erleichtert werden müssen, und es auch können, durch eine mehr industrielle Erziehung, in welcher das heutige Lehrlingswesen aufgehen und „die Kinderarbeit, die heute eine der infamsten Ausbeutungsformen ist“, ein Erziehungsmittel werden soll. Dass es aber in der Zukunft auch in Künsten und Wissenschaften streng gegliederte und darum einseitig ausgebildete Berufe nicht mehr geben dürfte, müssen wir bezweifeln. Durch die ungeheure Ausdehnung, welche das menschliche Wissen allmählig gewonnen hat, ist gerade hierin eine strenge Arbeitstheilung unumgängliche Bedingung wahren Fortschritts geworden. Universalgenies sind mährchenhafte Raritäten; Spezialisten — das ist's, was wir brauchen. Wer von Allem Etwas weiss, der weiss gewöhnlich von Wenigem etwas Rechtes; die sogenannte „harmonische Bildung“ ist, wenn man darunter ein enzyklopädisches Wissen versteht, eine praktische Unmöglichkeit. Ist dem Verfasser nie eine Verzweiflung gekommen über die Masse dessen, was man nicht wissen **kann**, weil wir Menschen eben allseitig begränzte Intelligenzen sind? Wir erwarten nicht, dass die ökonomische Besserung unseren Geist unendlich erweitern werde. Dagegen glauben wir allerdings, dass die vom Verfasser befürwortete assoziative Thätigkeit der Künstler- und Gelehrtengruppen, die ja wohl ein Zusammenwirken von Spezialisten bedeuten muss, sich zur Herstellung umfassender Arbeiten empfehlen wird. Wir bemerken aber, dass vereinigtes Wirken in diesem Sinne bereits jetzt sehr häufig ist.

Auf dem Gebiete der Erziehung erwartet der Verfasser mit Recht umfassende Reformen. Welche Fächer das Unterrichtswesen dereinst wird umfassen müssen, und welche nicht, darüber scheint uns freilich heut die Meinung der Urtheilsfähigen noch nicht spruchreif. Auch das vorliegende Buch giebt darüber keine Details; nur aus dem Eifer, mit welchem es industrielle Zweige hervorhebt, während es die klassischen ignorirt, scheint uns, dass der Verfasser den letzteren nicht hold ist; umsomehr, als er die Kunst der Zukunft eine solche nennt, „wie sie das alte Griechenland in seiner höchsten Blüthezeit nicht entfernt gehabt“, und welche „die Griechenlands-Enthusiasten verstummen machen“ dürfte. Was diese Kunstfrage betrifft, so gestehen wir, dass wir höchlich befriedigt sein werden, wenn wir nur hoffen dürfen, die künftige Kunst werde der vergangenen **gleich** sein; dass sie die letztere in Schatten stellen wird, halten wir für unmöglich.

Die Frage nach dem klassischen Unterricht wollen wir jedoch, da der Verfasser sie übergeht, hier nicht aufnehmen. Im Prinzip, welches gleichen, vom Staate gebotenen Unterricht für Alle fordert, stimmen wir natürlich mit ihm überein, wenigstens so weit hier nur je ein Geschlecht unter „Alle" verstanden wird. Ob die „Trennung der Geschlechter, die bis heute so viel Unheil angestiftet hat und von allen einsichtigen Pädagogen verurtheilt wird, in der neuen Gesellschaft sicher vermieden werden" dürfte, scheint uns noch immer eine offene Frage zu sein, und es ist wohl nicht sehr gerecht, wenn der Verfasser allen Gegnern seiner diesbezüglichen Meinung die Einsicht abspricht. Wir sind zufällig mit den hauptsächlichen Schriften, welche das System der Co-Edukation vertheidigen, sehr wohl bekannt; sie sind in der Mehrzahl amerikanischen Ursprungs, und da sich in Amerika dies System mehr aus zufälligen Bedingungen entwickelt hat, als nach vorher festgesellten Prinzipien geschaffen worden ist, so plädiren sie oft nur pro domo. Uebrigens aber betonen wir, dass auch uns völlige Trennung der Geschlechter ausserhalb der Unterrichtsstunden nicht wünschenswerth erscheint.

Dass mit dem neuen Gesellschaftssystem „der Glaube an die Autoritäten, die überirdischer wie irdischer Art, verschwinden" werde — auch diese Ansicht des Autors können wir nicht unbedingt theilen. Was die überirdischen anbetrifft, so hängt dies von vielen Faktoren ab; bis heut hat die Wissenschaft noch keinen positiven Ersatz an die Stelle der allerdings höchst problematischen Gottheit rücken können, und vermuthlich wird ihr dies niemals gelingen; wenn daher das Licht materialistischer Afterweisheit einmal ausgeblasen ist, so wird die Rückkehr des metaphysischen Bedürfnisses zu autoritären Symbolen den Psychologen schwerlich überraschen. Hinsichtlich irdischer Autoritäten sodann scheint der Verfasser uns viel zu einseitig die ursprüngliche Gleichheit der individuellen Intelligenzen zu betonen. Die Natur verfährt in ihrer Vertheilung der geistigen Gaben sehr aristokratisch, und wir glauben, dass sie niemals aufhören wird, den Gleichheitsfanatikern zum Trotz diese Parteilichkeit zu üben. „Man wird nie vergessen," sagt der Verfasser, „dass das, was der Einzelne ist, er nur durch die Gesellschaft ist." Diese Anschauung halten wir für sehr unzulänglich. Die Gesellschaft allerdings hat bei der Entwicklung des Menschen einen bedeutenden Einfluss; sie giebt ihm die Richtung. Aber sie giebt ihm auch nur die Richtung; die Kraft dagegen, diese Richtung zu verfolgen, entsteht unabhängig von der Gesellschaft. Freilich wäre Göthe, unter die Wilden Australiens gesetzt, nie und nimmer der von uns bewunderte Dichter und Forscher Göthe geworden, wahrscheinlich aber, wenn anders die lieben Kannibalen ihn nicht vorzeitig gefrühstückt hätten, zum Mindesten ein Mann von bedeutendstem Einflusse auf den Stamm, unter dem er hätte leben müssen; wohingegen ein Australneger oder auch irgend ein germanisches Spiessbürgerkind, versetzt in das Haus des Rath Göthe auf dem Hirschgraben, sich darum doch nimmermehr zu dem grossen, unvergleichlichen Wolfgang entwickelt haben würde. Allerdings hat der Verfasser Recht, dass das, was die Natur dem Menschen gegeben, nicht sein persönliches Verdienst ist; aber mag ein grosser Mensch gross sein durch Begabung oder durch eigene Arbeit: in jedem Falle wird er doch

Demjenigen ehrwürdig erscheinen, der geistige Grösse zu schätzen weiss, und schon die Ehrfurcht gebietet Autorität. Wir glauben, wir wünschen, wir hoffen, dass, wenn irgend ein Kultus sich auf die Zukunft vererbt, es der Kultus des Genius sein möge; denn die Genien, das sind die Auserwählten, in denen die höchsten menschlichen Aspirationen sich personifiziren; die Menschheit, welche den Genius ehrt, ehrt sich selbst und ihr höchstes Ideal. Es wird von der zukünftigen Gesellschaft gelten, was Grillparzer gesagt hat von dem Einzelnen:

„Glücklich der Mensch, der fremde Grösse fühlt
Und sie durch Liebe macht zu seiner eignen."

Von dem künftigen Familienleben hat der Verfasser eine Vorstellung, welche stellenweise an die Phalansterien Fourier's erinnert. Die Entwickelung der Menschheit gehe auf immer grössere Vergesellschaftung und erhöhtes öffentliches Leben hinaus; die veränderte Stellung der Frau werde ganz wesentlich in einem Heraustreten aus den engen häuslichen Verhältnissen bestehen; Kunstwerke u. dergl. werden dann „nicht in den einzelnen Privatwohnungen versteckt sein, sondern in den Lokalen und an den Orten, wo sich in Zukunft das ganze gesellschaftliche Leben wesentlich konzentriren dürfte, wie in den Versammlungs- und Spielsälen, Bibliotheken und Lesesälen, Speisehallen, Museen, öffentlichen Plätzen, Garten- und Parkanlagen". Allgemeine Speisehallen sind hier angeführt, da die Privatküchen nach unserem Autor schwerlich eine Zukunft haben. Was Leute „an Hausgeräth nöthig haben, dürfte sich vielleicht im Vergleich zu einer wohl ausstaffirten Wohnung von heute einigermassen vereinfachen." Wir hätten, mit einem Worte, eine Wiederkehr des Heerdenlebens aus dem Naturzustande, von dem sich die Menschheit mit steigender Kultur emanzipirt hat, als Endziel höchsten Kulturzustandes. Nun, das ist Geschmackssache, und wenn, wie wohl möglich, die grosse Masse den Geschmack des Verfassers theilt, so dürften doch Andere, z. B. wir selbst, wesentlich verschiedene Neigungen haben. Ja, wir glauben, dass eine höhere Kultur auch die Individualitäten schärfer ausbilden und daher individuelle Lebensgestaltung nothwendig machen wird. Diese wird sich auch deswegen unumgänglich zeigen, weil in der Gesellschaft stets sehr stark differirende Elemente sich mischen werden, die am besten thun, sich zu meiden.

Hier kommen wir auf einen anderen Punkt. Der Verfasser erwartet, dass der Zukunftsstaat auch die allgemeine Sittlichkeit nivelliren, und, indem er die Ursache der Verbrechen aufhebe, auch die Verbrechen selbst abschaffen werde; er erwartet lauter Unschuld und Edelmuth. Wir aber sind tief durchdrungen von der Ueberzeugung, dass die Zukunft nicht weniger reich sein wird an moralischen Lumpen, wie die Gegenwart. Wohl mag die neue Gesellschaft eine Summe von verführenden Reizen verbannen; aber sie wird dafür neue schaffen. Aus dem Institut der freien Liebe wird die Eifersucht mit ihrem Gefolge, aus dem Wirken des Talents wird der Neid der Unfähigen, aus der Zugänglichkeit reicher Genussmittel die Unmässigkeit, aus der Gemeinschaft der verschiedensten Elemente Feindschaft und Hass sich ergeben, und das sind schon „Todsünden", die für andere den Weg ebnen werden. Und wenn selbst die Macht der „öffentlichen Meinung" noch wüchse, so würde dadurch doch nur die äussere

Respektabilität betroffen werden; aber im intimen Zusammenleben spielen eine viel wichtigere Rolle jene feineren Charaktereigenschaften, welche man als die angeborene Disposition zum Schurken betrachten kann, Eigenschaften, an deren Ursprung die Gesellschaft nicht nur unschuldig ist, sondern deren Entwicklung sie oft auch hindert; und diese Eigenschaften werden ewig eine unübersteigliche Grenze bilden zwischen den edlen Menschen und zwischen den gemeinen. Jawohl, die Gesellschaft mag sich demokratisiren; sie mag ökonomisch gleich werden: wir wünschen und hoffen es. Aber bleiben wird die geistige und die sittliche Aristokratie.

Kehren wir nun zu den allgemeineren Fragen zurück, so finden wir, wie der Verfasser mit logischer Konsequenz folgert, dass ein Ergebniss sozialistischer Gesellschaftsbildung auf nationalem Boden ihre Erweiterung zu einer grossen Föderation der Kulturvölker sein muss, welche alsdann den Krieg unmöglich macht und positiv die schon jetzt vorhandenen Vortheile internationalen Austausches der Produkte unendlich fördert und regulirt. Sogar „die Bildung und Einführung einer allgemeinen Weltsprache und Schriftweise" erwartet er — eine Idee, welche wir hier nicht besprechen wollen.

Auf dem nunmehr gewonnenen internationalen Boden wird schliesslich noch die Frage der Bevölkerungsvermehrung erörtert, und zwar mit energischem Widerspruch gegen die Befürchtungen von Malthus und seinen Anhängern. Es wird nachgewiesen, dass bisher noch keine Uebervölkerung existirt (natürlich kann das nur in allgemeinem Sinne gelten; relative Uebervölkerung, worauf ja das Bedürfniss der Dezentralisation mitbegründet wird, ist jedenfalls in den grossen Städten vorhanden); im Gegentheil würden selbst für die am meisten bevölkerten Theile Europas die Arbeitskräfte gegenseitig noch zu gering sein, wenn man daselbst den Boden richtig bewirthschaftete. Und in noch weit ausgedehnterem Masse gilt das von Russland, Amerika und anderen Welttheilen. Es würde demnach, auch wenn das Vermehrungsverhältniss der Menschheit unter sozialistischen Zuständen bedeutend gesteigert würde, bei richtiger Vertheilung über die gesammte Erde die Periode wirklicher Uebervölkerung sehr fern sein. Der Verfasser giebt jedoch zu, dass sie einmal eintreten könnte, wenn die Zunahme der Bevölkerung sich nicht von innen heraus regulirte, und wir haben durch die im ersten Theil des Jahrbuches besprochene Schrift von Dr. G. Stille erfahren, wie wohlbegründet eine solche Befürchtung ist. Unser Autor denkt jedoch zur Abhülfe eines solchen Uebelstandes weniger an Präventivmittel, wie sie in den bekannten „Grundzügen der Gesellschaftswissenschaft" empfohlen werden, als an eine aus veränderter Lebensweise sich ergebende Abnahme der weiblichen Fruchtbarkeit. Die Gründe, mit welchen der Verfasser diese Ansicht belegt, scheinen uns jedoch nicht ganz zureichend. Er hofft auf ein noch zu entdeckendes Gesetz der Fruchtbildung; so lange dies aber nicht entdeckt ist, können wir von der einstigen Nothwendigkeit einer mehr unmittelbaren Prävention nicht absehen. Wie dem aber auch sei: die vom Verfasser gedachte Regulirung der Kinderzeugung durch Regulirung der Nahrungsweise wäre immerhin auch Prävention.

Wir wären hiermit bei dem Schlusse unserer Bemerkungen angelangt,

und gerne gestehen wir jetzt, dass das Buch des Verfassers uns in vielen Stücken belehrt, dass es uns zu vielfachem Nachdenken angeregt hat. Waren wir genöthigt, in bedeutenden Punkten polemisch aufzutreten, so ist uns dies um so bedauerlicher, als wir uns mit dem Verfasser in grundlegenden Prinzipien einig fanden. Aber auch in jenen Punkten glauben wir mit Bewusstsein gegen den Wunsch nicht verstossen zu haben, welchen er seinen Gegnern ausspricht: im Angriffe ehrlich zu sein, seine Worte nicht zu verdrehen und das Verleumden zu unterlassen. Im Interesse der wissenschaftlichen Wahrheit mussten wir rückhaltslos unsere Gedanken äussern; vielleicht werden auch sie vor der Kritik nicht bestehen. Wie dem aber auch sei: das vorliegende Buch ist trotz seiner Irrthümer reich an Vortrefflichem und von höchstem Interesse; bis die Frauenfrage entschieden ist, wird es sich eine eingreifende Bedeutung erhalten.

Ed. Bertz.

Serge Podolinsky. L'Hygiène du peuple en Oukraine. 1879. Kleinrussisch. 242 S.

Der russische Sozialist und Nihilist, wie der Vielgeschmähte nun heisst, gilt den Philistern aller Gattungen und Färbungen als identisch mit dem Niederreisser, dem rücksichtslosen Negirer. Es gereicht uns deshalb zur grossen Freude, den Lesern ein Buch eines solchen „Nihilisten", des Kleinrussen Dr. Podolinsky, vorzuführen, der sich mit der Volkshygiène in Kleinrussland (Ukraine) befasst und seine Vorschläge zur Hebung der Volksgesundheit auf dem Boden des „Bestehenden" macht. Das Buch zerfällt in 18 Kapitel, in denen der Verfasser die Einflüsse der verschiedenen natürlichen Faktoren des menschlichen Lebens — Luft, Wasser, Klima, Boden- und Wohnungsverhältnisse, Nahrung, Beschäftigung u. s. w. — nacheinander behandelt. Selbstverständlich müssen wir uns darauf beschränken, nur das Interessanteste hervorzuheben. Wir müssen noch bemerken, dass der Verfasser leider wenig statistisches Material zu seiner Verfügung hatte, da er einerseits sein Werk, soviel uns bekannt, im Auslande geschrieben, wo man nicht viel statistisches Material über russische Verhältnisse auftreiben kann, andererseits auch ein grosser Theil desselben, derjenige Theil, der offiziellen Ursprunges ist, nur mit Vorsicht zu gebrauchen ist, da die offizielle russische Statistik wohl schwerlich ganz der Wahrheit entsprechen und so die Regierung blossstellen dürfte. Das nebenbei, und nun zu den interessanten Daten.

Die Kindersterblichkeit im 1. Lebensjahr erreicht im Gouvernement Charkow zirka 197·8 auf 1000, im Gouvernement Tschernigow 200·6, im Gouvernement Poltawa 191·0; in einigen Orten steigt diese Ziffer bis zu 375—438 auf 1000. So sterben z. B. in den Moskauer Kinderbewahranstalten von 14.000—15.000 Kindern jährlich fast die Hälfte. Ueberhaupt ist die Sterblichkeitsziffer in der Ukraine, wie im ganzen Russland, 31 auf 1000, während sie z. B. in Frankreich nur 23 auf 1000 erreicht. Die Mittelziffer der

Lebensdauer ist sehr niedrig — etwas unter 26 (in Frankreich 40). Die Diphtheritis, die in Kleinrussland grosse Verheerungen anrichtet, rafft oft in manchem Dorfe 10—20 Kinder täglich weg, nicht selten unterliegen ihr alle Kinder unter 8—9 Jahren. Die vorherrschendste Krankheit aber bleibt die Syphilis, an der nicht weniger als 10—15 Prozent der Bevölkerung leiden, meistens steigt dieser Prozentsatz bis 25—50 Prozent. So fand z. B. der Verfasser in dem Dorfe, wo er als Arzt wirkte, 25 Prozent der Bevölkerung evident syphilitisch, während bei noch 21 Prozent zweifelhafte syphilitische Erkrankungen vorlagen. Als Hauptpflanzstätte des syphilitischen Giftes betrachtet der Verfasser die in Kleinrussland sehr verbreiteten Zuckerfabriken, deren Besitzer, um billige Arbeitskraft leichter zu beschaffen, ausser den auch sonst in Russland in den Fabriken üblichen für beide Geschlechter gemeinschaftlichen Schlafstuben, den Arbeitern 2—3mal Schnaps und Abends Musik und Tanz anbieten. Was die Wohnungsverhältnisse betrifft, so sind die Bauernhäuser in der Ukraine über alle Massen klein und niedrig, so dass eine solche Hütte im Mittel ungefähr 30 Kmtr. Luft enthält, und da sie gewöhnlich 6—7 Personen beherbergt, so kommt auf die Person zirka 5—6 Kmtr. Luft, während das Minimum einer gesunden Wohnungsluft 60 Kmtr. pro Person betragen soll. Was die Mittelzahl der Bewohner eines Hauses betrifft, so beträgt sie in der Ukraine 7·5 — neben 5·5, die das dicht bevölkerte England aufzuweisen hat.

Nicht besser, ja viel schlimmer, steht es um die Nahrung, der auch die Hauptschuld an den meisten Krankheiten zuzuschreiben ist. Hauptbestandtheile der Nahrung sind: Gerste, Buchweizen, Kartoffel, Sauerkraut u. dgl., lauter stickstoffarme Nahrungsmittel. Weizenbrod, an dem die Ukraine so reich ist, ist trotzdem dem armen Mann ein fast nie zu erreichender Leckerbissen.

Nachdem der Verfasser in wenigen, aber charakterisirenden Worten die Leiden des armen Mannes, seine Ueberbürdung mit Arbeit u. s. w. gezeichnet hat, bemüht er sich, seinem Hauptbestreben Ausdruck zu geben, nämlich dem Volke eine „individuelle" Hygiène zu bieten, d. h. diejenigen Hauptregeln der Gesundheitspflege vorzuführen, die jeder Einzelne, unabhängig vom Staate, erreichen kann. Alsdann geht Dr. P. zur gesellschaftlichen Gesundheitspflege über. Als Sozialist ist er eo ipso der Meinung, dass eine radikale Besserung in der Hygiène des Volkes in der Ukraine, wie überall, nur mit der radikalen Umgestaltung der sozialen Verhältnisse eintreten kann. Dennoch liegt es auch in der Macht des jetzigen Staates, der jetzigen Gesellschaft, manche nothwendige Massregeln zu ergreifen, um dem völligen Niedergang der Volksgesundheit vorzubeugen. Als solche unumgängliche Massregeln, deren Initiative der jetzige Staat ergreifen sollte, giebt P. folgende an:

1. Eine besondere Fabrikanten-, Kapitalisten- und Arbeitgeber-Steuer soll zur Hebung der Gesundheits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter und zur Bildung einer Invalidenkasse für kranke und invalide Arbeiter aller Branchen (Lohn-, Fabrik-, Eisenbahn- und Landarbeiter) dienen.

2. Vermehrung des Aerztepersonals in den Semstwa in solchem Massstabe, dass ein Arzt wenigstens auf 10.000—15.000 Seelen der Bevölkerung kommen soll.

3. Einem jeden Arzte sollen von den Semstwa wenigstens 1500—2000 Rubel jährlich zur Beschaffung und Erhaltung von Apotheken in den Amtsbezirken bewilligt werden.

4. In einem jeden Amtsbezirke muss ein besonderes Spital für Syphilitische eingerichtet werden.

5. Die Semstwa haben aus ihrer Mitte besondere Funktionäre zu erwählen, die alle in ihrem Bezirke vor sich gehende Arbeiten zu überwachen haben (Arbeits- und Fabrikinspektoren).

6. Die Semstwa haben Kongresse zu veranstalten, auf denen Aerzte, Arbeitsinspektoren, Ingenieure, Agronomen u. s. w. Massregeln zur Regulirung der Arbeit berathen und ausarbeiten sollen.

7. Eine besondere Sanitäts-Kommission in jedem Semstwo hat die Gesundheit der Bevölkerung zu überwachen.

8. Die einzelnen Semstwa haben genaue statistische Erhebungen zu sammeln und zu publiziren über die Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse, über Sterblichkeits- und Geburtshöhe u. s. w.; diese Erhebungen müssen den anderen Semstwa zugestellt werden.

9. Eine jede Sanitäts-Kommission muss eine hygiënische Bibliothek und ein Laboratorium zur Verfügung haben.

Wir schliessen hiermit die Rezension des reichhaltigen, massvollen und lehrreichen Werkes, indem wir es ganz besonders den Herren Philistern aller Schattirungen empfehlen, die nicht müde werden, in allen Tonarten — und meistens nach fremder Melodie — von den „zerstörenden“ Tendenzen der Sozialisten überhaupt und der russischen (vulgo Nihilisten) insbesondere zu singen. Sie werden finden, dass der russische Sozialist Dr. Podolinsky nichts „zerstören“, sondern ganz rationell „verbessern“ will. Oder ist die Hebung der Gesundheit des armen Mannes schon an und für sich eine Zerstörungsarbeit?! Wer weiss! — Die Philister-Logik und die Philister-Moral ist ein gar dunkel Ding! T.

~~~~~~~~~

Délégation française ouvrière libre à l'Exposition universelle de Philadelphie. Rapport d'ensemble. Paris. Union des travailleurs, 47 rue de Cléry, et chez Mme Morel, rue Bonaparte 83. Prix: 2 F. 50.

Um ein richtiges Verständniss der Tragweite dieses Buches zu ermöglichen, sind zuvörderst einige historische Bemerkungen über die französischen Arbeiterdelegationen an den Weltausstellungen nothwendig.

Der Oekonomist Adolph Blanqui war der erste, der gelegentlich der Londoner Weltausstellung von 1851 den Gedanken der Absendung solcher Delegationen anregte. Es bildete sich darauf ein Komité aus Publizisten, das zu diesem Behufe eine Subskription eröffnete. Fünfzehn, von den Arbeitervereinen gewählte Delegirte gingen nach London. Die einzelnen Berichte derselben hatten einen fast ausschliesslich industriellen Charakter,
~~~~~~~~~

waren aber nichtsdestoweniger von einem tief demokratischen, wenn nicht sozialistischen Geiste durchdrungen. In ihrem gemeinsamen Bericht bestrebte sich die Delegation, die Brüderlichkeit der Völker besonders zu betonen. „Wenn manche Regierungen" — heisst es da u. A. — „so unverständig sind, dass sie sich gegenseitig hassen, so müssen die Völker ein Beispiel der Klugheit geben und den Frieden, den universellen Frieden fordern!"

An der Pariser Ausstellung von 1855 war abermals eine Arbeiterdelegation vertreten, die jedoch in jener Zeit des bonapartistischen Terrorismus unbedeutend sein musste und auch war.

Die französische Arbeiterdelegation an der Londoner Ausstellung vom Jahre 1862 war viel bedeutender und erfolgreicher, trotzdem sie von dem Prinzen Napoleon noch protegirt war. (Dieses gab Anlass zu der bekannten Verleumdung der Internationale.) Von allen Theilen Frankreichs wurden Delegirte, 750 an der Zahl, nach der Ausstellung geschickt. Die Berichte waren zahlreich und manche von ihnen bemerkenswerth.

Die kaiserliche Regierung suchte in der Delegation an der Pariser Ausstellung von 1867 die Oberhand zu bekommen. Allein diesmal zeigten sich die Arbeiter weniger geschmeidig. Selbst diejenigen von ihnen, die die offizielle Protektion angenommen hatten, arbeiteten in den berühmten Zusammenkünften in der „Passage Raoul" ein sehr freisinniges und fortgeschrittenes demokratisches Programm aus, in dem aber gleichwohl, man muss es offen sagen, von dem Sozialismus nicht viel zu merken war. Die wahren Sozialisten hatten jedwede offizielle Gönnerschaft von sich gewiesen und freie Delegationen nach der Ausstellung gesandt.

Die bedeutendste Arbeiterdelegation indessen war die von 1873 an der Wiener Ausstellung. Frei von jeder gouvernementalen Gönnerschaft, publizirte sie, als Ausdruck der Wünsche der Arbeiterklasse, 82 sehr lehrreiche Berichte, und wenn sie sich in den Grenzen des gemässigten Sozialismus bewegte, setzte sie doch auf ihr Programm die Aufhebung des Lohnsystems. *)

Und nun kommen wir zu der freien französischen Delegation an der Philadelphiaer Ausstellung. Diese Delegation war von 60 Pariser Arbeitervereinen abgesandt und hatte also einen ausschliesslichen Pariser Charakter.

Die Initianten hatten von Anfang an die öffentliche Meinung für sich. Der Pariser Munizipalrath votirte für seinen Theil an der Subskription 30,000 Franken. Die radikalen Mitglieder des Parlaments verlangten von demselben zu diesem Zweck 100,000 Franken. Das Parlament nahm den Antrag an, jedoch als Subvention für die durch die Regierung zu bewerkstelligende Absendung von Arbeiter- und Bauerndelegationen nach der amerikanischen Ausstellung. Die Pariser Arbeiter lehnten die Annahme dieser Beschränkung ab und verzichteten öffentlich auf die Subvention. In Folge dessen liess sich der Minister der öffentlichen Arbeiten zu einer Konzession herbei, indem er erklärte, die Arbeiter sollten in der Wahl ihrer Delegirten vollkommen frei sein. Unter den Auspizien Louis Blanc's sollte behufs Schlichtung der Differenzen eine Zusammenkunft stattfinden. Allein die Delegirten lehnten dies ab, indem sie kurz und

*) Ausführlich dargelegt im „Rapport d'ensemble des délégués à l'Exposition de Vienne", sowie in der „Histoire du socialisme" von B. Malon.

bündig die Einzahlung eines Theiles der Subskription bei ihrem Komite verlangten, und damit wurden die Verhandlungen abgebrochen.

15 freie Delegirte reisten nach Amerika ab, und es erschienen von ihnen 19 Einzelberichte, sowie ein Gesammtbericht. Die Kommission für den letzteren war zusammengesetzt aus: A. Corsin, L. Guérin, Hermann, Sarnel, Amand und Frl. André. Amand starb inzwischen; Frl. André demissionirte. Die Kommission, die nun aus 4 Mitgliedern bestand, wählte Bürger Corsin zu ihrem Berichterstatter. Die Arbeit des Letztern ist es, die wir vor Augen haben.

Dieser Gesammtbericht beginnt mit einer sehr interessanten geschichtlichen Darstellung der Delegation. Dann kommt eine geschickt getroffene Auswahl von Auszügen aus den 19 gewerblichen Berichten. Daran reihen sich interessante Betrachtungen über den unter dem Namen „the granger" bekannten landwirthschaftlichen Verband. Die Schlussfolgerungen endlich sind gut abgefasst und offen sozialistisch. Die Delegirten der 60 Pariser Verbindungen fordern offen und laut die Kommune und erklären sich mit allen Hauptprinzipien des Kollektivismus einverstanden. Einige Auszüge sollen dies bestätigen.

„Gewiss, wir begrüssen in der unsterblichen Revolution von 89 das Morgenroth der Völkerbefreiung; wir sehen mit Genugthuung, dass sie die alte Welt zerstörte, indem sie an die zwei übermüthigen und heuchlerischen Mächte — an den Adel und den Klerus — Hand gelegt hat. Allein die thatsächliche Folge der Revolution war einzig die Absetzung dieser zwei Stände zu Gunsten eines dritten — des Tiers-Etat, mit anderen Worten: der Bourgeoisie.

„Die unsterblichen Prinzipien, die im J. 89 proklamirt worden waren, sind blos Theorie geblieben; die allen Bürgern garantirte Rechtsgleichheit ist noch eine pure Lüge. Das auf der brutalen Gewalt fussende Autoritätsprinzip hat bis jetzt noch immer die Oberherrschaft gehabt und dem Regierungsprinzip, mochte dieses monarchisch oder republikanisch heissen, zum Leitfaden gedient.

„Dieses erklärt uns den immer wachsenden Antagonismus, der nothwendigerweise zwischen dem Volk und der Bourgeoisie obwaltet, welche das Proletariat in willkürlicher Weise, einzig kraft des Geldes, beherrscht.

„Proletarier! Vergleicht die drei Revolutionen von 1830, 1848 und 1871 und Ihr werdet zu der Ueberzeugung kommen, dass dieser Antagonismus existirt; Ihr werdet die sozialistische Tragweite dieser Revolutionen an der Blutgier, die sich in den gegen die Besiegten geübten Repressalien äusserte, messen können; Ihr werdet endlich begreifen, dass wenn die Massakrirungen der blutigen Woche in der Geschichte Nichts finden, das sich mit ihnen an Barbarei messen könnte, dies daran liegt, dass die Bourgeoisie zu der Einsicht gekommen war, die Pariser Kommunerevolution könnte ein Programm zur Folge haben, das die Verallgemeinerung des Eigenthums forderte und ihre (der Bourgeoisie) Privilegien, sowie ihre Autorität verletzte.

„Und dann werdet Ihr euch darüber klar sein, warum diese Bourgeoisie gegen die Kommunekämpfer unerbittlich war.

„Diese Zusammenstösse zwischen den zwei Parteien der heutigen

Gesellschaft, zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, das ist der Krieg, den die Bourgeoisie dem Proletariat erklärt hat, und der für Jene ein Kampf um das persönliche Interesse, für das Proletariat aber ein Kampf um das soziale Leben oder den sozialen Tod ist. Die Entscheidung steht vielleicht nahe bevor. Zur Einigkeit also! zur Solidarität! und nur zur Solidarität, wenn wir daraus als Sieger hervorgehen wollen!" (Vorrede zum „Rapport d'ensemble".)

„Die Interessen dieser privilegirten Kaste sind denen des Proletariats entgegengesetzt. Dieses hat von ihr nur Füsilladen und Deportationen zu erwarten. Es muss mit ihr vollständig brechen, wenn es eine Arbeiterpartei bilden und die Herrschaft des vierten Standes, d. h. die von den vereinigten Arbeitern auszuübende Herrschaft der sozialen Gleichheit vorbereiten will.

„Auch denken wir, ohne es als Heilmittel gegen alle unsere Gebrechen hinstellen zu wollen, dass wir mit aller Kraft dahin streben müssen, eine Arbeitervertretung im Parlament zu erlangen; die mit dem Deputirtenmandat verbundene Unverletzlichkeit wird den Vertretern des Proletariats gestatten, zu zeigen, wie die Massen mit dem Elend und dem Hunger kämpfen müssen, und der kapitalistischen Bourgeoisie entgegenzurufen: „Ihr seid die Vertreter des selbst- und habsüchtigen Individualismus, ihr knechtet uns mittels des Kapitals, desselben, das durch unsern Schweiss erzeugt wird. Unsere Arbeit ist es, die euren Reichthum schafft, und ihr geniesset, wenn wir darben! Diese soziale Ungerechtigkeit muss aufhören. Krieg dem Individualismus! Krieg dem Kapitalismus!" (Rapport d'ensemble, p. 152.)

„Das Volk war es, das die Niederwerfung des Adels und des Klerus im J. 89 ermöglichte; unglücklicherweise aber hat diese Revolution nur der Geldsacksbourgeoisie genützt, die nun die vierzehnhundertjährige Herrschaft der Kutte und des Degens selbst übernommen.

„Jetzt, Proletarier, ist die Reihe an uns, unsere Revolution zu machen — die der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, des Rechts gegen die Gewalt, der Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit, der Vernunft gegen Irrthum und Vorurtheil — kurz, die Revolution zu Gunsten der Arbeiter gegen das Schmarotzerthum und die unwürdige Ausbeutung des Menschen durch den Menschen . . . Der Mensch von seinem Nächsten ausgebeutet! — welch' eine Schande! welch' eine soziale Verirrung!

„Einerseits Derjenige, der Alles erzeugt, darbend und in Knechtschaft, andererseits der Müssiggang und das Schmarotzerthum in voller Herrschaft und die Kapitalbesitzer, vollgepfropft mit Gold, den Produzenten entgegenrufend:

„Stillgeschwiegen, ihr Armen!

„Proletarier vom Land! Proletarier aus der Stadt! Gegen dieses grosse Uebel bedarf es eines grossen Heilmittels, und das einzige, das die Gesellschaft zu heilen vermag, ist die Rückkehr zum Kollektiveigenthum an Grund und Boden, sowie an den Arbeitsinstrumenten; ausser dieser Lösung ist Alles nur Palliativmittel, das die Krankheit in die Länge zieht, ohne sie zu heilen." (Rapport d'ensemble, 161—162.)

Nach langem Herumtappen stellt also der kämpfende Theil des französischen Proletariats in seinen Berichten, wie auf seinen Kongressen, in Büchern und Zeitungen die Grundlagen eines gemeinsamen kollektivistischen Programms auf. B. Malon.

Rapports industriels des délégués ouvriers du Département du Rhône à l'Exposition universelle de Paris, 1878. Lyon, Imprimerie H. Albert. 1442 S.

Wir hatten schon oben Gelegenheit, die besondere Sachkenntniss hervorzuheben, welche die französischen Arbeiter in ihren Berichten über die verschiedenen Weltausstellungen, die seit 1851 nacheinander in Paris, London, Wien und Philadelphia stattfanden, an den Tag gelegt haben. Die uns vorliegenden Berichte der Arbeiterdelegirten des Rhonedepartements bestätigen unser Urtheil auf's Neue.

Dieser starke Band enthält Bericht von über 40 Professionen, die durch 80 Delegirte — darunter 4 Frauen — vertreten waren.

Wir haben hier nicht die eigentlichen industriellen Berichte zu behandeln, die fast alle gut abgefasst sind, und deren Studium jedem Industriellen nur anzurathen ist. Die Delegirten haben aber diesem industriellen Bericht einen sozialen Bericht folgen lassen, wo sie ziffernmässig die Unzulänglichheit der Löhne nachweisen und die Mittel erörtern, vermöge deren die allgemeine Lage der Proletarier verbessert werden könnte. Sie sind im Allgemeinen in ihren Forderungen, die kaum über das Programm der französischen Radikalen hinausgehen, sehr mässig: Vollständige Rede-, Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. — Besondere Begünstigung der Produktivassoziationen. — Gewinnbetheiligung der Arbeiter. — Demokratische Steuerreform. — Amnestie. — Allgemeiner, Allen gesicherter konfessionsloser Unterricht und berufliche Erziehung. — Wahl von Arbeitern in das Parlament. — Alterversorgungskassen. — Abschaffung des Faktor(Zwischenunternehmer)wesens etc.

Ganz besonders freut es uns aber, konstatiren zu können, dass die Lyoner Proletarier unbedenklich für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten.

Die nachfolgenden Auszüge werden den sozialistischen Geist, der die Lyoner Delegirten erfüllt, am besten kennzeichnen:

„Um demnach die in ihren Beschlüssen entwickelte allmälige Umgestaltung zu erleichtern und in's Werk zu setzen, fordert die Kommission für den gemeinschaftlichen Bericht, als Vertreterin der in den Berichten enthaltenen Ideen, von unsern Gesetzgebern:

„Das Vereins- und Versammlungsrecht; die Pressfreiheit, und als Konsequenz derselben die Abschaffung aller einschränkenden Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Reglements u. s. w. Dann werden sich allmälig alle in den Berichten entwickelten gesetzlichen Abänderungen bewerkstelligen lassen

und alle Schwierigkeiten verschwinden, welche die Lösung der politischen und sozialen Fragen verzögern.

„Eine gedrängte Aufzählung der hauptsächlichsten Reformen wird eine Idee von ihrer Bedeutung geben. Wir verlangen die Abschaffung des Gesetzes vom 17. Juni 1791; der Artikel 291, 292, 293, 294 des Code pénal, der Artikel 414, 415, 416 desselben Gesetzbuches; des Gesetzes vom 10. April 1834; des Gesetzes vom 6. Juni 1868 über die öffentlichen Versammlungen und des Gesetzes vom 22. Juni 1854 über die Arbeitsbücher.

„Abänderung der Gesetze über die Gewerberäthe, d. h. Wahl der Gewerberäthe auf Grund des an eine halbjährige Niederlassung geknüpften allgemeinen Stimmrechts; Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten durch die Gewerberäthe; Vermehrung der Gewerberäthe und Gewerbegerichte im Verhältniss zu den Bedürfnissen der Industrie; Verweisung aller derjenigen Interessirten, welche ausserhalb des Rahmens der Gewerbegerichte stehen, besonders der Lokomotivführer und -Heizer, auf das gemeine Recht; Ermässigung der Gerichtskosten; Vereinfachung der Rechtsformen; ausreichende Entschädigung der Gewerberäthe, Erweiterung ihrer Rechtsbefugnisse bezüglich der Summe, über welche sie ohne Appell entscheiden können; Berechtigung der minderjährigen Arbeiter, die keine Eltern oder Vormünder haben, sich durch einen andern Arbeiter vor dem Gewerbegericht vertreten zu lassen.

„Entschädigung aller auf Wahl beruhenden Funktionen; Ueberweisung der Hälfte aller Funktionen der bei nationalen und internationalen Kongressen einzusetzenden Preisgerichte an von ihrem Gewerk gewählte Arbeiter. Aufhebung aller Monopole der grossen Gesellschaften, besonders die sie im Widerspruch mit dem gemeinen Recht ihren angestellten Arbeitern gegenüber haben. Schaffung eines Gesetzes über die Lehrkontrakte, welches deren Innehaltung durch Berechtigung des verletzten Theils auf Schadenersatz garantirt. Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1874 über die Kinderarbeit in Fabriken, Werkstätten etc., d. h. Ueberweisung der Hälfte aller Beaufsichtigungsfunktionen an von ihren Berufsgenossen zu wählende Arbeiter; Abänderung des Gesetzes vom 5. Juli 1844 über die Patente, d. h, Abschaffung des Verfalltermins und der Deponirungskosten, genauere Fassung des Textes, um widersprechende Entscheidungen des Kassationsgerichtes zu verhindern. Abschaffung aller Pressreglements und der mit ihnen in Verbindung stehenden Beschränkungen. Eine parlamentarische Untersuchung über die Arbeit in Gefängnissen, religiösen Gemeinschaften und die Arbeitsverhältnisse Frankreichs im Allgemeinen, unter Hinzuziehung von je einem — von seinen Kollegen gewählten — Arbeiter für jeden Beruf, der berathende Stimme hat. Vollständige Amnestie für alle unsere wegen politischer Vergehen verurtheilten Brüder." Endlich eine unendliche Reihe den vorhergehenden an Billigkeit und Bedeutung gleicher Abänderungen, die in ihrer Gesammtheit die Forderungen des Proletariats ausmachen. In dieser Zusammenstellung sind wohl verstanden alle in den Resumé's enthaltenen Reformvorschläge, besonders aber die, welche den allgemeinen und gewerblichen Unterricht betreffen, aufgeführt.

. . . . „Was die Frauen anbetrifft," heisst es weiter, „so müssen wir freie Bürger nach dem Mass unserer Kräfte dazu beitragen, ihnen die

Unabhängigkeit, auf die jedes menschliche Wesen ein Recht hat, zu verschaffen.

„Der Mann macht Gesetze zu seinem Vortheil, und die Frau ist gezwungen, sich ihnen zu unterwerfen. Genug der Entsagung. Hören wir auf, die Frau als den Paria der Gesellschaft zu behandeln, unsere Würde fordert es.

„Begehen wir nicht länger das Verbrechen gegen die Natur, der Mutter weniger Rechte als dem Sohn zu gewähren. Konzentriren wr unsere Anstrengungen darauf, die Vorurtheile zu zerstören, die über unsere Gefährtinnen verbreitet sind, und ermöglichen wir es diesen, sich zu bilden und vermöge ihrer Arbeit unabhängig zu leben; erleichtern wir ihnen den Zutritt zu allen Berufen, zu denen sie die nöthigen Fähigkeiten besitzen; wir müssen uns daran gewöhnen, die Frau als Genossin, nicht als untergeordnet zu betrachten.

„Frauen des Volkes, es hängt nur von Euch ab, Euer Loos zu ändern; erkennet Eure Rechte und fordert sie mit Ausdauer; wir aber, republikanische Proletarier, stehen wir unsern Schwestern bei, und unterstützen wir sie in ihren gerechten und berechtigten Forderungen. Erinnern wir uns namentlich, dass wer die Frau emanzipirt, die kommende Generation befreit, d. h. den Mutterschooss republikanisirt."

(S. 59. Der Berichterstatter: Deschamps, Lokomotivführer.)

„Ein Deputirter (Gambetta) hat einst gesagt: „Es gibt keine soziale Frage". Dieser Mann hat sich zweifelsohne um einige Generationen geirrt; später vielleicht, wenn es infolge unserer Anstrengungen kein Proletariat mehr gibt, wenn Jedermann von der Geburt an Brod, gesetzlichen Schutz und eine Zufluchtsstätte für sein Alter findet, wenn Produktion und Konsumtion sich im Gleichgewicht befinden werden, wenn es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, wenn es endlich auf dem Erdboden, auf dem wir wandeln, keine Unglücklichen noch Hungrigen mehr gibt, dann wird man auch sagen können, es gibt keine soziale Frage."

(Die Kommission für den gemeinsamen Bericht.)

„Stellen wir zunächst klar und deutlich das Ziel fest, das wir zu erreichen streben. Es besteht in:

„Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

„Vollständige Befreiung der Arbeiter.

„Und ebenso rund und nett wollen wir auch das Mittel nennen, denn es gibt nur eines: Die Assoziation.

(S. 924. Joseph Vitte, Delegirter der Gerber und Lederzurichter.)

„Wir erstreben die soziale Republik mit ganzer Seele, weil wir leiden, weil es für uns weder Recht noch Gerechtigkeit gibt, weil, obwohl nur wir produziren und wir daher Alles im Staate sind, wir in Wirklichkeit nur Arbeitsinstrumente sind, die zu Gunsten der grossen Kapitalisten funktioniren.

„Wir wollen die Republik, denn sie ist die Regierungsform, die uns besser als jede andere ermöglicht, unsere Lage zu verbessern und jeden Missbrauch auszumerzen. Wenn indess das Volk seine Leiden vergisst und sein Leben opfert, so geschieht das sicher nicht für das lächerliche Vergnügen,

einige formale Veränderungen vorzunehmen; nicht der blosse Name der Republik ist sein Streben, sondern wir wollen soziale Garantien; denn sollen wir an diese republikanische Regierungsform glauben, so muss sie in ihrer Folge unser Ziel, Gerechtigkeit und Freiheit, bringen, anderenfalls würden wir eine Vertrauensseligkeit an den Tag legen, wie man sie selten findet."
(S. 1111. Morand und Communa, Delegirte der Drathgewebearbeiter.)

B. Malon.

Hromada, recueil oukrainien, rédigé par Michel Dragomanow. Nr. 4. Genève, H. Georg. 1879.

Es würde sich gewiss der Mühe verlohnen, das reichhaltige 4. Heft dieser kleinrussischen Zeitschrift, die von dem im Fache der kleinrussischen Geschichte und Literatur kompetenten ehemaligen Professor Dragomanow redigirt wird, genauer zu besprechen. Allein dies würde uns zu weit über den Rahmen einer Rezension hinausführen, und so begnügen wir uns denn, nur einen Artikel zu besprechen, den wir als den bemerkenswerthesten betrachten. In dem Artikel betitelt: „Schewtschenko, die Ukrainophilen und der Sozialismus" finden wir einen kurzen historischen Ueberblick über die Entwickelung des sozialistischen Gedankens in Grossrussland, dem ein Ueberblick über den Gang desselben in Kleinrussland parallel nebenhergeht. Der Verfasser beginnt damit, dass er der herkömmlichen Meinung, Russland sei historisch jünger als die übrigen europäischen Staaten, entgegentritt und behauptet, dass Russland gleichzeitig mit dem übrigen Europa sein geschichtliches Leben begonnen habe. Der Unterschied zwischen ihm und Europa bestände nur darin, dass eine jede Entwickelungsstufe in Russland nicht von denselben Folgen begleitet wurde, wie in Europa. Letzteren Umstand erklärt Dragomanow durch zwei Faktoren, die in Europa nicht mitwirkten: 1) Durch den Einfall und die Herrschaft der Mongolen und 2) durch die Kämpfe um „Sammlung der Länder". (Unter Letzterem versteht man in der russischen Geschichte die Epoche der Kämpfe um die Konzentrirung und Verschmelzung der vielen Fürstenthümer und Länder zu einem einheitlichen Reiche.) Die Einfälle der Mongolen und die Kämpfe um die „Sammlung der Länder" hatten zur Folge: 1) Den Niedergang der Städte und des städtischen Handwerkerstandes; 2) das Aufleben des Feudalismus infolge Verschenkungen von Land und des darauf ansässigen Volkes an den Beamtenadel und die sich dadurch vollziehende endgiltige Festbannung des Bauern an Grund und Boden (Leibeigenschaft), — dies zu einer Zeit (XVI.—XVIII. Jahrh.), wo überall in Europa die Befreiung der Leibeigenen begonnen hatte —, was wiederum das Gedeihen und Wachsen der Städte beeinträchtigte; endlich 3) das Anwachsen der Gewalt der Zaren mit ihrer Bureaukratie, die vereint jedem Fortschritt hemmend entgegentrat, jede freiheitliche Bewegung unterdrückte.

Infolge des Niederganges der Macht der Städte konnte der Protest gegen den Druck von oben nur von der Landbevölkerung ausgehen, und dieser Protest fand seinen prägnantesten Ausdruck im Kosackenthum; der

Kampf gegen die Gewalt von Oben konnte aber, eben infolge der Abwesenheit des revolutionären städtischen Elementes, nicht die Gestalt der revolutionären Bewegungen annehmen, wie es die anderen europäischen Länder im XVI.—XVII. Jahrhundert mit ihren entwickelten Städtebevölkerungen aufweisen, sondern fand seinen Ausdruck in den Aufständen für die „vorstädtische Zeit" — wenn es noch für die „vorzarische Zeit" wäre! — aber die Devise hiess: „Für den Zar gegen die Bojaren" (Grossen, Adel, Beamten), d. h. das Volk kämpfte gegen die Folgen und für die Ursache (Zarengewalt). Es waren dies Aufstände, die auf keinem klaren Gedanken basirten, kein bewusstes Ziel systematisch verfolgten und Leute zu Führern hatten, die ausser ihrer todesverachtenden, verwegenen Kühnheit meistens wenig andere Eigenschaften aufzuweisen hatten, am allerwenigsten überragenden Geist, — oft waren es nur „prächtige Jungen", wie sie in der Volkspoesie besungen werden. Solche Erhebungen waren von vorneherein hoffnungslos — nicht nur, weil sie nicht siegen konnten, sondern, und darauf legt der Verfasser das Hauptgewicht, — weil sie nicht einmal ein irgendwie lebensfähiges Ziel hinterlassen konnten. Der letztere Umstand dient Dragomanow als Hauptunterschied zwischen den Aufständen des russischen Volkes und den Revolutionen in Europa. Als Typus solcher Aufstände führt er den bedeutendsten derselben an — den Aufstand unter Stenka Rasin im XVII. Jahrhundert „für den Zaren gegen die Bojaren". Der Aufstand Pugatschow's hundert Jahre später, unter der Regierung Katharina II., war schon viel rationeller, da unterdessen die Kultur und der Geist der Raskolnik'schen *) Lehren zivilisatorisch eingewirkt hatten in demselben Sinne, wie es die Reformationsbewegungen in Europa gethan hatten. Allein auch hier fehlt, nach der Ansicht Dragomanow's, wiederum die Entwickelung des Städtelebens und der städtischen Wissenschaft und erschwert so den Vergleich der Sektirer-Bewegung mit den Reformations-Bewegungen. Während die Reformation in den Republiken der Schweiz, Holland's u. s. w. ihren Hauptstützpunkt findet, legen die raskolnikisch-kosakischen Gemeinden ihre Hoffnung auf Jemelka Pugatschow, der, nach seinem eigenen Ausspruch, nur im Trüben fischen wollte. Seinem Wesen nach ein Bauernaufstand, religiös-altgläubisch gefärbt, war die Erhebung des usurpatorischen „Zaren" Pugatschow nach Dragomanow noch weit reaktionärer, als der Aufstand der deutschen Bauern und Mystiker des XVI. Jahrhunderts, und schon deshalb allein musste er unterliegen, weil er weder die nicht „altgläubigen", noch diejenigen Elemente zu sich heranzuziehen vermochte, die schon von dem damals wieder aufkeimenden europäischen Städteleben fortgerissen wurden. Wie der Leser wohl aus den letzten Ausführungen ersehen hat, akseptirt der Verfasser hier Lassalle's Standpunkt in Betreff des Bauernkrieges. Lassalle betrachtet bekanntlich die Bauernkriege als eine reaktionäre Bewegung, weil sie die Handwerker und Städtler ignorirten. Hier folgt eine kurze Uebersicht der revolutionären Entwickelung des europäischen Bürgerthums, die dem Priesterthum die Wissenschaft, der Aristokratie das Kapital, die Macht entreisst und von letzterer auch den Freiheitsgedanken sich aneignet. In der weiteren

*) Das russische Sektirerthum.

Entwickelung des europäischen Kulturlebens tritt uns endlich Ausgangs des XVIII. Jahrhunderts der vierte Stand entgegen, der sich nun anschickt, das Erbe der Bourgeoisie anzutreten. Anknüpfend an diesen Ueberblick des Entwickelungsganges in Europa zeigt uns der Verfasser, wie sehr damals die Entwickelung der Dinge in Russland zurückbleiben musste, kraft der Abwesenheit der progressiven Elemente des Städtelebens. Mit der Pugatschew'schen Erhebung hören die Massen-Aufstände des „schwarzen Volkes", der Ackerbau treibenden Leibeigenen auf, die Städtebevölkerung wiederum organisirt sich dann in Russland nicht nach eigner Initiative, sondern nach den Reglements der Bureaukratie und dazu noch auf der Leibeigenschaft basirend. Ausserdem rekrutirte sich der Handwerkerstand grösstentheils aus Ausländern, die seit Peter I. angelockt wurden durch Monopolien und Privilegien und infolge dessen auch ein sehr konservatives, den Gewalthabern ergebenes Element abgaben. Die Bildung fand, infolge Niederhaltens aller andern Stände, nur im Beamtenadel einigen Eingang — ein Adel, der dem Zaren und seinen Günstlingen Lakaiendienste verrichtete, das niedere Volk, seine Leibeigenen, exploitirte und quälte. Die Zarenfaust liess keinen freiheitlichen Adelstand aufkommen, von dem man eine Revolution, ja nur ein freies Wort erwarten konnte. Und so sehen wir, dass keine einzige Stufe der gesellschaftlichen Entwickelung in Russland von den Resultaten begleitet wurde, die sie im übrigen Europa hervorgerufen. Die Aristokratie hatte nicht den Begriff der ritterlichen Tugenden — Ehre, persönliche Freiheit — zur Folge, die Kirche trug nichts zur Entwickelung der Wissenschaft und des Gedankens bei, die staatliche Einheit, das Zarenthum gab nicht die Gleichheit. Erst zu Ende des XVIII. Jahrhunderts finden europäische Kultur und europäische Wissenschaft allmäligen, langsamen Eingang bei wenigen Adligen und in den Städten und bringen erst nach 80 Jahren Früchte in Form der Bauernemanzipation von 1861 und der unglücklichen Reformen Alexander's II. — Dies der Boden, auf den der Samen des Sozialismus in Russland aus der europäischen Literatur in den Dreissiger Jahren verpflanzt wurde. Lange Zeit hindurch konnte der sozialistische Gedanke nicht recht Fuss fassen und begnügte sich mit dem Gedanken an die Befreiung der Bauern, welche auch erst dann verwirklicht wurde, als der Zar selbst sich dafür erklärte. Die ersten Sozialisten setzten grosse Hoffnungen auf den Zaren, so z. B. richtete Martjanow einen „Brief an Alexander II." als an einen „Volks-Zaren". Allein der „Volkszar" entsprach nicht den gehegten Erwartungen, und so wandte sich Bakunin an das „Volk" und „wallfahrte zum Grabe Pugatschow's". (Die Bissigkeit, mit der Dragomanow diese „Phantasieen" lächerlich zu machen sucht, ist wohl wiederum auf seine Ansicht vom Pugatschow'schen Aufstand als von einer reaktionären Bewegung zurückzuführen. . . .) In der folgenden Entwickelungsphase der sozialistischen Idee in Russland, die mit den Siebenziger Jahren beginnt, kann der Verfasser nicht umhin, im Vordergrund wiederum nur den guten Willen, das gute Herz zu sehen, das für des Volkes Wohl stürmisch schlägt, das aber auch „glaubt", die Sachen stehen so, wie dieses Herz es „will". Dragomanow erblickt in diesem Standpunkte Ueberbleibsel theologisch-metaphysischer (!) Anschauungen vom Gange der Geschichte, wobei auch der Zusammenhang zwischen der Entwickelung des

Sozialismus und derjenigen des Städtelebens, das in Europa hervortritt, zu sehr ignorirt worden wäre. Er will hiermit nicht der Ansicht beitreten, dass Russland unvermeidlich alle Entwickelungsphasen durchmachen müsse, die das fortgeschrittene Europa schon hinter sich hat, und dass die russischen Sozialisten etwa nicht recht thun, den progressivsten Ideen nachzustreben, wollte vielmehr nur auf historische Facta hinweisen, die nicht übersehen werden sollten, am allerwenigsten von Verfechtern der Volkssache, denen es nicht zukommt, das zu sehen, was sie sehen „wollen", anstatt dessen, was „ist". Illusionen sind hier am gefährlichsten, und die russischen Sozialisten, die da wähnten, durch ihre „Posaunen die Mauern Jericho's zu stürzen", haben dafür ein theures, ein zu theures Lehrgeld zahlen müssen, als sie voller Hoffnung „unter das Volk" gingen und von denselben Volks-Elementen achselzuckend zurückgewiesen und nicht verstanden wurden, die im XVII.—XVIII. Jahrhundert das Hauptkontingent zu den Aufstandsheeren Rasin's und Pugatschow's geliefert — nämlich von der Landbevölkerung. Als man davon zurückkommen musste, „unter das Volk" zu gehen, direkt im Volke zu agitiren, da theilten sich die Meinungen der Sozialisten, und derjenige Theil derselben, der sich mit dem blossen Verkünden der sozialistischen Ideen nicht begnügen mochte, den es zu Thaten drängte, schloss sich den Konstitutionalisten an, während der andere Theil, der an dem Prinzipe der Thätigkeit im Schoose des „Volkes" festhielt, immer mehr eine nationale Färbung annahm, wie dies, nach der Meinung des Herrn Dragomanow, aus seinem Organe „Semlja i Wolja" zu ersehen sei. Wenn diese Letzteren konsequent weitergingen, so stände eine ganze Reihe rein willkürlicher Aufstände, die nicht nur der Form, sondern auch dem Wesen nach die westeuropäischen sozialistischen Ideen immer mehr in den Hintergrund drängen würden, in Aussicht. Unter den Hauptgründen, die nach Dragomanow diese Abbiegung der russischen Sozialisten in die nach seiner Meinung „dumpfe Gasse" veranlassen, führt er wiederum den Umstand an, dass in Russland der Boden für die sozialistische Idee sowohl theoretisch wie praktisch noch nicht reif wäre, es fehle eben an einer gehörigen Entwickelung der städtischen Handwerker- und Fabrikelemente. Der Verfasser zweifelt aber durchaus nicht, dass die Entwickelung des Sozialismus auch in Russland ihren naturgemässen Gang nehmen wird, wie in Westeuropa, da ja das Leben in Russland, gut oder schlecht, sich immer mehr auf europäischer Basis ausbaut. Es hat schon „Städter" und mit ihnen Wissenschaft und Industrie aufzuweisen. Unter den entwickelteren städtischen Arbeitern tauchen schon Sozialisten auf. Regierung, Geldaristokratie und Fabrikanten helfen dem Aufkommen der sozialistischen Lehre wacker — wenn auch gegen ihren Willen. Sobald er in der städtischen Bevölkerung festen Boden gewonnen haben wird, geht der Sozialismus auch auf das Landvolk über, wo er sich dann auf denselben Grundlagen aufbauen wird, wie in den Städten — auf dem Boden der Wissenschaft, der Irreligiosität und der freien Gedanken, und er wird nicht in die Fusstapfen Rasin's, Pugatschow's u. A. treten.

Wie der Leser wohl sieht, haben wir vor uns keine besonders originellen, neuen Gedanken. Auch würde sich wohl Manches auf die Ausführungen des Herrn Dragomanow entgegnen lassen, namentlich was einige

Details anbetrifft. Allein dies kann nicht unsere Aufgabe an dieser Stelle sein. Wir könnten eigentlich hiermit unsere Rezension schliessen, wenn uns der Verfasser nicht durch den Ton einiger seiner Ausführungen zu einigen Bemerkungen veranlasste. Vor Allem berührt es unangenehm, dass er es nicht über sich bringen kann, in seiner Kritik der Thätigkeit der „grossrussischen" Sozialisten das Persönliche ausser Spiel zu lassen, und zu oft einen nicht ganz angemessenen ironisirenden Ton anschlägt. Dass er dabei sein beliebtes Steckenpferd „Moskowiterthum", „Grossrussenthum" und tutti quanti besteigt, ist noch eher zu verzeihen — er glaubt einmal daran —, als die rein persönlichen Ausfälle gegen einen bekannten russischen sozialistischen Gelehrten. Auch suchen wir vergebens eine Antwort auf die sich aufdrängende Frage: Que faire? Wenn der Verfasser dieselben Ziele verfolgt wie die russischen Sozialisten — die Anbahnung einer gerechteren gesellschaftlichen Ordnung, wenn er dabei aber die Wege, die die russischen Sozialisten wandeln, als nicht zweckentsprechend erachtet, so sollte man doch von ihm erwarten, dass er uns andere Wege verzeichne. Allein dies ist leider nicht der Fall. Oder sollte er etwa der Ansicht sein, die russischen Sozialisten sollten die Hände in den Schoos legen und abwarten, bis das städtische Element, die Grossproduktion, der Kapitalismus anwachsen und den Boden für den „europäischen" Sozialismus reif machen? Und dies Angesichts des schrecklichen ökonomischen und staatlichen Druckes, des grausamen Henker-Despotismus, der in Russland herrscht!? Eben in diesem Drucke ist nach unserer Meinung die Ursache zu suchen, dass die russischen Sozialisten nicht konsequent ein bestimmtes Ziel verfolgen konnten und ihre Bahnen so oft ändern mussten, — der unerhörte Despotismus lässt ihnen einerseits keine Musse zur Ausarbeitung und konsequenten Verfolgung eines bestimmten Zieles und drängt ihnen anderseits den Dolch und die Pistole in die Faust. Bedauern müssen wir es auch, dass Herr Dragomanow nicht direkt auf die Frage eingeht, ob er es als ein reaktionäres Moment betrachten würde, wenn der Landmann (d. h. nicht der Fabrikarbeiter, der Städter) „Land und Freiheit" erlangte — und sei es auch n i c h t „auf dem Boden der Wissenschaft, der Irreligiosität, des freien Gedankens" — Ja oder Nein?!

Abgesehen von diesen Bemängelungen ist das Buch, und namentlich der besprochene Aufsatz, Jedem zur Lektüre warm zu empfehlen.

T.

P. Poulin, La justice dans le socialisme et dans la propriété. Bruxelles, Kistemaeckers.

Vorerst einige Worte über den Verfasser. Herr Poulin ist ein origineller Philosoph und sehr radikaler Sozialist. Als Philosoph betreibt er die Fortsetzung oder vielmehr lehrt er die soziale Metaphysik Colins'. Diese besteht bekanntlich in Folgendem: Es ist absurd, einen persönlichen Gott vorauszusetzen, aber der Materialismus ist nicht vernünftiger. Deismus und Materialismus machen aus dem Menschen eine Maschine und sind die

Verneinung des freien Willens, überhaupt jeder Moral. Die Wahrheit ist demnach die Ewigkeit des Immateriellen (Seele) und der Materie. Wenn es keinen persönlichen Gott gibt, so gibt es eine ewige Gerechtigkeit, welche die Handlungen der Menschen abwägt und sie bestraft oder belohnt, je nachdem sie in der unendlichen Reihe der von Planet zu Planet sich fortsetzenden Lebensläufe gut oder schlecht gewesen sind. Ausserdem begreift die Ewigkeit der Seelen die Immaterialität der Empfindungen in sich, die Thiere haben demnach keine Empfindungen und sind nach der Meinung Descartes nur einfache Automaten.

Wir werden uns hüten, auch nur den geringsten Einwand gegen diesen transcendentalen, mit allen wissenschaftlichen Ergebnissen unserer Zeit im Widerspruch stehenden Dualismus zu erheben, und lassen Herrn Poulin und die Colinsianer der Jetztzeit die Ergebnisse der modernen Wissenschaft und die gründlichen Untersuchungen der zeitgenössischen, insbesondere der deutschen Philosophie ruhig auf ihre Art bekämpfen.

Dies vorausgeschickt, lassen wir, obwohl Herr Poulin behauptet, dass sein Sozialismus von dem, was er Religion nennt, untrennbar sei, den Metaphysiker bei Seite, um uns nur mit dem Sozialisten zu beschäftigen. Diesem Letzteren gegenüber haben wir fast keine Einwendung zu machen; seine integrale, kommunitäre und gleichheitliche Assoziation ist solid aufgebaut. Herr Poulin beschäftigt sich indess nicht so sehr damit, einen Plan positiver Institutionen vorzulegen, als vielmehr die Grundlagen der heutigen Gesellschaft zu kritisiren, und er thut wohl daran, denn er handhabt die Kritik mit einer Kraft, die in ihrer Beredsamkeit oft an Proudhon, durch die vernichtende Wucht ihrer Argumente an Marx erinnert. Ohne Schonung geht er dabei in's Zeug.

„Mögen Andere," sagt er, „durch eine Menge von Erwägungen und Rücksichten, die sie zwingen, ihren Worten einen Dämpfer aufzusetzen, gebunden sein,

„Ich aber, Sohn der Wüste, Kind nur der Natur"

„ich will sagen, ich, Menschenfeind, Einsiedler, mit meinem Kummer in meinen dunklen Winkel zurückgezogen, Feind der Welt und ihrer Koterien, jeder Disziplin und jedem Schlagwort fremd, nach nichts geizend und auf nichts hoffend, ohne Beziehungen und Verbindungen, ohne Geschäfte, mehr aufgelegt, Uebelwollen als Sympathie zu erregen, bin ich nicht durch Temperament sowohl, als durch meine Stellung in der einzigen Lage, in der es möglich ist, über alle Klassen klar und rückhaltslos die Wahrheit zu sagen?"

„Abgehärtet wie ich bin, welche Gefühle, welche Meinungen sollte ich schonen, vor welcher Verurtheilung zurückschrecken? Welche Narren, welche Heuchler sollte ich verabsäumen, gelegentlich mit den schärfsten Geisselhieben zu züchtigen?"

Und in der That, Herr Poulin hat Nichts geschont. Seine Kritik der Familie ist geeignet, die Haare zu Berge zu treiben. Die Heftigkeit seiner Ausfälle liess uns ihn einst als gehässig bezeichnen; seit wir ihn besser kennen, ziehen wir dieses Beiwort zurück, das der Leidenschaftlichkeit aber muss ihm bleiben.

Der Grundgedanke seiner Theorie ist in den zwei Zeilen enthalten, die ihm als Motto dienen:

„Der Sozialismus, der nicht auf der Assoziation (Communauté) beruht, ist eine Lüge.

„Die Assoziation, welche nicht die Gleichheit in sich begreift, ist ein Widerspruch."

Wo es sich um die Ausführung handelt, geht er, wie schon gesagt, auf negativem Wege vor. Er nimmt das Phalansterium Fourier's und den Mutualismus Proudhon's und begründet, indem er bei dem Einen das, was der Gleichheit, bei dem Andern das, was der Assoziation widerspricht, bei Seite lässt, auf dem, was übrig bleibt, seine integrale, gleichheitliche Assoziation. Und man muss gestehen, dass gegenüber einem solchen Gegner das Phalansterium und der Mutualismus schwer zu vertheidigen sind.

Die Ideen Poulin's, der bekannter zu sein verdient, sind ausführlich in seinem „Nouveau Dieu, nouveau monde" auseinandergesetzt; in dem vorliegenden Bändchen, das wir — ohne Alles darin Gesagte zu akzeptiren — dem Proletariat als Lektüre empfehlen zu müssen glauben, sind sie in gedrängter Form zusammengefasst. B. Malon.

Dr. Junqua, De la sagesse dans la production et de la fraternité dans la consommation ou le Communisme des Républiques de l'avenir. Paris, Derveaux éditeur 32 rue d'Angoulême.

Das ist nun schon das fünfte Buch, welches dieser unermüdliche Schriftsteller uns liefert. *) Für Junqua ist der Sozialismus eine Verbindung (synthèse) von Individualismus und Kommunismus. In seinen ersten Arbeiten verkündet und definirt er die Rechte des Individuums und entwirft so ein vollständiges Bild der sowohl auf religiösem und politischem, als auch auf ökonomischem Gebiete nothwendigen Freiheiten. Zwar beschränkt er, vom Proudhonismus beeinflusst, gelegentlich die politischen und häuslichen Rechte der Frauen, aber in der freien Art und Weise, wie er die Verbindungen zwischen Mann und Frau betrachtet und der erwachsenen, unverehelichten oder verwittweten Frau das Stimmrecht zuerkennt, ist er auch in dieser Frage weit vorgeschrittener als die meisten bürgerlichen Radikalen. Wir, die wir jedem erwachsenen Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Farbe, der Race und Nationalität die bürgerlichen und politischen Rechte zuertheilt wissen wollen, lassen zwar die Beschränkungen Junqua's nicht zu, aber wir lassen seinem relativen sozialistischen Radikalismus Gerechtigkeit widerfahren.

---

*) Von seinen früheren Veröffentlichungen nennen wir:

L'Église démocratique et sociale de la liberté. Librairie Sandoz et Fischbacher, 1 Fr. 50.

De la Justice dans l'usage de la propriété, ou le Contrat social des républiques de l'avenir. 2 vol. ibid. 6 Fr.

De la Justice dans l'exercice de la Souveraineté, ou le contrat social des Républiques de l'avenir, ibid. 3 Fr.

In dem vorliegenden Buch, das ein zweiter Band abschliessen soll, macht sich der Verfasser, nach einem beredsamen Appell zu Gunsten der vollständigen Amnestie, zunächst daran, in grossen Zügen seinen freiheitlichen und harmonischen Kommunismus zu skizziren, worauf er, auf die heutige Gesellschaft exemplifizirend, die für die kommunistische Vergesellschaftung geeignetsten Dinge, sowie diejenigen Einrichtungen aufzählt, welche selbst in unserer Zeit des zügellosen Individualismus diesen Charakter tragen. Trotz einigen langen, zuweilen zwecklosen Abschweifungen in die Philosophie und die reine Politik, ist dieser Theil des Buches höchst interessant und gut geschrieben. Gleich in der Einleitung weiht uns Junqua in seine Endergebnisse ein, die er wie folgt zusammenfasst:

„Wer sich mit der Sozialökonomie beschäftigt, darf nie vergessen, 1) dass der Mensch ein selbstständiges, freies Einzelwesen ist, und 2) dass dieses Einzelwesen geschaffen ist, um in Gesellschaft zu leben.

„Nun geht aus dieser zwiefachen, auf der Natur und der Vernunft beruhenden Erwägung hervor, dass jede Wissenschaft, welche auf das Studium des sozialen Menschen abzielt, und welche man mit dem Wort Sozialismus bezeichnen kann, nothwendig, wie Lamennais sagte und und dabei sein System des gemeinen Menschenverstandes vergass, auf folgenden 2 Grundlagen beruhen muss, Individualismus und Kommunismus.

„Durch den Individualismus wird der Sozialismus Sorge tragen, das Individuum, seine Freiheit, seine Selbsständigkeit, sein Eigenthum, das lediglich aus seiner eigenen Arbeit hervorgehen darf, sowie Alles, was der Natur des Individuums entspricht, zu berücksichtigen.

„Der vernunftgemässe und harmonische Kommunismus dagegen, welcher den Sozialismus erst vervollständigt, wird es ihm zur Pflicht machen, alle diejenigen Güter als gemeinschaftliche zu betrachten, welche ihrer Natur nach bereits instinktiv das Gemeinsamkeitsprinzip, das Prinzip der Assoziation, der gegenseitigen Hülfe, der Solidarität, des Beistandes, der Stütze des einen Bruders durch den andern und durch alle Brüder, mit einem Wort, Alles was der Natur des sozialen Menschen entspringt, voraussetzen.

„Betrachten wir diesen harmonischen Kommunismus ein wenig näher.

„Vier Bedingungen sind ihm wesentlich:

„1) In der Religion muss er pantheistisch sein . . . . Der Pantheismus ist die einzige Religion, welche den wahrhaften, den republikanischen Gott giebt; jeder andere Gott ist ein tyrannischer, despotischer, der Welt fremder Gott; ein ewiger Pygmalion, dessen Domäne die ewige Sklaverei der Geschöpfe ist. Das ist der Typus aller Autokratien. Besser noch als dieser autokratische Theismus wäre der Atheismus, wenn er nicht das unerlässlichste, allen Wesen metaphysisch wesentlichste Element, die Ursache, mit einem Strich wegwischte.

„2) Die zweite Bedingung meines Kommunismus ist der Demokratismus; wer die Lehre von der Gleichheit und Brüderlichkeit nicht zulässt, kann mein Schüler nicht sein, wage ich mit Jesus zu behaupten.

„3) Die dritte Bedingung ist die Gemeinschaftlichkeit der von der Natur gelieferten Güter.

„4) Die vierte ist das Eigenthum an den Früchten der Arbeit mit der Gegenseitigkeit (alternisme) in der Zirkulation dieser Früchte. Ich

ziehe das Wort Alternismus dem Wort Altruismus vor; es schliesst das Gegenseitigkeitsprinzip in der Sozialökonomie ein und eröffnet vielen wichtigen Ideen Spielraum.

Der Pantheismus Junqua's ist reiner Spiritualismus, er lässt die natura naturans Spinoza's ebensowenig zu, als die in Bewegung befindliche Materie der Materialisten. Der Pantheos unseres Schriftstellers ist das bewusste Ich des Universums, es erzeugt die universelle Gerechtigkeit, welche wie die Offenbarungsreligionen und der spiritualistische Atheismus der Colinsianer eine überirdische Bestätigung findet. In diesem Punkte ist der Gründer der „Kirche der Freiheit" unnachgiebig, und wenn er den vermenschlichten Theismus bekämpft, so greift er mit noch grösserer Heftigkeit den Atheismus und den ob pantheistischen oder materialistischen Monismus an, unter welcher Form sie sich auch darstellen. Damit man das, was er seine soziale Dogmatik nennt, besser verstehe, verlangt Junqua, man solle sich neuer Worte bedienen.

Folgendes, sagt er, sind die neuen Worte:

„Das erste lautet Universalismus; es bezieht sich auf Alles, was der Demokratie als Unterlage dient, besonders aber auf das Fundament in der Ordnung der Güter, auf den Grund und Boden.

„Das zweite lautet Proprietarismus; es bezieht sich auf Alles, was den Rechten des Individuums als Quelle dient, besonders auf die nach der sozialen Ordnung ihm gebührenden Früchte seiner Arbeit.

„Das dritte ist der Alternismus. Er bezieht sich auf den Gebrauch allen Eigenthums. Er begreift die Unentgeltlichkeit des Darlehens und den gleichen Austausch aller Leistungen in sich.

Demnach fordert er:

„1) Universalismus aller demokratischen Fonds (Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe).

„2) Proprietarismus aller Produkte.

„3) Alternismus allen Eigenthums.

Wie man sieht, handelt es sich um einen Mutualismus auf kollektivistischer Grundlage, welchen der Verfasser in einem nächstfolgenden Band auseinandersetzen will.

Der zweite Theil des vorliegenden Bandes unterzieht die bisherigen sozialistischen Schulen einer kritischen Untersuchung. Zu wegwerfend nennt sie der Verfasser „den unvollkommenen und ungeordneten Kommunismus der Vergangenheit" und kritisirt sie mit zuweilen ungerechtfertigter Heftigkeit: Ein Jeder trägt sein Steinchen zur Errichtung des Gebäudes bei, und die sozialen Arbeiter haben besseres zu thun, als sich untereinander zu bekämpfen; viel nützlicher ist es, die schon aufgehäuften Materialien zu benutzen.

Unter diesem Vorbehalt aber können wir die Lektüre des „Communisme des Républiques de l'avenir" nur empfehlen; Dr. Junqua ist zweifelsohne einer der hochherzigsten, thätigsten und ergebensten Apostel des Sozialismus. Trotzdem können wir schliesslich ein Wort des Tadels wegen seiner ungerechten Kritik des Kollektivismus nicht unterdrücken. Derselbe ist nicht, wie er meint, eine Aneignung durch eine Gemeinschaft, sondern eine

Uebergangsform, ein Zustand ökonomischer Gerechtigkeit, der unerlässlich beschritten werden muss, ehe zum harmonischen und freiheitlichen Kommunismus, dieser sozialen Form par excellence, gelangt werden kann.

Junqua schliesst mit folgenden Sätzen, welche seine Ideen gut zusammenfassen und ein Bild seines Styles geben:

„Ja, die Erde ist ein Allen gemeinsam zugehöriges Gut; und sie wird mit ihren Früchten zum Eigenthum des Arbeiters, der sie bebaut, während der Zeit, dass er sie bebaut, besitzt und bearbeitet.

„Das ist der grosse Kommunismus ..... Das wird der urwüchsige Kommunismus der Gerechtigkeit auf unserem Planeten sein.

„Die allumfassende, ewige Kraft, die Schöpferin alles dessen, was ist, die gleichzeitig eines und dreifach ist, eines in ihrer ewigen Substanz und dreifach durch ihre Macht, durch ihre Einsicht und durch ihre Liebe, diese Kraft ist allen Wesen der Natur gemeinsam, sie erzeugt unaufhörlich alle Dinge durch die Natur, welche sie ewig unterhält und erhält, sie ist mein pantheistischer Gott, und alles, was ihre Schöpfung, ihr Abkömmling, ihr Geschlecht ist, sagt Paulus, ist allen Wesen, welche sich und das All' denken, welche „ich“ sagen, allen Menschen gemeinsam; keiner unter ihnen kann sich die Erde, die Luft, das Wasser, das Feuer, die man einst aus Unwissenheit die Elemente nannte, die man aber nicht mit Unrecht als grosse Eintheilungen der Natur, als die grossen Erzeugnisse der ewigen Arbeit ausgab, keiner kann sich diese Dinge aneignen, ohne einen Diebstahl zu begehen.

„Derjenige Mensch, welcher sich bewusst etwas Anderes als die Frucht seiner Arbeit aneignet, ist ein Dieb, wenn es ihm beikommt, mehr als einen vorübergehenden nur die Zeit der Arbeit andauernden Besitz zu begründen .....

„Dieser fundamentale Naturkommunismus wird, was den Genuss der Früchte anbetrifft, durch den Kommunismus der Bruderliebe und den Kommunismus der vernunftgemässen Produktion, der dazu dienen wird, die möglichst grosse Menge von Reichthümern zu erzielen, ergänzt werden.

„Und so werden wir mit diesem dreifachen Kommunismus, den der Natur, den der Produktion und den des Genusses die vollendete Dreieinigkeit in der Entwicklung der Wesen erlangen, wie wir sie im Wesen selbst schon gefunden haben.“

B. M.

Xavier de Sauriac. Un systeme d'organisation sociale Paris, Cinqualbre.

Xavier de Sauriac ist ein alter Kämpfer des Kommunismus, der bereits die bürgerlichen Gefängnisse zur Zeit Louis Philipps kennen lernte. Schon 1834 veröffentlichte er eine kommunistische Broschüre, die ihm einen Prozess kostete. 1849 brachte ihm eine soziale Tragödie, der Tod Jesu, zwei Jahre Gefängniss ein. Vorher schon waren zwei Auflagen seines

système d'organisation sociale erschienen, die dritte erschien 1869, und die vierte Auflage trägt die Jahreszahl 1879.

Es ist also kein neues Buch, mit dem wir es zu thun haben. Wir stehen in der That, sowohl was die Ideen, als was den Stil anbetrifft, einem Kommunisten der alten Schule gegenüber. Doch ist das „System sozialer Organisation" durchaus nicht ohne Originalität und ohne Werth; die darin enthaltene Kritik der Gesellschaft ist ebenso scharf wie energisch, und es kostet den Verfasser wenig Mühe nachzuweisen, dass selbst der Staatskommunismus den Proletariern mehr Freiheit gewährt, als der herrschende Individualismus, der sie obendrein allen Leiden des Elends und der Unwissenheit überlässt.

Für Xavier de Sauriac scheint sich die Civilisation in unzählige Perioden einzutheilen, welche durch einige jener Epochen eröffnet und abgeschlossen werden, die in der endlosen Geschichte des Menschengeschlechtes ganz besonders hervortreten. Die erste dieser Perioden, welche wir vielleicht die Aera der Wildheit nennen können, umfasst die Fortschritte der Menschheit von ihrer Entstehung bis zu ihrem Eintritt in den Gesellschaftszustand. Die zweite, welche den Namen die Aera der Gefangenschaft führen sollte, begreift alle Verbesserungen von dem genannten Zeitpunkt bis zu ihrem Uebergang in die Aera der Gleichheit in sich . . . . . In dieser Epoche befinden wir uns gegenwärtig . . . . Und es ist Frankreichs Aufgabe, zuerst diesen Uebergang in die Gleichheit zu vollziehen, denn so will es seine revolutionäre Ueberlieferung.

Nach dem gewaltsamen Sturz der Monarchie fordert Sauriac sein versammeltes und freies Volk auf, die Aera der Umwandlung zu beginnen und bekämpft die Diktatur. Das Wahlrecht soll über alles entscheiden, aber es soll an den Beruf geknüpft sein. In der That theilt Sauriac die Wähler in 12 Kategorien, die zusammen 337 Berufe umfassen. Jeder Beruf würde eine verhältnissmässige Anzahl Deputirte wählen, wodurch die Arbeiter (laboureurs) und Handwerker die überwiegende Majorität im Nationalparlament erhalten würden; selbstverständlich würde jeder Beruf seine Kandidaten aus seinesgleichen erwählen.

Folgendes sind die grossen Massnahmen, welche sich sofort dem Nationalparlament aufdrängen würden:

Die Verstaatlichung (nationalisation) des Grund und Bodens und aller Produktions-, Transport-, Wissenschafts- und Kunstanstalten.

Die Anerkennung des Rechtes auf Existenz, vermöge dessen allen Mitgliedern der nationalen Familie des Lebens Nothdurft gesichert wäre.

Die Anerkennung eines für alle gleichen Rechtes auf Erziehung, dem die Gesellschaft dadurch vorsehen werde, dass sie Jedem den beruflichen Unterricht und die vollständige Entwickelung seiner Fähigkeiten garantiren würde.

Der Handel würde durch den Staat besorgt werden. Um allen sozialen Verpflichtungen nachkommen zu können, würde eine permanente Zentralkasse gegründet werden. Der Verfasser beschreibt in interessanter Darstellung den Mechanismus dieser Einrichtungen und schliesst mit dem Projekt eines Manifestes der (kommunistisch gedachten) französischen

Nation an die anderen Völker, welches diese zur Einführung der ökonomischen Gleichheit und einer Universalrepublik auffordert.

Ergreifend sind die Schlussworte des Verfassers, welche wir hier folgen lassen:

„Wie die Wellen eines bewegten Meeres verschwinden, sobald es neue treibt, so werden wir, die wir zuerst den Völkersturm erregen, auch zuerst zu Grunde gehen. Das ist der gewöhnliche Gang der Revolutionen. Ihre Flammen verzehren zuerst diejenigen, welche den Brand angefacht haben, und wenn die verkannten Menschenfreunde für ihre Hingebung überhaupt belohnt werden, so geschieht es durch die Anerkennung späterer Generationen. Die zeitgenössischen Feinde finden unablässig Mittel, sie verhasst zu machen und zu beseitigen. Aber noch einmal, was verschlägt das Ende der Lebensbahn, wenn sie ehrenvoll durchlaufen wurde! Ob wir auf einem Kissen oder auf einem Block sterben, das Ende ist uns nicht minder gewiss. Glücklich derjenige, der sich beim letzten Athemzuge sagen kann: „Ich habe etwas für die Menschheit geleistet!"

B. Malon.

Paul Strauss, ancien rédacteur des Droits de l'Homme. Le suffrage universel, avec une Préface par *Alfred Naquet*. Bruxelles, Kistemaeckers. 156 p.

Herr Strauss konstatirt zunächst, dass trotz der drohenden Rückkehr zum finsteren, blutigen Militarismus die alte autoritäre Zivilisation ihrem Ende naht, und dass wir uns „inmitten jenes grossen Kampfes befinden, welcher die wissenschaftliche, produzirende, friedfertige und humane Zivilisation, die Güte, Kraft und Grösse um sich verbreitet, aus der Welt der Ideen in die der Thatsachen überführen soll."

Gestützt auf den Wortlaut der Erklärung der Menschenrechte von 1793 behauptet Herr Strauss, dass das Solidaritätsprinzip, welches alle Menschen verbindet, in der Idee von der Autonomie des Menschen implicite enthalten ist, und dass ebenso wie der Pflichtbegriff in Wechselbeziehung mit dem des Rechtes steht, so auch die menschliche Freiheit die Freiheit aller Menschen, das heisst die Gleichheit in materieller wie sittlicher Beziehung in sich begreift. Die so grossartige und fruchtbare französische Revolution hat nur die Hälfte des Problems gelöst.

Es wird dem Verfasser leicht, die autoritäre und rückständige Theorie Rousseau's von der Souveränetät des Volkes vollständig über den Haufen zu werfen; hierauf sucht er, nach einer historischen Darlegung der Stimmrechtsbewegung in Frankreich, den belgischen Zensusanhängern zu beweisen, dass es sowohl in ihrem Interesse liegt, als auch ihre Pflicht ist, dem belgischen Volke das allgemeine Stimmrecht zu gewähren. Daran reihen sich interessante Betrachtungen über das imperative Mandat und die direkte Regierung, und schliesst der Verfasser mit folgenden

verständigen Worten, die wir für unsere Pflicht halten, hier wiede
geben:

„Wie man es auch betrachten möge, man sieht sehr bald, dass allgemeine Stimmrecht ebensowenig von den Einen verworfen zu we verdient, als es von den Andern übermässig erhoben wird. Sol regelrecht funktioniren, so müssen gewisse Bedingun erfüllt sein: Der Mensch muss voll und ganz politisch sein, die ökonomische Ungleichheit aufgehört haben, sittliche und politische Erziehung des Landes vollzog die Unwissenheit verschwunden sein.

„Dieses Programm kann nur schrittweise verwirklicht werden. auf seine Verwirklichung müssen wir unser ganzes Augenmerk ric damit wir in derselben Zeit, wo wir darauf ausgehen, dem Volksstimm die ihm nöthige Athmosphäre zu verschaffen, auch die absolut nothwe politische und soziale Befreiung vollziehen.

„Nur dann wird Elend und Unwissenheit von der Erde verschwu sein und die Menschheit jene höhere Stufe der Zivilisation erreicht h wo ein starkes Band Alle umschliesst, wo sie, auf und von einande stützt, gemeinsam darnach trachten werden, mit Hülfe der sozialen kunst die Krankheit zu besiegen und die Lebensdauer so viel als mö zu verlängern, sich von der „einfachen Zoologie“ frei zu machen und en soweit es die Entfaltung des Lebens und der Stand der Wissenschaf laaben, den Verhängnissen der Natur zu entgehen.

B. Mal

Pietro Ellero, Riforma civile. Bologna, Zanichelli.

Wir haben seiner Zeit bei Besprechung der questione soc und der tirannide borghese des bedeutenden italienischen Public seine Unkenntniss des modernen Sozialismus und seine ungerechtfert Angriffe gegen die Sozialisten gerügt, dagegen dem Adel seiner Gesin wie der Kraft und Klarheit seines Stils Gerechtigkeit widerfahren la Auch an seiner Riforma civile hätten wir Ausstellungen zu ma aber sie würden nur Wiederholungen sein, und wir sehen den N derselben nicht ein. Wer zum Gebäude der Zukunft beiträgt, mag e seine Weise thun, wichtig ist nur, dass er es thut, und so die Mater vermehrt, von denen der neuschaffende Sozialismus einst Gebrauch m kann. Mag also auch Herr Ellero gegen die Bezeichnung als So Protest einlegen, er wird doch nicht zum Geringsten für den Soziali gearbeitet haben. Ebenso hätten die Stoiker zur Zeit Antonins die Be nung als Christen entrüstet von sich gewiesen, und doch habe mehr als die obskuren Christengemeinden, die sich untereinander bekäm für die Ausarbeitung dessen gewirkt, was man später die christliche nannte.

In den beiden oben genannten Büchern hatte Ellero eine Kritil

heutigen Gesellschaft, insbesondere der Bourgeoisie geliefert, die bleibenden Werth hat, und die man selbst nach der meisterhaften Kritik Fourier's, Proudhon's, Marx' und Lassalle's noch mit Nutzen lesen wird. In der Riforma civile schlägt der Verfasser die Mittel gegen das von ihm so scharf gekennzeichnete Uebel vor.

Nach einer nicht immer gerechten Kritik der übrigen sozial-reformatorischen und rekonstruktiven Systeme bietet der italienische Publizist unter dem Titel Riforma civile die Summe der Reformeinrichtungen, welche er für gesellschaftlich nutzbringend hält. Es sind nicht weniger als 300 Vorschläge, und ihre einfache Zusammenstellung nimmt 18 Seiten des Buches in Anspruch, alle Aeusserungen des gesellschaftlichen Lebens sind in dieser Aufzählung berücksichtigt. Es ist unmöglich, in einer kurzen Besprechung auch nur summarisch die Bestrebungen des Verfassers wiederzugeben, wir werden uns daher auf einige allgemeine Angaben beschränken.

Ellero ist ein konservativer Reformer; er will die hauptsächlichsten heutigen Einrichtungen zwar reformiren, aber bewahrt wissen, indess schreckt er nicht davor zurück, da, wo radikale Reformen nöthig sind, gewaltsame Mittel (rimedi marziali) vorzuschlagen. Für den Anfang will er aussergewöhnliche Mittel in Anwendung bringen. Zunächst soll das italienische Volk „zu seinen Comitien" zusammenberufen werden, um auf Grund des allgemeinen Wahlrechts lediglich neue Männer (nomini nuovi) zu wählen, eine Versammlung von Staatsreformatoren (riformatori dello stato), welche sofort an's Werk zu gehen und vorbehaltlich der nothwendigen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft (Eigenthum, Familie, Staat, Religion) und der Fürstenwürde des Hauses Savoyen alle Befugnisse haben sollte. Die Reformen wären zahlreiche und tiefgreifende und würden umfassen, das Recht auf Arbeit, Existenz, Unterstützung und gesellschaftliche Unternehmerschaft (patronato), die bürgerliche und politische Emanzipation der Frauen, die Beseitigung der Bourgeoisherrschaft, die Unterordnung des Eigenthumsrechtes dem Rechte Aller auf Existenz, die Begrenzung der Erwerbsmittel, die Beschränkung des Erbrechtes, zivilrechtliche Massnahmen im Interesse des Volkes, politische, ökonomische und rechtliche Befreiung des vierten Standes, Wiederherstellung der volksthümlichen Einrichtungen, welche (wie in der alten demokratischen Republik Florenz) dem Proletarier eine gesicherte und besser bezahlte Arbeit und seitens der vom siegreichen Volk endlich gezügelten Kapitalisten die Achtung ihrer Würde als Staatsbürger sichern würden.

Das Erziehungssystem müsste vollständig umgestaltet werden und Alle am Unterricht Antheil haben. Herr Ellero will auch die Sitten reformiren, und zu diesem Zweck schreckt er nicht vor der Einsetzung öffentlicher Zensoren, die freilich keinerlei Zwangsmittel zur Verfügung hätten, zurück. Die Laster sollen gebrandmarkt, die Tugenden gelobt und gepriesen (der Verfasser vergisst, dass die Tugenden, welche gelobt und belohnt werden, keine Tugenden mehr sind) und so die schlechten Triebe unterdrückt und das moralische Niveau gehoben

werden. An der Spitze seiner reformirten Gesellschaft wünscht Ellero ein neues italienisches Patriziertbum, aus allen denen, welche dem Vaterlande ausserordentliche Dienste geleistet haben, zusammengesetzt. Der Autor schmeichelt sich, dass dieses neue Adelsinstitut nicht den Hochmuth auf der einen und den Hass oder den Knechtsinn auf der anderen Seite entwickeln werde. Das heisst alle Lehren der Geschichte verkennen.

Unter den in der Riforma civile gepredigten Reformen finden wir noch folgende: Ehescheidungsrecht, unentgeltlicher und obligatorischer Unterricht, Massnahmen gegen den Jesuitismus, Unterordnung der Kirche unter den Staat, Reform des Unterrichts, Freiheit der Universitäts-Körperschaften, Unterstützung der Wissenschaften und Künste Seitens des Staates, Wahl aller kirchlichen Funktionäre durch das Volk, Justizreformen, Abschaffung der geheimen Polizeifonds, Aufhebung der Todesstrafe und der zu schweren Strafen überhaupt, Wiederherstellung des volksthümlichen Erbrechts, Schutzgesetze für die Arbeit, gesellschaftliche Beschränkung der kapitalistischen Freiheiten, Reorganisation der öffentlichen Dienste, Erhöhung der niedrigen Löhne, Finanzreform, Aufhebung der Staatsschuld, Steuerreform, einzige und direkte Steuer auf das Eigenthum, Verwirklichung der Volkssouverainetät, Wiedereinsetzung der Volkstribunen, Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, Wahl der Kommunalbehörden etc. etc.

Das Ideal des Herrn Ellero ist die Rückkehr zur klassischen Civilisation, es scheint ihm, als ob Rom und die italienischen Republiken des Mittelalters die beste gesellschaftliche Grundlage gehabt hätten, er sieht da manches zu verbessern, aber nicht umzuwandeln. Daher sein übertriebener Romanismus und Italismus. Gegenüber denen, welche den Verfall der lateinischen Race prophezeien, verkündet Ellero angesichts des Germanenthums und Slaventhums laut die unerschöpfliche Lebenskraft und die eminent zivilisatorische Veranlagung der lateinischen Racen, welche er zur Vereinigung auffordert, um das Banner des Fortschritts in die Hand zu nehmen und auf ewig die von den Germanen und Slaven wiedereröffnete Epoche der Kriege und der Barbarei zu schliessen. Rom soll seinen alten Glanz wieder bekommen und wieder der Mittelpunkt der Civilisation und des sozialen Fortschritts werden, seine Thore sollen allen Völkern, den Germanen und Slaven wie den Lateinern unter der Bedingung offen stehen, dass sie die Hegemonie der ewigen Stadt anerkennen.

Das ist eine politische Utopie, auf die sich Vieles antworten liesse. Indess beschränken wir uns angesichts der kriegerischen und stets drohenderen Haltung der nordischen Mächte darauf, einfach die Ansicht des Verfassers der Riforma civile wiederzugeben, und bemerken nur, dass die Völker immer weniger mit ihren Regierungen solidarisch sind, und dass wir uns mehr und mehr der Zeit nähern, wo die Völker der lateinischen, slavischen und germanischen Race sich brüderlich die Hand reichen und auf den Ruinen der früheren Despotien, aller seitherigen sozialen Ungerech-

keiten und aller nationalen oder Racen-Vorurtheile die europäische Sozialrepublik begründen werden.

Wir bemerkten schon Eingangs, dass wir in dem Rahmen dieser Besprechung keine eingehende Kritik des bedeutenden Ellero'schen Werkes liefern könnten, wir mussten uns darauf beschränken, eine sehr skizzenhafte Darstellung desselben zu geben und dem Leser das Urtheil über die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Reformen zu überlassen. Dennoch können wir nicht umhin, auf die Bedeutung hinzuweisen, welche die sozialpolitischen Werke Pietro Ellero's für alle Diejenigen haben, welche speziell die Mittel zur dringend gewordenen sozialen Umgestaltung studiren.

B. Malon.

Dr. Barth. Der sozialistische Zukunftsstaat. Beitrag zur Kritik des heutigen sozialistischen Staatsideals. Herausgegeben vom Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin. Berlin, Leonhard Simion. 1879.

Die hier genannte Schrift ist ein Supplementheft zu der von Professor Böhmert in Dresden und Professor Gneist in Berlin herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeiterfreund", und versucht Herr Dr. Barth darin, den Kampf gegen die Ideen der Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen" zu führen, bei dem es sich, wie er in der Vorrede sagt, gleichsam um eine „Ehrenrettung des gesunden Menschenverstandes" handelt. Diese verdienstliche That wird auf 46 Oktavseiten vollführt, und zwar werden da u. A. die Marx'sche Werththeorie, das eherne Lohngesetz, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Berechtigung des Privateigenthums an Grund und Boden, die von den Sozialdemokraten gewollte Umwandlung der privaten Produktionsmittel in Kollektiveigenthum, die Güterproduktion im sozialistischen Zukunftsstaat, einige wichtige Programmforderungen der deutschen Sozialisten u. s. w. u. s. w. behandelt. Man muss jedoch Herrn Dr. Barth zugeben, dass er dabei in ganz geschickter Weise operirt, mit einzelnen Zitaten aus der sozialistischen Brochürenliteratur seine der Sozialdemokratie gemachten Unterstellungen zu rechtfertigen versucht, und dass er, abgesehen von falschen Schlussfolgerungen, in anständiger Weise polemisirt und nicht in den gewöhnlichen Fehler der meisten Sozialistentödter verfällt, die Sozialisten durch Schimpfereien kritisch zu vernichten. Nach ihm sind es freilich aber auch „zunächst die Leidenschaften der Masse, in erster Linie der Neid gegen besser Gestellte und die Gier nach mühelosem Genuss", denen die sozialistische Bewegung ihre Entstehung verdankt. An diese kleinen Nadelstiche sind wir nach und nach jedoch schon so gewohnt, dass wir darüber nicht weiter in Hitze gerathen; wir amüsiren uns dabei nur über die Kritiklosigkeit unserer Gegner, die nicht die historische Nothwendigkeit der sozialdemokratischen Bewegung zugeben wollen, und die dabei doch so gewaltige Anstrengungen machen, diese zu hemmen.

Herr Dr. Barth beginnt seine eigentliche Kritik mit der Marx'schen Werththeorie; da er jedoch, wie aus seiner Schrift hervorgeht, das

Marx'sche Buch „Das Kapital" gar nicht kennt — seine Beweisführung stützen sich hauptsächlich auf die Most'sche Brochüre „Kapital und Arbei und einige Artikel im „Vorwärts", in der „Zukunft", der „Neuen Gese schaft" etc., sowie auf Professor Schäffle —, so befindet er sich vo ständig im Unklaren darüber, was Marx denn eigentlich mit seiner Leh vom Werthe bezweckt hat, und welche wissenschaftliche That diese i Barth behauptet nämlich ganz einfach, „dass die Marx'sche Werththeo überhaupt nicht auf unser heutiges Wirthschaftssystem passt, sondern d Unterlage für den sozialistischen Zukunftsstaat bilden soll", und dass d Marx'sche Werththeorie, wenn sie überhaupt eine Bedeutung haben soll nur „eine Regierungsmaxime für den neuen Staat" sein könne, und des halb etwa so lauten müsse:

> „Waaren, welche in derselben gesellschaftlich nothwendigen Arbeit zeit hergestellt sind, werden völlig gleichwerthig behandelt. D etwaige grössere oder geringere Nachfrage bildet kein Prei moment."

Man sieht, Herr Dr. Barth verwechselt hier „Werth" und „Prei mit einander, wie dies schon so viele vor ihm gethan haben. Für ihn i Werthgrösse gleichbedeutend mit Werth, und Werth gleichbedeute mit Tauschwerth, letzterer aber zeige sich im Austauschprozess i Waarenpreis. Deshalb sagt er denn auch (S. 9), dass in der „Tauschwert formel" — so nennt Barth die Marx'sche Lehre, dass „nur das Quantu gesellschaftlich nothwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines G brauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" seine Werthgröss bestimmt — ein Moment gar nicht berücksichtigt werde, welches in u serer heutigen Volkswirthschaft den Tauschwerth sehr stark beeinfluss nämlich der grössere oder geringere Bedarf einer Waare. Ei Waare, welche im Ueberfluss vorhanden sei, zeige einen sinkenden, d Waare, nach welcher das Bedürfniss stark sei, einen höheren Tauschwert wenn die Produktionsverhältnisse auch durchaus dieselben seien, wer also auch gleichviel Arbeit darauf verwendet sei. Er stützt sich bei dies wunderbaren Definition u. A. auf einen Artikel im „Vorwärts" (1878 Nr. 39 in dem es heisst, „dass in dem von Marx so geistvoll gewählten Ausdruck „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" der Doppelsinn liege, welcher nic nur die Arbeit bezeichnet, welche nach dem jeweiligen Stande der Pr duktionsbedingungen zur Herstellung des Produkts erforderlich ist, sonde zugleich auch die Arbeit umfasst, welche zur Deckung des gesellschaftliche Bedürfnisses aufgewendet werden muss." Hierdurch wird allerdings d Marx'sche Werththeorie auf den Kopf gestellt, denn es kann entweder nu die Arbeit oder nur das Bedürfniss die Werthgrösse eines Produk bestimmen, nicht aber beides zugleich — das Eine schliesst das Ande aus. Herr Dr. Barth ist sich denn auch ganz konsequent, wenn er sag dass das Bedürfniss den Waarenwerth bestimmt, und er erreicht dam gleichzeitig, dass er die den Sozialisten fälschlich in die Schuhe geschobe Forderung, die gesellschaftlich nothwendige Arbeit zum praktischen Anhalt punkt für die Taxbestimmung (der gethanen Arbeit) als den in sich g rechtfertigten Vertheilungsmassstab im sozialistischen Staat zu machen, (nac Schäffle) für hinfällig erklären kann.

Herr Dr. Barth wendet sich dann dem „ehernen Lohngesetz“ zu, um es für eine „bedeutungslose Phrase“ zu erklären. Er verfährt dabei eigenthümlich, indem er den durchschnittlichen Arbeitslohn, der sich, nach Lassalle's Worten, „auf die in einem Volke gewohnheitsmässig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnothdurft“ beschränkt, als den durchschnittlichen Arbeitslohn des Einzelnen annimmt und dann zu der Schlussfolgerung kommt, da der Arbeitslohn ein verschiedener sei, so beziehe sich das „eherne Lohngesetz“ nur auf die unterste Klasse der Lohnarbeiter. Natürlich kann man dann den Arbeitern ohne Gewissensbisse sagen, dass sie durch Fleiss, Tüchtigkeit, Sparsamkeit, Enthaltsamkeit und andere schönen Tugenden ihre Lage leicht verbessern, sich emporarbeiten und dem „ehernen Lohngesetz“ entziehen können. Herr Dr. Barth schliesst sich in seiner Kritik der Werththeorie sowohl wie des ehernen Lohngesetzes den Mehring'schen Ausführungen an, und kommt er denn auch, wie dieser (s. „Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre“) zu der Behauptung, dass sich nach der Malthus'schen Lehre die Bevölkerung stärker vermehre als die Unterhaltungsmittel. Als echter Manchestermann, wie dies bei dem Syndicus der Bremer Handelskammer selbstverständlich ist, legt Herr Dr. Barth diesem Umstande eine grosse kulturelle Bedeutung bei: Der in der gesammten organischen Welt beständig herrschende Kampf ums Dasein führe zu einem Unterliegen der Schwächeren und damit zu einer stetigen Vervollkommnung der Gattung. Unter den Menschen habe sich der rohe Kampf um das einfache Dasein allmählig in einen Konkurrenzkampf um ein möglichst gutes Dasein verwandelt. Ob Herr Dr. Barth dabei wohl an die gegenwärtig in Schlesien, Thüringen, Sachsen . . . herrschende Hungersnoth gedacht hat? Die dummen Arbeiter in Oberschlesien wollen wahrscheinlich kein Schwarzbrot und Käse essen und setzen sich desshalb lieber hin, um zu verhungern.

Es ist übrigens ein sehr gefährliches Experiment, dass man die Malthus'schen Paradoxen jetzt wieder aus der Rumpelkammer der liberalen Oekonomie hervorholt, um damit die Verkehrtheit der sozialistischen Forderungen zu beweisen: wenn es wahr ist, dass in der menschlichen Gesellschaft der Kampf ums Dasein herrscht und dabei der wirthschaftlich Schwache durch die wirthschaftlich Starken niedergehalten wird, so ist es andererseits auch wahr, dass die Schwachen durch ihre Zahl die physisch Starken sind, und würde es sich dann also für diese eventuell nur darum handeln, ihre Kräfte zu vereinigen und dem heutigen Wirthschaftssystem den Todesstoss zu versetzen, um den sozialistischen Staat einzuführen. Aber hiergegen weiss Herr Dr. Barth eine gute Einwendung zu machen. Er behauptet nämlich, dass im sozialistischen Staate eine überstürzende Volksvermehrung eintreten würde, und dass dann erst recht Nahrungsmangel eintreten müsse. Wir wollen dem entgegen nur auf Adam Smith hinweisen, der schon vor 100 Jahren die richtige Bemerkung machte, dass unter den gut genährten Klassen die Kindererzeugung nicht so stark sei, wie unter den schlecht genährten, und wenn Smith dies auch nur allgemein hinstellt, so würde sich der Grund hiefür wohl physiologisch leicht feststellen lassen. (?. D. Herausg.) Jedenfalls wäre es thöricht, des gemachten Einwandes wegen das Streben nach der allgemeinen Hebung des Volkes aufzugeben.

Noch mehr Schmerzen als das „eherne Lohngesetz“ macht Herrn Dr. Barth aber die Lehre von der industriellen Reservearmee. Er kennt dieselbe nur nach der Most'schen Broschüre „Kapital und Arbeit“, die nur ein Extrakt aus Marx' „Kapital“ sein soll. Bei Betrachtung der industriellen Reservearmee wird Herrn Dr. Barth aber der „innere Gegensatz der Interessen von Kapital und Arbeit“ zum Bewusstsein gebracht, und ist es daher nur zu erklärlich, dass er diesen Gegensatz wegdisputiren will. Er darf es deshalb nicht zugeben, dass der Arbeiter von dem Kapitalisten um so abhängiger wird, je mehr die Produktivität der Arbeit zunimmt, dass je mehr die Industrie sich entwickelt, je mehr die Maschinenarbeit die Handarbeit verdrängt, um so mehr Arbeiterhände überflüssig werden, um so leichter sich diese abnutzen, und um so eher die nämliche Ausdauer und Kraft durch die billigere Arbeit der Frauen und Kinder ersetzt werden kann. Dabei muss er denn aber doch ein Eingeständniss machen, das ihm offenbar sehr schwer wird, und das er deshalb auch in der mildesten Form giebt. Er giebt nämlich erstens zu, dass die kapitalistische Produktionsweise die Massenproduktion und dass diese den Massenkonsum zur Voraussetzung habe. Die Massenproduktion werde aber erst durch den Fabrikbetrieb ermöglicht. Hieraus folge, dass die Kapitalisten ein Interesse an der Konsumtionsfähigkeit des Volkes haben, und dass andererseits das arbeitende Volk ein Interesse an der Produktivität der Arbeit und folglich an der Vermehrung der Maschinen, an der Ersetzung der Händearbeit durch die Maschinenarbeit habe. Die günstigeren Produktionsbedingungen hätten für die Aermsten viele Bedürfnissgegenstände entstehen lassen, die sich früher nur die Reicheren hätten anschaffen können. Man sieht, es herrscht die schönste Wechselwirkung: Die Grossproduktion will den Massenkonsum befriedigen, der Massenkonsum macht die Grossproduktion möglich — Kapitalisten und Proletarier arbeiten brüderlich Hand in Hand, die Harmonie der Interessen ist augenscheinlich.

Nun aber kommt dem Herrn Syndikus die Ahnung, dass es doch nicht immer so glatt geht, und gesteht er dies mit folgenden Worten ein (S. 16):

> „Kann der Konsum mit dieser verstärkten Produktion nicht Schritt halten, so werden regelmässig Arbeiter entlassen. Bis diese in andern Arbeitszweigen untergekommen sind, kann das erhöhte Angebot von Arbeitern der fraglichen Art auch vielleicht eine augenblickliche Lohnreduktion zur Folge haben.“

Offenbar hat nur die seit jetzt sechs Jahren herrschende Krise Herrn Dr. Barth dieses Eingeständniss abgenöthigt; es ist dies ein kleiner Beweis dafür, wie recht Marx hatte, als er im Nachwort zur 2. Auflage seines Buches am 24. Januar 1873 schrieb, die damals im Anmarsch und in den Vorstadien befindliche Krise werde durch die Allseitigkeit ihres Schauplatzes wie die Intensivität ihrer Wirkung selbst den Glückspilzen des neuen heiligen, preussisch-deutschen Reichs Dialektik einpauken.

Wenn aber wirklich die allgemeine Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit herrscht, wie kommt es denn, dass die Produktion ins Stocken kommen kann, weil sie den Konsum übersteigt, wie Barth sagt, weil der Konsum mit ihr keinen Schritt halten kann? Die Frage ist auch

sozialistischerseits vielfach falsch beantwortet worden, indem man auch hier die Krise nicht aus der Ueberproduktion, sondern aus der Unterkonsumtion entsprungen erklärt. Die Ueberproduktion ist erst seit der kapitalistischen Produktion in regelmässig wiederkehrenden Perioden, d. h. seit 1825 alle 10 Jahre eingetreten und hat dadurch die Krisen hervorgerufen — die Unterkonsumtion, d. h. die „Beschränkung der Massenkonsumtion auf das zum Unterhalt und zur Fortpflanzung Nothwendige" (Engels „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft", S. 237) hat aber „bestanden, so lange es ausbeutende und ausgebeutete Klassen gegeben hat", die Krisen können deshalb nicht aus der Unterkonsumtion, sondern nur aus der Ueberproduktion erklärt werden. Wir wollen als Beweisgrund nur Eins anführen. Wenn bis zum Jahre 1873/74 mehr Baumwollenspindeln fabrizirt und dem Produktionsprozess einverleibt wurden, als zur Verspinnung der auf der gesammten Erde gebauten Baumwolle nothwendig waren, so dass im Jahre 1876/77 ca. $2^1/_2$ Millionen Spindeln wegen Mangel an Baumwolle stillstehen mussten, und wenn gleichfalls so viele Hochöfen eingerichtet wurden, dass davon ca. tausend wegen Mangels an Eisenerz still stehen mussten, so folgert daraus nicht, dass die Krise in der Baumwollen- und Eisenindustrie deshalb entstanden, weil für die erzeugten Produkte keine Konsumenten vorhanden waren, sondern weil eben eine Ueberproduktion stattgefunden hatte. „Die Unterkonsumtion der Massen ist eine nothwendige Bedingung aller auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformen, also auch der kapitalistischen; aber erst die kapitalistische Form der Produktion bringt es zu Krisen. Die Unterkonsumtion der Massen ist also auch eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebenso wenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krisen, wie über die ihrer früheren Abwesenheit." (Engels a. a. O.)

Herr Syndikus Dr. Barth braucht natürlich von alledem nichts zu wissen, und wenn er deshalb sagt, dass die wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter in andern Arbeitszweigen, denen sie sich zuwenden, „vielleicht (!) eine augenblickliche Lohnreduktion" (wegen des Mehrangebotes) bewirken, und dann gleich darauf annimmt, dass das hierdurch schwankend gewordene „Gleichgewicht" (zwischen Produktion und Konsumtion ?) sich leicht wieder herstellt, und dass das billigere Produkt dann auch in die Produktionsphäre der ärmeren Klassen tritt, sich dort als Bedürfniss befestigt und so den Standard of life hebt — so muss man das seiner Unschuld zu gute halten.

So kann er denn auch mit gutem Gewissen die „falsche Lehre von dem inneren Gegensatz der Interessen von Kapital und Arbeit" abthun und an deren Stelle die „Lehre von der nothwendigen Harmonie dieser Interessen" proklamiren (S. 17), „welche sich in dem logischen Zirkel abspielt":

> „Dass das Kapital sich nur vermehren kann, wenn ihm eine wachsende Konsumtion gegenüber steht, dass diese Konsumtion aber, besonders bei der unsere Zeit charakterisirenden Produktion von Massengütern, erheblich nur nach untenhin wachsen kann, dass deshalb bei wachsendem Kapital auch nothwendiger Weise die Lage der Arbeiter sich bessern muss."

Dass der Herr Syndikus, um den Gegensatz zwischen Lohnarbeitern und

Kapitalist wegzudisputiren, die „Frage nach dem Ursprung des Kapitals als weniger erheblich ausser Acht lässt“, macht freilich seiner Taktik alle Ehre.

Nachdem somit die „Unterlagen der ganzen sozialistischen Lehre“ vernichtet sind, wendet sich Herr Dr. Barth den sozialdemokratischen Forderungen zu.

Hierbei giebt er sich nun viel Mühe, zu beweisen, dass wenn das Gothaer Programm die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft fordere, diese Forderung sich auch auf den Grund und Boden erstreckte, während Jeder ihm dies aufs Wort geglaubt hätte. Während er sich jedoch keine Mühe giebt, um die Entstehung des Kapitals zu erörtern, hält er es für nöthig, etwas über die Rechtmässigkeit des Privateigenthums an Grund und Boden zu sagen, bei welcher Gelegenheit ihm ganz eigenthümliche Behauptungen entschlüpfen. Nach ihm ist nämlich der Boden, weil nicht durch Arbeit hervorgebracht, sondern nur mit Arbeit befruchtet, kein Kapital, sondern seiner Substanz nach ein freies Geschenk der Natur, wie Regen, Licht und Luft. Da dieses Geschenk aber nur in beschränktem Masse vorhanden sei, so habe es gleichfalls einen Tauschwerth bekommen und zwar trotz der Marx'schen Werththeorie. Dass auch das Ackerland nur durch die Bearbeitung seinen Werth bekommt, weiss in Deutschland jeder Bauernjunge, und um hierauf nicht weiter einzugehen und Herrn Dr. Barth den Gefallen zu thun, unter Tauschwerth den P r e i s eines Gegenstandes zu verstehen, wollen wir hier die Frage aufwerfen, welchen Preis nach seiner Meinung einige Tausend Hektaren Urwaldland in Brasilien oder im Innern Australiens etc. haben? Wahrscheinlich nicht viel mehr als eine Landschaft im Monde; warum? Weil es nicht der Bearbeitung zugänglich ist und durch die Bearbeitung keinen Werth erhalten hat. Nach Herrn Dr. Barth erlangt der Boden freilich erst Tauschwerth durch die Besitznahme, durch die Okkupation desselben, während er doch schon bei den norddeutschen Torfmooren sehen kann, dass lange Moorstrecken vom Fiskus an Torfbauer verschenkt werden, die das Land urbar machen, wieder verkaufen, und die dann wieder neues Moorland in Bearbeitung nehmen. Es zeigt sich hieraus, dass nicht durch die Okkupation das Land seinen Tauschwerth erhalten hat, sondern durch die Arbeit. Bei seiner neuen Theorie muss nun freilich der Herr Syndikus nothgedrungen das Eingeständniss machen, dass die „grössere oder geringere Rechtmässigkeit des ursprünglichen Erwerbs von privatem Grundeigenthum“ dahingestellt bleiben müsse, und dass bei den Angriffen der Sozialdemokratie auf das Privateigenthum die öffentliche Meinung rücksichtlich des Grund und Bodens den relativ geringsten Widerstand leiste!

Wir wollen hierbei noch auf eine andere eigenthümliche Theorie des Herrn Syndikus aufmerksam machen. Er sagt nämlich (S. 18): „Bekanntlich bezeichnet man mit dem Ausdruck „Grundrente“ den Tauschwerth dieser blossen Substanz von Grund und Boden“. Was heisst das? Wahrscheinlich will er sagen, dass der aus dem Grund und Boden fliessende Ertrag die Grundrente darstellt, und dass sich hiernach der Tauschwerth bemisst. Er verweist dabei auf Schäffle, der in seinen Untersuchungen über die Grundrente, welche er auch (der ursprünglichen Okkupation des Grund und Bodens wegen) Prioritätsrente nenne, darauf aufmerksam mache, dass

die Grundrente eine entschiedene Aehnlichkeit mit dem aus der ausschliesslichen Ausnutzung gemachter Erfindungen entspringenden Gewinn habe. Herr Professor Schäffle wird es dem Herrn Dr. Barth wohl wenig Dank wissen, dass dieser ihn in solcher Weise zitirt; denn man braucht blos unsere deutschen Kleinbauern zu betrachten, um zu wissen, dass sie weder Grundrente noch Monopolpreise beziehen, denn auf letzteres kommt es doch bei der ausschliesslichen Ausnutzung einer Erfindung heraus. Wahrscheinlich hat Herr Dr. Barth Schäffle falsch verstanden, denn dieser wird wohl wissen, dass man unter Grundrente das lediglich aus dem Besitzverhältniss entspringende Einkommen aus dem Grund und Boden versteht, im Gegensatz zu dem aus der Bearbeitung desselben entspringenden Kapitalgewinn. Für Herrn Dr. Barth ist aber Grundrente und Kapitalgewinn bei der Landwirthschaft ein und dasselbe. Nun, er muss es wissen; denn er gilt als grosses Licht in der Oekonomie, und war er ja im vorigen Jahre sogar als Bremischer Gesandter in der vom Bundesrath niedergesetzten Zolltarifs-Kommission thätig.

Nachdem es nun somit endgültig festgestellt ist, dass nach der Sozialdemokratie sämmtliche Produktionsmittel, Grund und Boden eingeschlossen, in Kollevtiveigenthum verwandelt werden sollen, wird die sozialistische Produktionsweise besprochen. Hierbei macht Herr Dr. Barth die Entdeckung, dass das Kapital eigentlich aus Konsumtionsgegenständen im weiteren Sinne besteht, und kommt dann mit leichter Mühe zu folgendem Weisheitsspruch:

> „Wenn deshalb im sozialistischen Staat nicht das stricte Verbot erlassen wird, dass Niemand die vom Staat bezogenen Verbrauchsgegenstände produktiv (!) verwenden darf, so könnte sich möglicherweise der Fall ereignen, dass ein schwunghaftes Tauschgeschäft mit diesen Gegenständen getrieben würde, aus welchem dann wieder die kaum beseitigten Privatkapitalisten in Konkurrenz mit dem Staat als Kollektiv-Kapitalisten erwachsen würden."

Da es dem Herrn Syndikus aber doch etwas zweifelhaft ist, dass man ihm es ohne Weiteres glaubt, dass Konsumtionsgegenstände produktiv verwendet werden und somit Kapital werden könnten, so macht er dies an einem Beispiel klar. Er führt nämlich aus, ein Arbeiter im sozialistischen Staat habe sich durch fleissige Arbeit verschiedene Staatsananweisungen auf Genussmittel erworben; mit diesen Anweisungen tausche er ein Kalb ein. Das Kalb ziehe er sich auf zur Kuh, die Kuh gebe ihm Milch, die Milch vertausche er gegen Genussmittel-Anweisungen anderer Arbeiter; schliesslich schaffe er sich eine zweite Kuh an, lasse andere Arbeiter für sich arbeiten u. s. w. Dieses Undsoweiter gibt der Phantasie natürlich den weitesten Spielraum, Herrn Dr. Barth lässt es vor seinem geistigen Auge in dem durch Gewalt gegründeten sozialistischen Staat wieder „Privatkapitalisten und Konkurrenten" und „Arbeitsmittel neben dem Gemeingut" entstehen sehen. Wie uns jedoch scheinen will, hat er bei dem alten Langbein Nationalökonomie studirt, und wir dürfen ihm da wohl in allem Ernste dankbar sein, dass er dessen bekannte Fabel von dem „Milchmädchen" ihres tragischen Ausgangs entkleidete und dasselbe in herzerfreuender Weise zum Schluss gebracht hat; wir wollen deshalb über diese Frage

auch nicht weiter mit ihm ins Gericht gehen, man darf ihn eben deshalb nicht zu ernsthaft nehmen.

Herr Dr. Barth kommt dabei aber noch zu einer anderen Schlussfolgerung, nämlich zu der, dass der sozialistische Staat die individuelle Freiheit sehr stark beschränken muss, um die Entstehung der Privatkapitalisten zu verhindern, die Arbeit zu regeln, die Bevölkerungszunahme nicht übermässig stark werden zu lassen etc. Nach seinen Ausführungen muss deshalb der Bedarf und die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse durch den Staat festgestellt werden; die freie Berufswahl muss aufhören; ebenso die Freizügigkeit, „jedes Kind erhielte vom Staat seinen Bedarf angewiesen und würde dann nachher als Erwachsener genau so hin und her versetzt, wie heutigen Tages ein Beamter, nur mit dem Unterschiede, dass er nicht austreten könnte" (S. 26); „früher oder später — wahrscheinlich sehr bald — würde der sozialistische Staat zu gesetzlichen Beschränkungen des Fortpflanzungstriebes seine Zuflucht nehmen müssen" (S. 47) — kurzum, der sozialistische Staat wird als ein Zwangsstaat im vollen Sinne des Wortes hingestellt, gegen den mit seiner sozialistischen Gleichheit in allen Dingen „sich allenthalben das Gefühl" empöre.

Bei dieser Kritik des sozialistischen Staates haben ihm freilich manche Sozialisten, die den zwingenden Beruf in sich fühlten, die „soziale Frage zu lösen," die Sache sehr leicht gemacht. Der Herr Syndikus ärgert sich dabei aber über Schäffle, von dem er sagt, dass dieser „in beinahe unzulässiger Weise" mit dem Gedanken der Ausführbarkeit des sozialistischen Staats kokettire.

Es ist übrigens ein beliebtes gegnerisches Mittel, nicht eigentlich das die Sozialdemokratie leitende Prinzip zu bekämpfen, dass den nothleidenden Klassen durch Umänderung des Produktionsprozesses geholfen werde, als vielmehr die Ausführbarkeit dieser Idee und die Art und Weise, wie etwa nach sozialistischer Anschauung denn eigentlich die wirthschaftliche Welt eingerichtet werden müsse, zu kritisiren und zu bekämpfen. Für uns aber handelt es sich heute immer noch und ausschliesslich um das Prinzip, ob den arbeitenden Klassen geholfen werden soll oder nicht. So weit sind wir noch nicht — um mit Bismarck zu sprechen —, dass wir schon das Wie? diskutiren könnten. Die Diskussion hierüber ist nicht nur höchst nutzlos, sie ist geradezu schädlich, weil sie den Gegnern unnöthigerweise Waffen in die Hände gibt; denn alle Zukunftspolitiker bemühen sich, den Sprung in den Zukunftsstaat zu machen, und bleiben dabei mit beiden Beinen am Boden hängen — es ist, als wollte sich Einer an seinen eigenen Haaren in die Höhe ziehen. Die Hauptaufgabe der heutigen Sozialdemokratie ist, die Erkenntniss der sozialen Verhältnisse zu verbreiten, damit die Arbeiter sich über ihre politische und wirthschaftliche Lage klar werden. Es braucht Keiner zu fürchten, dass wir heute oder morgen vor die Alternative gestellt werden, die Gesellschaft unserer Prinzipien zu organisiren, und dass wir dann wehrlos dastehen. Dass aber die deutschen Sozialisten nicht nur kritisiren und negiren, sondern auch positive Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu machen wissen, zeigt die Thätigkeit der sozialistischen Reichstagsabgeordneten — es mag hierbei nur auf den von ihnen dem Reichstage

vorgelegten Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes hingewiesen werden. Derselbe war immerhin diskutabel und hätte seitens der Reichstagsmajorität eine andere Berücksichtigung verdient, als einfach unberücksichtigt gelassen zu werden. Aber das ist es gerade, man ist sich unter den herrschenden Klassen darüber klar, dass die Lage der arbeitenden Klassen nicht gebessert werden kann ohne Opfer, ohne Veränderung der politischen und wirthschaftlichen Einrichtungen, und deshalb soll und darf eben nichts an der heutigen Gesellschaftsordnung geändert werden, deshalb wird den Arbeitern heute keine Berücksichtigung ihrer Interessen, keine Erfüllung ihrer Wünsche zu Theil. Daher auch die Verlegenheit, in der sich augenblicklich die preussische Regierung befindet. Vor Erlass des Sozialistengesetzes hatte sie positive Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter verheissen — jetzt wüthet in einem grossen Theile Deutschlands die Hungersnoth, und bis jetzt (Ende 1879) ist seitens des Staates zur Hebung derselben noch nichts geschehen, und obgleich die liberale Presse — sie weiss, dass sie es ohne Gefahr thun kann — die Regierung an ihr Versprechen mahnt, ist von dieser noch nicht ein Vorschlag gemacht worden, der auch nur im geringsten geeignet wäre, in irgend einer Weise den Arbeitern eine kleine ökonomische Erleichterung zuzuwenden, wenn man nicht etwa das Schanksteuergesetz als einen solchen Vorschlag bezeichnen will. Ja, neue Steuern, das sind die einzigen positiven Wohlfahrtseinrichtungen für — den Fiskus.

Wir haben also genug zu thun, das heutige Wirthschaftssystem zu bekämpfen, und glücklicherweise führt uns das gerade die Massen zu. Die Erkenntniss ihrer eigenen Lage — das ist es, was die Arbeiter ins Lager der Sozialdemokratie treibt, die Zukunftsmusik ist ihnen dabei höchst gleichgültig.

Mag deshalb — um wieder zu unserm Autor zurückzukommen — Herr Dr. Barth den sozialistischen Zukunftsstaat, wie er von einigen unserer Genossen geschildert ist, so absprechend beurtheilen wie er will, uns kümmert das nicht. Wir sind sogar mit manchem absprechenden Urtheil einverstanden. Was soll man z. B. sagen, wenn Most in seiner „Lösung der sozialen Frage“ schreibt (S. 39): „Das einfache Recht der Eltern, ihre Kinder nach Belieben zu erziehen, ist einfach eine freche Anmassung etc.“ Das ausschliessliche Recht der Kindererziehung steht in Deutschland den Eltern schon jetzt nicht zu, es ist das mit dem Schulzwang unvereinbar, und wird ein solches Recht auch von keiner Seite verlangt. Andererseits ist die Kindererziehung durch die Eltern nicht ein als freche Anmassung zu bezeichnendes Recht, sondern eine natürliche Pflicht. Es handelt sich bei der Erziehung doch nicht allein um die Beibringung von Kenntnissen, wie die Ausbildung von Fähigkeiten, sondern gleichfalls um die Veredlung des Gemüths, wie dies nur durch die Eltern- und Geschwisterliebe, überhaupt durch das ganze Familienleben geschehen kann.

Darauf aber kommt es an, und deshalb muss das Streben der Sozialdemokratie darauf hinausgehen und geht darauf hinaus, solche gesellschaftliche Einrichtungen zu schaffen, dass Jedem ein Familienleben möglich gemacht werde, während unter den jetzigen Produktionsverhältnissen, bei der Frauen- und Kinderarbeit, einem grossen Theil der arbeitenden Klassen das Familienleben gänzlich verkümmert ist.

Wenn die im Dienste der Kapitalistenklassen Stehenden dieses Streben bekämpfen, so ist das erklärlich, denn es ist gegen diejenigen gerichtet, deren Klasseninteresse die Beibehaltung des jetzigen Gesellschaftssystems verlangt. Mögen die Wortführer der Bourgeoisie sich übrigens noch so sehr bemühen, den Sozialismus als den schrecklichsten der Schrecken zu schildern, sie haben da wenig Glück bei den Arbeitern, denn wer von diesen sehen will, der sieht, dass es dabei nur darauf hinausläuft, den Arbeiter nicht zum Klassenbewusstsein kommen zu lassen.

Wenn nun aber Herr Syndikus Dr. Barth am Schlusse seiner Broschüre es wiederholt, dass „aus der breiten Schicht des untersten Volks“ die Männer nach oben und dass die Oberen nach einigen Generationen wieder ins Nichts zurücktauchen, so weiss Jeder, dass dies Humbug ist, und dass die Proletarier keine andere Erben haben, als — Proletarier. Wenn derselbe jedoch sagt, dass „die Obenstehenden die Pflicht und Schuldigkeit haben, die Unteren zu sich heraufzuholen, sie mit den Waffen der Bildung zu versehen, ihnen den Weg frei zu machen“, und dann hinzusetzt: „Wir hoffen, dass das immer mehr geschehen wird, so mag dies seinem guten Herzen alle Ehre machen, er scheint aber selber eigenthümliche Bedenken dabei zu haben; denn er sagt unmittelbar darauf: „Den eigentlichen Daseinskampf aber muss jeder selbst kämpfen“ — das heisst, der Schwache muss zu Grunde gehen, wie es bei dem Kampf ums Dasein Naturgesetz ist. Wir aber sagen dem gegenüber, dass der Kampf ums Dasein, den der Mensch in der Natur zu bestehen hat, leichter mit vereinten Kräften geführt werden kann als mit isolirter Kraft, dass in der Vereinigung die Schwachen stark sind, und dass die Gemeinsamkeit der Interessen den wirthschaftlich Schwachen, den arbeitenden Klassen zum Bewusstsein gebracht werden und kommen muss — trotz aller Sozialistentödter.*)

H. O—g.

Lazar B. Hellenbach. Die Vorurtheile der Menschheit. I. Band. Wien, Rosner, 1879.

Ein gewaltiges Thema, nur zu lösen von einem Manne, der selbst ohne jedes Vorurtheil ist — eine Unmöglichkeit —, oder von einem, der so viel Selbsterkenntniss besitzt, um zuzugeben, dass er selbst voll von Vorurtheilen sei. Einem solchen könnte man Objektivität genug zutrauen, dass er im Stande sei, nachdem er untersucht, was ein Vorurtheil sei, wie ein solches entstehen und an welchen Merkmalen es erkannt werden könne, die am häufigsten vorkommenden Ansichten zu prüfen, ob sie Vorurtheile seien oder nicht.

*) Es verdient bemerkt zu werden, dass die Broschüre des Herrn Dr. Barth von dem „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ mit einem Preise (400 Mark) gekrönt worden ist, welchen einige Herren der Bourgeoisie für die beste antisozialistische Schrift bestimmt hatten. Die Broschüre darf demnach für ein Muster dieser Art von Literatur gelten, und damit ist wohl die Ausführlichkeit der vorliegenden Besprechung gerechtfertigt. Anm. d. Herausg.

Dieser Aufgabe ist Herr Hellenbach nicht gewachsen, ja noch mehr, er hat es nicht einmal versucht, sie zu lösen. In seinem ganzen Buche findet sich nirgends auch nur die leiseste Andeutung davon, was denn eigentlich ein Vorurtheil sei, und doch würde die Erörterung dieses Begriffes allein ein ganzes Kapitel erfordern; denn derselbe ist doch nicht so einfach, wie der eines Dreiecks oder einer Kugel, dass ich nur das Wort zu nennen brauche, um zu wissen, dass jeder denselben Begriff damit verbindet. Ueberhaupt wird, besonders im ersten Theile des Buches, sehr wenig von Vorurtheilen gesprochen, viel mehr dagegen von anderen Dingen, wie z. B. von einer neuen, von Herrn Hellenbach erfundenen Methode, die soziale Frage zu lösen. Oder gehört die auch unter die Vorurtheile? Der genannte Autor hätte besser gethan, sein Werk „harmlose sozialpolitische Plaudereien" zu nennen, dieser Titel wäre passender gewesen, man hätte nicht so viel erwartet und wäre nicht so enttäuscht worden, als es jetzt der Fall ist, ja, die vorurtheilsvolle Welt wäre sogar stillschweigend darüber hinweggegangen, dass der „Mann ohne Vorurtheile" in erster Linie frei ist von dem Vorurtheile, man müsse das, worüber man schreibt, auch kennen. Obgleich über den Sozialismus fast 200 Seiten lang gehandelt wird, kennt Herr H. denselben doch nicht besser, als irgend ein Schmock eines inferioren deutschen Winkelblättchens. Marx ist ihm ganz unbekannt, von Lassalle sind ihm einige Zitate bei anderen Schriftstellern vor Augen gekommen; das ist die Grundlage, auf welche gestützt er den Sozialismus kritisirt. Kein Wunder, dass er von Strolchen spricht, „die durch Raub und Mord die Welt organisiren wollen" (p. 6). Er unterschiebt den Sozialdemokraten die Absichten „der Expropriation und gleichen Auftheilung", welche er durch das Märchen vom Frankfurter Rothschild „widerlegt", der im Jahre 1848 einem kommunistischen Sprecher erklärt haben soll, er sei bereit zu theilen. Da er 40 Millionen Thaler besitze und es 40 Millionen Deutsche gebe, gehöre jedem ein Thaler, gab dem Kommunisten seinen Antheil, einen Thaler, und verschwand. „Um nur einige Gulden per Kopf zusammenzubringen," führt Herr H. fort, nachdem er diese alberne Geschichte erzählt, „müssten alle Besitzer grösseren Eigenthums erschlagen (!) und die sehr wichtigen und mächtigen Faktoren, wie sie die grössere Kapitalskraft vorstellt, vernichtet werden". (p. 80.)

Das Erschlagen der „Fabriksherren und Kapitalisten" als Programmpunkt der Sozialisten ist überhaupt ein Gespenst, das ihn unaufhörlich umschwebt. Dasselbe würde natürlich auf dem Lande die gleiche Behandlung der grösseren Grundbesitzer unabänderlich nach sich ziehen. Die Gründe derselben würden zum grössten Theile als gemeinsame Weide behandelt, die Wälder ebenfalls verwüstet werden, und das unausbleibliche Resultat wäre ein furchtbares Sinken der Produktion; denn der Bauer wird und kann nicht so viel erzeugen, als grosse Besitzer, deren Gründe zusammengelegt sind und nicht dem Raubbau, sondern einer rationellen Kultur unterzogen werden ...."

„Jeder Versuch, dieses Treiben durch die in den Händen der Arbeiter befindliche Regierung zu hindern, würde ein klägliches Ende nehmen. Denn wollte man eine Theilung vornehmen, so würde dem Bauer weniger bleiben, als er früher hatte." (p. 75.)

Als Erschlagen der Reichen und Auftheilung ihres Vermögens spiegelt sich also in diesem „vorurtheilslosen" Kopfe die Sozialdemokratie.

Diese „Forderungen" zu widerlegen, ist freilich nicht schwer, und daraus die Folgerung zu ziehen: „Die Doktrinen, wie sie Marx und seine Gesinnungsgenossen lehren, sind nur geeignet, Greuelszenen hervorzurufen, können aber nie ein praktisches Resultat haben ..... Marx kennt die agrarischen Verhältnisse nicht." (p. 137.)

Dass Marx diejenigen agrarischen Verhältnisse, welche er behandelt hat, nämlich die englischen, sehr gut kennt, brauche ich den Lesern dieses Jahrbuches nicht auseinanderzusetzen, Marx ist nicht so unverfroren, wie Herr H., über Dinge zu schreiben, die er nicht kennt.

Indess, ganz unbekannt mit dem Sozialismus ist Herr H. doch nicht, er hat sogar etwas davon läuten gehört, dass Lassalle einmal von einem ehernen Lohngesetze, das er frischweg zu einem „eisernen" macht, und von Produktivgenossenschaften gesprochen habe. Zu seinem Unglück hat er sich beides nicht näher angesehen und daher beides missverstanden. Die Nothwendigkeit, dass der Arbeitslohn im Durchschnitt stets auf der Linie des zur Erhaltung Nöthigen bleiben müsse, fasst er nicht als unter der modernen Produktionsweise unabänderliche Thatsache, sondern als ein Bedürfniss der Gesellschaft auf, und indem er damit übereinstimmt, gelangt er zu dem Schlusse, die Lage des Arbeiters dürfe nur dadurch gebessert werden, dass man „die normale Lebenshaltung sämmtlicher Arbeiter" erhöhe (p. 35), wobei er der Ansicht ist, diese „normale Lebenshaltung" sei etwas nach Belieben zu Regulirendes. Auf diesem Schlusse aus dem ehernen Lohngesetze, welcher nur durch ein vollständiges Verkennen desselben möglich ist, baut er seinen später zu kritisirenden Plan zur Lösung der sozialen Frage auf. Eine solide Grundlage das! Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, dass Herr H. zugleich mit dem Ricardo-Lassalle'schen Lohngesetz das demselben gerade entgegengesetzte Carey-Bastiat'sche als richtig anerkennt, dass mit der Akkumulation des Kapitals der relative Antheil des Kapitalisten am Ertrage der Produktion falle, sein absoluter steige, indess der des Arbeiters in beiden Beziehungen zunehme.

Ein noch plumperes Missverständniss, so plump, dass man es nur schwer für ein unbeabsichtigtes halten kann, passirt Herrn H. mit Lassalle's Produktivassoziationen, gegen deren Prinzip „sich allerdings nichts einwenden lässt; deren Vorzüge sind in die Augen springend." (p. 62). Aber, sagt er dagegen, wenn Jemand den Kredit in Anspruch nimmt, zu dem Zwecke, Investitionen damit herzustellen, so ist er verloren, wenn seine Unternehmungen nicht reussiren. „Diess gilt für das Individuum, die Aktiengesellschaft und den Staat, ... beim Staate aber vermehrt jeder Fehler noch das Uebel in einer Weise, dass die Umkehrung der Verhältnisse oft unmöglich wird ..... Produktiv-Assoziationen durch Staatskredit ist eine Spekulation, wie eine andere; etwas Gefährlicheres und Gewagteres aber als Arbeitsvorschüsse in diesem Sinne und Masse, wie diess die Sozialisten träumen, giebt es gar nicht." (p. 63). Unglaublich, aber wahr! Herr H. verwechselt den Kredit, den der Staat den Assoziationen gewähren soll, mit demjenigen, den er in Anspruch nimmt!

Uebrigens muss ich bemerken, dass der Staat denn doch ein zäheres Leben hat, als Herr H. meint. Selbst wenn er den Kredit in Anspruch nehmen müsste, um den Produktivgenossenschaften unter die Arme zu greifen, so würde ihn deren eventuelles Misslingen noch nicht ruiniren. Bekanntlich haben sich manche Eisenbahnen, um deren Willen der Staat den Kredit in Anspruch genommen hatte, als verfehlte Spekulationen erwiesen, ohne den Staat zu Grunde zu richten. Ich halte es für überflüssig, die anderen „Einwände" gegen die Produktivgenossenschaften zu widerlegen, es genügt, sie anzuführen: der Staat wäre gezwungen, sämmtlichen Grund und Boden, alle Kohlen- und Metallgruben zu kaufen (p. 63). Was würde man machen, wenn z. B. 5000 Schneider zu viel wären, oder etwa die Lyoner Schneider billiger arbeiteten als die Pariser? Und dann, „wer kann bestimmen, wie viele Ellen Tuch, wie viele Uhren, Wägen, Stiefel u. s. w. erzeugt werden dürfen? Soll sie etwa der Staat belehnen oder kaufen, und wenn, wer hindert dann erst recht die Ueberproduktion eines Artikels, und wer deckt den Verlust? Hat man doch in Frankreich erlebt, dass der Landwirth, der Bauer, seine Steuern, seine Bedürfnisse nicht decken konnte, weil die Ernte zu gut war! Auf diesem Wege ist keine Abhilfe zu erwarten." (p. 67). Und so geht es fort; die Produktivgenossenschaften sind gewiss nicht unanfechtbar, aber mit solchen sonderbaren Argumenten wird man sie kaum erschüttern.

Vielleicht können wir von Herrn H. mehr lernen in Bezug auf die agrarischen Verhältnisse. Ist er doch ein Landwirth! Seine Einwürfe gegen die agrarischen Forderungen der Sozialdemokraten beschränken sich indess auf 2, gegen die Zerstückelung und Expropriation des Bodens gerichtete. Den ersteren Punkt können wir ruhig übergehen, da Herr H. dabei gegen einen Teufel ficht, den er selbst an die Wand gemalt hat, denn bekanntlich ist die überwiegende Mehrzahl der Sozialdemokraten ebenfalls entschieden gegen die Zerstückelung des Bodens. Nicht ganz abzuweisen ist sein zweiter Einwand, dass der Bauer die Expropriation des Bodens nicht ruhig hinnehmen, sondern sich mit aller Entschiedenheit gegen dieselbe wehren werde. Ganz richtig; diejenigen sozialdemokratischen Agitatoren, welche es versuchen wollten, den Bauer für das Gemeineigenthum zu begeistern, würden sich nur blutige Köpfe holen. Gewaltsam ihn zu expropriiren, ist aber entschieden unmöglich, abgesehen davon, dass es an die Inquisition erinnern würde, wenn die Sozialdemokraten den Bauer um jeden Preis nach ihrer Façon selig machen wollten. Zum Glück für den Fortschritt der Menschheit ist es nicht die Sozialdemokratie, die den Bauer expropriirt, damit er einer höheren Produktionsweise Platz mache: nein, die moderne Gesellschaft thut es, sie ist es, die den Bauer von Haus und Hof jagt und den kleinen Grundbesitz durch den grossen ersetzt. Wenn die Sozialdemokraten diesen grossen expropriiren, so wird es nur geschehen, um den Bauer wieder zum freien Bewirthschafter des Bodens, wenn auch in anderer Form, zu machen. Wer die Sache von diesem Standpunkte auffasst, der kann gewiss sein, Eindruck auf den Bauer zu üben, wie ich diess selbst erprobt habe. Dieser Standpunkt ist aber nicht nur agitatorisch vortheilhaft, sondern ganz richtig, was jedenfalls noch besser ist. Ich will hier nicht weiter ausführen die herkömmlichen und oft erörterten

Mittel des Wuchers, der unerschwinglichen Steuern, der Militärlasten, der Konkurrenz mit dem Grossgrundbesitzer, durch welche die moderne Gesellschaft den Bauer expropriirt. Zu ihnen ist in neuester Zeit ein Faktor getreten von solcher Wichtigkeit, dass er revolutionärer zu werden verspricht, als die bisher genannten zusammengenommen: das ist das überseeische Getreide. Die Erzeugungskosten desselben sind so gering, die Transportkosten sind so lächerlich klein geworden, dass es die Konkurrenz des inländischen Getreides siegreich besteht und dasselbe immer weiter zurückdrängt. Der Grossgrundbesitzer wird sich durch Einführung von Maschinen und möglichst rationellen Betrieb, sowie durch Schaffung industrieller Etablissements auf seinen Gütern, die deren Produkte an Ort und Stelle verarbeiten und verzehren, Brennereien, Brauereien, Zuckerfabriken u. dergl. schützen können gegen diese verderbliche Konkurrenz: der Kleinbauer muss ihr und zwar rapid unterliegen. Was nützen Getreidezölle dagegen! Staaten, welche Getreide einführen müssen, wie Grossbritannien, Frankreich, Belgien, die Schweiz und die Niederlande, können das wichtigste Nahrungsmittel nicht durch einen solchen Zoll vertheuern. Von den Getreide exportirenden Ländern sind zu nennen Russland, Oesterreich-Ungarn und die Donauländer. Von diesen trifft die überseeische Konkurrenz am härtesten, ja geradezu vernichtend Oesterreich-Ungarn. Der österreich-ungarische Bauer kann Getreide entschieden nicht so billig produziren als der amerikanische Farmer. Ein Getreidezoll mag ihn vielleicht im eigenen Lande vor demselben schützen, nicht aber auf dem fremden Markte. Er wird daher auch trotz des Getreidezolles zu Grunde gehen, weil er ohne Absatz auf ausländischen Märkten nicht existiren kann. Bleibt nur Deutschland übrig, dessen Ausfuhr die Einfuhr bei Weitem nicht erreicht. Möglich, dass hier ein Getreidezoll momentan wirkt — ich kann hier natürlich nicht weiter auf diese Frage eingehen —, um so schneller aber der Untergang, wenn die Bourgeoisie wieder die Oberhand erhält über die Grundbesitzer und die Getreidezölle aufhebt. Ist aber einmal die Mehrheit der Bauern expropriirt, dann werden sie es am allerwenigsten sein, welche sich einer eventuellen Expropriation der anderen widersetzen werden. Uebrigens ist natürlich die Frage, ob Expropriation oder nicht, weniger eine Frage des Prinzipes als der Verhältnisse. Auch dürfte man nicht doktrinär verfahren und überall expropriiren, sondern nur dort, wo das Gefüge des Bauernstandes bereits gebrochen ist. In Gegenden, wo sich der Bauer noch intakt erhalten hat, müsste man vorsichtiger vorgehen und an die in solchen Gegenden gewöhnlich noch vorhandenen Ueberbleibsel des urwüchsigen Gemeinde-Kommunismus, Gemeindeweiden, Gemeindewälder, Allmenden etc. anknüpfen, um nach und nach die kommunisischen Tendenzen zu stärken und die individualistischen zu schwächen. Nach der Schablone darf man die Bauern nicht behandeln. Auf keinen Fall ist der Bauer ein unüberwindliches Hinderniss für die Sozialdemokratie, früher oder später muss er ihr zufallen. Also auch dieser plausibelste aller Einwände des Herrn H. gegen den Sozialismus ist ein nichtiger.

Doch er kritisirt nicht nur, was sehr leicht ist, er macht selbst Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage, deren Nothwendigkeit er empfindet und einsieht. Diese Lösung glaubt er nun zu finden darin, dass den

Kinderlosen die Menschheit als Erbe substituirt wird, welche einen Pflichttheil erhalten muss (p. 91), mit anderen Worten, die Hinterlassenschaft der Kinderlosen soll mit einer ziemlich hohen Erbsteuer belegt werden, aus deren Erträgniss ein Fonds gebildet werden soll, dessen Zinsen man benutzt zur Erhaltung und Herstellung humanitärer Anstalten, als da sind: „Spitäler, Waisenhäuser, Kinderbewahr- und Erziehungs-Anstalten, Schulen, Versorgungs- und Invalidenhäuser" (p. 90), später, meint er, könnte man auch Arbeiterhäuser bauen. Das ist der funkelnagelneue Vorschlag, durch den die Lebenshaltung des Arbeiters gehoben, also sein Lohn erhöht werden soll. Wir sehen deutlich die Folgen der falschen Auffassung des ehernen Lohngesetzes. Wenn der Arbeiter nur 7 % statt 17 % für Wohnung, Feuer und Licht braucht, so wird dadurch die Lebenshaltung nicht eine günstigere werden (p. 162), sondern der Arbeitslohn wird sinken, der Kapitalgewinn steigen. Ebenso wird die bessere Erziehung, wenn sie allen zu Gute kommt, materiell nur dem Kapitalisten nützen, der intelligentere Arbeiter zu demselben Preise, als früher unintelligente, erhält und dadurch mit dem Auslande besser konkurriren kann. Herr H. nimmt allerdings an, das Kollektivvermögen würde immer mehr steigen und nach und nach das Privatkapital verdrängen, aber was mit demselben dann geschehen soll, das untersucht er nicht. Er erkennt nicht, dass das Kapital an und für sich unproduktiv ist, dass es erst durch Verbindung mit Arbeit Güter erzeugt, dass also der Besitzer des Kollektivvermögens, der Staat, wenn dasselbe eine gewisse Höhe erlangt hat, doch in die Produktion wird eingreifen müssen. Wie das zu geschehen habe, das ist eben die Hauptfrage des Sozialismus: die Schwierigkeit beginnt eben da, wo Herr H. aufhört. Woher der Staat das Geld bekommt zur Lösung der sozialen Frage, das ist unser geringster Kummer, das wird sich nach den Verhältnissen richten. Herr H. beschäftigt sich aber nur damit und lässt die Frage ganz ausser dem Spiele, was man mit dem Gelde anfangen solle. Er sagt blos, man baue Spitäler, Schulen, Invalidenhäuser etc. Dieses „etc." ist aber der Kernpunkt der sozialen Frage.

Zu erklären ist Herrn H.'s Einseitigkeit in dieser Beziehung dadurch, dass er von der ganz falschen Ansicht ausgeht, die Sozialdemokraten verlangten die Lösung der sozialen Frage durch den modernen Staat. Es ist das wieder eine jener Taschenspielerkünste des Herrn H., bei denen man nicht weiss, ob sie dem „Bewussten" oder dem „Unbewussten" zuzuschreiben sind. Er sagt: die Sozialisten verlangen „wirthschaftliche Experimente mit Hilfe der Staatsmittel", ohne zu bedenken, „dass die Gesellschaft die Mittel nicht habe, um für das Minimum der Existenz und der Erziehung, geschweige denn für die zweifelhaften Experimente der Sozialisten aufzukommen" — denn die europäischen Staaten geben für Unterrichtsanstalten im Durchschnitte blos 2 Prozent, für humanitäre Anstalten blos 0.8 Prozent ihres Budgets aus. (p. 24). Staat und moderner Staat werden da so eilig durcheinandergeworfen, als handle es sich wirklich um Taschenspielerei. Nun sind aber die Sozialdemokraten schon desshalb eine revolutionäre Partei, weil sie erklären, der moderne Militärstaat könne unmöglich die soziale Frage lösen. Die Beseitigung des Militärbudgets und der Staatsschulden dürfte für diese Lösung jedenfalls mehr Vermögen flüssig machen, als die

Erbsteuer des Herrn H. Geradezu naiv aber ist dessen Ansicht, der moderne Staat werde sich des Erträgnisses der Erbsteuer nicht bemächtigen, um es zu politischen Zwecken zu verwenden, weil die öffentliche Meinung dagegen sein werde. Ganz gesichert wäre dieser Fonds, wenn der ihn verwaltende Minister von der Solidarität mit den anderen Kabinetsmitgliedern befreit würde. Ebenso naiv ist es, zu erwarten, wenn der Staat Herrn H.'s Vorschlag nicht akzeptiren sollte, sei die Durchführung der Erbsteuer möglich durch einen Verein, etwa den deutschen oder Johanniter-Orden (p. 121), dessen Mitglieder sich verpflichteten, im Falle ihres kinderlosen Ablebens einen Theil ihres Vermögens humanitären Zwecken zu widmen.

Soweit Herr H. über die soziale Frage. Das folgende brauchen wir nur kurz zu berühren. Seinen sonderbaren Expropriationsvorschlag, wonach jeder Kapitalist das Recht haben soll, einen Grundbesitzer zu expropriiren, d. h. ihn zu zwingen, ihm sein Gut zu verkaufen, wenn er das Doppelte der Steuersumme zahlen will, welche der frühere Besitzer zahlte, will ich übergehen.

In der Frage der Uebervölkerung ist H. Anhänger Carey's, hält es aber für möglich, „dass die Menschheit einmal vor die Alternative gestellt werden könnte: Tod oder Verhinderung an der Geburt" (p. 139). Allerdings nicht nur in Folge der Zunahme der Bevölkerung, sondern der Abkühlung der Erde. Wenn die Uebervölkerung erst dann einträte, brauchte man sich um sie wohl nicht zu kümmern. Leider wird sie schon viel früher den Soziologen zu schaffen machen. Ob in dieser späten Periode sich nicht die Zahl der Geburten von selbst vermindern wird oder ob es nöthig sein wird, auf künstlichem Wege dies zu erreichen, lässt er unentschieden. In letzterem Falle plädirt er für die Extraktion des Fötus (p. 151), ein riskirtes und gesundheitsschädliches Verfahren, welches umsomehr zu verwerfen ist, als H.'s Einwände gegen die Präventivmittel nur für einige, nicht für alle gelten, da manche, wie von Fachmännern konstatirt wurde, denselben Zweck ohne bedeutende Unbequemlichkeit erreichen.

Um das Vorurtheil, dass der Krieg nothwendig sei, zu widerlegen, druckt Herr H. eine von ihm im Jahre 1868 herausgegebene Broschüre vollinhaltlich ab, aus der wir ersehen können, dass er den deutsch-französischen und den orientalischen Krieg geweissagt habe und dass wir noch einen Krieg haben müssen. Wieso daraus hervorgeht, dass der Krieg nicht nothwendig sei, wird nicht gesagt. Ferner schreibt der „vorurtheilslose" Mann über den Parlamentarismus, wobei er sich als Monarchist erklärt, der für Heinrich V. von Frankreich, wie er den Froschdorfer Prätendenten nennt, schwärmt, und die modernen Parlamente verurtheilt, weil sie — auf zu breiter Basis ruhen. Sodann spricht er über die nothwendige Zusammensetzung der Oberhäuser, wobei er folgenden merkwürdigen Passus von sich lässt: „Das Haupt einer historischen Familie, welche einen Grundbesitz inne hat, der an Steuern ungefähr so viel zahlt, als ein Wahlbezirk, ist ein ganz berechtigter Faktor in einer gesetzgebenden Versammlung; und wenn dieser Besitz ein der Familie gesicherter ist, so kann ein solches erbliches Mitglied niemals schaden, denn es bietet so manche Garantien für Patriotismus, Gemeinsinn und Unabhängigkeit, deren sich die meisten

Abgeordneten nicht erfreuen. Ist so ein Pair auch ein unwissender Esel, so wird er für die Erziehung seines Sohnes nur um so gewissenhafter sorgen, als er selbst seine Unbehülflichkeit und Lächerlichkeit empfindet." (p. 245).

Auf die gesellschaftlichen Vorurtheile übergehend, nimmt er die Geburtsaristokratie gegen die „theoretischen" und „abstrakten" Demokraten in Schutz, und vom Duell sprechend meint er: „Die Gesellschaft befindet sich da in einer üblen Lage. Hebt sie das Recht auf, eine Genugthuung zu verlangen, so werden sich Sitte und Umgangsform verschlechtern, die Anmassung vermehren (Herr H. muss in einer guten Gesellschaft leben); erkennt sie das Recht an, wie es heute besteht, so kommt sie in Konflikt mit der Vernunft und den Gesetzen. Es bleibt ihr darum nichts anderes übrig, als dieses Recht zu reguliren". (p. 274). Die Staatsgewalt reicht dazu nicht aus, zu Folge ihres Prinzipes: gleiches Recht für Alle, da eine Obstlerin und ein Gentleman verschiedene Ehrgefühle haben; folglich müssen Ehrengerichte eingesetzt werden, welche „den verbannen, der die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens unterwühlt". (p. 275).

Nach so vielen — Naivetäten thut es einem wohl, endlich auch einmal eine vernünftige Ansicht zu finden, das ist die des Herrn H. über Liebe und Ehe. Er steht auf dem, meiner Ansicht nach vollkommen richtigen Standpunkte, dass nicht das Glück der Eheleute, sondern das der Kinder es ist, welches über die jeweilig in der Gesellschaft geltende Form der Ehe entscheidet. Heutzutage muss daher die Ehe schwer löslich sein, weil nur darin die Garantie liegt dafür, dass die Kinder nicht dem Verderben preisgegeben, sondern bestmöglich erzogen werden. In einer Gesellschaftsform dagegen, in welcher das Wohl der Nachkommenschaft auch ohne Unlöslichkeit der Ehe gesichert ist, kann man dieselbe beseitigen, ohne der Moralität im Geringsten Abbruch zu thun, wie es das Beispiel der religiös-kommunistischen Gemeinde am Oneida-Creek darthut, bei denen freie Liebe herrscht, ohne dass die geringste Zuchtlosigkeit in Folge dessen eingerissen wäre. Die Ehe soll nach H. allerdings ein Vertrag bleiben, aber kein unlösbarer Vertrag, und vor Allem ein Vertrag, bei dem nicht der eine Kontrahent, wie dies heute gewöhnlich der Fall ist, das Weib, unzurechnungsfähig ist. Vor dem Alter der Volljährigkeit kann man heutzutage keinen unwiderruflichen Vertrag eingehen als den wichtigsten von Allen, die Ehe!

Ebenso anregend, als der Abschnitt „über unsere geschlechtlichen Beziehungen", ist der über „das Recht der Lebensverneinung", welches der eine Satz genügend charakterisirt: „Den Thieren erweist man die Wohlthat einer schnellen Tödtung um so sicherer, je lieber man sie hat, wenn ihr Zustand ein hoffnungs- und freudeloser geworden ist; dem Menschen aber nicht!!" (p. 358),

Rühmend werde noch hervorgehoben die gefällige, fliessende Diktion, welche zusammengehalten damit, dass der Verfasser dort entschieden glücklicher ist, wo er sich an die schönen Leserinnen, als dort, wo er sich an die hässlichen Leser wendet, erwarten lässt, er würde auf dem Gebiete des Feuilleton's Hervorragendes leisten. Die Nationalökonomie dagegen gilt ihm mit Recht als eine „unheimliche" Wissenschaft (p. 84). Auf jeden Fall hätte er das besprochene Werk nicht „die Vorurtheile der Menschheit"

nennen sollen, da dieser Titel mehr und Anderes bespricht, als der Inhalt hält, so dass eine Enttäuschung unvermeidlich ist. Möge Herr Hellenbach künftighin bescheidenere Titel wählen; es wird in seinem Interesse liegen, und er wird nicht mehr den Verdacht erwecken, dass er von sich selbst ein zu günstiges — Vorurtheil hegt.

K. Kautsky.

Paul v. Lilienfeld. Gedanken über die Sozialwissenschaft der Zukunft. Vierter Theil: Die soziale Physiologie. (XXV u. 496 S.) Mitau, E. Behre's Verlag. 1879.

Man würde sich täuschen, wenn man aus dem Gesammttitel des grossen Werkes, von dem wir nur den vierten Theil in Händen haben, schliessen wollte, es behandle sein Thema nur aphoristisch. Es ist nicht ein Konglomerat unabhängiger Gedanken, sondern ein System; ein System, wie nur je eins sich aus einem einzigen Wurzelbegriff einseitig entwickelt hat, stehend und fallend mit der Wahrheit seiner Fundamentalidee.

Auch tritt der Verfasser auf mit der nämlichen naiven Siegesgewissheit, welche alle Systembildner von Alters her ausgezeichnet hat. Er ist sich bewusst, eine noch nie dagewesene, eine gänzlich neue, grossartige Weltformel gefunden zu haben; er ist sich bewusst, dass diese Formel die einzig mögliche Antwort giebt auf die Hauptfragen der sozialen Forscher, die vor ihm im Dunklen zu tappen und der Wahrheit nur instinktiv zu nahen verurtheilt waren. Ja, selbst hinsichtlich des Namens der in diesem vierten Bande behandelten Wissenschaft fühlt er seinen reformatorischen Beruf: bisher nannte man sie National-Oekonomie; soziale Physiologie „muss sie von nun an heissen."

Für sein eigenes System hat er freilich zu dieser Forderung ein bedeutendes Recht. Seine Methode ist die des Physiologen, die „realgenetische und realvergleichende", wie er sie nennt, und sie ist es deswegen, weil ihm die Gesellschaft als ein „realer Organismus" gilt. „Die Beziehungen des Menschen und der Völker zu den Sachgütern, das sind vom realvergleichenden Standpunkte aus die Beziehungen der das soziale Nervensystem bildenden Einzelelemente und Organe zu der sozialen Zwischenzellensubstanz. Die Beziehungen des Individuums zum Staatskörper erhalten von diesem Standpunkte aus die Bedeutung der physiologischen Wechselwirkung zwischen Zelle und Gesammtorganismus." Ob aber die Wissenschaft sich auf den nämlichen Standpunkt stellen, ob sie die National-Oekonomie in realem Sinne Physiologie nennen dürfe, dass müssen wir ernstlich in Frage ziehen.

Damit man aber nicht glaube, der Verfasser brauche den Ausdruck „Organismus" nur als ein Gleichniss, um die sozialen Prozesse durch Analogieen aus dem physischen Gebiete zu veranschaulichen, führen wir seine eigenen Worte an: „Und diese Analogieen sind nicht in einem figürlichen, sondern in einem vollständig realen Sinne aufzufassen. Wie es keine Erscheinung im Einzelorganismus überhaupt geben kann, der nicht eine analoge im sozialen Organismus entsprechen würde, so kann es auch

keinen physiologischen Prozess im Einzelorganismus geben, dem nicht ein analoger im Schoosse der Gesellschaft real entsprechen würde." Wir müssen dabei noch ausdrücklich betonen, dass der hier zweimal statt des Konjunktivs gebrauchte Konditional durchaus keine beschränkende Bedingung, sondern lediglich eine grammatische Liebhaberei des Verfassers ist.

In den drei ersten Theilen wurde dargelegt, dass der soziale Organismus als ein aus einem Nervensystem und einer Zwischenzellensubstanz zusammengesetztes reales Wesen, welches sich nach denselben Gesetzen wie alle Einzelorganismen in der Natur entwickele, aufzufassen sei. Alle Unklarheiten und Verirrungen der bisherigen National-Oekonomie werden in dem vorliegendem vierten Bande abgeleitet aus dem Umstande, dass diese Erkenntniss bis jetzt gefehlt habe; in der Epoche, welche die „Soziale Physiologie" einleitet, müssen sie daher ihr Ende finden; denn diese begründet auf dem Wege ihrer Durchführung der genannten Analogieen die sozialphysiologischen Gesetze. Dadurch offenbart sich die einzig mögliche Lösung der „sogenannten sozialen Frage", die in der Entscheidung besteht: „dass eine definitive Lösung überhaupt nicht möglich ist, indem eine solche Lösung den Begriff der Erreichung einer absoluten Vollkommenheit in sich schliesst und folglich einen definitiven Stillstand in der Bewegung der Kräfte, im Entwicklungsgange des sozialen Lebens voraussetzt. Es kann nur eine Lösung geben, und diese kann nur in dem fortschreitenden Uebergange aus einem niederen Stadium in ein höheres, nur in einem beständigen Fortschreiten bestehen. Mit anderen Worten, alle sozialen Fragen müssen stündlich und täglich, immerwährend, durch eine fortschreitende Entwickelung der sozialen Kräfte gelöst werden."

Damit ist wenig Hoffnungsvolles gesagt; Alles läuft schliesslich auf ein gleiches Resultat der sozialen Physiologie hinaus, wie es Mephistopheles für die Medizin gegeben hat:

Ihr durchstudirt die gross und kleine Welt,
Um es am Ende gehn zu lassen,
Wie 's Gott gefällt.

Aber ob dies in der That das Ergebniss der Sozialwissenschaft sei, lässt sich allerdings noch solange bezweifeln, als man an dem Systemfundament unseres Sozialphysiologen zu rütteln vermag; fragen wir uns also, da er selbst wieder und wieder die alleinige und ausschliessliche Herrschfähigkeit seiner Real-Analogie-Lehre betont und von derselben alle seine Blicke in die soziale Zukunft abhängig macht: ob wir die Gesellschaft wirklich als einen realen Organismus, der von den bekannten Gesetzen der physischen Organismen auch seinerseit in seiner Konstitution wie in seinen vergangenen und künftigen Evolutionen beherrscht werde, zu betrachten genöthigt seien. Dies aber dürfen wir beherzt verneinen. Das Leben der Organismen ist ein individuelles Leben; die menschliche Gesellschaft aber ermangelt der organischen Einheit. Die Organismen sind Individuen, die aus Zellen bestehen; die menschliche Gesellschaft besteht aus Individuen, ohne selbst ein solches zu sein. In ihr ist der einheitliche Wille der Theile, der das Individuum auszeichnet, nicht von Anfang an vorhanden, sondern er bildet sich nur langsam aus. Sie enthält in ihrem Schoosse Elemente, die gegenseitig Jahrtausende lang von ihrer Existenz keine Ahnung haben; durch

die Entdeckung Amerikas z. B. vollzog sich ein Prozess in ihr, den man eher mit künstlichen Ergänzungen der Organismen, als mit organischen Vorgängen vergleichen könnte. Und wie manche Menschenstämme mag es noch heute geben, die von der Gesellschaft, und sie umgekehrt von ihnen, keine Ahnung haben.

Lässet auch ein Haupt sein Glied,
Welches es nicht nach sich zieht?

Aber selbst wenn man zugäbe, die Menschheit sei ein realer Organismus, was wir jedoch nicht thun: so wäre man noch immer nicht zu der Annahme genöthigt, dass sie als solcher den Gesetzen der physischen Organismen unterliege. Es ist dies eine vermessene, völlig unbeweisbare Hypothese, eine Grille, ein metaphysischer Traum; die zerstreuten Parallelen, welche der Verfasser zieht, haben nur relativen, bildlichen Werth. Das Ganze ist der Beginn eines Einkapselungssystems, das an die Leibnitz'sche Monadologie erinnert. Zuerst die Zelle im physischen Organismus, dann der Organismus als Zelle des realen Gesellschaftsorganismus: wahrhaftig, man kann die Frage nicht unterdrücken, für welche Urmonade die Gesellschaft wiederum die Zelle sei.

Uebrigens weist der Verfasser die in der Presse lautgewordene Meinung, dass er sich an Auguste Comte, Mill und Herbert Spencer lehne, in der Einleitung zurück; bei Keinem von diesen finde sich eine Anerkennung, geschweige ein Beweis, den uns allerdings auch er selbst nicht zu geben scheint, dass die menschliche Gesellschaft ein realer Organismus sei; ja es werde sogar in der von Comte's Schüler Littré geleiteten „Philosophie Positive" ausdrücklich hervorgehoben, und, wie wir glauben, mit Recht: dass die Gesellschaft „auf keinem Falle" (sic!) als reales Wesen aufzufassen sei. Die Anschauung Plato's von der Bedürftigkeit des Staates als Erweiterung der individuellen Bedürfnisse stehe seiner eigenen näher, am nächsten jedoch die Auffassung der christlichen Kirche als reale Gemeinschaft, als ein aus Haupt und Gliedern bestehender Leib.

Der Leser wird jedenfalls am meisten an die Parallele, welche Schäffle im „Bau und Leben des sozialen Körpers" durchgeführt hat, erinnert werden. Da dies Werk von dem Verfasser zitirt wird, so darf man die Priorität im Nachweis der erwähnten Analogieen sicherlich dem Ersteren zusprechen; Herrn v. Lilienfeld gebührt mithin lediglich die Steigerung eines vor ihm nur bildlich gebrauchten Begriffskreises zur Realität. Aber die Resultate der realvergleichenden Methode sind bei ihm von denen Schäffles wesentlich unterschieden. Ob sie aber richtiger seien, wagen wir wiederum zu beanstanden. Ja, wenn wir mit ihm die Gesellschaft wirklich als einen realen Organismus ansähen, wenn wir in der That glaubten, dass sie als ein solcher sich nach den Gesetzen der physischen Organismen entwickle: selbst dann noch könnten wir nicht zugeben, dass die Analogieen von dem Verfasser in ihrer Bedeutung klar erkannt seien. Gerade dann würden wir uns genöhigt sehen, da, wo der Verfasser normale Zustände erblickt, im Gegentheil pathologische zu suchen, und da, wo er die letzteren zu finden meint, freudig ein Reagiren des Organismus gegen seine Krankheit, eine sich vollziehende Ausscheidung der ungesunden Säfte, einen Genesungsprozess zu begrüssen.

Gestehen wir offen, dass wir die sozialphysiologischen Parallelen nur als einen, allerdings hochinteressanten, Zeitvertreib betrachten und uns daher für berechtigt halten, nach kurzer Beleuchtung ihrer Hauptpunkte, von den theoretischen uns zu den in den Schlusskapiteln behandelten praktischen Fragen zu wenden.

Die „soziale Physiologie" steht natürlich auf dem Fundament der Darwin'schen Evolutionstheorie, womit wir uns, wenn sie dabei die gehörige Objektivität bewahrte, sehr wohl einverstanden erklären könnten. Jetzt dagegen werden wir nachzuweisen haben, dass sie die von ihr angedeutete Gefahr, in ihren Folgerungen für die soziologischen Funktionen aus den elementaren, d. h. den individuellen, Fehlschlüsse zu machen, nicht hat vermeiden können.

Der soziale Organismus besteht nach Lilienfeld ausschliesslich aus Nervenzellen; das Individuum bildet in ihm die einzelne Nervenzelle, zugleich aber schon an und für sich ein Sensibilitätszentrum mit spezifischen sozialphysiologischen Energien, wodurch die Sensibilitätsvorgänge der Gesellschaft noch komplizirter erscheinen, als die im thierischen Einzelorganismus. Jedes soziale Gewebe ist ein psychophysisches.

Die ganze Kultur war ursprünglich eine Magenfrage und sei es in Hinsicht auf die niederen Schichten der Gesellschaft noch jetzt. Anpassung und Vererbung sind vor Allem von der Nahrung bedingt, die das Individuum zuerst entspezifizirt und alsdann assimilirt. Im sozialen Leben erhält die physiologische Entspezifizirung und Assimilation der Zellen vorzugsweise die Bedeutung der psychophysischen Entspezifizirung und Assimilation der höheren Nervenelemente, und in dieser doppelten Wechselwirkung besteht das rein sozialphysiologische Leben, welches nach Massgabe der höheren Entwicklung immer mehr den psychophysischen Charakter annimmt. Die allmählich immer höher steigende Differenzirung und Integrirung prägt sich in der sozial-ökonomischen Sphäre als eine sich stets höher potenzirende Konsumtion und Produktion in der Entwickelung der Bedürfnisse und der Arbeitstheilung aus.

Die soziale Zwischenzellensubstanz wird durch die Güter gebildet und potenzirt auch ihrerseits sich immer höher nach Massgabe der Entwickelungsstufe.

Bei normalem Entwickelungsgange steht die Anhäufung von psychophysischen Kraftenergieen im sozialen Nervensystem in direktem Verhältnisse zu der Konsumtion der positiven psychischen Gebrauchswerthe. Wie im Einzelorganismus, so auch im sozialen Organismus konsumiren die höheren Nervenorgane und höheren Schichten physiologisch und ökonomisch mehr, die niederen dagegen produziren mehr von demselben Standpunkte aus. Die höheren Nervenorgane erheben dabei aber die Lebensenergieen auf eine höhere Potenz. Unter sozialer Physiologie wird dabei nicht nur die Produktion der materiellen Güter und die Befriedigung der physischen Bedürfnisse, sondern auch die psychische Wechselwirkung der sozialen Elemente unter einander verstanden.

Die Spaltung des Stoffwechsels in Kauf und Verkauf ist nach Lilienfeld eine von den Nationalökonomen bisher nicht gehörig gewürdigte Doppelbewegung, durch welche die Kapitalbildung bedingt wird.

Resultat des physiologischen Entwickelungsgesetzes ist in der ökonomischen Sphäre des sozialen Organismus die Eintheilung einer sozialen Gesammtheit in Stände, Klassen, Körperschaften etc., entsprechend der Eintheilung der Zellen im Zellengewebe des Einzelorganismus.

Die ökonomischen Gesetze sind N a t u r gesetze; und die Erforschung dieser Naturgesetze, welche den ökonomischen Erscheinungen zu Grunde liegen, wird als Zweck des vorliegenden Bandes bezeichnet.

Die Zwischenzellensubstanz differenzirt sich immer mehr und wird endlich rückintegrirt durch die Einführung des Geldes. Es handelt sich nun um das Gesetz der V e r t h e i l u n g der Güter. Hier wird dem Staate nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zugesprochen, als Regulator derselben zu dienen, weil er sonst seine Natur als Vertreter der Einheitlichkeit verleugnen würde. Es frage sich aber, in welchem Umfange er dies vermöge; und es zeige sich, dass die ökonomische Sphäre des sozialen Lebens gerade diejenige sei, auf welche seine direkte Einwirkung die begrenzteste ist, „und das aus dem Grunde, w e i l das physiologische Leben auch in den Einzelorganismen der Natur am wenigsten den unmittelbaren Wirkungen des Zentralnervensystems, d. h. dem menschlichen Bewusstsein und Willen unterliegt."

In diesem verhängnissvollen „weil" konzentrirt sich Alles, was unsern Standpunkt von dem des Verfassers scheidet. Wir fühlen uns durchaus verhindert, ihm bei seinem Analogieschlusse zu folgen. Wenn es hiesse, die Gesellschaft sei w i e die Einzelorganismen in Zellengewebe und in Klassen getheilt; der Staat habe auf die ökonomischen Verhältnisse geringen Einfluss, w i e das Zentralnervensystem der Einzelorganismen auf die physiologischen Lebensvorgänge, beiderseits nämlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen: so liesse sich dies als ein, wenn auch hinkendes Gleichniss ertragen. Aber w e i l das Eine physiologisch geschehe, m ü s s e auch das Andere ökonomisch geschehen — nein: hier fehlt das logische Zwischenglied; die Analogie ist nicht als real erwiesen, und dieser Beweis k a n n nicht geliefert werden.

Jedes wirthschaftliche Unternehmen, heisst es, unterliege denselben Entwickelungsgesetzen, wie auch der ganze Organismus. Und diese Entwickelungsgesetze werden in folgende zwei, im Grunde dasselbe, nur von verschiedenen Standpunkten aus, besagende Formeln gefasst:

1) Wahrung von Eigenthum, Recht, Macht und Freiheit.

2) Höhere Potenzirung, Differenzirung und Integrirung.

Da diese beiden Formeln naturnothwendig seien, so könne der Kampf auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens seinen Ausgang, seine höhere, die Vervollkommnung und den Fortschritt der Gesellschaft bedingende Potenzirung nur durch Wahrung von Eigenthum, Recht, Macht und Freiheit erlangen.

Ferner: Je mehr eine Gestaltung caeteris paribus sich dem mittleren Typus zwischen dem extremen Individualismus und der extremen Solidarität nähere, desto mannigfaltiger und vielseitiger sei ihre Entwickelung, desto mehr Lebens- und Anpassungsfähigkeit besitze sie. Als die naturgesetzliche ökonomische Form gilt daher das juste milieu zwischen der Sozialdemokratie und dem Manchesterthum.

Es wird sodann übergegangen zu den Erregungs- und Hemmungsmechanismen, welche die menschliche Gesellschaft gleich den thierischen Einzelorganismen besitzen müsse.

Die Verschiedenheit der Meinungen in Hinsicht auf die Lösung der sozialen Frage könne sich nur darauf beziehen, zu welcher Zeit, an welchem Ort und in welchem Grad eine Erregung oder Hemmung anzuwenden wäre. Auch hier handelt es sich für den Verfasser natürlich um das mittlere Mass.

Bei der Besprechung der verschiedenen sozialphysiologischen Anpassungskategorieen kommt er zu dem Schlusse, dass das Eigenthumsrecht, nach dem Gesetze der Anpassung, auf einer naturphysiologischen Nothwendigkeit beruhe. „Gegen die naturphysiologische Begründung des Eigenthumsrechtes ist überhaupt nur eine Einwendung und Widerlegung möglich," sagt er: „Die Nichtanerkennung der menschlichen Gesellschaft als eines realen Organismus." Auch der Grundbesitz unterliege somit demselben Gesetze; als der gesundeste und normalste Entwicklungsgang der argrarischen Verhältnisse müsse derjenige anerkannt werden, bei welchem kein ausgesprochener Typus sich ausbilde, sondern die Differenzirung und Integrirung, des Klein- und Grossgrundbesitz unter gegenseitiger organischer Aktion und Reaktion sich gegenseitig immer höher potenziren.

Was den Kampf ums Dasein der individuellen Nervenelemente des sozialen Nervensystems anbetrifft, so entspreche derselbe vollständig real dem Kampfe der Moleküle und Zellen, welcher im Schoosse der Einzelorganismen vor sich geht. Selbstthätigkeit der Einzelzellen sei aber die Urquelle jeglicher Lebensthätigkeit; was die Kommunisten und Sozialdemokraten auf sozialphysiologischem Gebiete beabsichtigen, Angriffe dieser Quelle und Verstärkung der Zentralelemente auf ihre Kosten, sei daher gefährlich. Auch hier liege die normale Entwickelung, der Weg zum Fortschritt, zur Vervollkommnung in der Mitte. Als diese Mitte aber wird die Ueberlegenheit der wirthschaftlich stärkeren Individuen und Klassen über die schwächeren bei Vertheilung der Gebrauchswerthe und das aus derselben für letztere herhervorgehende Dienstverhältniss betrachtet; denn die ungleichmässige Vertheilung der Gebrauchswerthe beruhe auf einem organischen Gesetze; sie müsse nach Massgabe der höheren Entwickelungsstufe nothwendig noch zunehmen, daher die Beseitigung dieses Naturgesetzes unmöglich sei. Auch hier bewähre sich das als das allgemeinste aller Gesetze aufgestellte Gesetz des dreifachen Parallelismus des Nach-, Neben- und Uebereinander der Erscheinungswelt. Die durch den sozialphysiologischen Kampf ums Dasein bedingte Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft bestehe in Hinsicht auf die individuellen und sozialen Nervenelemente und -gewebe in einer höheren Potenzirung, Differenzirung und Integrirung der physischen und psychischen Organisation des Menschen; in Hinsicht auf die Zwischenzellensubstanz in einer höher potenzirten, differenzirten und integrirten Produktion, Vertheilung und Konsumtion der Werthgegenstände, in einem Vorherrschen des psychischen und physischen positiven Gebrauchswerthes der Güter und Dienste über den negativen und neutralen Werth derselben. Nicht durch Beseitigung des Kapitals, sondern durch Mehrung des Eigenthums und der Arbeitsfreiheit könne der wirthschaftliche Kampf in stets höhere Sphären

verlegt werden. Wenn das nicht lauter Phrasen sind, bekennen wir, wirklich nicht zu verstehen, wie der Verfasser sich dies denkt.

Bezüglich der Vererbung wird ausgeführt, ein jeder Mensch durchlaufe real die ganze Geschichte der Menschheit, und dies Gesetz werde eine der Grundfesten der Sozialwissenschaft der Zukunft sein, indem dasselbe die ganze Realität des sozialen Organismus in Kürze wiedergebe. Aber auch die Vererbung der Zwischenzellensubstanz sei Naturgesetz; denn ohne sie „würde die Kontinuität in den Beziehungen zwischen dem sozialen Nervensystem und den Gebrauchswerthen nicht über das individuelle Leben der einzelnen Elemente hinausreichen." Dies halten wir für ganz richtig. Wenn es aber weiter heisst, auf diesem unerschütterlichen Naturgesetze fusse die Nothwendigkeit der Vererbung des Eigenthums, so glauben wir, hier wieder einen logischen Fehler konstatiren zu müssen, und dies auch noch auf den folgenden Seiten, wo auf die Unmöglichkeit der Kontinuität der sozialen Entwicklung bei Aufhebung des Erbrechts hingewiesen wird. Diese Kontinuität ist keineswegs abhängig vom Erbrecht, sondern ist das Erbrecht selbst, nach dem Gesetze von Ursache und Folge. Aber dabei ist unter Erbrecht nichts Abstraktes zu verstehen, sondern nur der nothwendige Zusammenhang zwischen den Generationen; die jüngeren entwickeln sich aus den älteren, und die Vererbung der Zwischenzellensubstanz ist dabei die Lebensbedingung, ohne welche überhaupt kein Neues sich entwickeln könnte. Dies ist allerdings ein Naturgesetz; an dessen Aenderung hat jedoch noch Niemand gedacht, und sie ist unmöglich. Der Verfasser aber übersieht, dass er hier nur das nie geleugnete Erbrecht der Gesellschaft vertheidigt; dasjenige der Individuen dagegen beweist er nicht, und dies ist in der That zur Erhaltung der historischen Kontinuität nicht erforderlich. Diese bleibt unangetastet, auch wenn der soziale Körper nur als ein Ganzes erbt; denn da die Individuen Theile desselben sind, so können sie auch ohne persönliche Vererbung, ohne individuelles Eigenthum, am Vortheil der gesellschaftlichen Vererbung Theil haben.

Gehen wir nun auf die Sozialpathologie über, so erfahren wir zunächst, dass eine jede krankhafte Erscheinung auf eine aberratio temporis, eine aberratio loci, eine Ueberreizung oder einen Mangel an Reiz der einfachsten Formelemente des sozialen Organismus, der Individuen, zurückzuführen sei.

Eine aberratio loci finde statt, wenn Konsumtion, Produktion oder Austausch von Gebrauchswerthen am unrechten Orte vor sich gehen;

eine aberratio temporis, wenn Konsumtion oder Produktion der Gebrauchswerthe unzeitgemäss oder ihr Austausch und Absatz verfrüht oder verspätet sind;

eine Ueberreizung, wenn Ueberproduktion, Ueberkonsumtion oder Ueberspekulation eintritt;

ein Mangel an Reiz, wenn die Unternehmungs- und Arbeitskraft erschlafft.

Partielle Ueber- und Unterproduktionen und -konsumtionen seien der am häufigsten vorkommende pathologische Zustand.

Der normale Zustand bilde die Ausnahme, der pathologische dagegen die Regel; aber auch dies entspreche der organischen Natur, in welcher vollständig normale Entwickelungen nur Ausnahmen seien.

Es ist wohl fraglich, was man unter „vollständig normal" zu verstehen habe. Vollständig normal sind nur die platonischen Ideen, welche in der Wirklichkeit überhaupt nicht existiren. Ist aber ein mittlerer Gesundheitszustand gemeint, nicht eine Abstraktion, so können wir der obigen Behauptung nicht zustimmen. Jedenfalls ist bei den niederen Organismen, bei Pflanzen und Thieren, deren Gesundheit nicht durch die Kultur untergraben wird, der normale Zustand als die Regel zu betrachten. Behandelt man also die Gesellschaft als natürlichen Organismus, so kann man die in ihr vorwiegenden pathologischen Zustände nicht durch reale Analogieen rechtfertigen, und so dürfte wohl jedes soziale System, welches die Gesundheit des Gesellschaftskörpers wiederherzustellen sucht, aus dem Genesungstriebe des letzteren zu erklären sein, anstatt dass man den Widersinn begeht, die Krankheit als Naturgesetz anzuerkennen.

Nach dem Verfasser kommt es darauf an, durch Herstellung des Gleichgewichts zwischen den sozialphysiologischen Erregungs- und Hemmungsmechanismen einen Uebergang vom krankhaften in den normalen Zustand zu suchen; die Unzweckmässigkeit der Vorschläge der Kommunisten und extremen Sozialisten bestehe nicht darin, dass sie absolut andere Mittel vorschlagen oder absolut andere Zwecke verfolgen, sondern darin, dass ihre Mittel und Zwecke noch grössere anormale Abweichungen in Hinsicht auf Reiz, Ort und Zeit zur Folge haben müssen, als diejenigen Zustände, welche sie heilen wollen. So würde z. B. der Vorschlag, einen Normalarbeitstag einzuführen, eine Lähmung der individuellen Kräfte in Folge einer zu grossen Ausdehnung der physiologischen Thätigkeit der sozialen Zentralelemente nach sich ziehen.

Es wird in der Folge von den physiologischen Gährungsprozessen, sodann von den eigentlichen Zersetzungsprozessen geredet. Aber auch die Vertheilung der Güter und Dienste im Schoosse einer Gesellschaft könne eine anormale und pathologische sein. Doch den idealen Forderungen, welche Schäffle und Ad. Wagner für die Einkommensvertheilung aufstellen, sucht der Verfasser zu begegnen, „ohne dass der reale Boden dabei verloren gehe," und Prof. v. d. Goltz erscheint ihm hierfür als die rechte Autorität. Nach diesem hänge das Bestreben nach einer möglichst gleichen Vertheilung der materiellen Güter innig zusammen mit der heutzutage ziemlich allgemeinen Ueberschätzung von deren Werth. So findet denn auch Lilienfeld, das Nämliche lehre die realgenetische Sozialwissenschaft. Sie zeige uns, dass die nach aussen gekehrte Seite der physiologischen Thätigkeit der Gesellschaft zu quantitativen Beziehungen führe und daher untergeordneter Natur sei; der Charakter der Gebrauchswerthe hänge von der Persönlichkeit des Menschen selbst ab. Darauf können wir nur antworten, dass es uns ferne liegt, die subjektiven Elemente des Glückes zu übersehen, dass wir aber trotzdem jene Rechtfertigungen der ungleichmässigen Besitzvertheilung sehr oberflächlich finden. Vielfach wird die subjektive Disposition zum Glücke erst durch objektive Zustände geschaffen, und es ist der Mangel einer objektiven Grundlage, der jährlich Tausende und Tausende zu Grunde richtet. Jene ungezählten Schaaren, welche fort und fort im Jammer verkommen, sind in denjenigen Klassen daheim, wo die materiellen Hülfsmittel der normalen Lebensführung fehlen; das ist so sonnenklar, dass man kaum ein

Wort darüber verlieren sollte. Wer das soziale Elend ableugnet, der hat wohl niemals das Leben mit seinen naiven Träumen in Vergleich gezogen.

Auch die pathologischen Zustände, welche das Lohngesetz nach sich zieht, besonders der in der Zukunft (1878, Heft 12, S. 341) besprochene, werden vom Verfasser berücksichtigt. Aber er leugnet, dass die Resultate des Lohngesetzes mit Nothwendigkeit pathologische sein müssen; die treibende Kraft zur Entwickelung und Vervollkommnung liege nicht in der Befriedigung, sondern in der Nichtbefriedigung der Bedürfnisse. Es gebe auch hier eine besondere funktionelle Schwelle, über welche hinaus die Uebersättigung und der Müssiggang, und unter welcher die Degeneration durch Aushungern beginne; von den Sozialisten werde nur dieser letzte Fall, der in einer kultivirten Gesellschaft nur sehr selten vorkomme, einseitig in Betracht gezogen. Zudem sei das Niveau der Bedürftigkeit der Arbeiterklasse nach Massgabe der ökonomischen Entwickelung der menschlichen Gesellschaft im Grossen und Ganzen stets gestiegen. Es könne daher nicht mehr von einem ehernen, sondern nur von einem organischen Lohngesetze die Rede sein. Es werde übrigens auch von den Sozialisten ausser Acht gelassen, dass es für den Lohn mehrere Niveaux in jeder Gesellschaft giebt.

Durch alles dies scheinen uns die thatsächlichen Missverhältnisse, welche die „Zukunft" nachweist, nicht berührt zu werden; und dass man es bei denselben müsse bewenden lassen, weil auch nach oben ein gefährliches Extrem liegt, wird wohl Niemand annehmen. Was der Verfasser vertheidigt, ist der Zufall oder das blinde Walten elementarer Kräfte, die auch dann blind bleiben, wenn man sie organisch nennt; das wahre Entwickelungsgesetz scheint aber das Recht der Gesellschaft auf selbstständiges Eingreifen zu begründen; denn gerade dadurch, dass sie von Alters her den Lauf der Natur durch ihre Intelligenz regulirte, hat sie sich zu dem, was sie geworden ist, entfaltet.

Der Kapitalbildung werden gleichfalls pathologische Zufälle vindicirt; es sei der sozialistische Irrthum, solche lediglich für die Löhne anzunehmen. Wir können aber nicht zugeben, dass die Sozialisten diesen Irrthum begehen; und wenn Lilienfeld behauptet, dass bei einer gesunden und fortschreitenden Entwickelung die Entwickelung der Arbeiterbevölkerung Hand in Hand mit der Kapitalbildung und -Anhäufung gehen müsse, so lässt sich daraus jedenfalls folgern, dass die jetzigen Lohnverhältnisse keine gesunde und fortschreitende Entwickelung repräsentiren; denn jetzt wird, nach einem Ausdruck von Schramm in den „Grundzügen der Nationalökonomie", der Antheil der Arbeiter am Arbeitsertrag um so geringer, je grösser der Kapitalgewinn im Verhältniss zum Gesammtlohn ist. Wie denkt sich denn nun der Verfasser eine Umwandelung dieses pathologischen Zustandes in den normalen? Jenes Grundgesetz, welches er für die Sozialpathologie gefunden, weise, sagt er, auch zugleich die Mittel und Wege der Heilung an; nur an der Hand dieses Gesetzes könne die Staatskunst dieselbe finden. Positive, praktische Anweisungen vermögen wir in dieser Formel nicht zu entdecken.

Die nächsten Kapitel werden nun vom real-genetischen Standpunkte aus der Beleuchtung von „krankhaften sozial-pathologischen Theorien und Systemen" gewidmet; der Sozialismus nimmt unter denselben die erste

Stelle ein. Als eine feststehende Lehre, als ein abgeschlossenes System könne er jedoch nicht kritisirt werden, heisst es, da unter seinem Namen sehr verschiedene, ja nicht selten entgegengesetzte Begriffsbestimmungen zusammengefasst werden.

„Unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ist konkretes Denken auf sozialem Gebiete überhaupt möglich?“ fragt der Verfasser, und er antwortet: „Nur durch die Auffassung der menschlichen Gesellschaft als eines realen Organismus.“ Dem Sozialismus macht er dagegen gerade das Abstrakte seiner Methode zum Vorwurf, wobei er besonders die Marx'sche Werththeorie im Auge hat. Nun scheint es uns aber evident zu sein, dass der Sozialismus auf höchst konkreten Verhältnissen fusst; und wenn seine Denker die Ergebnisse der konkreten Beobachtung zu abstrakten Begriffen erhoben haben, so wurde die Wirklichkeit trotzdem nicht von ihnen aus dem Auge gelassen. Dass aber die einzige konkrete Auffassung der Gesellschaft ihre Betrachtung als ein realer Organismus sei, müssen wir verneinen. In einzelnen Aussprüchen der Sozialisten scheint freilich der obige Vorwurf seine Begründung zu finden, wie z. B. in den zitirten Worten der „Zukunft“ (1877, Heft II, S. 38): „Wie ehedem der Rechtsstaats-Idealist, so geht jetzt noch der Sozialist von einem grossen Gesammtideal aus, von welchem er alles Einzelne in seiner Theorie und Praxis ableitet.“ Aber mit diesem Ausspruch werden viele Sozialisten sich gar nicht einverstanden finden; wir unsererseits z. B. verfolgen nicht diese Deduktion, sondern eine ganz induktive Methode. Wir gehen aus von den mangelhaften Zuständen der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation und suchen nach den praktischsten Mitteln ihrer Besserung. Erst dadurch kommen wir zur Idee des Sozialismus, den wir aber nicht als ein Gesammtideal, sondern einfach als eine ökonomische Massregel betrachten. Und demgemäss hüten wir uns auch, vom fertigen Zukunftsbilde auf die Gegenwart zurückzuschliessen, und betrachten es vielmehr als die Aufgabe der Gesellschaft, aus den realen Bedingungen der Gegenwart die Zukunft stetig zu entwickeln. Und wir glauben, dass auch andere Sozialisten so konkret ihren Weg erkennen.

Nachdem er mehrere der „gemässigten Vertreter des idealen und praktischen Sozialismus“ citirt hat, wendet Lilienfeld sich zu den extremen sozialistischen Lehren: Kommunismus und Sozialdemokratie, und charakterisirt sie durch Anführung des kommunistischen Manifestes, in welchem „als erster Schritt in der Arbeiterrevolution, die offen als der gewaltsame Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung erklärt wird, die Erhebung des Proletariats „„zur herrschenden Klasse““ bezeichnet“ werde. Wir bedauern tief, dass die vernünftigen Bestrebungen des Sozialismus durch derartige Wildheiten, mit welchen wir uns niemals solidarisch erklären können, verdächtigt und geschädigt worden sind. Ebenso beklagen wir auch die Vermischung religiöser Ideen mit den ökonomischen, wenn wir sie auch auf einer frühen Entwicklungsstufe natürlich finden und gestehen müssen, sie einst selbst kultivirt zu haben. Das sind Irrthümer, von welchen der Sozialismus bei wissenschaftlicher Durchbildung zurückkommen wird. Uebrigens erkennt auch Lilienfeld an, dass derselbe nicht von Haus aus und durchweg atheistisch ist.

Unbestimmtheit und Wirrwarr findet er schon allein in der Bezeichnung derjenigen Partei, welche sich die „sozialdemokratische" nennt; er führt eine in der „Augsb. Allg. Zeitung" geäusserte Meinung an, nach welcher Demokratie und Sozialismus unvereinbare Gegensätze darstellen. Die Demokratie als Wirklichkeit sei die folgerichtige Durchführung des Individualismus; der Sozialismus dagegen, der seine Gesellschaftsordnung auf universalistischem Grund errichten wolle, bedürfe der Autorität und sei somit der Demokratie prinzipiell entgegen gesetzt. Wir haben schon bei der Besprechung des Bebel'schen Buches, in welchem das Autoritätsprinzip angegriffen wird, uns für die Autorität ausgesprochen, glauben aber, dass dieselbe auch in der reinen Demokratie nicht fehlen kann; eine folgerichtige Durchführung des Individualismus wäre nicht Demokratie, sondern Anarchie. Speziell für die genannte Partei aber bedeutet Demokratie vorläufig nur ihre politische Stellung gegenüber dem heutigen System. So ward es einst von Liebknecht, wenn wir nicht irren, erläutert; weil die Partei sich bewusst sei, sagt er, dass sie soziale Erfolge nur auf dem Boden politischer Freiheit erringen könne, nenne sie sich Sozialdemokratie.

„Der Sozialismus in seinen menschenfreundlichen und vernünftigen Bestrebungen und gemässigten Formen und Zielen enthält nichts Widernatürliches und Zerstörendes", fährt der Verfasser fort; nur den extremen Richtungen widersetzt er sich. Es ist aber die Frage, ob man das, was er gemässigt nennt, überhaupt noch als Sozialismus bezeichnen darf. Wenn er das Leben auffasst als Resultat einer Reihe von Kompromissen, und wenn er der sozialen Entwickelung den nämlichen Weg weist, sind wir ganz mit ihm einverstanden; wir glauben, dass auch die sozialistische Gesellschaft nur das Resultat einer Reihe von Kompromissen sein wird. Aber er hält leider die sozialistisch organisirte Gesellschaft für unausführbar. Und doch müssen wir ihn für inkonsequent halten, wozu vorgefasste Theorien, die seltsame Mischung von Induktion mit Deduktion in seiner Methode ihn verleitet haben; denn er findet es klar, dass der Sozialismus von allen seinen Standpunkten und in allen seinen verschiedenen Richtungen nichts absolut Neues lehre. „Sehr viele seiner Anschauungen, Lehren und Systeme haben sogar bereits theilweise ihre Verwirklichung in der Geschichte und in der Gegenwart gefunden, und solches nicht blos durch Privatpersonen, sondern auch durch Mitwirkung des Staates." Von dieser Erkenntniss aus wäre es ihm wohl leicht gewesen, dem konsequenten, wissenschaftlichen Sozialismus weitere Konzessionen zu machen. Er hat aber seine Typentheorie, nach welcher jedes ökonomische System in seiner Berechtigung anerkannt, aber auch jedem der ausschliessliche Anspruch auf eine höhere Entwicklungsstufe abgesprochen wird. Extreme Theorien seien unfähig, die Gesammtheit auf eine höhere Entwicklungsstufe zu fördern, weil sie den organischen Typus verlieren und sich dem anorganischen Zustande nähern; dies gelte sowohl vom Kommunismus wie vom Manchesterthum. Vom einfachen Sozialismus bis zum extremen Kommunismus ist aber noch ein weiter Weg.

Sowohl die überwiegende Privatwirthschaft wie die Zwangsgemeinschaft hat dem Verfasser nur pathologische Bedeutung; weder Individuation noch Solidarität seien absolut; eine gewaltsame Regulirung der Konkurrenz auf

wirthschaftlichem Gebiete würde in den meisten Fällen einen Kampf Aller gegen Alle in Folge mangelnder Produktion und gesteigerter Konsumtion hervorrufen. Wollte man fragen, woher er wisse, dass die Produktion, die doch organisirt werden soll, mangeln werde, so würde er natürlich wieder antworten, das sei organisches Gesetz. Es ist aber nur Phrase. Die Gleichmacherei in Hinsicht auf Vermögensverhältnisse, sagt er ferner, müsste auch die Tyrannei des geringen Kapitals, welches sich noch erhalten würde, nur um so fühlbarer und rücksichtsloser machen. Wir brauchen das nicht zu widerlegen.

Den Hauptirrthum von Carl Marx findet der Verfasser darin, dass er einen absoluten Unterschied zwischen Produktiv- und Konsumtionskapital voraussetze. Kurz darauf aber leitet er selbst die meisten Missverständnisse, Verirrungen und Streitigkeiten in Hinsicht auf die soziale Frage davon ab, dass man unter dem Worte Kapital zwei sehr verschiedene Erscheinungen in der ökonomischen Sphäre vereinige, die indirekten und die konzentrirten Gebrauchswerthe. Aber trotzdem hat man wohl recht, den einen Oberbegriff beizubehalten für die zwei zusammengehörigen Dinge. Das indirekte Kapital ist die Vorbedingung des direkten; beide können demnach, wenn auch nicht beigeordnet, so doch eins dem anderen übergeordnet, unter der gemeinsamen Bezeichnung „Kapital" zusammengefasst werden. Indirekte Gebrauchswerthe bilden das virtuelle, direkte oder konzentrirte das aktuelle Kapital. Es ist also doch wohl nicht richtig, dass das „Schreien und Poltern gegen das Kapital und die Kapitalisten" auf einem qui pro quo beruhe.

Der französische Kollektivismus, welcher nicht nur das Eigenthumsrecht auf die Produktivmittel, sondern auch das auf die Konsumtionskapitalien verwerfe, erscheint dem Verfasser konsequenter als der deutsche, der sich vorzugsweise auf die Gemeinschaft der Produktivmittel beschränke. Wir glauben im Gegensatze zum Verfasser, dass die Scheidung der beiden Begriffe, wie Marx sie vornimmt, eine richtige ist, besonders wenn man das Nacheinander, welches wir durch die Bezeichnungen „virtuell" und „aktuell" angedeutet haben, im Auge behält.

Den inneren Widerspruch nun, den Lilienfeld im deutschen Sozialismus findet, glaubt er aufdecken zu können durch Hinweisung auf das Uebergewicht, welches den Kapitalisten verbleiben müsse, die aus Grossproduzenten zu reinen Konsumenten werden. Ganz davon abgesehen aber, ob das unproduktive Kapital sich nicht selbst verzehren müsse, kann man wohl antworten, dass selbst bei Erhaltung des Kapitals als direkten Gebrauchswerthes jedenfalls die schädliche Macht desselben schwinden müsste, da dieselbe sich gegenwärtig nur auf dem Bedürfniss derer begründet, die durch ihre Hülflosigkeit von ihm abhängig sind. Hört die Abhängigkeit auf, so endet auch der Kampf. Es handelt sich also nicht sowohl darum, die Kapitalisten zu vernichten, als vielmehr, die Besitzlosen von ihrem Einflusse zu befreien, und dies geschieht zur Genüge, indem das Kapital als Produktionswerkzeug aufhört, Eigenthum zu sein; denn eine gleichzeitige Neutralisirung des Uebergewichts des Privateigenthums ist davon unzertrennlich.

Die von Bruno Geiser ausgesprochenen Forderungen des Sozialismus

findet Lilienfeld in direktem Widerspruch mit jedem natürlichen Verlauf; natürlich wiederum, weil sie nicht „organische Gesetze" aussprechen. Den gemässigteren Sozialisten gegenüber, die nur genossenschaftlich-kapitalistische Unternehmungen ohne Zwangsgemeinschaft, also Gruppenproduktion, anstreben, macht er dagegen den Einwurf, dass sie einerseits nichts Neues vorschlagen, andererseits aber darin irren, dass sie zugleich alle Privatunternehmungen gewaltsam vernichten und jegliche Selbstthätigkeit der Individuen auf wirthschaftlichem Gebiete unterdrücken wollen. Im letzteren Falle seien ihre Vorschläge praktisch nicht durchführbar.

Er kann sich ferner die Herstellung einer sozialistischen Zwangswirthschaft nicht denken, weil sie nur bei obligatorischer Regelung der Konsumtion möglich sei. Aber wir können nicht zugeben, dass eine zwangsweise Beeinflussung der letzteren nothwendig sei, nachdem durch Studium die durchschnittlichen Grenzen der Konsumtion und somit ihre Gesetze statistisch festgestellt sind. Müsste aber dennoch die Konsumtion sich stellenweise beschränken, so würde dies nicht an staatlichem Zwange, sondern an natürlichen Bedingungen liegen. Hier kann von unerträglicher Freiheitsberaubung nicht die Rede sein. Die Gesellschaft würde Niemandem das Nothwendige oder Wünschenswerthe vorenthalten, und hierin wäre das Mass der Freiheit gross. Was sollte aber Freiheit zur Unvernunft? Wäre dies überhaupt Freiheit? Aber Lilienfeld fürchtet auch, dass jene nothwendige Statistik der höchsten menschlichen Intelligenz unmöglich sein werde. Sicherlich wäre dies der Fall, wenn sie plötzlich in's Leben zu treten hätte; aber das ist nicht zu erwarten, und inzwischen wird vorbereitendes Studium wenigstens das M ö g l i c h e thun.

Für das Verständniss der sozialistischen Forderung eines gesellschaftlich organisirten Produktionsbetriebes zitirt der Verfasser den Artikel von C. A. S. über die Vermehrung der Produkte, aus der „Zukunft" (1878, Heft 14, S. 401 u. ff.). Von den darin besprochenen Gestaltungen der organisirten Produktion hebt er die Vorschläge hinsichtlich der Landwirthschaft hervor, durch welche eine Erzeugung des dreifachen Produktenquantums gegen die Jetztzeit als möglich nachgewiesen wird. Darauf antwortet Lilienfeld, ein jeder Unbefangene, der mit den Faktoren der realen Physiologie zu rechnen verstehe, werde dagegen der Ueberzeugung sein, dass bei einer solchen Organisation der Landwirthschaft, statt des erwarteten dreifachen Produktenquantums, die Gesellschaft der Gefahr zu verhungern entgegengehen würde. Aber das ist wahrhaftig keine Widerlegung. Ebensowenig erscheinen die Einwürfe gegen eine aus der Organisation gefolgerte Vermehrung und Verbesserung der Genussmittel stichhaltig. Ueberhaupt werde, heisst es, die Wechselwirkung der sozialen Kräfte in der ökonomischen Sphäre von den Sozialisten als zu einfach und zu roh gedacht; die komplizirten Vorgänge in derselben seien nothwendige Naturgesetze; den nothwendigen Konsequenzen seiner Wahl und seiner Thätigkeit könne der Mensch ebensowenig entgehen, wie das Thier und die Pflanze und jede einzelne Zelle im Schoosse derselben. Aber welcher Sozialist hat dies jemals geleugnet? Gerade darauf kommt es ja an; die Bedingungen, die Thätigkeit selbst zu organisiren, um danach die Konsequenzen umzugestalten; und es handelt sich nicht um blinde, sondern um erkennbare Gesetze, um die Selbstbestimmung

einer von der Intelligenz beherrschten Gesellschaft. Aber die Unterdrückung oder Schwächung der Selbstthätigkeit des Individuums, heisst es weiter, müsse auf solche Organisation folgen. Ausserdem werden die technischen Schwierigkeiten, auf die es in Hinsicht auf Produktion und Vertheilung endgültig ankomme, von den Sozialisten unterschätzt. Sie seien Gesetze, die aufgehoben werden müssten, bevor man von ihren nothwendigen Konsequenzen abstrahiren könne. Wir können darauf nur entgegnen: Gerade auf diesem Gebiete wird Kampf und geistige Arbeit immer erforderlich sein; dadurch aber wird die individuelle Selbstthätigkeit erhalten, obwohl im Dienste der Gesammtheit. Man darf also die Schwierigkeiten willkommen heissen; für unüberwindlich braucht man sie jedoch nicht zu halten. Solche Sozialisten freilich, die eine durchaus vollkommene Gesellschaft für möglich halten, sind Schwärmer; sie übersehen allerdings die ausserhalb des Menschen unabänderlich wirksamen feindlichen Naturkräfte und die in ihm ausgeprägten Vererbungsresultate. Aber auch von den ihrerseits real-genetisch verfahrenden Sozialisten, zu denen wir uns rechnen, werden pathologische Zustände der künftigen Gesellschaft nicht geleugnet; wir haben nicht die Hoffnung, alle Krankheitsursachen des sozialen Körpers zu beseitigen, wohl aber sehr viele, und damit stehen wir ebensowohl oder mehr auf realem Boden als der Verfasser. Er betrachtet den Sozialismus als einen Krankheitszustand, wir sehen ihn an als einen Genesungsprozess und halten die von Lilienfeld als „gesetzlich" bezeichneten Zustände für das Anormale, das Pathologische.

In einem anderen Artikel des oben erwähnten Mitarbeiters der „Zukunft" (1878, Heft XV, S. 483), wo die durch den Handel verursachte Arbeitsvergeudung dargelegt wird, vermisst Lilienfeld, wiewohl er das Vorhandensein der gekennzeichneten Uebelstände im Wesentlichen anerkennt, eine Auskunft, wodurch die jetzigen Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten ersetzt werden sollen. Die an anderem Orte besprochenen Zentralstellen haben ihm viel Bedenkliches; ohne ein ganzes Heer von Beamten, deren Zahl und deren unproduktive Arbeit grösser sein werde, als die der jetzigen Zwischenhändler, findet er dieselben undenkbar. Nun wohl, täuschen wir uns darüber nicht: es wird allerdings vieler Beamten bedürfen, und die gegensätzliche Behauptung des von uns besprochenen Bebelschen Buches unterliegt gerechten Bedenken. Aber warum Solches bedauern, da es ein Hülfsmittel sein wird für gute Resultate? Und zudem ist eine Beamtenkaste dadurch noch keineswegs bedingt, sondern, wie Bebel ganz richtig bemerkt, diese Funktionäre können wählbar und wechselnd sein, vielleicht sogar ohne Wahl durch einen vorgeschriebenen Turnus sich ablösen. Doch wie dem auch sei: Beamte haben sicherlich nichts Bedenkliches.

Alles aber, was in dem angeführten Artikel besprochen worden, findet der Verfasser durch die Bedenken des Schlusssatzes widerlegt. Es heisst nämlich daselbst, dass es einerseits fraglich erscheine, ob die Gesellschaft schon so viel Vernunft und Disziplin besitzt, sich freiwillig zur Arbeit zu entschliessen; andrerseits, ob eine Organisation gefunden werden könne, welche die Leitung der Produktion nicht nur einfach, sondern planmässig zu übernehmen vermag. Das ganze System des Sozialismus werde durch diese Bedenken in seinen Grundlagen aufgehoben und erschüttert, meint

Lilienfeld. Wir unsererseits können jedoch auch hierdurch die sozialistische Idee nicht als besiegt anerkennen. Wohl aber glauben wir, dass jener Theil der Sozialdemokratie, welcher die soziale Republik in einigen Jahren oder Dezennien proklamiren zu können hofft, betroffen wird. Jetzt ist die Gesellschaft allerdings noch nicht disziplinirt genug, und jetzt sind allerdings die statistischen Thatsachen noch nicht zur Genüge aufgedeckt, als dass nicht einerseits an der Zügellosigkeit des entfesselten Mob, andrereits an der Unfähigkeit der ökonomischen Verwaltungselemente, in Folge mangelnder Uebersicht, ein sozialistisches Staatswesen zu Grunde gehen müsste. Aber das ist nicht geeignet, unsere Hoffnung zu schwächen, wenn es uns auch zur Geduld ermahnt; vorläufig kommt es darauf an, einerseits für die Hebung des geistigen Niveaus der Volksmassen mit allen Kräften thätig zu sein, andrerseits die sozialen Gesetze unermüdlich zu studiren: dies sind die Grundlagen für die sozialistische Zukunft.

Die beste Widerlegung der „kommunistischen Utopien“ findet der Verfasser in einem anderen Artikel der „Zukunft“ (1878, Heft XVIII, S. 582), aus der Feder des obengenannten C. A. S., „Die Wirthschaftskommune“ betitelt, worin die Bestimmung über Produktion etc., als in vielen Fällen nur durch die einzelne Gemeinde, nicht durch den Staat als Gesammtheit, ausführbar nachgewiesen wird. Wenn aber der nämliche Autor für andre Produkte den staatlichen Zwang nicht nur berechtigt, sondern sogar nothwendig nennt, so nimmt Lilienfeld Anstoss an der „Produktion gewisser Werthe auf höheren Befehl der kommunistischen Regierungsorgane“, welches ein Zwang gegen die Individuen sei, den er verabscheut. Man kann darauf nur fragen, ob er denn die heutige Arbeit der Individuen für frei hält? Heut zwingt der Hunger, der niemals Vernunft annimmt; besser also, denken wir, dass die Gesellschaft, die schwerlich ohne Vernunft handeln wird, die Ausübung des Zwanges übernehme.

Im Weiteren zieht der Verfasser das Bild nach, welches C. A. S. von der neuen Organisation entworfen hat; wie derselbe zu zeigen beabsichtige, dass sich die sozialistische Idee in einfacher Fortbildung der schon bestehenden und allmählich sich mehr konzentrirenden Wirthschaftverhältnisse durchführen lasse, und wie ihm die Wirthschaftsgemeinde als der naturgemässe, einfache Wirthschaftskörper, der sich föderalistisch mit anderen gleichen oder ähnlichen Organismen gruppiren und mit ihnen eine höhere Einheit bilden müsse, erscheine.

Sicherlich kann in dieser Darlegung kein Bruch mit den organischen Entwickelungsgesetzen der Gesellschaft gefunden werden. Aber schon jetzt stehe der Bildung solcher freien Wirthschaftsgemeinden Nichts entgegen, sagt Lilienfeld; doch nicht darum handle es sich, sondern was die Sozialisten verlangen, sei der Zwang, der eine noch nie dagewesene, in alle Lebensverhältnisse eindringende Tyrannei mit sich bringen werde. Zwang, Zwang, das ist das fürchterliche Wort, das sich immer wiederholt; und doch müssen wir fragen: Wo liegt der grössere Zwang: in einer Gesellschaft, in der das Gebot des Hungers die Majorität abhängig macht von der Minorität, in welcher diese Minorität sich umgiebt mit einem System von Gewaltmassregeln, durch die alle Selbsthülfe der Majorität verhindert, ja diese sogar gegen sich selbst bewaffnet wird; oder in einer gesetzlichen Organisation, in der

das Wohl der Gesammtheit, nicht aber das der Minorität auf Kosten der Majorität, höchstes Gebot ist; in der die Noth umgestaltet worden zur sittlichen Ordnung, in der nicht der Hunger die Gesetze giebt, sondern die Vernunft? Wo, fragen wir, liegt der Zwang, wo die Freiheit? Und die Antwort wird nicht schwer sein.

Die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, beantwortet der Verfasser so, dass zwischen Freihändlern und Protektionisten keine absolute Meinungsverschiedenheit obwalte, dass der ganze Unterschied zwischen ihnen auf rein praktische Fragen, auf relative sozialphysiologische Grössenverhältnisse zurückgeführt werden könne, Fragen, in denen alle theoretischen Streitigkeiten aufhören; hier habe allein die Staatskunst in jedem einzelnen Falle zu antworten.

Wünscht man nun die positive Ansicht des Verfassers hinsichtlich der Sozialwissenschaft der Zukunft in Kürze zusammenzufassen, so ergibt sich für den Sozialismus das hauptsächliche Resultat: die Hierarchie der Klassen und der Kampf ums Dasein zwischen ihnen sind Konsequenzen organischer Gesetze und können deswegen niemals ihr Ende finden; im Prinzip müssen die heutigen Gesellschaftsformen sich dauernd erhalten; der Fortschritt, das Ideal (denn auch der Verfasser hat sein Ideal, wenn er gleich uns dasselbe nicht verräth) lasse sich nur auf diesem realen Boden verwirklichen.

Wir unsererseits wünschen gleichfalls schrittweise, folgerechte Potenzirung und Entwickelung der sozialen Kräfte. Aber wir wollen auch, dass der kranke Gesellschaftskörper die Krankheitsstoffe ausstosse, während der Verfasser die Krankheit leugnet. Für ihn also handelt es sich trotz der schönen Worte im Wesentlichen nur um Stillstand, um eine Rechtfertigung des bestehenden Schlechten: Wir aber halten dies System für falsch sowohl wie für schädlich, und wir sind froh, dass die „Soziale Physiologie" unsere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Sozialismus nicht hat erschüttern können.

E. Bertz.

Eduard von Hartmann. Die Phänomenologie des sittlichen Bewusstseins. Berlin, Karl Duncker's Verlag. 1879. 871 S.

Bücher, wie die Philosophie der Erlösung von Philipp Mainländer und Hartmann's Phänomenologie des sittlichen Bewusstseins, sind keine Eintagsfliegen, sondern bemerkenswerthe Erscheinungen einer Zeit, durch welche zweifelsohne ein pessimistischer Hauch weht. Und dieser Pessimismus ist wieder ein natürliches Produkt der heutigen sozialen Missstände, der natürliche Ausdruck einer sich auflösenden Gesellschaft. Das Heute muss den Menschen zum Pessimisten machen

Die Zustände unserer Zeit weisen mit den von Gibbon in seiner Geschichte des Verfalles und Unterganges des römischen Weltreiches so meisterhaft geschilderten eine grosse Aehnlichkeit auf; die Darstellungen des Tacitus, Sueton und Juvenal passen treffend auf

unsere Gesellschaft. Waren die römischen Kaiser schlechter als Andere? Nein, ihre ganze Umgebung passte zu ihnen. Höchstens bildeten sie den Kulminationspunkt der innerlichen Faulheit, aber in allen Ständen und Rängen herrschte dieselbe Korruption. Man benutzte die Errungenschaften der Kultur, genoss das Leben so gut wie möglich, und wenn man es in der gewohnten Weise nicht fortführen konnte, legte man selbst Hand an sich. Spekulationen und Schwindel waren an der Tagesordnung. Die heutigen Gründungs- und Schwindelperioden finden in der damaligen Zeit ihr Vorbild. Sah man den sicheren Ruin vor sich, so gab man seinen Freunden noch ein Festmahl und trank dann gleichmüthig ein tödtliches Gift oder öffnete sich die Adern.

Der Malthusianismus hatte theoretische Anhänger und wurde auch in der Praxis geübt, die Ehen nahmen ab, und wenn man sich verheirathete, so sorgte man doch dafür, sich nicht mit zu vielen Kindern zu belästigen. Gegen die infolge dessen drohende Gefahr wurden Staatsgesetze erlassen, und an Eltern mit drei Kindern Privilegien gewährt (jus trium liberorum). Caesar setzte Belohnungen für diejenigen aus, welche viele Kinder hatten, und verordnete, dass Frauen, welche über 45 Jahre alt wären und weder Männer noch Kinder hätten, sich weder mit Edelsteinen schmücken, noch der Sänfte bedienen dürften. Augustus erliess sehr strenge Bestimmungen gegen Zölibat und Kinderlosigkeit, Steuer auf Hagestolzen und dergleichen. Aber Alles umsonst!

Ungeachtet vieler Unterschiede weist die heutige Zeit doch gleiche Symptome auf. Unter solchen Verhältnissen muss sich aber eine pessimistische Philosophie herausentwickeln. Und so geschah es.

Sozialismus und Pessimismus sind keine Gegensätze. Der Sozialismus ist zwar für die Zukunft Optimismus, in der Kritik des heutigen gesellschaftlichen Lebens aber Pessimismus. Hartmann dagegen ist Pessimist in Bezug auf die Zukunft. Diese Welt ist die beste aller möglichen Welten, sagt er mit den Optimisten. Aber diese beste Welt ist schlecht genug, so schlecht, dass es besser wäre, es gäbe überhaupt keine Welt. Das ist sein Pessimismus.

„Die Bejahung des Willens zum Leben ist das vorläufig allein Richtige, nur in der vollen Hingabe an das Leben und seine Schmerzen, nicht in feiger persönlicher Entsagung und Zurückziehung ist etwas für den Weltprozess zu leisten“, sagt Hartmann und mit ihm jeder Sozialist. Was nach dem „vorläufig allein Richtigen“ geschieht, liegt uns nicht so am Herzen, als was in unserer Nähe praktisch gethan werden kann. Vorläufig gehen wir als Brüder Hand in Hand, und später, viel später — Mainländer spricht von einem Minimum von 3000 Jahren — kommen wir beim Scheidewege an. Der Pessimismus ist dann vielleicht schon längst widerlegt. Kein Optimismus, kein Pessimismus, sondern Omnismus; von Allem das Gute. Für heute — die Welt der Wirklichkeit weist uns dahin — sind wir gemeinsam Pessimisten.

Hartmann behandelt in seiner Phänomenologie das sozialeudämonistische Moralprinzip oder das Moralprinzip des Gesammtwohles, er bestreitet das Moralprinzip des Sozialismus. Wir müssen daher auf seine Gründe eingehen, die ihn in den Stand setzten, dasselbe zu verurtheilen.

Nach Hartmann lässt sich kein schrofferer Gegensatz denken, als zwischen dem Egoismus — da der Egoist als höchstes und alleiniges Prinzip seines Handelns nur sein eigenes Wohl anerkennt und demgemäss fremdes Wohl gerade nur insoweit fördert, als sein eigenes dadurch gewinnt — und dem Sozial-Eudämonismus, dessen Anhänger sein Leben und Streben ganz dem Dienste fremden Wohles weiht, unter völliger Hintenansetzung des eigenen. So opfert der Erstere Alles, was nicht er ist, seinem Ich, der letztere dagegen sein Ich dem Nicht-Ich. Hartmann nimmt hier augenscheinlich den Egoismus im schlechten Sinne; sonst besteht dieser Gegensatz eigentlich gar nicht. Gesunder Egoismus und Altruismus vervollständigen einander vielmehr. Jemand verbraucht seine Kräfte zu rasch, um seinen Angehörigen grösseren Wohlstand zuzuführen. Er untergräbt somit seine Gesundheit und stirbt desto eher. Ist diese Opferwilligkeit lebenswerth? Vielleicht muss er, aber beim Müssen hört Alles auf, da giebt es kein gut oder schlecht mehr, es ist, und wie bei Ungewittern und anderen Naturereignissen fällt jede Werthschätzung weg. Sonst aber ist seine Opferwilligkeit nicht gut, sein augenblicklicher Altruismus schadet seinem und der Seinigen Wohlstand für die Zukunft. In zehn Jahren verzehrt er vielleicht seine Kräfte für zwanzig oder dreissig Jahre, während sein grösserer Wohlstand vielleicht die Hälfte ausmacht; ein gut überlegter Egoismus muss ihn die Sparsamkeit seiner Kräfte dem grösseren augenblicklichen Wohlstand, dessen Folge später ein Nothstand der Seinigen ist, vorziehen lassen.

Das sozial-eudämonistische Prinzip duldet keine bevorrechteten Gesellschaftsklassen, keine bevorzugte Minderheit, keine Förderung des Glückes Weniger auf Kosten Vieler. Das Postulat, ein Maximum von Glückseligkeit zu verbürgen, wird für den Gesetzgeber zu dem Postulat, das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Zahl zu erstreben, weil bei dem Gleichwerth der Menschen als unbenannter statistischer Einheiten das Maximum von Glückseligkeit nur durch Beförderung der Glückseligkeit der grösstmöglichen Zahl von Individuen erreicht werden kann. Der Zustand der modernen Gesellschaft ist bei der gesetzlich geschützten Eigenthumsvertheilung und der heutigen Volkswirthschaft die Anwendung des Prinzips: wer da viel hat, dem wird gegeben, wer aber wenig hat, dem wird auch das genommen, was er hat. Denn das Kapital ist als solches werbend, indem es seinem Besitzer beständig neue Güter zuführt, welche thatsächlich der Arbeit der Besitzlosen entstammen, aber deren Genuss entzogen werden. Eine Abänderung dieses Verhältnisses ist nur möglich, wenn das Kapital aufhört, werbend zu sein, oder wenn es aufhört, Individual-Eigenthum zu sein; da ersteres ausser der Macht der Menschen steht, so bleibt nur letzterer Ausweg übrig, d. h. das sozialeudämonistische Prinzip verlangt gebieterisch als sittliche Forderung die Aufhebung des Privat-Eigenthums am Kapital und die Ueberführung alles Kapitals in gesellschaftliches Eigenthum. Kann dies unter Einwilligung der bisherigen Kapitalisten oder doch ohne Verletzung ihrer erworbenen Rechte geschehen, um so besser; kann es nur durch soziale Revolution verwirklicht werden — auch gut —, denn das Gesammtwohl ist das alleinige und höchste Prinzip des Rechtes und der Sittlichkeit, und unsittliche Zustände,

die ihm widersprechen, sind eben damit auch als Unrecht erkannt, gleichviel, ob sie von der irrenden Menschheit bisher als zu Recht bestehend betrachtet wurden. Es ist unsittlich, dass Wenige schwelgen, während Viele darben; unsittlich, dass reiche Familien 5—20 heizbare Räume bewohnen, während zahllose arme sich mit einem begnügen müssen, oder selbst den einen nicht haben; unsittlich, dass irgend Jemand das Recht hat, einen Thaler für unnöthigen Luxus auszugeben, so lange noch ein einziger lebt, der an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel leidet; unsittlich, dass der Reiche sich neben seiner Ehefrau beliebig viele Maitressen kaufen kann, so lange noch einer durch seine Armuth verhindert ist, sich ein Weib zu nehmen; unsittlich ist alles dies darum, weil es dem alleinigen und höchsten Prinzip des Rechtes und der Sittlichkeit, dem Prinzip des grösstmöglichen Glückes der grösstmöglichen Zahl, schreiend Hohn spricht.

So lange die Ungleichheit des Standes und Besitzes als göttliche Ordnung respektirt wurde, konnte das historische Recht sich in seiner heteronomen Begründung sicher fühlen; seit aber die irdische Glückseligkeit der Gesellschaft als Quelle des Rechtes vom Volke selbst mehr und mehr erkannt worden ist; seit sich der Satz Bahn gebrochen hat: salus publica suprema lex esto, kann die bisherige Gleichstellung Aller dem Gesetz gegenüber nur als eine schwache Abschlagszahlung auf die eigentlich entscheidende Fundamentalforderung, der Ausgleichung der Güterverthheilung, betrachtet werden, d. h. mit anderen Worten: Die Sozialdemokratie ist die naturnothwendige Konsequenz und die Enthüllung des innersten Kernes des sozial-eudämonistischen Prinzips.

So hat Hartmann die Frage gestellt, und er verneint sie. Natürlich, denn die Wahrheit dieses Prinzips ist die Unwahrheit des Pessimismus, und wo dieses der alleinseligmachende Glaube ist, da ist jede Abweichung als Ketzerei verurtheilt.

Hartmann nennt das Verlangen nach „menschenwürdigem Dasein“ eine faule und sinnlose Agitatorenphrase. Und doch ist es ein durchaus natürliches. Jedes Wesen strebt in seiner Art, seine Anlage auszubilden, warum soll es der Mensch nicht? Man kann sehr verschiedener Meinung über den Inhalt des menschenwürdigen Daseins sein, aber nicht über das Prinzip. Ich bin Mensch — nun als solcher strebe ich, die Bedingungen des Menschseins zu erfüllen. Das thut Jedermann, das thut auch Hartmann. Warum ist die Behauptung denn eine Phrase? Wenn man sagt: Deshalb, weil Alles vom Inhalte abhängt — so sind wir damit einverstanden. Hartmann selbst nennt einige Zeilen darauf das „gesteigerte Genussleben“ ein ganz reales Programm der „enterbten“ Klassen der Gesellschaft, aber damit ist auch das menschenwürdige Dasein ein ganz reales Programm und keine Phrase. Für Viele ist das „gesteigerte Genussleben“ der Inhalt des menschenwürdigen Daseins. Qui bene distinguit, bene docet!

Als Folgen der Durchführung des sozialdemokratischen Programms nennt Hartmann das Herabziehen des Hervorragenden auf das Niveau der Mittelmässigkeit ohne entsprechende Hebung des hinter diesem Niveau Zurückstehenden, und zweitens das allmähliche Sinken des Niveaus der Mittelmässigkeit selbst, da dieses sich nach jeder neuen Phase des Nivellements von Neuem bestimmt und zwar niedriger als zuvor.

Wenn diese Beschuldigungen des Herrn Hartmann richtig sind, dann ist der Sozialismus verurtheilt. Niemand wünscht das Sinken des allgemeinen Niveaus, und wenn eine Partei nach Unterricht, Erziehung, allgemeiner Bildung strebt, so ist es die sozialdemokratische.

Er nimmt ein Beispiel: die Arbeitsleistung eines einfachen Arbeiters. Der Antrieb zur Vervollkommnung seiner Leistungsfähigkeit besteht in der Hoffnung, durch bessere oder reichlichere Leistungen höheren Lohn zu erhalten. Fällt diese Aussicht in Folge der gleichen Gütervertheilung weg, so sinkt die Arbeitsleistung der geschickteren und fleissigeren Individuen nothwendig bald auf das Niveau des mittelmässigen Arbeiters herab; und wenn je noch ein von der Hoffnung auf Belohnung unabhängiger Trieb in Einzelnen vorhanden war, so sorgen der Neid und die Eifersucht der Uebrigen in terroristischer Weise dafür, dass das Ideal der Gleichheit nicht alterirt werde.

Diese Behauptungen sind sehr apodiktisch, aber genügend sind sie nicht. Es fehlt ihnen an Beweiskraft. Wer spricht von gleicher Gütervertheilung? Ist sie nothwendig? Muss Jedermann gleiche Nahrung haben, ob er guten Appetit habe oder keinen? Ist der in seinen Bedürfnissen befriedigte Mensch nothwendig eifersüchtig, weil Andere, welche noch nicht befriedigt sind, mehr bekommen? Selbst gesättigt, ist die Begier verschwunden. Welcher Sozialist begreift nicht das Einmaleins, dass bei besseren oder reichlicheren Leistungen eine Unterscheidung stattfinden muss. Der Grad der Unterscheidung differirt, aber nicht die Unterscheidung selbst.

Man braucht kein Philosoph zu sein, um die Gleichmacherei in ihrer Sinnlosigkeit darzustellen, das thut heute jeder Bourgeois. Und doch ist die Thorheit von heute vielleicht die Weisheit von morgen. Christus kam, und „die Gleichheit vor Gott" hat eine Welt umgestaltet. Im 15. und 16. Jahrhundert trat jene Reihe von Denkern und Gelehrten auf, die wir noch heute bewundern, „die Gleichheit von der Vernunft" war das „widersinnige" Band, das sie Alle umschlang. Die grosse Revolution kommt, und die „Gleichheit vor dem Gesetze" wird zur Wahrheit. Und hat nicht unser eigenes Jahrhundert bereits eine neue Gleichheit geboren, das allgemeine Wahlrecht oder die „Gleichheit vor dem Staate"? Sollte die Menschheit jetzt auf diesem Wege plötzlich Halt machen? Bricht sich denn nicht mit immer grösserer Energie der Gedanke Bahn, dass alle diese „Gleichheiten", welche die Menschheit im Laufe ihrer Entwicklung errungen, die Gleichheit vor Gott, vor der Vernunft, vor dem Gesetz, vor dem Staate, dass sie alle sinnlos wären und in sich selbst zusammenbrächen, wenn sie etwas anderes bedeuten würden, als Haltpunkte, sozusagen Etappen, auf dem Wege zur wirklichen, d. i. ökonomischen Gleichheit?*)

Das Ideal der Gleichheit im ökonomischen Sinne, der äusserlichen Gleichheit, ist sehr gut vereinbar mit innerlicher Ungleichheit. Es ist reiner Unsinn, dem Sozialisten anzudichten, dass er ein Ideal wünsche, bei dem alle Menschen dieselbe Grösse, dieselbe Dicke, dasselbe Gewicht etc. haben sollten.

So sagt Mill z. B. in seiner National-Oekonomie vom Fourierismus,

*) Neue Gesellschaft. II. Jahrgang, 2. Heft.

dass „dieses System wenigstens in der Theorie keinen von den Beweggründen zur Anstrengung, welche in dem gegenwärtigen System der Gesellschaft vorhanden sind, beseitigt. Im Gegentheil, falls man voraussetzen könnte, dass die Anordnungen nach den Absichten ihrer Erfinder wirken würden, möchte es jene Beweggründe sogar noch verstärken, weil jede Person weit mehr Sicherheit haben würde, individuell die Früchte vermehrter körperlicher oder geistiger Geschicklichkeit oder Energie zu ernten, als unter den gegenwärtigen sozialen Einrichtungen von irgend Jemandem gesagt werden kann, ausser von denjenigen, die sich in den vortheilhaftesten Stellungen befinden, oder denen die Laune des Zufalls günstiger ist als gewöhnlich."

Hören wir weiter, was dieser Denker sagt. Man behauptet, dass redliche und wirksame Arbeit nur von denen zu erwarten sei, welche individuell die Frucht ihrer eigenen Anstrengung ernten sollen. Wie klein muss dann heute die Zahl redlicher und wirksamer Arbeiter sein, wo die grosse Mehrheit für Andere arbeitet! Hat nicht ein Mitglied einer kommunistischen Assoziation viel grösseres persönliches Interesse an seiner Arbeit, als ein jetziger Fabrikarbeiter, der kein Theilhaber am Geschäft ist? Alle Staatsbeamten sind fest besoldet, in allen grösseren Privatunternehmungen hat man fest besoldete Beamte. Mill sagt sehr gut: „Uebrigens wird die Stärke des Antriebes zur Arbeit, wo das Ganze oder ein grosser Theil des Nutzens der Extraanstrengung dem Arbeiter gehört, von mir durchaus nicht zu gering angeschlagen. Bei dem dermaligen System der Erwerbsthätigkeit ist dieser Antrieb jedoch in der grossen Mehrzahl der Fälle nicht vorhanden. Wenn kommunistische Arbeit minder angestrengt sein mag, als die eines bäuerlichen Eigenthümers oder einer selbstständigen Handwerkers, so würde sie doch kräftiger sein, als die eines Taglöhners, der an seiner Arbeit gar kein persönliches Interesse hat. Alle kommunistischen Pläne enthalten nun aber insgesammt die Bedingung, dass Alle eine gehörige Bildung geniessen sollen. Wenn dies vorausgesetzt wird, werden die Pflichten der Mitglieder der Assoziation ohne Zweifel eben so sorgsam verrichtet werden, als diejenigen der grossen Zahl der besoldeten Beamten in den mittleren und höheren Klassen, bei denen eine gewissenlose Vernachlässigung ihrer Pflicht auch nicht vorausgesetzt wird, obwohl, so lange sie nicht abgesetzt werden, ihre Bezahlung die nämliche bleibt, wie lässig sie auch immer ihr Amt verwalten." Und ferner: „Dass die Arbeit nothwendig schlechter sein muss, ist keineswegs so sicher, wie von denen angenommen wird, welche nicht gewohnt sind, ihren Ideenkreis über den ihnen einmal vertraut gewordenen Zustand der Dinge hinaus auszudehnen. Die Menschheit ist eines weit höheren Grades von Gemeinsinn fähig, als unser Zeitalter sich gewöhnt hat für möglich zu halten." Die Sache ist ausserordentlich wichtig, darum noch eine Stelle aus Mill: „Wir wissen noch zu wenig davon, was die individuelle Triebfeder in ihrer besten Gestalt und was der Sozialismus in seiner besten Gestalt ausrichten kann, als dass wir im Stande wären zu entscheiden, welche von den beiden (Sozialismus und persönliches Eigenthum) die schliessliche Form der menschlichen Gesellschaft sein wird. Wenn eine Vermuthung gewagt werden darf, so scheint die Entscheidung hauptsächlich von der einen Erwägung abzuhängen: welches der beiden Systeme sich mit der grössten Ausdehnung der menschlichen Freiheit und Entwickelung verträgt.

Nachdem der nothwendige Lebensbedarf gesichert, ist das nächst stärkste persönliche Bedürfniss unter den menschlichen Dingen die Freiheit. Ungleich den physischen Bedürfnissen, welche mit dem Fortschreiten der Zivilisation mässiger werden und leichter zu befriedigen sind, wächst das Bedürfniss nach Freiheit an Intensität, sobald die Intelligenz und die moralischen Fähigkeiten sich mehr entwickeln. Die sozialen Einrichtungen, sowie die praktische Moral würden hiernach ihre Vollkommenheit erreicht haben, wenn allen Personen völlige Unabhängigkeit und Freiheit des Handelns gesichert wären, ohne alle Beschränkung als nur die, andere nicht zu beeinträchtigen. Eine Erziehung oder soziale Einrichtungen, welche es mit sich brächten, dass man die freie Selbstbestimmung seines Thuns und Lassens zum Opfer bringen müsste, um einen höheren Grade von Lebensannehmlichkeit oder Ueberfluss zu erlangen, oder dass man der Gleichheit zu Gefallen auf die Freiheit verzichten müsste, würden einen der edelsten Züge der menschlichen Natur vernichten. Wir haben also zu untersuchen, in wie weit sich die Bewahrung dieser Eigenthümlichkeit mit einer kommunistischen Organisation der Gesellschaft verträgt. Man hat übrigens diese wie sonstige Einwendungen gegen kommunistische und sozialistische Projekte bedeutend übertrieben. Es ist gar nicht nothwendig, dass die Mitglieder der Assoziation mehr zusammen leben, als sie es jetzt thun, noch auch, dass sie kontrolirt werden, was die Verwendung ihres Antheils an dem Produktionsertrage betrifft oder hinsichtlich der Benutzung ihrer Mussezeit, welche vermuthlich beträchtlicher sein wird, wenn die Produktion auf wirklich nützliche Dinge beschränkt wird. Die einzelnen Individuen brauchten nicht an eine bestimmte Beschäftigung oder Lokalität gebunden zu sein. Im Vergleich mit der gegenwärtigen Lage der Menschen würden die Beschränkungen des Kommunismus als Freiheit erscheinen. Die grosse Masse der Arbeiter hat in England wie in den meisten anderen Ländern so wenig freie Wahl bei ihrer Beschäftigung oder ihrem Aufenthalt, sie ist, praktisch genommen, so abhängig von festen Regeln und fremdem Willen, wie es bei irgend einem System, mit Ausnahme wirklicher Sklaverei sein kann — abgesehen von der gänzlichen häuslichen Unterordnung der einen Hälfte unserer Gattung, welcher in jeder Rücksicht gleiche Rechte mit dem bisher vorherrschenden Geschlechte einzuräumen, dem Owen'schen und den meisten anderen Plänen des Sozialismus zur besonderen Ehre gereicht."

Die Meinungen von Hartmann und Mill stehen einander diametral gegenüber. Mill ist vorsichtig, er sagt nicht mehr als er verantworten kann; er wagt eine Vermuthung. Hartmann weiss genau die Folgen in der Zukunft, ex kathedra verkündigt er seine apodiktische Wahrheit. Die Wissenschaft hat aber mit aller äusserlichen Autorität gebrochen, selbst die Autorität des Herrn Hartmann genügt ihr nicht, sie fragt nach Beweisen, ohne welche es nur individuelle Ansichten ohne Beweiskraft für Andere giebt.

In Betreff der Gleichheit ist noch zu sagen, dass die Ungleichheit gewiss nicht so gross sein würde, wenn jeder eine seinen Anlagen gemässe Erziehung bekäme. Der eine Mensch ist von Natur mehr zur Trägheit geneigt, aber wenn die Neigung richtig geleitet wird, wird er kein träger Mensch werden. Wir nehmen zwei Knaben: der eine hat Anfangs eine

sehr kleine Neigung, nur einen Keim zur Verschwendung, und der andere zum Geiz. Der Unterschied ist sehr klein, bei guter Erziehung werden beide nicht so viel divergiren, dass der eine ein Verschwender, der andere ein Geizhals wird. Jede Tugend hat unächte Schwestern, welche der Familie Unehre anthun. Die ursprüngliche Neigung kann Ursache zur Tugend werden, aber auch zum Laster ausarten. Nicht Alle sind gleich geschickt, aber die Ungeschickheit Vieler, die grosse Ungleichheit ist ein Produkt der äusserlichen Verhältnisse und schlechter Erziehung. Wenn der eine Baum alles Nöthige zum Gedeihen bekommt und der andere nichts, ist es dann zu verwundern, dass der eine schön und stark wird und der andere verkrüppelt? Natürliche Ursachen haben natürliche Folgen. Der grosse Unterschied zwischen einem Genie und Anderen ist heute auch nicht mehr so enorm wie früher. Warum? Nicht weil das Genie kleiner ist, nein, weil das Niveau der Anderen erhöht ist. Man spricht nicht so oft von Genie, weil der Unterschied ein wenig ausgeglichen ist, und warum sollte das nicht weiter der Fall sein? Darum begreife ich nicht, wie bei dem Prinzip der Sozialdemokratie die Arbeitsleistung im Allgemeinen auf ein Niveau der Mittelmässigkeit reduzirt werden sollte. Im Gegentheil, der Stimulans zur Arbeit ist, wie Mill treffend anführt, grösser als jetzt, wo die Mehrheit immer Sklaven bleibt und die Ausnahmen Einzelner nur die Bekräftigung der allgemeinen Wahrheit sind.

Hartmann sagt, dass das Sinken des intensiven und qualitativen Arbeitswerthes überall in die Augen fällt, wo durch Gewerkvereine oder sozialdemokratische Verbindungen dem sozial-eudämonistischen Grundsatz der Lohngleichheit Geltung verschafft worden ist. Wiederum ein apodiktischer Satz. Erstens, wo besteht der Grundsatz der Lohngleichheit? Wo und wann ist das in die Augen gefallen? Beweise fordern wir, ohne diese sind es Worte — Worte — Worte. Lohngleichheit in jeder Beziehung ist noch nirgends gefordert worden, sondern ein Lohn, der zur Befriedigung der redlichen Bedürfnisse ausreicht, und wir haben gesehen, dass Unterscheidungen für tüchtige Leute nirgends gefehlt haben.

Die Wirklichkeit lehrt andere Dinge. So lieferte die Antheils- und Genossenschaftswirthschaft des Gutes Ruhaline in Irland*) ein Beispiel, wie gross die Vortheile grösserer Gleichheit oder besser gesagt, kleinerer Ungleichheit sowohl für die Produktivität als auch für das Loos der Theilhaber sind. Unglücklicherweise verspielte Herr Vandeleur sein Eigenthum und löste daher die Genossenschaft auf. Bemerkenswerth ist die Erklärung der Mitglieder am 23. November 1833: „Wir, die Unterzeichneten, sind Mitglieder der Ruhaline Agricultural and Manufacturing Cooperative Association und haben unter den von Herrn Vandeleur und dem Sekretair der Genossenschaft getroffenen Einrichtungen Zufriedenheit, Frieden und Glück genossen. Beim Beginn waren wir dem uns vorgeschlagenen Plan abgeneigt, aber mit seiner Einführung fanden wir unsere Lage verbessert, unsere Bedürfnisse regelmässiger befriedigt, und unsere gegenseitigen Gefühle wurden aus Eifersucht, Hass und Rache in Vertrauen, Freundschaft und Nachsicht umgewandelt. Auch die beim Beginn aufgestellten Regeln haben sich in der praktischen Anwendung als nützlich erwiesen."

*) Man vergleiche die Gewinnbetheiligung von Viktor Böhmert, Theil II.

Die Verschlechterung der Arbeitsleistungen bei Anwendung solcher Prinzipien ist ein Hirngespinnst des Herrn Hartmann, wie es dergleichen mehr in den Köpfen der Pessimisten giebt.

Herr Hartmann meint, dass der Antheil an der Gütervertheilung eigentlich der einzige Stimulus zur Arbeit sei. Er sagt: „Weiss der Knabe, dass er sich den nämlichen Antheil an der allgemeinen Gütervertheilung sichert, wenn er vom vierzehnten Lebensjahre ab seine gesunden Arme gebraucht, so wird es ihm schwer beizubringen sein, dass er noch zehn Jahre länger über den verhassten Büchern schwitzen und sich zu höheren Arbeitsleistungen vorbereiten soll." Die Wirklichkeit lehrt selbst in unseren jetzigen traurigen Verhältnissen anders. Wirkt der Künstler nur, um einen grösseren Antheil an der Gütervertheilung zu bekommen? Geht das Streben eines Edison oder anderer Erfinder nur darnach, reich zu werden? Schreibt der Philosoph wie Hartmann nur um Honorar? Kennt der Soldat keinen anderen Wunsch als den, Geld zu verdienen? Nein, wie gross und vorherrschend der Trieb nach Geld ist, so sehen wir doch andere und höhere Triebe daneben, welche noch unendlich vermehrt werden, wenn die Oberherrschaft des Mammonismus hinter uns liegt. Die Diagnose des menschlichen Wesens ist bei unserem Philosophen sehr fehlerhaft.

Bezüglich der Konsumtion finden wir bei ihm dasselbe Resultat. Er sagt: „wie die feineren Genussmittel nur für Wenige vorhanden sind, so ist auch nur bei Wenigen die Empfänglichkeit zum Geniessen derselben vorhanden und erreichbar. Sollen diese Erzeugnisse der Natur überhaupt genossen werden, so können sie es nur von einer Minderheit, welche für die Genüsse erzogen wird; soll aber solche Begünstigung von Wenigen vermieden werden, so bleiben sie entweder ungehobene Schätze, oder sie werden ohne entsprechenden Genuss in der Reihe der roheren Genussmittel mit verzehrt."

Die Priviligirten, „welche für Genüsse erzogen werden" — das ist eine neue Kaste, das neueste Arkanum zur Bildung! Der Herr begreift nicht, wie übrigens diese Gaben der Natur die Krone des Verdienstes sein können. Wenn Feinschmeckerei gewünscht wird, dann sind diese feineren (warum feiner? welchen Massstab hat man dafür?) Genussmittel die Preise für die tüchtigeren und geschickteren Arbeiter. Genussmittel ist ein sehr relatives Ding. Der Mensch, welcher jeden Tag Kaviar und Austern, Lachs und Forellen, Wildpret und Konfituren, Fleisch und Wein geniesst, hat eigentlich wenig Genuss bei allen diesen Gaben. Wenn die Luxusgenüsse nur einer Minorität zu Gute kommen können, warum nicht der Minorität der Geschickteren und Tüchtigeren? Niemand verlangt eine gleichmässige Vertheilung an Alle, da die Genussmittel nicht für Alle Genussmittel sind.

Dass Kunst und Wissenschaft bei Durchführung des sozialdemokratischen Prinzips in Verfall komme, ward schon öfters behauptet, wie auch Hartmann es wiederum thut, aber bewiesen ist es nicht. Im Gegentheil fragen wir: blühen Kunst und Wissenschaft jetzt? Ist die Wissenschaft ihren bezahlten Zunftgelehrten oder Laien mehr verpflichtet? Ist die freie Wissenschaft nicht ein pium Votum? Spielt die gelehrte Kaste (wie Dühring sagt) nicht heute die Rolle fort, die in den Urzeiten der Völker allein die Priesterkaste ausfüllte? Die Forschung ist frei — so heisst es in Gesetzen

und in feierlichen Reden, aber nahe besehen, lässt die Freiheit viel zu wünschen übrig. Die Unfreiheit und Unterthänigkeit der von Zunft- und Amtswegen verrichteten gelehrten Hantirungen wird durch diese Meinung verdeckt. Die Wissenschaft um ihrer selbst willen zu treiben — wo geschieht das jetzt? Schliesst man nicht die freien Forscher wie Strauss, Feuerbach, Büchner u. s. w. aus? Lässt man nicht einige hungern und frieren, welche der Wissenschaft grössere Dienste leisteten, als alle Professoren sämmtlicher Universitäten?

Und die Kunst? Ist sie nicht Kunstfertigkeit? Wittich hat in der „Neue Gesellschaft" über Kunst und Sozialismus geschrieben und gezeigt, dass der Staat des Sozialismus ein vollendet harmonisches Kunstwerk von idealer Schönheit werden soll. Vischer sagt in seiner „Aesthetik": „Dieses Wurzelschlagen der Kunst im Volksboden setzt nun freilich, wenn es zum Ziele gedeihen soll, neue Zustände des ganzen Staats- und Gesellschaftslebens voraus." Er begreift die Wechselwirkung zwischen den wirthschaftlichen und politischen Zuständen eines Staates und der Kunst. Richard Wagner sagt in dieser Sache: „Ist unseren zukünftigen freien Menschen der Gewinn des Lebensunterhaltes nicht mehr der Zweck des Lebens, sondern ist durch einen thätig gewordenen neuen Glauben, oder besser Wissen, der Gewinn des Lebensunterhaltes gegen eine ihm entsprechende natürliche Thätigkeit uns ausser allem Zweifel gesetzt, kurz, ist die Industrie nicht mehr unsere Herrin, sondern unsere Dienerin, so werden wir den Zweck des Lebens in der Freude am Leben setzen und zu dem wirklichsten Genuss dieser Freude unsere Kinder durch Erziehung fähig und tüchtig zu machen streben. Die Erziehung, von der Uebung der Kraft, von der Pflege der körperlichen Schönheit ausgehend, wird schon aus ungestörter Liebe zum Kinde und aus Freude am Gedeihen seiner Schönheit eine rein künstlerische werden, und jeder Mensch wird in irgend einem Bezuge in Wahrheit Künstler sein."

Diese Freude am Leben als Zweck des Lebens ist natürlich fürchterliche Ketzerei für Hartmann, aber das ist hier für uns Nebensache. Hauptsache ist, dass die Sorge für Nahrung und Kleidung der Kunst schadet und die Sorge weggenommen wird, wenn die soziale Vernunft der Menschheit sich die Natur in ihrer Fülle zum Wohle Aller zu eigen macht. Jeder Mensch bekommt mehr freie Zeit, und der wahre Künstler sucht seinen Genuss in der Ausübung seiner Kunst. Die Leistung der Künstler und der Diener der Wissenschaft wird nicht durch Absonderung erhöht, nein, auch sie müssen ins volle Menschenleben hineingreifen. Alle Einseitigkeit muss vermieden werden, und schon mancher Künstler hat gezeigt, dass die Absonderung, die von Vielen beanspruchte Einseitigkeit, keineswegs wirkliches Bedürfniss für die Kunst ist. Rubens war nicht nur ein ausgezeichneter Maler, sondern auch ein trefflicher Diplomat; Michel Angelo war nicht nur genialer Maler und Bildhauer, sondern auch ein tüchtiger Baumeister; Leonardo da Vinci nicht allein Maler, sondern trieb auch Anatomie und Mathematik, baute Kanäle, Kriegsmaschinen und Festungen.

Kunst und Wissenschaft können im Gegentheil nur im sozialistischen Staate die Stelle einnehmen, die ihnen gebührt.

Die Beschuldigungen des Herrn Hartmann sind flüchtig hingeworfene

Sätze, welche man annehmen oder verwerfen muss, aber welche er nicht beweist. Vielleicht hat er Beweisgründe — dann hat er es hier versäumt, sie zu geben. Wenn er z. B. schreibt: „In der That wirken ja alle Momente der Produktion und Konsumtion zusammen, um das Niveau der Kultur zu erniedrigen; denn es vermindert sich mit Lähmung des Wetteifers der Ausbildung auch die Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, mit dem Sinken des Geschmackes auch das Bedürfniss nach werthvolleren Leistungen auf allen Gebieten, mit dem Verfall von Wissenschaft und Kunst die befruchtende Kraft der höheren Geisteskultur auf die technischen Grundlagen der Zivilisation, mit dem auf den Komfort Aller gelegten Gewicht die sittliche Statthaftigkeit jeder ausserhalb dieser Aufgabe stehenden produktiven Thätigkeit," so sind wir mit diesen allgemeinen Sätzen einverstanden, aber wir läugnen entschieden, dass der Wetteifer gelähmt wird, dass der Geschmack sinkt, dass Wissenschaft und Kunst verfallen. Es zeigt von grosser Kurzsichtigkeit, weil etwas bisher in gewisser Bahn gegangen ist, bei Eröffnung neuer ungekannter Bahnen zu sagen: das geht nicht. Man muss seinen Ideenkreis über den einmal vertraut gewordenen Zustand der Dinge hinaus auszudehnen wissen, besonders kann man das von einem Philosophen fordern. Man kann mit Mill sagen: wir wissen noch so wenig davon, was die individuelle Triebfeder in ihrer besten Gestalt und was der Sozialismus in seiner besten Gestalt ausrichten kann, als dass wir im Stande wären zu entscheiden, welche Form die schliessliche der menschlichen Gesellschaft sein wird, darf jedoch nicht so entschieden urtheilen, ja verurtheilen, als ob man selbst Alles genau wüsste. Bescheidenheit dient der Wissenschaft, und hievon ist bei H. keine Rede.

Das Prinzip des grösstmöglichen Glückes der grösstmöglichen Zahl hat zur unausweichlichen Konsequenz die möglichste Gleichheit der Gütervertheilung. Gewiss, das ist richtig. Wenn Lassalle die soziale Frage eine Magenfrage und Andere sie eine Bildungsfrage nennen, so ist das gar kein Gegensatz. Der Mensch ist was er isst, sagte Feuerbach, und Moleschott wiederholte es. Das Sein des Menschen hat das Essen zur Bedingung. Wenn man nicht isst, hört natürlicherweise das Sein, das Existiren auf. Wir antworten auf die Frage: ist die soziale Frage eine Magenfrage? zweifelsohne: ja, und auf die andere Frage: ist sie eine Bildungsfrage? ebenfalls ja. Nach Befriedigung der Magenbedürfnisse kommt man zur Bildung. Beim Hunger, im Elend verschwindet alle Bildung. Die Magenfrage ist also die erste Etappe in der Bildungsfrage. Gleichheit der Gütervertheilung ist die äussere Bedingung zur inneren Zufriedenheit. Man braucht dazu keine absolute Gleichheit — Niemand wünscht sie, aber die Ausgleichung der grossen Ungleichheit führt zur allmähligen Gleichheit. Neid und Begier entstehen nicht so sehr im Gemüthe von Denen, welche genug haben, als von Denen, welche entbehren. Ich selbst z. B. habe nie den reichen Mann beneidet, welcher in einer schönen Karosse mit glänzenden Pferden an mir vorüber fuhr, nie seinen Palast und Dienerschaft, nie seine Sorgen und Umgebung gewünscht. Wenn es schön war, habe ich mich gefreut, es zu sehen — die aesthetische Ordnung wirkt immer auf ein empfängliches Gemüth —, und damit war ich zufrieden. Ist das eine Tugend meinerseits? Gewiss nicht, denn ich selbst hatte genug, um

auf redliche Weise die Bedürfnisse des Lebens nach Belieben zu stillen. Hätte ich aber in Elend und Noth gelebt, so wäre ich nicht zufrieden gewesen. Weiter sagt Hartmann: „Wenn die Sozialdemokratie die möglichste Gleichheit der Gütervertheilung, welche die unausbleibliche Konsequenz des Prinzipes des grösstmöglichen Glückes der grösstmöglichen Zahl ist, fürchtet und sich zu Konzessionen herbeilassen wollte, um durch bessere Entlohnung des Fleissigen und Geschickten den Bestand einer höheren Kultur zu sichern, so würde sie damit ihrem wirksamsten Agitationsmittel entsagen und die ganze Zukunft ihrer Propaganda in den untersten Volksschichten in Frage stellen." Das Gegentheil davon ist wahr. Wollte sie solche Thorheiten predigen, so würde sich der gesunde Sinn des Volkes abwenden und nicht auf sie hören. Nein, der Sozialismus und Kommunismus werden durch die beliebten banalen Ausflüchte, als: im Reiche der Vögel sind auch nicht alle gleich, die Blätter der Bäume sind verschieden, und eine Eiche ist keine Buche etc. nicht widerlegt. Ich sage: wer dem Sozialismus solches Zeug entgegenhält, der ist ein Blinder, welcher über Farben ein Urtheil spricht, denn er hat die sozialistischen Werke nicht gelesen. Selbst Babeuf hat niemals etwas dergleichen gewünscht. Es ist leicht, einen Gegner zu bekämpfen, wenn man erst ein Zerrbild, eine Karrikatur von ihm gemacht hat.

„Immer sollte irgend welche Aristokratie bestehen." — Wer läugnet das? Nicht aber die Herrschaft eingebildeter Aristoi, sondern die Herrschaft des wahrhaftigen Ariston, nicht derer, welche im Namen des Geldes, der Geburt, der Abkunft, der Autorität, der Wissenschaft sich selbst als die Aristoi erheben, sondern des Ariston, welches sich als solches bethätigt. Eine Aristokratie nicht von Gottes und Geldes Gnaden, sondern durch den Willen des Volkes.

„Alle Kultur hat auf Minoritäten geruht und wird, so lange die Geschichte dauern wird, auf Minoritäten ruhen." — Warum nicht? Der falsche Gleichheitsbegriff, den Hartmann den Sozialisten zuschiebt, bringt ihn zu falschen Schlussfolgerungen. Doch ist es ausserdem nicht richtig, wenn er sagt, dass das Kulturniveau der Massen sich langsamer hebt als das Kulturniveau der begünstigten Minoritäten, so dass der Abstand beider von Einander mit steigender Kultur sich beständig vergrössere. Im Gegentheil vermindert sich der Abstand, und das ist kein Sinken, sondern ein Erheben der Gesammtkultur. Mancher Schulknabe weiss mehr und besser als alte Gelehrte, und dabei ist der Abstand zwischen alten und neuen Gelehrten nicht so gross, wie mancher meint. Unterschiede wird es auch bei den günstigsten äusserlichen Verhältnissen geben, die Kluft aber zwischen Gebildeten und Ungebildeten wird immer kleiner.

So lange Hartmann nicht beweisen kann, dass das Prinzip des höchstmöglichen Gesammtwohles nothwendig den gleichen Inhalt des Wohles für Jedermann in sich schliesst, so lange hat er mich nicht überzeugt. Das höchstmögliche Gesammtwohl fordert doch nicht, dass alle Menschen denselben Dichter schätzen, dieselbe Musik bewundern, dasselbe Theaterstück wünschen, dieselben Bücher schön finden! Das Gesammtwohl fordert nur, dass Jedermann für seinen Genuss kein Hinderniss findet, so lange dieser Genuss nicht auf Andere störend wirkt. — Das Ideal einer fortschreitenden

Gleichheit aller Menschen im Glücke und Wohlbefinden liegt so tief in der Brust eines Jeden, dass man nicht zu verzagen braucht. Wenn 4000 Jahre dazu gehörten, um nur die (formelle) Gleichheit des Rechtes, die papierne Gleichheit zu gewinnen, so dürfen wir nicht den Muth verlieren, weil die Gleichheit der Glücksgüter, diese unendlich viel schwerere Aufgabe, nicht sofort hat erreicht werden können. In dem Leben der Völker ist ein Jahrhundert, was im Menschenleben ein einzelnes Jahr ist.

Man will die Gleichheit mit einer Verweisung auf die Natur widerlegen, die Ungleichheit der Natur sei der schlagendste Beweis gegen die Gleichheitsbegriffe Vieler. So sagt man, indess hat Prof. von Kirchmann in einem Vortrage die Aufmerksamkeit auf drei Gesetze hingeleitet, welche die kommunistische Tendenz der Natur und ihr Bestreben, allen Menschen ein gleiches Maass von Glück zu gewähren, im hohen Grade bekunden. Natürlich fand man diese Behauptung staatsgefährlich, und der Verfasser wurde daher seines Amtes als Vize-Präsident des Appellationsgerichts zu Ratibor unter Verlust aller Pensionsansprüche enthoben, aber die Natur kehrt sich nicht um den staatsgefährlichen Charakter, und trotz dem Benehmen der allmächtigen Regierung von Gottes Gnaden bestehen ihre Gesetze nach wie vor. K. nennt die Natur die ärgste Kommunistin, welche unendlich mehr für die gleiche Vertheilung des Glückes, des Genusses unter alle Menschen gethan habe, als die Erfindungen und Zuthaten der Menschen vermögen.

Merkwürdig scheint es mir, dass man uns den Darwinismus als die beste Widerlegung des Gleichheitsbegriffes entgegengehalten hat. Merkwürdig — denn die meisten Sozialisten sind bewusste Darwinisten. Bekannt ist der Streit zwischen Virchow und Häckel. Der Erstere als treuer Fortschrittler hat einen Abscheu gegen den Sozialismus und denunzirt die Entwickelungslehre, besonders die Abstammungslehre, als gemeingefährliche sozialistische Theorien. Er sagt: „Nun stellen Sie sich einmal vor, wie sich die Descendenz-Theorie heute schon im Kopfe eines Sozialisten darstellt! Ja, meine Herren, das mag Manchem lächerlich erscheinen, aber es ist sehr ernst, und ich will hoffen, dass die Deszendenz-Theorie für uns nicht alle die Schrecken bringen möge, die ähnliche Theorieen wirklich im Nachbarlande angerichtet haben. Immerhin hat auch diese Theorie, wenn sie konsequent durchgeführt wird, eine ungemein bedenkliche Seite, und dass der Sozialismus mit ihr Fühlung gewonnen hat, wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein. Wir müssen uns das ganz klar machen!" Die Politik hat den freien wissenschaftlichen Sinn des Virchow verwirrt. Darwinismus führt zum Sozialismus, Sozialismus ist der Satan, und darum hinweg mit dem Darwinismus! Vielleicht wünscht er, dass die Bücher Darwin's und seiner Nachfolger als „Untergrabung des Staates" auf Grund des Sozialistengesetzes verboten werden. Professor Oskar Schmidt dagegen meint: „Wenn die Sozialisten klar denken würden, so müssten sie Alles thun, um die Deszendenzlehre zu verheimlichen; denn sie predigt überaus deutlich, dass die sozialistischen Ideen unausführbar sind. Aber warum hat Virchow nicht die milden Lehren des Christenthums für die Ausschreitungen des Sozialismus verantwortlich gemacht? Das hätte noch einen Sinn! Seine in's grosse Publikum geworfene Denunziation, so mysteriös, so zuver-

sichtlich, als handelte es sich um „eine sicher beglaubigte wissenschaftliche Wahrheit", und doch so hohl, vermag ich mit der Würde der Wissenschaft nicht in Einklang bringen."

Auch Häckel fürchtet den Sozialismus und findet in der Deszendenzlehre ein Gegengift, indem er sagt: „Der Sozialismus fordert für alle Staatsbürger gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Güter, gleiche Genüsse; die Deszendenztheorie gerade umgekehrt beweist, dass die Verwirklichung dieser Forderung eine baare Unmöglichkeit ist, dass in den staatlichen Organisationsverbänden der Menschen, wie der Thiere, weder die Rechte und Pflichten, noch die Güter und Genüsse aller Staatsglieder jemals gleich sein werden, noch jemals gleich sein können."

Mülberger antwortet darauf: „Während der kulturhistorische Prozess der Menschen in letzter Instanz nichts anderes darstellt als eine successive immer weiter schreitende Beherrschung der Natur, verkündet Häckel der staunenden Mitwelt, dass der Zweck unseres Daseins vielmehr der sei, sich von ihr beherrschen zu lassen. Er überträgt ein der thierischen Welt entnommenes Gesetz unmittelbar auf die menschliche Gesellschaft und sagt, dass dieselben Grundgesetze, welche den Zusammenhang der Thiere beherrschen, auch ein für allemal für die Zusammenhänge der Menschen gelten."

Diese subjektiven Meinungen des berühmten Zoologen haben keinen objektiven Werth, wo er selbst anerkennt, ein Fremdling in der Politik zu sein. Sonst hätte er gewusst, dass der Sozialismus die menschliche Gesellschaft für einen lebendigen Organismus hält und nicht für einen Krystall, nicht für ein Konglomerat vieler Kräfte ohne innerlichen Zusammenhang, und dass er bestrebt ist, Mittel und Wege zur Einführung der theoretischen Folgerungen in's wirkliche Leben zu finden.

Die Gleichmacherei, deren man den Sozialismus beschuldigt, findet sich bei ihm gar nicht. Bei Vielen ist diese Anschuldigung auch nur Verleumdung, — gegen den Sozialismus sind alle Mittel gut, der Zweck heiligt die Mittel; bei Anderen Unwissenheit, und auch sie ist in allen Schichten der Gesellschaft gross.

Gewisse Gleichheit aber findet man heute schon mehr als früher. Tocqueville meinte, dass die Franzosen der Gegenwart einander viel ähnlicher seien, als die der vorigen Generationen es waren. Auch Mill spricht von grösserer Uniformität als früher. So geht die Gesellschaft ihren Weg und bekümmert sich nicht um die Furcht gewisser Leute. Man verwirrt die zwei französischen Worte: „égalité" und „identité", beides Gleichheit. Identisch sind wir nicht und werden wir nicht; grössere Gaben und Anlagen geben jedoch keine Rechte, legen dagegen wohl Pflichten auf.

Hartmann nennt die Meinung, dass eine Kultursteigerung eine Erhöhung der Glückseligkeit, d. h. der Bilanz zwischen Lust und Unlust sei, eine Illusion. Es ist dies ein Streit um Worte. Was er Glück nennt, das nennen wir Unglück und umgekehrt. Und so stimmen wir überein, wenn wir statt das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Zahl sagen: das grösstmögliche Unglück. Wenn wir behaupten: mehr Kenntniss, mehr Bildung ist nöthig zum Glücke der Menschen, so antwortet Hartmann: gewiss, das Erste ist richtig, aber die Kenntniss bringt Vermehrung der Sorge,

und je mehr Kenntniss der Mensch hat, desto eher kommt er zum Pessimismus. Das ist und bleibt sein Ideal, und alle Meinungen werden von diesem Standpunkt aus geprüft und beurtheilt. Nicht die Frage: sind sie wahr? sondern die andere: führen sie zum Pessimismus? das ist für Hartmann die Hauptsache. Die gewünschte Voraussetzungslosigkeit sucht man bei ihm vergebens, und das schadet seinen sogenannten Beweisführungen. Seine alleinseligmachende Lehre enthält eine Dreiheit in der Einheit und eine Einheit in der Dreiheit. Wirkliches Glück kann im Leben unmöglich erworben werden, wirkliches Glück im Jenseits eben so wenig, zukünftige Perfektibilität des menschlichen Geschlechtes ist ein Traumbild. Das ist der Katechismus des Herrn Hartmann. Er wünscht als „das vorläufig allein Richtige" das, was wir wünschen, und der Scheideweg zwischen ihm und uns ist da, wo es sich um die Folgerungen in einer sehr fernen Zukunft handelt. Das „vorläufig allein Richtige" ist der Optimismus oder das Streben nach Lust und Erhöhung des Bewusstseins, die Pflicht des Einzelnen wie Aller. Hartmann muss dies bejahen, denn nur dadurch kann dem Ziele, d. h. dem Pessimismus, der Peinlosigkeit des Nicht-Bestehens, näher gekommen werden. Wir bejahen es gleichfalls, denn nur dadurch kann dem Ziele, d. i. dem Sozialismus, dem grösstmöglichen Glück der grösstmöglichen Zahl, näher gekommen werden. Je mehr Kenntniss, desto eher kommt man zur Aufhebung des Willens — so sagt Hartmann. Das ist mir nicht klar. Wie? Ein Entschluss wird gefasst durch die Entwickelung des Geistes. Entschliessen setzt einen Willen voraus, aber ein Wollen zum Nicht-Wollen, das widerspricht sich, das ist eine Contradictio in adjecto. Sonst stehen wir „vorläufig" nicht so weit von einander, wie es scheint. Wenn nach seiner Meinung durch unsrer Aller Arbeit erst das goldene Zeitalter des Pessimismus naht, so sind wir im Gegentheil überzeugt, dass dann der Pessimismus schon verschwunden und eine Wahl nicht nöthig ist. Faute de combattants le combat est fini. Wo es keine Pessimisten mehr giebt, da giebt es auch keinen Pessimismus mehr. Ueber diesen Punkt lässt sich viel und lange streiten, wie über den jüngsten Tag; die Zukunft ist Niemand bekannt, und die Verwirklichung liegt für uns Beide in weiter Ferne. Vorläufig wirke Hartmann, wie wir, an dem grösstmöglichen Glück der grösstmöglichen Zahl, denn er muss so Viele als möglich in seinen Kreis ziehen. Wir geben ihm gern die Freiheit, es Unglück zu nennen und hoffen, dass er uns die Freiheit nicht raubt, von Glück zu sprechen.

Dass die Forderungen der Sozialdemokratie nothwendig eine kulturschädliche Wirksamkeit haben müssen, das ist die Meinung des Herrn Hartmann und Vieler mit ihm. Anerkennung und Achtung für jede Meinung. Indessen ist diese nur eine Hypothese, ein Glauben, dessen Gründe immer Gegengründe finden. Nirgends hat es sich gezeigt, nirgends konnte man es beweisen, denn der Sozialismus ist nirgends verwirklicht. Dagegen beweist der Sozialismus, dass die kulturschädliche Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise, des Industrialismus, des Individualismus sich überall und in allen sogenannten Kulturländern zeigt. Das ist Thatsache, welche auch Hartmann nicht leugnet, indem er sagt: „Es wird sich noch weniger behaupten lassen, dass unsere gegenwärtigen Einrichtungen das letzte Wort der Menschheit wären und nicht in Zukunft vielleicht durch ganz anders-

artige mit Vortheil ersetzt werden könnten." Er erkennt an, dass die sozialdemokratische Partei die einzige der bestehenden Parteien ist, welche in dieser Richtung positive Vorschläge zu formuliren gewagt hat.

Hören wir weiter sein Urtheil über die Parteien: „Die konservativen und liberalen Parteien sind heute gleich impotent; erstere haben die Tendenz, unhaltbar gewordene Zustände zu erhalten, letztere erschöpfen ihre Kraft im Zerstören derselben. Was aber nach langem fortgesetzten Einreissen endlich noth thut, ein Aufbauen, eine soziale Reorganisation, dazu fehlen in beiden Parteigruppen die schöpferischen Keime, und es bleibt ihnen nichts übrig, als ihre Produktion durch sozialdemokratische Ideen zu befruchten, wie dies denn auch faktisch in Theorie und Gesetzgebung seit Gründung des norddeutschen Bundes vielfach geschehen ist und noch in steigendem Masse geschehen wird. Gelingt es den Regierungen zu rechter Zeit, die gesunden organisatorischen Keime der Sozialdemokratie ihrerseits gesetzgeberisch zu verwerthen, so steht zu hoffen, dass die moderne Kultur den „inneren Vandalen", welche sie in sich erzeugt hat, nicht so zum Opfer fallen wird, wie die alte Kultur den von aussen anstürmenden Horden. Aber ohne der Sozialdemokratie in den Punkten Recht zu geben, wo sie wirklich im Rechte ist: in der Forderung sozialer Reorganisation auf dem Boden des entfesselten wirthschaftlichen Kampfes Aller gegen Alle, — ohne solche Konzessionen dürfte auf die Dauer die Macht des Staates nicht ausreichen, um sich gegen die kulturmörderischen Gewalten zu behaupten, welche in seinem dunkeln Schosse kreisen, und welche die Wurzeln ihrer Kraft lediglich aus dem sie faszinirenden Prinzip des grösstmöglichen Glückes der grösstmöglichen Zahl saugen."

Das ist die beste Anerkennung der Kulturmission des Sozialismus, nur beeinträchtigt durch die Inkonsequenz des Verfassers. Der wirthschaftliche Kampf Aller gegen Alle ist gewiss kulturfeindlich, und wenn die Sozialdemokratie, wie Hartmann anerkennt, in diesem Streite im Rechte ist, dann steht die Sozialdemokratie auf Seiten der Kultur gegenüber allen Feinden, welche Handhaber der bestehenden Ordnung sind. Die kulturmörderischen Gewalten sind die Regierung und das Parlament, welche die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit der Presse, die Vereinsfreiheit — alles Mittel zur Beförderung der Kultur — gefesselt haben.

Einst wurde auch das Christenthum als kulturfeindlich (odium generis humani) betrachtet, und nun sagt man dasselbe im Namen des Christenthums vom Sozialismus. Der Positivist Littré sagt irgendwo: „Eine alte und grosse Welt, das Heidenthum, war in Verfall gerathen, und aus dem Schoosse dieses Verfalles entstand eine neue Lehre, welche eine grosse und heilsame Reform begann. Sie griff revolutionär an und wurde behandelt wie alle Revolutionäre, welche im Rechte sind, nämlich durch Laster, Verleumdung, Beleidigung und Verfolgung." Was Corneille in seinem „Polyeucte" den Polytheismus über das Christenthum sagen lässt, nämlich: dieser Polyeucte ist:

un méchant, un infâme, un rebelle, un perfide,
un traître, un scélérat, un lâche, un parricide,
une peste exécrable à tous les gens de bien,
un sacrilège impie, en un mot, un chrétien,

— dasselbe wird jetzt von den Sozialisten gesagt. Will man die Probe machen, so lese man die Zeitungen, und man wird das ganze Wörterbuch von Scheltworten wiederfinden. Was ich bedauere, ist, dass ein Philosoph, ein Freund der Weisheit, an der Verleumdung theilnimmt. Noblesse oblige! Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffe nicht ersetzen. Sein Kollege im Pessimismus, Mainländer, hat es in seinem oben genannten Buche besser gemacht. Schliesslich erinnere ich an die schönen Worte des leider zu früh verstorbenen Albert Lange, die ich der Beherzigung Aller empfehle. Er fragt: „Soll die Menschheit ewig wieder mit der Barbarei beginnen, wenn eine Kulturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter anfängt? Und er antwortet: wir sagen nein! Es ist der Aufklärung der Gegenwart unwürdig, diesen Gedanken zu fassen. Eine neue Blüthe der Kunst und Wissenschaft, der Humanität und Sittlichkeit wird sich über den Trümmern der vergangenen Weltordnung schnell und herrlich entfalten. Bildung und Brüderlichkeit werden dann die guten Genien sein, welche die Menschheit von Stufe zu Stufe aufwärts leiten. Jahrhunderte mögen vergehen, bevor der Kampf um das Dasein in ein friedliches Zusammenleben der Völker des Erdbodens verwandelt ist; allein der Wendepunkt der Zeiten, der Sieg des guten Willens zur Besserung unserer Zustände kann nicht in allzugrosser Ferne liegen. Gewiss wird dieser Sieg einmal ein vollkommener sein; allein es ist schon etwas Grosses, wenn der Grundsatz beständiger und aufrichtiger Arbeit am Wohl der Massen zur öffentlichen Anerkennung kommt und den Grundsatz der unbedingten Erhaltung aller bestehenden Rechte und Lasten aus dem Bewusstsein der Regierungen und der Völker verdrängt."

F. Domela Nieuwenhuis.

Dr. J. A. Levy. Engelsch „Katheder-Socialisme." s'Gravenhage, Belinfanto, 1879. (443 S.)

Die Franzosen sprechen von Leuten „qui sachent faire un livre". Zu diesen Leuten gehört der Verfasser des obengenannten Buches nicht. Denn ein Buch ist kein Komplex von so und soviel Seiten, sondern ein Ganzes: Der Totaleindruck muss die Bearbeitung eines Gedankens sein, wenn auch in mannigfacher Form und mit Rücksicht auf vielerlei Dinge; jede Abschweifung muss zur Erklärung beitragen, alle Nebensachen volles Licht auf das Hauptthema werfen.

Zweifelsohne ist der Verfasser ein sehr gelehrter Mann. Er schreibt mit Sachkenntniss über Philosophie, Volkswirthschaftslehre, Soziologie, Politik und Jurisprudenz. Es genügt ihm nicht, dem Publikum das Produkt seiner Arbeit, das Kind seiner Studien vorzulegen, er führt die Leser mit sich an das Wochenbett, wo das Kind mit Mühe und Sorgen geboren wurde, er ermüdet diejenigen, welche die Geduld haben, ihm zu folgen, er giebt mit einem Wort „des Guten zu viel." Sein Buch ist ein grosses Lager, wo Waaren jeder Art und Qualität in buntem Wirrwarr aufgespeichert

liegen. Deshalb meine ich, ohne das horazische „nonum prematur in annum“ hier anzuwenden, es wäre besser gewesen, das reichlich gesammelte Material noch einmal gründlich zu verarbeiten.

In Holland ist wie überall, wenn auch hier etwas später, der Streit zwischen der sogenannten alten Manchesterschule — das Wort im allgemeinen Sinne genommen — und den Kathedersozialisten an der Tagesordnung. Die letzteren werden hier schon als wirkliche Sozialisten, Kommunisten, Petroleure und dergleichen angesehen, und ist ihr Standpunkt in der öffentlichen Meinung verpönt. Sozialisten selbst sind rarae aves, eine beinahe unbekannte Spezies, und ohne die Werke der wissenschaftlichen Sozialisten zu kennen, verurtheilt man sie schlechtweg des Namens wegen. Die akademischen Professoren gehören, mit Ausnahme des Herrn Professor Pekelharing in Delfft, der alten Schule an. Folgendes ist für die Verhältnisse in Holland bezeichnend: der Veteran Vissering aus Leyden war Finanzminister geworden, und es drohte die Gefahr, sein Nachfolger werde ein Kathedersozialist sein. Die Kuratoren der Universität hatten nämlich drei Männer dieser Richtung in Vorschlag gebracht. Holland war in Noth! Ein zur Minorität gehörendes Mitglied lief raschen Schrittes zum Minister, um die Gefahr zu verhüten und das Vaterland zu retten. Mit drohender Miene schilderte er die Folgen, mit Rembrandtschen Farben malte er Licht und Schatten und endete mit einem gewaltigen „man wird die Kommune einführen!“ Und der gefährliche Kommunemann, der in Frage kam, ist ein ehrsamer Bürger, ein Fortschrittsmann mit selbsthülflerischen Tendenzen à la Schulze-Delitzsch! Mit solchen kann man ohne Furcht zusammengehen; „lieb Vaterland, kannst ruhig sein.“

Zur Sache. Herr Professor Pierson, der Theorie und Praxis, Wissenschaft und Börse in schöner Harmonie zu vereinen weiss — er ist gleichzeitig Bankdirektor und akademischer Lehrer — ist ohne Zweifel eine tüchtige Gegenparthie. Da die Bank die „tüchtige Kuh“ ist, „die ihn mit Butter versorgt,“ so kann ihm die Wissenschaft glücklicherweise „die hohe, die himmlische Göttin“ bleiben. Freilich war und ist das „zweien Herren dienen“ kein allzuleichtes Geschäft. Dieser Professor nun, ein Freund und Bewunderer Ricardo's, ist überall da, wo der Kathedersozialismus sich hören lässt, ein kriegslustiger Streiter. Als echter Utilitarier sagt er: „Prinzipiell sind wir mit den Kathedersozialisten in sofern einverstanden, als wir anerkennen, dass der Egoismus auf sozialem Gebiete gefesselt werden muss, und wir jede aprioristische Theorie in Bezug auf die Grenzen der Staatsintervention verwerfen. Nicht wegen seiner Prinzipien bekämpfen wir den Kathedersozialismus, sondern wegen seiner Praxis, eine Praxis, welche so verwerflich ist, dass unseres Erachtens die Zukunft der politischen Oekonomie sehr traurig sein würde, wenn sie allgemein werden sollte.“

Ernst oder Scherz? Göttin oder Kuh? — so fragt man sich. Wenn die Praxis nicht gut ist, da muss ein Fehler in der Theorie sein. Theorie und Praxis sind keine Gegensätze. „Was in der Theorie richtig ist, passt alle Zeit auch für die Praxis“ — so spricht Kant und wir mit ihm. Theorie ist krystallisirte Praxis, gestützt durch die Wirklichkeit.

Dr. Levy tritt wohlbewaffnet auf den Kampfplatz und macht seiner Gegenpartei jedes Fleckchen Boden unter den Füssen streitig. Wirft Pro-

fessor Pierson dem Kathedersozialismus vor, dass er nur die Frucht einer Reaktion sei, deren Ende natürlich auch sein Tod sein würde, so widerlegt ihn Dr. Levy Wort für Wort. Es ist eine Frage der Methode, es handelt sich um die deduktive und induktive Methode. Herr Levy weist auf den grossen Unterschied zwischen Holland und England hin. Zur selben Zeit, wo Professor Pierson das ausschliesslich gute Recht der orthodoxen Oekonomie vertheidigt, hält der Kathedersozialismus seinen Einzug in die British Association for the advancement of science in der Person ihres Vorsitzenden, des Herrn Ingram, Präsident der volkswirthschaftlichen Gesellschaft in Irland.*) Er verwirft, was Professor Pierson anpreist. Letzterer anerkennt die relativen Verdienste der deutschen Oekonomen, meint aber, dass ihnen der common sense, eine den Engländern eigenthümliche Eigenschaft fehle; während Herr Ingram der Ansicht ist, dass der Verfall der Oekonomie nur durch die deutschen Mittel verhütet werden kann. Das reimt sich schlecht zusammen.

Soviel im Allgemeinen.

Der Verfasser bespricht in der Einleitung das Verhältniss der Oekonomie zur Soziologie; das eigentliche Werk zerfällt in 12 folgende Kapitel:

I. Begriff des Naturgesetzes.
II. Kritik der deduktiven Methode in der Oekonomie.
III. Kritik der scheinbaren Induktion in der Oekonomie.
IV. Kritik des Egoismus als wirthschaftliches Grundprinzip.
V. Oekonomisch-juristische Grundlage der Gesellschaft.
VI. Kritik der ökonomischen Schlagworte: Entsagung und Neutralität.
VII. Die Oekonomie als Kunst und als Wissenschaft.
VIII. Kritik des Bacon'schen Realismus in der Oekonomie.
IX. Der Idealismus Kant's, eine ökonomische Forderung.
X. Die Oekonomie, eine ethische Wissenschaft.
XI. Das ethische Element, ein theoretisches Bedürfniss.
XII. Das ethische Element, eine praktische Forderung.

Das erste Kapitel handelt über Naturgesetze dem Begriffe nach. Aus den Reden und Aufsätzen von Rümelin zitirt der Verfasser einen Aufsatz über den Begriff eines sozialen Gesetzes und die Auffassung August Comte's. Wenn man hier von Gesetzen spricht, so geschieht dies nicht wie bei der Naturwissenschaft, man weiss, dass sie nur bedingte Geltung haben, oder, wie Rümelin sagt, dass es nur Eine Art von grossen und absoluten Gesetzen giebt, „die Entwickelungsgesetze der Menschheit, die noch für ungemessene Fernen der wissenschaftlichen Erkenntniss verschlossen und nur einem ahnungsvollen Glauben zugänglich sein werden.“ Wir wollen dem Verfasser, der besonders gegen Cairness kämpft, nicht auf seinem langen Wege folgen und heben nur hervor, dass Herr Dr. Levy die Oekonomie als Kunst auffasst. Er meint, dass ihre Freunde, welche ihr eine unabhängige Stellung, wie die der Naturwissenschaft geben wollen, ihr einen schlechten Dienst leisten. Sie sucht keine Naturgesetze, denn ein Naturgesetz ist eine Macht ausser uns. Für die Gesellschaft wäre es wünschenswerth, dass sie sich

*) Der betreffende Vortrag ist in's Deutsche übersetzt und mit einer Einleitung von Professor Dr. H. von Scheel im Verlage von Gustav Fischer in Jena erschienen.

der Unterwerfung unter ein Gesetz, nämlich der Pflicht, klar werde. Dem Verfasser widerstrebt der Pessimismus des Dichters, der sich in folgenden Worten ausspricht:

Ein's bist du dem Leben schuldig,
Handle, oder bleib' in Ruh':
Bist du Amboss — sei geduldig,
Bist du Hammer — schlage zu.

Uebrigens thut und handelt die alte Oekonomie wie die neue, nur mit dem Unterschiede, dass sie diese Praxis nicht als Prinzip annehmen darf. Erkennt man aber die letztere einmal als Wissenschaft an, so ist es vergebliche Mühe, ihrem Einfluss irgend etwas zu entziehen. Mit Recht sagt der Verfasser: „Naturgesetzen gehorcht man, ändern kann man daran nichts." Die astronomische Wissenschaft lehrt, alle Körper ziehen einander im Verhältniss ihrer Schwere und dem umgekehrten Verhältniss des Quadrats ihrer Entfernung an. Kann man nun auch von astronomischer Kunst sprechen? Oder welchen Zweck hat es, Anstrengungen zu machen, um dieses Verhältniss zu ändern? Die chemische Wissenschaft zeigt die Bedingungen, nach welchen die Elemente sich miteinander vereinigen. Kann man nun auch von einer chemischen Kunst reden, hat es einen Zweck, die Bedingungen ändern zu wollen? Lehrt uns das „Naturgesetz" der Oekonomie, wie sie es nennen, dass auf ökonomischem Gebiete Jeder nach einem Maximum Lebensfreude bei einem Minimum Opfer strebt, so können wir nur die Weisheit derer, die das entdeckten, bewundern und uns danach richten. Welche Kunst vermöchte es, das menschliche Streben in eine andere Richtung, als die Natur gewollt, zu leiten? —

Die alte Schule frägt nach dem Produkt und nicht nach dem Produzenten. Daher nimmt es auch Professor Pierson den Kathedersozialisten übel, dass sie mit den Arbeitern kokettiren. Ganz richtig ist diese Beschuldigung nicht, aber etwas Wahres kann man ihr nicht absprechen. Die Herren schreiben zuweilen als verkappte Sozialisten, während ihre Thaten ganz anderer Art sind. Diese Halbheit richtet ihre Partei auch zu Grunde. Wenn sie sich z. B. gegen die Sozialisten wenden, so ist man versucht, mit den Gegnern das Wort „Komödie" zu gebrauchen; ihre eigenen Führer liefern ja das Material für sozialistische Schriften. Prinzipiell auf gleichem Boden, scheuen die Kathedersozialisten, die nöthigen Konsequenzen zu ziehen.

Den Sozialisten wirft Herr Professor Pierson vor, dass ihnen die Wissenschaft nicht Hauptsache sei, sondern nur zur Empfehlung ihrer Pläne missbraucht, ja prostituirt werde. Und das Männern wie Marx und Engels gegenüber! Leidenschaftlicher kann man wohl kaum urtheilen, aber der Herr Professor spricht ja im Namen der Wissenschaft. Das ist nun aber doch Herrn Levy zu stark, und so fragt er, ob es denn auch im Reiche der Wissenschaft Paria's gebe, oder ob man für gewisse Individuen einen wissenschaftlichen Index habe? Weiss der Herr Professor nicht, dass Roscher — gewiss kein Freund von Marx — dessen „Kapital" für höchst lehrreich erklärt? Dass Albert Lange — gewiss ein selbstständiger Forscher — von Marx sagt: „er ist der vorzüglichste Kenner der Geschichte und Literatur der Volkswirthschaft"? Weiss er nicht, dass der Konservative Rudolph

Meyer das Kapital von Marx „das grösste wissenschaftliche Erzeugniss der modernen deutschen Volkswirthschaftslehre" nennt und hinzufügt: „Keiner der lebenden Professoren hat ein Werk gegeben, das damit zu vergleichen ist?" Weiss er nicht, dass Professor Beesly sagt, dass Marx in Bezug auf Kenntniss von Geschichte und Statistik der industriellen Bewegung in allen Ländern Europas keinen Rivalen hat? Und kennt er nicht die Worte Leopold Jacoby's: Was jenes Buch (von Darwin) über die Entstehung der Arten für das Werden und die Entwickelung in der unbewussten Natur bis herauf zum Menschen, ist dieses Werk: Das Kapital für das Werden und die Entwickelung in der Gemeinschaft menschlicher Einzelwesen, in den Staaten und Gesellschaftsformen der Menschheit." ?

Dass Ricardo der geistige Vater von Marx sei, wie Professor Held in Bonn und viele andere mit ihm gesagt haben, bestreitet Herr Professor Pierson. Dr. Levy beweist ihm dagegen die Richtigkeit dieser Bemerkung. Er giebt drei Stellen aus Marx, welche mit Ricardo's Anschauungen übereinstimmen: 1. Ein Gebrauchswerth oder Gut hat nur einen Werth, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlich oder materialisirt ist. Wie nun die Grösse seines Werthes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen „werthbildenden Substanz", der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst misst sich an ihrer Zeitdauer, und die Arbeitszeit besitzt wieder ihren Massstab an bestimmten Zeittheilen, wie Stunde, Tag u. s. w. Die Worte „werthbildenden Substanz" sind zitirt und drücken die Lehre Ricardo's richtig aus, wie auch Mill anerkannte, indem er sagte: „Wenn von Ricardo und anderen behauptet wird, dass der Werth einer Sache durch die Arbeitsquantität regulirt werde, so verstehen sie darunter nicht die dafür einzutauschende, sondern die zur Herstellung derselben erforderliche Arbeitsquantität: sie wollen sagen, dass diese den Werth der Sache bestimme — bewirke, dass der Werth sich so verhalte und nicht anders. 2. „Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerthes gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgrösse bestimmt." Dr. Levy meint hierzu, dass Ricardo wie Marx den Begriff Arbeit als Abstraktum fassen. Er nennt die Meinung, dass „jede der individuellen Arbeitskräfte dieselbe menschliche Arbeitkraft ist wie die andere, so weit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnittsarbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Waare auch nur die im Durchschnitt nothwendige oder gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit braucht, eine handgreifliche „Monstrosität". Diese sogenannte Monstrosität fällt aber hinweg, wenn man, wie Marx es thut, zeigt, dass nicht die Arbeit Tauschwerth hat, dass nicht die Arbeit verkauft und im Arbeitslohn der Werth der Arbeit bezahlt wird, sondern dass es die Arbeitskraft ist, die verkauft wird, und der Arbeitslohn Aequivalent der Arbeitskraft ist. Arbeit bleibt das immanente Mass des Tauschwerthes; der Tauschwerth der Arbeitskraft ist gleich dem Tauschwerth der Lebensmittel, welche zur Erhaltung der Arbeitskraft nothwendig sind. Zur dauernden Erhaltung der Arbeitskraft ist nicht blos die Erhaltung, sondern auch die Reproduktion des Arbeiters selbst erforderlich. Wenn man dies Alles bei Marx nachliest, dann findet man die Monstrosität

nicht so sehr in seinem Buche, als in dem Geiste des Beurtheilers. — 3. „Wir wissen, dass der Werth jeder Waare bestimmt ist durch das Quantum der in ihrem Gebrauchswerth materialisirten Arbeit, durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Dies gilt auch für das Produkt, das sich unserem Kapitalisten als Resultat des Arbeitsprozesses ergab. Es ist also zunächst die in diesem Produkt vergegenständlichte Arbeit zu berechnen.“ Das ist kein Axiom bei Marx, wie Dr. Levy ihm vorwirft, sondern es wird bewiesen.

Wenn man Marx bekämpfen will, muss man das Prinzip, dass „Arbeit der Werthmesser aller Werthe ist“, bekämpfen. Das haben seine Gegner auch eingesehen. Nun ist dasselbe Prinzip, der Hauptsache nach, von Ricardo aufgestellt worden, und wenn Professor Pierson seine grosse Bewunderung Ricardo zollt, so fordert die Unparteilichkeit, dass er dessen grossen und konsequenten Schüler, Marx, die ihm gebührende Ehre giebt, statt ihn herabzuziehen. Sonst findet das „Messen mit zweierlei Mass“ statt, und das ist selbst dem Feinde gegenüber nicht erlaubt. „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen,“ — diese köstlichen Worte desselben Marx sind durchaus der Beachtung werth.

Der Werthbegriff ist die Hauptsache, und statt ihn eine Monstrosität zu nennen, sehen wir sich ihm allmählig Viele nähern, welche ihn früher bestritten. Schäffle sagt z. B. im dritten Bande seines „Bau und Leben des sozialen Körpers“, dass Marx nur die eine Seite der Tauschwerththeorie betone, indem er die zur Herstellung eines Gebrauchswerths nothwendige Arbeitszeit als tauschwerthbildend annimmt und Professor Knies nur die andere Seite, wenn er den „gesellschaftlich taxirten Gebrauchswerth“ als die Substanz des Tauschwerthes auffasst. Selbst meint er, dass die kombinirte Wirkung von Kosten und Nutzen, von aufgewandter Arbeitszeit und gesellschaftlichem Gebrauchswerth den Tauschwerth bilde. Jedoch sagt er ausdrücklich: „wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass die Marx'sche Theorie Grundstein einer K r i t i k der kapitalistischen Volkswirthschaft und zwar zunächst des kapitalistischen Produktionsprozesses ist.“ Er nennt die Theorie von Marx nicht falsch, er giebt sogar ihre Berechtigung vom Standpunkte der Kritik des Wirthschaftssystems zu und behauptet nur, dass sie die positive Thätigkeit nicht fördere, weil sie uns nicht zeige, wie in der Zukunft die Vertheilung des Arbeitsertrages zu regeln sein wird (cf. staatswirthschaftliche Abhandlungen von Dr. Seyfferth, erste Serie, viertes Heft). Uebereinstimmend ist das Urtheil von Schramm in der „Zukunft“, wenn er sagt: „Marx' Kapital ist kein Lehrbuch der Volkswirthschaft, aus welchem man das ABC dieser Wissenschaft lernen könnte: es knüpft zur Erforschung des ökonomischen Bewegungsgesetzes an die Werthdefinition an, welche die klassische politische Oekonomie aufgestellt hat, es schliesst sich unmittelbar an Ricardo an.“

Es ist zu verwundern, dass Dr. Levy nicht den bekannten Professor Laveleye erwähnt, welcher in seiner Abhandlung: „Die neuen Ziele der Nationalökonomie und des Sozialismus“ behauptet, in der Nationalökonomie nur ein einziges Naturgesetz entdeckt zu haben, dasjenige nämlich, dass der Mensch, um zu leben, sich nähren muss. Alles übrige, meint er, werde durch die Sitten, Gebräuche und Gesetze regulirt, und diese verändern sich

unaufhaltsam und in dem Maasse, wie die Gerechtigkeit und die Moral ihre Herrschaft ausdehnen und sich immer mehr von der natürlichen Ordnung entfernen, in welcher die Gewalt und der Zufall herrschen.

Weiter polemisirt Dr. Levy in der Steuerfrage gegen einen neuen Aufsatz des Professor Pierson. Der Verfasser zitirt viel und gern. Die Zitate allein betragen gewiss ein Drittel des Ganzen. Kant namentlich ist sein Lehrer, beinahe sein Gott. Wehe dem, der in seinen Ansichten von dem Philosophen von Königsberg abweicht. Auch Rümelin's Reden und Aufsätze finden Gnade in des Verfassers Augen. Nicht so Jhering, welchen er scharf kritisirt.

Man kann aus alledem sehen, dass das 443 Seiten reiche Buch des Dr. Levy eine zwar schwere, ermüdende, aber eine belehrende Arbeit ist. Sein Werk ist mehr als eine ephemere Erscheinung. Nicht immer befriedigt er, stets aber geben seine Sätze Stoff zum Nachdenken und zur Prüfung. Besonders hier in Holland, wo die Oekonomie nur beiläufig und meistens wenig unabhängig betrieben und beachtet wird, ist ein Streit wie der zwischen diesen beiden dialektisch geübten Kämpfern eine Ausnahme. Wie schwer die Frage nach der Methode ist, darauf weist schon Marx hin, wenn er erinnert, wie verschieden man über sein Kapitel urtheilte. Der Eine nennt die Methode deduktiv, ein Anderer wirft ihm vor, dass er die Oekonomie metaphysisch behandle, ein Dritter nennt die Methode analytisch, ein Vierter findet die Forschungsmethode streng realistisch. Selbst sagt er: „Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiednen Entwicklungsformen zu analysiren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideell wieder, so mag es aussehen, als habe man man es mit einer Konstruktion a priori zu thun.“ Diese Bemerkung ist richtig und muss von allen Rezensenten ins Auge gefasst werden.

Der Verfasser kennzeichnet die Gegensätze beider Richtungen am Ende seines Buches folgendermassen: „Der Streit handelt sich um die Stelle, wo man steht (dos moi pou sto). Hier der ganze Mensch, da die ökonomische Abstraktion; hier das majestätische, Alle und Alles beherrschende Sittengesetz von Kant, da der Theil eines Theiles: auctoritate sua erhoben zum „Naturgesetz“. Führer oder Geführte, Soldaten sind wir im Dienste der Idee. Unsere Aufgabe, ob theoretisch oder praktisch, zeige dieses Merkmal. Für Alle gilt das Dichterwort:

Es kann die Spur von meinen Erdentagen
Nicht in Aeonen untergehen.“

F. D. N.

Dr. Felix Dahn. Die Vernunft im Recht. Grundlagen der Rechtsphilophie. Berlin, Otto Janke, 1879.

Das uns vorliegende Buch enthält eine Kritik des im ersten Bande dieses „Jahrbuchs" bereits besprochenen Werkes des grossen Romanisten v. Jhering.

Wir könnten sehr kurz sein. Herr v. Jhering ist kein Philosoph und in der Gesellschaftswissenschaft wenig oder gar nicht bewandert. Nach beiden Richtungen hin, der philosophischen sowohl als der gesellschaftswissenschaftlichen, bietet sein Buch Mängel, welche einem auf beiden Gebieten bewanderten Gegner verschiedentlich Anlass zu gewichtigen Ausstellungen geben können. Herr Dahn nun, „unser Braun" in zweiter verbesserter wissenschaftlicher Auflage, ist im Allgemeinen kein grosses Licht, immerhin leistet er als Philosoph etwas, und mancher Einwand, den er als solcher Herrn v. Jhering macht, erscheint uns begründet. Dagegen hat er ihn in der Hauptsache, der Rechtsbildung aus der Gewalt, nicht richtig verstanden und ist bei der Kritik von Voraussetzungen ausgegangen, die Herrn v. Jhering bei der Konstruktion des Gewaltrechtes fern lagen. Auf dem Boden der Gesellschaft, ihrer Verkehrsverhältnisse und ihrer Zielpunkte bewegt Herr Dahn sich auf höchst unsicheren, verschlungenen Wegen, die zur Anerkennung unserer heutigen Zustände, zur Entdeckung einer nur den profanen Blicken der Sozialisten verschleierten Glückseligkeit führen. Es ist unendlich viel Phrase in dem Buche; wo Herrn Dahn die Gedanken ausgehen und der Faden der Logik reisst, da stellen sich ihm stets rettende Worte ein, die freilich dem schärfer blickenden Auge die Oberflächlichkeit und Hohlheit der betreffenden Beweisführung nicht zu verbergen vermögen. So könnten wir kurz kritisiren. Da das Buch des Herrn v. Ihering jedoch im Allgemeinen nur auf fachwissenschaftliche Kreise beschränkt geblieben ist, und die im ersten Bande des „Jahrbuchs" enthaltene Besprechung desselben zur Würdigung der Dahnschen Kritik nicht ausreicht, müssen wir ausführlich sein und die Gegensätze auseinanderhalten, wobei wir von denjenigen rein philosophischer Art absehen.

Das Recht ist Herrn v. Jhering ein Ausfluss der Macht, diese also die Mutter, die Quelle des Rechts. Die Macht entspringt dem Kampfe. „Mit dem Frieden kommt der Vertrag, mit dem Vertrage das Recht zur Welt, das Recht als Resultat des Kampfes ist die Erkenntniss des Mächtigen, dass es seinem eigenen Vortheile entspricht, den Schwachen neben sich bestehen zu lassen — die Selbstbeschränkung der Gewalt im eigenen Interesse." Der Entstehung des Rechts aus der Macht des Stärkeren steht das Recht aus der Machtvereinigung der Gleichen gegenüber: das Schutz- und Trutzbündniss im Gegensatz des Subjektionsverhältnisses, die Urform der Republik im Gegensatz zur Urform der Monarchie. „Der Fortschritt von der Gewalt zum Recht im obigen Falle besteht nicht darin, dass sie selber abdankte und dass mit dem Recht ein anderes Prinzip an ihre Stelle träte, sondern das Recht ist nur diejenige Form ihrer selbst, die ihr die unausgesetzte Anspannung ihrer Kraft erspart und den ruhigen Genuss verstattet, nicht die Negation, sondern nur die durch das eigene Interesse gebotene Mässigung der Gewalt."

„Das Recht ist in meinen Augen nur die ihres eigenen Vortheils und damit der Nothwendigkeit des Maasses sich bewusst gewordene Gewalt, nicht also etwas seinem Wesen nach von letzterer Verschiedenes, sondern nur eine Erscheinungsform derselben: die rechte, richtige, weil an Regeln bindende, also die disziplinirte Gewalt im Gegensatz der wilden, rohen, weil nur durch die Leidenschaft und den augenblicklichen Vortheil bestimmten, also der regellosen Gewalt. Nicht also das Recht herrscht an Stelle der Gewalt, sondern die Gewalt selber herrscht stets und überall, sie nimmt den Thron ein, sie hat das Schwert in Händen, und das Recht dient ihr nur wie der Kompass dem Steuermann u. s. w."

„Denken wir uns den Starken eine Verbindung eingehend mit dem Schwachen, so wird er, wenn wir uns alle Rücksichten, die seinem Egoismus Zügel anlegen können, hinweg denken, den Gesellschaftsvertrag so einrichten, dass er selbst den Löwenantheil bekommt. Auf die bürgerliche Gesellschaft übertragen heisst das: ihre Ordnung wird stets den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen entsprechen, aus denen sie zusammengesetzt ist. Der Sieger wird dem besiegten Volke, wenn er es in seinen Staat aufnimmt, nicht die gleiche Stellung mit sich einräumen, sondern es in ein abhängiges Verhältniss versetzen, und nicht minder wird auch innerhalb desselben einheitlich erwachsenen Volkes der mächtigere Stand das Uebergewicht seiner Macht in den Rechtseinrichtungen zum Ausdruck bringen."

„Glaube und Aberglaube, Rohheit und Kultur, Rachsucht und Liebe, Grausamkeit und Menschlichkeit, und was soll ich sonst noch nennen, alles hat dem Recht seinen Stempel aufgeprägt; welche Macht gerade den Griffel in der Hand hatte, hat mit ihm ihre Gesetze in die Tafeln des Rechts eingezeichnet. Ein trostloses Resultat, das wir mit von dannen nehmen."

Halten wir zunächst fest, dass bei Herrn v. Jhering das Recht das Resultat eines Friedensvertrages zwischen zwei mit einander ringenden Kräften ist. Der Sieger in diesem Kampfe beeinflusst den Friedensvertrag und gestaltet das Recht in seinem Interesse. Es ist aber die Macht nicht immer und überall die ausschliessliche Quelle des Rechts. Neben dem Recht aus der Macht des Stärkeren konstatirt Herr v. Jhering auch ein Recht aus dem Vertrage, dem Schutz- und Trutzbündnisse der Gleichberechtigten. In beiden Fällen handelt es sich um ein Vertragsrecht — um das in der Gesellschaft herrschende. Dort wo die Macht das Recht diktirt, wird das Privileg zum Gesetz erklärt, zum Recht, obwohl es dessen Natur niemals besitzen kann, sondern im Gegentheil ein Unrecht voraussetzt.

In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit verwechselt Herr Dahn die Begriffe. Er identifizirt gewisse Gewohnheiten, die im geselligen — nicht im gesellschaftlichen — Leben des Menschen erwachsen, mit dem gesellschaftlichen Rechte und meint, Herr v. Jhring führe diese Gewohnheiten und die aus ihnen entspringenden Rechtsanschauungen auf die Macht zurück. Beides ist falsch. Einmal handelt es sich gar nicht um die primitivsten Geselligkeitsregeln und dann auch nicht um eine ausschliessliche Zurückführung des Rechts auf die Macht.

An anderer Stelle wieder (pag. 85) liest Herr Dahn im Jhering'schen Werke, dass die Leser aufgefordert werden, mit dem Verfasser anzunehmen, „dass schon von allem Anfange ein Rechtszustand existirt habe." Das

ist zweifellos ein Missverständniss; Herr v. Jhering sagt wörtlich: „— wer mit mir sich nicht zu dem Glauben verstehen kann, dass u. s. w. und wer mit mir u. s. w." Herr Dahn wird sich bei nochmaligem Lesen des Passus von seinem Irrthum überzeugen. Herr v. Jhering bestreitet und zwar mit voller Berechtigung den Rechtszustand von allem Anfange an.

„Instinkte der Selbsterhaltung des Individuums, führt Herr Dahn aus, der Familie, der Spezies regelten ursprünglich allein wie bei den Thieren die Beziehungen der beiden Geschlechter, der Eltern zu den Jungen, der Menschenfamilie zu feindlichen Nachbarn. Diese für die Selbsterhaltung unentbehrlichen Instinkte führten zu Erfahrungen, die gesteigerten Instinkte wurden vererbt. Alsbald aber wurden jene „Regeln" — nicht blos der „Gewaltausübung" — sondern z. B. auch der Theilung und Verbindung der Arbeit im Sammeln von Früchten, der Vertheilung von Vorräthen — nicht mehr blos als Forderungen des Naturtriebs empfunden, sondern, nach Ausbildung der Religion, als von den Göttern geordnet und als „logisch nothwendig", vernunftnothwendig, so dass z. B. die Verkürzung des verdienten Speiseantheils nicht nur als Lebensbedrohung, auch als gottlos, als unsittlich und als unlogisch, als Un-Recht von dem Verkürzten und von dem Neutralen, ja auch von dem Vergewaltiger selbst empfunden wird." „Sobald die Verkürzung als Verletzung der von den Lebensgenossen anerkannten Vernunftordnung empfunden wird, ist das Un-Recht als Verletzung der Rechts-Vernunft da. Die Gepflogenheit, die Erfahrungsregel, die Klugheitslehre, das göttliche oder Moralgebot, wird zum Rechtssatz, sowie die Verletzung der gemeinsam anerkannten Vernunftsordnung empfunden wird." Das Recht ist nach Herrn Dahn zunächst „Vernunft-Macht, die allerdings der Gewalt-Macht bedarf: aber doch nur eventuell: nämlich dann, wenn ihr nicht schon freiwillig, d. h. um der Vernunft willen, gehorcht wird, was doch nur die Ausnahme ist."

Wir selbst sehen die Menschheit die verschiedensten Entwickelungsstufen an der Hand gewisser Naturtriebe und Bedürfnisse ersteigen, und in innigem Zusammenhange damit entwickelt sich die Vernunft, von einem Rechtsleben findet sich absolut keine Spur, nur die Gewalt herrscht von Anfang und was nach unendlich langem Prozesse von Rechtskeimen in die Gesellschaft hinübergenommen wird, das ist von der Macht, der Willkür geschaffen und nur durch Rücksichten der Klugheit von dieser gemässigt. Wir geben die von Herrn von Jhering markirte Gesellschaftsbildung aus gleichberechtigten Genossen als möglich zu. Sie mag vereinzelt vorgekommen sein. Als Regel aber muss die Gesellschafts- und mit ihr auch die Rechtsbildung durch ungleiche Faktoren angenommen werden.

Bei keinem der beiden Wege, auf welchen Herr v. Jhering die Gesellschaftsentwickelung vor sich gehen sieht, ist die Mitwirkung der Vernunft ausgeschlossen, bei keinem aber auch die Beeinflussung und Gestaltung des Gesellschaftsrechts durch die stärkeren und mächtigeren Elemente, die entweder schon in den ersten Anfängen der Gesellschaftsbildung vorhanden sind oder im Laufe des gesellschaftlichen Lebens sich bilden.

Herr Dahn sträubt sich heftig gegen diese Auffassung. „So war von Anfang Recht und Gewalt beisammen," schreibt er, „der das Recht setzte,

der Mann, der Vater, hatte auch die Macht, Weib und Kind zur Befolgung zu zwingen." Der Mann „erzwang sich 1) Achtung vermöge der überlegenen Vernunft, 2) Gehorsam vermöge des überlegenen Arms. Aber die Achtung, der freiwillige Gehorsam war das frühere. Das Recht geht vom Manne, dem stärkeren Theile, aus." Herr Dahn lässt ihn rechtlich denken und dem entsprechend völlig gerechte Regeln für Weib und Kind aufstellen. Das wäre recht schön, wenn Herr Dahn uns nur den Beweis führte, dass bei der Macht stets die Vernunft und, dieser entspringend, die Gerechtigkeit sei. Das Gegentheil aber ist der Fall. Wo die Macht das Recht gibt, gestaltet sie es stets ihren Interessen entsprechend. Das lehrt die Geschichte, das lehren auch die Völker, die wir heute noch in primitiven Zuständen antreffen. Im Uebrigen passt das Beispiel von der Familie nicht, da diese nicht der Gesellschaft voraufgegangen, sondern im Gegentheil ein Produkt der Gesellschaft ist. Herr Dahn bemängelt es, dass Herr v. Jhering es unterlassen habe, bei der Rechtsentwickelung aus der Macht die Anerkennung des Unterworfenen zu berücksichtigen. Diese Anerkennung, welche allerdings keine rückhaltslose sein kann, liegt eben in dem Vertragsverhältniss selbst und in dem von Herrn von Jhering betonten Umstande, dass die Schwächeren in dem Vertragszustande sich besser als vor demselben befänden. Bis zu dem Vertrage waren sie schrankenloser Willkür ausgesetzt, mit dem Vertrage, mit dem Platzgreifen des Gesellschaftsrechts legt die zügellose Gewalt — und zwar aus Klugheitsrücksichten — sich Schranken auf, die dem Schwächeren zum Schutz gereichen, — sollte das Familien„recht" nicht auf gleiche Weise Anerkennung gefunden haben?

Gegen das eben geschilderte Gewaltrecht lehnt der Gesellschaftszweck sich auf, welcher nach Herrn v. Jhering die Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder und einen auf strengster Gerechtigkeit basirten Verkehr der Genossen untereinander zur nothwendigen Voraussetzung hat, und der in der gegenseitigen Förderung der Zwecke basirt, wenn auch das Gewaltrecht ihm andere Zielpunkte steckt.

Herr v. Jhering unterlässt es, uns in die ersten Tage der Menschheit zu versetzen. Die ferne Vergangenheit interessirt ihn nicht; er hat es nur mit der Gesellschaft zu thun und liefert uns ein Bild derselben und ihrer Beziehungen, „wie die Wirklichkeit es uns täglich vor Augen führt." Zurückblickend deutet er nur an, dass aus dem ursprünglich eigennützigen Streben des Individuums sich das des eigennützigen Vereins und aus diesem das des gemeinnützigen entwickelt, aus dem schliesslich der Staat, „die höchste und die universellste Form der Gesellschaft" hervorgeht.

Das Bild der Gesellschaft ist zum Theil unzureichend und seine Färbung mehr oder weniger eine idealistische, der die Wirklichkeit nur zu oft Hohn spricht.

Wir dürfen in Einzelheiten nicht eintreten und müssen uns auch hier wieder auf die Hervorhebung prinzipiell wichtiger Punkte beschränken.

Auf der gegenseitigen Förderung der Zwecke, führt Herr v. Jhering aus, beruht der Begriff der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist demnach zu definiren als die thatsächliche Organisation des Lebens für und durch

Andere und — weil der Einzelne das Beste, was er ist, nur durch Andere ist — darum zugleich als die unerlässliche Form des Lebens für sich, sie ist also in Wirklichkeit die Form des menschlichen Lebens überhaupt. „Menschliches und gesellschaftliches Leben sind gleichbedeutend.“ Das demokratische Postulat: „Einer für Alle — Alle für Einen“ ist in der Jhering'schen Gesellschaft durchgeführt. Auf der Basis der Gerechtigkeit soll die Gesellschaft die Dienstleistungen des Einzelnen, die ihr unentbehrlich sind, belohnen. Alle Privatrechte besitzen einen gesellschaftlichen Charakter, sie sind „beeinflusst und gebunden durch die Rücksicht auf die Gesellschaft, es giebt kein einziges, bei dem das Subjekt sagen könnte: dies habe ich ausschliesslich für mich, die Konsequenz des Rechtsbegriffs bringt es mit sich, dass die Gesellschaft mich nicht beschränke. Sehe sich Jeder vor, bevor er diesen Satz unterschreibt, er giebt damit mehr zu, als er glaubt.“ Es sei uns gestattet, noch einmal an das treffliche Wort v. Jhering's zu erinnern, dass eine Zeit kommen wird, „wo das Eigenthum eine andere Gestalt an sich tragen wird als heute, wo die Gesellschaft das angebliche Recht des Eigenthümers, von den Gütern dieser Welt beliebig viel zusammen zu scharren, eben so wenig mehr anerkennen wird, als das Recht des altrömischen Vaters über Tod und Leben seiner Kinder, als das Fehderecht und den Strassenraub der Ritter, als das Strandrecht des Mittelalters.“

Der Begriff der Gesellschaft fällt nach Herrn v. Jhering zum Theil mit dem des Staates zusammen. Aber auch nur zum Theil: „so weit nämlich, als der Gesellschaftszweck zu seiner Realisirung der Vermittlung durch äusseren Zwang bedarf.“ „Dessen bedarf es aber nur zum geringen Theil. Handel und Gewerbe, Ackerbau und Industrie, Kunst und Wissenschaft, die Sitte des Hauses und des Lebens organisiren sich im wesentlichen durch sich selbst. Der Staat mit seinem Rechte greift nur hie und da ein, so weit es unerlässlich ist, um die Ordnung, die diese Zwecke sich selber gegeben haben, gegen Verletzung zu sichern; das Recht stellt, so zu sagen, nur das feste, eiserne Gerippe und den Eisenbeschlag, das übrige überlässt er ihnen (den Gesellschaftszwecken) selber.“ „Endzweck des Staats wie des Rechts ist die Herstellung und Sicherung der Lebensbedingungen der Gesellschaft — das Recht ist der Gesellschaft, nicht die Gesellschaft des Rechts wegen da.“

Unsere eigene Auffassung von Staat und Gesellschaft stimmt mit der des Herrn v. Jhering im Wesentlichen überein, nur weichen wir von ihm darin ab, dass wir die Gesellschaft durch Einsetzung einer ihre Zwecke fördernden Regierung zum Staat werden lassen, und dass wir diesem doch einen grösseren Wirkungskreis, als er es thut, zuweisen und kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens von seiner Beeinflussung ausnehmen. Allerdings setzen wir dabei voraus, dass Staat und Gesellschaft sich decken und der Staat wirklich nur eine gesellschaftliche Einrichtung zur besseren Erreichung der Gesellschaftszwecke ist. Ein solches Verhältniss hätte zur direkten Folge, dass das Gewaltrecht durch das Vernunftrecht abgelöst würde.

Herr Dahn ist entsetzt über die Definition von Staat und Gesellschaft,

wie Herr v. Jhering sie giebt. Doch sind es auch hier keine stichhaltigen Einwendungen, die er erhebt. Wir verzichten des beschränkten Raumes wegen darauf, die streitigen Punkte klar zu legen. Uns interessirt nur, die Auffassung des Herrn Dahn vom Staate und seinen Aufgaben kennen zu lernen. „Da alle äusseren Lebensbeziehungen der Menschen," sagt Herr Dahn, „unter einander der vernünftigen Friedensordnung fähig und bedürftig sind, so müssen sie auch alle durch das Recht geordnet werden: nicht nur Eigenthum und Besitz der Sachen, auch die Ehe, das Verhältniss der Geschlechter, der Eltern und Kinder, die Gottesverehrung, die gemeinsame Vertheidigung gegen die Elemente, gegen Kriegsfeinde. Die Ordnungen in allen Gebieten des Kulturlebens erwachsen vor dem Staat und in dem noch wenig erstarkten Staate autonom, durch Gewohnheit, d. h. Vernunftüberzeugung der Nächstbetheiligten. Der erstarkte Staat übernimmt dann die oberste Ueberwachung, die Streitverhütung und Streitentscheidung in allen diesen Gebieten; durchaus nicht schafft er alle Ordnungen in diesen Gebieten; aber er überwacht, schlichtet und richtet; und wo die autonome Rechtserzeugung auf einem Gebiete zu langsam arbeitet oder zu einseitig, andere Lebensinteressen schädigend, nur den eigenen Zweck verfolgend, da greift der Staat durch seine Gesetzgebung ein, die stets das Gesammtinteresse der ganzen Kultur und aller Staatsgenossen zu wahren hat."

Sie klingt recht schön die Phrase vom „Gesammtinteresse der ganzen Kultur" und „aller" Staatsgenossen. Es fragt sich nur, was darunter zu verstehen ist. Bei Herrn v. Jhering wissen wir klar, wohin er abzielt, in welchem Sinne bei ihm sich die Gesellschaft oder der an ihre Stelle tretende Staat entwickeln. Er sieht die Gesellschaft den ganzen Erdball umspannen. „Der Satz, „Jeder ist für den Anderen da," gilt für die ganze Menschheit, und der Zug der gesellschaftlichen Bewegung geht unausgesetzt dahin, ihn geographisch in immer weiterer Ausdehnung zu verwirklichen. Die Arbeit des Einzelnen, sei es die der Hand oder die des Kopfes, für die Gesellschaft und dadurch mittelbar für ihn selber möglichst nutzbringend zu machen, — jede Kraft im Dienste der Menschheit zu verwerthen — das ist die Aufgabe, die jedes Kulturvolk zu lösen, und auf die es darum alle seinen Einrichtungen zu berechnen hat."

Herr v. Jhering wagt es nicht, die Grenzen der Anforderungen des Staates oder der Gesellschaft an das Individuum zu ziehen. Seines Erachtens „ist die Frage eine ewig flüssige. Mit der Gesellschaft selber und den Zwecken und Anforderungen, die fort und fort sich stets neu erzeugend unwiderstehlich an sie herantreten, wird auch die Vorstellung von dem, was das Individuum ihr schulde, gleichen Schritt haltend. — Er scheut sich nicht, alles Recht, alles Eigenthum den Gesellschaftszwecken dienstbar zu machen, und versenkt den Blick in den kommunistischen Zukunftsstaat.

Herr v. Jhering ist überall von hohem sittlichen Ernste beseelt; wo er uns nicht scharf und gründlich genug zu sein scheint, da ist nur unzureichendes Studium der einschläglichen Fragen, ein verzeihliches Irren die Ursache. Vielfach werden die Mängel der Darstellung durch den idealistischen Geist, der sie beherrscht und gestaltet, aufgewogen.

Ganz anders zeigt sich uns Herr Dahn. Sein „Gesammtinteresse der ganzen Kultur aller Staatsgenossen“ verhindert ihn nicht, den Klassenstaat mit seiner ungleichen Kultur, mit der Herrschaft der Besitzenden anzuerkennen. „Der Staat hat ein Interesse daran“, schreibt er kühn, „— ein wirthschaftliches, politisches, sittliches, — dass Vermögensmassen in bestimmten Familien und dadurch diese Familien in Flor und Bestand erhalten werden.“ Das habe schon die königlich westgothische Finanzpolitik erkannt, die englische Freiheit (das heisst Selbstverwaltung) ruhe auf der grossen Zahl reicher und wohlhabender Familien der Gentry. Der niedere deutsche Adel hätte durch seine Verarmung den Staat geschädigt, und die zahlreichen Banquerotte in Folge der Law'schen Banken in Frankreich, die in Deutschland u. s. w. hätten nicht nur die betroffenen Häuser, sondern auch den Nationalwohlstand verletzt. Dieser Unsinn charakterisirt den Staat des Herrn Dahn. Es bleibt eine leere Phrase, wenn er hinzufügt: „Es ist durchaus nicht gleichgültig, in welchen Händen das Vermögen liegt, und häufige Verschwendung schädigt das ganze Volk.“ So vermeide man doch die Verschwendung, indem man die Anhäufung grosser Vermögen in den Händen Einzelner unmöglich macht. Dagegen tadelt Herr Dahn mit Recht, dass Herr v. Jhering die Grenzen der staatlichen Wirksamkeit zu eng gezogen. Er weist darauf hin, dass der Staat ein mächtiges Interesse daran besässe, verschiedene Zweige des gesellschaftlichen Lebens seiner speziellen Aufsicht zu unterstellen. Er tadelt dies aber nicht zu dem Zwecke, um nun im „Gesammtinteresse der ganzen Kultur aller Staatsgenossen“ die Staatsintervention zu fordern. Nein, das ginge über den Horizont seines Polizeistaates. Da hat er rasch eine nette Phrase bei der Hand: Der Staat unterlässt es im Interesse der individuellen Freiheit, oder „weil er erkennt, dass hier ein für ihn unantastbares Gebiet individueller Selbstbestimmung vorliegt u. s. w.“ Bei der Dienstbarmachung des Eigenthums für die Gesammtheit ruft Herr Dahn vor dem Sozialismus erschreckend aus: „Es ist besser, dass die Mehrzahl im Staate dürftig, als dass die Gesammtheit geknechtet, besser, dass Alle ungleich glücklich, als dass Alle gleich elend sind.“ Wie schön sich das anhört: „ungleiche Glückseligkeit!“

Die Pflege des „Wohlstandes der Gesellschaft“ sieht Herr Dahn in eine staatliche Zwangsarbeitsanstalt ausmünden und die Tyrannei entstehen. „Besser Rückfall in die Vorkultur, ja besser Untergang der Menschheit, als jenes scheussliche Ideal der „Gesellschaft“ und ihres „Wohlstandes“. Herr Dahn, der immer aus der Vernunft argumentirt, vergisst, dass dieselbe nichts Absolutes ist, und dass, was seinem bürgerlich-individualistischen Hirn als durchaus vernünftig, d. h. nothwendig erscheint, einmal nicht nur als überflüssig, sondern sogar als schädlich, dagegen das, was er „scheusslich“ nennt, allgemein als nothwendig, d. h. vernünftig angesehen werden könnte.

Herr Dahn konstatirt triumphirend, dass der heutige Staat alle zentralistischen Bestrebungen aufgegeben habe. Ueber Nacht hat Bismarck aber die neue Wirthschaftspolitik eröffnet, die durchaus zentralistischer Tendenz ist. Wir glauben, Herr Dahn möchte heute viel darum geben, wenn er die fatale Zentralisation weniger bekämpft hätte. Wir beklagen sein Missgeschick, hoffen aber, dass er die Brücke zu Bismarck leicht finden wird.

Der beschränkte Raum verwehrte es uns, Herrn Dahn kritischer zu behandeln. Der Vergleich, auf den wir beschränkt waren, ist nicht zu seinen Gunsten ausgefallen. Herr Dahn vertritt den veralteten Standpunkt des Polizeistaats, und mit einem solchen konnte er unmöglich einen Jhering aus dem Felde schlagen. Seine Kritik wird häufig zur Nörgelei, sein Kampf zum Windmühlenkampf. Herr v. Jhering kann nur bei der Unvollkommenheit seiner wirthschaftlichen Ausführungen gefasst werden, und hier wäre die Kritik, wie wir gesehen, im Grossen und Ganzen doch nur mehr ergänzend als widerlegend.

Wir halten die Dahn'sche Rezension, soweit sie nicht rein philosophische Momente in dem Jhering'schen Buche behandelt, im Allgemeinen für verfehlt.

C. L.

Dr. Moritz Meyer. Die neuere Nationalökonomie, in ihren Hauptrichtungen auf historischer Grundlage und kritisch dargestellt. Berlin, Stuhr, 1880.

Die neuesten Entwickelungen auf dem Gebiete der theoretischen Nationalökonomie übersichtlich darzustellen und hiermit eine fühlbare Lücke in der neueren Geschichte der Wissenschaft auszufüllen, ist des Autors ausgesprochene Absicht. Die von einander stark abweichenden Hauptrichtungen der Nationalökonomie, der extreme Sozialismus und die historisch-realistische Schule der Gegenwart werden von ihm als Resultat des Kampfes gegen den extremen Individualismus der Epigonen Smiths dargestellt, sowie als Resultat des Versuchs, der zur Versöhnung der Gegensätze angebahnt ist. Die beiden ersten Abschnitte des Buches sind der Freihandelsschule und dem Sozialismus gewidmet, der dritte Theil gilt List's Schülern und den Kathedersozialisten.

Wir wollen uns hier nur mit dem Mittelstück, mit der historisch-kritischen Darstellung des Sozialismus befassen und bemerken vorweg, dass unserm Gefühl nach der Autor keine Lücke in der volkswirthschaftlichen Literatur ausgefüllt hat. Auf weitbedruckten ganzen 60 Oktavseiten wird das Thema abgehandelt, in flüchtiger Schreibart über alles Wesentliche hinweggegangen, und die bezügliche Literatur entweder geflissentlich oder invita Minerva vielfach ignorirt. In der hergebrachten Weise erörtert der Verfasser das sozialistische System, trägt die bekannten Einwendungen gegen das eherne Lohngesetz, die Marx'sche Werththeorie und den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit vor und hält sich nicht erst bei denjenigen Argumenten auf, mit welchen man sich sozialistischerseits gegen diese Einwendungen vertheidigt hat. Sodann tritt er auf den Boden des „sozialistischen Zukunftsstaats", wir wollen ihm dahin folgen.

Schon am Eingange werden wir mit einem Prinzipaleinwande über den Haufen gerannt. Wenn die sozialistische Voraussetzung erfüllt ist, wenn das Privateigenthum an Produktionsmitteln abgeschafft und nur an Genuss-

mitteln konservirt ist, „was soll — so frägt Dr. Meyer — geschehen, wenn ein Arbeiter seine Genussmittel gespart hat, dieselben wieder gegen Geld austauscht und so auf diese Weise wieder Kapital erwirbt?“ Zum Tauschen gehören bekanntlich zwei Personen, wer sollte wohl der zweite sein, der mit dem sparsamen Arbeiter Genussmittel tauscht? Doch sehen wir von der weiteren Ausführung dieses Gedankens ab, geben wir zu, dass im Sozialistenstaat der Sparsame viel „Geld“ sammeln könnte? Wie in aller Welt könnte er aber „Kapital“ erwerben? Kapital ist doch bekanntlich „Arbeitsinstrument“ im ökonomischen Sinne, also Produktionsmittel. An Produktionsmitteln aber ist ja das Privateigenthum abgeschafft, folglich kann man in Zukunft nur solche Reichthümer erwerben, die Genussmittel sind, die man selbst geniessen oder dem Genuss Anderer überlassen kann, nicht aber „Kapital“, und wenn man noch so sparsam ist. Der Staat der Zukunft hat durchaus nicht nöthig, wie Dr. Meyer prophezeit, immer wieder auf's Neue die Kapitalisten zu expropriiren oder den individuellen Bedarf zu beaufsichtigen und zu beschränken. Er wird keines Menschen „Selbstbestimmung“ antasten, sondern Jedem freistellen, das Erworbene zu sparen oder zu geniessen, ganz nach Belieben. Nicht glücklicher ist des Autors Argumentation gegen die Erspriesslichkeit der Expropriation der Grundeigenthümer. Er giebt den Sozialisten zu, dass das private Grundeigenthum keine logische, sondern nur eine historische Kategorie sei, überall jünger als das bewegliche Eigenthum und geschichtlich nachweisbar erst aus dem Gesammteigenthum nach und nach erwachsen. Aus diesem Umstande aber schliesst er, die ganze historische Entwicklung zeige, dass das Sondereigenthum an Grund und Boden eine nothwendige Forderung jeder höheren Kultur sei; es käme sonach nur noch darauf an, das Sondereigenthum weiter zu entwickeln. Dieser ganz beweislos gebliebenen Anschauung stellen wir die Meinung gegenüber, dass die „höhere Kultur“ der Gegenwart durchaus noch nicht die absolut „höchste“, die denkbar höchste aller künftigen Zeiten zu sein braucht. Die historische Entwicklung besteht nicht immer darin, neue Formen zu finden, sie bewegt sich oft genug im Zirkel, indem sie zu der geläuterten Urform, zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehrt. Gewiss war der Boden früher Kollektiveigenthum, und gewiss hat die Bodenbewirthschaftung unter dem Besitzverhältniss der Neuzeit Fortschritte gemacht. Hieraus ergiebt sich aber noch nicht, dass die ursprüngliche Verfassung positiv die schlechtere war; man darf eben nicht vergessen, mit wie unzulänglichen technischen Hilfsmitteln in der Urzeit der Boden bearbeitet wurde, und ferner, dass es oligarchische Staaten waren, in denen ehedem das Kollektiveigenthum bestand.

Wie kann man aus den Zeiten der Sklaverei und Leibeigenschaft Schlüsse auf eine zukünftige Epoche ziehen, in welcher die Kollektiveigenthümer thatsächlich selbst ihren Boden bearbeiten?

Besondere Schwierigkeiten bereitet Herrn Dr. Meyer die Frage, wie der Sozialistenstaat den Arbeitsertrag jedes Arbeiters ermitteln und entsprechend bezahlen soll? Wenn diese Frage für den Sozialismus schwierig ist, ist sie es nicht auch heute schon für den kapitalistischen Staat? Und dennoch werden heut bestimmte Lohnsätze durch die allgemeine Wirthschaftsentwicklung festgestellt. Die theoretische Schwierigkeit wird ohne

Debatte durch die Empirie beseitigt. Wir glauben, dass die Arbeitsentschädigung auch für alle Zukunft nach den durch eine tausendjährige Erfahrung gewonnenen Ansichten über den Werth der Arbeit mit Leichtigkeit regulirt werden kann. Aus demselben Grunde theilen wir auch die Bedenken nicht, welche mit Bezug auf die Produktion der Güter im Sozialistenstaat erhoben werden. „Die Produktion der Güter, — so wird uns vorgehalten — geschieht im heutigen Wirthschaftssystem auf Grund der freien Berufswahl der Einzelnen, nach Mass und Mittel der individuellen Kräfte. Jede Ueberfüllung eines Produktionszweiges rächt sich durch Herabsinken des Lohnes und Gewinnes oder durch wirthschaftlichen Ruin. Es sind das die wohlthätigen (??) Folgen des Konkurrenzkampfes, die aber im Sozialistenstaat vollständig fortfallen und es somit ganz unmöglich machen, dass die Freiheit der Berufswahl aufrecht erhalten werden kann." Es wird hieraus gefolgert, dass der Staat künftig den allgemeinen Bedarf genau feststellen, hiernach jedem seine Arbeit zuweisen und seine Konsumtion bestimmt begrenzen müsste. — Dies klingt sehr vernünftig und ist doch höchst thöricht. Es ist unwahr, dass der wirthschaftliche Ruin von heut aus allzu starker Produktion resultirt. Wir kennen Hunderttausende, die die angeblich „zu viel" erzeugten Esswaaren, Kleidungsmittel und sonstigen Güter mit grossem Vergnügen aus wahrem Bedarf konsumiren würden, wenn es ihnen gestattet wäre. Es wird niemals überproduzirt, der Ruin entsteht stets aus der Minderkonsumtion, aus der unzulänglichen Entlöhnung und der hierdurch bewirkten mangelhaften Kauffähigkeit der Arbeiter. Ohne diese banale Wahrheit des Näheren breitzutreten, fügen wir hinzu, dass die Menschen, so lange sie verschiedene Neigungen haben werden, sich den verschiedenartigsten Berufszweigen zuwenden werden. Weil auch im Sozialistenstaat, der für die Mitglieder jeder Branche ein auskömmliches Leben garantirt, der Geschmack der Menschen verschieden sein wird, deswegen wird auch in ihm die Produktion mannigfaltig, die produzirte Gütermenge vielgestaltig und vor allem absatzfähig sein, weil jeder Produktionssteigerung eine stets wachsende Konsumtionskraft und -lust folgen wird.

Der Verfasser verkennt vollkommen die eigentlichen Elemente der wirthschaftlichen Bewegung, er konstruirt sich in der Theorie Schwierigkeiten, deren Lösung zu allen Zeiten und bei allen Völkern in der Praxis längst erfolgt ist. Kein Wunder, dass ihm auch die Frage der „Gütervertheilung im Sozialistenstaate" höchst bedenklich erscheint und seiner Ansicht nach die Gefahr der Entstehung neuer Privatkapitalien hervorruft, wofern nicht der „reinste Kommunismus", der starre Zwang überall durchgeführt wird. Nach dem, was wir bereits gesagt haben, brauchen wir uns hierbei nicht aufzuhalten. Auch die Bemerkungen, welche Herr Dr. Meyer der politischen Organisation des Zukunftsstaates widmet, fordern uns zu keiner Entgegnung heraus. Wir deuteten aber an, dass der Autor mit der sozialistischen Literatur nur sehr wenig vertraut ist. Hieraus erklärt sich zum grossen Theil die Grundlosigkeit seiner kritischen Darstellung. Wer die Sozialisten überwinden will, muss sie zuvor gelesen haben. Diess zur Beherzigung für Freund und Feind. Wer Ohren hat zu hören, der höre! Und wer eine Nase hat, der stecke sie in's Buch!

Das ist freilich in dem vom Autor vielgepriesenen neuen Deutschen Reich schwer genug.

M. Sch.

Giuda Iscariota. I Lupanari di Mantova. Studio sociale con coda di Caino. Seconda Edizione, 1880.

Der junge italienische Publizist, der sich hinter dem Pseudonym Judas Ischarioth verbirgt, gehört der italienischen veristischen Schule an, der gegenüber sogar die in Frankreich unter dem Namen „Naturalisten" wirkende Schule bisweilen zurückhaltend erscheint.

Paolo Valera, dies der wirkliche Name unseres Autor's, dem sein Milano sconosciuta, das einen grossen buchhändlerischen Erfolg hatte und schliesslich verboten wurde, bereits einen bekannten Namen verschafft hat, unterscheidet sich aber noch von den italienischen Veristen durch seine pronónzirt sozialistischen Bestrebungen. Das letztgenannte Buch zieht, wie wir bei anderer Gelegenheit bemerkten, die untersten Schichten der Mailändischen Gesellschaft an das Tageslicht. Der Verfasser malt nicht, er schildert mit photographischer Treue. Er schenkt dem Leser kein Detail, nimmt keine Rücksicht auf prüde Seelen. Im Gegentheil wendet er sich von Zeit zu Zeit lebhaft gegen sie und ruft ihnen zu: „Ihr seid empört, dass ich Euch derartige Dinge erzähle, und Ihr wollt eine Gesellschaft aufrecht erhalten, die sie erzeugt, wie der Schmutz das Ungeziefer hervorruft? Wenn Euer Abscheu vor dem Laster nicht eitel Heuchelei ist, so tretet der Fahne der sozialen Revolution bei, und helft uns, eine Gesellschaft zu stürzen, welcher derartige Ungerechtigkeiten, derartige Leiden und derartige Scheusslichkeiten als Grundlage dienen."

Wem aber das „unbekannte Mailand" als eine Skandalschrift erscheinen sollte, der wird in den „Freudenhäusern Mantua's" noch eine Verschlimmerung sehen.

Obwohl auch uns einige Details, bei welchen der Autor zu lange verweilt, widerstreben, theilen wir doch die Entrüstung jener schamhaften Gemüther nicht im Geringsten. Ja, es ist sogar gut, dass derartige Scheusslichkeiten publizirt werden, dass die „erhaltenden" Parteien kennen lernen, was sie erhalten wollen, und dass die Sozialisten und die Proletarier einen Einblick in das Elend und die Schande derer erhalten, die auf den untersten Stufen der sozialen Leiter hausen, die der Verfasser mit Recht den fünften Stand nennt, und die der vierte Stand bei seinem Befreiungswerk nicht vergessen darf.

Diejenigen, welche in diesem Buche nur einige gewagte Schilderungen suchen, aber keine tiefe Entrüstung gegen eine Gesellschaft, welche solche Schmach und solchen Jammer duldet, empfinden sollten, müssten durch und durch korrumpirt sein, und mit Recht darf der Verfasser diejenigen als Tartüffes bezeichnen, welche nur gegen den Verbreiter solcher Scheusslichkeiten Entrüstung empfinden.

Paolo Valera ist ein Streiter. Einen Fluch gegen die Gesellschaft, welche ihn empört, auf den Lippen, stürzt er sich in das Gefecht, und sein Motto sind die stolzen Worte Dantons: Ich sah meinem Verbrechen in's Antlitz und beging es. Er beschränkt sich übrigens nicht, die namenlose Noth und Schande zu kennzeichnen, er vergisst nie den revolutionären Sozialisten und unterbricht sich oft, um einen Schrei der Wuth gegen eine soziale Ordnung auszustossen, die sich nur um den Preis solcher Leiden und solcher Gräuel erhalten kann. Darum darf und muss Paolo Valera auch zu den sozialistischen Schriftstellern gerechnet werden, und darum können auch wir seine Bücher empfehlen.

B. Malon.

C. de Paepe. De l'excès de Travail et de l'insuffisance d'alimentation dans la classe ouvrière. Bruxelles, 1880.

Diese kleine Brochüre verfolgt nicht den Zweck, uns mit einer neuen Wahrheit bekannt zu machen, denn das Ergebniss, zu dem der Verfasser gelangt: der Arbeiter arbeitet zu lange und erhält zu geringen Lohn, ist eine seit Langem feststehende Thatsache. Millionen von Arbeitern sprechen diesen Satz täglich aus, aber in dem Munde Vieler dürfte er nichts sein als ein unverstandenes Schlagwort, und gar Mancher käme in Verlegenheit, sollte er seinen Ausspruch begründen. Die Momente, welche ihn motiviren, sind theils ökonomischer, theils physiologischer Natur: gerade die letzteren sind die am wenigsten bekannten. Es war daher durchaus nicht überflüssig, dass de Paepe eine Brochüre verfasste, welche alle Vorzüge in sich vereinigt, die einer zur Belehrung des Volkes bestimmten Schrift innewohnen sollen. Sie ist kurz, leicht fasslich, sehr populär geschrieben, ohne etwas zu bringen, dem nicht auch der rigoroseste Fachgelehrte zustimmen müsste. Man darf daher wohl behaupten, dass sie ihrem Zweck vollkommen gerecht werden wird, dem arbeitenden Volke darzuthun, dass die meisten seiner Krankheiten einestheils von einem Uebermaass von Arbeit, anderntheils vom Mangel an Lebensmitteln, wozu auch frische Luft gerechnet werden muss, herrühren.

K. K.

Ed. Reich. Der Staat der Zukunft. Leipzig, 1879.

Wenn ein verbissener Sozialistentödter eine recht derbe Parodie auf den Sozialismus schreiben wollte, so müsste sie ungefähr so aussehen, wie der „Staat der Zukunft" des Herrn Reich. Wenn der wissenschaftliche Sozialismus wirklich irgend welche Aehnlichkeit mit diesem sozialistischen Zerrbilde hätte, dann stände es schlimm um ihn. Zum Glück ist dies nicht der Fall. Herr Reich ist noch nicht einmal so weit, als der Sozialismus vor dreihundert Jahren war, denn des Thomas Morus Utopia ist lange

nicht so utopisch, als dieser neueste Zukunftsstaat. Dass seitdem der Sozialismus gewaltige Fortschritte gemacht hat, dass er sich zu einer Wissenschaft gestaltet hat, die den klügsten Leuten harte Nüsse zu knacken giebt, genirt Herrn R. gar nicht, er scheut sich nicht, über die modernen Sozialisten zu schimpfen, ohne sie zu kennen, und die soziale Frage lösen zu wollen, ohne alle Berücksichtigung fremder Meinungen. Wunderdoktoren, welche die Menschen gesund zu machen versprechen, ohne irgend eine Kenntniss des menschlichen Körpers zu besitzen, werden von Herrn R. sicher als Schwindler gebrandmarkt werden, er selbst aber rühmt seine Unwissenheit in Beziehung auf den sozialen Körper in der Vorrede zu seinem Rezepte, das die Gesellschaft kuriren soll.

Dieses wunderbar wirkende Rezept lautet einfach: Ersetzung des heute herrschenden Prinzipes des „Tantum Quantum“ durch die Sympathie. Die Sympathie heilt alle Wunden, welche das Tantum Quantum geschlagen hat. Im Reiche der Sympathie arbeitet Jeder, wann er will, was er will, wie viel er will, und hat doch stets genug. „Es ist ganz einerlei, wie viel der Einzelne in das Magazin liefert: er arbeitet nach bestem Wissen und Gewissen und nach seinen Kräften und bekommt ganz einfach seinen Bedarf.“ (p. 29.) Diese Lösung der sozialen Frage erscheint Herrn R. so „ganz einfach“, dass er es nicht der Mühe werth hielt, auch nur ein Wort weiter darüber zu verlieren.

Ebenso einfach erscheint ihm die Frage der besten Regierungsform des Zukunftsstaates. Die erforderlichen Beamten dürften „weit besser aus Freiwilligen inneren Berufes, welche die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und sittlichen Eigenschaften haben, denn aus Wahl oder bürokratischer Bestellung sich rekrutiren“ (p. 46). Diese Sympathie ist wirklich ein wundervolles Zaubermittel, sie bewirkt nicht blos, dass bei der denkbar grössten Anarchie in der Produktionsweise doch stets alles Erforderliche in genügender Menge vorhanden ist, sie bewirkt auch, dass die Beamten stets ohne Wahl und Bestellung auf den richtigen Posten sich selbst setzen und stets das richtige Mass einhalten: nie zu viel und nie zu wenig.

Fragen wir nun neugierig, in welcher Apotheke dieser Wundertrank gebraut werde, dann erhalten wir zur Antwort: in einer „gesunden, wohl organisirten Kirche“ (p. 3), „die mit Erfüllung dieser Aufgabe die Grundsäulen der neuen, der wahrhaft gesitteten Gemeinschaft herstellt und dem Staatsprinzip der Sympathie Dauer sichert für Zeit und Ewigkeit“ (p. 33).

Welch' wunderbare Kirche! Her mit der neuen Religion, dass wir sie predigen können, sie wird die Menschheit erlösen.

Schade! Hier lässt uns Herr R. im Stiche. Was das für eine Religion sein soll, sagt er uns nämlich nicht. Er macht uns den Mund wässern nach seinem Wundertrank, kann uns jedoch die Apotheke nicht näher bezeichnen, aus der wir ihn beziehen können. Die einzigen näheren Kennzeichen der neuen Religion sind erstens die Forderung zweier Dogmen: des Glaubens an einen Gott und an die Unsterblichkeit der Seele (p. 32), und zweitens die der Leitung dieser Kirche durch einen Papst oder, wie Herr R. verschämt sich ausdrückt, einen Patriarchen (p. 34). Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege soll das Tantum Quantum vernichtet werden.

Da unglücklicher — oder vielleicht auch glücklicher Weise — ausser Herrn R. Niemand die Grundzüge der „gesunden wohlorganisirten Kirche" kennt, so dürfte die einzige Möglichkeit der Erlösung der darbenden Menschheit darin bestehen, dass man Herrn R. zum Papste der neuen Religion ernennt.

K. K.

W. Hieronymi. Utopia, der „Zukunftsstaat" und die „Neue Gesellschaft" oder das gelobte Land der Kommunisten. Ein heiter-ernstes Zeitbild. Mainz, 1879.

Herr Hieronymi findet „die Erscheinung in der Geschichte unerhört, dass eine Partei so schnell entstehen und sich so riesig ausbreiten konnte, wie die Sozialdemokratie, und dass eine solche Partei dann gleich nach dem ersten legislativen Schlage gegen sie so von der Oberfläche der Zeitverhältnisse verschwinden konnte." Allein er fürchtet, „man würde dennoch zu weit gehen, wenn man behaupten wollte, die ganze sozialdemokratische Frage sei nun aus der Welt geschafft." Hierzu fehlt noch Eines, man müsse „vor Allem auch auf dem Gedankengebiet Klarheit schaffen." Dieses Geschäft will er in seinem, wie er richtig bemerkt, „heiter-ernsten Zeitbild" besorgen. Zunächst müssen wir in der sozialdemokratischen Geschichte gebührend unterwiesen werden. „Lassalle, der gepriesene Urheber und Prophet dieser Partei, war noch nicht eigentlicher Kommunist, er war Sozialist, dagegen steuerte Marx in London gleich anfangs dem Kommunismus zu. Beide Parteihäupter konnten sich nicht leiden; ihr Gegensatz zeigte sich in dem lange dauernden Kampfe der innern Fraktionen der sozialdemokratischen Partei gegeneinander. Erst nach dem Tode Lassalle's und dem Rücktritte seines Nachfolgers v. Schweitzer war eine Versöhnung beider Richtungen möglich und vollzog sich 1874." Nachdem wir solchergestalt etwas Neues erfahren, nämlich dass sich beide Richtungen befehdeten, bevor sie noch existirten, wird uns gesagt, der Marx'sche internationale Kommunismus habe das Feld behauptet. Gegen diesen Kommunismus erhebt Herr Hieronymi einige Einwendungen, die er vermuthlich — und hierdurch unterscheidet er sich in merkwürdig auffallender Weise von der gesammten übrigen Menschheit — für nagelneu hält. Dann wird er wieder historisch; nachdem er uns soeben versichert hat, die Einigkeit in der Sozialdemokratie sei erfolgt, und die kommunistische Theorie des Marx sei die herrschende geworden, weiss er zu berichten: „Die Marx'schen internationalen Kommunisten wollen, dass der Staat alle Lebensgüter besitzen und den Konsumenten verabreichen soll; dagegen erheben „die anderen" den Einwand: dann würde ja dieser Staat allmächtig sein; darum verlangen sie, dass nicht der Staat, sondern die einzelne Gemeinde, die Kommune, Besitzerin sein soll."

Schliesslich findet Hieronymi, dass der Idealstaat der heutigen Kommunisten gar nicht werth sei, von ihm in einem heiter-ernsten Zeitbild verarbeitet zu werden, weil man ihn über dessen Interna „völlig im Dunkeln"

gelassen habe. Zum Glück fand er in der unterdrückten „Zukunft", „einem Monatsblatte, welches zum Theil von wirklich vielwissenden und federgewandten Leuten geschrieben wird", ein Essay über die Lehren des alten französischen Kommunisten Morelly und versucht daher, 24 Seiten hindurch Witze über Morelly zu reissen. Dann noch eine Nachschrift für die verirrten Arbeiter, und die Klarheit auf dem Gedankengebiete ist geschafft.

M. Sch.

L. Maria. Socialiste et paysan. 1. Coup d'œil général; 2. du but, des moyens et de leur légitimité; 3. Organisation révolutionnaire des groupes corporatives. Paris, 1879.

Diese drei Broschüren verfolgen den löblichen Zweck, den Bauern den Sozialismus mundgerecht zu machen. Leicht fasslich und fliessend geschrieben, dürfte die Eindringlichkeit und Wärme ihrer Argumentationen auf ein gewisses Publikum nicht ohne Wirkung bleiben, und es dürfte derselben wenig Eintrag thun, dass der Verfasser in dem Bestreben, populär zu sein, manchmal etwas gar zu weitschweifig wird, und dass er den Gegner des Sozialismus doch etwas gar zu dumm sprechen lässt. Die Broschüren haben nur einen grossen Fehler: den Titel. Diesem entsprechen sie ganz und gar nicht. Die bäuerlichen Verhältnisse werden nur flüchtig behandelt, indess das Verhältniss zwischen Kapital und Arbeit breit ausgesponnen wird. In der dritten und besonders in der zweiten Broschüre — dieselben sind in der Form von Unterredungen abgefasst — ist der Bauer gar stiefmütterlich bedacht. Während Arbeiter und Bourgeois das grosse Wort führen, ist es ihm kaum vergönnt, hie und da ein schüchternes Zeichen der Zustimmung zu äussern.

Und dann! Welch' ein Bauer ist dieser Vater Guillaume!

Herrn Maria dürfte derselbe eher in einem George Sand'schen Romane als in einem Dorfe begegnet sein. Dieser seltene Mann kommt zur Einsicht, dass er seinen Taglöhnern eigentlich doch einen miserablen Lohn zahle; er denkt so freigeistig, dass er sich über die Weiber moquirt, weil sie in die Kirche gehen; er ist so ein Enthusiast, dass er nur sozialistische Arbeiter beschäftigen will, weil ihre Sache die gerechte sei, und dass ihm der Vorschlag ganz plausibel erscheint, er möge seiner Zeit sein Gut der Gemeinschaft übergeben, da er doch wenig oder nichts dabei verliere, die Menschheit aber gewinne.

Dass dieser für Gerechtigkeit, Fortschritt und Humanität schwärmende Bauer sich durch die Argumentationen Gérards — so heisst der Sozialist in den Broschüren — überzeugen lässt, ist kein Wunder, aber ich fürchte, mit den Bauern von Fleisch und Bein wird es nicht so schnell gehen. Immerhin ist der Versuch des Herrn Maria ein anerkennenswerther, und es ist nur zu wünschen, dass er nicht vereinzelt bleiben möge. Mache man sich nur einmal ernstlich an die Agitation unter den Bauern: wenn man sich durch anfängliche Misserfolge nicht abschrecken lässt, wird man mit der Zeit schon durch die Erfahrung auf die richtige Taktik geleitet werden.

K. K.

Eduard Reich. Die Fortpflanzung und Vermehrung des Menschen, aus dem Gesichtspunkte der Physiologie und Bevölkerungslehre betrachtet. Jena, 1880.

In diesem Werke befasst sich Reich vornehmlich mit den verschiedenen Faktoren, durch welche die menschliche Fruchtbarkeit günstig oder ungünstig beeinflusst wird. Wir erfahren, dass die Fruchtbarkeit des Menschen ungemein empfindlich ist, dass aber eine naturgemässe Lebensweise, kräftige Nahrung und heitere Gemüthsstimmung sowohl auf die Qualität als die Quantität der Nachkommenschaft günstig einwirken. (p. 123.) Wir erfahren ferner, dass mit der Zunahme der Gesittung die Dauer der Fortpflanzungsfähigkeit beim Weib wächst, dass überhaupt „gesunde, wohl erzogene, über die Hilfsmittel der Zivilisation und Hygiene gebietende Menschen, wenn sie Reinheit der Sitten bewahren und Keuschheit der Gedanken als Tugend pflegen, bei weitem länger frisch und zeugungskräftig als andere" bleiben. (p. 176.) Weiteres sagt Reich, dass die zunehmende Ungleichheit des Besitzes die Fruchtbarkeit herabsetzt, weil an Stelle der Heirathen aus Liebe Konvenienzehen treten, „welche die Unmittelbarkeit nehmen und so die Glut der Liebe, die Intensität der Zeugung dämpfen". (p. 207.)

Aus alledem sollte man nun meinen, gehe die Folgerung hervor, dass die Erreichung eines vernünftigen Gesellschaftszustandes die Vermehrung der Menschen ungemein begünstigen und die in Folge dessen drohende Uebervölkerung die ganze Summe gewonnenen Glückes wieder in Frage stellen würde. Von dieser Besorgniss findet sich jedoch in dem Buche Reich's keine Spur. Ihm ist die Furchtbarkeit des Bevölkerungsproblems noch nicht zum Bewusstsein gelangt, das Gesetz der Bevölkerung, welches nicht nur auf das tiefste eingreift in das Leben des Menschen, sondern in das der gesammten organischen Welt, dieses Gesetz wird so leichthin mit einigen Phrasen abgethan, als ob der erbitterte Kampf um's Dasein nichts wäre als ein Hirngespinnst. Mit grösster Seelenruhe erklärt Reich ganz einfach: „Dem naturgemäss lebenden Menschen wird grössere Fruchtbarkeit nicht beschwerlich" (p. 60), ohne nur im geringsten den Versuch zu machen, diesen kühnen Ausspruch zu begründen.

Akzeptabler wäre noch seine Ansicht, dass „die Anzahl der Nachkommen in dem Masse sich verkleinere, in welchem die Nationen dem Höhepunkt ihrer Gesammtentwicklung sich nähern oder auch auf demselben bereits verweilen" (p. 21), oder wie er an anderem Orte sich ausdrückt: „Unterscheiden wir, von Osten nach Westen wandernd, die Europäer in gesittete, gesittetere und gesittetste, so dürften jene beiden Aequivalente (Verdauungskraft und Nervenkraft) bei diesen drei Kategorien in folgenden Proportionen stehen: Leib 10 : 8 Seele, Leib 10 : 10 Seele, Leib 10 : 12 Seele. Und diesen Verhältnissen entspricht ungefähr auch die (quantitative) Fruchtbarkeit."

Diese Ansicht versucht Reich sogar zu beweisen, und zwar gestützt auf die Familienstärke der höheren Aristokratie (!) berechnet aus dem gothaischen Almanach. Die hier gegebenen Zahlen sind erstens zu klein, um ausschlaggebend zu sein, zweitens wird bei der Aristokratie die Nach-

kommenschaft viel mehr durch soziale Gesetze als durch die natürliche Fruchtbarkeit bestimmt, drittens ist die Gesittung der verschiedenen europäischen höheren Aristokratien blutwenig von einander verschieden, und viertens endlich sagen die vorgebrachten Zahlen gar nichts. Wir finden die Zahl der Kinder per Familie berechnet: für Frankreich auf 2.7, Italien 3.0, Deutschland 4.8, England 4.9, Russland 5.1. Rechnen wir Frankreich weg, welches als das Land des Zweikindersystems nicht gut einbezogen werden kann, so kommen wir zu dem Resultat, dass das zivilisirteste Land Italien ist, an Intelligenz nnd Volksbildung Deutschland und England weit voraus.

Wir müssen daher, so erwünscht es wäre, die Reich'sche Theorie annehmen zu können, sie ablehnen, so lange er ihr kein festeres Fundament zu geben vermag. Leider sprechen alle Anzeigen dafür, dass ihm dies nicht gelingen wird. In sozialistischen Kreisen dürfte zwar Reich's Argumentation trotz ihrer Schwäche leicht Anklang finden, weil man das gerne glaubt, was man wünscht, allein damit wäre weder dem Sozialismus noch der Gesellschaft gedient. Im Gegentheil, jener wird erst dann auf festen Füssen stehen, wenn er das Gebiet der Bevölkerungsfrage an der Hand der Thatsachen untersucht und sich nicht mehr durch sentimentale Schlagworte blenden lässt.

So wenig, als auf dem Gebiete der Populationistik, konnte uns Reich's Werk auf anderen Gebieten befriedigen. Reich vergisst, dass wir in einem skeptischen Zeitalter leben: dass uns nicht so sehr originelle, als gut begründete Ideen noth thun. Dieser Forderung hat er fast nirgends Rechnung getragen und ist in seinen vorschnellen Entscheidungen das gerade Gegentheil des vorsichtigen, abwägenden Darwin. Darwin sagt: sieh' her und prüfe, Reich sagt: sieh' her und glaube. So z. B. erklärt er mit der grössten Seelenruhe am Anfange des Abschnittes über die Fortpflanzung: „Es giebt eine Urzeugung;“ weiter nichts. Auch ich bin der Ansicht, dass es eine solche giebt. Aber eine so viel bestrittene Hypothese als unumstössliche Thatsache hinzustellen, über die man kein Wort weiter verliert, das ist denn doch etwas voreilig.

Mit gleicher Bestimmtheit, als ob es in einem Katechismus stünde, wird es ausgesprochen: „Ausser der sichtbaren Welt giebt es noch eine unsichtbare, der sinnlichen Wahrnehmung nicht zugängliche. Die eine Welt bedingt die andere, die eine ist nur die nothwendige Fortsetzung und Ergänzung der anderen; beide unterliegen bis in das Minutiöseste der grossen himmlischen Mechanik. Lassen wir aber die für unsere Sinne nicht wahrnehmbare ausser Acht, so nähern wir uns um keines Haares Breite der Lösung des grossen Räthsels; denn alles Sicht- und Greifbare ist etwas Sekundäres, die materielle Grundlage von Erscheinungen, das Ergebniss von Vorgängen, welche ihren Anlass finden in dem Unsichtbaren, Ungreifbaren.“ (p. 63.) Nach diesen mit beneidenswerther Sicherheit gegebenen Aufschlüssen über eine Welt, von der wir nichts wissen, folgt nun die Erklärung des grossen Räthsels: Alles organische Leben besteht in der Wechselwirkung des aktiven Aethers mit den Formelementen des Organismus. Damit ist alles erklärt, der aktive Aether lässt nichts unerklärt, nichts dunkel, als — sich selbst. Auch hier wie sonst, hält es

Herr Reich nicht für nothwendig, auch nur ein Wort zu verlieren darüber, was denn eigentlich für ein Begriff mit dem Wort „aktiver Aether“ verbunden werden soll. Dieser Seelenstoff ist zwar mit dem Geruchsstoff, in welchem nach Gustav Jäger die Seele stecken soll, nicht identisch, aber jedenfalls sehr verwandt, wie Reich selbst angiebt. Es „finden jederzeit,“ sagt er, „Ausströmungen von Aether aus dem Organismus in Folge des Einwirkens des aktiven Aethers auf die Nervenzentra statt; dieselben werden je nach den Impulsen des aktiven Aethers und je nach dem Zentralorgane, in welchem die Aktion des letzteren augenblicklich am stärksten ist, verschieden sein; sie werden weniger die Sinne berühren, als vielmehr den aktiven Aether in uns unmittelbar beeinflussen. Die beiden Geschlechter saugen einander gegenseitig nicht blos durch die Sinne sich (!) auf, sondern bekommen auch vermittelst der Aetherströmungen unbewusst Kenntniss von der Art ihres Innern.“ (p. 86.)

Bei dem Vorherrschen eines solchen an Spiritismus grenzenden materialistelnden Mysticismus darf man sich nicht wundern, wenn Hand in Hand mit demselben ein grosses Vertrauen auf die Macht der Religion geht, welches so weit sich versteigt, zu behaupten, dass durch Einführung und Pflege der entsprechenden Religion ein Mittel gegeben sei zur Verlängerung der Lebensdauer sowohl der Familien als des Gemeinwesens.“ (p. 6.)

Natürlich sieht er auch in der Religion das Mittel zur Lösung der sozialen Frage. „In solchen Zeitabschnitten (wie der jetzige) pflegt die Religion am schwächsten zu sein und die grösste Hälfte der Gemeinschaft dem Wahne sich hinzugeben, es seien Gesetze im Stande, das grosse soziale Uebel zu heilen; man glaubt, es vermöchten abstrakte Begriffe von Recht den Platz der Aufwallung des Herzens einzunehmen, und es liesse Alles wie in einer Maschine sich anordnen und regeln. Nur die Praxis der Religion der selbstlosen Liebe wird den Hebel abgeben zur Besserung jener Verhältnisse, aus deren Walten der Schiffbruch des Instituts der Ehe folgt und der leibliche und seelische Ruin der Nachkommen.“ (p. 252.) Und an anderer Stelle heisst es gar naiv: „Die ersten und obersten Mittel hierzu sind Abschaffung des Tantum-quantum, Einführung der allgemeinen Barmherzigkeit und Liebenswürdigkeit in Staat, Gesellschaft und Sitte, Aufrichtung einer wahren Religion der selbstlosen Liebe.“ (p. 224.) Wer diese allgemeine Barmherzigkeit und Liebenswürdigkeit „einführen“ soll, wird nicht gesagt, wahrscheinlich werden das dieselben Regenten sein, von denen Reich erwartet, dass sie den Krieg abschaffen und das Elend austilgen werden. (p. 219.)

Diese Naivetät in der Auffassung der sozialen Frage ist nur möglich infolge gänzlicher Unkenntniss der sozialdemokratischen Bestrebungen. Reich hält es denn auch noch für nothwendig, gegen „die volle Nichtigkeit und Kopflosigkeit aller derjenigen sozialistischen Lehren“ zu eifern, „die in Auflösung der Ehe, Gemeinschaft der Frauen und Kinder das höchste Ziel des Wünschenswerthen erkennen.“ (p. 313.)

Trotzdem steht uns Reich näher, als er selbst glaubt, er ist ein Sozialist, wenn auch ein sehr utopistischer, und nur mit Bedauern kann man ein absprechendes Urtheil über ein Werk fällen, welches auf jeder Seite unerschütterliche Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe, sowie ein warmes

Gefühl für die leidende Menschheit verräth; manches Wort findet man da, das einem aus der Seele gesprochen ist, und von denen hier nur folgende Stelle wiedergegeben sei, welche die modernen, besonders deutschen Verhältnisse treffend charakterisirt: „Ist die Staatsverwaltung unablässig bemüht, Geld auszupressen und das Volk als Arbeits- und Erwerbsmaschine zu betrachten, und verabsäumt es die Regierung, die höheren Ziele des Menschenlebens zu erstreben, für das eigentliche Wohl des Volkes zu sorgen, so zu sorgen, dass Keiner verloren geht, — so steigern sich leibliches Elend gleichwie Sittenlosigkeit, und das Institut der Ehe verfällt mehr und mehr. Höchst lächerlich, ja verächtlich, wenn eine Regierung in solchem Falle an die Theologie appellirt, an den Wunderkram des Mittelalters und der wilden Völker, um der Sittenlosigkeit zu steuern und Hochachtung der Ehe zu erzwingen! Was nützt alle Theologie und Mystik, wenn das Volk getreten und gebrandschatzt wird, Religion und Erziehung abwesend sind und der Staat immer und überall mit dem schlechten Beispiel der Gewinn- und Habsucht, der Erbarmungslosigkeit, der Unverschämtheit und Brutalität voranleuchtet. Der grösste Feind des ehelichen Lebens ist Verderbniss der Sitten, und diese vergesellschaftet sich jederzeit mit unnatürlichen Staats- und Regierungsformen, mit Despotie und Tyrannei, mit einem Liberalismus, der nur auf die besitzenden Klassen Bezug hat, während die Besitzlosen das trockene Krümchen Brodes um den Preis ihrer Freiheit, ihres Gewissens, ihrer Gesundheit, ihres Lebensglückes zu erkämpfen genöthigt sind. Ueberall dort, wo der falsche und abscheuliche Liberalismus der Advokaten, Krämer, Fabrikanten und Geldwechsler, der Despotismus höherer Korporale und die Tyrannei übermüthiger und leidenschaftlicher Dummköpfe zu Hause sind, geht es mit dem ehelichen Leben abwärts und die Erziehung verfällt.“ (p. 249.)

— — — — — — — — — — — — — — — —

Ich glaube hiermit die charakteristischen Eigenthümlichkeiten des Reich'schen Buches genügend hervorgehoben zu haben. Ehrlichkeit und guter Wille in Verbindung mit Phantasie und umfassender Belesenheit stehen Reich zu Gebote; aber seine Belesenheit befruchtet blos seine Phantasie, statt sie zu zügeln, und daher finden wir bei ihm so viele voreilige Schlüsse, von denen mancher richtig sein mag, die wenigsten aber genügend fundirt sind. Reich ist mehr ein Dichter als ein Mann der induktiven Wissenschaft, wir vermissen bei ihm die gehörige Dosis von Skeptizismus an den Ergebnissen fremder und eigener Forschung.

K. K.

Bruno Geiser. Unter welchen Bedingungen kann die Sozialdemokratie zum Ziele gelangen? Leipzig, 1880.

Titel und Inhalt müssen in diesem merkwürdigen Büchlein wohl geschieden werden. Der Zweck des Titels ist jedenfalls ein humoristischer, und zwar der, die hungrigen Wölfe des Ausnahmegesetzes wüthend über die Broschüre herfallen zu machen, damit sie beschämt und enttäuscht sich

zurückziehen, sobald sie vom Inhalte Kenntniss genommen. Denn dieser Inhalt ist, obgleich der sozialistische Standpunkt überall gewahrt und betont wird, dennoch nicht im geringsten aufreizend oder staatsgefährlich. Genosse Geiser ging jedenfalls von dem richtigen Gedanken aus, dass das Zitiren und Erklären deutscher Klassiker denn doch nicht gut selbst einem Sozialdemokraten verboten werden könnte. Auch abgesehen davon ist es jedenfalls eine neue und sehr fruchtbare Idee, die sozialpolitischen Anschauungen Lessings, Schillers und Herders darzulegen und zu untersuchen, ob und inwieweit dieselben den sozialdemokratischen Prinzipien entsprechen. Zu bedauern ist bloss, dass der Verfasser sich auf einen so engen Raum beschränkte, der es ihm geradezu unmöglich machte, die Aufgabe, die er sich gestellt, zu bewältigen. Es ist doch ein gewagtes Unternehmen, aus einigen wenigen Stellen die politischen und sozialen Anschauungen eines Denkers deduziren zu wollen, besonders bei dem an Widersprüchen so reichen Schiller. Es ist allerdings nicht zu bezweifeln, dass der bereits durch mehrere literarhistorische Arbeiten bekannte Verfasser sich nicht bloss auf diese Stellen gestützt, sondern die Klassiker in ihrer Totalität erfasst hat, aber das moderne skeptische Geschlecht begnügt sich nun einmal nicht mit den blossen Ergebnissen der Forschungen, es will auch die Motive und den Weg wissen, die zu denselben führten. Diesen Forderungen könnte jedoch nur in einem grösseren Werke Genüge gethan werden. Die vorliegende Brochüre können wir daher bloss als Fingerzeig betrachten, der uns aufmerksam macht darauf, wie lohnend und wichtig es ist, unsere Klassiker einmal auch von der sozialpolitischen, anstatt blos von der ästhetischen und philosophischen Seite zu betrachten. Wir hoffen aber, dass Genosse Geiser sich mit dem Verdienst, uns diesen Fingerzeig gegeben zu haben, nicht begnügt, sondern das zweite hinzufügt, selbst der Erste gewesen zu sein, der demselben Folge leistend eine eingehendere Arbeit auf diesem Gebiete gebracht hat.

K. K.

E. Caron. Le paupérisme, ses causes, moyens de le prévenir, de le soulager ou de le réduire. Paris, E. Plon et Cie. 1879.

Der Verfasser des obigen Buches ist ein Konservativer und sogar ein Klerikaler; man darf daher von ihm keine ernsthaft reformatorischen Ideen beanspruchen. Der Pauperismus ist ihm eine der ewigen Krankheiten des Menschengeschlechtes: man kann ihn zu lindern, nicht aber ihn zu unterdrücken versuchen. Was die Reformatoren anbetrifft, so unterdrücken die Einen den Individualismus, Andere die Familie, Alle aber die Freiheit, weshalb man sie auch Alle fliehen soll. „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort."

In folgender Weise wird der Proletarier gezeichnet: „Bei allen Völkern und zu allen Zeiten finden sich Menschenhaufen, welche Laster, Faulheit und Unfähigkeit hinabstürzen oder zurückhalten in den Niederungen der

Gesellschaft, dies sind die Proletarier. Sie sind demnach weniger eine bürgerliche Klasse, als ein natürlicher Bodensatz, aber stets unruhig. (S. 17.)

Die Darstellung der Arbeiterklasse als ein durch Laster und Faulheit erzeugter Bodensatz, — ist sicherlich neu. Herr Carou hat seine eigene Manier, die Existenz von Klassen zu bestreiten.

Dennoch ist nicht Alles in diesem Buch zu bekämpfen, vielmehr ist es vom historischen Standpunkt aus durchaus nicht ohne Werth. Ueber die antike Sklaverei der römischen Proletarier bietet es z. B. reichliches und interessantes Material. Beim Kapitel über die Entstehung des Christenthums angelangt, legt der Verfasser dieser Religion natürlich einen übergrossen Einfluss bei; das betreffende Kapitel ist bezeichnend „der Heiland" titulirt. Indess hat selbst nach dem Geständniss des Herrn Carou der Heiland nichts geheilt, und das Elend des Mittelalters war nicht minder schrecklich als das der römischen Zeit.

Die seit der Kaiserzeit bis heute erlassenen verschiedenen Gesetze über die Bettelei, die Findelkinder und das Landstreicherthum sind mit Gründlichkeit dargestellt und durch interessante Daten illustrirt. Zu den Hilfsmitteln übergehend, giebt uns der Verfasser eine Lobpreisung des Kapitals, breitet sich über die Formen des Steuerwesens aus, stellt Untersuchungen über den Preis der Arbeit und der Lebensmittel an, vernichtet im Vorbeigehen einige Reformatoren, verherrlicht die Kooperation, das einzige für ihn annehmbare Mittel, und schliesst mit diesen Worten: „In früheren Zeiten konnten die Unglücklichen bald die Gesetze, bald die Einrichtungen und das Verhalten der Regierungen wegen ihres Elends anklagen. Nicht einer dieser Vorwürfe kann der heutigen Gesellschaft billigerweise gemacht werden. Vielmehr streben alle Kräfte darnach, das Schicksal der arbeitenden Klassen besser zu gestalten — aber durch gerechte und praktische Mittel." (S. 537.)

Mit Optimisten dieses Schlages streitet man nicht. Das Buch des Herrn Carou würde, wenn es dessen noch bedürfte, ein Beweis mehr dafür sein, dass die Proletarier zu ihrer Befreiung aus Unwissenheit und Elend nur auf sich selbst zu rechnen haben.

B. Malon.

Imanuel Stockmeyer. Grundzüge eines christlichen Sozialismus im Gleichniss vom ungerechten Haushalter. (Basel, Detloff, 1879. 11 S.)

Ein in seinem Werthe sehr zweifelhaftes Gleichniss aus dem Evangelium Lucas dient dem Herrn Stockmeyer als Basis des christlichen Sozialismus, das Gleichniss vom ungerechten Haushalter. „Es war ein reicher Mann," so erzählt der Verfasser nach der Bibel, „der hatte einen Haushalter. Dieser wird bei seinem Herrn verklagt, dass er ihm seine Güter verschleudere. Der Herr glaubt den Beschuldigungen, will aber doch dem

Verwalter Gelegenheit zur Rechtfertigung geben. Wenn dies wahr ist, wie ich allerdings befürchten muss, sagt er ihm, so kannst Du nicht länger Verwalter bleiben; darum lege Rechenschaft ab, da wird es sich ausweisen. Der Haushalter machte hierzu keine ernstliche Anstalten; er weiss wohl, dass durch seine Schuld Alles in Unordnung gerathen ist. Er fragt sich nur: was kann ich anfangen, um mich vor Mangel zu schützen? Mit schwerer Feldarbeit mein Brod verdienen, das kann ich nicht, dazu fehlt mir, dem dessen ganz Ungewohnten, die Kraft; als Bettler zu leben, schäme ich mich. Da kommt ihm ein glücklicher Gedanke. Es zeigt sich, dass sein Herr eine Unklugheit begangen hat. Anstatt nach der Ankündigung an den Verwalter: „Du kannst nicht länger Haushalter sein," sofort alle Papiere und Dokumente mit Beschlag zu belegen und nur unter seiner Aufsicht benutzen zu lassen, überlässt er ihm das Alles noch zutrauensvoll zum Behuf seiner Rechtfertigung. Der Verwalter benutzt es zu anderem Zweck. „Die Schuldner meines Herren sollen mir aus der Noth helfen; die will ich mir verpflichten, dass sie mich künftig beherbergen und ernähren." Unverzüglich ruft er die Schuldner herbei, die seinem Herrn Bodenprodukte abgekauft, aber noch nicht bezahlt, sondern nur Schuldverschreibungen ausgestellt haben. Er lässt sie den richtigen Schuldbetrag bekennen. „Den Werth von 100 Bath Oel bin ich schuldig," sagt der Erste. Nimm Deine Verschreibung, antwortet der Verwalter, und schreibe schnell statt dessen 50! Der zweite schuldet den Werth von 100 Kor Weizen. Das ist eine ungleich bedeutendere Quantität; davon kann der Verwalter nicht die Hälfte ablassen; er erlässt dem Werthe nach wohl ebensoviel, wenn er ein Fünftel erlässt; schreibe 80, sagte er dem Zweiten. Gewiss sind das nicht die einzigen Schuldner gewesen; es mag noch eine ganze Reihe von Schuldnern nachgefolgt sein. Der Plan des Haushalters lässt es erwarten. Die Erzählung indessen bricht hier ab, dem Zweck des Gleichnisses zueilend. Nur der Ausspruch des Besitzers wird noch erzählt: der Herr lobte den ungerechten Haushalter, dass er klüglich gehandelt. Der Herr, nicht Christus, wie Einige meinten, sondern der reiche Mann aus dem Gleichniss, lobte an dem ungerechten Haushalter, dass er klug gehandelt habe. Er bemerkt den Betrug, kann aber nichts mehr daran ändern. Das Einzige, was er gegen die Schuldner in Händen hat, sind deren Verschreibungen, und diese lauten nicht mehr auf 100, sondern nur noch auf 50 und 80. Sein Lob nun ist kein Ausdruck der Zufriedenheit, sondern es ist sehr eingeschränkter Art; er mag etwa geäussert haben: „treulos hat der Mensch an mir gehandelt bis zuletzt, aber das muss man ihm lassen: gescheidt hat er's angefangen, er hat diejenigen Stunden, da er noch Gewalt über mein Vermögen hatte, klug zu benutzen gewusst." Soweit hat Alles keine Schwierigkeit. Aber von nun an lässt der Heiland nicht mehr die Personen des Gleichnisses reden, sondern er redet in seinem eigenen Namen und bestätigt das Lob über den Verwalter: sein Herr musste seine Klugheit loben; das liegt ganz im Laufe der Dinge; denn wirklich sind die Kinder dieser Welt gegen ihr Geschlecht, wenn sie miteinander zu thun haben, im gegenseitigen Handel und Wandel klüger als die Kinder des Lichts. Klugheit kann man von ihnen lernen. „Auch ich sage euch: lernt sie vom ungerechten Verwalter u. s. w." Reihen wir

hieran den 9. Vers des Gleichnisses: „Auch ich sage euch, macht euch Freunde mittelst des ungerechten Mammons, auf dass, wenn er nun aufhört, sie euch aufnehmen in die ewigen Hütten". —

Es handelt sich bei diesem Gleichnisse wohl lediglich darum, die Reichen den Lehren des Christenthums zugänglicher zu machen. Es wird ihnen, der jüdischen Auffassung vom göttlichen Ursprunge des Eigenthums entsprechend, gesagt: Ihr habt das Euch anvertraute Gut bisher schlecht verwaltet und einen unsittlichen, unmoralischen Gebrauch davon gemacht. Dafür verdientet Ihr ewige Strafe. Das Unheil könnt Ihr aber noch vermeiden, wenn Ihr, bevor es zu spät dazu ist, Eure Reichthümer auch denen zugänglich macht, die von Euch abhängig sind. Thut Ihr das, dann wird Euch nicht nur die Strafe erlassen, sondern Ihr sichert Euch sogar den Antheil an den „ewigen Hütten", d. h. am christlichen Himmelreich. Das ist jedenfalls eine bedenkliche Lehre, und thatsächlich hat sie in allen Kirchen grosses Unheil angerichtet und jene Scheinfrömmigkeit erzeugt, welcher das Almosengeben nur zu oft als Gewissensbeschwichtigung und als Arabeske eines innerlich faulen, unsittlichen Lebens diente. Es ist deshalb auch ein gewagtes Unternehmen, das Gleichniss einem christlichen Sozialismus zur Grundlage zu legen, wie es Herr Stockmeyer gewiss sehr wohlmeinend in etwas idealer Färbung thut. — Das ist die wahre Religion und Sittlichkeit, die unbekümmert um Lohn oder Strafe das Gute um des Guten willen thut, und zu jedem, auch dem grössten und schwersten Opfer für die leidenden Brüder bereit ist. Einer solcher Religion wird jeder denkende Mensch seine höchste Anerkennung zollen, das Wohlthun, welches selbstsüchtige Zwecke nicht ausschliesst, aber stets mit Misstrauen aufnehmen.

Wir erkennen gern den guten Willen des Herrn Stockmeyer an; sein Schritt aber ist vergeblich. Einmal wird er im Allgemeinen tauben Ohren bei seinen Gläubigen predigen, dann aber auch die Armen und Elenden nicht gewinnen, die ja nicht lüstern nach den Schätzen der Reichen und ihrem glänzenden Leben sind, sondern nur Gerechtigkeit von denjenigen fordern, denen sie bisher eine Staffel zu ihrem Glücke gewesen sind. Will die Kirche irgend etwas zur Lösung der gesellschaftlichen Konflikte beitragen, welche unsere Zeit beschäftigen und die nächste Zukunft ausfüllen werden, so predige sie unablässig Liebe und Menschlichkeit und gerechtes Entgegenkommen den billigen Wünschen und Forderungen der Armen und Unterdrückten, deren „verhältnissmässige Berechtigung" Herr Stockmeyer anerkennt, — Almosen wollen sie nicht.

C. L.

„Wassilissa." Roman par N. A. Berlin, 1879.

„**Wassilissa**" ist ein weiblicher, so viel uns bekannt, nur in Russland gebräuchlicher Vorname und entspricht dem männlichen Namen „Basilius". **Wassilissa** nun ist die Heldin einer erst kürzlich unter diesem Titel in russischer Sprache erschienenen romantischen Erzählung, deren Hauptinhalt die Liebesabenteuer der Heldin bilden.

Wassilissa, die Tochter einer russischen aristokratischen Familie, welche selbstverständlich eine ihrem Stande entsprechende Erziehung, diese aber meistens ausserhalb ihrer Heimath genossen hatte, war einem Manne vermählt worden, den sie nicht liebte und den sie erst, nachdem sie sein Weib geworden, genauer kennen lernte. Derselbe, ein Mann von niedrigsten Gefühlen und Begriffen, ein Serviler in des Wortes schlechtester Bedeutung, dessen einziges Ideal die Erlangung der fettesten Staatsposten war, konnte daher den Neigungen Wassilissa's nicht entsprechen; das Verhältniss wurde für sie bald unerträglich, bis es endlich zwischen Beiden zu einer Trennung kam. Wassilissa verliess nun mit ihrem Töchterchen ihre Heimath und begab sich nach Nizza, wo sie in stiller Zurückgezogenheit zu verbleiben gedachte. Hier war es, wo sie einen Menschen aus ihrer Heimath kennen lernte, der in unserer Erzählung den Namen Boryssow führt und für ihr ferneres Schicksal von entscheidendem Einfluss war. Boryssow, ein intelligenter junger Mann, dessen Wiege gleich der Wassilissa's in dem Palaste eines russischen Aristokraten gestanden, den aber seine energische und edle Natur weit über die Schranken eines engen Formalismus und geistlosen Egoismus erhob, konnte sich mit den allgemein herrschenden Anschauungen absolut nicht befreunden und suchte daher nach einem höheren und edleren Ideal. Gerade zu jener Zeit begann nun in Russland die sozialistische Propaganda unter der studirenden Jugend Boden zu gewinnen, und so fand denn auch Boryssow Gelegenheit, Mancherlei über den Sozialismus zu hören und zu lesen. Seine für alles Gute und Edle empfängliche Gesinnung gestaltete sich allmälig zu einer sozialistischen, und bald sehen wir in Boryssow einen eifrigen Bekenner des Sozialismus. Die angeborene Energie drängte ihn zur Thätigkeit, und — er ging „unter das Volk." Ueber die Motive, die ihn dazu trieben, äussert er sich später Wassilissa gegenüber folgendermassen: „Es ist eine bekannte Thatsache, dass das Volk in Russland, das heisst die arbeitende und Alles schaffende Kraft, unter dem Drucke eines empörenden Despotismus und in tiefster Knechtschaft leidet und seufzt. Es ist daher unsere heiligste Pflicht, diese geknebelte Kraft, diese Volksmasse aufzuklären; wir müssen das arbeitende Volk — die Grundsäule der menschlichen Gesellschaft — zu seinem ihm vorenthaltenen Rechte verhelfen. Wir müssen es von seinen tausendjährigen Sklavenketten befreien und seinen bereits historisch gewordenen knechtischen Sinn in ein Streben nach Freiheit umwandeln. Es giebt bei uns in Russland Distrikte, wo der Bauer auf seinem Felde nur 6 Rubel zu verdienen in der Lage ist, für Steuern hingegen 8 Rubeln zahlen muss. Ist dies nicht empörend? — Unsere erste Aufgabe soll denn auch sein, dem Bauer die Möglichkeit zu bieten, sich aus dieser Situation herauszuarbeiten, sich zu befreien. Wie soll er aber sein Befreiungswerk beginnen? —"

„Zu selbstständigen Thaten ist er nicht fähig. — Die durch Jahrhunderte hindurch andauernde Noth und Knechtschaft haben ihm seine Kraft geraubt und seinen Geist gebrochen. Daher muss ein anderes — in Folge politischer und ökonomischer Verhältnisse in günstigerer Lage sich befindendes Element, welches das soziale Elend des Volkes begreift, für die Rechte desselben eintreten. Dieses Element ist in Russland intelligenter,

mächtiger und zahlreicher als in anderen Ländern und wird das denkende Proletariat genannt. Die unglückliche Lage des Volkes ist ihm keinesfalls fremd; im Gegentheil, es ist mit ihr sehr vertraut, wenn es auch selbst noch bis jetzt vor dem Ruin, vor der Verkümmerung bewahrt blieb. Es schwimmt nicht im Ueberflusse, muss sogar oft mit dem Hunger in nähere Bekanntschaft treten. Dieses Element nun soll und muss, gestützt auf die grosse Masse des Volkes, die bestehenden politischen Formen, welche der Durchführung einer besseren sozial-ökonomischen Organisation im Wege stehen, zertrümmern."

Durch die russische Regierung verfolgt, flüchtete Boryssow nach dem Auslande und liess sich für einige Zeit in Nizza nieder. Hier nun mit Wassilissa bekannt geworden, suchte er ihre bisherigen Vorurtheile zu zerstreuen und sie für die neue Weltanschauung zu gewinnen. Beide waren jung, wenn auch Wassilissa etwas älter war als Boryssow, beide hatten eine gleiche edle Gesinnung, und so kam es denn, dass das beiderseitige Freundschaftsverhältniss in Liebe überging. Bei Wassilissa war dieses Gefühl mehr geistiger Natur, bei Boryssow hingegen zugleich sinnliche Leidenschaft. Die Heldin wollte die Grenzen der platonischen Liebe durchaus nicht überschreiten, und somit beschloss Boryssow, da seine Leidenschaft nicht befriedigt wurde, Nizza zu verlassen.

Nach einer geraumen Zeit trifft Boryssow mit Wassilissa in Genf zusammen, woselbst er inzwischen die Redaktion einer dort erscheinenden revolutionären russischen Zeitung übernommen hatte.

Er hatte sich jetzt ganz dem Kampfe gegen die Unterdrückung hingegeben und entwickelte im Vereine mit den übrigen russischen Gesinnungsgenossen eine ungemein lebhafte Thätigkeit. Wassilissa bewundert seine Kraft und Energie, sie verehrt seinen Edelmuth: aber da sie sich ihm einmal ergeben, so möchte sie ihn auch dauernd an sich fesseln, Boryssow hingegegen meidet eine jede derartige Gelegenheit. In Folge wiederkehrender Wortwechsel erkaltet er gänzlich ihr gegenüber und wendet nunmehr seine Zuneigung einem in Wassilissa's Hause wohnenden und sogar mit ihr befreundeten jungen Mädchen zu.

Wassilissa gewahrt dieses und macht Boryssow hierüber bittere Vorwürfe, worauf dieser ihr mit einer gewissen Art grausamer Offenheit erklärt, dass er sie nicht lieben könne und auch nicht einmal in der Lage sei, ihr sagen zu können, dass er sie jemals aufrichtig geliebt habe. Dadurch in die äusserste Verzweiflung getrieben, findet Wassilissa schliesslich in den Fluthen des Genfer Sees ihren Tod.

Die Erzählung ist durchweg äusserst geschickt verfasst und namentlich der innere Kampf der Heldin sehr natürlich wieder gegeben. Boryssow stellt sich uns als der lebendige Typus eines Zerstörers, als ein Nachkomme der ehemaligen Weltzerstörer dar. Die Grausamkeit scheint in seinen Adern zu ruhen. Sehr interessant ist auch die Schilderung der in Genf anwesenden russischen Flüchtlinge. Vieles davon soll auf Wahrheit beruhen, und selbst die in der Erzählung vorkommenden Personen sollen thatsächlich existiren. Sie gehören der Partei Nabat (Sturmglocke) an und werden gewöhnlich die russischen Jakobiner genannt.

B. L.

Adhémard Lecler. La femme au dix-neuvième siècle. Paris, dépot principal à l'imprimerie Claverie, 221 rue Saint-Jacques, 1879. 32 S.

Genosse Lecler bespricht in dieser Brochüre „Die Frau vor dem französischen bürgerlichen Gesetzbuch", „Die Frau vor unseren Sitten", „Die Frau vor der Regierung" und weist nach, dass das weibliche Geschlecht von diesen drei Instanzen dem Manne nachgesetzt wird.

Besonderes Gewicht legt der Verfasser auf die Beseitigung der Prostitution, wozu energische Massregeln gefordert werden; auch will er ein Gesetz haben, nach welchem Mann und Weib, die länger als zwölf Monate zusammengelebt oder Kinder haben, als Ehegatten anerkannt werden. — Wir können den Ansichten des Verfassers, wie die Prostitution entsteht und beseitigt werden könne, sowie seinen Forderungen, nicht überall unbedingt zustimmen; die Hauptursache der Prostitution — das ganze gegenwärtige Erwerbs- und Besitzsystem — hätte Lecler u. E. mehr hervorheben sollen. — Mit dem Stimmrecht der Frauen beschäftigt sich die Brochüre nicht spezieller; sie schliesst übrigens mit den Worten Viktor Hugo's, dass die Zukunft der Frau und dem Kinde ihre Rechte zuerkennen werde, wie das Jahr 89 sie dem Manne gebracht habe.

H.

Karl Weitbrecht. Was ist's mit der Sozialdemokratie? Stuttgart, Berg & Müller, 1880.

Die sozialistische Bewegung in Deutschland hat schon eine sehr ansehnliche Literatur sowohl pro wie contra hervorgerufen, die auch jetzt noch, nachdem für die Sozialdemokratie selbst jede öffentliche Vertheidigung ihres Programmes in Deutschland als strafwürdig erklärt ist, stetig wächst. Seitens der Gegner wird gerade die gegenwärtige Zeit, in der die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz mundtodt gemacht ist, für sehr geeignet zur theoretischen Bekämpfung derselben gehalten, da ja eine Widerlegung theilweise unmöglich gemacht ist, theilweise nur einem kleinen Kreise der deutschen Arbeiter zugänglich gemacht werden kann. Trotzdem kann jeder Versuch, die Sozialdemokratie literarisch zu vernichten, für die Partei selbst nur von Nutzen sein. Zum mindesten wird letztere dadurch immer wieder in das Gedächtniss des Volkes zurückgerufen, es wird zum Nachdenken über die sozialistischen Theorien Anlass gegeben, und die Sozialdemokraten selbst erhalten damit Gelegenheit zur Einkehr in sich, wie zur Prüfung der ihnen gemachten Vorwürfe und zur Erkennung der bei ihrer früheren öffentlichen Agitation gemachten Fehler. Letzteres konnte, so lange die Agitation selbst alle Kräfte in Anspruch nahm, nicht in genügender Weise geschehen, und wenn jetzt hierzu, freilich sehr gegen Wunsch und Willen der Partei, Gelegenheit gegeben ist, ist es doppelte Pflicht, dieselbe zu benutzen. Die Rücksicht hierauf hat ja in erster Linie auch das „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" ins Leben treten lassen.

Zur Selbstkritik, wie zur Befestigung der Parteiprinzipien giebt die gegnerische Kritik das beste Material. Selbst die schlechteste Schrift, mag sie auch ausschliesslich der Böswilligkeit ihren Ursprung verdanken, möge sie in der trivialsten Weise die früher ungehört verhallten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie wiederholen, wenn sie der Sozialdemokratie auch die gröbsten Absurditäten in die Schuhe schiebt, kann zum Nachdenken anregen, wie zur Erläuterung und Klarstellung der sozialdemokratischen Prinzipien und Forderungen Anlass geben und somit nutzbar gemacht werden. Deshalb möge auch die Weitbrecht'sche Brochüre: „Was ist's mit der Sozialdemokratie?" hier eine Besprechung finden.

Herr Weitbrecht ist in der Vorrede derselben offenherzig genug, zu bekennen, dass er nicht entfernt Anspruch darauf macht, „selbstständige Forschungen, fachmännische Urtheile oder gar irgend etwas Neues über die Sozialdemokratie auf den Markt zu bringen." Er hat vielmehr versucht, die Schriften von Mehring: „Die deutsche Sozialdemokratie", und von Richard Schuster: „Die Sozialdemokratie", ausserdem „Zerstreutes von da und dort in Büchern und Zeitschriften", wie er sagt „in einer Form zu verarbeiten, dass auch der weniger Gebildete so viel Verständniss für die Sache gewinnen könne, als der Natur der Sache nach möglich ist." Hierzu erschien ihm „eine frische lebendige Darstellung, möglichst volksthümlicher, zuweilen vielleicht etwas derber Ausdruck . . . . nothwendig." Das heisst, wo dem Herrn Weitbrecht, der, wie seine Brochüre beweist, sich nicht die Mühe gemacht hat, bei der Sozialdemokratie selbst zu forschen, für seine Verdächtigungen der Stoff in den von ihm zur Kritik des Sozialismus benutzten gegnerischen Schriften ausgegangen ist, fängt er an zu schimpfen.

Seine Darstellung ist in erzählender Form gehalten. Als Prototyp eines Sozialdemokraten lässt er zuerst einen „verlumpten und versoffenen ehemaligen Schneidergesellen" aufmarschiren, der sich einige Tage nach dem Nobiling'schen Attentat im „Adler" zu Reichsheim beleidigende Aeusserungen gegen den Kaiser erlaubt und die „Herren Hödel und Nobiling" als Märtyrer gepriesen hatte, dieserwegen jedoch von dem Fahnenträger des Kriegervereins vor die Thüre gesetzt, dort durchgeprügelt und schliesslich die Treppe hinuntergeworfen wurde. Das Gespräch der Gäste wird durch diesen Vorfall auf die Sozialdemokratie geführt, und nachdem der Eine und Andere mehr oder minder Unsinn über diese an den Tag gebracht hat, kommt man überein, dass der Herr Vikar im Kriegerverein über die Sozialdemokratie einen Vortrag halten solle.

In diesem Vortrage mit seinen Unterbrechungen wird nun das Wesen der Sozialdemokratie zu erläutern versucht. Zuerst wird nach der Mehring'schen Schrift kurz die Geschichte der Entstehung und Entwickelung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland erzählt. Wir gehen hierauf nicht näher ein und lassen gleichfalls die Charakteristik der einzeln aufgeführten namhafteren deutschen Sozialisten, sowie die auf Rechnung des Herrn Weitbrecht kommenden Schimpfereien unberücksichtigt, um einige Punkte von wesentlicher Bedeutung um so eingehender behandeln zu können.

Wenn wir uns zuerst dem den Sozialisten gemachten Vorwurfe zuwenden, dass sie unter „Arbeiter" nur die Handarbeiter verstehen, so geschieht es nicht, um dies dem Herrn Weitbrecht speziell anzurechnen;

er plappert damit nur einen den Sozialisten schon häufig gemachten Vorwurf nach. Wirklich klassisch aber ist er, wenn er selbst erklärt, was unter „Arbeiter“ zu verstehen ist. Er sagt nämlich (S. 14): „Wer irgend etwas arbeitet, sei's mit dem Kopf, sei's mit der Hand oder mit beiden (!), sei's in dem oder jenem Beruf und Geschäft, der ist ein Arbeiter.“ Also, wer irgend etwas arbeitet — der ist ein Arbeiter! Einfacher kann man die Erklärung wirklich nicht geben. Im unmittelbaren Anschluss hieran heisst es nun weiter;

> „In dem Sinne jedoch, in welchem man das Wort in den sozialistischen Angelegenheiten gebraucht, versteht man darunter nur diejenigen, welche mit der Hand arbeiten und oft genug (sic!) auch von der Hand in den Mund leben, hauptsächlich die Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen u. s. w. Eigentlich ist diese Einschränkung ein schnöder Missbrauch, und die Sozialdemokraten schwatzen so, als ob nur die letztere Art von Arbeitern ordentliche Arbeiter wären, alle anderen Leute aber Faullenzer.“

Diese schiefe Darstellung ist, wie gesagt, nicht neu, aber es ist sehr praktisch, den Sozialisten vorzuwerfen, dass sie unter Arbeitern nur die Handarbeiter verstanden wissen wollen; denn weil doch Alle „Arbeiter“ sind, so kann es eine spezielle Arbeiterfrage ja gar nicht geben, und die sozialdemokratische Propaganda zerfiele also damit schon als unberechtigt in sich zusammen. Allein, wenn es auch ganz richtig ist, und es wird dies auch von keinem Sozialdemokraten verneint, dass alle diejenigen, welche sich in irgend einer Weise, sei es durch ihre geistigen oder körperlichen Kräfte, innerhalb der menschlichen Gesellschaft nützlich bethätigen, als „Arbeiter“ bezeichnet werden müssen, so ist es ebenso richtig, statt soziale Frage „Arbeiterfrage“ zu sagen, weil es sich hierbei gerade um die Frage dreht, wie die Arbeit in einer für die Gesellschaft heilbringenden Weise zu organisiren ist. Es handelt sich dabei nicht um irgend eine Klasse von Arbeitern, sondern um die Arbeiter im Allgemeinen — die soziale Frage ist eine gesellschaftliche Frage. Dieselbe hätte aber gar nicht entstehen können, wenn nicht der grösste Theil derjenigen Arbeiter, welcher der schwierigsten, aufreibendsten und unangenehmsten körperlichen Arbeit unterworfen ist, für sich kaum so viel durch seine Arbeit erwürbe, um sich nothdürftig erhalten zu können. Der grösste Theil der Arbeiter ist nur Arbeitslastthier, oder wem dies zu krass ist, Arbeitswerkzeug; die Arbeit ist bei ihm nicht Mittel, das Dasein zu verschönen, sondern Zweck des Daseins. Die Arbeiterfrage betrifft also nicht ausschliesslich die Handarbeiter, sie kann sich auf diese allein gar nicht beziehen, da jede Veränderung resp. Hebung der Lage der Handarbeiter das Verhältniss derselben zu den andern Gesellschaftsklassen verändert und diese demnach mitberührt. Uebrigens wäre ja auch der Sprachgebrauch — nicht bei den Sozialisten, sondern im Allgemeinen — dafür verantwortlich zu machen, wenn man unter „Arbeitern“ für gewöhnlich die Handarbeiter versteht, wie dies nach der Etymologie des Wortes auch ganz erklärlich ist. Arbeit bedeutet (nach Grimm) ursprünglich Knechtsarbeit, Frohndienst, und Jahrhunderte lang galt „Arbeit“ für eines freien Mannes unwürdig. Die fortschreitende Kultur hat diese Anschauungen freilich geändert, heute

nennt sich jeder Banquier oder Professor „Arbeiter“, er protestirt aber sehr energisch dagegen, wenn man ihn etwa mit einem Lumpensammler oder Holzhauer in eine Klasse stellen will, und wenn auch das Sprüchwort sagt: „Arbeit schändet nicht“, so liegt doch hierin unzweifelhaft ausgedrückt, dass die Arbeit an sich nicht für besonders ehrenhaft gilt. Die Sozialdemokratie aber darf sich rühmen, dass sie gerade die kulturelle Bedeutung der Arbeit erfasst hat, und dem entsprechend stellt sie die Forderung auf, dass der Arbeiter durch seine Arbeit nicht erdrückt und nicht als einfaches Arbeitswerkzeug in materiellem und geistigem Elend niedergehalten werde, wie dies bei der grossen Klasse derjenigen der Fall ist, die als Lohnarbeiter oder Kleinmeister, Taglöhner oder Kleinbauern nur die nothdürftigste Fristung der Existenz haben.

Um nun die Verwerflichkeit und Hohlheit der Sozialdemokratie an den Tag zu bringen, versteigt sich Herr Weitbrecht dazu, der „beiden obersten Glaubenssätze des Sozialismus“, das Lassalle'sche „eherne Lohngesetz“ und die Marx'sche „Werththeorie“ als falsch zu widerlegen. Da selbstständiges Denken seine Sache aber nicht ist, so hält er sich auch hierbei ganz an die Mehring'schen Ausführungen.

Zuerst wird eingeräumt, dass sich der Arbeitslohn nach Angebot und Nachfrage regelt. Im weiteren wird jedoch der Frage, woher es denn komme, dass so viele fleissige Arbeiter so kümmerlich ihr Leben fristen müssen, mit der Bemerkung vorgebeugt, dass, wenn man alle zum Lebensunterhalt nothwendigen Mittel zu gleichen Theile auf den Kopf der Bevölkerung vertheilen wolle, auf den Einzelnen nicht viel mehr kommen könne, als eben zum Leben nothwendig sei. Dies sei ein unabänderliches Naturgesetz, das für alle Menschen Gültigkeit habe, es sei deshalb falsch, dass an das „eherne Lohngesetz“ der Stand der L o h n a r b e i t e r „mit ehernen Klammern“ geschmiedet sei. Vielmehr finde ein fortwährender Wechsel und eine Ausgleichung statt: von der untersten Stufe (der Lohnarbeiter), wo man nicht mehr als das Nöthigste zum Leben habe, stiegen fortwährend die Tüchtigeren, Fähigeren in höhere Stufen hinauf, während umgekehrt die Unfähigen oder Verkommenen aus allen oberen Stufen auf diese unterste herabsänken.

Es genügt hier wohl der Hinweis darauf, dass das „eherne Lohngesetz“ von Lassalle — aus taktischen Gründen — der liberalen Oekonomie entnommen ist, und dass, wie er unumstösslich bewiesen hat, dasselbe von den namhaftesten Vertretern derselben anerkannt wird. Wie Lassalle selbst zugiebt („Arbeiterlesebuch“, Frankfurt a. M. 1863 S. 9) ist er bei Formulirung desselben in seinem „Offenem Antwortschreiben“ dabei noch weit hinter John Stuart Mill zurückgeblieben; da er nicht, wie dieser es annimmt, ausführt, dass in den h ä u f i g s t e n Fällen der in einem Volke gewohnheitsmässig übliche nothwendige Lebensunterhalt f ä l l t, in den s e l t e n s t e n Fällen s t e i g t, d a s s s i c h m i t d e r i n d u s t r i e l l e n E n t w i c k e l u n g d i e L a g e d e r A r b e i t e r a l s o e h e r v e r s c h l e c h t e r t, a l s v e r b e s s e r t. Jetzt braucht man die Rücksichten, von denen Lassalle bei Einleitung der deutschen Arbeiterbewegung geführt wurde, nicht mehr zu nehmen. Lassalle konnte schon in seinem „Bastiat-Schulze“ (viertes Kapitel: Die objektive Analyse des Kapitals) viel konsequenter und

rücksichtsloser auf die aus dem Lohngesetz entspringenden Nachtheile hinweisen, als im „Antwortschreiben". Während er hier noch den durchschnittlichen Arbeitslohn für den nothwendigen Lebensunterhalt, der in einem Volke gewohnheitsmässig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist, ausreichend erklärt, führt er im „Bastiat-Schulze" aus, dass dies bei der steigenden Produktivität der Arbeit nicht mehr der Fall ist, und dass daraus vielmehr die Frauen- und Kinderarbeit entspringt. Und in der That ist diese aus dem ehernen Lohngesetz ebensowenig zu erklären, wie die Ausdehnung des Arbeitstages, die „industrielle Reservearmee" und das Lumpenproletariat. Es ist denn auch nur der Ignoranz der Sozialistentödter möglich, wenn sie sich so grosse Mühe geben, das „eherne Lohngesetz" aus der Welt zu disputiren; wahrhaft lächerlich aber ist es, wenn Mehring und sein Nachbeter Weitbrecht u. s. w. es als ein Naturgesetz erklären wollen, indem sie sagen, dass die Summe der in der Welt vorhandenen Mittel zum Lebensunterhalt im Verhältniss zu der Zahl der Menschen immer nur so weit ausreichend sein könne, dass bei einer gleichmässigen Vertheilung auf den Einzelnen nicht viel mehr komme, als eben zum Leben nothwendig sei. Es ist dies selbst bei den Nahrungsmitteln durch nichts zu beweisen und soll deshalb auch hier nicht widerlegt werden, nur mag darauf hingewiesen sein, dass, wenn es sich wirklich so verhielte, wenn wirklich nur so viel Nahrungsmittel produzirt werden könnten, als zur Erhaltung der Menschen im Allgemeinen erforderlich sind, bei dem jetzigen Wirthschaftssystem eine permanente Hungersnoth unter den arbeitenden Klassen herrschen würde. Die Bevölkerung müsste bei einem solchen Zustande wegen übergrosser Sterblichkeit in steter Abnahme begriffen sein — während sie doch an Zahl wächst — überhaupt es müsste ein so allgemeines Elend, ein so grauenhafter Zustand herrschen, dass jede Veränderung eine Verbesserung wäre. Es wären deshalb aber auch alle sozialistischerseits gemachten Anstrengungen, eine solche gesellschaftliche Organisation herbeizuführen, dass jedes Mitglied der Gesellschaft das zu seiner Erhaltung nothwendige Quantum Nahrungsmittel bekäme, an sich im höchsten Grade anerkennenswerth, und es würde andererseits ein Verbrechen gegen die Gesellschaft sein, diesem sozialistischen Streben entgegen zu wirken. Wäre es wahr — was es entschieden nicht ist — dass nur so viel Nahrungsmittel produzirt werden können, wie zur Erhaltung der Menschen absolut nothwendig sind, so würde gleichfalls der „Kampf ums Dasein" in seiner rohesten Form nicht nur herrschend, sondern auch vollständig berechtigt sein. Jeder, der ist, hat das Recht zu sein, wenn man demnach nur denjenigen Existenzberechtigung zugestehen will, denen die Mittel zum Dasein zu Gebote stehen, so ist damit das „Recht des Starken" proklamirt, der roheste Kampf „Aller gegen Alle" wäre die natürlichste Erscheinung eines solchen Gesellschaftszustandes. Das sind die Konsequenzen dieser Theorie, die den Sozialismus damit abthun will, dass sie nur dem kleinsten Theile der Menschen die Existenzbedingungen zuerkennt. Was wollen dabei alle Phrasen von Kultur, Freiheit, Vaterlandsliebe, Familienglück u. s. w. sagen?

Zum Glück für die Menschheit ist es nicht so, dass die menschliche Arbeit nicht die zur Erhaltung des Daseins nothwendigen Lebensbedürfnisse

in ausreichender Weise beschaffen könnte; aber zum Unglück für die Arbeiter in ihrer Gesammtheit ist es der Fall, dass sie in Folge ihres kümmerlichen Verdienstes nicht die Mittel zur Beschaffung ausreichender Existenzmittel haben, dass ihre eigenen Arbeitserzeugnisse ihnen nur zum kleinsten Theile nutzbar werden. Es handelt sich ja überhaupt, wenn von der Erhaltung der Existenz die Rede ist, nicht nur um Nahrungsmittel. Wohnung, Feuerung, Kleidung, Bildungsmittel stehen den Arbeitern — d. h. denjenigen, bei denen die Arbeit Zweck des Daseins ist, den Kleinbürgern und Kleinbauern, den industriellen und den ländlichen Lohnarbeitern — in ebenso ungenügender Weise zur Verfügung wie die Nahrungsmittel, während sie doch in überreichlicher Menge vorhanden sind, herbeigeschafft werden könnten. Tausende Wohnungen stehen leer, und Millionen Arbeiter wohnen in dumpfigen, gesundheitsschädlichen Räumen zusammengepfercht; alle Magazine sind mit tausenderlei Gegenständen menschlichen Erwerbsfleisses gefüllt, und wie Wenige nur sind es, die sich nicht nur die nothwendigen Bedürfnissgegenstände anschaffen, sondern die sich überhaupt in jeder Beziehung das Leben angenehm einrichten können? Welche Entdeckungen hat der menschliche Forschungsgeist gemacht, welche veredelnde und bildende Kunsterzeugnisse sind nicht vorhanden, und was kommt davon dem arbeitenden Volke zu gute? — so gut wie nichts! Weil ihr ganzes Interesse nur auf die Befriedigung der materiellen Nothdurft gerichtet ist, konnte bei den Arbeitern der Sinn für geistige Genüsse nicht erweckt werden, ihre „Bildung" ist abhängig von ihrer Ernährung, und Unwissenheit und Rohheit sind für einen grossen Theil Arbeiter ein viel schlimmerer Fluch, als selbst die materielle Noth: es ist ihnen die Bedingung der individuellen Entwickelung genommen. Das aber ist gerade das charakteristische der sozialdemokratischen Bewegung, dass sie die Arbeiter zum Denken bringt, ihnen eine Idee einflösst, ihren Egoismus bricht, sie mit dem Bewusstsein der Solidarität erfüllt und sie für das Hohe und Edle empfänglich macht. Wer das frühere rohe Herbergs- und Handwerksburschenleben mit der Haltung derjenigen Arbeiter vergleicht, die sich der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen, der wird uns zugeben, dass in dieser Beziehung die Arbeiter sich schon bedeutend von ihren früheren Fehlern emanzipirt haben. Eines allerdings ist richtig, die sozialistische Propaganda sucht die Arbeiter unzufrieden mit ihrer Lage zu machen, und sie hat in dieser Beziehung auch schon ganz achtungswerthe Erfolge errungen, zum grossen Aerger der Gegner. Es war dies nicht schwer, denn es war nur nöthig, den Arbeitern einen Spiegel vorzuhalten, um sie ihre Klassenlage erkennen zu lassen und sie somit zum Klassenbewusstsein zu bringen. Deshalb war es in erster Linie nothwendig, die Arbeiter auf die Konsequenzen des Lohnsystems aufmerksam zu machen, und die Söldlinge der Bourgeoisie, die Schuster, Mehring, Weitbrecht und Konsorten mühen sich vergebens ab, dagegen anzukämpfen.

A propos! Herr Weitbrecht übersetzt das Wort „Bourgeois" mit „Bürger". Er sagt dabei, Bourgeois ist „bei den Sozialdemokraten ein Schimpfwort und bedeutet jeden, der etwas hat und nicht mit ihnen hält, auch gelegentlich einen ehrsamen Schuhmachermeister." Jeder Arbeiter, der der sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland angehört und Lassalle's

Arbeiterprogramm gelesen hat, weiss, dass die Sozialdemokraten unter „Bourgeois“ nur denjenigen verstehen, der den bürgerlichen Besitz, das Kapital, als Bedingung an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes Theil zu nehmen, hinstellt, der den Besitz zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft machen und somit sich als einen eigenen privilegirten Stand im Volke hinstellen will. Dass ein Weitbrecht dies nicht weiss, kann man ihm deshalb nicht so zum Vorwurf machen, da er, wie gesagt, selber sich niemals die Mühe gemacht hat, die Schriften der Sozialisten zu studiren.

Er zeigt dies auch wieder bei der Bekämpfung der Marx'schen „Werththeorie“, bei der er sich ganz an den wieder Anderen nachsprechenden Mehring („Die deutsche Sozialdemokratie“) anschliesst, dem er selbst die einzelnen Beispiele entlehnt, während er freilich auch Manches hinzufügt, das er irgend wo anders aufgeschnappt hat. Während Mehring aber, spekulirend auf die weit verbreitete Unwissenheit in ökonomischen Dingen, in seiner Kritik der Werththeorie „Werth“ und „Preis“ fortwährend mit einander verwechselt, ist es bei Herrn Weitbrecht natürliche Dummheit, wenn er diesem Prinzipe folgt, da er thatsächlich nicht im Stande ist, einen Unterschied zwischen „Werth“ und „Preis“ zu machen. Er sagt nämlich ganz schlankweg (S. 37): „Der Werth einer Waare richtet sich vor allem „nach dem Bedürfniss . . . . . nach der Nachfrage.“ Einer Waare, deren Niemand in irgend einer Weise bedarf, nach der Niemand fragt, hat im Verkehr auch keinen Werth. Die Bedürfnisse aber wechseln fortwährend nach Ort, Zeit, nach der Beschaffenheit der Menschen, ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrem Bildungsgrad, ihrer Liebhaberei u. s. w. u. s. w., und damit wechseln und schwanken auch die Werthe.“ Das hier Gesagte bezieht sich lediglich auf die Preisschwankungen, die allerdings durch Angebot und Nachfrage hervorgerufen werden, während der Werth der Waaren konstant geblieben sein kann. Um nun die Marx'sche Theorie, dass die zur Herstellung eines Gebrauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit seine Werthgrösse bestimmt, vollständig zu vernichten, führt Herr Weitbrecht (nach Mehring) das von Lassalle in seinem „Bastiat-Schulze“ (III. Kap. S. 123) gegebene Beispiel von den 5 Millionen Ellen Seide an, da Lassalle dadurch der Marx'schen Werththeorie, „jenem Grund- und Eckstein (des Marx'schen Lehrgebäudes) einen bedenklichen Stoss versetzt hat, so dass das Marx'sche Gebäude bis unter die Dachsparren hinauf wackelt.“ W. thut dies mit folgenden Worten (S. 48): „Er (Lassalle) sagt: wenn z. B. in der menschlichen Gesellschaft eine Million Seide erforderlich sei, es werden aber 5 Millionen Ellen gefertigt, so sei doch nicht mehr „gesellschaftliche Arbeitszeit“ in diesen 5 Millionen enthalten, als wenn nur eine Million produzirt worden wäre — warum? Wohl aufgemerkt: weil „„das reale Bedürfniss aller Individuen““ nicht gewachsen sei, weil die menschliche Gesellschaft eben nur Eine Million Ellen bedürfe.““

Es war gewiss von Mehring sehr praktisch, gerade dieses Beispiel anzuführen, denn wenn es sich schon aus propagandistischen Gründen empfahl, Marx und Lassalle hierdurch in Gegensatz zu bringen, so empfahl es sich andererseits, den Einen durch den Andern zu widerlegen. In der

That, wenn Lassalle mit seinem Beispiel recht hat, dass, wenn eine Million Seide gebraucht, statt dessen aber fünf Millionen produzirt werden, in diesen fünf Millionen nur dasselbe Quantum „gesellschaftlicher Arbeit“ steckt, wie in der einen Million, so ist es falsch, dass die zur Herstellung eines Gebrauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit seine Werthgrösse bestimmt. Aber Lassalle begeht mit diesem Beispiel einen Irrthum (hierauf bezieht sich wohl mit die bekannte Note im Vorwort zum Marx'schen Buche „Das Kapital“); denn es befindet sich in den fünf Millionen Ellen Seide fünf mal mehr „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit“ verkörpert, als in einer Million. Es kommt hierbei nämlich durchaus nicht in Betracht, ob die fünf Millionen Ellen Seide für die Gesellschaft nothwendig sind, sondern nur, ob zu ihrer Herstellung wirklich eine fünfmal grössere gesellschaftliche Arbeitszeit nothwendig ist, als zu einer Million, ob in ihnen das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit fünfmal so gross ist, als in einer Million. Wenn dies der Fall — und dies muss als selbstredend vorausgesetzt worden — so ergiebt sich aus dem angeführten Beispiel nur, dass, wie Lassalle dies auch richtig ausführt, die fünf Millionen Seide (oder überhaupt jede überflüssige Waare) in Folge des übergrossen Angebots nicht zu ihrem (ihrem Werthe entsprechenden) Preis, sondern vielleicht zu $^1/_5$ oder $^1/_{10}$ ihres Werthes verkauft werden müsste. Der Banquerott vieler Seidenwaarenfabrikanten würde dann aber besser als alle Theorien den Unterschied zwischen Werth und Preis der Waare klar machen.

Nachdem Herr Weitbrecht nun an dem Beispiel von den 5 Millionen Ellen Seide gezeigt hat, dass nicht die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit den Werth bestimmt, sondern dass dieser von dem Bedürfniss nach der Waare abhängig ist, wird er originell. Er schreibt nämlich (S. 44):

> „Und nun: wenn also wirklich das Bedürfniss das Entscheidende für den Werth ist, nicht die Arbeit und ihre Zeitdauer — wer giebt dann einer Waare ihren Werth? Der Arbeiter, der eine gewisse Arbeitszeit leistet! (sic!) Nein, nimmermehr! Vielmehr, derjenige, der die Waare dem Bedürfniss anpasst, der den rechten Zeitpunkt erkennt, wo sie Bedürfniss ist, der ihr ihren Zweck für den Verkehr anweist, der die Arbeit auf die Waare hinlenkt (?), der das ganze Geschäft, das Unternehmen leitet, der Unternehmer. Und wenn also er den Werth hervorbringt (sic!) durch seine zweckmässige Thätigkeit — wem gehört dann die Waare? Abermals ihm, dem Unternehmer, dem „Bourgeois“, den die Sozialdemokraten als Räuber an der ehrlichen Arbeit verschreien.“

Also in demselben Athemzuge, in dem „das Bedürfniss“ als „das Entscheidende für den Werth“ erklärt wird, heisst es, dass Derjenige, der eine Waare dem Bedürfniss anpasst, einer Waare ihren Werth giebt, dass der „Unternehmer“ den Werth hervorbringt! Eine solche Konfusion ist selbst in der antisozialistischen Literatur eine Seltenheit. Wir können leider Herrn Weitbrecht in seinen weiteren Bocksprüngen, die er bei der Kritik der Marx'schen Werththeorie „leistet“, nicht folgen, nur sei noch der Kuriosität wegen auf die von ihm entdeckte Lohntheorie aufmerksam gemacht. Er führt nämlich

(S. 45) aus, dass bei reichlicher Nachfrage nach Arbeit weniger Geschäftsthätigkeit seitens der Unternehmer, jedoch eine grössere Anstrengung der Arbeiter erforderlich sei, weshalb ihnen denn auch ein höherer Lohn zukomme. Bei schwankendem Geschäftsgang komme es hauptsächlich auf den Unternehmer an; denn „von dem Unternehmer hängt es ..... hauptsächlich ab, ob die Arbeit nicht geradezu nutzlos vergeudet wird — ihm gebührt deswegen auch ein verhältnissmässig höherer Antheil am Ertrag, d. h. die Löhne sinken. Das sehen wir ja fortwährend: ist die Zeit für eine Waare günstig, so steigen die Arbeitslöhne, ist sie ungünstig, so fallen sie." Hieraus folgert er denn im weiteren, dass die Arbeiter auf „den ganzen Ertrag" der Arbeit kein Recht hätten, „wie die Sozialdemokraten aus der Marx'schen Lehre folgern." Damit ist denn glücklich die Unrichtigkeit der Marx'schen Werththeorie endgültig nachgewiesen „und der Grundstein für den kommunistischen Zukunftsstaat umgeworfen." Man kann hierfür Herrn Weitbrecht nur dankbar sein; denn nach der Schilderung, die er von letzterem macht, involvirt dieser den Inbegriff alles Verabscheuungswerthen. Auf diesem Gebiet ist namentlich Schuster sein Führer gewesen, dem er auch die meisten seiner Schlagworte entlehnt.

Um nur an einem Beispiel zu zeigen, in welcher Weise er dabei gegen die Sozialdemokratie polemisirt, heben wir hierbei seine Einwendungen gegen die Forderungen des Gothaer Programms bezüglich der allgemeinen und gleichen Volkserziehung durch den Staat hervor. Er folgert daraus, dass die häusliche Kindererziehung aufhören, die Auflösung der Familien erfolgen und die „Weibergemeinschaft" eintreten soll! „Also nicht einmal mehr in Haus und Familie soll der Mensch für sich und ungestört sein, überall trampelt ihm dieser täppische Zukunftstaat herein, greift und schnüffelt ihm in jedes Heiligthum und zerrt ihm Alles, was ihm bisher als sein Eigenstes theuer war, auf die Strasse hinaus!" (S. 67.) In dieser Tonart geht es fort. So aber bringt es Herr Weitbrecht fertig, den „sozialdemokratischen Zukunftsstaat" zu einem „Zuchthausstaat" zu machen, der dann leicht mit folgenden Worten (S. 71) abgethan wird:

> „— — — Der verheissene allgemeine Wohlstand wird zur allgemeinen Armuthei, die vorgeschwindelte höchste Kultur wird zur traurigsten Barbarei, Alles, was uns bisher heilig war, wird in den Strassenstaub getreten, Ehe, Familie, Religion, Alles miteinander — die Menschheit wird zur Viehherde, die auf der grünen Erde grast in den Tag hinein, ohne höheren Sinn und Zweck als — eben zu grasen."

Eine so widerliche Schreibweise soll volksthümlich sein!

Wahrhaftig, die Weitbrecht'sche Schrift ist ein so bubenhafter Angriff gegen die Sozialdemokratie, wie je einer durch die Presse verübt ist. Und das in einer Zeit, wo die Partei mundtodt gemacht ist, wo Tausenden überzeugungstreuen Männern alle politischen Rechte bis auf das Aeusserste verkümmert sind, wo man die Reichsverfassung und die Verfassungen der Einzelstaaten, das Freizügigkeitsgesetz und die Gewerbeordnung, das Pressgesetz und die staatlichen Versammlungsgesetze durch das Gesetz vom 21. Oktober 1878 für die Sozialdemokratie in ihren wichtigsten Bestimmungen ausser Kraft gesetzt hat!

Wenden wir uns ab. Die Sozialdemokratie kann trotz alledem nicht in ihrer Entwickelung gehemmt werden. Die neuere deutsche Arbeiterbewegung, seit Lassalle's Auftreten, hat ihren naturgemässen Verlauf genommen; von Jahr zu Jahr, durch Sturm und Kampf geläutert und gekräftigt, ist die deutsche Sozialdemokratie, aus dem engen Vereinsrahmen herausgetreten, zu einer starken, selbstbewussten, gehassten und gefürchteten Partei geworden. Sie hat ihre „Sturm- und Drangperiode" überstanden, und wenn sie durch das Sozialistengesetz zum Stillstand gebracht und vernichtet werden sollte, so ist sie dadurch nur in eine neue Phase gedrängt worden. Sie wird nach Beendigung derselben in verdoppelter Stärke dastehen. Die edelsten und grössten Geister haben ihr bewusst und unbewusst Vorschub geleistet und vorgearbeitet; denn nicht Zufall ist es, dass die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands die Führerschaft der sozialdemokratischen Bewegung übernommen hat und zum Leitstern der Sozialdemokratie in allen Kulturländern geworden ist. Wie ihr Streben die Aufhebung der Klassenherrschaft ist, ist ihr Ziel die Verwirklichung der Menschheitsidee. Wie sie einerseits auf nationalem Boden ihre Forderungen durchsetzen will, um den Staat zu gründen „auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt", bekämpft sie andererseits den Nationalhass und den nationalen Dünkel, der seine höchste Befriedigung in der Erreichung kriegerischen Ruhmes sucht. Mögen die Weitbrecht und Konsorten schimpfen, so viel sie Lust haben — es widerstrebt uns, weiter auf Einzelheiten einzugehen — so haben wir das Bewusstsein, dass Jeder, der menschlich fühlt und uns ohne Vorurtheil zu verstehen trachtet, uns beitreten wird. Wir sind national, weil wir, um mit Fichte zu sprechen, aus Deutschland ein „wahrhaftes Reich des Rechts" schaffen wollen, „ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven" — wir sind international, weil wir uns überhaupt als Menschen fühlen, und weil wir helfen und fördern wollen, dass in allen Staaten erreicht werde, was wir uns als Ziel gesetzt haben: die Verwirklichung der Menschheitsidee.

Man sagt, das sei Utopisterei, und wir wollen demgegenüber die Worte der Gebrüder Wilhelm und Alexander v. Humboldt hier anführen. Alexander v. Humboldt schreibt unter Zitirung seines Bruders am Schluss des ersten Bandes des „Kosmos": „Indem wir die Einheit des Menschengeschlechts behaupten, widerstreben wir auch jener unerfreulichen Annahme von höheren und niederen Menschenracen. Es giebt bildsamere, höher gebildete, durch geistige Kultur veredelte: aber keine edleren Volksstämme. Alle sind gleichmässig zur Freiheit bestimmt: zur Freiheit, welche in roheren Zuständen dem Einzelnen, in dem Staatenleben bei dem Genuss politischer Institutionen der Gesammtheit als Berechtigung zukommt. „„Wenn wir eine Idee bezeichnen wollen, die durch die ganze Geschichte hindurch in immer erweiterter Geltung sichtbar ist; wenn irgend eine die vielfach bestrittene, aber noch vielfacher missverstandene Vervollkommnung des ganzen Geschlechtes beweist: so ist es die Idee der Menschlichkeit: das Bestreben, die Grenzen, welche Vorurtheile und einseitige Ansichten aller Art feindselig zwischen die Menschen gestellt, aufzuheben, und die gesammte Menschheit ohne Rücksicht auf Religion, Nation und Farbe, als einen grossen, nahe verbrüderten Stamm, als ein zur Erreichung eines Zweckes, der freien

Entwickelung innerlicher Kraft, bestehendes Ganze zu behandeln. Es ist dies das letzte, äusserste Ziel der Geselligkeit, und zugleich die durch seine Natur selbt in ihn gelegte Richtung des Menschen auf unbestimmte Erweiterung seines Daseins. — — —""

Was will dem gegenüber das Geschreibsel der Weitbrecht und Konsorten sagen!

H. O—g.

Comte de Valori Rustichelli. Etude sur la question ouvrière en Belgique. Paris, Jules Lepin.

Der Verfasser dieser Brochüre bereitet, wie es scheint, Studien über Belgien vor, von denen er einen Theil unter dem obigen, durchaus unberechtigten Titel, der eher: Alte Geschichten und verschiedenes Andere gegen den Sozialismus und die Internationale heissen sollte, jetzt herausgiebt.

In der That zieht der Herr Graf de Valori Rustichelli nach einigen Worten gegen den Freihandel und zwei nicht uninteressanten Seiten über die flämischen Gilden gegen den Sozialismus los und zwar mit nichts als alten, hundertmal widerlegten Verläumdungen. Man urtheile selbst:

„Die sozialistischen Schulen sind über die Mittel der Reorganisation uneinig: die Eine ist kommunistisch, sie macht mit dem Eigenthum, der Intelligenz und dem Kapital tabula rasa; Alles ist gemeinsam, Laster und Tugenden, Arbeit und Faulheit. Die andere hat durch die Erfahrung der Nationalwerkstätten (1848) gezeigt, dass sie die Faulheit und die Widersetzlichkeit unterstützt." (S. 29.)

„Die radikale Schule lehrt, die Assoziation bestehe darin, dass man sich der Ersparnisse des Anderen bemächtige, ohne sie verdient zu haben, ebenso wie das ökonomische System des laisser faire unter dem Deckmantel von Scheingründen die Theorie der spekulativen Beraubung vertritt."

„Auch Herr Guizot nannte die Verbreiter dieser Idee mit vollem Recht: „Diese Missethäter in der Theorie!" In der That, sie wollen der Faulheit die Ersparnisse der Arbeit zu Gute kommen lassen." (S. 32.)

„Jules Simon sagte sehr gut: „Das Brod fehlt in den Haushaltungen der Arbeiter öfter durch die Schuld des Vaters als die der Industrie." Wir setzen hinzu: „öfters durch die Schuld der Aufhetzer und Aufwiegler des Arbeiters, als durch die Schuld des Letzteren selbst, des arglosen Opfers der Ehrgeizigen, die ihn als Fussgestell benützen." (S. 34.)

„Der Arbeiter, welchen die Internationale nicht mehr verführt, unterliegt, obwohl er offen über die schweren Steuern seufzt, die sie (zirka 50 Fr. jährlich) von dem Preis seiner Arbeit abzieht, immer noch ihrem verderblichen Einfluss." (S. 56.)

Da haben wir die Wissenschaft und die Unbefangenheit der sogenannten Elite des dritten Standes. Derartige alberne Behauptungen und Entstellungen können natürlich keine Widerlegung beanspruchen.

B. Malon.

Bernhard Becker. Gechichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune des Jahres 1871. Leipzig, Otto Wigand, 1879.

„Alles Nennenswerthe, was bisher in Deutschland über die Pariser Kommunebewegung veröffentlicht wurde, ist feuilletonistischer Natur. Ich glaube daher, einem Mangel in unserer Literatur abzuhelfen, indem ich das vorliegende Geschichtswerk veröffentliche.“ Mit diesen Sätzen sich selbst zum Historiker ernennend, erzählt uns Becker in seinem Vorworte, dass er die offiziellen Protokolle, Dekrete und Verordnungen der Kommune, die Aufzeichnungen Rossels, sowie eine reiche Sammlung anderer Publikationen genau durchgearbeitet und beinahe zwei Jahre in Paris geweilt habe, um die Pariser Bevölkerung kennen zu lernen, nach Quellen zu suchen, sowie die Oertlichkeit zu studiren und Augen- und Ohrenzeugen zu vernehmen; vorzüglich sei es ihm auch darum zu thun gewesen, fügt er hinzu, über die Feuersbrünste und Geiselmorde, die in der Maiwoche vorgefallen, ins Reine zu kommen.

Leider besitzen wir zur Stunde nur den ersten Theil des Werkes: „Die Kommune an sich und ihre Theorie“; der zweite, in welchem „der Kausal-Nexus mit der Nationalgarde“ blosgelegt werden soll, ist noch nicht erschienen. Der schöne Anfang sagt indessen zur Genüge, wie die Fortsetzung ausfallen werde. Becker hat sich vorgenommen, ein schlechtes Buch zu schreiben, und der Wurf ist gelungen.

Uns thut es nur leid um das viele Geld, das ihn und Andere sein zweijähriger Aufenthalt in Paris und der anstrengende Umgang mit gewissen Augenzeugen kostete; die Quellen, aus denen er mit ganz besonderer Wonne schlürfte, hätte er sich in jedem böhmischen Dorfe verschaffen können.

Es ist nicht das erste Mal, dass Bernhard Becker einem „Mangel in unserer Literatur abhilft.“ Seine sich manchmal den Grenzen der Lesbarkeit nähernden Schriften sind sämmtlich von dem gleichen grotesken Eifer diktirt. An sich anscheinend ein harmloser Geist, bei dessen Erschaffung die Natur nicht gar tief in die Tasche griff, wird Becker fürchterlich, wenn er dem Opfer seiner Gründlichkeit gegenübersteht, es überkommt ihn eine förmliche Scharfrichter-Stimmung, und seine Feder kennt so wenig Erbarmen als Herrn Laskers Knüppel.

Als Einleitung zu dem vorliegenden Werke kam 1875 eine Geschichte der revolutionären Pariser Kommune in den Jahren 1789—1794 heraus, in welcher es wörtlich hiess: „Das Verfahren des Herrn Professor Adolf Schmidt in Jena, die Kenntniss der Personen und Ereignisse der gewaltigen, für Europa so wichtigen Bewegung aus Polizeiberichten zu holen, hat uns nicht nachahmenswerth geschienen. Denn hierdurch würde die ganze Geschichte zur Karrikatur verunstaltet werden. Man stelle sich nur vor, was für ein Gesammtbild sich ergeben würde, wenn zum Beispiel Jemand die Geschichte der deutschen Burschenschaftsbewegung oder der deutschen Bewegung von 1848 oder der neueren Bewegung Deutschlands aus lauter Polizeiberichten zusammenstellen wollte.“ Der lichte Augenblick, in welchem Becker diese Zeilen niederschrieb, hat nicht lange angedauert; in seiner neuesten Leistung übertrumpft er den Herrn Professor. Sonst war es Aufgabe der

Polizei, die Privatverläumdung zu legalisiren; Becker macht ihr dieses Vorrecht streitig. Er hat eine Fratze gezeichnet, dieselbe mit Ocker und Zinnober beschmiert, und verkauft sie nun als das wolgetroffene Bild der Kommune. Ist die bekannte Arbeit von Maxime du Camp hässlich, so ist diejenige Beckers garstig. Der Franzose hat ein giftiges, sein deutscher Kollege ein plumpes, geiferndes Pamphlet geschrieben, in welchem verschiedene tüchtige Wahrheiten elend unter einem Haufen gemeiner Schmähungen begraben liegen. Wir billigen es, wenn Becker einer gewissen Richtung französischer Sozialisten den Vorwurf hinschleudert, dass sie sich die Geschichte nach Bedarf zurechtschneiden und nur diejenige Theile studiren, welche gerade dem „Drang ihres Herzens entsprechen"; wir finden es gut, dass er der persönlichen Phraseologie zu Leibe geht und halten seine in dem einführenden Rückblick geübte Kritik für theilweise zutreffend, obschon sich hier zur Evidenz ergiebt, dass Becker viel zu klein gediehen ist, um die Ereignisse in ihrem inneren Zusammenhange auffassen und würdigen zu können. Seine kritischen Anläufe enden meist als ordinäre advokatische Nergeleien, und da er ohnehin das mühsam sich hinschlängelnde Raisonnement fortwährend durch höchst überflüssige Details und gröbliche Wiederholungen unterbricht, so artet der Rückblick einmal übers andere in einen das Verständniss ausserordentlich erschwerenden Wirrwarr aus.

Die Kommune entstand auf dem Schutte des Kaiserreichs; wer jene mit voller Sicherheit beurtheilen will, muss dieses kennen, muss mehr als blosses Zeitungs- und Broschürengetrātsch gesammelt haben. Die Korruption, welche während des Krieges von 1870 in so schreckender Weise zu Tage trat, war keine napoleonische Schöpfung; sie war schon da unter der Julimonarchie, das Empire hat nur das Verdienst, die hoffnungsvolle Saat gepflegt zu haben. Es brachte System in die Ruchlosigkeit, machte sie sich dienstbar und diente ihr wiederum mit allen ihm zu Gebote stehenden erlaubten und unerlaubten Mitteln. Das Empire war das der Bourgeoisie auf den Leib geschnittene Staatswesen. Ein Autor, welcher der Genesis der proletarischen Schilderhebung im Frühling 1871 gewissenhaft nachgeht, wird die unselige Periode vom Staatsstreich bis zum französisch-deutschen Kriege ganz anders behandeln, als dies Becker gethan. Seine Pflicht wäre es gewesen, zu zeigen, wie unter dem Regimente der Ordnung die barbarischen Instinkte und brutale Gelüste in einer Weise genährt wurden, dass man sich in mehr als einer Beziehung über die Zahmheit der Kommune zu wundern hat. Wo sollte denn das junge, in der vergifteten Atmosphäre aufgewachsene Geschlecht Initiative, volkswirthschaftliche Erleuchtung und spartanische Tugend herholen? Seit wann ist es Sitte geworden, die Kinder für die Sünden ihrer Väter verantwortlich zu erklären? Unter den von Becker zusammengescharrten Notizen treffen wir auch auf die Mittheilung, das die Güter der Orleans einziehende kaiserliche Dekret von 1852 habe auf die Arbeiterwelt Rücksicht genommen, indem 10 Millionen für die durch das Gesetz von 1850 autorisirten Kranken- und Altersvereine, 10 Millionen behufs Verbesserung der Arbeiterwohnungen in den grossen Fabrikstädten und 5 Millionen zur Stiftung einer Versorgungskasse für „verdienstvolle Arme" bestimmt worden seien. Hat Becker wohl darüber nachgedacht, wer bei dieser Verbesserung der Arbeiterwohnungen

hauptsächlich „berücksichtigt“ wurde? Und ist ihm denn wirklich absolut fremd, mit welcher Rücksichtslosigkeit im Jahre 1851 die blühenden Arbeiterverbindungen beraubt und abgeschlachtet wurden? Nur sechs Zeilen hierüber wären werthvoller gewesen als das Zitat aus der „Berliner Kreuzzeitung“ und die Belege aus Broschüren, deren reaktionäre Tendenz ausser jeglichem Zweifel steht, und entschieden werthvoller auch als die mit chinesischer Gründlichkeit verfasste Biographie der Vendôme-Säule.

Der „französische Staat“, sagt Becker auf Seite 58, „war durch den unglücklichen Krieg abgeschwächt und zerrüttet, die Hauptstadt desselben durch Belagerung, Hunger, Industrie-Stockung und durch fehlerhafte Massnahmen der Regierung in einen ganz krankhaften Zustand gerathen; sonst würde selbst in Paris eine solche Missgeburt wie die Kommune wohl nicht zur Welt gekommen sein.“ Da guckt unter der Löwenhaut der ächte Becker hervor. Dass der Kommuneaufstand die natürliche Folge dieser Krankheit war, dass eine Katastrophe mit Naturnothwendigkeit hereinbrach und von der erbärmlichen, jeder Thatkraft baren, feigen Regierung der sogenannten Nationalvertheidigung provozirt wurde, übersieht er scharfsinnig. Für ihn ist die aus dem gerechten Volkszorn hervorgegangene Bewegung eine willkürlich in Szene gesetzte revolutionäre Farce. Für ihn giebt es nur Wütheriche, Mordbrenner, welche schwarmweise, mit der Petroleumflasche am Hals, auf das Stichwort zur Eröffnung der Missethaten warteten, — nicht aber monarchische Prätendenten, keine Ruraux, die wuthschnaubend in Versailles monarchistische Pläne erwogen und darnach lechzten, das verhasste Paris auf's Neue zu knebeln, — dasselbe Paris, das sich aufbäumte gegen die bisher seine Gemeindefreiheit mit Füssen tretende Paschawirthschaft! Murrend hatte es lange den unwürdigen, peinlichen und verhängnissvollen Druck bisher getragen, — nun erhob es endlich den Nacken, um nicht neuerdings unter ein noch schmählicheres Joch gebeugt zu werden. Man hat damals die Konspiration in Versailles abgeleugnet und heuchlerische, loyale Versicherungen nicht gespart. Allein es ist Thatsache, dass man nur gar zu gern der jungen Republik den Hals umgedreht hätte. Die Verschwörer sassen in Versailles, nicht in Paris, und das freche Treiben, welches dort herrschte, hetzte recht eigentlich die auf's Höchste erregten Pariser zur Rebellion. Als die Nationalgarde im ersten Stadium der Verhandlungen mit Versailles einen ihr genehmen Chef verlangte, war die Regierung schamlos genug, ihr den General d'Aurelle de Palladine anzuweisen. Man wusste freilich, dass d'Aurelle einen Sieg über die Bayern errungen und — nicht zu benutzen verstanden hatte, doch man wusste gleichzeitig von einem Briefe, worin dieser würdige Krieger Napoleon III. um einen Senatorsitz anbettelte, weil er seiner Zeit Saint Arnaud die Mitwirkung beim Staatsstreiche angeboten habe. Das war mehr als eine höhnische Antwort, das war eine direkte Herausforderung. Becker schweigt über diesen und zahlreiche andere Punkte würdevoll, den folgenschweren Vorgängen vom 18. März, da die Flamme der Insurrektion emporloderte, sind nur wenige saloppe Sätze gewidmet, in denen er sich wohl hütet, der Regierung einen Tadel auszusprechen, und Thiers kaum erwähnt. Das Werden und Wachsen der Idee, welche dem Aufstande zu Grunde lag, und

die treibenden Kräfte lässt er so gut wie unbeachtet. Und warum denn nicht? Die Kommune hat er ja von vornherein als eine abscheuliche Missgeburt bezeichnet, und er hat jetzt einzig noch zu zeigen, dass die Kommune eine Bande von Gaunern und Narren war. Wir vermuthen beinahe, Becker habe einzelne Kapitel vor dem Spiegel geschrieben.

„Nie ist die Kommune mit einem bestimmten Programme hervorgetreten; sie hatte keinen festen einheitlichen Willen, kein klares Ziel. Sie repräsentirte kein selbstbewusstes Ganzes, sie war ein wirrer Knäuel widerspruchsvoller und entgegengesetzter Meinungen und Bestrebungen." Es steckt Wahrheit in dieser Becker'schen Behauptung. Das „Programm" vom 19. April — irren wir nicht, so war es die Arbeit von Delescluze, dem Haupte der jakobinischen Partei — ist der sicherste Beleg dafür, dass ein solides Programm fehlte. „Die Theorie der Kommune, so weit wir sie aus deren eigenen Deklarationen haben entnehmen können," urtheilte die Edinburgh Review, „besteht darin, dass, während vorher vermittelst des allgemeinen Stimmrechts dem gesammten Lande ein absolutistisches Regiment auferlegt worden war, nunmehr nach dem Sturz des Kaiserreiches jegliche Stadt eine vollständige sich bis auf die alleinige Verfügung über ihre Polizei, ihre militärischen Kräfte und ihre Rechtspflege erstreckende Unabhängigkeit erhalten soll." Mehr als ein leidenschaftliches Plaidoyer für die volle Souverainetät der Gemeinde lässt sich unmöglich aus jener Kundgebung herauslesen. Und vollends umsonst ist bei ihr auch alles Spüren nach einer sozialistischen Idee; sie hält sich geflissentlich fern von dem sozialistischen Pfade, wie ja auch überhaupt der Sozialismus im Anfang keine, und im weiteren Verlauf der Dinge eine verhältnissmässig sehr bescheidene Rolle gespielt hat. Energisch ist einzig die Forderung, dass die Städte, vornehmlich Paris, von dem lähmenden Einfluss der reaktionären Masse des Landvolkes befreit und eine Fessel zerschnitten werde, welche die kühn vorwärts strebende Partei der Intelligenz schmerzlich empfunden hatte. Das Programm war ein Aufschrei, ein Ruf nach Erlösung, ein aus dem Herzen hervorbrechender Protest. Thöricht über alle Maassen wäre es, die gesammte Thätigkeit der Kommune zu preisen; sie war in ihrer Mehrheit dem Problem, vor das sie sich urplötzlich gestellt sah, nicht gewachsen, dazu gespalten, und der absolute Mangel eines durchschlagenden Willens, der mit diktatorischer Rücksichtslosigkeit in's Zeug fuhr, konnte nicht anders denn verhängnissvoll wirken. So bildete sich denn ein Zustand heraus, der am richtigsten durch die drei bekannten Worte: „Ordre, Desordre, Contreordre" charakterisirt wird. Wie schon beim Auszug der Israeliten aus Egypten diesen sich allerlei verdächtiges, unsauberes Volk — egyptisches Lumpenproletariat — anschloss, das dann in der Wüste durch seinen Hang zum Götzendienst Moses schweren Verdruss bereitete, so schlichen sich auch in die Reihen der wirklichen Revolutionäre eine Menge Abenteurer, Komödianten und Deklamatoren ein, die das Ihrige redlich beitrugen, die Bewegung zu kompromittiren, ihren Charakter zu fälschen und die Konfusion zur Blüthe zu bringen. Bei jeder Revolution stellt dieses Gelichter sich ein, Becker sollte das aus seinem eigenen Buche über die „Reaktion in Deutschland von 1848—1851" wissen, und dass die Zahl dieser Individuen in Paris eine enorme sein musste, liegt auf flacher

Hand. Die Widersacher einer Bewegung wiesen stets auf den Schlamm, den sie aufgewühlt, und stellten einen trüberen Bodensatz als die Bewegung selbst dar. So verfährt auch Becker: der Tod eines Varlin, eines Delescluze, eines Millière, eines Dombrowski, der Heldenmuth von Tausenden, die freudig Stellung, äussere Ehre, Familie und Leben opferten, ringt ihm nicht ein Wörtchen der Bewunderung, geschweige denn Anerkennung ab. Während viele Korrespondenten deutscher und englischer Blätter, die wahrlich keiner Sympathien für die Kommune verdächtig waren, immerhin Noblesse genug besassen, den Gegnern bis auf einen gewissen Grad gerecht zu werden und einzugestehen, dass unter den Rebellen hochsinnige und hochgebildete, ideale Männer seien, hat Becker, der ehemalige Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, nur Invektiven auf der Lippe. Auch nicht einen grossen Zug vermag er zu entdecken, auch nicht eine Gestalt verschont er mit seinen Kothwürfen; der niedrigste Geselle vom „Figaro“ würde sich dieser Leistungen schämen.

Und mit der Rohheit paart sich bei Becker die bewusste Lüge. Die Kommunards haben sich nicht mehr erlaubt als zum Beispiel die badischen Freischaaren von 1849, ja, sie stellten — drollig genug — eine Wache vor dieselbe Banque de France, welche 1831 im Interesse der Ordnung geplündert worden war; aber das hindert Becker nicht, sie schlechtweg als Diebe anzuschwärzen. Es kann ihm nicht verborgen sein, welche Mühe sich das Kaiserreich um die Entsittlichung gab, und gleichwohl schildert er mit faunischem Behagen das Paris, aus welchem das höhere Cocottenthum en masse auswanderte, um in Versailles bei seinen zahlungsfähigen Beschützern sich anzusiedeln, als in einem riesigen Bordell. Nie ward der Fremde zu Paris weniger von Freudenmädchen belästigt, als im Frühjahr 1871, und Becker hat die Stirn zu behaupten, nie hätte das Laster üppiger geblüht! Wir wundern uns nur, dass er nicht gleich noch auseinander setzt, die Kommune habe die Prostitution begründet.

Es gibt ästhetische Seelen, welche in Siegesbulletins und Verlustlisten schwelgen, aber in Zuckungen gerathen, wenn einem gothischen Tempel oder einer Statue unserer lieben Frau von Milo die Vernichtung droht, und wiederum solche, welche jede dem Unterdrückten auferlegte Pein für selbstverständlich und höchstens bedauerlich finden, jeglichen Akt hervorgepeinigter Rache dagegen pathetisch verdammen. Auch Becker brandmarkt die „bestialischen Ausschreitungen“ der Kommune mit einem immensen Gallen-Aufwand; dass unter den kämpfenden Parisern Tausende von ihren Grossvätern und Vätern den Groll gegen eine Gesellschaft, die so vielfach perfid und gewaltthätig die Früchte der Revolution für sich allein eingeheimst, ererbt hatten, — dass die Erinnerung an die Junischlächterei, an die Louis Napoleon zur Usurpation einladende Niedertracht der Bourgeoisie, an die Beflissenheit, mit welcher im September 1820 die honetten Herren der früheren Opposition auf die hübschen Polster geschnellt waren, um die Macht brüderlich zu theilen, und schliesslich nur ihre Unfähigkeit und Verlogenheit zu dokumentiren, den heissen Durst nach Abrechnung erregten, — das sollte selbst ein Historiker von Beckers Sorte begreifen. Es war die von der Zukunft Nichts oder doch nur Schlimmes hoffende Verzweiflung, welche einzelne Leute der Kommune in Berserker umwandelte und zu Gewaltthätigkeiten

trieb, welche wir abscheulich nennen — um so mehr als sie völlig nutzlos waren —, die aber neben denjenigen des übermächtigen Gegners sich schwächlich ausnehmen. Die Biedermänner schlotterten allenthalben bei der Kunde von der Hinrichtung Chaudey's und der Priester, und ihre Presse hatte leider nicht den Muth, sie darauf hinzuweisen, dass die Heiligen des dritten Standes einst bis an die Knöchel im Blute wateten, und dass ein einziges „schönes Reitergefecht" unendlich tiefere Wunden schlug als alle die „Grausamkeiten" der Kommune zusammen. Die Föderirten sahen ein schreckliches Ende nahen, es war keine Schonung zu erwarten von einer Soldateska, welche danach lechzte, im Kampf gegen die Rebellen das im Krieg gegen die Deutsche eingebüsste Prestige wenigstens theilweise zurückzuerobern. Die Agonie hatte schon begonnen, als in Paris die Massakres stattfanden, die Versailler mordeten noch Tage lang, als der Widerstand gebrochen war, und die Kommune sich röchelnd am Boden wälzte; ihre Kriegsgerichte wütheten statt zu untersuchen: wurde doch ein Kommunard wegen eines und desselben Vergehens viermal zum Tode verurtheilt. Ist Becker auch nicht gegenwärtig, wie die preussischen Truppen 1849 mit den Freischärlern umsprangen? Hätte er nicht ein sehr schadhaftes Gedächtniss, er würde nicht so toll sich selbst ins Gesicht schlagen: der gleiche Becker, welcher in seinem bereits erwähnten Buche über die Reaktion in Deutschland die Häupter der badischen Revolution „kleine Intriguanten" nannte, weil sie vor dem Kriege à outrance zurückbebten, der sich über eine „generöse Kampfesweise" belustigte, der ingrimmig die Worte schrieb: „die Paffen durften ungestraft wühlen, die reaktionäre Gensdarmerie wurde nicht reorganisirt, die schlimmsten Reaktionäre konnten unbehelligt mit ihrem Gelde das Land verlassen, die Spione trieben sich ohne Scheu überall herum, das Heer wurde nicht hinlänglich vermehrt, die Anordnungen der Regierung, wie sie das Murren der opferscheuen Philister hervorriefen, nicht pünktlich durchgeführt," — derselbe Becker, der damals wie ein germanischer Marat die Stirne runzelte, singt nunmehr ein ganz neues Lied. Er schilt wie besessen auf die Kommunarden, weil sie, gleich ordentlichen Kriegsleuten, requirirten, er jammert über die Unterdrückung der feindlichen Presse und der individuellen Freiheit und fährt sich mit dem Schnupftuch über die ehrlichen Augen, wo er die Verfolgungen erzählt, denen der Pariser Klerus ausgesetzt war. Zu Versailles steckte man jeden nur halbwegs Verdächtigen ins Gefängniss, insultirte die Gefangenen — und Becker findet es ungeheuerlich, dass man in Paris mit den Spionen wenig Federlesens machte.

Doch das Kapitel, in welchem Becker zum höchsten Pathos übergeht, ist den Bränden gewidmet, welche während der blutigen Maiwoche den nächtlichen Himmel rötheten. Im Juni 1874 erliess bekanntlich eine Anzahl in London weilender Kommune-Flüchtige, die sämmtlich sich zum anarchistischen Credo bekennen, ein ebenso pompöses als einfältiges Manifest, das die Erschiessung der Geiseln und die Brände als ureigenes Werk der Kommune hinstellte und mit der Phrase abschloss: „Wir beanspruchen unseren Antheil an der Verantwortlichkeit für die an den Feinden des Volkes vollzogenen Strafgerichte, sowie an den Feuersbrünsten, durch welche die Instrumente der monarchistischen und Bourgeosie-Zwingherrschaft zerstört

oder die Kämpfer geschützt wurden." Das war Wasser auf die reaktionäre Mühle, und auch Becker lässt sein Rad von demselben treiben. Und wer sind die Unterzeichner des Schriftstückes? Durch die Bank weg herzlich unbedeutende Menschen, die entweder den Anarchismus als Sport betreiben oder das Bedürfniss haben, von Zeit zu Zeit einige knallrothe Phrasen steigen zu lassen und sich von Unmündigen als die wahren Apostel des revolutionären „Evangeliums" anstaunen zu lassen. Becker betrachtet es nicht für nöthig, diesen „Schein" näher zu prüfen; die revolutionäre Gemeinde in London hat gesprochen, und diese Emanation genügt ihm, über die revolutionäre Behörde den Stab zu brechen; dass zum strengen Schuldbeweis die wesentlichen Momente ausnahmslos fehlen, ist ihm gleichgültig. Halten wir uns kurz über diese Frage. Hätte die Kommune zu ihrer Selbsterhaltung, zur Schonung oder Unterstützung ihrer Streiter Feuer angelegt, so wäre sie hierzu so vollkommen berechtigt gewesen, wie jeder General, der im Feld ein Dorf zusammenschiesst oder eine offene Stadt bombardirt, wenn dies das militärische Interesse erheischt. Die Kommune führte Krieg, sie hatte sich zu wehren, es war sträflich von ihr, wenn sie es nicht in jeder Form that. Allein die Einäscherungen waren unnöthig, die Positionen der Insurgenten weder zu retten noch zu stärken, und die Kommune musste wissen, dass sie durch den Appell an das Petroleum sich nicht Luft schaffen und den Ihrigen nur doppelte Leiden bringen würde. In ihr Schuldbuch gehören die Brände nicht, und ihr die Verantwortlichkeit für das aufzubürden, was einzelne ihrer Leute in der Raserei vollbracht haben, wäre ebenso unsinnig, als die Machtstellung, welche die deutsche Sozialdemokratie erworben, von Beckers Scharfsinn abzuleiten. Und hat Becker wohl auch die Abwehr von Beslay, dem Alterspräsidenten der Kommune gelesen? In der Brochüre, welche Beslay seinen „Souvenirs" nachschickte, wird ein Prozess erwähnt, welcher zirka drei Jahre nach dem Fall der Kommune spielte, und den die „anständige" Presse wohlweislich sehr kurz behandelte. Ein mit dem Orden der Ehrenlegion behängter Bonapartist, der ehrenwerthe Monsieur Prieur de la Comble, geschätzt als glühender Freund der Ordnung, ward der raffinirtesten Brandstiftung überwiesen und in's Zuchthaus geschickt. Bei den Feuersbrünsten im Mai 1871 war auch ein diesem Monsieur Prieur gehörendes Haus „zufällig" in den Flammen aufgegangen, und die ihm damals ausbezahlte Entschädigung reichte, wie der Prozess herausstellte, eben hin, um noch eine Weile den Bankerott von dem notorischen Verschwender abzuwehren. Es war sonnenklar, dass Monsieur Prieur das Feuer selbst angelegt hatte, und jene hübsche Gelegenheit, auf Rechnung der Kommune mit Zündschnüren zu hantiren, ward auch von anderer Seite ausgiebig benutzt, sei es nun aus privaten oder aus politischen Motiven. Der Bonapartismus half im Juni 1848 Barrikaden bauen, er half im Mai 1871, — nachdem er vorher unter allerhand Verkleidungen tapfer zur Konfusion beigetragen, — auch beim Brennen. Becker übersah den Prozess gegen Monsieur Prieur, und hielt es ebenso nicht der Mühe werth, über die Wirkung der Versailler Geschosse ein klein wenig zu meditiren.

Von der Tribüne in Versailles aus hat der jüngere Raspail gerufen: „Tous les hommes responsables des actes de la Commune ne sont pas à Nouméa." Das war ein wohlgezielter und wohlverdienter Hieb. Die

Pariser Nationalgarde war empört über eine Regierung gewesen, welche erst prahlte und zuletzt kapitulirte und dem Feinde zwei Provinzen abtrat. Es war der Patriotismus, der die Massen in Paris durchglühte, und zum Patriotismus hinzu kam die Sorge um die Republik, die Opposition gegen das seine erzreaktionäre Gelüste nur mühsam verbergende Versailles, und das Ende vom Liede war der Krieg zwischen Stadt und Land. Eine tüchtige, ehrliche, aufrichtige Haltung der Regierung hätte den Sturm beschwichtigt, — ihre Härte, ihre zweideutigen Schliche und vollends ihre Flucht waren das Signal zum Sturm. Die Lava der Revolution ergoss sich in breitem Sturz. Niemand vermochte zu stauen; dass die Dinge jedoch für Paris eine unglückliche Wendung nehmen würden, war mit mathematischer Sicherheit zu prophezeihen, Wollte die Revolution siegen, so war unerlässlich, mit Aufbietung der letzten Kraft einen Vorstoss gegen Versailles zu führen und die Ruraux auseinander zu sprengen. Nun standen aber die deutschen Harste in der Nähe, in den grossen Zentren des Südens gebrach es an Organisation und revolutionärem Schwung. Die Revolution in Paris war gezwungen, sich zu lokalisiren, auf die Defensive zu beschränken, also sich selbst die Adern zu unterbinden. Was fruchteten die Anstrengungen der sozialistischen Partei in diesem Chaos? Nur Unverstand und Bosheit werden in dem Sturz der Kommune ein Fiasko des Sozialismus erblicken. Die Kommune war eine politische Revolution und musste als solche verbluten, ihr Schicksal war schon bei ihrer Entstehung besiegelt. Die starken sozialistischen Keime aber, die sie vorfand und die sie zeitigte, sind unverloren.

R—g.

J. S. Nicholson, Scholar of Trinity College, Cambridge: The Effects of Machinery on Wages. Being the Cambridge Cobden Prize Essays for 1877. (VII+56 S.) Cambridge and London, 1878.

Es sind weder neue Gesetze, noch unbekannte Thatsachen, die wir durch diesen Essay erfahren; der Verfasser stützt sich im Wesentlichen auf die Arbeiten früherer Autoren, hat aber, was über die Wirkungen der Maschinen auf den Lohn nur an zerstreuten Orten gesagt war, hier in übersichtlicher Darstellung vereinigt. Grösseren Raum widmet er den üblen als den guten Einflüssen, weil die letzteren in der Fachliteratur zu einseitig hervorgehoben seien, doch lässt sich dies betreffs der sozialistischen Schriftsteller wohl nicht aufrecht erhalten, wenn dieselben ihre Anklagen auch an eine andere Adresse als an das Maschinenwesen gerichtet haben. Die Maschinen waren ja nicht Ursache der seit ihrem Auftauchen klarer erkannten sozialen Missstände, sondern nur Elemente, deren Dazwischenkunft die Auflösung unhaltbarer Zustände zu beschleunigen begann.

Die Ergebnisse des Verfassers sind nur derjenigen Periode der ökonomischen Geschichte entnommen, welche als die Aera der Maschinen bekannt ist, d. h. vom Erscheinen des Adam Smith'schen Wealth of Nations bis

heut, und im Allgemeinen werden ausschliesslich die englischen Zustände betrachtet. Indessen, diese nationale Schranke ist nur scheinbar; denn in grossen Zügen haben die nämlichen Resultate sich in allen Kulturländern wiederholt.

Unter Lohn ist hier, wie zu erwarten war, die Entschädigung Derjenigen (nach Leone Levi rund zwei Drittel der gegenwärtigen Bevölkerung) verstanden, welche in der Produktion mit Rücksicht auf den Vortheil ihrer Arbeitgeber beschäftigt sind und nach vorbedungenem Satze bezahlt werden.

Der Verfasser forscht aber nicht nur nach dem in Geld ausgedrückten Nominalwerthe, sondern nach dem Realwerthe des Arbeiterlohnes, indem er von der Ansicht ausgeht: Lohn besteht in allem Begehrenswerthen, was dem Arbeiter aus seiner Lage als Arbeiter erwächst. Demnach gelten ihm als Lohnerhöhungen: Billigerwerden der Lebensbedürfnisse, Verbesserungen der Wohnhäuser, zunehmende Bildung von Sitten und Geschmack der Arbeiter, jedenfalls Besserungen der sanitären Bedingungen ihrer Arbeit und noch mehr jede Beschränkung der Arbeitszeit, selbst bei verhältnissmässiger Zunahme der körperlichen Anstrengung. Die einzig haltbare Definition des Arbeitslohnes scheint ihm daher zu der von ihm als Motto gewählten Behauptung Brentanos zu führen: „Die Lohnfrage ist eine Kulturfrage.“ Nach dieser Auffassung steht also das Steigen des Lohnes in gleichem Verhältniss mit dem Steigen der Kultur, wenn nicht direkt, so jedenfalls indirekt, indem höhere Kultur als eine Minderung des Arbeitsquantums betrachtet wird. Der Reallohn also soll sich mit steigender Kultur erhöhen, selbst wenn der Nominallohn die alte Stufe nicht verlässt. Diese Theorie ist aber gewiss nur einseitig wahr: denn es muss nicht vergessen werden, dass die Arbeiter mit zunehmender Kultur auch klarer die Mängel ihrer Lage erkennen.

Die unmittelbaren Folgen des Ersatzes von Arbeit durch Maschinen werden als schädlich aufgewiesen, wenn dieser Uebergang plötzlich ist; wenn die Arbeiter mit Umlaufskapital bezahlt werden, so müsse jede Mehrung des fixen auf Kosten des Umlaufskapitals pro tanto zeitweilig die Arbeiter benachtheiligen. Es sei aber historisches Gesetz, dass der Wechsel von Handarbeit zu Maschinenproduktion nur allmählich und langsam stattfinde; dies hebe die Gefahr für den Arbeiter, und zwar um so mehr, je grösser die Beweglichkeit der Arbeit und die Ausdehnung des Marktes sei.

Bedenklicher sind die sozialen Resultate, welche der Einführung grosser Fabriken folgen. Der Verfasser findet sie in der Entfremdung von Arbeitgeber und Arbeiter, die sich besonders in der Bezeichnung der englischen Fabrikarbeiter als „hands“, also als unpersönlicher Werkzeuge, aussprechen; sodann in der Entwerthung persönlicher Geschicklichkeit und damit Verdrängung tüchtiger Arbeitselemente durch geringere; endlich in einer schrecklichen Degradation der Arbeit, die aus den physischen, moralischen und intellektuellen Bedingungen der letzteren sich bildete. Andererseits habe sich jedoch manchmal die Arbeitszeit verkürzt, und die Minderung des Arbeitsquantums sei dann eine Lohnsteigerung gewesen.

Als Hülfsmittel der Arbeit betrachtet, mehrten die Maschinen die Billigkeit der Lebensbedürfnisse und damit den Reallohn. Indem das Kapital anwuchs, wurde ferner die Nachfrage nach Arbeit erhöht. Dagegen

wird auch klar, wie sie die Arbeitszeit übermässig ausdehnten, ein Uebel, das jedenfalls ersichtlicher ist, als die oben angeführte zeitweilige Minderung derselben. Als besonders gefährlich aber erkennt der Verfasser die in Folge mangelnder Organisation vorhandene Tendenz des Fabrikwesens zur Ueberproduktion. Aus dieser ergeben sich Lohnschwankungen, wie sie ehedem unbekannt waren, wodurch die Lage der arbeitenden Klassen höchst unsicher gemacht wird.

Als die Arbeitstheilung beeinflussende Faktoren haben die Maschinen in vielen Zweigen das physische Arbeitsquantum gesteigert. Da aber auch bessere Disposition über die verschiedenen Kräfte dadurch ermöglicht wird, so können nunmehr auch die schwächeren, welche früher unbrauchbar waren, verwerthet werden; dadurch profitirt die Familie als lohnempfangende Einheit. Es sollte aber wohl beachtet werden, dass die Heranziehung von Frauen und Kindern in dem faktischen Masse wiederum unter die realen Lohnverminderungen gerechnet werden müsste. — Trotz der vielfachen Erleichterungen, welche mit der Arbeitstheilung verbunden sind, findet Nicholson, dass die Anforderungen an die Geschicklichkeit des Arbeiters, wodurch der Lohn gleichfalls gesteigert wird, sich eher vermehrt als verringert haben.

Maschinen bewirken sodann die Konzentration sowohl von Kapital wie von Arbeit, d. h. das Wachsthum von Fabriken und Städten. Das Recht der Gesetzgebung, die daraus für den Arbeiterstand erwachsenden Missstände zu beschränken, wird vom Verfasser anerkannt, da sonst das Arbeitsquantum im Verhältniss zum realen Lohn sich übermässig erhöhe.

Was zuletzt die Beweglichkeit der Arbeit und des Kapitals anbetrifft, so wird der Nachtheil des Arbeiters klargestellt; sowohl hinsichtlich wachsender Kenntnisse wie wachsender Transportmittel habe das Kapital unverhältnissmässig gewonnen, und der Arbeitsmarkt sei weniger organisirt als irgend ein anderer.

Als Resultat ergiebt sich nun, dass in der bisherigen Periode der Maschinenaera die Arbeiterklasse durch Einführung des Fabrikwesens zweifellos geschädigt worden ist.

Selbst für die Gegenwart findet Nicholson noch Weniges gebessert. Die Schuld daran misst er dem „absurden Extrem der Doktrin des laissez-faire“ bei. Gegen diese, die den niederen Instinkten anvertrauen wolle, was Vernunft, „der höchste von allen Instinkten“, durchzuführen unfähig sei, wendet er sich mit schwungvoller Entrüstung; sie sei ein mehr herabziehender und weniger zu rechtfertigender Optimismus, als der Fatalismus entnervter Orientalen. Er selbst verlangt die Hülfe einer anderen Kraft: der Gesetzgebung; mit Ernst verwahrt er sich gegen die Einbildung, dass sie Tyrannei bedeute.

Dem Sozialismus wäre hiermit der Boden bereitet; aber es ist wohl von einer akademischen Preisschrift nicht zu erwarten, dass sie sich auf diesen stellen werde. Obwohl wir an einigen Punkten der Folgerung einer Nothwendigkeit der durch den Staat organisirten Produktion sehr nahe geführt werden, sagt Nicholson schliesslich nur: „Theoretisch mögen mancherlei gleich plausible Vertheilungspläne aufgestellt werden; aber wir leben in den Tagen der Maschinen und des Grosskapitals, und ich muss

denken, dass spekulative Philanthropen, wie die Sozialdemokraten, wahrscheinlich für die Gegenwart praktisch Gutes wirken würden, wollten sie vielmehr die Fehler des jetzigen Gebäudes auszubessern, als auf seinen Ruinen ein neues zu gründen versuchen." Demgemäss giebt er den Arbeitern nur den Rath, vorläufig sich durch Sparsamkeit gegen die üblen Wirkungen der Krisen zu schützen und ihren politischen Einfluss aufzubieten, um internationale Verkehrsstörungen, von denen die nachtheiligsten Schwankungen herrühren, zu beseitigen. Zudem müsse die Erziehung ihnen zu Hülfe kommen, einerseits technischer Unterricht, andererseits sittliche Bildung.

E. Bz.

Der Rebell im Dorfe. (Buntar w dierewnie.)
A. Koszelew. Was ist jetzt zu thun? (Tchto sche tiepier dielatj.) Berlin, B. Behrs Buchhandlung, 1879.

In der Berliner Verlagsbuchhandlung von B. Behr sind zwei russische Brochüren erschienen. Der Autor der ersteren „Der Rebell im Dorfe" scheint dieselbe nur deshalb in den dortigen Verlag gegeben zu haben, damit die russischen Revolutionäre durch ihren oberflächlichen Inhalt eher irregeführt werden könnten. Dieses allerdings ziemlich geschickt abgefasste Schriftchen ist bemüht, die revolutionäre Propaganda als unsinnig und die Propagandisten selbst in dem schlechtesten Lichte darzustellen.

Die Erzählung Koszelews hingegen liefert bereits an sich selbst einen Beweis, wie unerträglich die Zensurverhältnisse in Russland sind. Sie stellt so einfache und bescheidene Ansprüche, dass man sich wundern muss, warum es dem Autor nicht möglich war, sie in Petersburg oder Moskau drucken zu lassen. Den bessern Theil des Werkchens bildet die Kritik der heutigen Zustände Russlands, obwohl der Autor des dort herrschenden Barbarismus, wie z. B. der Entnationalisirung und der Unterdrückung Polens, des Verbotes der ruthenischen Literatur, der Massenübersiedlung aus Kaukasien u. s. w. gar nicht gedenkt. Es scheint sogar, dass er es für ganz natürlich und selbstverständlich findet, wenn das russische Volk die übrigen Völker verschlinge, obschon es von demselben Despotismus bedrückt wird, als diese. Unter solchen Umständen wird es uns schwer, zu glauben, dass derjenige, welcher solche Gefühle hegt, thatsächlich nach Freiheit streben könne.

Koszelew behauptet ferner, dass die russischen Sozialisten — eigentlich keine wahren Sozialdemokraten seien. Nach seiner Ansicht sollten sie sich Nihilisten nennen, und meint er, dass die Hauptursache ihrer Vermehrung keine positive, sondern eine negative sei. Sie treten nicht so sehr für die modernen ökonomischen Bedürfnisse ihrer Mitmenschen ein, als sie vielmehr die Nothwendigkeit der Zerstörung aller bestehenden politischen Verhältnisse, welche die geringste Regung nach einem freieren berechtigten Leben niederhalten, verkünden. Diese letzte Behauptung mag ihre Richtigkeit haben, denn in Russland muss der ökonomischen Revolution eine politische unbedingt vorangehen.

B. L.

Bericht über den Fortgang der sozialistischen Bewegung.

Vereinigte Staaten von Amerika.

New-York, 1. März 1880.

Seit unserem Berichte vom Juni 1879 hat sich die Stärke der Partei nicht ansehnlich vermehrt; ja, wenn man nach den Wahlergebnissen im Herbste urtheilen soll, hätte sie sich sogar vermindert in Chicago, Cincinnati und New-York, wo sie allein in den Wahlkampf eingetreten ist. Die gegnerischen Zeitungen haben darüber einen übelbegründeten Jubelruf ausgestossen. Daran waren hauptsächlich persönliche Zerwürfnisse unter den Wortführern schuld, überhaupt Mangel an tüchtiger Leitung der Geschäfte. Da unter solchen Umständen ein Wahlerfolg überhaupt nicht zu verhoffen war, stimmten viele Parteimitglieder entweder gar nicht mit, oder sie gaben den wenigst anstössigen Kandidaten der alten Parteien ihre Stimme. Auch ist es in der That überall da nutzlos, einen Partei-Wahlzettel aufzustellen, wo man die Wahlinspektoren nicht nöthigen kann, die für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen besonders aufzuzählen, wo sie vielmehr als „zerstreute Stimmen" aufgeführt werden. Dazu kam endlich noch die Entmuthigung vieler Genossen dadurch, dass bei der Bewegung, welche auf eine Unabhängigkeitserklärung der Arbeiter am 4. und 5. Juli abzielte, die Gewerkschaften im letzten Augenblicke ihre Mitwirkung versagten. Das von diesen ausgegebene Stichwort lautete: Keine Achtstunden-Bewegung, bevor die Löhne gesteigert sind! Die Demonstration zu Gunsten einer Verkürzung des Arbeitstags auf 8 Stunden fiel deshalb überall dürftig aus, New-York, Newark, Chicago und St. Louis ausgenommen, wo sie glänzend genannt werden konnte. Die Betheiligung der Arbeiter, welche der Greenback- und der kalifornischen und Massachusetts-Arbeiterpartei angehören, unterblieb ebenfalls; kein Wunder, dass nur in New-York und Chicago von der gutorganisirten Möbel- und Pianoarbeiter-Gewerkschaft eine geringe Verminderung der Länge des Arbeitstages erlangt werden konnte, ein Sieg, welcher nicht einmal in allen Werkstätten durchgreifend war.

Etwas zu dem Mangel an Erfolg bei den Herbstwahlen hat unstreitig auch der Wiedereintritt besserer Geschäftszeiten beigetragen. Unsere überaus reiche Ernte zu einer Zeit, da in einem grossen Theile Europas Misswachs

herrschte, der unsern Lebensmitteln grossen Absatz zu guten Preisen sicherte, erweckte unmittelbar nach dem 4. Juli einen Wiederbeginn der tief eingeschlafenen Spekulation und eine Anfeuerung des Handels, welche unsere Haupt-Industrien stark beschäftigte. Die Minen wurden wieder eröffnet, die Hochöfen angeblasen, die Fabriken, welche seit lange blos noch auf Bestellung gearbeitet hatten, arbeiteten wieder auf Vorrath, die meisten Ueberzeit, manche Tag und Nacht; die Hunderttausende von brodlosen Arbeitern fanden wieder zu thun, die Halbbeschäftigten waren froh, mittelst Ueberzeit Mehrverdienst zu erzielen, ihre Schulden bezahlen, neue Kleider und Haushaltungsgegenstände anschaffen zu können. Mit frecher Stirn rühmten die Zeitungen und Wahlredner der regierenden (republikanischen) Partei, dieses Aufleben der Geschäfte sei Folge ihrer Politik, nämlich der Wiederaufnahme der Baarzahlungen (am 1. Januar 1879), und sie machten damit sichtlichen Eindruck auf die gedankenlosen Volksmassen. Für die Greenbackler und die Papiergeld-Demokraten, welche von der Aufnahme der Baarzahlungen den völligen Ruin des Landes prophezeit hatten, war dies eine Ohrfeige, welche diese Parteien in den Herbstwahlen schwer schädigte — unsere Partei litt darunter mit, weil die republikanische wirklich die Andauer besserer Zeiten nach sechsjährigem Darben sicher zu stellen verhiess. Dass unter solchen Glücksumständen für die herrschende Klasse unsere Partei nicht desorganisirt wurde, wie andere Oppositionsparteien, sondern an Zahl der Sektionen gewachsen ist, am Eifer der überzeugungstreuen Mitglieder nur gewonnen hat, wohl aber verschiedene „Freunde im Glück“ auf unschädliche Weise losgeworden ist, dazu kann man ihr Glück wünschen.

Kaum waren die meisten Erwerbszweige wieder im Gange, so begannen zuerst die organisirten Gewerkschaften, dann aber, durch deren Erfolg angefeuert, auch die wenig oder gar nicht organisirten Arbeiter, eine lange Reihe von Ausständen zum Zwecke der Erlangung besserer Löhne. Das Bedürfniss darnach war nach langer nahrungsarmer Zeit um so dringender, als schon die Preise aller Lebensmittel ansehnlich gestiegen waren. Neben dem Streben nach besseren Löhnen war hier und da auch Verkürzung des Arbeitstags und Beseitigung entwürdigender Werkstattgesetze, missliebiger Vormänner und der Bedingung des Austritts aus den Gewerkschaften, welche von vielen Arbeitgebern gestellt wurde, als Ziel in's Auge gefasst — und die Arbeiter waren fast überall siegreich.

Der Werth gut organisirter Gewerkschaften mit genügenden Widerstandskassen wurde dadurch glänzend bewiesen, dass diesen wohl kein einziger Ausstand misslang. Die von unsern Parteimitgliedern gestifteten Gewerkschaften blieben bis jetzt alle siegreich in Verbesserung ihrer Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen, während solche Gewerkschaften, welche sich erst neu bildeten, ohne genügende Widerstandskassen zu besitzen, in der Regel nur theilweise Siege oder Niederlagen davontrugen. Infolge dieser Erfahrungen hat die Einsicht in die Nothwendigkeit der Organisation allgemein zugenommen, und die Aussichten unserer Partei gestalten sich günstiger, als sie je gewesen sind.

Es ist augenscheinlich, dass die um ein Drittel vermehrte Auswanderung von Europa nach Amerika der Noth drüben und zugleich der Nachricht vom Wiederaufleben der Geschäfte hierzulande entsprungen

ist. Es ist deshalb nothwendig, hier bekannt zu geben, dass die Zeiten für die amerikanischen Arbeiter nichts weniger als glänzend sind. Man darf behaupten, dass die Löhne durchschnittlich um 15 Prozent, die Lebensbedürfnisse um 20—25 Prozent gestiegen sind. Die Zeiten sind glänzend blos für die Spekulanten, Unternehmer und Grosskapitalisten, für den Zwischenhändler- und Kleinbürgerstand kaum leidlich, für die Lohnarbeiter nur dadurch etwas besser geworden, dass sie nicht mehr ein Drittel des Jahres brach zu liegen brauchen, sondern beim Ueberzeit-Machen eben auskommen können. Die Löhne von heute können mit denen von 1873 keinen Vergleich aushalten. Die höchsten Lohnsätze von damals sind bis auf eine Hälfte, ja ein Drittel herabgegangen, die mittleren und niederen bis nahe an die Hälfte, die Lebensbedürfnisse sind aber im Preise nicht gleichsehr gefallen. Die Aussichten sind auch nicht derart, dass die jüngst errungenen Lohnsteigerungen andauern können. Bei aller beispiellosen Erholungskraft dieses Landes und Volkes ist es mit der Kapitalbildung beim Arbeiter durch blossen Fleiss und Sparsamkeit unwiderruflich vorbei. Die Monopolwirthschaft ist zu unumschränkt, die Herrschsucht und Habgier der Kapitalistenklasse zu rücksichtslos und siegestrunken, die Börsenspekulation zu weit verbreitet und wahnwitzig, um dem Lohnarbeiter Gelegenheit zu genügenden Ersparnissen zu lassen. Der kapitalistische Grossbetrieb hat aller Kleinspekulation entweder die Wege versperrt, oder spekulirt auf deren Ruin.

Die Vereinigten Staaten haben keine Kolonien, welche sie der Handelsausbeutung unterwerfen könnten, wie England, Frankreich und Spanien. Zwei Drittel ihrer Bevölkerung sind auf den Ackerbau und seine Nebenerwerbszweige angewiesen; haben ihre Erzeugnisse keinen ausreichenden Absatz im Auslande, so ist der Kleinfarmer bankerott, weil er meistentheils verschuldet und nicht im Stande ist, einen Zinsfuss von 12—24 Prozent zu bezahlen, und weil die Eisenbahnfracht seiner Produkte den Reingewinn aufzehrt. Die Riesenfarmen, deren Zahl sich rasch vermehrt, und welche mit lauter wohlfeilen Lohnarbeitern und Maschinen bis zu 100 Prozent im Jahre erzielen, liegen alle an den Eisenbahnen und können den Produktenmarkt überfüllen, ehe der Kleinbauer zu Markte kommen kann; sie haben Kontrakte mit den Eisenbahnen und Ausfuhrhäusern — der Kleinbauer hat überall das Nachsehen. Zu Tausenden werden die bankrotten Kleinbauern expropriirt, und ihr Land wird in Grossfarmen verwandelt; aus kleinen Landeignern werden Pächter und Lohnarbeiter. Mit diesem Stande der kleinen Grundeigner schwindet der Absatz der Fabrikerzeugnisse zusammen. Die nächste gute Ernte in Europa muss eine Million Kleinbauern zu Proletariern machen. Wenn die 10,000 (englischen) Meilen neuer Eisenbahnen, welche seit vorigem Jahre angefangen worden sind, fertig sind, und wenn es dann keine Fehlernte in Europa giebt, so ist der Weltkrach verstärkt wieder da. In der Spekulation mit übertriebenen Scheinwerthen (Eisenbahn, Fabrik-Minen-Aktien) müssen Tausende kleiner Kapitalisten zu Grunde gehen; die Geschäftsblüthe ist zu Ende, und eine stark vermehrte Proletarier-Bevölkerung kann wieder landstreichen gehen.

Die Spielwuth mit Wetten, Lotterien, Börsenpapieren hat eine Höhe des Wahnsinns erreicht, welche aller Beschreibung spottet. Nicht nur ist das einhei-

mische Scheinkapital ausserordentlich gross, sondern es wird durch Anlagen europäischer Kapitalisten vermehrt. Seit Monaten spielt Alles auf die Hausse, ganz werthlose Papiere sind dabei die vortheilhaftesten, weil sie beim Steigen aller Scheinwerthe verhältnissmässig am meisten steigen; die für sicher geltenden Papiere erreichen einen Werth, der unter den günstigsten Umständen nie verzinst werden könnte. Aber merkwürdig — der Werth des Grundeigenthums (Städte wie Newyork und Boston ausgenommen) will nicht wieder steigen, womit bewiesen ist, dass die Verarmung des Arbeiter- und Kleinbürgerstandes soweit geht, dass sie kein Grundeigenthum mehr kaufen können, dass also das Mittel, wodurch Hunderttausende von Arbeitern wohlhabend zu werden pflegten — Steigen des Bodenwerthes — seine Wunder versagt.

Die Arbeiterpartei von Massachusetts kam bei den Herbstwahlen nahe daran, Benj. F. Butler zum Governor des Staates zu wählen. Ihre Niederlage wird mit Recht dem Umstande zugeschrieben, dass mehr als 100,000 Stimmberechtigte das Wahlrecht nicht ausüben durften, weil sie im laufenden Jahre zu arm gewesen waren, um eine direkte Staatssteuer zu zahlen. Eine weitere Anzahl Ver. Staatenbürger von vielen Tausenden durfte nicht stimmen, weil das Staatsgesetz Niemand an den Stimmkasten lässt, der nicht lesen und schreiben kann. In Kalifornien war die Arbeiterpartei glücklicher. Sie hat nicht nur die Annahme der neuen von ihr betriebenen Staatsverfassung durch das Volk durchgesetzt, sondern bei den auf Grund derselben erfolgten Wahlen zur Legislatur, welche die Ausführungsgesetze dazu erlassen soll, ein Drittel der Abgeordneten gewählt, während von den übrigen zwei Dritteln nur wenige Mann der neuen Ordnung feindselig sind. Auch hat sie in San Francisco eine Hälfte aller städtischen Beamten erwählt. Es ist unleugbar, dass die ungeheure Mehrheit der Bürger aller Parteien mit den meisten ihrer Massregeln einverstanden ist, insonderheit mit der Vertreibung der importirten Chinesen (Kulis) auf den Grund hin, dass sie Gemeinschäden sind, mit dem hohen Steuersatz auf den Grosslandbesitz, mit dem Verbot der Börsenspekulation und der Ueberwachung der Eisenbahnkönige, damit sie feste und verhältnissmässige Fahr- und Frachtpreise berechnen. Die vordem so üppig wuchernde Korruption im ganzen öffentlichen Dienste ist ausgefegt worden, oder wird demnächst vollends ausgefegt werden. Es ist ferner endlich anerkannt, dass der Führer der Arbeiterpartei, Dennis Kearney, ein Reformwerk zu Stande gebracht hat, welches auf keine andere Weise hätte vollbracht werden können, und dass er, mit all seiner rohen Sprache und seinen stürmischen Volksversammlungen, welche den Gebildeten so sehr zuwider sind, doch eine seltene Klugheit verbindet, welche ihn verhindert, zu weit zu gehen. Schon bei mehreren Gelegenheiten waren seine an Zahl schwachen, aber ungemein reichen Gegner, welche auf die Hülfe des Bundesmilitärs im dortigen Hafen rechnen konnten und die ängstliche Bürgerschaft glauben machten, die Arbeiter hätten es auf Raub, Mord und Brand abgesehen, bereit zum gewaltsamen Vorgehen gegen Kearney und Genossen; aber Kearney schüchterte sie jedesmal gerade genug ein, und die Arbeiter gehorchten ihm so sehr auf's Wort — trotzdem dass die Noth unter ihnen sehr gross war —, dass diese Gegner den beabsichtigten Staatsstreich aufgeben mussten. Man

kann sich die verbissene Wuth dieser Millionäre denken, welche sie nicht einmal in der dortigen Presse, sondern nur in der von New-York auslassen durften.

Was dem Kearney in Kalifornien möglich geworden ist, wäre natürlich unter den sehr viel ungünstigeren Umständen hier im Osten unmöglich. Hier ist eben ein Wachsthum unserer Partei oder ein Sieg unserer Parteiansichten nur durch die Ueberstürzung unserer Gegner zu erwarten. Die Massen des arbeitenden Volkes müssen durch den Drang der Umstände, durch die wachsende Noth und die Uebergriffe der Kapitalistenklasse zur Zerstörung der Maschinerie der beiden alten Parteien gezwungen werden. An solchen Uebergriffen aber fehlt es nicht.

Man kann nicht länger daran zweifeln, dass die republikanische (kapitalistische) Parteimaschine uns bei der nächsten Nationalwahl den General Grant zum Präsidenten oktroyiren will, und dass dieser zum Umsturz der Bundesverfassung und zur Errichtung eines Kaiserthums ausersehen ist. Es wird sich darüber in Europa kein denkender Kopf wundern. Mit der Kapitalherrschaft ist bei deren Verfechtern die Sehnsucht nach einer „starken Regierung“ eingezogen. Die öfteren Wahlen und Regierungswechsel, mit welchen auch das System mehr oder weniger wechselt, sind den Kapitalisten zuwider, weil weitaussehende Unternehmungen dadurch sehr unsicher werden. Der Sozialismus, von dem sie hören und sehen, dass er in Europa allen Regierungen und alten Parteien Sorgen und Kopfzerbrechen, ja Angst macht, hat auch in den Vereinigten Staaten seine ernsten und begeisterten Vertreter und dünkt den Geldkönigen eine ansteckende Krankheit der gefährlichsten Art, gegen welche man eine Quarantäne errichten muss. Es ist ihnen mit Hunderttausenden von Arbeitern gelungen, sie in so vollständige ökonomische Abhängigkeit zu bringen, dass sie bereits ihre Stimmen an die Partei der Arbeitgeber verkaufen, ihre Gewerkschaften verlassen, einen Kontrakt unterschreiben, durch den sie ihre Arbeitgeber aller Haftpflicht für die in deren Dienste erlittenen Unfälle entledigen und versprechen, sich persönlich und ihre Wohnungen durchsuchen zu lassen, ob sie Eigenthum der Fabrik entwenden, und andere solche Unwürdigkeiten mehr; — warum sollten sie nicht auch für Abschaffung der Republik und der Selbstregierung stimmen, wenn's verlangt wird, und ihr Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen?

Den europäischen Geburts-Aristokraten haben unsere Kapitalisten schon längst auf ihren Reisen abgeguckt, „wie man sich räuspert und wie man spuckt“; ihre Töchter haben sie immer mit Vorliebe an die armen Adligen der alten Welt, oder an europäische Diplomaten hier verheirathet; bei allen Höfen haben sie antichambrirt, Wappen haben sie sich an ihre Kutschenschläge und auf die Freskomalerei ihrer Säle malen lassen, und ihre Kutscher und Bedienten sind livrirt — „ihre Mittel erlauben ihnen das.“ Kurz, wie sie den Adel und die Bourgeoisie der alten Welt an Reichthum zu übertreffen suchen, so auch an den Lastern und der Herrschsucht ihre Vorbilder. Wenn man's nicht besser wüsste, dass diese Leutchen einmal Republikaner aus Neigung und mit Vorliebe gewesen sind, so würde man es Ihnen heute nicht ansehen. Aber bei dem erstaunlichen Hange des Amerikaners zum Scheine und Glanze ist dieser gänzliche Wandel in der Gesinnung nichts

Verwunderliches. Und wenn es auf unsere Kapitalistenklasse allein ankäme, so hätten wir nächstes Jahr einen Staatsstreich, einen Kaiser Ulysses I, ein grosses stehendes Heer, einen erblichen Adelsstand, und allen Zubehör dieser schönen Einrichtungen.

Nun aber ist in der That die Mehrheit des Volkes dafür noch nicht reif, und man darf nicht zu viel auf einmal wagen. Vor der Hand aber ist die Grosskapitalistenklasse fest entschlossen, den ersten und entscheidenden Schritt, die Ernennung Grants zum Präsident-Kandidaten (am 3. Juli d. J. in Chicago), seine Erwählung am 2. November d. J. und seine Amtseinführung am 4. März 1881 durchzusetzen, kostet es soviel Geld, Wahlbetrug und Gewaltanwendung, als es wolle. Seit dem Bestehen der Union ist es ein ungeschriebener, aber altehrwürdiger Grundsatz gewesen, keinen Präsidenten für mehr als zwei vierjährige Amtsperioden zu ernennen und zu wählen. Grant würde der Erste sein, der zum dritten Male als Präsident vorgeschlagen würde, und dieser Bruch mit der Vergangenheit soll — falls das Volk ihn duldet, oder gar genehmigt — die Bürgschaft sein, dass die Zeit zum Staatsstreiche gekommen, und dass es für die Diktatur und Monarchie reif ist.

Es kann in Europa nicht unbekannt geblieben sein, welche Schritte die kapitalistische Verschwörerbande bisher gethan hat, um diesen Plan vorzubereiten. Am Ende seiner zweiten Präsidentschaft (4. März 1877) war dieser Herr Grant durch die von ihm grossgezogene Korruption und seine Ermuthigung der Volksausbeuter so missliebig bei der grossen Masse seiner eignen Partei und so verhasst bei der Opposition geworden, dass die Regisseure der Verschwörung ihn mit zusammengeschossenem Gelde auf eine Reise um die Welt schickten und die neue Hayes'sche Administration zwangen, ihn durch die Unions-Gesandten bei allen Höfen der Welt einzuführen und alle ihm erwiesene Ehre als einen dem Volke der Union erwiesenen Dienst darzustellen. Es wurden ihm die Kriegsschiffe der Nation zur unbeschränkten Verfügung gestellt, um überall als Vertreter der Nation auftreten zu könnnen. Der „N.-Y. Herald", das Kapitalistenblatt dieses Landes, welches alle Laster und Schwächen des Volksnaturells am treuesten widerspiegelt und ihnen am gewissenlosesten schmeichelt, hatte seinen Berichterstatter bei Grant, um durch Bulletins alle Fahrten und die Ehrenbezeugungen, die ihm erwiesen wurden, pomphaft zu schildern, und gewöhnte seine Leser daran, den schlimmen Ruf zu vergessen, welchen dieser Emporkömmling zu Hause sich zugezogen hatte. Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten empfing ihn die Verschwörerbande mit Huldigungen, welche sich von San Franzisco bis Philadelphia wiederholten, und deren ungeheure Kosten, da man sie mit freiwilligen Beiträgen nicht ganz bestreiten mochte, schliesslich den Gemeinden der Städte aufgebürdet wurden. Dann schickte man ihn wieder hinweg nach Cuba und Mexiko und begab sich nun daran, die Konventionen des Volkes der Einzelstaaten zu seiner Ernennung zum Präsidentschafts-Bewerber vorzubereiten. Und mit den beiden einflussreichsten und grössten Staaten — Pennsylvanien und New-York, welche zusammen ein Viertel der zur Ernennung nöthigen Elektoralstimmen abgeben — ist es so eben gelungen, die Abgeordneten zur Nationalkonvention der Republikaner auf einstimmige Ernennung Grants zu verpflichten. Es gab eine ansehnliche Oppostion, aber sie wurde durch den allmächtigen Parteigeist beschwichtigt. Die Aussicht ist diese, dass mit

Hülfe der ganz verkäuflichen Stimmen der südlichen Politiker der Partei, welche ein zweites Viertel der nöthigen Stimmen liefern können, und noch einiger nördlichen Staaten, welche mit den Republikanern um jeden Preis gehen, die Nomination Grants von vorn herein eine Mehrzahl der Abgeordneten für sich haben werde. An Geld, um die Politiker und die an Korruption gewöhnten Stimmgeber zu kaufen, wird es natürlich nicht fehlen, und die Uebung der Politiker im Fälschen der Wahlergebnisse soll — so hofft man — das Uebrige thun.

Nun hätte es mit dieser Verschwörung gar keine Gefahr, wenn alle Wahlberechtigten unmittelbar darum befragt würden, ob sie Grant zum Präsidenten haben wollen. Die Antwort wäre ein Nein von Seiten der grossen Mehrheit. Allein die Frage ist, wer soll der Gegenkandidat sein? — und es giebt keinen passenden Kandidaten, auf welchen man sich Seitens der Opposition einigen könnte, vielmehr würde selbst der bestmögliche Kandidat nicht eine volle Mehrheit ihrer Stimmen bekommen. Dazu tritt nun der nachtheilige Umstand, dass die Wahl eine mittelbare ist, nach Staaten, wodurch das Machtverhältniss bis zu einem solchen Grade verrückt wird, dass eine Minderheit der Wähler die Mehrheit der Stimmen erlangen kann, oder dass überhaupt gar keine absolute Mehrheit der Elektoralstimmen herausspringt, weil durch Wahlbetrug in einigen wenigen Staaten das Ergebniss gefälscht werden kann (wie es 1877 geschah), oder weil drei, vier oder sogar fünf Kandidaten im Felde stehen — so dass in beiden Fällen die Entscheidung, wer gewählt sein soll, dem Kongress anheimfällt. Der Kongress ist nun zwar im Besitze der Opposition, aber man braucht nicht daran zu zweifeln, dass genug von deren Mitgliedern erkauft werden können, um die Wahl im Sinne der Kapitalistenpartei zu lenken, wie es 1877 geschah, und der Entscheidung durch einen Staatsstreich Grant's Nachdruck zu geben. Die Verschwörer rechnen darauf, dass die Volkswahl ein zweites Mal umgestossen werden möge, wie dies das erste Mal gelungen ist. Und bis jetzt haben sie in ihrer Rechnung auf die Mattherzigkeit der Opposition nur zu sehr Recht behalten.

Die Verschwörung kann nur durch eine grosse und allgemeine Volksbewegung vereitelt werden, und damit sieht es bis daher flau und hoffnungslos aus. Die alten Parteien haben noch immer viel Halt am Volke, weil sie durch verschiedene Nationalität, Religion und soziale Stellung der Anhängermassen weit mehr als durch eine — kaum noch merkliche — Verschiedenheit der Programme auseinandergehalten werden. Wir haben jedoch in diesem Lande schon mehrmals ganz auffällige und rasche Revolutionen in der Denkweise des Volkes erlebt, und die Grösse der Gefahr lässt einen solchen neuen Umschwung nicht undenkbar erscheinen. Die Sachlage gewinnt täglich mehr dramatisches Interesse. Es sind schon einige Versuche, die oppositionellen Fraktionen einander anzunähern, gemacht worden, und die Sache ist auch nicht aussichtslos. Bei diesen Versuchen hat die sozialistische Arbeiterpartei von ihren wesentlichsten Programmpunkten fast alle in das vorgeschlagene neue Programm hineingebracht, welches vorläufig aber blos Vorschlag zur längeren Ueberlegung geblieben ist. Ihr eigener, in der letzten Woche des alten Jahres in Alleghany City abgehaltener Parteikongress hat es abgelehnt, bei der Präsidentenwahl mit anderen Par-

teien zusammen zu handeln, hat vielmehr einen besonderen Wahlzettel aufgestellt. Diese Empfehlung wird jedoch bei der Urabstimmung in den Sektionen schwerlich genehmigt werden. Die Gelegenheit ist sehr wichtig, es handelt sich um die Bewahrung der Grundrechte des Volkes, und man darf sich die Hände nicht binden.

Wir unterlassen es deshalb, hier über die Ergebnisse dieses unseres Parteikongresses zu berichten, der sonst nichts wesentlich Neues als die laufenden Geschäfte verhandelt und die Gesinnung der Sektionen nicht entsprechend vertreten hat. Die Urabstimmung innerhalb der Partei wird vermuthlich in allen bis zum Ende der Nationalwahlen zu entscheidenden Fragen unmittelbar entscheiden. Es bleibt also immerhin möglich, dass, wenn wirklich die wachsende Grösse der Gefahr eine lebhafte und tiefgehende Volksbewegung in Gang bringt, unsere Partei auf ein Zusammengehen mit derselben sich einlässt, um sie soweit als möglich links zu drängen, ohne aber deshalb ihre besondere Organisation aufzugeben. Die Ereignisse, d. h. die Frechheit der Verschwörer, der Druck der sozialen Lage und die Nothwendigkeit für alle Parteien, aus der Sackgasse baldigst herauszukommen, in welche sich eine jede verrannt hat, müssen freilich die Gemüther darauf vorbereiten, die kühnen Fortschritte, welche wir vorschlagen, mit günstigeren Augen anzusehen. Andererseits muss die kapitalistische Partei durch die Logik der Ereignisse sehr bald sich aus ganz anderen Elementen als bisher zusammenzusetzen gezwungen sein; denn in der Frage des Schutzzolls, der Hartgeld- und Finanzpolitik kann der Westen nicht mit dem Osten gehen, und die bigotten Katholiken müssen mit den orthodoxen Protestanten zusammen sich ganz auf die kapitalistische Seite schlagen, während die östlichen Südstaaten kein mit den westlichen gemeinsames Hauptinteresse behalten. So ist es leicht möglich, dass die republikanische Partei zuerst auseinanderfällt und als konservative, streng kapitalfreundliche Partei sich rekonstituirt; und diese würde ihre weit überwiegende Stärke im Osten haben, und ihr würden sich alle oppositionellen Elemente, überwiegend im Westen vertreten, als kapitalfeindliche Partei entgegenstellen. Die Organe der Kapitalisten begreifen die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung, wenigstens verrathen sie eine Ahnung davon, indem sie mit grosser Absichtlichkeit alle ihre Gegner des Kommunismus und Sozialismus verdächtigen, die Geistlichkeit für das kapitalistische Interesse in's Feld schleppen, die Arbeiter- und die Greenbackpartei, die liberale und die radikale Fraktion, und die Deutschen insgesammt, welche fast einstimmig den „dritten Termin„ und den Grantismus bekämpfen, in e i n e n Topf werfen, und indem sie sich die letzteren immer mehr verfeinden und die Parole „Biegen oder Brechen“ ausgeben. Ueber diese Unklugheit der Gegner muss man sich freuen. Wenn es der Masse der Arbeiter nichts hilft, ihre Unschuld am Sozialismus und Kommunismus zu betheuern, so gewöhnen sie sich am Ende daran, die Furcht vor diesen Bezeichnungen abzulegen — und die einsichtsvolleren Führer sind wirklich im Stillen ganz auf unserer Seite, nur dass sie noch immer meinen, die Propaganda langsam und stufenweis betreiben zu müssen. Wenn die Kühnheit der Verschwörer sie zwingt, aus der abwehrenden Haltung zum Gegenangriff überzugehen und statt der negativen Politik eine positive zu betreiben, so kann es kaum fehlen, dass in Kürze der Einfluss

der Sozialdemokraten sehr bedeutend in die Geschicke dieser Nation eingreift. Sehr belehrend ist in dieser Hinsicht der Verleumdungsprozess gewesen, welchen vor einigen Wochen der Redakteur John P. Mc. Donnell in Paterson, N. J. verloren hat. Dieser ehemalige Internationale und seine Zeitung verfochten bisher einseitig das Gewerkschaftswesen und bekämpften die politischen Bestrebungen unserer Partei, und zwar mit vieler Gehässigkeit. Das rettete ihn nicht vor einer zweimaligen Verurtheilung wegen Verleumdung durch die Presse, obwohl er den Beweis der Wahrheit vollständig zu führen vermochte; er musste auf zwei Monate in's Gefängniss wandern und ist zum zweiten Male mit einer hohen Geldstrafe belegt. Jetzt appellirt er an unsere Partei zur Vertheidigung der in seiner Person bedrohten Pressfreiheit und verlangt Massenversammlungen zum Schutze derselben. Klarer kann es kaum gemacht werden, dass alle unsere verbürgten Volksrechte blos auf dem Papiere stehen, und dass man sie durch Abrathen von aller unmittelbaren politischen Bethätigung weder verwirklichen kann noch sie retten, wenn sie vernichtet werden sollen.

In der Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten bald in den Vordergrund der sozialpolitischen Volksbewegung treten und zu ausführlicheren Berichten von hier Anlass geben werden, brechen wir für diesmal ab.

Adolf Douai.

Dänemark, Schweden und Norwegen.

Wer die skandinavischen Länder nur aus der Geschichte kennt und von den furchtlosen, entsetzlichen Kriegern gelesen hat, vor denen einst Europa zitterte, würde sehr erstaunt sein, wenn er die Bekanntschaft des heutigen dänischen Volkes machte. Denn mehr als jede andere Nation zeigt sich das einst so kühne und stolze Dänenvolk von jener Krankheit befallen, welche der Deutsche „Philisterei“ nennt, und das ist die Hauptursache, weshalb der Sozialismus in diesem Lande bisher so mässige Erfolge aufwies.

Es ist leicht gesagt, der infame Verrath der beiden Schurken Pio und Geleff sei die Hauptursache des gegenwärtigen Rückganges, und freilich ist er die direkte Veranlassung; aber eine soziale Bewegung, die sich so in einer Person konzentrirt, dass sie mit derselben steht und fällt, hat niemals in den Herzen ihrer sogenannten Anhänger wirklich Wurzel gefasst. Nichts hinderte die Sozialisten nach der Flucht Pios, dieselbe radikale Politik fortzusetzen, aber statt dessen begannen sie sofort mit der bürgerlichen Demokratie, den dänischen Opportunisten, zu liebäugeln, und das war ihr Ruin, denn die wahrhaften Sozialisten, die kein anderes Programm, als das sozialistisch-demokratische anerkennen, wurden durch diese Annäherung an die bürgerliche Demokratie derart aufgebracht, dass sie eine neue Partei gründeten, die anfänglich blühte, aber in der leider auch bald Zwistigkeiten entstanden. Es gab unter ihren Mitgliedern Narren, welche Pio noch als eine Art Gott anbeteten und durch eine lächerliche Haltung und ihren

Wunsch, diesen herz- und charakterlosen Menschen zu uns zurückzuberufen, Diskussionen herbeiführten, die in Zwistigkeiten übergingen und erst mit dem, ein halbes Zahr nach ihrer Gründung stattfindenden Zusammenbruch der neuen Partei endeten. Seitdem ist die vornehmlich in den Händen der opportunistischen Sozialisten ruhende Bewegung mehr und mehr eingeschlafen, und erst in der letzten Zeit hat sie ihr Dasein und ihre Lebensfähigkeit durch zwei Ereignisse an den Tag gelegt, über die man grosse Ursache hat, erfreut zu sein: die Fertigstellung eines Versammlungs-Gebäudes und den grossen Tischlerstrike, der, Dank der unermüdlichen Energie des Vorsitzenden des Gewerkvereins der Tischler, des sehr talentvollen und sozialistisch sehr radikalen Bürgers Forsberg, glücklich durchgeführt wurde. Als in unserer Partei noch radikale Ansichten galten, zählte Genosse Forsberg stets unter ihren Führern und nahm an allen politischen Demonstrationen Theil, seitdem aber ein „gemässigter" Geist in die dänischen Sozialisten fuhr, beschäftigte sich Forsberg lediglich mit den Interessen seines Gewerkvereins und wartete, wie so viele Andere, den Augenblick ab, wo ein wirklich radikaler, oder wie unsere Gegner sagen „intransigenter" Geist die opportunistischen Wolken zertheilen würde, um wieder in die politische Bewegung einzutreten.

Und dieser Moment wird, wie man hoffen darf, bald kommen; denn seit einigen Monaten hat einer der bravsten, energischsten und radikalsten Vorkämpfer unserer Sache das Zuchthaus verlassen, wohin ihn die niedrige Bosheit unserer Gegner augenscheinlich in der Hoffnung geschickt hatte, dass er dort sterben, und die sozialistische Bewegung ihren hingebensten und treuesten Führer, ihre Gegner aber einen gefährlichen Feind verlieren würde. Wir sprechen von Harald Brix, der uns zwar infolge der schlechten Behandlung, die er erleiden musste, in halbtodtem Zustande wiedergegeben wurde, aber noch vom Eifer für unsere Sache, für die er so viel gelitten, erfüllt ist.

Wenn wir sagten, dass er uns wiedergegeben sei, so ist das nur halb richtig, denn noch hat er mehrere Pressstrafen im Gefängniss abzusitzen, aber dort kann man ihn wenigstens zweimal wöchentlich sprechen, und es steht zu hoffen, dass er, wenn nicht direkt, so doch wenigstens indirekt uns mit seinem Rathe beistehen und seinen Einfluss aufwenden wird, um die Bewegung in eine radikalere Richtung, als sie jetzt verfolgt, zu lenken. Der Anblick dieses Mannes, der, obwohl in der Blüthe seiner Jahre, infolge der schlechten Behandlung unserer Gegner fast ein Invalide ist, könnte selbst den grössten Reaktionär überzeugen, dass Etwas faul ist in der heutigen Gesellschaft. Das ganze Verbrechen Harald Brix besteht darin, dass er in dem kleinen Witzblatt „Ravnen" (der Rabe), welches er redigirte, die Behörden lächerlich gemacht hatte, und für diese Gräuelthat hatte man ihm d r e i J a h r e Z u c h t h a u s aufdiktirt, abgesehen von allen minder bedeutenden Prozessen, für die man ihn zu Gefängniss verurtheilt hat. Harald Brix leidet an einer Herzkrankheit, die er sich durch Ueberanstrengung zugezogen, aber unsere edlen Gegner nahmen darauf keine Rücksicht. Schwach und krank, wie er in das Gefängniss eintrat, schloss man ihn in einen mehrere Meter unter der Erde befindlichen Keller ein, und während dreier Jahre bestand seine Nahrung nur aus trockenem Brod und Milch, da seine geschwächte Verdauung ihm nicht erlaubte, die

ungesunde Kost des Zuchthauses zu geniessen, und das strenge Reglement desselben ihm verbot, sich eine ihm zusagende Kost zu kaufen. Und dies geschah nicht im Mittelalter, sondern gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts und in einem sogenannten zivilisirten Staate.

Wir sprachen Anfangs unseres Artikels von der Philisterhaftigkeit der dänischen Nation. Wir werden jetzt nachweisen, wie recht wir haben, wenn wir diese wenig angenehme Eigenschaft als das hauptsächliche Hinderniss des sozialistischen Fortschritts bezeichneten, als ein Gift, welches sogar bis in die Köpfe eines grossen Theils derer gedrungen ist, die sich — freilich mit Unrecht — Sozialisten nennen.

* * *

Da die Idee der Freiheit und Gleichheit eine logische, konsequente und absolute ist, so duldet sie keine Einschränkung oder Ausnahme. Ein wahrer Freund der Freiheit könnte nicht sagen: ich fordere die politische Freiheit, aber ich billige die religiöse Tyrannei, oder auch: ich fordere für alle Männer Freiheit und Gleichheit, aber für die Frauen akzeptire ich die Sklaverei als den Zustand, der ihnen infolge ihrer physischen Beschaffenheit gebührt. So dachte indess ein grosser Theil der dänischen Sozialisten. Sie betrachteten die sozialistische Idee und Lehre einzig als Mittel, sich eine angenehmere Existenz zu sichern, was aber die tiefe und vollkommen logische Gerechtigkeit anbetrifft, welche die Basis des Sozialismus bildet, so vermochte ihr egoistischer Gesichtskreis nicht, sie zu erfassen. Damit aber eine Idee Fortschritte mache, müssen ihre Parteigänger von der Liebe zu dem Ideal beseelt sein, welches sie zu erreichen glauben, indem sie die Idee realisiren. Ist das nicht der Fall, wird man nur durch groben Egoismus, der die Freiheit nur für sich und nicht für die Anderen liebt, zum Kampf getrieben, so wird man bei der ersten Schlappe den Muth verlieren und, wenn es sich vortheilhafter zeigt, reaktionär werden. Das war auch in Dänemark der Fall. Die Begeisterung für eine Idee liegt so wenig im Charakter des Volkes, dass man Jeden, der sich mit Feuer und Leidenschaft ausdrückt, verlacht und verspottet, und namentlich wenn dies von einer Frau geschieht, denn man hält es hier für ein Verbrechen, wenn eine Frau sich in irgend einer Art bemerkbar macht. Man hält noch an der Ansicht fest, dass „die Frau die beste sei, von der man am wenigsten spricht“; und diese Idee ist so tief in den Köpfen eingewurzelt, dass die Sozialisten nur mit grossem Widerstreben Frauen zu ihren politischen Versammlungen zuliessen. „Warum sollten wir die Ersten sein, welche Frauen Zutritt gewähren? Das wird sicher allgemeines Gelächter erregen. Die Frauen verstehen nichts von der Politik; mögen sie zu Hause bleiben und sich um ihren Haushalt und ihre Kinder kümmern.“ So dachte ein grosser Theil der Sozialisten, anstatt zu sagen: „Wir, Kinder des Lichtes und der Wahrheit, wir lieben die Freiheit um ihrer selbst willen, und nicht nur, so weit sie uns vortheilhaft ist. Die Freiheit ist unsere Religion, unser Leben, unsere Sonne, und wir wollen, dass diese Sonne allen menschlichen Wesen scheine. Wir betrachten es für eine Ehre, die Ersten zu sein, welche die Frau aus der Sklaverei erlösen,

und auch für uns halten wir ihre Emanzipation für absolut nothwendig, denn der Sohn einer sklavischen Frau wird nie den für einen Sozialisten erforderlichen geraden und freien Geist besitzen." So oder ähnlich hätten sie denken sollen, und in dieser Beziehung, muss man gestehen, hat sich Pio grosse Verdienste erworben, denn er that sein Möglichstes, um die Frauen durch Artikel und Reden über ihre Emanzipation heranzuziehen. „Ohne die Frauen," sagte er, „werden wir nie vorwärts kommen", und der Gang der Ereignisse hat die Richtigkeit seiner Worte bewiesen.

Die Frauen, welche in den ersten Jahren der Bewegung ihre Männer zum Besuch der Versammlungen angetrieben und sie oft dorthin begleitet hatten, thun jetzt ihr Möglichstes, um sie fern zu halten. „Wozu sollen sie dorthin gehen und ihr Geld los werden, anstatt es uns zu geben?" so fragen sie sich, und da das eheliche Leben hier gewöhnlich ein sehr friedliches ist, so schenkt der Mann seiner Frau Gehör, bleibt bei ihr und lässt nach und nach den Sozialismus fahren.

Doch braucht man deshalb nicht zu verzweifeln; früher oder später wird das Licht der Wahrheit auch in diesem Lande die Nacht der Unwissenheit verdrängen. Und wenn dieser Vorgang hier langsamer von statten geht als anderswo, so muss uns der Gedanke trösten, dass in der Geschichte der Völker ein Jahrhundert mehr oder weniger von geringer Bedeutung ist.

In Christiania, der Hauptstadt Norwegens, ist es dem Arbeiterverein nach wiederholten Anstrengungen endlich gelungen, seine bisherige Leitung abzusetzen und eine neue, radikalere zu wählen. Gegenwärtig entwickelt sich daselbst auch eine sehr lebhafte Agitation, um auch den ärmsten Proletariern das Stimmrecht zu verschaffen. Zur Erreichung dieses Zweckes bringt man folgende Taktik in Anwendung:

Das norwegische Gesetz schreibt vor, dass jeder Bürger, der ein noch so geringes Grundstück besitzt, das Stimmrecht hat. Von dem Wunsche beseelt, über so viel Stimmen als möglich zu verfügen, ist nun die radikale Partei darauf gekommen, wüste und unbebaute Strecken Landes (Felsen, Sümpfe etc.) anzukaufen, und den Wählern kleine Parzellen davon für eine Kleinigkeit wieder zu verkaufen. Die Idee ist ausgezeichnet, begreiflicherweise aber sind die Reaktionäre darüber in die höchste Wuth gerathen und bieten ihr Möglichstes auf, nachzuweisen, dass der Geist des Gesetzes eine solche Auslegung nicht zulasse. Es steht indess zu hoffen, dass die radikale Partei in dieser Frage den Sieg davontragen wird, da das norwegische Volk auf seine Rechte sehr eifersüchtig ist. Uebrigens hat Norwegen sehr freisinnige politische Institutionen. Wenn der König zum Beispiel einem ihm vom Storthing, dem norwegischen Parlament, vorgeschlagenen Gesetz die Anerkennung versagt, so wird dieses Gesetz in den drei folgenden Storthing's von Neuem vorgelegt, und wenn der König alle dreimal die Unterschrift verweigert, wird das Gesetz ohne die monarchische Zustimmung vom Storthing angenommen.

In Schweden macht die soziale Frage nur wenig von sich reden. Das schwedische Volk wacht zwar eifrig über seine Freiheiten und besitzt in seinem Charakter einen demokratischen Grundzug, sein Verderben aber ist der Pietismus, der sich in Schweden in geradezu kolossaler Weise äussert.

So brach z. B. in Sundsvall, einer kleinen Stadt Nordschwedens, im letzten Sommer ein Strike aus. Hunderte von Arbeitern hatten die Arbeit niedergelegt und sich ausserhalb der Stadt ein grosses Lager errichtet, wo sie Tag und Nacht beisammen blieben. Aber anstatt sich auf Grund eines radikalen Programms zu organisiren, wie es die Arbeiter anderer Länder thun, wenn sie endlich ihrer Ketten müde sind, zogen es die guten Leute vor, Psalmen abzusingen und Gebete an den Gott Abraham's zu richten. Aber augenscheinlich hat derselbe anderes zu thun, als sich mit seinen verhungerten Kindern zu beschäftigen, denn anstatt die harten Herzen ihrer Arbeitgeber zu erweichen, erlaubte er dem Gouverneur der Provinz, Soldaten aufzubieten und gegen das Lager der Arbeiter aufmarschiren zu lassen, um diese zum Rückzug aufzufordern, welcher Aufforderung auch nach einigen schwachen Widerstandsversuchen Folge geleistet wurde.

Um aber einzusehen, wie wenig diese guten Leute ihre Lage ausnutzten, muss man in Erwägung ziehen, dass das Land in Nordschweden, wo der Strike stattfand, sehr schwach bevölkert ist und die Kommunikationen daselbst sehr mangelhaft sind, so dass einige Hundert Arbeiter, die organisirt sind und eine feste Entschlossenheit an den Tag legen, schon eine Macht sein könnten.

Was zur Aufrüttelung Schwedens vor Allem Noth thut, ist die Beseitigung der religiösen Vorurtheile. Sobald dies geschehen ist, würde das Volk bald zur Fahne des Sozialismus übergehen und die sozialistischen Lehren mit jener Zähigkeit festhalten, die seine Race auszeichnet; denn, wie wir bereits bemerkten, ist der Grundzug des Charakters derselben ein demokratischer.

Jacquette Liljenkrantz.

Deutschland.

Die Darstellung der sozialistischen Bewegung Deutschlands seit der Mitte des Jahres 1879 ist eine ungleich leichtere Aufgabe, als die des Berichterstatters der vorhergehenden Epoche. Nicht nur haben sich die allgemeinen politischen Verhältnisse in Deutschland bedeutend geklärt, auch seitens der berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie liegen so unzweideutige Erklärungen vor, dass ein Irrthum über die Taktik derselben nicht mehr möglich ist. Anders in der ersten Zeit nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes.

Es kann nicht bestritten werden, dass das Verhalten der deutschen Sozialisten Anfangs auf den nicht Eingeweihten einen befremdlichen Eindruck machen musste. Es schien einen Augenblick, als habe die Partei sich selbst aufgegeben, als wolle sie sich thatsächlich dem Sozialistengesetz fügen. Die Publikationen, welche an Stelle der unterdrückten Blätter ins Leben traten, konnten unmöglich als sozialistische gelten, leugneten es vielmehr selbst, solche zu sein; die im Ausland veröffentlichten, für Deutschland bestimmten sozialistischen Blätter wurden nur als Privatunternehmungen

betrachtet und behandelt, hier und da sogar als inopportun etc. bekämpft. Kurz es fehlte das äusserliche geistige Band, und wenn es auch noch Sozialdemokraten in Deutschland gab, so schien die Sozialdemokratie als eine einheitliche Partei durch das Sozialistengesetz thatsächlich vernichtet zu sein. Woher also diese befremdliche Erscheinung?

Sie wird sofort verständlich, wenn man sich die thatsächlichen Verhältnisse vergegenwärtigt. Die Partei war in den letzten Jahren ihres Bestehens bedeutend in die Breite gewachsen, und zwar derart, dass von einer eigentlichen Agitation, wie sie in den sechziger und Anfangs der siebziger Jahre betrieben wurde, kaum mehr die Rede war. Wo sie überhaupt vertreten war, beherrschte die Partei das öffentliche Leben derartig, dass die Gegner sich in den öffentlichen Versammlungen gar nicht mehr sehen liessen und den Kampf nur mehr in ihren Blättern führten. Das Zentralorgan der Partei reichte natürlich nicht aus, auf alle diese lokalen Angriffe zu antworten, und so trat denn eine Bewegung ein, die man nicht mit Unrecht die Blattgründungsepidemie nannte. Nicht nur die grösseren Orte, sondern auch mittlere und kleinere Städte beanspruchten ihr eigenes Organ, und es ist eine durchaus oberflächliche Behauptung, wenn nicht dreiste Lüge, wenn man behauptet, es seien einzelne Stellungsjäger gewesen, von denen diese Bewegung inszenirt worden wäre. Im Gegentheil hatte die Parteileitung die grösste Mühe, das nöthige Redaktions- und Expeditionspersonal zu beschaffen. Der Parteikampf hatte eine andere Gestalt angenommen, und die vorhandene Presse genügte dem gesteigerten Bedürfniss bei Weitem nicht mehr.

Trotz alledem that die Parteileitung ihr Möglichstes, um übereilte und nicht lebenskräftige Gründungen zu verhindern; nicht immer mit Erfolg. Die Drohung, bei etwaigem Ruin allen Blättern, die gegen den Beschluss der Parteileitung in's Leben gerufen worden seien, die Hülfe zu versagen, half nichts, man wollte und musste sein eigenes Lokalorgan haben, gründete frisch darauf los und — schrie allerdings bald genug nach Hülfe.

Es stellten sich nämlich gar bald gewaltige Uebelstände heraus. Die meisten Blätter wurden von eigens dazu in's Leben gerufenen Genossenschaften herausgegeben, deren bureaukratische Verwaltung die Herstellungskosten nicht unbedeutend erhöhte. Hierzu kam dann noch, dass in diesen Druckereien aus leichtbegreiflichen Gründen die besten Löhne gezahlt wurden, die in Privatdruckereien übliche Ausbeutung der Lehrlinge hinwegfiel, andererseits aber die Accidenzaufträge gar nicht oder sehr dürftig einliefen und die bei Lokalblättern die Haupteinnahme bildenden Annoncen entweder ganz ausblieben oder wegen ihres Inhalts (Geheimmittel etc.) nicht aufgenommen wurden. Kurz und gut, fast alle Lokalblätter der Partei erforderten unverhältnissmässig grosse Opfer, und die aufopferndsten und treuesten Genossen brachten ihre Spar- und Nothpfennige als Einlagen, um nur ihr Blatt zu halten und den Kampf mit den Gegnern führen zu können.

So standen die Dinge, als die Attentate in Berlin stattfanden. Dieselben gaben der Polizei Gelegenheit, die Sozialisten als vogelfrei zu behandeln, Bourgeoisie und Spiessbürgerthum, sowie der zu ihnen haltende Tross unaufgeklärter oder bornirter Arbeiter wagten sich wieder hervor,

und der jahrelang zurückgehaltene Hass feierte, gedeckt durch angeblich patriotische Gesinnungen, seine Orgien. Es war eine Art weisser Schrecken, der auch das raffinirteste Gewaltmittel in Anwendung brachte, den Hunger. Die Arbeiter, durch die jahrelange Krisis ohnehin herabgestimmt, wurden vollends entmuthigt. Jeder, der öffentlich in irgend einer Weise für den Sozialismus thätig war, wurde entlassen, ja das blosse Lesen sozialistischer Blätter wurde vielfach Grund der Entlassung. Unter solchen Umständen waren die sozialistischen Genossenschaften der Partei von grossem Vortheil. Einmal waren die von ihnen angestellten Arbeiter vor Massregelungen geschützt und konnten daher die nöthigen Wahlagitationen leiten, zweitens konnten nunmehr die Blätter den Wahlkampf führen, der jetzt den Arbeitern unmöglich gemacht war. Der Ausfall der Wahlen vom 30. Juli 1878 zeigt, dass alle diese „Käseblätter“ ihre Pflicht im vollsten Masse gethan hatten.

Es ist heut sehr leicht sagen, dass man damals in Voraussicht des kommenden Sozialistengesetzes die Druckereien hätte liquidiren sollen. Das war fast überall gleichbedeutend mit dem Konkurse und bei der herrschenden Solidarhaft hätten tausende unserer bravsten Genossen nicht nur ihre wenigen Ersparnisse — die hätte man vielleicht am ehesten verschmerzt — sondern auch ihre ganze Habe eingebüsst. Und wenn man bedenkt, dass die übergrosse Mehrzahl unserer Genossen Familienväter, Proletarier sind, so wird man in ihrem Verhalten keine Feigheit finden können. Es ist etwas Anderes, auf der Barrikade zu sterben, als mit Weib und Kind dem gewissen Elend entgegenzugehen. Und zur Barrikade zu schreiten, wäre damals heller Wahnsinn gewesen. Ausserdem wusste man zwar, dass das Sozialistengesetz angenommen werden würde, nicht aber, in welcher Form, und wie es gehandhabt werden würde. Unter solchen Umständen erschien allgemein abwarten als das zunächst Gebotene.

Als nun das Sozialistengesetz in Kraft trat und in härtester Weise angewendet wurde, da wurde es allerdings sofort klar, dass eine öffentliche Agitation für den Sozialismus im Inlande absolut unmöglich sei, dass die Druckereien höchstens noch durch Herausgabe farbloser Blätter den Konkurs vermeiden, und die Liquidation vorbereiten oder sich den Fortbestand sichern konnten. Inwiefern mit dem letzteren der Partei gedient war, das zu untersuchen ist hier nicht der Ort. Nur soviel, dass sich den gegen den Fortbestand der Druckereien mit ihren farblosen Blättern vorgebrachten Gründen eine ganze Reihe stichhaltiger Gegengründe entgegenführen lassen.

Eine viel wesentlichere Frage war die, ob man nun überhaupt auf ein sozialistisches Zentralorgan verzichten dürfe, oder ob es nicht geboten sei, im Auslande ein solches in's Leben zu rufen. Prinzipiell wurde wohl die Frage von Niemandem verneint, wohl aber differirten die Ansichten bezüglich des Zeitpunktes. Gegen ein sofortiges Inslebenrufen sprachen namentlich folgende Gründe:

Der Hass der Bourgeoisie und die mit den ausserordentlichen Vollmachten ausgestattete Regierung vermehrten mit jedem Tage die Zahl der Gemassregelten; der Belagerungszustand über Berlin war verhängt worden, die Ausweisungen erfolgten, die Familien der Ausgewiesenen mussten unterstützt, die Ausgewiesenen selbst versorgt werden. Während so die An-

sprüche an die Partei mit jedem Tage stiegen, wurden durch die Verbote der Vereine und Versammlungen, durch die Unterdrückungen der grösseren Blätter die Einnahmen beträchtlich verringert. Was sollte da vorläufig ein im Auslande erscheinendes, also für Deutschland verbotenes Organ? Seine Hauptfolge musste eine Vermehrung der Gemassregelten, sein Werth für die Propaganda vorläufig ein sehr minimer sein. Die Genossen konnten nach der langjährigen aufreibenden Agitation eine kurze Ruhepause wohl vertragen, für das sozialistische Bedürfniss wäre durch die im Laufe der Jahre in's Volk geschleuderten, aber noch nicht zum vierten Theil gelesenen und verdauten Tausende und Abertausende von Broschüren und Schriften hinlänglich gesorgt gewesen. Ausserdem gebot auch die Klugheit auf solange eine gewisse Zurückhaltung, bis die „Ordnungsparteien" sich wieder gehörig unter einander in den Haaren liegen würden.

Dies die Ansichten, welche gegen eine sofortige Aggressive, gegen eine sofortige Blattherausgabe geltend gemacht wurden und auch ausschlaggebend waren. Obgleich Schreiber dieser Zeilen sie nicht durchweg billigte, und namentlich die Gründung einer Zeitung oder mindestens eines unperiodischen Flugblattes für geboten hielt, ist er doch weit entfernt, die gegentheilige Ansicht als „Verrath" zu bezeichnen. Es war ein auf Ueberschätzung der Partei beruhender Irrthum, der indess jederzeit wieder gut gemacht werden konnte. Ein Vergleich mit dem Verhalten der preussischen Liberalen der Konfliktsperiode Bismarck gegenüber, hinkt insofern, als diese die ungeheuere Mehrzahl des Volkes seiner Zeit auf ihrer Seite hatten, während die Sozialisten nur über eine, durch die Krisis ohnehin gelähmte Minorität verfügten.

* * *

Wenn nun auch auf der Oberfläche des politischen Lebens alles ruhig erschien und die Gegner ob des Erfolges des Sozialistengesetzes triumphirten, vollzog sich in aller Stille und ohne alle pompösen Manifeste die Reorganisation der Partei. Nicht etwa als ein Verschwörerbund mit geheimen Sektionen etc., sondern ganz spontan, wie sich je nach den lokalen Verhältnissen das Bedürfniss herausstellte. Es ist natürlich unthunlich, hier näher darauf einzugehen, nur soviel sei bemerkt, dass man es soviel als möglich vermied, solche Verbindungen zu schaffen, welche die Kriterien eines Vereines an sich trugen. Will man das ein „Ducken unter das Gesetz" nennen, so mag man es immerhin thun.

Die ersten Gelegenheiten, sich nach dem 21. Oktober 1878 öffentlich zu manifestiren, gaben die Wahlen. Schon im vorigen Bericht war von verschiedenen derartigen Akten die Rede, aus denen hervorging, dass der Erfolg des Sozialistengesetzes gleich Null war. So verblüffend diese Thatsache die Gegner traf, so elektrisirend wirkte sie auf die sozialistische Partei. Die Wahlen in Breslau und Waldheim*) gaben überall den Genossen neuen Muth und stärkten sie zum weiteren Kampfe;

*) Letztere wurde in der „Laterne" in gänzlicher Unkenntniss der Verhältnisse als eine Niederlage bezeichnet. Ein Beweis, wie vorsichtig der Aussenstehende mit seinem Urtheil sein muss.

man darf sagen, dass sie es waren, die für das weitere Verhalten der Partei den Ausschlag gaben. Bis dahin im Stande der Nothwehr, ging sie nunmehr, soweit die Verhältnisse es möglich machten, zu positivem Schaffen, zur Offensive über.

Worin diese zunächst bestand, wird sich im weiteren Verlauf dieses Berichtes zeigen, wir halten es nunmehr für angezeigt, an den vorjährigen Bericht anknüpfend, in chronistischer Reihenfolge die wesentlichsten Ereignisse seit dem Juli vorigen Jahres zu berichten, dabei aber gelegentlich auf die allgemeinen politisch-sozialen Verhältnisse einzugehen, um dann zum Schluss über die Gesammtlage der Partei, ihre eventuellen Chancen etc. einige kurze Erörterungen anzustellen.

Fast unmittelbar nach dem Wahlsiege in Breslau erlitt die Partei einen herben Schlag durch den Verlust eines ihrer besten Vorkämpfer. Am ersten August 1879 starb an einem Herzschlage, im blühendsten Mannesalter, August Geib, der langjährige Beamte der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Seine rastlose hingebende Thätigkeit, sein hoher Ernst, seine seltene Begabung und seine allseitig anerkannte Uneigennützigkeit hatten ihn zu dem beliebtesten und geachtetsten Mitgliede der Partei gemacht. Kein Wunder daher, dass sein Tod allgemeine Trauer in der Partei hervorrief, und dass sein Leichenbegängniss sich zu dem grossartigsten gestaltete, welches die deutsche Sozialdemokratie bis dahin gesehen hatte. 25 bis 50000 Menschen folgten, nach Schätzungen gegnerischer Blätter, seinem Sarge; von allen Gegenden Deutschlands, von fast allen Orten des Auslandes, wo Deutsche leben, waren Beileidstelegramme, Nachrufe, Kränze etc. gesendet worden; die allgemeine Trauer der Partei gab zu einer Demonstration Anlass, die rückwirkend den Genossen neuen Muth und neue Kräfte einflösste.

Bald darauf bereitete sich ganz im Stillen eine neue Lebensäusserung der Partei vor, die man ihr später von gewisser Seite her zum Vorwurf zu machen versuchte; in wie weit mit Recht, mag der Leser beurtheilen. Am 10. September war die Hälfte der sächsischen Landtagsabgeordneten neu zu wählen. Der verhältnissmässig niedrige Zensus hatte es schon früher möglich gemacht, nicht nur beträchtliche sozialistische Minoritäten aufzubringen, sondern, im Jahre 1877, sogar einen Sozialdemokraten in den Landtag zu wählen. Es kann dies auch gar nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, dass im Erzgebirge und in dessen Umgebung, sowie in anderen Distrikten Sachsens, die hausindustriellen Kleinmeister seit je zu den treuesten und hingebendsten Anhängern der Sozialdemokratie zählen. Die Chancen werden noch dadurch erhöht, dass bei den Wahlen zum sächsischen Landtag nicht die absolute, sondern die relative Majorität entscheidet.

Bei einer privaten Besprechung wurde denn auch beschlossen, an dem Wahlkampf theilzunehmen und folgende Taktik innezuhalten. Da eine offene Proklamirung sozialistischer Kandidaturen ein sofortiges Zusammengehen der „Ordnungsparteien“ in den betreffenden Wahlkreisen zur Folge gehabt und so die Möglichkeit des Sieges durch relative Mehrheiten beträchtlich verringert hätte, so entschied man sich dahin, erst in den drei letzten Tagen offen hervorzutreten, bis dahin aber alle Vorbereitungen im Stillen zu treffen. Und thatsächlich gelangte auch bis zum bestimmten Zeitpunkt Nichts in die

Oeffentlichkeit, eine treffende Antwort auf die von einigen Seiten gemachten Vorwürfe, die deutsche Pertei sorge nicht genügend für eine geheime Organisation.

Die den Gegnern gegenüber so unschuldige, den eigenen Genossen aber so gefährliche Geheimnisspielerei wird die Partei wohl nie poussiren, sie hat das „glücklicherweise nicht nöthig“, wohl aber wird sie, wo es nöthig ist, ihre Kräfte auch ohne grosses Geschrei zusammenzufassen wissen.

Das Resultat der Wahl entsprach, um offen zu sein, wohl nicht ganz den gehegten Erwartungen, dagegen war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen eine über Erwarten günstige. Immerhin war es gelungen, zwei Sozialdemokraten, die Genossen Liebknecht und Puttrich, in den Landtag zu wählen, so dass die Zahl unserer Vertreter dort jetzt drei beträgt.

Da man es den beiden Neugewählten mehrfach zum Vorwurf gemacht hat, dass sie den zum Eintritt in den sächsischen Landtag nöthigen Treueid geleistet haben, so dürfte es wohl geboten sein, hier auch diese Frage kurz zu berühren. Es ist unserer Ansicht nach durchaus falsch, wenn man der Eidesfrage ein grosses Gewicht giebt, die ja doch nur eine leere Formfrage ist, und nicht minder falsch ist es, wenn man die Eidesverweigerung der nordschleswig'schen Dänen im preussischen Landtage dabei anführt, da für die Letztgenannten in der Eidesverweigerung gerade die Erfüllung ihres Mandates — Protest gegen die Annexion — liegt. Die Frage liegt vielmehr so, soll die Sozialdemokratie lediglich Enthaltungspolitik treiben, oder wie bisher unter allen möglichen Umständen in das öffentliche Leben eingreifen, überall ihre Stimme — bald protestirend, bald fordernd — erheben? Wir halten das Letztere unbedingt für geboten, die ganze Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie weist auf diesen Weg hin. Die Enthaltungspolitik kann nur unter ganz bestimmten Verhältnissen einen Werth haben, im Uebrigen aber ist sie der grösste Fehler, in den eine aufstrebende Partei verfallen kann. Heut treibt das Volk in seiner grossen Mehrheit Abstinenzpolitik, aus dieser es herauszurütteln, es auf die Arena des politischen Kampfes zu drängen, ist eine viel revolutionärere Thätigkeit, als man gewöhnlich glaubt. Hierzu genügt aber eine Flugblattagitation durchaus nicht, deren Werth ja an und für sich von Niemandem bestritten wird. Und wenn man diese unsere Ansicht im Allgemeinen theilt, dann wird man uns auch zustimmen müssen, dass die — nebenbei sehr unschuldige — Eidesformel kein genügender Grund ist, auf eine der wenigen Gelegenheiten zu verzichten, die es ermöglichen, auch nach dem Sozialistengesetz unsere Stimme zu erheben. Die Gegner wissen das sehr wohl zu würdigen, und so sehen wir denn auch die konservativen Professoren Treitschke, Walker etc. energisch fordern, dass den Sozialisten auch das passive Wahlrecht genommen werde.

Wir wollen uns indess hier nicht weiter auf die Frage einlassen, wenn wir auch noch Manches darüber zu sagen hätten, vielleicht nehmen wir in einem demnächstigen Bande Gelegenheit, die Frage der „Taktik“ in einem besonderen Artikel eingehender zu prüfen. Man hat übrigens mehr Geschrei von der Sache gemacht, als geboten war; die Praxis ist stets die beste Lehrmeisterin, sie wird auch hier vielfach das entscheidende

Wort zu reden haben. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen, in der Sozialdemokratie eine kulturhistorisch nothwendige Bewegung erblickt, den können vorkommende Fehler nur wenig alteriren. Wie deren bereits oft gemacht worden sind, ohne dass die Partei daran zu Grunde gegangen wäre, so wird das wohl auch in Zukunft noch manchmal der Fall sein. „Es irrt der Mensch so lang er strebt." Diese Worte des Dichters möge man bei Beurtheilung unserer Bewegung beherzigen, als deren Motto die Worte desselben Dichters dienen könnten: „Nur rastlos bethätigt sich der Mann".

Als ein weiteres bedeutungsvolles Ereigniss für die deutsche Parteibewegung war die Gründung ihres Parteiorgans, des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat". Immer grösser war das Bedürfniss nach einem solchen geworden, und auch Genosse Geib, der sich bisher der Gründung widersetzt hatte, hatte sich schliesslich von der Nothwendigkeit desselben überzeugt. Wir theilen dies nicht mit, um einen Stein auf diesen vortrefflichen Mann zu werfen, seine Verdienste um die Bewegung sind so gross, dass sie durch diesen — nebenbei sehr entschuldbaren — Irrthum nicht beeinträchtigt werden können; nur das Bestreben, wahr und offen zu berichten, nöthigt uns dieses Geständniss ab.

Als man über die Schaffung eines quasi offiziellen Organs einig war, bestanden im Auslande zwei für Deutschland bestimmte sozialistische Organe, durch deren Anerkennung man der Gründung eines neuen Organs überhoben gewesen wäre; es waren das die „Laterne" und die „Freiheit". Von beiden wurde indess Abstand genommen, da die Erstere nach Format und Inhalt — der durch jenes bedingt pamphletischer Natur war — den Bedürfnissen eines Zentralorgans nicht entsprach und desshalb so wie so hätte umgestaltet werden müssen, während die zweite bereits eine feindselige Haltung gegen die Parteileitung eingenommen hatte und sich daher wohl schwerlich einer Kontrole durch die Partei unterworfen haben würde. So wurde denn also die Herausgabe eines neuen Blattes beschlossen und als geeigneter Erscheinungsort Zürich in Aussicht genommen. Dort hat die schweizerische Arbeiterbewegung, die mit der deutschen Bewegung stets in engen Beziehungen stand, ihre eigene Druckerei; dort durfte man auch das meiste Verständniss für die Bedürfnisse der deutschen Partei erwarten. Und nachdem sich ein in der schweizerischen Arbeiterbewegung angesehener und geachteter Genosse bereit erklärt hatte, Redaktion und Verlag zu übernehmen, erschien Ende September die Probenummer des „Sozialdemokrat, internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge". Aus derselben heben wir folgende Stellen als besonders bemerkenswerth hervor:

„Die prinzipielle Grundlage unseres Wirkens bildet das von den Parteigenossen allerwärts anerkannte Gothaer Programm. Wohl gilt uns dasselbe weder — wie sich einer seiner Väter selbst ausgedrückt — als ein papierner Papst noch als ein steinernes Dogma, wie es denn auch kein Sozialist je als für alle Zeiten unverbesserbar gehalten hat. Aber in seiner Gesammtheit und mit Inbetrachtziehung aller begleitenden Umstände bildet es ein Malzeichen der bis jetzt höchsten Entwicklung der Sozialdemokratie, eine populäre Zusammenfassung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und einen Wegweiser für die politische Haltung der Partei und es hat sich im Ganzen voll bewährt, so dass jede Veränderung

desselben erst wohl erwogen werden, und man erst die Gewissheit haben muss, dass man wirklich Besseres an die Stelle des Bisherigen setzt.

„Die taktische Haltung unseres Blattes aber ist ebenfalls durch das Gothaer Programm und die organische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auf Grund desselben, sowie durch die Rücksicht auf die augenblicklichen Machtverhältnisse bedingt. Uns ist die Sozialdemokratie nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes. Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo in Folge des fast bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Druckes der Reaktion die Versuchung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der succesiven Aufklärung und Organisation der Massen — und dadurch der allmäligen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widersinnigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, — ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verderblichen Revolutions- und Putschmacherei in die Arme zu werfen, auf's Energischste gegen diese wenden. Wohl glauben auch wir, dass die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Ministertischen und Parlamentstribünen dekretirt werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putschen; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht „gemacht“ werden.

„Wir werden also auch in dieser Beziehung den von der deutschen Sozialdemokratie mit so viel Erfolg betretenen Weg gehen und uns von demselben weder durch die zahlreichen, dem Vormarsch auf ihm entgegenstrebenden Hindernisse, noch durch Aufreizungen der Reaktion — schon um der letzteren keinen Gefallen zu thun — abbringen lassen. Vielmehr werden wir, obgleich ausserhalb des Machtbereiches der deutschen und österreichischen Polizei stehend, trotzdem jede Verletzung des *gemeinen* Rechtes in der *Form* nach Möglichkeit vermeiden, was unserer Rücksichtslosigkeit in der Sache durchaus keinen Eintrag thun wird.

„*Der „Sozialdemokrat“ steht mit Einem Wort sowohl in prinzipieller als taktischer Beziehung voll und ganz auf dem Standpunkt der deutschen „Sozialdemokratie“, wie sie war und wie sie ist!* — — —“

Das Erscheinen des Sozialdemokrat wurde nicht nur von den Genossen in ganz Deutschland mit grosser Freude begrüsst, auch die gesammte sozialistische Presse des Auslandes drückte ihm ihre Sympathien aus. Nur ein Blatt machte davon eine Ausnahme — „Die Freiheit“ (die „Laterne“ war inzwischen eingegangen). Diese nahm sofort eine feindselige Haltung ein, suchte Anfangs indirekt, später offen, die Herausgeber desselben zu verdächtigen und provozirte so einen unerquicklichen Zwist, der damit endigte, dass sich ein Bruchtheil der deutschen Sozialdemokratie von der Gesammtpartei lossagte und zur Zeit seine revolutionäre Haltung dadurch bekundet, dass er Alles, was von der deutschen Partei geschieht, von vornherein verurtheilt und, wo es ihm möglich ist, deren Unternehmungen zu durchkreuzen versucht. Bis jetzt hat die „Avant-Garde der deutschen Sozialdemokratie“, wie sich die Anhängerschaft der

Londoner „Freiheit" nennt, zwar nur sehr wenig Anhänger, in Deutschland fast gar keine, trotzdem bleibt die Spaltung im höchsten Grade bedauerlich.

Kehren wir nun zu unserer Berichterstattung zurück, so haben wir zunächst ein Ereigniss zu erwähnen, das zwar in keiner direkten Beziehung zu unserer Bewegung steht, indess indirekt von grosser Bedeutung für dieselbe war. Wir meinen die entsetzliche Katastrophe im Zwickauer Brückenbergschacht vom 2. Dezember 1879. Noch wenige Tage vorher, am 27. November, hatte Genosse Liebknecht im sächsischen Landtag den vernunftwidrigen, Leben und Gesundheit der angestellten Arbeiter auf's Aeusserste schädigenden Betrieb in den sächsischen Staats- und Privatbergwerken einer schneidigen Kritik unterzogen, und die ihm von dem Regierungsvertreter und den Anhängern aller Parteien darauf gewordenen Angriffe schlagend widerlegt, als jenes entsetzliche Unglück, das 89, sage neunundachtzig Menschenleben vernichtete, eine traurige Bestätigung seiner Ausführungen lieferte. Freilich versuchte man zunächst, die Explosion als ein von Niemand verschuldetes Naturereigniss darzustellen, und der bei dem Leichenbegängniss der Verunglückten fungirende Geistliche, Superintendent Körner, hatte sogar den unerhörten Muth, den Leidtragenden zuzurufen, „Ueber den Unglücksfall nicht nachzugrübeln, über die „Fügung Gottes" nicht zu murren und zu lästern" etc., es steht aber fest, dass am Tage der Katastrophe die Ventilation gestört war und trotzdem weiter gearbeitet wurde. Durch ein Aussetzen der Förderung um sechs Stunden wären 89 Menschenleben geschont worden (vgl. Sozialdemokrat vom 28. Dezember 1879). Selbstverständlich wurde hinterher, wie gewöhnlich, an die öffentliche Mildherzigkeit appellirt und zu Sammlungen zu Gunsten der Hinterbliebenen aufgefordert, die damit bezweckte Abschwächung der in der Arbeiterschaft hervorgerufenen Entrüstung aber keineswegs erreicht. Soweit ist unser Arbeiterstand durch die jahrelange sozialistische Agitation denn doch schon entwickelt, dass er sich durch milde Gaben zu einem Verzicht auf sein gutes Recht nicht ködern lässt.

Wir glauben nicht irre zu gehen, wenn wir behaupten, dass die Zwickauer Katastrophe dazu beitrug, die acht Tage darauf in Magdeburg stattgehabte Reichstagswahl zu einer glänzenden Demonstation für die Sozialdemokratie zu gestalten. Ungeachtet aller Verläumdungen der Gegner, der auf's Aeusserste getriebenen erwerblichen Beeinflussung, ungeachtet, dass die bis dahin in Magdeburg verbreitete Londoner „Freiheit" in gänzlicher Verkennung der Verhältnisse. Wahlenthaltung proklamirte, erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Viereck, 4721 Stimmen gegen 5149 nationalliberale, 4018 fortschrittliche und etwa 1000 auf Konservative, Klerikale etc. zersplitterte Stimmen. Noch glänzender gestaltete sich die — von der „Freiheit" übrigens todtgeschwiegene — Nachwahl, wo die Sozialisten 7312 gegen 8453 liberale Stimmen in's Feld führten. Freilich dürfen wir es nicht verschweigen, dass unter diesen 7312 Stimmen auch etliche fortschrittlich-radikale sich befinden, indess schätzt selbst die nationalliberale Magdeburger Zeitung diesen Zuwachs für sehr geringfügig. Ein Vergleich der Wahlbezirke zeigt nämlich, dass in den Bezirken, wo die Fortschrittspartei stark vertreten war, der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen minim

gewesen ist, derselbe sich vielmehr hauptsächlich aus den Arbeiterdistrikten Magdeburgs — Buckau, Neustadt und Sudenburg — rekrutirte.

So schloss das Jahr 1879 mit einem Erfolge der Sozialdemokratie ab, der auf die Gegner eine äusserst niederschlagende Wirkung ausübte, während er die Genossen allerorts zu unentwegtem Fortarbeiten ermunterte. Frohen Muthes durfte die Sozialdemokratie dem neuen Jahre entgegensehen, ihre Kraft war nicht gebrochen, ihr Einfluss auf die Massen nicht vernichtet, im Gegentheil, mehr als je zeigten sich die Arbeiter dem sozialistischen Gifte empfänglich. Und wie sollte es auch anders sein? Die mit so vieler Salbung versprochenen „positiven Massregeln" für die Arbeiter liessen noch immer auf sich warten, der Winter war überaus hart und streng, und an den verschiedensten Orten Deutschlands herrschte schreiender Nothstand, der sich in den an chronischem Nothstand leidenden Distrikten zu richtigen Hungersnöthen gestaltete. Wir müssen es uns versagen, auf eine Schilderung des im Spessart, in Oberschlesien, in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge etc. herrschenden Elends näher einzugehen, selbst die Berichte der an einer möglichsten Vertuschung interessirten Blätter stellen dasselbe als grauenhaft dar.*) Wie immer, so wurde auch diesmal an die Privatmildthätigkeit appellirt, ja man entschloss sich sogar, Nothstandskredite zu bewilligen, indess reichte, Alles in Allem, diese Hilfe nur aus, das grösste, das ausserordentliche Elend zu stillen; von einer dauernden Beseitigung der Noth ist ernsthaft nicht einmal die Rede. An Projekten in dieser Richtung fehlt es freilich nicht, sie bleiben aber meist Projekte oder werden in ausserordentlichen Zeiten mit Lebhaftigkeit in die Hand genommen, um nach und nach wieder einzuschlafen oder, wenn wirklich realisirt, in höchst unzureichende Wohlthätigkeitsanstalten zusammenzuschrumpfen. Die heutige Gesellschaft kann eben das Massenelend nicht beseitigen, ohne ihre eigene Existenz aufzugeben. Hierzu aber wird sie sich natürlich freiwillig nie entschliessen, vielmehr die hungrigen Mäuler von Zeit zu Zeit mit „christlichen" Gaben zu stopfen versuchen oder, wenn das nichts nutzt, mit Gewalt zu schliessen. Ein Beispiel dafür bietet die im Monat Juli auf den fiskalischen Werken von Zabrze stattgehabte Niedermetzelung der wegen fortgesetzter Lohnabzüge empörten Grubenarbeiter. Die letztere „Revolte", wie der technische Ausdruck für derartige unmittelbare Aeusserungen der Unzufriedenheit lautet, ist aber auf der anderen Seite ein neuer Beweis dafür, dass die Sozialdemokratie nur der **bewusste** Ausdruck eines bestehenden Klassengegensatzes ist, nicht, wie die Väter des Sozialistengesetzes meinen, die Urheberin desselben. Wenn es einmal — und man scheint ja in Deutschland mit Gewalt darauf hinzuarbeiten — zum allgemeinen Arbeiteraufstande kommen sollte, dann dürften es nicht gerade die sozialdemokratisch geschulten Arbeiter sein, welche die grösste Rachsucht und Vernichtungswuth entwickeln werden, und Mancher, der sich heute glücklich schätzt, dass auf seinem Gute, in seiner Fabrik das sozia-

*) Bezüglich der Nothstände in den sächsischen Weberdistrikten machen wir den Leser auf die im Selbstverlage des Verfassers erschienene Brochüre Bebels „Wie unsere Weber leben", aufmerksam. Trotz oder vielleicht gerade wegen der einfachen, schmucklosen Darstellung ist dieselbe das Aufreizendste, was wir seit langer Zeit in die Hände bekommen. Die darin enthaltenen Schilderungen und Einzelberichte sind ergreifend.

listische Gift noch keinen Eingang gefunden, wird diesen Umstand vielleicht schmerzlichst zu empfinden haben.

Derartigen Erwägungen sind indess unsere herrschenden Klassen unzugänglich; sie versuchen es, wie gesagt, so lange als möglich, die Gewalt in Anwendung zu bringen und schüren dadurch einerseits den Hass des Volkes, indem sie es andererseits gerade durch ihr Vorgehen auf denselben Weg verweisen. Wie ernst es ihnen aber mit den vielverheissenen grossen Reformen war, die ja eine Entschädigung für das Sozialistengesetz sein sollten, das wird mit jedem Tage einleuchtender. Jetzt, wo den Herren das Feuer nicht mehr auf den Nägeln brennt, wird es immer stiller und stiller auf diesem Gebiete, da man „diese schwierige Materie ja erst reiflich erwägen muss." Der Stumm'sche Antrag, der doch erst der Anfang des Anfangs sein soll, wird von Session zu Session hinausgeschoben, und die segensreichen Folgen des Schutzes der nationalen Arbeit lassen noch immer auf sich warten. Die Wilhelmsspende, die der Eitelste der Eiteln, Herr Berthold (von?) Auerbach in den Tagen des Attentats mit seinem geschraubtesten Pathos über die Taufe gehoben, hat trotz hoher und höchster Protektion ein klägliches Missgebilde gezeitigt. Dem „Hamburger Korrespondent", einem gewiss nicht radikalen Blatte, wird darüber unter dem 12. März 1880 geschrieben: „Die Gründung der „Kaiser Wilhelmspende" kann als verfehlte bezeichnet werden. Die Aufnahme, welche sie im Publikum gefunden, ist eine derartig unsympathische, wie sie eklatanter nicht charakterisirt werden kann. Denn dieses Institut bietet weder etwas Neues, Vortheilhaftes, noch Besonderes im Vergleich zu den bestehenden Anstalten ähnlicher Art." Und nun weist der Artikelschreiber ziffernmässig nach, wie die bestehenden Sparkassen und Rentenversicherungsgesellschaften bei bedeutend günstigeren Bedingungen dasselbe, unter gewissen Umständen sogar mehr leisten, als die mit Hochdruck zusammengebrachte „Wilhelmsspende".

Wir haben hier bereits unserer Schlussbetrachtung vorgegriffen, nehmen aber jetzt den Faden unserer Berichterstattung wieder auf. Von dem ungebrochenen Muthe unserer Genossen legten noch in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres einige Kommunalwahlen Zeugniss ab. In Esslingen gelang es den Sozialisten, von sieben zu erwählenden Gemeinderäthen fünf durchzubringen, in Lambrecht in der Pfalz errangen die Arbeiter einen glänzenden Sieg, den indess die dortigen Fabrikanten dadurch wett zu machen wussten, dass „sie fünfzehn in den Stadtrath gewählte Arbeiter unter Bedrohung mit Entlassung zwangen, ihren Austritt aus demselben zu erklären," eine drastische Illustration zu dem so oft bestrittenen Satze des sozialistischen Programms, dass die durch den Monopolbesitz der Kapitalistenklasse an Arbeitsmitteln „bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen" ist. Wen aber darf es Wunder nehmen, wenn, wie gegnerische Blätter melden, „der Klassenhass in obigem Städtchen einen Höhepunkt erreicht hat, wie in wenigen Orten Deutschlands".

Das erste hier zu berichtende Ereigniss des neuen Jahres ist leider der Verlust eines braven Kämpfers, der es wohl verdient hat, an dieser Stelle erwähnt zu werden. Am 12. Januar starb in Augsburg an einer Lungenentzündung

Jakob Endres, ein Mann, der über ein Jahrzehnt hindurch in eifrigster, uneigennützigster Weise für die Sache des enterbten Volkes eingetreten ist. Die Augsburger Genossen gaben ihm bei seiner Beerdigung ein ehrenvolles Geleit, und zahlreiche Kränze von Nah und Fern legten Zeugniss davon ab, welcher Achtung sich der Verstorbene in der Gesammtpartei zu erfreuen hatte.

Im Monat Januar tagten in fast allen deutschen Staaten die Einzellandtage. Von grösserer Bedeutung für die Sozialdemokratie sind indess nur die Vorgänge in der sächsischen und der preussischen Kammer. Der Thätigkeit unserer Genossen in der ersteren haben wir bereits Erwähnung gethan; wer sich spezieller von ihrem mannhaften Eintreten bei jeder wichtigen Gelegenheit überzeugen will, den verweisen wir auf die in Leipzig erschienenen stenographischen Berichte über die betr. Sitzungen. Was dagegen den auf Grund des Dreiklassenwahlgesetzes gewählten preussischen Landtag anbetrifft, so feierte in demselben die Reaktion wahrhafte Triumphe. Die junkerlich-klerikal-kapitalistische Koalition suchte die Situation gründlich auszunutzen, was sich besonders bei dem berüchtigten Feld- und Forstpolizeigesetz, dieser Potenzirung des „heiligen Eigenthums“, nach welchem die wild wachsenden Beeren und Pilze lieber verkommen sollen, als den armen Leuten zu einer, bekanntlich so überaus bescheidenen Erwerbsquelle, zu dienen, sowie bei dem, den treffendsten Ausdruck der Klassenherrschaft darstellenden Dienstbotengesetz zeigte. Was sich die Gesetzgeber bei Schöpfung derartiger Gesetze denken, wissen wir nicht, halten es aber fast für unmöglich, dass sie sich über die tiefe Missstimmung, den Groll, den dieselben in den unteren Volksschichten hervorrufen müssen, im Unklaren befinden. Zweifelsohne verlassen sie sich auf die Gewalt, den materiellen und geistigen Druck, den sie heute auszuüben vermögen. Auf wie lange noch? Diese Frage mögen sich wohl nur sehr Wenige unter ihnen vorlegen, desto eifriger aber ventilirt sie das Volk.

Der Monat Januar eröffnete in seinem Verlauf der Sozialdemokratie Aussicht auf neue Kämpfe. Der Reichstagsabgeordnete des siebzehnten sächsischen Wahlkreises, Genosse Bracke, legte aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat nieder, desgleichen that der fortschrittliche Vertreter des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, Herr Stadtgerichtsrath Hofmann. Für den erstgenannten Wahlkreis, einen der besten der Partei, war ein Eintreten der Sozialdemokratie selbstverständlich, doch war auch hier der Sieg nicht ganz unzweifelhaft. Ein schlimmer Feind hatte sich bekanntlich in jenen Weberdörfern und -Städten eingenistet, der Nothstand. Was das bei einer Bevölkerung, die auch in den besten Zeiten Hunger leidet, heissen will, lässt sich schwer vorstellen, soviel wird man aber einsehen, dass ein solcher Nothstand unter Umständen wohl zu Hungerrevolten anreizen kann, jene geistige Elastizität aber, die zu einem so schwierigen Wahlkampf, wie der diesmalige, unerlässlich ist, eher schädigt als fördert. Wenn trotzdem die Genossen muthig in den Wahlkampf eintraten und unter so schwierigen Umständen schliesslich Sieger blieben — bekanntlich wurde am 2. März Genosse Auer mit 8225 Stimmen gegen 7256 konservative Stimmen gewählt — so zeugt das von einer Zähigkeit unserer Anhänger, die jeden Pessimismus Lügen straft. Die Glauchauer Wahl hat für die Sozialdemokratie

noch dadurch eine gewisse Bedeutung, dass ein bürgerlicher Demokrat, der nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes den missglückten Versuch gemacht hatte, die Anhänger der Sozialdemokratie für seine — hier wörtlich zu nehmen — Partei zu gewinnen, gegen den sozialistischen Kandidaten zu Gunsten des konservativen agitirte, zu wessen Schaden, mag der Herr wohl seitdem eingesehen haben.

Was nun den in Berlin einzugehenden Wahlkampf anbetrifft, so liegen hier die Sachen allerdings derart, dass ein Zweifel, ob man überhaupt in denselben eintreten sollte, nicht unberechtigt genannt werden darf. Die Willkür, mit welcher der inzwischen natürlich verlängerte Belagerungszustand gehandhabt wird, macht nicht nur jede vorbereitende Thätigkeit unmöglich, selbst das Vertheilen sozialistischer Stimmzettel am Tage der Wahl, bei der geringen Gewähr des Wahlgeheimnisses sogar die Abgabe des sozialistischen Wahlzettels, kann für die Betroffenen eines der berüchtigten Ausweisungsformulare, d. h. den materiellen Ruin zur Folge haben. Und da kann man wirklich fragen: Ist der ausserdem in diesem Wahlkreise noch ziemlich aussichtslose Wahlkampf dieser Opfer werth? Die Berliner Genossen haben, ein schönes Zeichen ihres Muthes, die Frage bejaht, sie haben den Kampf, wo er ihnen geboten war, aufgenommen; hoffen wir, dass sie ihn rühmlich durchkämpfen werden. Soviel aber ist heute schon sicher, dass jede Stimme, die seiner Zeit für den sozialistischen Kandidaten, Wilhelm Körner, ab gegeben werden wird, mindestens doppelt soviel gilt, als unter normalen Zeiten.

Wir erwähnten oben, dass der sog. kleine Belagerungszustand, unter dem die Reichshauptstadt sich befand, verlängert worden ist. Es gehörte diese Mittheilung eigentlich noch unter die Vorgänge des Jahres 1879, da indess die Verlängerung an der Situation der Partei gar nichts änderte — wenn man von der Bekehrung des letzten Restes von Illusionisten, der sich hier und da noch vorgefunden haben mag, absieht, — so hielten wir es auch nicht für geboten, ihrer als eines besonderen „Ereignisses" zu erwähnen. Auch dass die im ersten Jahre verfügten Ausweisungen verlängert werden würden, war vorauszusehen; und wenn trotzdem einige Genossen am Tage nach Ablauf derselben nach Berlin zurückkehrten, so geschah dies nur, um die Thatsache dieser Verlängerung festzustellen. Von grösserer Bedeutung aber war der dem zum 12. Februar einberufenen Reichstag zugegangene Gesetzentwurf betreffs Verlängerung des Sozialistengesetzes auf weitere fünf Jahre. Zwar waltete in sozialistischen Kreisen auch darüber kein Zweifel ob, dass das in Deutschland herrschende System des Ausnahmegesetzes nicht mehr entrathen kann, wie ja auch längst alle Massnahmen der Partei auf eine Fortdauer des Sozialistengesetzes berechnet worden waren, dagegen ist ein grosser Theil der nicht direkt Betheiligten resp. nicht direkt interessirten Bevölkerung nichts weniger als angenehm von diesem, natürlich von Preussen ausgehenden Antrag berührt worden. Die anderthalb Jahre, seit denen das Gesetz in Kraft ist, haben bereits zur Genüge gezeigt, wie wenig es im Stande ist, der sozialistischen Idee Abbruch zu thun; namhafte Verschärfungen eintreten zu lassen, ist Angesichts der jüngsten Vorgänge in Russland höchst bedenklich geworden, andererseits aber hat die Handhabung und Auslegung des Sozialistengesetzes gezeigt,

dass es lediglich vom guten Willen der Regierungen abhängt, ob sie seine Anwendung auf rein sozialistische Kreise beschränken, oder auch auf beliebige oppositionelle Elemente ausdehnen wollen. Selbstverständlich ist auch die ja unzweifelhaft vorgeschrittenere Bevölkerung Berlins von der Verlängerung des Belagerungzustandes nichts weniger als erbaut; die Willkür, mit welcher das Recht der Ausweisung gehandhabt wurde, liegt zu klar auf der Hand, als dass es anders sein könnte, und die höchst raffinirte Art, mit der man stets gerade Familienväter aussucht, ist nur zu geeignet, die allgemeine Missstimmung zu vermehren. Kurz und gut, die Anhänger des Sozialistengesetzes haben bedeutend abgenommen, daran ändert auch die Thatsache nichts, dass infolge veränderter Haltung des Zentrums die Verlängerung wahrscheinlich mit grösserer Mehrheit votirt werden wird, als seiner Zeit das Gesetz selbst. Die Herren vom Zentrum waren eben nie prinzipielle Gegner des Sozialistengesetzes, sie hatten es nur aus opportunistischen Gründen abgelehnt, wie sie es nun aus Opportunität wohl auch — wenigstens das Gros der Partei — verlängern werden. Womit indess noch nicht gesagt ist, dass alle Wähler der Zentrumsmänner mit diesem Vorgehen einverstanden sein werden.

Seit dem 12. Februar tagt der deutsche Reichstag, und die Vertreter der Sozialdemokratie sind bereits mehrfach in gewohnter energischer Weise aufgetreten. Besondere Erwähnung verdienen die Bebel'schen Reden über den Reichs-Etat, das Militärgesetz und die Verlängerung des Belagerungszustandes — letztere lieferte eine scharfe Kritik der Willkür und Brutalität, mit welcher die Berliner Polizei verfahren ist — sowie die vortreffliche Rede Vahlteich's über die Verlängerung des Sozialistengesetzes überhaupt, die zwar von jeder überflüssigen Provokation frei ist, aber in keiner Weise der nöthigen Energie und Entschiedenheit ermangelt. Wir verzichten hier auf eine Wiedergabe dieser Rede, da der stenographische Bericht der betreffenden Sitzung im Separatabdruck erschienen ist, und wir glauben, die Anschaffung der Heftchens, das ja auch die sehr lehrreichen Reden der gegnerischen Vertreter enthält, bestens empfehlen zu dürfen. Nur ein Passus, der die vielfach diskutirte Frage der Revolution behandelt, darf unserer Meinung wohl auch in diesem Bericht Raum beanspruchen. Es heisst da (S. 88 des Separatabdruckes*): „Das bringt mich noch auf den erhobenen Vorwurf, dass wir nothwendigerweise mit unseren Bestrebungen zur Revolution kommen müssen, d. h. zur Revolution nicht im wissenschaftlichen Sinne, sondern zu der, wie man so sagt, mit Heugabeln, wie sie früher Mode war. Ich bin nun der Meinung, dass die Revolutionen im alten Stile mit Barrikaden und dergleichen bei der Vervollkommnung der Waffen, und bei der Art, wie unser Militarismus ausgebildet ist, einfach aus technischen Gründen überhaupt gar nicht mehr möglich sind. Aber abgesehen hiervon sind Prophezeihungen über das, was eine Partei in Zukunft thun oder lassen wird, ein Ding der Unmöglichkeit. Was in zehn Jahren sein wird, können Sie ebensowenig voraussagen als wir. Wir können Ihnen hier nicht eine Versicherung geben, dass wir niemals

*) Leipzig, Genossenschaftsbuchdruckerei.

Revolution machen wollen, und Sie können nicht wissen, ob Sie nicht in zehn Jahren eine solche provozirt haben, auf dem Wege dazu sind Sie. Das ist der Zukunft anheimgegeben, und darüber lassen wir uns mit Ihnen auf eine Diskussion nicht ein. Je nachdem die Dinge sich entwickeln, werden wir handeln, wie es nach Zeit und Umständen uns das Beste erscheint, und die Umstände werden kommen durch Sie und unter Ihrer Verantwortung. Also, wenn Sie Revolutionen nicht gern haben, wenn Sie sich davor fürchten — und das scheint doch der Fall zu sein —, dann vermeiden Sie dieselben, — wir machen sie nicht."

Ehe wir unseren Bericht abschliessen, müssen wir noch eines Faktors in unserer Bewegung erwähnen, nämlich der Prozesse. Dass ein Gesetz, wie das Sozialistengesetz, zu Uebertretungen geradezu herausfordert, haben sich wohl auch seine eifrigsten Befürworter nicht verschwiegen, wenn es nicht gar geradezu darauf abgesehen war, recht viele Verurtheilungen zu bewirken. Wir glauben daher auf eine Aufzählung der einfachen Prozesse wegen Uebertretung des Sozialistengesetzes verzichten zu können und wollen nur hervorheben, dass es an denselben keineswegs gemangelt hat. Auch auf die verschiedene Auslegung des Sozialistengesetzes seitens der Gerichte einzugehen, müssen wir uns hier versagen, da diese Frage unzweifelhaft einer eigenen Abhandlung bedarf. Nur zweier gegen Sozialisten gefällter Urtheilssprüche müssen wir ausdrücklich hier gedenken, um zu zeigen, was gegenwärtig in Deutschland alles möglich ist. Es sind dies die Urtheile gegen die Genossen Kaufmann und Ibsen. Die Verurtheilung des Ersteren zu 4 Jahren Gefängniss wegen Verbreitung der „Freiheit" erinnert an die Attentatsorgien im Sommer 1878, im Prozess Ibsen hingegen sehen wir Staatsanwalt und Gerichtshof geradezu zum Meineid provoziren, um einem braven Genossen nicht nur die Freiheit, sondern auch die bürgerliche Ehre zu rauben. Es hat seit Erlass des Sozialistengesetzes schon starke Stückchen richterlicher Willkür gegeben, die genannten aber stehen bis jetzt unübertroffen da. Dass es von Seiten der Polizei an Ueberschreitungen ihrer Befugnisse nicht mangelt, liegt zu sehr in den Verhältnissen, als dass es Jemand Wunder nehmen könnte. Die Haussuchungen nach verbotenen Schriften gehören bereits zu den alltäglichen Ereignissen, die Ueberwachung durch Geheimpolizisten ist meist nicht einmal dem Ueberwachten ein Geheimniss. Welche Folgen aber ein solches System politischer Korruption auf der einen und gerechter Entrüstung auf der anderen Seite nothwendigerweise nach sich zieht, lehrt die Geschichte des zweiten Kaiserreichs.

Darum sieht aber auch die deutsche Sozialdemokratie getrost und muthig in die Zukunft. Ein System, das zur Unterdrückung und Spionage seine Zuflucht nimmt, zeigt damit selbst an, dass es auf schwachen Füssen steht. Sobald eine Gesellschaft die Kritik ihrer Grundlagen für eine auf Umsturz abzielende Untergrabung erklärt, ist sie bereits gerichtet. Darum muss auch heute noch unablässig unser Bestreben auf die Kritik — gleichviel in welcher Form — der gegenwärtigen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet sein; für die steigende Unzufriedenheit sorgen unsere Gegner, sorgen die thatsächlichen Verhältnisse; sorgen wir dafür, sie in

die rechte Bahn zu leiten, sie ihres unbestimmten Charakters zu entkleiden, — mit einem Wort, sorgen wir für die Erkenntniss.

Ende März 1880. E. B—n.

Frankreich.

Das traurige Jahr 1879 war für die sozialistische Propaganda in Frankreich gerade kein schlechtes. Ja man kann sogar behaupten, dass seit der unvergesslichen internationalistischen Propaganda in den Jahren 1869 und 1870 der Sozialismus nie grössere Fortschritte im französischen Proletariat gemacht habe.

Zwar begann das Jahr unter ziemlich traurigen Auspizien. Die „Egalité" war eingegangen; den Organisatoren des gelegentlich der Ausstellung einberufenen Arbeiterkongresses war ihr Unternehmen nicht nur vereitelt worden, man hatte sie auch zu Geld- und Gefängnissstrafen verurtheilt. Der „Socialisme Progressif" stellte gleichfalls sein Erscheinen ein, und nur der „Prolétaire" blieb als der einzige Vertreter des streitbaren Sozialismus in der Presse*) übrig.

Desto verheissungsvoller sah es dagegen auf politischem Gebiete aus: die partiellen Wahlen zum Senat hatten eine republikanische Majorität ergeben und Mac Mahon veranlasst, seinem Lande zum ersten Male einen wahren Dienst zu leisten — — abzutreten. Ein erprobter Republikaner wurde Präsident der Republik, und Herr Gambetta beherrschte die Situation. Man erwartete ausgedehnte und erspriessliche Massnahmen, wie allgemeine Amnestie, Unterwerfung des Klerus, Reform der Behörden, Verkündigung der Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit, Steuerreform, Vornahme grosser öffentlicher Arbeiten, mit einem Wort eine radikale Politik, welche den radikalen Republikanern das Schwergewicht überliefern, die letzten Angriffe der retrograden Parteien abschlagen, durch ernsthafte Reformen die Proletarier für den Radikalismus gewinnen und so den Sozialismus in Schach halten würde.

Diese Erwartungen wurden indess sämmtlich durch die Ereignisse Lügen gestraft.

Die an das Ruder gelangten Republikaner haben weder für die Freiheit, noch für die Verbesserung der Lage des Volkes, noch gegen Klerisei**) und Büreaukratie das Geringste gethan. Eine partielle Amnestie, welche das Gerechtigkeitsgefühl und die gerade Logik des Volkes empörte, sowie ein grossartiges Programm öffentlicher Arbeiten sind Alles, was das Jahr 1879 brachte. So gross die Hoffnungen gewesen waren, so gründlich war jetzt die Enttäuschung, und ebenso schnell wuchs die Unpopularität der neuen Herrscher.

*) Die Lyoner „Réforme" ist nicht ausschliesslich sozialistisch. Das „Dévoir" und das „Bulletin du Mouvement social" haben nach ihrer eigenen Erklärung mit dem streitbaren Sozialismus, der ihnen zu radikal und zu revolutionär ist, Nichts zu thun.

**) Der Bericht ist vor Erlass der Dekrete gegen die Kongregationen geschrieben. Der Herausg.

Unterdessen war die sozialistische Partei nicht unthätig. In den Arbeitervereinen gewann der Kollektivismus unbemerkt an Boden, und die Verherrlichung der Kommune war an der Tagesordnung. Der „Prolétaire“ verhielt sich in gleichem Sinne, die radikale Tageszeitung „La Révolution française“ wandelte sich in ein sozialistisches Blatt um und engagirte 60 ehemalige Mitglieder der Minorität in der Kommune*) öffentlich zu Mitarbeitern; ferner wandte sich das Proletariat sowohl in Paris, als auch in der Provinz immer mehr von der blos radikalen Politik ab und vergrösserte zusehends die Reihen der Sozialisten.

Diesem Stand der Dinge gegenüber wusste die republikanische Regierung keinen Rath, als Massregelungen. Man machte die „Révolution française“ durch erdrückende Strafen, deren einige die exorbitante Summe von 8000 Franken erreichten, todt; dasselbe versuchte man beim „Prolétaire“, der indess die Schläge (Geld- und Gefängnissstrafe) aushielt, während die „Révolution française“ vor ihrem Eingehen der Regierung noch einen tödtlichen Hieb versetzte:

Unter den von der Amnestie Ausgeschlossenen, denen einige Wichtigthuer, wie Herr Le Royer, und Renegaten, wie Herr Andrieux, die Ehre zu rauben versucht hatten, befand sich auch der greise sozialistische Revolutionär Blanqui.

Dieser Ausschluss war um so schreiender, als Blanqui bekanntlich an der Kommune gar keinen Antheil genommen hatte, sondern auf Befehl des unheilvollen Zwerges Thiers ohne jeden Grund am 17. März 1871 in der Gironde verhaftet worden war.

Die öffentliche Meinung lehnte sich dagegen auf, und da in Bordeaux ein Deputirtenplatz erledigt war, so stellten die „Révolution française“ und der „Prolétaire“ Blanqui als Kandidaten auf. Sechs Wochen hindurch führte die „Révolution française“ energisch den Feldzug, und die Wahl Blanqui's versetzte der Regierung einen empfindlichen Stoss. Freilich wurde die Wahl trotz der Beredsamkeit Clemenceau's (der bei dieser Gelegenheit der unangezweifelte Chef der intransigenten Partei wurde) von der Deputirtenkamner mit erdrückender Majorität für ungültig erklärt, aber dadurch auch die Scheidung zwischen der republikanischen Bourgeoisie und dem sozialistischen Proletariat um so offenkundiger. Und da die Logik, die Grossmuth und die allgemeine Strömung für den Sozialismus waren, gewann dieser um so mehr an Boden, während die Verblendung, die Engherzigkeit und die Fehler der republikanischen Bourgeoisie den Verfall der herrschenden Klasse von Tag zu Tag ersichtlicher werden liessen, und (wie sich ein sozialistisch-radikales Organ, die „Réforme“ in Lyon, ausdrückt) augenfällig den jüngsten Tag der Bourgeoisie beschleunigten. —

Auf die Wahl in Bordeaux, welche die Macht des Sozialismus dokumentirt hatte, folgte die Rückkehr der Amnestirten, und sie bewies, dass nicht nur die Bevölkerung der grossen Städte Frankreichs, sondern auch die übrige Bevölkerung der Kommune im Allgemeinen sympathisch gesinnt war.

Die Regierung wagte es aus Furcht vor Demonstrationen nicht, die Schiffe, welche die verbannten Kommunalisten zurückbrachten, in Marseille

*) Arnould, Jourde, Lefrançais, Longuet, Malon, Vallès.

einlaufen zu lassen, sondern befahl dass sie an der Küste eines unbekannten Ortes, Port Vendres, landeten, und um die Demonstrationen noch sicherer zu vereiteln, liess sie die Ankunft der Schiffe absichtlich um 8 bis 14 Tage verzögern; Alles indess umsonst. Tausende fanden sich ein, die Verbannten zu begrüssen und unterstützten sie, gerührt von ihrem kläglichen Zustand, ihrem schlechten Aussehen und ihrer mangelhaften Kleidung. Man wollte den Empfang seitens der für den Sozialismus gewonnenen Bevölkerung der grossen Städte vermeiden und hatte nun den nicht minder herzlichen Empfang seitens der Bevölkerung der kleineren Städte und Dörfer, die so mit dem Sozialismus in Beziehung trat. In jeder Stadt, welche die Verbannten passirten, wiederholten sich die Ovationen und die Beschenkungen. Die Regierung wollte hierauf wenigstens Manifestationen in Paris verhüten und liess Verspätungen der Züge von 18 bis 36 Stunden bewirken — aber auch das war vergebens! Die zusammengeströmten Volksmassen, die sich oft auf 50,000 Personen beliefen, erwarteten die Verbannten ganze Nächte und Theile des Tages hindurch und begrüssten sie bei ihrer Ankunft mit begeisterten Zurufen und brüderlichen Umarmungen.

Die Begeisterung war so gross, dass die Leiter des Komité's zur Unterstützung der Amnestirten, Viktor Hugo und Louis Blanc, in einem Dankschreiben an die Bevölkerung von Port Vendres, die alles aufgeboten hatte, um diese sympathische Strömung zu fördern, ausriefen: Dank Euch ist die volle Amnestie sicher, Frankreich will sie, die Regierung kann sie nicht länger verweigern.

Eitle Hoffnung! die Regierung widersetzte sich trotzdem. —

Neben diesen ausserordentlichen Manifestationen, die dem Sozialismus so grossen Vortheil brachten, nahm die eigentliche sozialistische Thätigkeit einen neuen Aufschwung.

Schon seit einigen Jahren finden in Paris zahlreiche sozialistische Vorträge statt. Die Pariser Sozialisten überzeugten sich bald von den guten Erfolgen derselben und beschlossen daher, ihre besten Redner in die Provinz zu entsenden. Auf diese Weise wurden die sozialistischen Rundreisen Jules Guesde's, Chabert's, Hubertine Auclert's u. s. w. arrangirt, welche für die sozialistische Propaganda von so grossem Nutzen waren und noch sind.

Kam endlich der Marseiller Kongress, der die Erwartungen der optimistischsten Sozialisten noch überstieg und die Bourgeoisie in Schrecken versetzte. Wir enthalten uns, einen auch nur summarischen Bericht über die Sitzungen des französischen Proletariats, das durch 130 Delegirte vertreten war, zu geben und bemerken nur, dass die 3 Hauptfragen, welche die Sozialisten Frankreichs beschäftigten, das Gemeineigenthum, die Frauenemanzipation und die Bildung einer selbstständigen Arbeiterpartei als Mittelpunkt des vierten Standes, im bejahenden Sinne entschieden wurden. Es dürfte für die Leser des Jahrbuches interessant sein, die Beschlüsse des Kongresses über die 3 genannten Fragen dem Wortlaute nach zu vernehmen. Wir lassen sie daher hier folgen und zwar so, wie sie in Nr. 1 der „Fédération"*) wiedergegeben worden sind:

*) „La Fédération", monatliches Bulletin des französischen Proletariats, begründet durch den Marseiller Kongress.

1) Bezüglich des **Eigenthums** wurde folgende von der zur Berathung dieser Frage eingesetzten Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen: In Erwägung, dass das System des Individualismus, das gegenwärtig in Bezug auf das Eigenthum herrscht, der Gleichberechtigung, die der Ausdruck der zukünftigen Gesellschaft sein soll, widerspricht;

In Erwägung, dass es ungerecht und inhuman ist, dass die Einen Alles, die Anderen Nichts produziren, und dass gerade die Letzteren es sind, die alle Güter, alle Genussmittel, sowie alle Privilegien besitzen;

In Erwägung, dass dieser Zusand nicht durch den guten Willen derjenigen beseitigt wird, die aus den oben angeführten Gründen ein Interesse daran haben, dass er aufrecht erhalten bleibe;

Schlägt die siebente Kommission als Ziel vor: Gemeineigenthum an Grund und Boden, Arbeitsmitteln und Rohstoffen, welche durch die Gesellschaft Allen zuertheilt und unveräusserlich erklärt werden und an dieselbe zurückfallen sollen.

Als Mittel schlagen wir im Einverständniss mit der sechsten Kommission die Bildung einer Arbeiterpartei vor, deren Organisation aus dem Verband der Syndikatskammern, der sozialen Bildungsvereine, der Konsum- und Produktivgenossenschaften, unter der Bedingung, dass sie ausschliesslich aus Arbeitern bestehen, hervorgehen soll.

Das sind, Bürgerinnen und Bürger, die Beschlüsse, deren Annahme wir Ihnen empfehlen. Sie entsprechen dem Recht, der Freiheit und der Gerechtigkeit, und, wie es einst Sache des Nationalkonventes war, die Menschenrechte feierlich zu proklamiren, so ist es an dem 3. französischen Arbeiterkongress, nicht minder feierlich die Rechte des Arbeiters zu beschliessen.

Der Berichterstatter: Louis Mouttet.

Die Mitglieder der Kommission: Anton Boyer. Cinquin. Hubertine Auclert. Tressaud. Sibilla. Hervé. Ava Cottin. Masière.

Hierhin gehört auch die folgende, am Schluss des Kongresses abgegebene **Erklärung der auf dem sozialistischen Arbeiterkongress in Marseille anwesenden revolutionären Kollektivisten**:

In Erwägung, dass die soziale Frage nicht eher gelöst sein wird, als bis jedem menschlichen Wesen — dem befreiten Mann und der ihm gleichgestellten Frau — die vollständige Befriedigung seiner Bedürfnisse und die volle Entwickelung seiner Fähigkeiten ermöglicht sein wird,

Erklären die Unterzeichneten:

Dass das Privateigenthum, die Ursache materieller und intellektueller Ungleichheit, diese Befriedigung und Entwickelung nicht gewährleisten kann, und entscheiden sich daher für den Uebergang des Grund und Bodens, der Maschinen, Transportmittel, Gebäude, Kapitalien in den Besitz der Gesammtheit zum Besten der menschlichen Gemeinschaft, den einzig möglichen Weg, jedem den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern.

In Erwägung, dass 1) die absolute Unzulänglichkeit aller Mittel der Ablösung, der Kooperation, der Vereinigung von Kapital und Arbeit wissenschaftlich und durch die Erfahrung nachgewiesen ist;

Dass 2) jede Steuer, ob progressive oder nicht und in welcher Form sie auch in der heutigen Gesellschaft erhoben werde, immer auf den Konsumenten, d. h. den Arbeiter, zurückfällt;

Dass 3) ein Einvernehmen zwischen Denen, die das öffentliche Gut in Händen halten und Denen, die es mit Recht zurückfordern, nicht möglich ist, was durch die Verschiedenheit der in Frage kommenden Interessen mehr als nöthig bewiesen wird;

Erklären die Unterzeichneten:

Dass der Uebergang aller Arbeitsinstrumente und Produktionsmittel in Gemeinbesitz mit allen möglichen Mitteln angestrebt werden muss.

(Folgen 71 Unterschriften.)

Bezüglich der Frauenfrage nahm der Kongress folgende Resolution an:

In Erwägung des grossen Vortheils, der für das Proletariat darin liegt, sich die Mitwirkung der Frauen im Kampf gegen die Privilegirten zu sichern, drückt der sozialistische Arbeiterkongress von Marseille den Wunsch aus, dass die bürgerliche Erziehung der Frauen der Gegenstand ganz besonderer Aufmerksamkeit sein möge. Die Männer werden ihnen zu ihren Sitzungen, Bildungsvereinen, sozialistischen Wahlkomités Zutritt gewähren, wo sie berathende Stimmen haben werden.

In Erwägung, dass Mann und Frau der Natur gegenüber gleichwerthig, dass beide zur Forterhaltung der Gesellschaft gleich unentbehrlich sind, erklärt der Kongress, dass sie gemeinsam die Gesellschaft leiten und sowohl im öffentlichen als auch im Privatleben dieselben Rechte ausüben sollen.

Von diesem Prinzip der absoluten Gleichheit beider Geschlechter ausgehend, erkennt der Kongress den Frauen die gleichen sozialen und politischen Rechte wie den Männern zu.

Wer Recht sagt, sagt Verantwortlichkeit: die Frau soll arbeiten, und da sie als Konsumentin nicht minder als der Mann verpflichtet ist, produktiv thätig zu sein, so spricht der Kongress den Wunsch aus, dass beiden Geschlechtern die Möglichkeit produktiver Thätigkeit gleich erleichtert werde, sowie die strenge Innehaltung folgender ökonomischer Formel: Für gleiches Produkt gleichen Lohn.

Was die Arbeit der Frauen in Ateliers, Werkstätten und Fabriken anbetrifft, so kann der Kongress, da es ihm nicht ansteht, irgend eine Freiheit anzutasten, nur dem Verlangen Ausdruck geben, dass die gegenwärtig in den Ateliers, Werkstätten und Fabriken sowohl für die Arbeit der Männer, als für die der Frauen innegehaltenen Systeme durch andere, seitens der Hygiene gebotene ersetzt werden. Ausserdem verlangt der Kongress, und zwar im Interesse Aller, dass in der Arbeitsordnung eine gerechte Eintheilung stattfinde, dass den schwachen Menschen — ob Mann oder Frau — diejenigen Arbeiten zufallen mögen, welche Geschicklichkeit fordern, den starken Menschen aber diejenigen, die eine grosse Ausgabe von Muskelkraft erheischen.

Was die Gefangenen- und Klosterarbeit anbelangt, so wäre es kindisch, ihre Unterdrückung zu verlangen, nicht die Wirkung, sondern die Ursache des Uebels muss ausgerottet werden.

In Erwägung, dass die Klöster nur ein Zufluchtsort für Faulheit und Demoralisirung sind, hält der Kongress ihre Aufhebung für geboten.

In Erwägung, dass die gefährlichen Individuen, gegen welche sich die Gesellschaft durch Einkerkerung zu schützen sucht, Kranke sind, welche

geheilt und gebessert werden müssen, verlangt der Kongress die Aufhebung der Gefängnisse, dieser für eine Zeit, die begriffen hat, dass man bessern und nicht strafen soll, schmachvollen Zwangsanstalten.

In Erwägung, dass die Vorurtheile, welche unter dem Titel Schicklichkeit die Freiheit der Frau einschränken, ihrer Emanzipation nachtheilig sind, ist der Kongress der Ansicht, dass die Frauen unter allen Umständen dieselbe Freiheit des Handelns haben sollen, wie die Männer. Diese Freiheit, welche in ihnen das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit wachrufen wird, wird eine Bürgschaft für ihre Sittlichkeit und Würde sein.

In Erwägung, dass jede Stellung, um gut ausgefüllt zu werden, aus der freien Wahl des betreffenden Individuums hervorgehen muss, weist der Kongress der Frau keine besondere Stellung an: sie wird die Rolle und den Platz in der Gesellschaft einnehmen, die ihr Beruf ihr vorzeichnet.

Da die Anerkennung von Rechten die Erfüllung von Pflichten bedingt, so spricht der Kongress die Forderung aus, dass die mit der Mutterschaft verbundenen Pflichten nur von der Mutter selbst erfüllt werden sollen, die Säugung seitens der Mutter selbst ist strenge Vorschrift, wenn nicht ausnahmsweise mit derselben eine Gefahr für die Gesundheit des Kindes verbunden ist.

Das, Bürgerinnen und Bürger, sind die Beschlüsse, die ich seitens der Kommission beauftragt bin, Ihrer Genehmigung zu unterbreiten; durch ihre Annahme werden Sie wirksamer als je für die Revolution gearbeitet haben; denn Sie rufen in Frankreich allein neun Millionen Sklaven auf die Arena des öffentlichen Lebens, um ihnen zu sagen: Ihr seid frei!

Die Berichterstatterin: Hubertine Auclert.

Garrigue, J. Bernard, L. Goudefer, Louise Meunier, Godefroy, Tardif, Grave.

Bezüglich der Organisirung des vierten Standes, speziell der Vertretung des Proletariats in den gewählten Körperschaften lauten die angenommenen Beschlüsse etc. folgendermassen:

Indem der Marseiller Arbeiterkongress die Frage der Vertretung des Proletariats in den gewählten Körperschaften auf seine Tagesordnung setzte, wollte er so die tiefe Kluft aufdecken, welche die grosse Arbeitermasse von der kleinen Anzahl Kapitalisten, Gewerbtreibender, Rentiers, Arbeitgeber, die die heutige Bourgeoisie bilden, trennt. Er hat anerkannt, dass zu diesem Behufe das Proletariat eine seinen Wünschen und seinem Klasseninteresse entsprechende Bahn einschlagen und sich in allen gewählten Körperschaften direkt vertreten lassen muss, um Interesse gegen Interesse, Bestrebungen gegen Bestrebungen geltend zu machen; und um durch diese Vertretung die Einführung der Reformen zu erringen, die es auf seinen Kongressen ausdrücklich verlangt.

Die zur Berichterstattung gewählte Kommission hat auf die stattgehabten Debatten hin geglaubt, die vorzuschlagenden Resolutionen etwas weiter ausführen zu sollen, damit die Delegirten, wenn sie zu ihren Mandatgebern zurückkehren, mit grösserer Sicherheit an der zum Sieg unserer Ideen nöthigen Organisation der arbeitenden Kräfte schaffen können. Deshalb verlangt sie vor allen Dingen, dass das Proletariat völlig mit der

Bourgeoisie breche und sich von ihr auf allen Gebieten der Wissenschaft, des Rechts, der Politik und der Oekonomie lossage. Deshalb schlägt die Kommission dem Kongress vor, eine Arbeiterpartei Frankreichs zu bilden, deren Zweck die Ausführung aller Beschlüsse des Marseiller, sowie der ihm folgenden Arbeiter-Kongresse sein wird, soweit diese Resolutionen die Verwirklichung der Gerechtigkeit, welche das Proletariat mit allen möglichen Mitteln anstreben muss, im Auge haben.

Die Kommission ersucht den Kongress, sich für die Nothwendigkeit der direkten Vertretung des Proletariats in den gewählten Körperschaften auszusprechen. Sie anerkennt, dass, wenn es den regionalen oder lokalen Gruppen freistehen soll, je nach den Umständen diese Vertretung eintreten zu lassen, sie mindestens die moralische Verpflichtung haben, bei allen Wahlen, wo es angängig oder möglich ist, sozialistische Arbeiterkandidaten aufzustellen.

Die Kommission schlägt dem Kongress vor, die Besoldung aller auf Wahl beruhenden Aemter zu verlangen, um jedem Arbeiterkandidaten die Annahme der öffentlichen Funktionen, seien sie welcher Art sie wollen, zu ermöglichen, damit er seine Klasse würdig vertreten könne. Sie beantragt, das Mandat der Arbeitervertreter ausserdem folgendermassen festzusetzen:

Der Arbeitervertreter soll an allen Verhandlungen theilnehmen, bei welchen er die Interessen und Rechte des Proletariats vertheidigen kann. Er soll die Freiheiten fordern, welche für die Erringung der im Programm der Arbeiterpartei figurirenden Reformen nothwendig sind und sich jeden Kompromisses mit den in den gewählten Körperschaften vertretenen politischen Parteien enthalten.

Die Dauer des Mandates der Arbeitervertreter soll der Bestimmung derjenigen lokalen oder regionalen Gruppe überlassen bleiben, welche ihre Wahl bewirkt haben; es wird ihnen indess empfohlen, sie so kurz wie möglich zu bemessen.

Die Kommission empfiehlt dem Kongress, zu erklären, dass ebenso wie es nöthig ist, dass das Proletariat in allen gewählten Körperschaften vertreten sei, es nicht minder erforderlich ist, dass eine Arbeiterpresse die sozialistischen Arbeiterwahlen durch Popularisirung der von den sozialistischen Arbeiterkongressen in das proletarische Programm aufgenommenen Prinzipien vorbereite und fördere.

Die Kommission ist sich auch klar darüber, dass, wenn die Proklamirung einer grossen Arbeiterpartei nöthig ist, einige klare und einfache Artikel zusammengestellt werden müssen, welche durch die Verbindung aller französischen Proletarier mächtig zur Organisation der arbeitenden Kräfte beitragen könnten; sie legt den folgenden von ihr aufgesetzten organischen Statutenentwurf vor, auf Grund dessen sie hofft, dass sich die Arbeiterpartei endgültig konstituiren werde.

Vorschläge bezüglich dieses Punktes:

Antrag des Bürger Brugnot (Lyon):

In Erwägung, dass die Arbeiter, so lange sie dem Einfluss der Bourgeoisie unterliegen, nie die zu ihrer Befreiung nöthige Gemeinschaftlichkeit der Ideen erlangen werden.

In Erwägung, dass dieser Einfluss die direkte Vertretung des Proletariats im Parlament entweder nichtig oder mindestens wirkungslos machen würde; dass die grosse Arbeiterpartei sich ohne die Unterstützung einer ihren Prinzipien vollkommen ergebenen Presse nicht endgültig konstituiren noch im Sinne einer ökonomischen Revolution handeln kann, beschliesst der Kongress die Gründung einer Arbeiterpresse und verpflichtet sich, das Inslebenrufen derselben mit allen möglichen Mitteln zu erleichtern.

Antrag des Bürger Tressaud (Marseille):

Ich beantrage, dass der Kongress die Scheidungslinie feststelle, die zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern bestehen soll. Jedes Individuum, welches von der Arbeit eines Andern einen Theil für sich vorwegnimmt, wird somit aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen sein.

Verband (Fédération) der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs.

Art. 1. Aus allen zugehörigen Gruppen, welche sich der Arbeiterorganisation anschliessen, wird ein Verband sozialistischer Arbeiter beiderlei Geschlechts gegründet mit dem Zweck, durch möglichste Verbreitung der auf den Arbeiterkongressen ausgesprochenen Ideen die Durchführung der Gerechtigkeit zu erlangen.

Art. 2. Der Verband wird in sechs Hauptdistrikte eingetheilt, nämlich 1) Der Zentraldistrikt (Paris); 2) Der Ostdistrikt (Lyon); 3) Der Süddistrikt (Marseille); 4) Der Westdistrikt (Bordeaux); 5) Der Norddistrikt (Lille); 6) Der algierische Distrikt (Algier).

Art. 3. Jeder Distrikt hält seine Distriktskongresse ab und wird nach den von ihm selbst festgesetzten Normen verwaltet.

Art. 4. Jeder Anschluss an den Verband muss dem Generalvorstand durch den Distriktsvorstand mitgetheilt werden.

Art. 5. Der Verband hält alljährlich einen Kongress ab, auf dem sich alle zugehörigen Gruppen vertreten lassen können. Der Kongress soll abwechselnd in einem dieser Distrikte stattfinden; am Schlusse seiner Verhandlungen ernennt er ein Komité von 19 Mitgliedern, welches seine Beschlüsse ausführen und in direkte Beziehung mit dem ganzen Verband treten soll. Es wird den Namen: „Allgemeines Exekutiv-Komité" führen.

Art. 6. Jeder Distrikt hat die Pflicht, auf dem nationalen Kongress einen allgemeinen Bericht über seine materielle und politische Situation zu geben.

Art. 7. Jede dem Verbande angehörige Gruppe zahlt pro Mitglied monatlich fünf Centimes oder jährlich sechzig Centimes gegen Quittung an den Kassirer des allgemeinen Komités behufs Deckung der Unkosten. Ausserdem kann auf Beschluss des Generalraths eine Subscription in den angehörigen Gruppen eröffnet werden, um gegen etwaige Vorkommnisse irgend welcher Art gewappnet zu sein.

Art. 8. Jede Gruppe, welche die vom Verband vorgezeichnete Haltung verletzt, kann von dem Komité des Distriktes, dem sie angehört, ausgeschlossen werden. Doch steht ihr die Appellation an das allgemeine Exekutiv-Komité zu.

Art. 9. Jede Gruppe soll auf das offizielle Verbandsorgan, welches das allgemeine Exekutiv-Komité so bald als möglich in's Leben rufen soll, abonniren. Der Abonnementspreis wird später festgesetzt werden.

Art 10. Diese Statuten können am Ende jedes Kongresses modifizirt werden, doch muss der betreffende Antrag zwei Monate vor Beginn des Kongresses dem „Allgemeinen Exekutiv-Komité" eingereicht werden.

Der Berichterstatter: Jean Lombard (Marseille).

L. Goudefer (St. Etienne). Frédéric Gas (Anduze). J. Bernard (Grenoble). Prat (Lyon). Scholastique (Paris). Durand (Marseille). G. Fauché, Clément Roux (Marseille).

Als diese Beschlüsse bekannt wurden, stürzte sich die gesammte französische Presse, von der klerikalen, wie „Figaro" und „Français", der gemässigt republikanischen, wie „Débats" und „Temps" bis zur radikal-republikanischen, wie „République Française" und (theilweise) „Rappel" und gemässigt sozialistischen, wie „Bulletin du mouvement social" und „Dévoir" insgesammt auf die kollektivistisch-revolutionäre Majorität des Kongresses und erhob die individualistische Minorität bis in die Wolken. Nur das „Mot d'ordre" (in einem Artikel von Rochefort), selbstverständlich der „Prolétaire" und die Lyoner „Réforme" vertheidigten die Beschlüsse des Marseiller Kongresses in der Presse. Indess war der Anstoss gegeben, die sozialistischen Versammlungen nahmen täglich zu, die Arbeitervereine reorganisirten sich, und das Erwachen des Sozialismus in Frankreich war endlich Thatsache geworden. Eins der bemerkenswerthesten Symptome dieses Erwachens ist der im Namen von sechzig Pariser Gewerkschaften verfasste gemeinschaftliche Bericht der „Arbeiter-Delegirten für Philadelphia", der sich gerade heraus für Kollektivbesitz, Frauenemanzipation und den vierten Stand erklärt.

Auch die sozialistische Presse wacht wieder auf. Durch den Marseiller Kongress wurde die „Fédération" gegründet, die „Egalité" erscheint wieder, in Lyon ist das „Droit sociale" im Entstehen begriffen. Louis Blanc, der mit seinen sozialistischen Vorträgen in der Provinz wahre Triumphe feierte, giebt jetzt in Paris den „Reveil social" heraus. Endlich ist eine s o z i a l i s t i s c h e „Revue" erschienen, an der mehr als fünfzig bekannte Vertreter des zeitgenössischen Sozialismus mitarbeiten.

Es ist das erste Mal, dass der französische Sozialismus ein gewissermassen zentrales Organ des wissenschaftlichen Sozialismus besitzt. Um den Geist dieser letztgenannten Zeitschrift zu kennzeichnen, lassen wir einen Auszug aus dem Programm folgen:

„. . . Die „Revue socialiste" wird nicht das ausschliessliche Organ irgend einer Schule sein; sie hat höhere Pläne, sie soll die offene Arena sein, wo alle grossen reformatorischen Fragen, welche unsere Gegenwart mit so grossem Recht bewegen, friedlich und in ruhiger und sachlicher Form debattirt werden.

„Die einzelnen Theile der Soziologie werden in eigentlich wissenschaftlicher, philosophischer, ökonomischer, ästhetischer, politischer und historischer Beziehung von den Mitarbeitern der „Revue" vollkommen frei behandelt

werden, und die Redaktion wird sich auf gelegentliche Bemerkungen beschränken, so dass es den Lesern überlassen bleibt, über die gemeinschaftliche Arbeit des forschenden Sozialismus zu urtheilen. Indess wird dieses Gebiet, so wichtig und nothwendig es auch ist, nur einen Theil der Revue ausmachen. Wir werden ausserdem einen allgemeinen Bericht über die zeitgenössische sozialistische Literatur aller zivilisirten Länder, insbesondere Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Englands, Hollands, Oesterreich-Ungarns, Russlands, Italiens, der Vereinigten Staaten u. s. w. veröffentlichen. Ebenso wird die „Revue" eine Reihe von Studien über die gegenwärtigen allgemeinen Bewegungen des streitenden Sozialismus bringen.

„Seit dem Marseiller Kongress haben sich die theils wüthenden, theils sophistischen Angriffe auf den Sozialismus verdoppelt; beiden werden wir durch sachliche, auf die unbestreitbaren Ergebnisse der Sozialwissenschaft gestützte Argumente antworten, und diese ruhige, aber auf festen Füssen ruhende Polemik gegen die orthodoxen Oekonomisten und die Bourgeoispresse im Allgemeinen wird sicher nicht der am wenigsten nützliche und wenigst interessante Theil der „Revue socialiste" sein.

„Aber bei aller theoretischen Forschung, bei aller praktischen Abwägung und Popularisirung der geäusserten Ideen, werden wir die so dringende Frage der praktischen Durchführung nicht vergessen. Gerade dieser Frage nach den Mitteln werden wir die Mehrzahl unserer Abhandlungen widmen.

„Alles in Allem wird die „Revue socialiste" für den Sozialismus in Frankreich das sein, was die „Revue des Deux-Mondes" einst für die Bourgeois-Literatur war, was für die orthodoxe Oekonomie das „Journal des économistes" und die „Revue philosophique" für die Philosophie ist, d. h. sie wird für den Sozialismus ein ständiges Arsenal aller Ergebnisse der Sozialwissenschaft, ein Zentrum der Belehrung, der Diskussion und des ruhigen Studiums sein. Die Leser der „Revue" sollen nicht nur erfahren, was Alles auf sozialistischem Gebiete von Bedeutung gedruckt und unternommen wird, sie sollen auch unterrichtet werden über Alles, was sowohl im Bereich der Ideen, als im Bereich der Mittel diskutirt und in Vorschlag gebracht wird, — mit einem Wort über alle Aeusserungen des sozialistischen Lebens."

Ausser der periodischen Presse wird die sozialistische Propaganda durch Bücher und Broschüren gleichfalls lebhaft fortgesetzt, wie z. B. die Broschüren der „Union des travailleurs", die wir an anderer Stelle besprochen haben, die Broschüren Jules Guesde's, die zweite Auflage der Geschichte des Sozialismus von B. Malon etc. etc.

Alles deutet darauf hin, das der französische Sozialismus weitere Fortschritte machen und eine mächtige Partei in Frankreich werden wird. Weder mangelt es ihm an Kräften, noch an Eifer, wohl aber noch an der Organisation; doch ist auch in dieser Beziehung das Beste zu hoffen. Die Arbeitervereine und die sozialistischen Gruppen wirken auf's Eifrigste. Der „Prolétaire", die „Egalité", die „Fédération", das Komité des „Droit social" und die „Revue socialiste" haben viele Mitarbeiter gemeinsam, was darauf hindeutet, dass die französische sozialistische Presse im Einvernehmen vor-

gehen wird. Endlich werden im Laufe des Sommers sechs Regionalkongresse statthaben, und wir können hoffen, dass, Dank dieser Vorarbeiten, der Kongress zu Havre (September 1880) die vom Marseiller Kongress beschlossene Organisation der Arbeiterpartei verwirklichen werde. Und wenn dies geschieht, so könnten die allgemeinen Wahlen von 1881 den französischen Reaktionären einen noch ganz anderen Schrecken einjagen, als die Resolutionen des Marseiller Kongresses.

B. Malon.

Griechenland und andere Länder des Orients.

Im Jahre 1876 fing auch in Griechenland der Sozialismus an, Boden zu fassen. Einige griechische Demokraten waren mit italienischen Sozialisten in Verbindung getreten, welche ihnen die Statuten der Internationale übersandten und mit ihnen weitläufig über die Prinzipien des modernen Sozialismus korrespondirten und debattirten. Die Griechen acceptirten diese Ideen und Prinzipien nur zum Theil, und der Brief, den der demokratische Verein von Patras an den 1876er Berner Kongress richtete, legte von der Unklarheit, in welcher sich die griechischen Sozialisten damals befanden, ein deutliches Zeugniss ab. Infolge fortgesetzten Verkehrs aber, den die griechischen Sozialisten Ende 1876 und während des Jahres 1877 mit denen anderer Länder unterhielten, wurde auch ihr Sozialismus immer entschiedener, gewann in verschiedenen Städten Griechenlands Anhänger und nahm einen revolutionären Charakter an. „Unser Endziel ist das Wohlsein des Menschen", schrieben die Sozialisten von Patras am 20/4. März 1877 an die Redaktion des „Martello" in Bologna, „und stimmen wir Denjenigen nicht zu, welche die schrittweise Emanzipation des Volkes erstreben . . . . Nur auf die Revolution dürfen wir hoffen. Wir senden Ihnen die allgemeinen Statuten des demokratischen Volksverbandes und die speziellen Statuten des Patraser Vereins und hoffen, dass wir von unsern westlichen Brüdern wohl verstanden werden. Wir senden Ihnen auch eine Studie über den Sozialismus in Griechenland und eine Flugschrift über die Feier des 18. März . . . Unsere Angelegenheiten gehen hier ausgezeichnet, der Boden ist für uns sehr fruchtbar. Binnen Kurzem wird unser sozialistisches Organ — das Organ unseres Verbandes — erscheinen. Dann werden wir unsere Ideen nach allen Gesichtspunkten entwickeln."

Die Statuten und das Journal, wovon in diesem Briefe die Rede ist, erschienen wirklich bald darauf; die griechischen Sozialisten nahmen die allgemeinen Statuten der Internationale an und richteten sie nach den Verhältnissen ihres Landes ein, sie wiesen zwar den politischen Kampf als Mittel nicht zurück, erklärten aber, nur auf die allgemeine Volkserhebung zu vertrauen.

Das Journal, welches den Titel „Die hellenische Demokratie (Elleniki dimocratia)" annahm, schlug, wie einem sozialistischen Blatte geschrieben wurde, wie eine Bombe inmitten einer schläfrigen Exerzierübung ein. Und

es war in der That so, da die griechische Regierung, eine würdige Nacheiferin der übrigen Regierungen, nicht nur das Blatt beschlagnahmte, sondern auch die Redakteure verhaftete und ungefähr zwei Monate lang in Haft behielt. Die Ursache der Beschlagnahme der „hellenischen Demokratie" und der Inhaftirung ihrer Redakteure war ein in lebendig-populärer Sprache verfasster Artikel über die orientalische Frage, der darauf hinauslief, dem griechischen Volke den Werth der hochtönenden Phrasen der griechischen Patrioten nachzuweisen und ihm zu zeigen, dass die wahre Volksfrage die soziale Frage sei.

„Man sagt," schloss der Artikel, „wir sollen die Türken bekriegen, aber der Preis des Brodes steigt, die Arbeit fehlt und man verschliesst die Kassen. Wenn die Armen kein Brod haben, sterben sie."

„Die Türken befinden sich nicht nur in Thessalien, in Epirus, in Mazedonien, in der Türkei; auch innerhalb unserer Mauern giebt es Türken, und hier ist der Ort, wo der Kampf zur Lösung der orientalischen Frage beginnen muss."

„Zu diesem Zwecke haben wir den demokratischen Verein von Patras gegründet, und laden wir alle Diejenigen, welche die wahre Lösung der orientalischen Frage wünschen, ein, mit uns gemeinsam zu arbeiten."

Dies war der Anfang des Kampfes zwischen dem Sozialismus und den herrschenden Klassen in Griechenland.

Die wenigen Monate Gefängniss trugen nur dazu bei, die ersten Propagandisten immer mehr anzufeuern, und ein ausführliches Schreiben, das 1877 auf den Kongressen von Verviers und Gent verlesen wurde, konstatirte ausser den Fortschritten des Sozialismus in Griechenland, dass die Demokraten von Patras, Corfu, Zante, Athen etc. nicht bei dem Nachsprechen seiner allgemeinen Prinzipien stehen geblieben waren, sondern ihn bereits selbst klar und wirksam auseinandersetzten. — Soviel über das Auftauchen des Sozialismus in Griechenland.

Nach Alexandria, Kairo, Smyrna und Konstantinopel wurde der Sozialismus von Italienern importirt. Der „Lavoratore" (Arbeiter) von Alexandria popularisirte unter den vielen Italienern, die sich dort befanden, sowie unter den Arabern (die infolge ihres täglichen Verkehrs mit den Italienern meist deren Sprache mächtig sind) die allgemeinen Prinzipien des Sozialismus, wie sie von den italienischen Anhängern der Internationale aufgefasst werden. Auch hier blieben die Verfolgungen nicht aus. Der italienische Konsul liess verschiedene italienische Genossen, lediglich weil sie den Sozialismus in Egypten propagirten, verhaften und nach Palestina deportiren, und es ist nur der Humanität eines französichen Kapitäns zu danken, dass sie nach Europa zurückkehren konnten. — Gegenwärtig giebt es in Egypten sehr viel Sozialisten. — Aus Konstantinopel theilt man uns mit, dass sich die dortigen drei Vereine zu einem verschmolzen haben.

Der Sozialismus wird im Orient eine grosse Zukunft haben, sobald es ihm gelingt, bei der eingebornen Bevölkerung Egyptens Fuss zu fassen und in die zahlreichen Arbeitervereine und Gewerkschaften Konstantinopels einzudringen. Es wäre sehr interessant, auf diese Frage näher einzugehen, für

diesmal müssen wir uns indess darauf beschränken, sie in allgemeinen Umrissen anzudeuten.

A. Costa.

Grossbritannien.

Die grossen Grundsätze der Sozialdemokratie sind den Hauptführern der politischen Parteien in England nur ungenügend bekannt. Das Volk selbst hat keine Ahnung von der wahren Bedeutung des Wortes „Sozialdemokratie". Dies mag auf dem Festlande seltsam erscheinen, doch ist es trotzdem wahr. In Folge dieser Unwissenheit begegnen wir hier einer ausserordentlichen Gleichgültigkeit in Bezug auf jene grossen politischen und sozialen Fragen, welche die öffentliche Meinung der kontinentalen Staaten mehr oder weniger aufregen. Ja, infolge des Mangels einer richtigen Vorstellung über die Sozialdemokratie begegnen wir selbst bei einem grossen Theile der Arbeiterklassen einer sehr feindlichen Haltung gegen Alles, was mit dem Namen Sozialismus verknüpft ist.

Dasselbe gilt von der Mittelklasse und den höheren Ständen; wir finden hier nicht nur grosse Unwissenheit und Vorurtheil betreffs des Sozialismus, sondern auch eine entschlossene, feindliche Haltung gegen Jeden, der sich Sozialist oder Demokrat nennt. Diese Unwissenheit, das Vorurtheil und die hieraus fliessende Erbitterung ist hauptsächlich der falschen Darstellung der englischen Zeitungen zuzuschreiben. Jeder, der irgend eine grosse politische oder soziale Frage in Betracht zu ziehen vorschlägt, wird ohne Weiteres von der Presse als Sozialist oder Kommunist verdammt, der von Allen, die es gut mit dem Vaterlande meinen, gemieden werden müsse, und nicht nur die reaktionäre, sondern auch die Handelspresse eifert derart gegen die Befreiung und den Fortschritt der Menschheit. Zwar haben wir in England eine grosse Anzahl liberaler Zeitungen, aber mit zwei oder drei Ausnahmen sind sie eben nur dem Namen nach liberal. Es ist wirklich beklagenswerth, dass die Presse unseres Landes — so einflussreich sie ist, und so grosse Wirkung sie in guter oder böser Richtung ausübt — fast ausnahmsweise auf der Seite des triumphirenden Unrechts steht und Allem entgegenwirkt, was zur Neugeburt der europäischen Gesellschaft führen kann.

Forschen wir nun nach der Ursache der gegenwärtigen Unwissenheit und Gleichgültigkeit der grossen Masse gegen die Lehre, die allein sie von der politischen Tyrannei und der sozialen Unterdrückung befreien kann, so haben wir verschiedene Umstände in Betracht zu ziehen. Es ist nicht allein die grobe und absichtlich falsche Darstellung unserer Tagespresse, die auch noch in allen Städten von der Kanzel und Rednerbühne aus unterstützt wird, zu berücksichtigen, sondern auch die verschiedenen Klassen, deren Interessen mit dem Bestand der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen Europa's als identisch betrachtet werden. Alle diese Klassen sind nicht blos in der Tages- und Wochenpresse, sondern auch in den monatlichen und vierteljährigen Reviews und Magazins vertreten, die durch

ungeheuren Reichthum und von allem Talent, das dem Reichthum zur Verfügung steht, unterstützt werden. Ferner ist die politische Erziehung, welcher die Nation in den letzten Generationen unterworfen gewesen ist, in Rechnung zu ziehen, denn der Charakter eines Volkes wird nicht in einem Tage geschaffen. Auch tragen die geographische Lage, die religiösen Ideen und die politischen Ueberlieferungen des Landes sehr viel zur gegenwärtigen Gleichgültigkeit der grossen Volksmasse gegen alle politischen und sozialen Fragen bei. Enthauptete Frankreich gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts seinen Monarchen, so that England dasselbe bereits im siebenzehnten Jahrhundert, und war eine Zeit lang auf dem besten Wege zur Führerschaft bei der Umgestaltung der europäischen Gesellschaft. Aber seit der sogenannten „ruhmreichen Revolution von 1688" beruht in England das politische Leben, wie das religiöse seit dem Schlusse des sechzehnten Jahrhunderts, nur auf einer Reihe von erbärmlichen Kompromissen. Von 1688 an wurde England nur von einigen wenigen Familien regiert, die eine hohe soziale Stellung einnahmen und sich theils Whigs, theils Tories nannten. Die Ersteren behaupteten die Grundsätze der Freiheit und des Fortschritts zu vertreten, die letzteren vertraten die Grundsätze des Despotismus (? Herausg.) in seiner nackten Gestalt, oder, um historisch zu reden, die Tories vertraten die Grundsätze des absoluten Despotismus ohne jeden Kompromiss, während die Whigs für eine Politik des Ausgleichs eintraten, wie sie durch die jeweiligen Verhältnisse diktirt wurde. Und seit den letzten zwei Jahrhunderten ist das politische Leben Englands nichts weiter als Gelegenheitspolitik schmählichster Kompromisse. Solch ein politisches Abrichten und Drillen muss natürlich auf jede Nation schädlich einwirken, wie nun erst auf England in seiner insularen Lage! Betrachten wir indess die Sache etwas näher.

Theoretisch war die Reformation auf das Recht des individuellen Urtheils (private judgment) basirt, praktisch wurde dieses Recht aber niemals anerkannt. Immerhin war England bald mit verschiedenen Sekten gesegnet, die in nichts übereinstimmten als in der Opposition gegen die dominirende Kirche, und in der letztern nur deshalb, weil die Kirche eben herrschend war. Die Sekten kämpften ganze Generationen hindurch für das, was sie das Recht des persönlichen Urtheils nannten, für die herrliche Gewissensfreiheit, die in nichts weiter bestand, als in der gerichtlichen Anerkennung der Berechtigung eines Jeden, Gottesdienst in seiner Weise abhalten zu dürfen. Das Ganze war nichts weiter als ein Kompromiss, das Resultat der Gelegenheitspolitik. Die natürliche Folge davon ist, dass es selbst heutzutage unter den religiösen Gemeinschaften Englands nur wenige giebt, die etwas von dem edelsten aller Grundsätze wissen — das Recht einer wahren und vollen Meinungsäusserung über jeden Gegenstand, das nur durch das gleiche Recht Anderer begrenzt wird, und auf welchem allein nur das Recht des persönlichen Urtheils, der Gewissensfreiheit, gegründet werden kann.

Dasselbe gilt von dem politischen Leben Englands. Wenn die Politik der Regierung ganze Generationen hindurch nur Gelegenheitspolitik ist, und die höchsten Ziele der herrschenden Klasse nur eine Reihe schmählicher Ausgleiche sind; wenn der Grundsatz der Gerechtigkeit nicht nur nicht an-

erkannt, sondern von allen herrschenden Klassen vollkommen ignorirt wird, dann ist es einem so regierten Volke einfach unmöglich, den geringsten Grad politischer Würde zu entfalten oder den geringsten Grad politischer Freiheit zu besitzen. Die natürliche und unvermeidliche Folge ist, dass in allen Klassen der Gesellschaft kein klarer Begriff von dem, was Grundsatz ist, existirt. Beinahe überall werden Meinung und Grundsatz verwechselt, sie werden behandelt, als wenn sie synonyme Begriffe wären; die Leute sprechen von ihren politischen Grundsätzen, wenn sie nur ihre politischen Ansichten meinen, und das ist so allgemein der Fall, dass man beinahe glauben möchte, man hätte in England so viele politische Grundsätze als Individuen in der Bevölkerung. Dieser Stand der Dinge ist natürlich ein sehr beklagenswerther und bildet eine der grössten Schwierigkeiten, mit welchen die Sozialdemokratie in England zu kämpfen hat.

Eine andere Ursache der jetzigen Gleichgültigkeit der Volksmassen gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie ist die herrschende Theorie des politischen Rechts, die ihren Ursprung in dem politischen, auf den Ausgleich basirten Leben des Landes hat. Die in dem Zeitraume der Revolution von 1688 bis zur Reformbill von 1832 herrschende Theorie des politischen Rechtes wurde den Leuten durch die mächtige Partei der Whigs eingeschärft, von der Klasse der Fabrikanten und Händler seit 1832 als die Grundlage aller politischen Weisheit angenommen, und diente als Basis der Reformen von 1832 und 1867/68. Diese Theorie ist nun die, dass zwischen den Regierenden und den Regierten in einer unbekannten Periode in grauer Vorzeit ein Uebereinkommen getroffen worden sei, kraft dessen die Regierung, so lange sie im Amte ist, nicht nur die oberste Gewalt ist, sondern auch im Verein mit dem Herrenhause und dem Hause der Gemeinen das absolute Recht hat, irgend einem Theile des Volkes das Wahlrecht zu geben oder vorzuenthalten. So geschah es denn ganz in Uebereinstimmung mit dieser Theorie, dass durch die Reformbill von 1832 der Fabrikanten- und Handelsklasse das Bürgerrecht (Wahlrecht) und ebenso durch die Reformbill 1867/68 wenigstens einem Theile der Arbeiter-Bevölkerung unserer Flecken und Städte politischer Einfluss gewährt wurde. Man behauptet zwar oft genug, dass diese Theorie auf der öffentlichen Wohlfahrt oder Nützlichkeit beruht; sie ist indess Nichts weiter als die Theorie des politischen Ausgleichs und der Gelegenheitspolitik. Um dies näher zu beleuchten, wollen wir auf das politische Verhalten der mächtigen Edelleute des dreizehnten Jahrhunderts zurückgehen. Sie griffen gegen König Johann zu den Waffen, nicht etwa um das Königthum zu vernichten, sondern um es weniger unabhängig zu machen und es in gewissem Grade unter ihre Kontrole zu stellen. Diese Handlungsweise entsprang durchaus keinem Prinzip, es war ein Kompromiss zwischen der Krone und den übermächtigen Feudalherren, es war Gelegenheitspolitik. Dasselbe gilt von der Revolution von 1688. In keinem dieser Fälle wollte die Aristokratie den Umsturz der Monarchie, sondern nur eine Modifikation der königlichen Rechte und die Erweiterung ihres eigenen politischen Einflusses.

Dasselbe sehen wir bei den Fabrikanten- und Handelsklassen, als sie durch die Entwicklung unseres modernen Industriesystems mächtig genug geworden waren. Von ihrem Standpunkte aus wurden sie nothwendiger-

weise revolutionär gegen die Feudalherrschaft, doch nicht etwa, um dieselbe zu beseitigen, sondern nur um mit ihr den Einfluss im Staate zu theilen, und sich so des Schutzes, dessen sie für ihre eigenen Interessen bedurften, zu sichern und die Fortentwicklung unseres modernen Produktionssystems zu erleichtern. Obgleich die Fabrikanten- und Handelsklassen gegen die Aristokratie gezwungenerweise eine mehr oder weniger revolutionäre Haltung einnahmen, waren sie in Bezug auf ihre Stellung in der modernen Gesellschaft den Arbeiterklassen gegenüber ebenso reaktionär.

Wenden wir uns nun zu der politischen Stellung der Arbeiter. Tief niedergedrückt durch die ungeheuren Staatsschulden, die Frucht der Kriege gegen die französische Republik und Napoleon während einer vollkommenen Geschäftsstille, die durch die nothwendigen Massregeln zur Einlösung des Papiergeldes verursacht wurden, glaubte die Arbeiterklasse, dass alle Uebel der Gesellschaft die nothwendige Folge der damals herrschenden politischen Korruption und der Tyrannei der Regierung seien. Demzufolge entstand im Jahre 1816 die grosse „radikale Bewegung", an deren Spitze Cobett, Hunt, Cartwright und Andere standen. Die Arbeiter, welche in ihren Forderungen, betreffend die Reform des Parlaments, mit Nothwendigkeit mehr übereinstimmten und revolutionärer waren, als die Fabrikanten- und Handelsklasse, verlangten gleiches Wahlrecht für alle Erwachsenen, ein jährliches Parlament (house of commons) etc. Im ganzen Lande herrschte grosse Aufregung, besonders in den Jahren 1817 bis 1819. Die Grundidee der ganzen Agitation war, dass vermittelst einer Reform des Parlaments alle grossen sozialen Uebel, an denen die englische Gesellschaft krankte, mit einem Male beseitigt werden sollten, dass die Volksstimme im Staatsrathe massgebend sein, und dass England in Wirklichkeit das werden würde, was es damals dem Namen nach war: das Land der Tapfern und Freien, wo die Noth und das Elend bald verschwinden müssten. Von dem grösseren Theile der Fabrikanten- und Handelsklassen wurde dieser Agitation nach dem Friedensschlusse von 1815 zwar Vorschub geleistet, aber nicht etwa aus Grundsatz, sondern als Gelegenheitspolitik, weil sie darin ein Mittel erkannten, ihr eigenes politisches Bürgerrecht zu verbessern. Die Reformbill von 1832 erfolgte, und die Zusammensetzung des Parlaments (house of commons) war in der Hauptsache die alten. Sein Charakter war nicht geändert worden, und die sozialen Missstände blieben die alten. Die Radikalen hielten dies einfach für die Folge davon, dass die Reformbill nicht die verlangte war, was von dem Verrathe der mittleren und höheren Klassen, die der Agitation beigetreten waren, herrührte. Das neukonstituirte Parlament zeigte bald genug seine reaktionäre Tendenz, und eine grosse Anzahl Arbeiter, weil entmuthigt, nahm von jetzt ab gar keinen Antheil mehr an politischen Vorgängen.

Gleichzeitig mit dieser radikalen Bewegung für die Reform des Parlaments trat eine andere und von ihr sehr verschiedene Agitation ins Leben, die von Robert Owen für die Umgestaltung oder, besser gesagt, Wiedergeburt der Gesellschaft angeregt wurde. Diese sollte nun vollzogen werden, nicht etwa durch die Abschaffung der Krone und der Aristokratie, oder die Beseitigung der politischen Korruption, sowie der sich damals breitmachenden politischen Tyrannei, sondern durch die Errichtung von auf

der Abschaffung des Privat-Eigenthums gegründeten Kommunen, in denen die Produktion nach wissenschaftlichen Grundsätzen organisirt, die Vertheilung nach den Bedürfnissen der Leute regulirt und eine gründliche Umformung des ganzen Charakters der Nation durch ein vernünftiges Erziehungssystem erreicht werden sollte. Diese Bewegung war durch und durch atheistisch, wurde durch ungeheuere literarische Thätigkeit unterstützt, und erfreute sich einige Jahre hindurch grosser Sympathien im Volke. Die radikale Partei hatte auch ihre speziellen Parteiorgane, von denen einige grosses Talent und eine wirklich revolutionäre Richtung zeigten. Viele der Hauptführer dieser beiden letzteren der radikalen und der sozialen Bewegungen litten schwer unter Geld- und Gefängnissstrafen.

Das Jahr 1837/38 brachte ein Wiedererwachen der radikalen Bewegung, wozu die Handelsstockung, die bis zum Ende des Jahres 1842 anhielt, den Anstoss gab, und die unter dem Namen „Chartisten-Bewegung" berühmt geworden ist. Sie hatte indess nur grosse Worte und Unruhen im Gefolge, und dauerte nur so lange, als die Geschäftsstille. Infolge der revolutionären Bewegung auf dem Kontinente wurde sie im Jahre 1848 neu in's Leben gerufen, aber sie besass weder den Ernst der Ueberzeugung, die aus gesunden politischen Grundsätzen erwächst, noch eine Organisation, die zur Erreichung der politischen Zwecke nöthig gewesen wäre.

In den Jahren 1851 bis 1866 wurden dem Parlamente verschiedene Reform-Gesetze vorgelegt, aber sie alle waren nur Modifikationen der Reform-Bill von 1832 und Produkte der Gelegenheitspolitik. Endlich sind noch die Reform-Bill's von 1867—1868 zu erwähnen, von denen dasselbe gilt, und die der Arbeiterklasse nur ein sehr beschränktes Wahlrecht einräumten, so dass das Parlament vor wie nach 1867 in jeder Beziehung dasselbe war.

Es waren vertreten in der Zusammensetzung des Parlaments (house of Commons)

	1867	1874	
die Armee und Flotte	314	218	Mitglieder,
„ Aristokratie	169	160	„
das Beamtenthum	112	85	„
die Magistratspersonen (Obrigkeit für Bagatellsachen)	340	280	„
„ Gerichte (Richter, Notare etc.)	117	101	„
„ Eisenbahnen	135	97	„
„ Banquiers	25	35	„
„ Fabrikanten	—	142	„
„ Arbeiter	—	2	„

Es muss dabei bemerkt werden, dass z. B. die Mitglieder der Aristokratie doppelt oder mehrfach als Magistratspersonen, Offiziere etc. wiederaufgeführt sind, was auch von anderen Parlamentsmitgliedern gilt, daher die Zahlen gross erscheinen.

Das ist das Parlament, auf das die Engländer so stolz sind!

Und was ist nun das Resultat der grossen politischen Bewegungen in England, und was das Ergebniss der zahlreichen Reformbills zur Vertheilung der politischen Macht, zumal die englischen Politiker als eminent praktisch gelten?

Gemäss der am 15. April 1879 veröffentlichten Statistik bestand die Bevölkerung aus 34,156,118 Köpfen, die erwachsene männliche Bevölkerung aus 7 bis 8 Millionen, und die Gesammtzahl der Wähler belief sich auf nur 3,019,229 — und trotzdem rühmen sich die Engländer, eine freie Nation zu sein, und beanspruchen den ersten Platz unter den zivilisirten Völkern. Es muss allerdings vielen Leuten in den kontinentalen Staaten ganz erstaunlich erscheinen, dass eine halbjahrhundertlange politische Agitation bei einem für so praktisch geltenden Volke, das sich stets seiner politischen Weisheit gerühmt, so erbärmlich im Sande verlaufen musste.

Aber was ist die Ursache? Warum brachten die politischen Bewegungen kein Ergebniss, das einigermassen im Verhältniss zu den Anstrengungen stand? Die Antwort ist, weil sie auf der alten traditionellen Politik des 17. und 18. Jahrhunderts basirt waren, auf einer Politik des Vergleichs und der Opportunität. Selbst unter den äussersten Radikalen und den Chartisten waren nur Wenige, die irgend etwas von politischer Pflicht verstanden und den Grundsatz politischer Verantwortlichkeit erkannt hatten. Es waren nur Forderungen nach politischer Macht, die von der Regierung oder der Gesetzgebung zugestanden oder versagt wurden, und die, wenn sie wirklich erworben waren, nur von launenhaften Wählern ausgeübt oder nicht ausgeübt, gebraucht oder missbraucht wurden. Auf keinen festen Grundsatz gestützt, besass die Bewegung nicht die Bedingung des Erfolges und missglückte, weil sie es nicht verdiente, zu reussiren.

Es sind aber auch noch andere politische Bewegungen zu verzeichnen, die auf einer besseren Grundlage beruhten, als die Bewegung der Radikalen und Chartisten. Die erste, auf die wir aufmerksam machen wollen, begann gegen das Ende des Jahres 1849. Sie strebte unter Anderem die Brüderlichkeit der Völker und besonders die brüderliche Vereinigung der Proletarier aller Nationen an, und versuchte die chartistische Bewegung, die damals schnell ihrem Ende zueilte, am Leben zu erhalten. Andere ihrer Ziele bezogen auf die tax on knowledge (Steuer auf Bücher etc.), auf die Abgaben auf Papier, auf den Zeitungsstempel etc. Die Seele der Bewegung war Geo. Julian Harney, ein sehr fähiger politischer Schriftsteller, aber sie erhielt niemals den zehnten Theil der Unterstützung, den sie verdiente, und endete nach einem kurzen, aber ehrenvollen Kampfe um die Existenz. Ihr Organ war die „Democratic Review", redigirt von Harney, deren erstes Monatsheft im Juni 1849, das letzte im September 1850 erschien. Die andere Bewegung war die der „Republican Association" oder besser Assoziations, die W. J. Linton in Verbindung mit dem Europäischen demokratischen Zentral-Comité 1850—51 zu organisiren versuchte. Ihr Programm war das umfassendste, das bis dahin in England herausgegeben worden war. Es beruhte auf echt republikanischen Ideen und forderte: vollständiges Wahlrecht der Erwachsenen, nationale Erziehung, direkte Steuern, lokale Selbstverwaltung, die Organisation der Landarbeit, die Organisation der Arbeit durch Kreditgewährung etc. In ihm waren wirklich grosse Grundsätze enthalten, der Grundsatz politischer Pflicht war anerkannt, ebenso die politische Verantwortlichkeit; die Pflicht und Verantwortlichkeit der Einzelnen sowohl, als der Nation. Aber dieser Grundsatz war dem

englischen Volk so neu und seinen bisherigen Ideen von politischem Recht und politischer Weisheit so fremd, und das ganze Programm wurde von den politischen Schwätzern und Alleswissern für so ausserordentlich unpraktisch erklärt, dass auch diese Bewegung nach kurzem, dreijährigen Hinsiechen das Schicksal der „Society of fraternal Demokrats" theilte.

Wir haben uns nun mit ganz anderen Fragen zu beschäftigen, in Bezug deren die Arbeiter Englands sich einbilden, viel weiter als die Arbeiter anderer Länder fortgeschritten zu sein; mit welchem Recht, wird das Folgende zeigen. Die Frage der Auswanderung ist die zunächst liegende, sie hat die englische Gesellschaft länger als ein halbes Jahrhundert beschäftigt, und heute noch wird die Auswanderung von allen grösseren Arbeitervereinen (trades-unions) als Abhülfe gegen niedrige Löhne und Mangel an Arbeit angesehen. Wir sind indess mit einer mehr als halbjahrhundertlangen praktischen Erfahrung besser im Stande, ihren realen Werth zu beurtheilen. Die Thatsachen sind folgende:

Gegen das Ende des letzten Jahrhunderts, selbst zu der Zeit, als Pitt als Leiter der Regierung behauptete, dass grosse Familien der Arbeiterklasse ein Segen für das Land seien, wurde die Theorie der Uebervölkerung laut. Nach dem Fall Napoleons, als der Handel still stand und die allgemeine Unzufriedenheit stieg, wurden die herrschenden Klassen besorgt, und 1820 berichtete ein Komité im Parlament, dass grosse Distrikte in England und Schottland übervölkert seien, dass für eine beträchtliche Anzahl arbeitsfähiger und fleissiger Arbeiter keine Arbeit gefunden werden könne und dass das Komité demgemäss Auswanderung empfehle.

Wäre das Land kultivirt, und seine Mineral-Hülfsquellen so weit erschöpft gewesen, dass die Umschau nach nutzenbringender Arbeit für die Arbeiter hoffnungslos gewesen wäre, so hätte man sich mit der Empfehlung der Auswanderung einverstanden erklären können. Aber da die Arbeiterklasse nur durch finanzielle Ueberbürdung erdrückt, und der Handel nur in Folge ungenügender finanzieller Vorkehrungen der Regierung gelähmt wurde, so kann man die Anempfehlung der Auswanderung nur als den Gipfel politischen Unverstandes erklären: man hätte, um das Uebel zu beseitigen, bessere finanzielle Einrichtungen treffen sollen. Die Arbeiterklasse zeigte sich politisch ebenfalls sehr thöricht, indem sie, obwohl ihr die gegentheilige Erfahrung eines halben Jahrhunderts zur Seite steht, die Auswanderung als ein Mittel zur Verbesserung des Arbeitsmarkts, zur Verminderung der Produktion und zur Erhaltung der Löhne betrachtet.

Die offiziellen jährlichen Statistiken geben die Zahl der Auswanderer in den Jahren 1820—1834 auf nur 451,391 an. In den Jahren 1840—1878 zählte die Auswanderung indess 7,617,924 Köpfe, also zusammen 8,069,325. Die Auswanderung konnte aber nicht ohne Mittel geschehen, jedenfalls nicht ohne Transportkosten; und wenn wir nur die geringe Summe von Pf. St. 5 per Kopf als Passagiergeld etc. annehmen, so erhalten wir die immerhin bedeutende Summe von Pf. St. 40,346,625. Als aber das parlamentarische Komité im Jahre 1820 die Auswanderung der Arbeiter empfahl, war es allgemein bekannt, dass wir ungefähr 15,000,000 Acker unkultivirtes Land hatten, das indess sehr wohl kultivirbar war. Wie verschieden wäre nun das Resultat gewesen, hätte man anstatt der Auswanderung die Urbar-

machung des Bodens in die Hand genommen und die Pf. St. 40,346,625 zur Errichtung von Landarbeiterwohnungen und zur Anschaffung des nöthigen landwirthschaftlichen Inventars verwandt. Aber man erlaube uns, die Auswanderung noch von einem anderen Standpunkte aus zu beleuchten. Es wird jetzt allgemein zugegeben, dass ein Landarbeiter selbst einen (kommerziellen) national-ökonomischen Werth habe, ebenso auch Handwerker und Lohnarbeiter. In seinen neulich veröffentlichten Berichten schätzt Dr. Parr, Generalregistrator der Geburten, Todesfälle etc.:

den Werth eines	neugeborenen	Kindes		auf	Pf. St.	5
„	7jährigen	„		„	„	56
„	10	„	„	„	„	117
„	15	„	jungen Mannes	„	„	192
„	21	„	„ „	„	„	234
„	25	„	„ „	„	„	241
„	50	„	Mannes noch	„	„	136

Eine allgemeinere Schätzung giebt uns Mr. Graham, eine bekannte Autorität auf diesem Felde. Er berechnet den Durchschnittswerth eines Jeden auf Pf. St. 175, d. h. jeder Auswanderer verursacht dem Lande, das er verlässt, einen Verlust, und dem Lande, das er als neue Heimath wählt, einen Gewinn von Pf. St. 175. Mr. Graham's Statistik der Auswanderung für die Jahre 1840—78 ist die folgende:

nach:	Vereinigte Staaten	Canada	Australien	Anderswo
Anzahl der Auswanderer	5,104,633	1,059,416	1,172,026	251,827
Werth à 175 Pf. St. pr. Kopf	892,313,975.	185,397,600.	205,104,550.	74,019,600.
			total Pf. St.	1,326,885,725.

Von diesem Standpunkte aus verdient die Auswanderung die Beachtung Jedermanns und besonders der Führer unserer Arbeitervereine, welche, wie schon gesagt, die Auswandernng immer noch als das Mittel ansehen, die Löhne hochzuhalten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, und die Ueberproduktion zu verhindern.

Eine noch ernstere direkte Folge der Emigration bedarf reiflicherer Erwägung; es ist dies das aus derselben hervorgehende Missverhältniss der Geschlechter. Und wenn die Auswanderung in der Weise, wie sie heute geschieht, keine weiteren Folgen nach sich zöge, als dass sie die Ursache einer zu grossen Ueberzahl der Frauen in der englischen Gesellschaft ist, so muss sie als durchaus schädlich angesehen werden. Die Arbeiter-Vereine beklagen sich fortwährend über die Einführung und die Konkurrenz der Frauen-Arbeit, und trotzdem unterstützen sie ein System der Auswanderung, das unvermeidlich zur Ueberzahl der weiblichen Arbeiter führt; ausserdem versuchen sie auch noch ungerechterweise sich gegen die Einführung von Frauenarbeit durch Vorschriften in ihren Statuten zu schützen, obgleich sie wissen oder wissen sollten, dass es Hunderte und Tausende von erwachsenen Frauen giebt, die sich entweder durch redliche Arbeit oder durch ehrlose Mittel ernähren müssen. Die folgende Tabelle, die Irland nicht einschliesst, spricht für sich selbst und zeigt das Steigen der Anzahl überzähliger Frauen genau im Verhältniss zum Wachsthum der Auswanderung.

Entnommen der Volkszählungs-Statistik (census-returns).

Die Bevölkerung war im Jahre	1811	1821	1831	1851	1871
von Einw. männl. Geschl.	6,327,156	7,107,018	8,163,538	10.223,558	12,649,036
„ „ weibl. „	6,267,650	7,254,613	8,375,780	10,735,919	13,420,685
	männlich	weiblich	weiblich	weiblich	weiblich
Ueberschuss der Einwohner	59,506	147,595	212,242	512,361	771,649
Dieselbe Statistik giebt uns die Ueberzahl der Frauen von 20 Jahren und darüber				439,569	679,649

Obgleich nun die Statistiken feststellen, dass die Ueberzahl der Frauen mit dem Wachsthum der Auswanderung zunimmt, so wollen die (Trades Unions) Arbeitervereine den Frauen doch nicht gestatten, mit ihnen zu konkurriren, und sie würden sie lieber zum Hungertode oder zur Prostitution und Schande zwingen, anstatt dass die Männer für ihre Schwestern einen gleich hohen Lohn für gleiche Arbeitsleistung fordern sollten.

Wir sind der Auswanderung zum Zwecke der Kolonisation durchaus nicht entgegen, wenn sie in vernünftiger Weise und auf wissenschaftlicher Basis vor sich ginge, aber wir protestiren gegen die Art und Weise, wie sie heute vorgenommen wird. Die heutige Auswanderung wird gegen alle sozialen und ökonomischen Erfahrungen ausgeführt, als ob ein Arbeiter, der doch eine Quelle des Reichthums ist, seinem Geburtslande gar nichts werth wäre.

Während die Auswanderung eine Abnahme der nützlichen Klasse der Gesellschaft nachweist, zeigt sie zu gleicher Zeit einen Zuwachs der unproduktiven Klasse. In einer von Dr. Watts in Manchester in den „The Corporation News“ vom 12. Februar 1876 veröffentlichten Statistik finden wir, dass in den Jahren von 1861—1875 die Zahl der Krämer (Materialwaaren-Händler) und Tabakshändler beinahe um hundert Prozent, die der Gärtner, Kutscher und Förster (game keeper) wohlhabender Privatleute um hundert Prozent gestiegen sind. Solche Thatsachen sollten die Fürsprecher der Auswanderung belehren (Wieso? Anmerkung des Uebersetzers), die auch aus den folgenden gleich wichtigen Zahlen eine Lehre entnehmen können.

Anzahl der Arbeiter, beschäftigt in Baumwollen- und Flachs-Spinnereien etc.

	1861	1871	Zuwachs	Abnahme	Abnahme der Männer	Zunahme der Frauen
Baumwolle, Flachs	563,014	562,015	—	999	15,000	14,001
Wolle etc. . . .	238,814	253,490	14,676	—	5,000	18,676
						Zunahme der Kinder.
Baumwolle . . .	—	—	—	3,000	30,000	27,000
Seide	117,989	82,153	—	35,939.		

Die Verschiedenheit der Produktionsmittel ist dabei sehr beachtenswerth. Vor den grossen Verbesserungen in der Baumwollenspinnerei bediente ein Mann eine Spindel, die folgenden Verbesserungen gestatteten ihm erst 12, dann 24, 48, 96, 1012 und nach der Erfindung der Dampfkraft, als eine Dampfspindel drei Umdrehungen gegen die früher von der Hand bedienten Spindeln machte, 36, 72, 144, 288, 3036 Spindeln zu bedienen.

Anzahl der Land-Arbeiter in den Vereinigten Königreichen.

	1861	1871	Abnahme	Total-Abnahme
männlichen Geschlechts	1,833,652	1,328,151	505,501	698,628
weiblichen „	376,577	186,450	193,127	

Unter den im Jahre 1878 nach überseeischen Ländern Ausgewanderten befanden sich 6,624 Landarbeiter, 21,020 andere Arbeiter und 5,350 Bauern oder Oekonomen (farmers): Nun lesen wir in den „Times“ vom 5. Juni 1876 mit Bezug auf das Kornmähen durch Maschinen in einem Aufsatze des Mr. James Caird, einer unserer besten Ackerbau-Autoritäten, dass

1 Mähmaschine gleich der Arbeit von 10 Mann, also
100 „ „ „ „ „ 1000 „ .

Im Jahre 1876 wurden vierzig Tausend dieser Maschinen benutzt, die also eine Arbeit gleich der von vierhundert Tausend verrichteten; achtzig Tausend dieser Maschinen würden das Korn Englands in zwölf Tagen schneiden. Eine einzige Firma verfertigt jährlich sechs Tausend solcher Maschinen. Zu gleicher Zeit wird bemerkt, dass die Arbeit eines Dampfpflugs (erster Qualität) gleich der Arbeit von acht Mann und zwanzig Pferden ist. Was nützt da die Auswanderung, um den Arbeitsmarkt zu verbessern oder die Produktion niederzuhalten. Die Idee ist einfach absurd.

In Bezug auf die Kohlenbergwerks-Arbeiter, die im guten Glauben, die Ueberproduktion dadurch zu vermeiden, gerade jetzt die Auswanderungs-Frage diskutiren, wollen wir konstatiren, dass die jährliche Durchschnittsproduktion eines Bergwerksarbeiters $223^{1}/_{3}$ Tons war. Im Jahre 1878 stieg sie auf 270 Tons, zeigte also einen Zuwachs vom $46^{2}/_{3}$ Tons pro Mann. Und gerade diese Leute sind allen grossen politischen und sozialen Fragen gegenüber vollkommen gleichgültig!

Die Frage, ob die Auswanderung nützlich und empfehlenswerth ist, würde sich unsere Arbeiterklasse selber beantworten können, wollte sie nur einen Blick auf das Wachsen unserer nationalen Produktions-Kräfte werfen:

(Entnommen Cappenda's „Wirkungen der Maschinerie“.)

Jahr	Bevölkerung in runder Ziffer	Abgeschätzte Anzahl wirklicher Arbeiter	Abgeschätzte Anzahl der Arbeiter im Verhältniss zur Bevölkerung	Maschinenkraft ausgedrückt in Handarbeit	Produktionskräfte im Verhältniss zur Bevölkerung	Produktionskräfte im Verhältniss zu den Arbeitern
1792	—	—	—	10,000,000	—	—
1817	20,250,000	5,200,000	1 zu $4^{1}/_{10}$	200,000,000	$10^{3}/_{4}$ zu 1	37 zu 1
1832	24,500,000	6,200,000	1 „ $4^{1}/_{8}$	400,000,000	$16^{1}/_{2}$ „ 1	52 „ 1
1840	26,500,000	6,600,000	1 „ 4	600,000,000	$22^{1}/_{2}$ „ 1	90 „ 1
1871	32,000,000	7,500,000	1 „ $3^{4}/_{5}$	1,000,000,000	32 „ 1	133 „ 1

So gross ist die Verschwendung unserer Produktionsmittel, dass uns Mr. W. Hoyle, eine in diesem Punkte sehr gute statistische Autorität, in seinem Werke über die Hülfsquellen des Britischen Reiches versichert, dass, wenn Jeder seinen Antheil an der Arbeit leistete, wir bei einer täg-

lichen Durchschnittsarbeit von einer Stunde und fünfzehn Minuten Ueberfluss an allen Lebensbedürfnissen haben müssten.

Wir gehen nun zur Besprechung anderer Gegenstände über und behandeln zunächst die Arbeitervereine, in welchen, neben der Auswanderung, die englischen Arbeiter das geeignetste Mittel erblicken, die Tyrannei des Kapitals zu bekämpfen. Die ersten Arbeitervereine wurden ungefähr vor 300 Jahren gegründet, und seit dem Erscheinen derjenigen, die man „freie Arbeiter" nannte, deren zuerst im Jahre 1350 Erwähnung geschieht, zeigt es sich, dass Arbeit und Kapital in England niemals recht harmonisch zusammenwirkten. Im Jahre 1548 schritt man gegen die Arbeitervereine zum ersten Male mit einschränkenden Massregeln vor, in deren Einleitung es lautet:

> „Dass Handwerker, Arbeiter etc. Verbindungen gebildet, Versprechen gegeben und Eide geschworen haben, sich nicht nur nicht in eines Anderen Arbeit zu mischen und die von einem Andern begonnene Arbeit fortsetzen und beendigen zu wollen, sondern auch entgegen den Gesetzen und Statuten des Reiches und zum Schaden und Nachtheil seiner Majestät's Unterthanen auch bestimmen und festsetzen, wieviel sie täglich thun und wieviel Stunden oder Zeit sie arbeiten sollen."

Die Klagen gegen diese früheren Arbeiterverbindungen waren also damals schon den heutigen ganz ähnlich, und wir bemerken dabei zu gleicher Zeit, dass deren Ziele und Zwecke dieselben waren, die man heute erstrebt. Bedauerlich ist nur, dass die Arbeiterklasse aus ihrem dreihundertjahrlangen Kampfe gegen das Kapital so wenig gelernt hat.

Wir brauchen die Geschichte dieser Assoziationen vom 16. bis 19. Jahrhundert nicht genau zu verfolgen, es ist ein beständiger Kampf gegen die Ansprüche des Kapitals, welches letztere durch alle gesetzliche Macht und Autorität unterstützt wurde. Nach der Reform-Bill von 1832 und dem Verrath der Fabrikanten und Handelstreibenden an der radikalen Partei gab der grössere Theil der Arbeiterklassen die Politik, wie schon früher bemerkt, ganz und gar auf und verwandte alle Energie auf die Organisation der Arbeitervereine. Von damals bis heute hat ihr Fortschritt, Erfolg und Misslingen hin und her geschwankt. In den letzten Jahren haben sie einen jährlichen Kongress, der aus Repräsentanten aller Hauptvereine des Landes zusammengesetzt ist, und auf welchem Massregeln für ihre bessere Organisation oder zur Einbringung im Parlament durch ihr parlamentarisches Komité diskutirt werden. Viele dieser Vereine sind jetzt gemäss der Akte von 1874—76 registrirt. Im Jahre 1875 betrug die Zahl der registrirten Vereine 194, die Zahl ihrer Mitglieder 282,046, ihr jährliches Einkommen Pf. St. 369,089 und ihr Vermögen Pf. St. 273,757. Darin sind aber zwei der grössten Vereine des Landes „The amalgamated Engineers" und „The Ironfounders" nicht mit inbegriffen.

Im Jahre 1877 versammelte sich der Kongress in Leicester, dem Hauptsitz der Strumpfwaaren-Manufaktur und grosser Schuh- und Stiefelfabriken. Die Anzahl der anwesenden Abgeordneten betrug 112 und die der von ihnen repräsentirten Mitglieder 265,000. Aber viele kleinere Vereine

waren gar nicht vertreten, und leider stehen uns keine Mittel zu Gebote, ihre Anzahl und die Menge ihrer Mitglieder oder ihres Vermögens anzugeben.

In diesem Jahre (1879) versammelte sich der Kongress in Edinburgh in Schottland. Die Verhandlungen dieser jährlichen Zusammenkünfte sind fast immer dieselben, ihre wichtigsten Beschlüsse sind die Vorschriften, die man dem parlamentarischen Komité giebt, welches die Pflicht hat, im Parlament jede, den Arbeitern nützliche Gesetzesvorlage zu befördern, schädliche dagegen zu bekämpfen. Auf dem Edinburgher Kongress wurden indess zwei Beschlüsse gefasst, die ausserdem erwähnt zu werden verdienen. Der Eine bezog sich auf das Bündniss aller Arbeiter und lautete, wie folgt:

> „Dass der Kongress glaubt, dass die Zeit gekommen sei, wo ein Versuch gemacht werden müsse, die verschiedenen Arbeitervereine der Vereinigten Königreiche zu verbinden",

und enthielt das folgende Amendement:

> „Dass dieser Kongress der Meinung sei, dass ein Bündniss aller Arbeitervereine des Landes von grosser Wichtigkeit sei, dass aber die beste Art und Weise, zu diesem wünschenswerthen Ziele zu gelangen, wäre, die Vereinigung aller lokalen Genossenschaften zunächst anzustreben, und dass er das parlamentarische Komité beauftragt, diesen lokalen Vereinigungen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Vorschub zu leisten."

Das Amendement wurde mit nur 26 gegen 23 Stimmen angenommen, und einer der Vertreter gab in seiner Rede für das Amendement an, dass die Anzahl der Arbeiter des von ihm repräsentirten Gewerbes ungefähr 30,000 wäre, von denen leider nur 3000 zu seiner Assoziation gehören.

Wenn diese Angabe, der nicht widersprochen wurde, richtig ist, so zeigt sie den Erfolg der Gewerkschaften in einem sehr ungünstigen Lichte. Der zweite Beschluss lautet dahin:

> „Dass dieser Kongress der Meinung sei, dass die in Grossbritannien und Irland geltenden Grund- und Bodengesetze sehr ungerecht sind und den besten Interessen der Nation dadurch schädlich werden, dass die Bauernschaft kein Eigenthumsrecht auf Grund und Boden hat; dass die Arbeit dadurch vermindert und die Produktion eingeschränkt wird; und dass die Nation dadurch für ihren Bedarf an Nahrung hauptsächlich auf den Import aus anderen Ländern angewiesen ist, und dass somit der Reichthum der Nation durch den Ankauf von Nahrungsmitteln von auswärts verschwendet würde, obschon die Nahrungsmittel mit Vortheil im eigenen Lande produzirt werden könnten. Wir beschliessen deshalb, dass die Reform der Grund- und Bodengesetze unserm Programme sofort beizufügen ist, und dass es dem parlamentarischen Komité hiermit zur Pflicht gemacht wird, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, diesbezüglich die schnellste und beste Gesetzesverbesserung anzustreben."

Zu dieser Resolution war das folgende Amendement beantragt worden:

> „Dass, in Anbetracht der Nothwendigkeit einer gründlichen Durchsicht der jetzigen Grund- und Bodengesetze, der Kongress keine Aenderung der Gesetze für wünschenswerth hält, welche der

endlichen Nationalisirung des Landes im Wege stehen, da eine solche gegen die Interessen der arbeitenden Klassen wäre."

Obgleich dasselbe grundsätzlich ganz richtig ist, so fand es doch in der Versammlung der Delegirten der Arbeiterklasse keine Unterstützung, und es wurde deshalb nur die Originalresolution angenommen.

Ein anderer Gegenstand, der die Aufmerksamkeit des Kongresses beschäftigte, war die Entschädigung der Arbeiter für Verletzungen, die sie in Folge von mangelhaften Einrichtungen durch Unglücksfälle etc. erleiden. Zwei diesbezügliche Gesetzesvorlagen wurden dem Parlamente in der letzten Sitzungsperiode vorgelegt. Erstens, „die Haftpflicht der Arbeitgeber für in ihren Diensten erlittene persönliche Verletzungen zu erweitern und zu regeln." Zweitens, „ein Vorschlag, das Gesetz betr. die Haftpflicht der Arbeitgeber für Schäden ihrer Arbeiter zu verbessern." Beide Bills sind zwar sehr kurz, aber die Wichtigkeit derselben mag aus der folgenden Tabelle, die sich auf das Jahr 1878 bezieht, und die wir dem jüngst veröffentlichten Bericht des General-Fabrikinspektors entnahmen, ersehen werden.

1878. Schwere und leichte Unglücksfälle, verursacht bei Maschinen.

	Erwachsene		Junge Leute		Kinder		Total		
Geschlecht:	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich und weiblich
Schwere Unfälle	195	5	46	4	9	4	250	13	263
Amputation der rechten Hand oder Armes	16	—	15	4	3	—	34	4	38
Amputation der linken Hand oder Armes	9	—	4	3	1	—	14	3	17
Amputation eines Theils der rechten Hand	139	57	111	76	18	12	268	145	413
Amputation eines Theils der linken Hand	128	31	81	25	11	14	220	70	290
Amputation eines Theils des Beines oder Fusses	17	1	8	—	1	—	26	1	27
Bruch von Gliedern oder Knochen des Mittelkörpers	142	16	105	21	24	6	271	43	314
Bruch der Hand oder des Fusses	98	35	60	30	19	6	177	71	248
Schaden am Kopf oder Gesicht	313	61	83	40	35	7	481	108	589
Schnittwunden, Kontusionen etc.	1506	369	915	366	189	88	2610	823	3433
	2563	575	1428	569	310	137	4301	1281	5582

Dies ist für ein einziges Jahr in der That eine schreckliche Liste und sollte der Arbeiterklasse nicht allein Englands, sondern der ganzen Welt die Wichtigkeit des Haftpflichtgesetzes einprägen. Es ist wirklich eine Frage, in die nicht genau genug eingegangen und deren Diskussion nicht umfassend genug geführt werden kann, da sie die Arbeiter der ganzen zivilisirten Welt betrifft. Trotz alledem fürchten wir, dass lange Zeit

darüber hingehen wird, ehe man auf gesetzlichem Wege nur annähernd verhältnissmässige Entschädigungen für im Dienste der Arbeitgeber erhaltene Schäden erlangt, und wird unsere Arbeiterklasse bis dahin wahrscheinlich noch wichtigere Fragen in Betracht ziehen müssen.

Die schon im Vorhergehenden angeführte Statistik der registrirten Arbeitervereine war:

	Anzahl der Vereine	Anzahl der Mitglieder	Jährliches Einkommen	Vermögen
für 1875	194	282,046	Pf. St. 369,089	Pf. St. 273,757
gemäss der Statistik v. 1877	252	?	?	?
am Schlusse 1878 herausgegeben	206	303,196	„ 308,476	„ 455,363

Das Einkommen der Hauptvereine ist für das Jahr:

	1875	1876
Durham Miners Assoziation (D. Bergwerker-V.)	Pf. St. 44,694	Pf. St. 39,125
West Yorkshire Miners A. (W. Y. B.-V) . .	„ 31,308	„ 23,427
General-Union of carpenters and joiners (Allgem.-V. der Zimmerleute und Tischler)	„ 13,285	„ 2,222
National Agricultural labourers Union (N. Landarbeiter-V.)	„ 12,625	„ 8,648
Amalgamated Association of Cotton spinners (V. d. Baumwollspinner)	„ 12,047	„ 5,705
West Bromwick a. District of the Amalgamated Association of Miners (W. B. u. D.-V. der vereinigten Bergleute)	„ 10,676	„ 7,749
Lincoln a. Amalgamated labour league (L. u. V., Tagelöhner-V.)	„ 3,147	„ 2,146

Dagegen zeigen die folgenden 1876 ein verbesserte finanzielle Lage im Vergleich zu 1875.

	1875	1876
United Society of boiler makers u. Iron ship builders Liverpool (Vergt. Dampfkessel- u. Schiffsbau-Eisenarbeiter Liverpool) . .	Pf. St. 37,635	Pf. St. 39,843
Amalgamated society of carpeners & joiners in Manchester (V. Zimmerleute u. Tischler in Manchester)	„ 36,392	„ 39,848
Amalgamated society of tailors in Manchester (Schneider-V. in Manchester)	„ 21,418	„ 23,062
Northumberland Miners Confed. Association (N. Bergwerks-V.)	„ 12,504	„ 13,742
Kent, Agricultural & General Labourers Union (Landarbeit.-V. u. A. Tagelöhner-V.)	„ 8,902	„ 11,336
Steam engine Makers society Birmingham (Dampfmaschinenbauer V. B.)	„ 7,975	„ 8,497
Amalgamated society of railway servants London (Eisenbahnarbeiter-V. London) .	„ 7,929	„ 8,763

In Bezug auf die Anzahl der Mitglieder ist die National Agricultural Labourers Union mit 55,000 Mitgliedern, in Bezug auf Kapital The Durham Miners Ass. mit Pf. St. 79,764 die stärkste.

Es muss Jedem klar sein, dass diese Arbeitervereine ihre Mitglieder niemals gegen die Anmassungen des Kapitals schützen können, und ebenso gewiss ist, dass sie die soziale Erhebung der Arbeiter niemals durchsetzen werden. Als Regel kann man annehmen, dass sie gar keine politische Thätigkeit entwickeln, und dass sie durchaus gleichgültig gegen die grossen politischen und sozialen Fragen sind, welche die europäische Gesellschaft jetzt vom Palast bis zur Hütte in Aufregung erhalten. Wenn die Arbeiter je etwas Höheres als Lastthiere, Holzhacker oder Wasserträger sein wollen, müssen sie zunächst ihre wahre Stellung in der modernen Gesellschaft kennen lernen und sich befleissigen, aus Grundsatz zu handeln und keine Ausgleichungs oder Gelegenheitspolitik zu gestatten.

Es giebt nun noch eine andere Art von Vereinen, die wir berücksichtigen müssen, ehe wir diesen Artikel schliessen. Es sind dies die Cooperative-Societies, die der sozialen, von Rob. Owen hervorgerufenen Bewegung entsprangen, und die sowohl in Bezug auf Kapital als Anzahl der Mitglieder sehr bedeutend sind. Da sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit gegründet sind, so sind sie viel zweckmässiger als die gewöhnlichen Arbeitervereine. In den am Schlusse des Jahres 1878 herausgegebenen Statistiken finden wir die folgenden Angaben. Anzahl der registrirten Vereine: 901. Anzahl der Mitglieder: 444,547, verkaufte Waaren Pf. St. 17,619,747. Werth des Waarenlagers Pf. St. 2,381,285. Handlungsunkosten Pf. St. 1163. (? D. Her.) Gewinn Pf. St. 1,540,121, Kapital in Zirkulation Pf. St. 4,989,442. Aktien- und Anleihe-Kapital Pf. St. 774,809. The Leeds Industrial Coop.-Soc. hat 17,461 Mitglieder; The Rochdale Pioneers 8892; The Bury District 8254 und The Halifax Industrial 7605.

So mächtig auch diese Gesellschaften als lokale Organisationen, und so erfolgreich als Handelsgesellschaften sie auch sind, es würde die Lebensdauer ganzer Generationen oder wohl ganze Jahrhunderte bedürfen, bis sie die grossen Massen der arbeitenden Bevölkerung in sich aufgenommen hätten. Ausserdem ist ihre ganze Thätigkeit zum Privatvortheil ihrer Mitglieder: auf das Profitmachen konzentrirt; ausserhalb der engen Grenzen ihrer Einkäufe und Verkäufe hört ihr Wirken vollständig auf; sie haben kein Interesse und Verständniss für die grossen politischen und sozialen Fragen der Neuzeit. So lange ihr Geschäft blüht, bekümmern sie sich nicht um Krone oder Aristokratie; so lange ihre Bilanzen einen Gewinn feststellen, fragen sie wenig nach den grossen Leiden des Volkes. Es wird zwar von Vielen behauptet, dass sie ein Schritt in der richtigen Richtung seien, aber je erfolgreicher sie in Geschäftsspekulationen sind, desto konservativer sind sie in Bezug auf die bestehenden Einrichtungen.

Eine andere Art von Vereinen, deren Mitglieder meist der Arbeiterklasse angehören, sind die Friendly- oder Benefit-Societies, welche in Krankheitsfällen nöthige Geldunterstützungen und beim Tode die Begräbniss kosten beschaffen; einige wenige gewähren Unterstützungen für das hohe Alter und fast alle ihren Mitgliedern ärztlichen Beistand. Diese Vereine zählen die meisten Mitglieder, und da ihre Verpflichtungen zufällige und für

die Zukunft berechnete sind, so sind ihre Geldmittel sehr bedeutend. Die letzten Statistiken hierüber geben uns folgende Zahlen:

	Anzahl der Vereine	Mitgliederzahl	Kapital Pf. St.
England und Wales .	12,270	4,608,794	11,109,571
Schottland	543	618,416	702,962
Irland	312	38,114	87,018
	13,125	5,265,324	11,899,551

Wir möchten auch noch der Buildings-Societies (Baugesellschaften) Erwähnung thun, die wie die Cooperative-Societies nur geschäftliche Zwecke verfolgen und durchaus nichts mit Politik zu schaffen haben. Ihre Mitglieder gehören hauptsächlich der Klasse der Arbeiter oder der kleinen Krämer an. Die letzte Statistik giebt uns die folgenden Zahlen:

Anzahl der Vereine:		455.
Jährliches Einkommen . .	Pf. St.	12,030,630
Aussenstände der Debitoren	„	12,919,302
„ „ Creditoren	„	6,030,381
Gesammtkapital	„	19.416,441

Im Nachstehenden geben wir eine Zusammenstellung der Kapitalien aller Vereine:

	Registered.	Anzahl der Vereine, die Berichte einsandten.	Mitgliederzahl.	Kapital.
Friendly Societies	25,234	12,338	4,364,772	Pf. St. 10,226,883
Cooperative „	1,040	937	444,547	„ 5,764,251
Trades Unions	252	212	303.196	„ 455,363
Building Societies	637	461	—	„ 19,416,441
	27,163	13,948	—	Pf. St. 35,862,938

Wir sehen in diesen Zahlen gleichzeitig die Stärke und Schwäche unserer Arbeiterklasse, ihre Ehre und Schande, ihre Weisheit und Thorheit. Obgleich sie hinreichende pekuniäre Mittel zur Erreichung ihrer politischen und sozialen Erlösung besässe, finden wir sie doch unter den wenigst fortgeschrittenen Arbeitern der europäischen Staaten. Was könnte sie nicht erreichen mit ihrer mächtigen Organisation, ihren reichen Geldmitteln — dem wahren politischen Kriegsmaterial (! D. Her.) — wäre ihre Energie und ihr Denken auf die Eroberung politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gerichtet! Man beachte wohl die jetzige Stellung der Arbeitervereine, ihre Schwäche nach jahrhundertlangem politischen Kampfe und vergleiche damit die Stellung des triumphirenden Kapitals! Das ist die Folge ihrer Gleichgültigkeit gegen Prinzipien, die Folge von Kompromiss- und Gelegenheitspolitik. Werden sie je von der Erfahrung lernen? Werden ihnen die Lehren der Geschichte stets gleichgültig sein, und werden sie stets dem Geiste der Freiheit, dem Menschenrechte und der Menschenpflicht, der Aufforderung zur Verbrüderung der Nationen nur ein taubes Ohr leihen? Dieser Geist sollte doch eine Wohnstätte im Herzen jedes Arbeiters finden, und Millionen zur Anstrengung, zur Erstrebung alles Guten und Grossen anfeuern.

Endlich wollen wir noch zwei Verbindungen erwähnen, die gleiche Zwecke im Auge haben, und die unter dem Namen Freethoughs-Societies (freie Gemeinden) bekannt sind. Die ältere ist die „National Secular Society", die andere die „British Secular Union." Beide werden in religiöser Beziehung als atheistisch, politisch als fortschrittlich oder mässig republikanisch angesehen.

Im Programm der ersteren lesen wir: „Die National Secular Society ist gebildet worden, den Grundsätzen und Rechten des freien Denkens Geltung zu verschaffen, und wendet ihre Aufmerksamkeit der Verbesserung des irdischen Lebens zu." Unter den Grundsätzen des Freidenkerthums versteht man die Uebung des Verständnisses erhebender Thatsachen (!), unabhängig von gesetzlicher oder priesterlicher Einschüchterung, die Freiheit der Kritik zur Sicherung der Wahrheit und das Recht der Veröffentlichung und Verbreitung der Wahrheit. Die zweite Verbindung erklärt ihren Zweck wie folgt: „Dass das irdische Leben das einzige ist, von dem wir sichere Kenntniss haben, und dass seine Angelegenheiten zunächst unsere Aufmerksamkeit fordern, dass die Beförderung unseres individuellen und allgemeinen Wohlseins auf dieser Welt unsere grösste Weisheit und zugleich Pflicht ist, und dass das einzige zuverlässige Mittel zu dessen Erreichung die Arbeit ist, die von der Wissenschaft und der Wahrheit geleitet werden muss." Andere Zwecke sind die Verbreitung diesbezüglicher billiger Schriften, die Beförderung weltlicher Erziehung und Unterstützung politischer, sozialer und religiöser Reformen, die das weltliche Glück der Menschen befördern. Jede dieser beiden Verbindungen hat ihr Spezial-Organ und ihre eigenen öffentlichen Verfechter.

Die hier angeführten Grundsätze beanspruchen in der That sehr wenig mehr als die Freiheit des Denkens und Redens und das Recht der Veröffentlichung, ausserdem enthalten sie noch die Behauptung, dass unser irdisches Leben vor allen Spekulationen über das Jenseits den Vortritt hat. Was aber bei solchen Vereinen sehr seltsam erscheinen muss, ist die Thatsache, dass Christen aller Bekenntnisse, Deisten und Atheisten, und politischerseits Konservative, Liberale und Radikale aller Schattirungen, Republikaner alter und neuer Schule als Mitglieder aufgenommen werden. So populär auch ihre Führer sein mögen, so können doch die Vereine unter den obwaltenden Umständen politisch nur geringe Fortschritte machen; als Revolutionspartei nehmen sie eine höchst bescheidene Haltung ein.

Alle von uns aufgeführten Thatsachen zwingen uns zu der Ueberzeugung, dass das politische Leben, die jetzige Stellung und die Ziele der den Reichthum erzeugenden Klassen — der Arbeiter — viel weniger vorgeschritten ist, als Engländer selbst gewöhnlich annehmen. Wenn wir bedenken, dass in Frankreich, der Schweiz, und selbst in Deutschland das Wahlrecht der Erwachsenen Thatsache ist, während das Wahlrecht in England nur ein sehr beschränktes ist, so ist es höchst erstaunlich, Engländer sich ihrer politischen Freiheit und politischen Weisheit rühmen zu hören. Wirkliche politische Macht besitzt das Volk nicht. In Zeiten grosser politischer Aufregung kann die Krone nach der Einwilligung des Staatsraths die Habeas-Corpus-Acte suspendiren, d. h. die Freiheit der Presse aufheben, alle öffentlichen Versammlungen verhindern, und Jeden, der als Feind der

Regierung verdächtig ist, auf unbestimmte Zeit einstecken. Ja, die von den der Regierung verdächtigen Leute geführte Korrespondenz kann dann durch die Krone und das Kabinet verhindert werden, wovon wir im Jahre 1844 einen eklatanten Beweis hatten, als die an Mazzini adressirten Briefe geöffnet und der österreichischen Regierung mitgetheilt wurden. Dieses Geschäft ist gewöhnlich die Sache des Ministers des Innern, und in welchem Masstabe es ausgeübt wurde, beweisen die offiziellen Zugeständnisse, dass in den Jahren

1812	1830	1831	1839	1841	1842
12	14	17	16	18	20

und von 1799 bis 1844 insgesammt 372 Ordres zur Oeffnung von Briefen von zusammen 724 verdächtigen Personen erlassen wurden. Und doch sind die Engländer unwissend und beschränkt genug, zu glauben, dass England das Land der Tapfern und Freien sei. Aber England wird nie frei werden, bis es an besseren Prinzipien festhält und mit der erniedrigenden und entwürdigenden Ausgleichspolitik ein für allemal bricht, bis das Volk gelernt hat, was politische Gerechtigkeit ist, dass diese in ihrer Anwendung universell ist und keine Ausnahmen zulässt. Das Volk muss erst lernen, dass es nicht genug ist, das Wohlsein und das Glück nur eines Theils der Nation anzustreben, sondern, dass die allgemeine Wohlfahrt Alle, den Aermsten nicht ausgenommen, einschliessen muss. Mit Bezug auf die englische Arbeiterklasse im Allgemeinen müssen wir leider bemerken, dass ihre politische Erziehung so mangelhaft ist, dass die einfachste Frage politischer oder sozialer Wissenschaft beinahe ausserhalb ihrer Fassungskraft liegt. Wer zu ihr von politischer Gerechtigkeit spricht, wird als Träumer oder Schwärmer angesehen, und wollte man mit den Arbeitern reden von der wichtigen Stellung, die ihnen als den einzigen Erzeugern alles Reichthums, von deren Arbeit, Geschicklichkeit und Ausdauer die Existenz der Gesellschaft abhängt, gebührt, so würde man nur ein Lächeln oder einen Blick unverhehlten Erstaunens als Antwort erhalten. Wir wollen zugeben, und thun es gern, dass es in mehreren grösseren Städten auch Arbeiter giebt, die sowohl politisch als sozial gesundere Ansichten haben, und die einen wirklichen Ekel gegen den jetzigen Stand der Dinge empfinden, aber ihre Zahl muss rascher wachsen, als es bisher geschehen.

Als die einzigen Erzeuger des Reichthums müssen die Arbeiter erst lernen, die Stellung im Staate zu erstreben, vermöge deren sie die Art und Weise der Vertheilung der Arbeitsprodukte vorschreiben können; ferner müssen sie erst einsehen, dass bei unserem modernen Industriesystem weder Friede in der Gesellschaft herrschen noch genügende Nahrung und Komfort für die Arbeiter vorhanden sein kann, dass ihre wahre Stellung sie durch und durch revolutionär gegen alle nicht produktiven Klassen der Gesellschaft machen sollte, dass es keinen Kompromiss zwischen Recht und Unrecht, Wahrheit und Irrthum, Freiheit und Despotismus, Gerechtigkeit und Unterdrückung giebt, dass durch blosse Handelsvereine und blosse Propoganda für den Atheismus die schrecklichen Uebel, an denen die Gesellschaft heute leidet, nicht beseitigt werden.

Sie müssen erst erkennen, dass es ihre Pflicht ist, revolutionär zu werden gegen alles, was schlecht ist in Worten und Thaten, alles zu

bekämpfen, was tyrannisch und unterdrückend ist, der Wahrheit, wohin sie auch immer führen möge, unter allen Umständen zu folgen und dem heiligen Grundsatz der universellen und unveränderlichen Gerechtigkeit praktische Geltung zu verschaffen, dass sie — Männer wie Frauen — als Mitglieder der Gesellschaft, als Glieder der grossen Menschenfamilie, es für ihre einzige grosse Pflicht halten müssen, jeden Tag, jede Stunde zu arbeiten an der Wiedergeburt der Gesellschaft, für den Sieg des ewig Wahren, Reinen und Gerechten.

Birmingham, 17. Dezember 1879. J. Sketchley.

Italien.

Das zweite Semester 1879 brachte für die sozialistische Bewegung Italiens zunächst einen Prozess gegen 34 Internationalisten in Perugia, die sich in dem Augenblicke, da wir diesen Bericht schreiben, noch in Untersuchungshaft befinden. Die häufigsten Verhaftungen, und zwar aus den geringsten Ursachen, finden jedoch in der Romagna statt. Dort wird mit der Untersuchungshaft ein solcher Missbrauch getrieben, dass im Monat Juli 500 Bürger fast aller politischen Schattirungen einen öffentlichen Protest dagegen erliessen, welches Manifest von der Regierungsbehörde mit Beschlag belegt wurde.

Zur selben Zeit wurden in Florenz nicht weniger als 150 Internationalisten verwarnt; in Modena fünf Internationalisten in Anklagezustand versetzt, und zwar unter Qualifizirung als Verbrecher, in Neapel konfiszirte man Blätter, welche die Pariser Kommune verherrlichten, und nahm mehrere Verhaftungen vor, in Orbetello wurden Landleute eingesteckt, weil sie zu dem bisherigen ungenügenden Lohn nicht mehr bei der Erndte arbeiten wollten, in Pisa bewilligte die Behörde einem Bürger die Medaille für bürgerliche Tapferkeit, weil er den Internationalisten Widerstand geleistet hatte.

Ausserdem wurden im Juli von der Regierung vier französische, zwei schweizerische, acht deutsche, ein spanischer und ein holländischer Bürger, weil sie des Sozialismus verdächtig waren, aus Italien ausgewiesen, sowie ein Rundschreiben erlassen, welches dem Aufenthalt ausländischer Arbeiter in den grossen Städten Hindernisse in den Weg legt.

Im Monat Juli wurde ferner nicht nur die Annäherung zwischen den kommunalistischen Kollektivisten und dem grössten Theil der kommunistischen Anarchisten perfekt, sondern die Sozialisten Rimini's traten auch zum ersten Male und deshalb auch noch erfolglos bei den Kommunalwahlen in den Wahlkampf ein.

In Genua wurden dagegen vier Arbeiter und ein Advokat, die wegen Mitgliedschaft der Internationale eingesteckt worden waren, freigesprochen.

In Rom hielten Arbeiter eine Volksversammlung ab, in der sie sich über die hohen Preise der Lebensmittel beschwerten und verlangten, dass

das unbebaute Land den Landarbeitern überlassen werde; in Mailand und Palazzo strikten Arbeiter, in Sarzano beklagten sich die Arbeiter, dass sie nur schlechtes Brod essen, auf Stroh schlafen und für 1 Lire 60 Centimes bis zu 16 Stunden per Tag arbeiten müssten; in einer Blei- und Silberschmelzerei erkranken die Arbeiter an der Kolik und verdienen nur 2 Lire oder wenig mehr pro Tag. In Alessandria arbeiten Mädchen von noch nicht 15 Jahren 16 Stunden täglich bei einem Lohn von 80 Centimes bis eine Lire. Die amtliche Untersuchung über die Landverhältnisse aber schläft, wie auch das projektirte Gesetz über die Kinderarbeit Nichts von sich hören lässt! Beide würden übrigens, auch wenn sie nicht schliefen, nur illusorische Massnahmen bleiben.

Als die Juli-Ueberschwemmungen eintraten und man schleunig und viel Arbeitskräfte brauchte, forderten die Arbeiter bis zu 20 Lire pro Tag. Die bewaffnete Gewalt schritt indess ein, um sie zu zwingen, zu bedeutend niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

So verlief der erste Monat des zweiten Halbjahrs, und man darf wohl sagen, dass für die Sozialisten und die Proletarier die Monate sich zwar ablösten, aber keine Veränderungen brachten. Jeden Monat kommen einige Sozialisten aus dem Gefängniss heraus und andere gehen hinein.

Vom August ist zu bemerken, dass in Massa zwölf als Verbrecher eingekerkerte internationalistische Arbeiter freigelassen wurden, weil man die verläumderische Anklage nicht beweisen konnte. Die Sucht, die Internationalisten als Verbrecher hinstellen zu wollen, hält mit den Machinationen der geheimen Polizei und ihrer geheimen Agenten, denen ein Theil der Bourgeoispresse sekundirt, gleichen Schritt. So sprengte die Polizei im August das Gerücht aus, dass die Internationalisten ein Komplot gegen den König, der sich nach Genua begeben wollte, geschmiedet hätten, und liess auf diesen Vorwand hin in Genua verschiedene Sozialisten behaussuchen und in Haft nehmen.

Ferner verdient hier erwähnt zu werden, dass sich im Monat August drei Arbeitervereine, und zwar in Piacenza, Mailand, und Turin, mit einer Frage beschäftigten, welche vorher von Arbeitern nicht beachtet wurde, nämlich mit unserem Gesetz, welches die Nachforschung nach der Vaterschaft untersagt. Alle drei Vereine sprachen sich dem entgegen zu Gunsten der Nachforschung aus.

In Piacenza und in Genua gab es Strikes, in der Garolda, in Noale, in Castelpagano, in St. Angelo de' Lombardi Tumulte seitens der Arbeiter und Bauern. In Castelpagano wurde man gegen einen Reichen, der grosse Vorräthe Getreide besass, gewaltthätig, und in St. Angelo de' Lombardi wollte das Volk nicht dulden, dass das Kommunalland in die Hände einzelner Bourgeois überginge. Auf alle diese Vorgänge antwortete die Regierung mit Verhaftungen.

In Bologna entstand ein neues Arbeiterblatt: „Die Gegenwart“ (Il Presente). Arbeiter verschiedener Städte besuchten sich gegenseitig anlässlich ihrer Feste. Die sozialistische Parteibewegung nimmt öffentlich ihren Fortgang und gewinnt unausgesetzt neue Anhänger, sogar unter den jungen Republikanern; an einzelnen Orten bilden sich sozialistische Vereine und arrangiren öffentliche Vorträge.

Durch dieses Erwachen der Partei erschreckt, verfolgen Polizei und Gerichte die Presse mit noch grösserer Wuth, Agitationsschriften, welche die Druckerei der Mailänder „Plebe“ herausgiebt, werden beschlagnahmt, und die Haussuchungen bei Sozialisten, die „Verwarnungen“ und Inhaftirungen verdoppelt. Und wir befinden uns unter einem sogenannten fortschrittlichen Ministerium! Diese bürgerlichen Parteien sind sich doch alle gleich!

In allen Prozessen ist die Polizei die rechte Hand der Staatsanwaltschaft, welcher sie fast alle Belastungszeugen liefert; und wagt es ein Angeklagter nur, gegen einige derselben seine Entrüstung zu äussern, so wird er, Mangels etwas Anderem, wegen Beleidigung der Polizei verurtheilt. So geschehen bei einem Prozess in Pisa.

Der Einfluss der Polizei auf die Gerichte nimmt derart zu, dass es ihr gelang, in Bologna 18 Internationalisten in erster Instanz als Verbrecher verurtheilen zu lassen, ein Urtheil, das bei fast allen Parteien Entrüstung oder mindestens Erstaunen hervorrief. Aber damit noch nicht genug, verhaftete man ausserdem in Bologna einige Bürger, weil sie gegen dieses ungerechte Urtheil öffentlich protestirt und den Verurtheilten beim Herausführen aus dem Gerichtssaal ein Hoch zugerufen hatten. Dem Proteste schlossen sich übrigens u. A. die republikanische Gesellschaft zu Imola, die republikanische Verbrüderung zu Mailand, die Republikaner zu Rimini einstimmig an. In der fieberhaften Wuth, die Sozialisten als Verbrecher hinzustellen, geht man schliesslich so weit, zwei Stadträthen von Forli, die als Sozialisten denunzirt worden waren, diese entehrende Bezeichnung anzuhängen.

Es war das eine Periode wirklicher antisozialistischer Raserei. Polizei und reaktionäre Presse ergriffen jede Gelegenheit, der Internationale jedes beliebige Verbrechen, das ausgeübt wurde, in die Schuhe zu schieben, sogar für zwei grosse Diebstähle und einige vorgekommene Ueberfälle auf Wachtposten versuchte man sie verantwortlich zu machen. Die Beschlagnahme von sozialistischen Druckerzeugnissen nimmt zu; Manifeste und Brochüren, die „Plebe“ und das „Movimento sociale“ von Neapel werden abwechselnd davon betroffen.

Wenn irgendwo ein Gerichtshof, wie in Ancona und Modena, zehn Internationalisten in Freiheit setzt, so sperrt die Polizei dafür zwanzig ein. In fast allen Gefängnissen Italiens befinden sich Sozialisten, und die, denen es gelingt, den Fesseln zu entfliehen, verlassen das Land und vermehren die Zahl der Flüchtlinge; der Rest ist theils „verwarnt“, theils wird er beständig überwacht.

Sowohl die sozialistische als auch die reaktionäre Bewegung nahmen im Laufe des September bedeutend zu. In Dolo brechen Unruhen unter den Landarbeitern aus, die Arbeit verlangen, in Ponte findet dasselbe statt, und zwar gegen eine neue Gemeindesteuer und das Verbot, Holz im Gemeindewald zu fällen; in Ravenna wendet sich der allgemeine Unwille gegen die Anwendung von ländlichen Maschinen, welche menschliche Arbeit überflüssig machen. In Giglio veranstaltet man eine Demonstration gegen den Steuererheber, in Vallelunga gegen die Steuer auf das Mobiliarvermögen. In einem neapolitanischen Dorfe versuchen 200 Landleute einen Gemeindewald zu besetzen und für sich selbst abzuholzen. — Das Volk wandert in Gruppen von 100

und mehr auf einmal aus; die Pellagra richtet ohne Unterbrechung ihre Verwüstungen in den Landschaften Nord- und Mittelitaliens an (im letzten Sommer allein erkrankten 97000 Personen an dieser Krankheit). — In den Arbeitervereinen bricht sich das Bestreben immer mehr Bahn, die Arbeitgeber auszuschliessen und aus den Vereinen selbst einen Verband zu gründen; auch die Idee, die sozialistischen Gesellschaften zu organisiren, taucht wieder auf, und der September schliesst mit der Jahresfeier der Internationalen in Neapel (am 30. September). Regierung aber und Polizei vermehren die Verhaftungen und Pressverfolgungen: die Verkäufer der „Plebe" und der Flugschriften werden namentlich in der Romagna verhaftet; junge Leute von untadelhafter Aufführung werden „verwarnt"; in Catanzaro erfindet man eine Verschwörung, um einen Vorwand zu Prozessen zu haben, welche meist wie der zu Forli endigen, wo der Gerichtshof alle Internationalisten freisprechen musste, und wo dann zu Ehren des Vertheidigers, des Professor Ceneri, ein Bankett stattfand. Auch in Rimini, in Ravenna und in Ancona erfolgten Freisprechungen von angeklagten Internationalisten. —

Wie die vorangegangenen, hatte auch der Monat Oktober seine Arbeiter- und Bauernunruhen. In Calabrien wollen die Bauern die Domänenländereien vertheilen und selbst bebauen, was zu der Verhaftung von zirka 60 Menschen führte; in Amaroli wollen Arbeiter einen Staatsforst selbst bebauen und ausnutzen, — neue Verhaftungen: in der Provinz Avellino revoltiren die Landleute, weil man die Gemeindeländereien an Private verkauft, — 18 weitere Verhaftungen. In Busto Garoffo, in Turin striken verschiedene Arbeiter, in Bologna die Fuhrleute, in Neapel 800 Handschuhmacher. In Salla Consilina endlich streiken sogar die Krämer wegen übermässiger Erhöhung der Steuern.

Das Elend nimmt zu. In Roccamontina stirbt eine Frau Hungers; in Turin tödtet ein aus Elend wahnsinnig Gewordener seine eigenen Kinder; in Catania versucht ein Anderer lieber sich selbst zu entleiben, ehe er Hungers stirbt.

Um die Unzufriedenheit des Proletariats zu besänftigen, befördern Bourgeoisie und Regierung die Gründung einer nationalen Arbeiter-Pensionskasse, eine nur ungenügende Halbheit. Die kollektivistischen Sozialisten von Savignano (in der Romagna) veröffentlichten dem gegenüber ein Manifest, in welchem sie auseinandersetzten, was nöthig sei, um die Wunden, an denen die Gesellschaft leidet, zu heilen.

Im Monat Oktober erschienen zwei neue sozialistische Zeitungen und zwar der „Ateo" (Atheist) in Livorno und die „Nuova Favilla" (der neue Funken) in Mantua; in letzterer Stadt wurde ein Lehrer abgesetzt und als Sozialist verhaftet; ausserdem weist die Regierung 18 des Sozialismus verdächtige Ausländer ausser Landes, wohingegen in einigen Städten die Sozialisten dem Kongress von Marseille ihre Zustimmung votirèn und die Kommunarden zur Rückkehr nach Frankreich beglückwünschen. In Mailand reorganisirt sich der sozialistische Klub, worauf die Regierung mit einer zweimaligen Beschlagnahme der „Plebe" antwortet. Die Bourgeoisie leistet ihrerseits der Polizei Handlangerdienste; Arbeiter, welche sich nur des Sozialismus verdächtig zeigen, werden aus der Arbeit entlassen, wie es in Adria und an anderen Orten sich gezeigt hat.

Kein Monat ohne Prozesse. Im November wurden in Neapel sechs Sozialisten vom Gericht freigesprochen. Auch in Pesaro und Alessandria erfolgten Freisprechungen, die zu Banketten zu Ehren der Angeklagten und der Vertheidiger Veranlassung gaben. Die Gerichtshöfe werden allmählig ein mächtiges Mittel der Propaganda; besonders wenn sozialistische Advokaten, wie die Genossen Merlino, Barbanti, Duranti und andere die Vertheidigung übernehmen.

Ebensowenig mangelt es an Dramen menschlichen Elends. Der sozialistische Advokat Camillo Viggiani stirbt im Krankenhaus. In Forli, in Faenza und in Ravenna stürmen Männer und Frauen mit Kindern auf den Armen die Bäckerläden. In Legnano wirft ein Fallissement eine bedeutende Anzahl Arbeiter auf das Pflaster. Die Regierung aber nimmt Verhaftungen auf Verhaftungen vor und glaubt sich die Sympathie des Proletariats durch ein Rundschreiben zu erwerben, in welchem sie Reformen bezüglich der Eigenthumsverhältnisse an den einstigen Feudalgütern Süditaliens verspricht; ausserdem zeigt sie sich geneigt, Kunst- und Gewerbeschulen zu unterstützen. Eitle Täuschungen, wie so viele andere! Was soll man von einer Regierung erwarten, die in Neapel einem Sozialisten das Wort entzieht, weil er in einer Volksversammlung gegen die beständigen Rüstungen und den Krieg spricht, — die in Cosenza eine junge Dame arretirt, nur weil sie sich zur Internationale bekennt, — die in Adria das Hausrecht verletzt und Bürger wegen der Veröffentlichung eines sozialistischen Manifestes verhaftet, — die endlich jeden Akt der Polizei gut heisst, selbst wenn diese, wie in Spezzia, ein Komplott erfindet, um die sozialistischen Arbeiter massregeln zu können?

Das Jahr 1879 schloss mit einem fürchterlichen Winter, die Ernte war fast überall missrathen, Kälte und Schneefall vermehrten das Elend. Kann es daher Wunder nehmen, wenn in Monselice und in Sermide die Arbeiter tumultuarisch Brod und Arbeit verlangen, — wenn in Neapel die Schriftsetzer wegen unzureichender Löhne streiken, — wenn in Ravenna die Behörde nur mittelst Gewalt verhindert, dass die Landleute in die Stadt kommen, um den im Elend verzweifelnden Arbeitern zu helfen, — wenn in Palestrina das hungrige Volk die Bäckerläden stürmt, wie es im November zu Faenza, zu Forli und Ravenna geschah, — wenn in Cortona mit Spaten bewaffnete Bauern von der Munizipalbehörde Hülfe fordern, — wenn in Colorno die Landleute, in Voltana 200 Arbeiter Beschäftigung verlangen, — und wenn in Catania ein Landmann Hungers stirbt und in Frontignano eine Mutter, weil sie für ihre Kinder Nichts zu essen hat, sich selbst entleibt?

Es ist ein trostloses Bild, das sich uns darbietet. Selbst die Bourgeoisie erschrickt, weiss aber zur Stillung so vielen Elends nichts, als Almosen zu sammeln und zu vertheilen, hier und da für das vor Kälte zitternde Volk geheizte Räume zu eröffnen und an die Verhungernden Suppen zu vertheilen. Zeitweilige Aushilfsmittel, welche die Wurzel der Uebel, unter denen das arbeitende Volk seufzt, unberührt lassen!

In diesem Sinne spricht sich ein von den Sozialisten zu Cesena erlassenes Manifest aus, in welchem das kollektive Eigenthum an Boden und Arbeitsinstrumenten gefordert wird.

Die Regierung ihrerseits ernannte eine Kommission, welche über die Vertheuerung der Lebensmittel Erhebungen anstellen soll. Sehr schön, aber bis die Kommission ihre Arbeiten beendet haben wird, kann der Arbeiter zehnmal Hungers sterben; ausserdem werden ihre Resultate auch, wie die aller bisherigen Regierungsenqueten, gleich Null sein. Ist ja auch das Gesetz über den obligatorischen Unterricht nur Illusion geblieben. Das Elend ist zu verbreitet und so gross, dass die ärmere Bevölkerung von der theilweisen Herabsetzung der Mahlsteuer nichts gewahr wird. In Turin hat die Bourgeoisie einen sogenannten Arbeitsschutzverein gegründet. Eine Illusion mehr! Andererseits fördert der allgemeine Nothstand die sozialistische Propaganda. Der sozialistische Verband in Rimini hat ein Programm aufgestellt und allerorts vertheilen lassen. In Cattolico bildet sich ein sozialistischer Klub, dem sich die Republikaner allmählig nähern. Der früher in Neapel bestandene sozialistische Verein organisirt sich auf Neue, und in Tarent organisirt man ein Propagandakomité. Die bemerkenswerthesten Vorgänge des Monats Dezember sind indess zwei Prozesse, von denen der eine vor dem Appellationsgericht in Turin, der andere vor dem Schwurgericht zu Florenz sich abspielte. Das erstgenannte Tribunal hob das vorhergegangene Erkenntniss, durch welches zwölf Sozialisten als Verbrecher zu 9 bis 18 Monaten Gefängniss verurtheilt worden waren, wieder auf. Die Qualifikation als Verbrechen wird von jetzt ab nicht mehr aufrecht erhalten werden können; ewige Schande aber einem fortschrittlichen Ministerium, welches die schändlichen Erfinder dieser entehrenden Beschuldigung noch unterstützte!

Bei dem zweiten Prozess, der sich, wie gesagt, in Florenz abspielte, waren fünfzehn Personen angeklagt, darunter zwei Damen, eine Italienerin und eine Russin. Nach einer vierzehnmonatlichen Untersuchungshaft wurden sämmtliche Angeklagten freigesprochen, darunter zwei Personen, welche Polizei und Staatsanwaltschaft eines entehrenden Verbrechens zu beschuldigen versucht hatten. In diesem Prozess wurde von der Anklagebank, sowie von der der Advokaten eine äusserst glänzende sozialistische Propaganda entfaltet, von der die anwesende Bourgeoisie tief ergriffen wurde.

Die wahren Verbrecher finden sich nicht unter den Sozialisten, sondern unter jenen ehrenwerthen Bürgern, denen man die Verwaltung der dem Klerus genommenen Güter anvertraut hatte. Unerhörte Diebereien sind da vorgekommen, indess schwebt der Prozess noch.

* * *

Literarische Bewegung. Die sozialistische Literatur Italiens ist nicht so bedeutend wie die Deutschlands und Frankreichs, aber es sind die Anfänge einer solchen vorhanden, und sie ist in steter Fortentwicklung begriffen. Vor Allem hob sich die zur Propaganda bestimmte Broschürenliteratur, welche von der Offizin der „Plebe" herausgegeben wird. Die Anzahl der bis jetzt erschienenen Heftchen beläuft sich nunmehr auf 20, welche in 35,000 Exemplaren aufgelegt worden sind und besonders in Mittelitalien, dem Hauptfeld des italienischen Sozialismus, vertrieben werden

Weitere offen sozialistische Publikationen sind: der „Almanach des Ateo", der „Arbeiter Almanach" und der „sozialistische Almanach".

Allgemeine sozialistische Tendenzen entwickeln ein Roman von Tronconi: „Komödien der Venus" und eine Studie von Napoleone Calojanni, betitelt: „Die Freiheit und die soziale Frage". Der Erstere ist durch seine Neigung zur freien Liebe bemerkenswerth; die Studie Calojanni's dagegen predigt in verständiger Weise eine Annäherung der jungen Republikaner an die Sozialisten.

Unter den nichtsozialistischen Schriftstellern ist Professor Arnaudo, Verfasser von „der Nihilismus", erwähnenswerth. Gegenüber den unzähligen Verläumdungen der sozialistischen Bewegung Russlands bemüht er sich, Wahrheit und Gerechtigkeit zu üben und zu lehren. Der Verfasser hat zwar noch nicht alle veralteten Vorurtheile abgelegt, für einen Bourgeois aber, der er ja doch ist, ist sein Buch sehr anerkennenswerth und die Lektüre desselben durchaus zu empfehlen.

Andere Bücher dagegen, wie die „Internationale und der Staat" von E. Forni, die „bürgerliche Reform" von P. Ellero und die „soziale Frage" von N. Fava etc., können wir mit Stillschweigen übergehen; die Herren sprechen vom Sozialismus, ohne ihn zu verstehen, entstellen ihn daher und bringen nur Abgeschmacktes gegen ihn vor.

Unsere literarische Propaganda ist fast ausschliesslich auf die ausländische Literatur, die besonders von den Herausgebern der „Plebe" in's Italienische übertragen wird, angewiesen. So wurden in den letzten Monaten das Buch von S. Engländer: „Die Abschaffung des Staates" und die Skizze von F. Wiede über die „Ueberproduktion" aus dem Deutschen übertragen; eine Uebersetzung von Stuart Mill's „Abhandlung über den Sozialismus" mit einer polemisirenden Vorrede befindet sich unter der Presse.

Ueberhaupt wird jetzt mehr gedruckt, weil man anfängt etwas mehr zu lesen.

O. Gnocchi Viani.

Niederlande.

(Holland, Belgien und Luxemburg.)

Bevor wir an die Schilderung der Ereignisse herantreten, die sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1879 in unserem Lande in der Arbeiterbewegung überhaupt und der sozialistischen insbesondere zugetragen haben, wird es gut sein, die verschiedenen Organisationen und sozialistischen Gruppen, von denen diese Bewegung ausging, oder richtiger, die derselben eine bestimmte Richtung verliehen, zuerst wieder dem Leser vorzuführen.

In Holland bestehen folgende Organisationen: 1) Der „Algemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond", ein Verband von Arbeitervereinen, die über das ganze Land verbreitet sind und deren gemeinschaftliches offizielles Organ der „Werkmansbode" ist. 2) Die „Soziaaldemokratische Vereeniging", die erst 1878 in Amsterdam entstanden ist, seitdem aber auch in anderen grossen Städten schon mehrere

Zweigvereine gebildet hat; ein offizielles Organ derselben existirt noch nicht, allein die vortreffliche Zeitung „Recht voor Allen“ (Recht für Alle) löst die Aufgabe eines solchen mit Verständniss und Eifer. 3) Der Verein „Het Algemeen Kies-en Stemrecht“ (Das allgemeine Wahl- und Stimmrecht), dessen Zweck schon in diesem Namen ausgesprochen ist.“ *)

In Belgien haben wir: 1) Die „belgische sozialistische Partei“, welche durch die Verschmelzung der flämischen sozialistischen Partei mit der „Chambre du travail“ (einer Federation von Arbeitervereinen von Brüssel und Umgebung) und verschiedenen, kürzlich im Hennegau und in der Provinz Lüttich gegründeten Arbeitervereinen enstanden ist; die „Belgische Sozialistische Partei“ hat drei Organe: die „Voix de l'Ouvrier“ in Brüssel, „de Werker“ in Antwerpen und „de Volkswil“ in Gent. 2) Die „Internationale Arbeiter-Assoziation“, oder richtiger — was von der einst so blühenden belgischen Abtheilung der Assoziation geblieben ist. Trotzdem diese belgische Federation nur aus wenigen Sektionen und einigen Gruppen für das Studium des Sozialismus, die in Brüssel, Antwerpen, Verviers und Lüttich bestehen, zusammengesetzt ist, so hat sie doch ihr federatives Band und ihren Federalrath beibehalten. Die Sektion von Verviers hat immer noch ihr altes Organ „le Mirabeau“, das, wie alle oben genannten, wöchentlich ein Mal erscheint. 3) Die „Fédération rationaliste“, der etwa zwanzig über das ganze Land zerstreute Vereine angehören. — Ich glaube, dieser Federation hier in dem Bericht über die sozialistische Bewegung Erwähnung thun zu müssen, weil sie nicht den ausschliesslichen Zweck verfolgt, auf dem Gebiete der Philosophie und Religion den Gedanken zu befreien, sondern zu gleicher Zeit, die Lehren des Sozialismus annehmend, auch die grossen politischen und sozialen Fragen unserer Zeit behandelt.

Neben diesen Hauptorganisationen giebt es noch hie und da einige Gruppen, welche aus dem einen oder dem andern Grunde ausserhalb jener oder neben denselben unabhängig existiren. Von diesen Gruppen wollen wir als die bedeutenderen anführen: 1) Den „Cercle démocratique“ zu Brüssel, der sich in diesem Jahre zum Zweck des gründlichen Studiums aller Elemente der sozialen Frage bildete; 2) den „Vrijheidsbond (Freiheitsbund) ebenfalls zu Brüssel; 3) Die Gruppe der „anarchistischen Kollektivisten“, die vor Kurzem entstanden ist und seit Kurzem eine Zeitschrift „Le Drapeau rouge“ herausgiebt. 4) Die „Société libre des Ouvriers typographes“, einen alten, 1842 in Brüssel gegründeten Verein, der mit ähnlichen Gruppen im In- und Auslande in Verbindung steht und die Zeitschrift „le Typographe“ zu seinem Organ hat; 5) den unter dem Namen „l'Etincelle“ bekannten Verein zu Verviers, u. m. a. — Das sind verschiedene Gruppen, die bis jetzt seitabstehend**) geblieben und

---

*) Ueber den Unterschied zwischen Kies- (Wahl-) und Stemrecht s. „Jahrbuch“, 1. Hälfte, S. 238.

**) Wir sagen seitabstehend und nicht feindlich, weil alle diese Gruppen im Gegentheil in guten Beziehungen zu den oben angeführten drei grossen belgischen Organisationen stehen. Bei wichtigen Gelegenheiten, wenn die Vereinigung nothwendig ist zur Schaffung eines allgemeinen Werkes, sehen wir alle diese Gruppen mit einander und mit den erwähnten drei sozialistischen Organisationen in Verbin-

die ich dennoch, trotz ihrer geringen numerischen Bedeutung und ihres geringen Einflusse auf die Bewegung, hier anführen musste. Es ist jedoch in Betreff der numerischen Grösse und des Einflusses für den Cercle démocratique eine Ausnahme zu machen. Dieser entfaltet eine rührige Propaganda, und seinen eifrigeren Mitgliedern ist es schon gelungen, in und um Brüssel eine grosse Anzahl kleiner sozialrevolutionärer Sektionen zu bilden.

Diese letzteren ausgenommen, sind die übrigen kleineren Gruppen soviel wie Tirailleurkorps des Sozialismus, während das Gros der Armee sich folgendermassen zusammensetzt: a) in Holland: aus dem „Allgemeen Nederlandsch Werklieden Verbond", dessen linken Flügel die „Soziaal-demokratische Vereeniging", und dessen rechten Flügel die Verbindung „Algemeen Kies-en Stemrecht" bildet; b) in Belgien; aus der „Belgischen Sozialistischen Partei" (Le parti socialiste belge), auf deren linkem Flügel die Sektionen der „Internationale" und die von dem „Cercle démoratique" angeführten Vereine stehen, während die weiteste Stellung nach rechts die „Fédération rationaliste" einnimmt.*)

Nun wollen wir die Schlachten, die diese Armee im Laufe der letzten sechs Monate des Jahres 1879 geliefert hat, besprechen.

Die Thätigkeit der niederländischen Sozialisten kann in drei Hauptkategorien zusammengefasst werden:

1) Propaganda und Diskussion der sozialistischen Ideen mittels Büchern, Broschüren, Zeitungen, Vorträgen, Volksversammlungen, Theater und Schulen;

2) Organisation der Arbeiterkräfte und Intervention gelegentlich der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit; endlich

3) Stellung von politischen Forderungen, besonders der Forderung des allgemeinen gleichen Stimmrechts.

Die Leser kennen also nicht nur unsere sozialistische Armee und die verschiedenen Korps, aus denen die Kadres formirt sind,**) sondern auch die dreifache Art des Kampfes, das dreifache Schlachtfeld: das Terrain der theoretischen Idee, des ökonomischen und des politischen Kampfes. Wir können nun auf die Darstellung der Ereignisse, bei denen diese Kadres in Aktion traten, eingehen. Aber anstatt sie hier in chronologischer Reihe aufzuführen, wie es in einem Kalender oder Tageblatt zu thun wäre, wollen wir sie, ihrem Charakter gemäss, nach der soeben angeführten Theilung in drei Kategorien skizziren.

---

dung treten. Lediglich zwischen der kleinen Gruppe der Anarchisten und der sozialdemokratischen Partei waltet eine gewisse Feindschaft; die Meinungsverschiedenheit tritt hier in den Fragen des Prinzips, der Theorie und besonders der Taktik auf, am meisten aber sind es persönliche Reibereien, die nicht existiren dürften und immer beklagenswerth sind.

*) Von Luxemburg wird im folgenden Abschnitt die Rede sein.

**) Es wäre für die Kenntniss der Sachlage sehr interessant und nützlich, wenn der Herr Berichterstatter im nächsten Bericht einige tabellarisch-statistische Daten betreffend Zahl und Beruf der Mitglieder der Partei mittheilen wollte.

D. Uebers.

A. Die Bewegung der Ideen.

(Propaganda in Schrift und Wort, Klarstellung der Prinzipien etc.)

In Bezug auf die Propaganda in Schrift und mittelst Vorträgen ist es Holland, das — wenigstens gegenwärtig — an der Spitze steht. Ausser den Zeitungen „Recht voor Allen„ und „Werkmansbode“ *) wird hier die soziale Frage auch von der Revue „Vragen des Tijds“ (Zeitfragen) und der Wochenschrift „Oost en West“ **) häufig behandelt, und zwar durchweg von einem sehr freien und wesentlich philosophischen Standpunkte aus. Diese zwei Revuen, die wahrhaft fortschrittlich und unabhängig sind (im guten Sinne dieser so oft blos als reklamenhaftes Aushängeschild gebrauchten Worte), haben auch eine grosse Anzahl anderer, den Sozialismus mehr oder minder berührender Fragen aufgeworfen und in sehr gründlicher Weise behandelt, so z. B. über die soziale Mission der Frau, das allgemeine Wahlrecht, die Bevölkerung und der Malthusianismus, die Darwinische Theorie, den Vegetarianismus, die Prostitution und die Trunksucht, die Philosophie der Geschichte, die vergleichende Philologie, die vergleichende Religionslehre, Spiritualismus und Materialismus u. dergl. m.

Mehrere jüngst erschienene Brochüren aus der Feder unseres trefflichen Freundes F. Domela Nieuwenhuis kamen der periodischen Presse zu Hilfe, indem sie ihren Theil zu der Propaganda und der Klarstellung der grossen sozialen Fragen beitrugen. Diese im Laufe der letzten drei Monate erschienenen Schriften, deren Titel schon die Wichtigkeit des Inhaltes anzeigt, sind folgende: 1) Grond en Boden in gemeenschappelijk Bezit; 2) Allgemeen Stemrecht; 3) Wat willen de Soziaaldemokraten? Ene Verklaring van hun Program. Naa het Hoogduitsch van H. Oldenburg voor ons land bewerkt; 4) Over het wezen der Grondwet***); 5) Mijn Afscheid van de Kerk. †)

Wir wollen ein paar Worte zweien der erwähnten Arbeiten widmen, der ersteren und der letzteren, und zwar nicht um ihren Inhalt wiederzugeben, sondern der Umstände wegen, an die sie erinnern.

Die Broschüre „Grond en Boden in gemeenschappelijk Bezit“ ist eine Reproduktion von einigen vortrefflichen Reden, die der Autor über diesen Gegenstand in Amsterdam und Gent gehalten. Die Thatsache, dass ein lutherischer Prediger plötzlich vor sozialistischen Arbeiter erscheint, um

---

*) Die erstgenannte Zeitung ist offen sozialistisch, die andere aber, obgleich sie die Interessen der Arbeiterschaft ernst verficht, weniger fortgeschritten und berührt weniger die sozialistische Doktrin.

**) In meiner früheren Korrespondenz meldete ich über das Erscheinen der holländischen sozialistischen Revue „de Tolk van den Vooruitgang“ (der Erklärung des Fortschritts) unter der Redaktion unseres Freundes Korteweg. Dieses Mal habe ich eine diesbezügliche sehr beklagenswerthe Nachricht zu bringen. Im Monat Oktober nahmen sich Korteweg und seine junge Gemahlin mittelst Blausäure das Leben. Er zählte 29, sie 24 Jahre. Sie schienen glücklich beisammen zu leben, und nichts konnte bei ihren Verhältnissen dieses schreckliche und mysteriöse Ende voraussehen lassen.

***) Ueber das Wesen des holländischen Staatsgrundgesetzes vom 24. Aug. 1815.

†) Mein Austritt aus der Kirche.

Der Uebers.

über eine der brennendsten Fragen unserer Zeit zu sprechen, erschien der Genter Bourgeoisie als ein so aussergewöhnliches Ereigniss, dass sie sich diese Versammlung zweifelsohne als ein Signal zu einem Proletarieraufruhr vorstellte, der an die im XVI. Jahrhundert von den anabaptistischen Predigern entflammten Erhebungen des flämischen Volkes erinnern sollte. In Folge dessen befanden sich am Versammlungsabend im Saale unter dem zahlreichen Arbeiterpublikum nicht wenige der zweifelhaften Gestalten, die das gewöhnliche Gefolge der Polizeispione zu bilden pflegen, ja sogar im Keller befand sich — wer meinen Sie? — nicht etwa ein simpler Spitzel, sondern ein Polizeikommissär selbst! In der That, am Schluss der Versammlung gingen einige Genter Sozialisten, die aus dem unteren Erdgeschoss das Geklirre von Flaschen vernommen hatten, mit einem Licht bewaffnet in den Keller hinunter und fanden da, zwischen den Fässern versteckt, den Herrn Kommissarius, der ganz verblüfft dastand, als er sich plötzlich wie eine einfache Kellerratte ertappt sah. Dieser „Kelderskandaal" machte viel Lärm und gab der „Voix de l'ouvrier" den Anlass, eine humoristische Zeichnung zum Besten zu geben, welche diese unterirdische Szene darstellt; diese Zeichnung wurde im ganzen Land, besonders aber in Gent selbst, in mehreren Tausend Exemplaren verkauft. Was die Moral von der Geschichte betrifft, so giebt es nur die dass angesichts der sozialistischen Forderungen, besonders wenn sie von einem begabten Mann und im Namen der Wissenschaft unterstützt werden, die Bourgeoisie an allen Gliedern zittert und ihre Agenten, um die bedrohten Interessen ihrer Herren resp. das, was diese als solche betrachten, zu retten, die Versammlungsfreiheit sowohl, als die Unverletzlichkeit der Wohnung mit Füssen treten. — Bezüglich des Vortrages ist es wohl kaum noch nothwendig zu sagen, dass er ein Votum zu Gunsten des Kollektiveigenthums war.

Die andere Broschüre, die wir hervorgehoben — „Mijn Afscheid van de Kerk" — besagt schon durch ihren Titel selbst, dass ihr Verfasser seinen geistlichen Dienst aufgegeben und sich von der Kirche getrennt hat. Er sah vor sich zwei Auffassungen von der Welt und dem Menschen — die eine auf dem Glauben, die andere auf der Wissenschaft beruhend. Nachdem er sie beide geprüft und mit ruhigem Bewusstsein abgewogen hatte, fand er sie unverträglich mit einander, und sein Gewissen stellte sich auf die Seite der Wissenschaft und gegen den Glauben. Da konnte er aber, um nicht Hypokrit und zweideutig zu sein, auf keinen Fall seine geistliche Stellung weiter beibehalten. Er entsagte derselben, und der Prediger des Evangeliums wurde Prediger des Sozialismus, der Apostel des Glaubens, wurde Apostel der Vernunft, der Priester des mystischen Kultus einer übernatürlichen Gottheit wurde Priester der reinen Religion der Humanität! In dieser Epoche der sittlichen Entartung, der Charakterlosigkeit, erscheint uns ein solches Verfahren im höchsten Grade des Lobes und der Bewunderung werth, und wir konnten diese Thatsache nicht mit Schweigen übergehen, wenn wir nicht an der heiligsten unser Pflichten sündigen wollten.

Der Niederländische Arbeiterverband hat, wie in den früheren Jahren, auch jetzt einen Kalender herausgegeben, der, ausser den in solchen Publikationen gewöhnlichen Abschnitten, noch einige bemerkenswerthe Artikel

über die Zeitfragen enthält, namentlich: „Het Erfrecht" (Das Erbrecht), „Het Volk in de Geschiedenis" (Das Volk in der Geschichte), „Overbevolking" (Ueberbevölkerung). Dieser Kalender ist unter allen Arbeiterverbindungen des Landes in einer grossen Anzahl von Exemplaren verbreitet. Dann haben kürzlich auch die flämischen Sozialisten ihrerseits nun zum fünften Mal einen Almanach, „De Vlaamsche Lantarn", herausgegeben, der ebenfalls eben so belehrende, wie interessante Arbeiten enthält, so z. B. „Arm of rijk, wie is er overbodig?" (Arm oder reich, wer ist überflüssig?), „Recht op 't Leven of niet?" (Recht am Leben oder nicht?), „De Strijd om het Bestaan" (Der Kampf ums Dasein) etc. Endlich erschienen von der Arbeiterkammer zu Brüssel deren dritter „Almanach de l'Ouvrier", der einige Artikel enthält, die zur Propaganda bestimmt sind, sowie auch von dem Lütticher Verein „La libre Pensée" dessen erster und kleiner Kalender, „Der freie Gedanke", der, trotz seiner bescheidenen Form vielleicht bestimmt ist, einst seinen zu berühmten Mitbürger Mathieu Lansberg zu verdrängen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir mittheilen, dass die Genter*) Sozialisten die Initiative zur Errichtung einer Druckerei ergriffen haben, die der Partei in ihrer Gesammtheit gehören soll. Das Unternehmen ist in gutem Gang. —

Wie durch die Schrift, ebenso wurden die sozialistischen Theorien verbreitet und geklärt durch das unmittelbare lebendige Wort. Während der zweiten Jahreshälfte von 1879 verging keine Woche, in der nicht wenigstens ein Mal in den verschiedenen Städten und anderen grösseren Industriezentren von unseren Agitatoren Vereins- oder öffentliche Versammlungen abgehalten worden wären, und zwar gilt dies, freilich in verschiedenem Masse, ebenso für das Wallonengebiet, wie für das Flamland und Holland. — Wir sagten: „in verschiedenem Masse", denn in Beziehung auf die Propaganda in Versammlungen stehen die Wallonen an der Spitze, dann kommen die Flamänder und zuletzt erst die Holländer. Umgekehrt ist freilich die Reihenfolge, wie oben bereits hervorgehoben, bezüglich der Propaganda durch Schrift: da sind die Holländer die ersten. Diese Erscheinung lässt sich folgendermassen erklären. Der Wallone, der viel vom französischen Charakter an sich hat, besitzt eine grössere Vorliebe für das Reden — er liebt eine eifrige, belebte Diskussion. Der Flamänder und Holländer (wie meinen hier natürlich die Elite des Volkes, die sozialistisch gesinnten Arbeiter) sind mehr nachdenkend, ruhiger und in Folge dessen mehr Leser und weniger Redner.

Ich müsste nun über die Diskussionen berichten, die unter den ver-

*) Die Genter Bevölkerung macht übrigens eine Ausnahme — sie ist mit einer fast südlichen Lebendigkeit begabt. Man muss in der That unter ihnen gelebt haben, um die Geschichte der Genter Kommune der Artevelde mit ihren ewigen Revolten und unaufhörlichen Unruhen zu verstehen. Ich würde die Genter gern die flämischen Pariser nennen, wenn es nicht unter der schwatzhaften und lebendigen Bevölkerung Spinner und Weber gäbe, die nur zu oft zur Beute des den Fabrikorten eigenthümlichen Pauperismus werden, und wenn es da nicht etwas von dem traurigen Ernst gäbe, der unter der Lustigkeit und Leichtsinnigkeit der Pariser gar nicht zu finden ist.

schiedenen Gruppen stattfanden und den Zweck hatten, die verschiedenen Nüancen und Schulen des Sozialismus in Einklang zu bringen. Allein dies würde den ohnehin langen Bericht zu sehr ausdehnen. Ich werde mich daher mit einigen allgemeinen Bemerkungen begnügen.

Der Cercle démocratique war es besonders, der sich in dieser Beziehung auszeichnete. Seit mehreren Monaten unterhielt derselbe eine gründliche Diskussion über die Eigenthumsfrage, die von allen Gesichtspunkten aus und in allen ihren Erscheinungsformen geprüft wurde. Das dadurch erzielte Resultat war sehr ernst und wichtig: man kam einstimmig zu dem Schluss, dass in einer gut organisirten Gesellschaft der Grund und Boden, sowie die Produktions- (und Verkehrs-) Mittel sich im Kollektiveigenthum der ganzen Gesellschaft befinden müssen. In Bezug auf die Wege zur Erreichung dieses Zieles aber gingen die Meinungen freilich auseinander. Die Einen, darunter die Genossen Chauvière, F. Monier u. a. m., sehen für das allgemeine Wohl (pour cause d'utilité publique) kein anderes Mittel als das gewaltsame und revolutionäre der zwangsweisen Expropriation, ja selbst der Konfiskation nach dem Beispiel, das die französische Bourgeoisie am Ende des vorigen Jahrhunderts in Bezug auf die Güter des Adels und des Klerus gegeben hatte. Die Anderen, darunter Arthur Du Verger, L. Bertrand etc. meinten dagegen, dass man sich dabei der Mittel einer allmäligen Ueberführung des Eigenthums an Grund und Boden und Produktionsinstrumenten aus den Händen der Individuen in die der Gesellschaft bedienen könne, sei es mit Hilfe der gesetzlichen Aenderung des Erbrechts, oder der einfachen Ablösung, oder der Tilgung der Eigenthumstitel durch Zahlung von Miethe (für Immobilien) und Zinsen (für Kapitalien), indem man, im letzteren Fall, die Miethe und die Zinsen als Rückzahlungen in Form von Jahresrenten aus dem Profit der Kommune oder des Staats rechnet. — Wir haben hier noch hinzuzufügen, dass zwei andere Brüsseler Gruppen, die dortige Sektion der Internationale und die Gruppe der anarchistischen Kollektivisten, ebenfalls theoretische Fragen in öffentlichen Diskussionen zur Sprache brachten, so z. B. die Fragen über Anarchie und Staat, über Entwicklung und Revolution etc. In der ersteren Frage wurde der anarchistische Standpunkt von Delsaute, Verrijken und Anderen, der sozialdemokratische Standpunkt von Brismée, Bertrand und Ihrem Korrespondenten vertreten. In der andern Frage theilten Verrijken, Steens, Govaerts etc., die entscheidende Rolle der Revolution, Du Verger und Bertrand aber der organischen Entwicklung zu, während Ihr Berichterstatter (entschuldigen Sie, dass er einen Augenblick von sich selbst reden muss) bemerken zu müssen glaubte, dass organische Entwicklung und Revolution nur scheinbar entgegengesetzte Begriffe seien, — dass die Entwicklung der Gesellschaft nichts anderes sei als langsame, fortschreitende, stetige Revolution, — dass die Revolution in der Geschichte niemals etwas Anderes als die Konsequenz einer vorherigen sozialen Entwicklung gewesen sei, der sich plötzlich Hindernisse entgegengestellt haben. Was nun die Frage betrifft, ob die neue Gesellschaft langsam, auf dem Wege der Reform, auf eine Art natürlicher Geburt, zur Welt kommen würde, oder aber, im Gegentheil, plötzlich, auf dem Wege der gewaltsamen Revolution, so zu sagen mit Hülfe der Geburtszange, — so seien das Sachen,

die gegenwärtig noch nicht vorausgesehen werden können, da sie von verschiedenen Umständen abhängen und überdies je nach dem Temperament, den Traditionen, der geistigen Reife, den politischen und ökonomischen Zuständen der verschiedenen Völker nothwendigerweise variiren müssen.

Zu der geistigen Bewegung innerhalb des belgischen und holländischen Sozialismus gehört auch noch die Thätigkeit unserer rationalistischen Vereine. Was ich in meinem ersten Bericht über die Verhältnisse dieser Vereine gesagt, hat sich bis jetzt im Allgemeinen nicht geändert. Es sind jedoch auch hier ernste Schritte vorwärts gethan worden. Der Krieg, den die Kirche und die konservative Partei gegen die neuen Unterrichtsgesetze in Holland wie in Belgien, besonders in letzterem, eröffnet haben; der Fanatismus und die Intoleranz des Klerus, besonders des katholischen, der den Lehrern und Lehrerinnen der öffentlichen Schulen, wie den Eltern der Schüler derselben die geistlichen Dienste kurzweg abschlägt und sie überdies in den Kirchenbann erklärt: — dies Alles hat nicht wenig zur Vermehrung der Kämpfer für den freien Gedanken beigetragen. Nun ist aber bei uns Derjenige, der in die Bewegung des freien Gedankens eintritt, bald auch auf der Bahn des Sozialismus. Man kann dies schon daraus ersehen, dass die „Fédération des Sociétés rationaliste belges" sich veranlasst sah, auf die Tagesordnung ihres nächsten Kongresses u. a. auch folgende Frage zu setzen: „Soll die Federation in Zukunft einen ausschliesslich philosophischen, oder einen dreifachen — philosophischen, politischen und sozialen — Charakter tragen?" Es ist zweifellos, dass der Kongress sich für diesen dreifachen Charakter der rationalistischen Bewegung aussprechen wird. Selbst die zwei Gruppen, die sich vorwiegend aus Bourgeoiselementen zusammensetzen und nicht einmal einen integrirenden Theil der Fédération rationaliste ausmachen, — ich meine hiermit die „Libre Pensée" zu Brüssel und den gleichnamigen Verein zu Antwerpen, — haben an ihrer Spitze Komités, in denen die Sozialisten dominiren; selbst die Präsidenten dieser angeblich der Bourgeoisie angehörigen Vereine, sind — der Eine, mein Freund Ch. Potvin zu Brüssel, ein alter sozialistischer Demokrat von 1848, seitdem stets muthig auf seinem Posten, und der Andere, Freund Arthur Cornette zu Antwerpen, ein Positivist, der jedoch auf dem Gebiet der sozialen Fragen mit Littré wie mit Aug. Comte gebrochen hat und nicht nur, wie es seine Schriften in flämischer Sprache beweisen, in die Reihen der gemässigten Sozialisten getreten ist, sondern jetzt sogar unter den Kollektivisten steht, wie aus seiner Abhandlung „la Science et la Société" ersichtlich, die in dem „Socialisme progressif" von B. Malon veröffentlicht und dann in der deutschen „Neuen Gesellschaft" von Dr. Wiede reproduzirt wurde.

Um nun auf die Fédération rationaliste zurückzukommen, wollen wir noch mittheilen, dass dieselbe im Monat August Ihren Berichterstatter nach London sandte mit dem Auftrag, mit den englischen Freidenkern bezüglich einer näheren Verbindung zu konferiren. Das Resultat dieser Unterhandlungen war, dass unsere Fédération sich en bloc den zwei grossen englischen Freidenkervereinen affiliirte, und zwar der „National Secular Society", an deren Spitze, wie bekannt, Mr. Charles Bradlaugh, Mr. Besant etc. stehen, sowie mit der „British Secular Union", welche von den Herren Charles

Watts, Holyoake (Verfasser von „The History of Cooperation in England) etc. geleitet wird. Zu gleicher Zeit trat die Fédération mit der grossen Freidenkerligue Nordamerikas in Verbindung, welche letztere nicht weniger als 140 über das ganze Territorium der Vereinigten Staaten verbreitete Sektionen zählt. Eben so affiliirte sich die Brüsseler Gruppe „Libre Pensée" durch ein einstimmiges Votum denselben englischen „Secularists" und amerikanischen „Freethinkers". In Folge dieser Verhandlungen wird im laufenden Jahre 1880 zu Brüssel ein internationaler Kongress der Freidenkerverbindungen stattfinden, und zwar hauptsächlich behufs Bildung einer universellen Freidenkerfédération.

Wenn die Zeitung, das Buch, der Vortrag, die Volksversammlung die geistige Nahrung des sozialistischen Arbeiters bilden, so giebt es in unserer Bewegung doch noch Raum für Sachen, die den ästhetischen, künstlerischen Ansprüchen des Proletariats eine gewisse Befriedigung bieten; das sind unsere Feste mit unseren Gesängen, Deklamationen, Poesien etc. Es würde uns zu weit führen, wollten wir unsere verschiedenen Feste und Vergnügungsarrangements beschreiben. Wir wollen uns hier nur auf einige charakteristische Bemerkungen beschränken. — Es existiren unter den verschiedenen Theilen unserer Bevölkerung in dieser Beziehung ziemlich bedeutende Unterschiede. Bei den wallonischen Sozialisten, im Borinage z. B., besteht der wesentlichste Theil der Feste in grossen Umzügen mit wehenden rothen Fahnen und Musik an der Spitze. Für die Brüsseler giebt es kein wahres Fest ohne Banquet mit Faro (Brüsseler Bier), Toasten und Reden. Die flämischen Genossen sehen bei ihren Festen gern ein kleines, sozialistisch gefärbtes Theaterstück. Die Holländer endlich lieben Deklamationen u. drgl. als wesentlichsten Bestandtheil eines für vollständig geltenden Festes. —

Damit wollen wir unsern Bericht über die geistige Bewegung innerhalb der sozialistischen Partei Hollands und Belgiens schliessen und unsere Aufmerksamkeit nun Luxemburg zuwenden, das ich im vorjährigen Berichte nicht erwähnt habe.

Die sozialistischen Ideen haben schon seit langer Zeit auch im Grossherzogthum Luxemburg Fuss gefasst, wenn gleich sie es noch nicht zur Bildung einer sozialistischen Partei gebracht haben. Seit den letzten Jahren besonders existirt dort jedoch eine Arbeiterbewegung, eine Anzahl sich gegenseitig unterstützender Arbeitervereine, von denen manche, wie z. B. der Typographenbund, mit ähnlichen belgischen Vereinen in Verbindung stehen. Vor zwei Jahren wurde eine Wochenschrift ins Leben gerufen, die gewissermassen ihr Dolmetscher, ihr Rathgeber ist. Seitdem besitzt die Stadt Luxemburg ihre Proletarierzeitung, „Der Arbeiter, Organ der Arbeiterbevölkerung Luxemburgs". Die Zeitung erscheint in deutscher Sprache und wird von einem Komité redigirt, dessen Vorsitzender Herr F. Permy, der Präsident des „Allgemeinen Luxemburger Arbeitervereins" ist; als einer der Hauptredakteure zeichnet Herr Emil Profano. Dieses Blatt, das nun das dritte Jahr seines Bestehens angetreten hat, ist nicht von besonders radikalem sozialistischen Charakter, seine Haltung ist wenig revolutionär, seine Form gemässigt, den Worten „Sozialdemokratie", „Sozialis-

mus" begegnet man darin nicht häufig, und doch ist sein Inhalt gut sozialistisch. Wir werden gleich den Beweis dafür liefern.

In seiner Nummer vom 15. November 1879 bespricht das Blatt den Marseiller Arbeiterkongress, und zwar in sehr sympathischer Weise.

„Der Marseiller Arbeiter-Kongress — heisst es da — hat, im Gegensatz zu den Maulwurfsbestrebungen anderer Leute, sich offen und ehrlich für das bekannt, was er ist und war — für einen Kongress, der das wirkliche Wohl der arbeitenden Klassen anstrebt; dieses folgert schon aus seinen Resolutionen, welche er in seiner letzten Sitzung annahm und die wir hier folgen lassen wollen."

Nachdem die lange Reihe der Resolutionen aufgeführt worden ist, fährt der Verfasser fort:

„Alle diese Resolutionen sind mehr oder weniger identisch mit unseren Forderungen. Wenn auch Manches vorgekommen sein sollte, das als Utopie bezeichnet werden kann, so hat der Kongress doch im Grossen und Ganzen seinen Zweck erfüllt, ohne jedoch, wie es der sehnlichste Wunsch der reaktionären Partei war, auseinandergetrieben und eingesteckt zu werden."

Eine Zeitung, die eine solche Sprache führt, gehört unzweifelhaft zu uns, und wir können in ihr unsere Schwester begrüssen.

In einer Reihe von Nummern brachte „Der Arbeiter" eine längere Studie aus der Feder Emil Profanos über den Saint-Simonismus. Den Schluss dieser bemerkenswerthen Arbeit bilden folgende Auseinandersetzungen:

„Indem die Saint-Simonisten die allgemeine, auf die Liebe gegründete Menschenverbrüderung predigten; indem sie forderten, dass die Industrie von Staatswegen regelrecht organisirt, dass ihre (der staatlich organisirten Industrie) Herrschaft auf den Ruinen der Herrschaft der Unordnung und des Krieges errichtet werde, bewiesen sie ein tiefes Verständniss derjenigen Gesetze, welche die Menschheit in Zukunft regieren werden. Aber mit der einen Hand werfen sie das herrliche Gebäude wieder um, das sie mit der anderen errichteten, und dies zwar durch die berüchtigte Formel: „Jedem den seinen Leistungen und Fähigkeiten entsprechenden Lohn," — eine Formel, die nur scheinbar etwas Gerechtes und Weises ausdrückt, im Grunde aber zerstörend und ungerecht ist.

„Ob die Ungleichheit, die Mutter der Ungerechtigkeit und der Tyrannei, sich in der Welt unter dem Namen der Erfolge des Geistes oder unter dem Namen des Sieges der brutalen Gewalt produzirt, was liegt daran? In dem einen wie in dem anderen Falle verschwindet die Barmherzigkeit, triumphirt der Egoismus, wird der Grundsatz der Brüderlichkeit unter die Füsse getreten. Betrachtet die Familie. Nimmt der Vater, wenn er die Nahrung unter seine Angehörigen vertheilt, Rücksicht auf die Verschiedenheit der Dienste, die sie ihm leisteten, oder auf die Verschiedenheit ihrer Ansprüche? Nicht doch. Er selbst, der doch die ganze (?) Last der ehelichen Vereinigung zu tragen hat, entbehrt er nicht gerne den eigenen Genuss, um die Wünsche eines kranken Kindes zu befriedigen, um das Wohlbefinden eines geistesarmen oder verkrüppelten Kindes zu erhöhen? Da ist die Barmherzigkeit in Wirksamkeit. Möge der Staat sich nach der Familie bilden? Daneben giebt es nur Gewaltthätigkeit und Ungerechtigkeit.

Jeden nach seinen Fähigkeiten belohnen? So! — und was soll dann aus den Idioten werden? Was aus dem Krüppel? Was aus dem Greis, den eine unheilbare Erlahmung unfähig macht? Sie Hungers sterben lassen? So muss es sein, wenn man behauptet, dass die Gesellschaft denen, welche sie zusammensetzen, nur gerade so viel schuldet, als sie von ihnen empfängt. — Ist aber die Saint-Simonistische Logik darum eine mörderische? Nein, sie war nur inkonsequent, denn sie empfahl Hospitäler für die Unfähigen und die Krüppel, wohlthätige Institute für die Geisteskranken.

„Verlangen, dass es anständig heissen soll, wenn ein Mensch auf Grund seiner geistigen Ueberlegenheit sich einen grösseren Theil der irdischen Güter zulegen darf, heisst: das Recht nicht anerkennen, jenen starken Menschen zu verdammen, welcher in den Zeiten der Barbarei den schwachen Menschen auf Grund seiner physischen Ueberlegenheit niedertrat und knechtete, — heisst einfach der Tyrannei ein anderes Kleid anziehen, denn die Wirkung ist dieselbe auf die eine, wie auf die andere Weise." („Der Arbeiter" vom 29. November 1879.)

An einer anderen Stelle legt das Blatt, auf die Frage der Bedürfnisse und der Fähigkeiten zurückkommend, folgendes, nicht nur sozialistisches, sondern sogar kommunistisches Glaubensbekenntniss ab: „Dem schuldet die Gesellschaft am meisten, der am meisten Bedürfnisse hat, und man ist berechtigt, von dem das Meiste zu verlangen und zu erwarten, der im Besitze der höchsten Fähigkeiten ist. Nach diesem göttlichen Gesetz, das unverkennbar in der Organisation des Menschen geschrieben steht, setzt mithin die höhere Leistung nicht die höhere Belohnung voraus; die Ungleichheit der Fähigkeit, der Geschicklichkeit kann rechtmässigerweise nur zur Ungleichheit der Pflichten führen. Die Rangordnung nach Fähigkeiten ist nothwendig und fruchtbar; die Belohnung nach Leistung, nach Fähigkeit, ist mehr als unheilvoll — sie ist ruchlos." („Der Arbeiter" vom 13. Dez. 1879.)

In einem katholischen Lande, wie es auch Luxemburg ist, wo der Klerus Alles unter die Herrschaft der Kirche zu bringen sich bestrebt, ist der Kampf für den freien Gedanken untrennbar von einem Organ, das die wirkliche Befreiung des Arbeiterstandes sich zum Ziele setzt. Diesen antiklerikalen Charakter trägt auch der Luxemburger „Arbeiter", der in dieser Beziehung in dem kleinen satirischen Wochenblatt „D' Wäschfrâ" (im Luxemburger Platt) einen kühnen und beissenden Mitkämpfer besitzt. In ihren deutschen Poesien, die in der Regel auf der ersten Seite abgedruckt werden, schlägt der Redakteur der „Wäschfrâ", der sich Karl Becker zeichnet, oft richtige und erhabene Töne an, indem er den Fortschritt in allen seinen Formen besingt und die Tyrannen und Unterdrücker dem Abscheu der Nachwelt überliefert.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir mittheilen, dass auch in Brüssel zwei satirische Blätter erscheinen. Das Eine, antiklerikal und nur nebenbei sozialistisch, ist unter dem Namen „La Bombe" bekannt; das ist dasselbe Blatt, das in seiner Nummer vom 21. Juni 1879 die Karrikaturportraits der bekanntesten belgischen Sozialisten, mit der Bezeichnung und in der Form der „Hydre du Socialisme en Belgique" brachte. Das andere Blatt, ausschliesslich und offen sozialistisch, erscheint unter dem Titel „La Trique" (Der Knüttel); die Karrikaturbilder desselben stellen in der Regel irgend

eine Episode aus der sozialistischen Bewegung in Belgien oder im übrigen Europa dar. Eine der letzten Nummern dieses Blattes, die nach dem blutigen Ereigniss von Châtelineau, welches wir weiter unten besprechen werden, erschienen ist, stellt einen Typus von Gendarmen dar, der ein dummes Gesicht macht und, seinen vom Blute eines Arbeiters noch rothen Säbel abwischend, den berühmten Refrain singt:

„Ah, c'est un métier difficile,
Garantir la propriété!"

Organisation der Arbeiter. Konflikte zwischen Arbeit und Kapital.

In jeder auf dem indivualistischen Eigenthum basirenden Gesellschaft muss es nothwendigerweise einen Antagonismus der Interessen geben, der die Bildung gesellschaftlicher Klassen hervorruft. Durch die besonders vom gegenwärtigen grosskapitalistischen System geförderte Konzentration der Reichthümer in wenigen Händen theilt sich das Volk immer schärfer in zwei Hauptklassen; in eine herrschende, welche die sozialen Reichthümer und die politische Macht besitzt, und in eine beherrschte und enterbte, zu welcher letzteren die ungeheure Mehrheit des Volkes gehört. Und wie das individualistische Eigenthum den Antagonismus der Interessen, den Kampf eines Jeden gegen Alle bedingt, eben so führt die Existenz sozialer Klassen nothwendigerweise zum Antagonismus unter den letzteren oder zu dem Kampf der enterbten und unterdrückten Stände gegen die besitzenden und herrschenden. Dieser Klassenkampf ist in unserer Zeit eine ebenso unvermeidliche historische Thatsache, wie die gegenwärtige Gesellschaft selbst, die ihn hervorgebracht hat.

Unter dem Einfluss der modernen Grossindustrie beginnen die Proletarier, oft auch von selbst, ohne Anregung von Seiten der Sozialisten, zu begreifen, dass sie gemeinschaftliche Klasseninteressen haben, die den Interessen der Kapitalisten antagonistisch gegenüberstehen. Dieses Bewusstsein rief die (modernen) Strikes und die verschiedenen Arbeiterverbindungen, als Gewerkschaften, trades-unions, Strikevereine, Widerstandsvereine etc. hervor. Die Strikes, die Arbeiterkoalitionen und überhaupt alle Konflikte zwischen der Arbeit und dem Kapital erscheinen uns ebenfalls lediglich als einfache Episoden aus dem Klassenkampfe; sie sind nur Avantgardescharmützel der herannahenden sozialen Revolution. Die Arbeiterverbindungen sind nichts anders als eine Art Disziplinirung und Organisirung der Truppen, die sich an diesen Scharmützeln betheiligen: die einfachen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit möchten wir mit den ersten Zünften vergleichen; die in Gewerkschaften organisirten Widerstandsvereinigungen und die Produktivgenossenschaften ersetzen die Korporationen des Mittelalters; die Lokalféderationen der Arbeitervereine sind die alten Kommunen, und die nationalen oder regionalen Verbände möchten wir Versuche mittelalterlicher kommunalistischer Republiken nennen, wie solche z. B. in Flandern zur Zeit der Artevelde bestanden hatten. Und wie die mittelalterlichen Korporationen die Keime der modernen Bourgeoiszivilisation waren, eben so sind die Arbeiterorganisationen der Gegenwart die Keime der sozialistischen Zivilisation der Zukunft. Wir konnten niemals die dogmatische Geringschätzung

begreifen, mit der manche Sozialisten auf die Strikes und die Arbeiterverbindungen herabsahen. Alles, was den Arbeitermassen das Bewusstsein ihres gemeinschaftlichen Interesses, das Gefühl ihrer engen Solidarität einzuflössen im Stande ist, erscheint uns als lobenswerth. Uns erscheint diese Idee so wichtig, dass wir meinen, dass sogar die einfachen Krankenkassen-, Hilfs- und Konsumvereine, — denen wir freilich keinen Werth in Bezug auf thatsächliche Lösung der sozialen Frage beimessen, — alle unsere Sympathien und alle unsere Achtung verdienen, soweit sie als Mittel zur Gruppirung der Arbeiter und zur praktischen Geltendmachung der Solidarität betrachtet werden.

Alle diese Vereine und besonders die Gewerkschaften repräsentiren die Organisation der Arbeiterkräfte. Wir schätzen uns glücklich mittheilen zu können, dass diese Organisation auch in der zweiten Hälfte von 1879 sich nur noch mehr befestigte und entwickelte. In Holland ist es hauptsächlich der „Algemeenen Nederlandsch Werklieden-Verbond“, der den Kern der Arbeiterorganisation bildet. Unabhängig von demselben existiren freilich noch viele Gewerkschaften und andere Arbeitervereine, die sich jedoch immer mehr dem „Verbond“ anschliessen und seine Reihen vermehren. So traten z. B. im Monat August der Arbeiterverein von Delfzijl und kürzlich auch die Harlemer Kunsttischlergewerkschaft in den Allgemeinen Verband ein. — In Belgien bildet die „Belgische sozialistische Partei“ die Kerntruppe, um die sich die Organisation der Arbeiterklassen gruppirt; wenige ausgenommen, sind die belgischen Gewerkschaften mit dem Parteibund vereinigt. — Im Grossherzoghtum Luxemburg endlich wird das Zentrum von dem „Allgemeinen Luxemburger Verein“ repräsentirt, den wir oben schon erwähnt haben.

Die bedeutenderen Arbeitervereine Hollands, die entweder einen Theil des „Algemeenen Nederlandsch Werklieden-Verbond“ bilden oder mit demselben in einfachen Beziehungen stehen, sind in Amsterdam, Apeldoorn, Arnhem, Delft, Deventer, Dortrecht, Gouda, Groningen, Harlem, Haag, Joure, Leeuwarden, Leiden, Lemmer, Rotterdam etc. etc. — Wir wollen keineswegs sagen, dass alle diese Vereine von sozialistischem Geiste durchdrungen seien. In der Mehrzahl sind es einfache trades-unions, oder Unterstützungs-, Konsum-, Produktions- und Bildungsvereine. In den Gewerkschaften sind folgende Berufe vertreten: Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder, Bäcker, Konfiteure, Schneider, Schuhmacher, Maurer, Gipser, Stukateure, Steinhauer, Erdarbeiter, Tischler, Baumaler, Tapezierer und Garniteure, Kunsttischler, Kupferschmiede, Klempner, Hüttenarbeiter, Maschinenarbeiter, Vergolder, Grobschmiede, Stell- und Wagenmacher, Schiffsleute, Schiffsarbeiter, Schiffszimmerleute, Goldarbeiter und Juweliere, Geschäftsdiener, Zigarren- und Tabakarbeiter, Diamantenschleifer u. a. m. — Das Zentral-Komité (Centraal Bestuur) des „Algemeenen Nederlandsch Werklieden-Verbond“ hat seinen Sitz in Amsterdam; als Präsident fungirt B. H. Heldt, Chefredakteur des „Werkmansbode“, als Vizepräsident A. Post und als Sekretär J. Omselen und J. G. Dohé.

Die bedeutenderen Arbeiterverbindungen Belgiens — meistens Widerstandsvereine — sind die der Kohlengrubenarbeiter, Mechaniker, Schlosser und Pfannenschmiede, Eisengiesser, Marmorarbeiter und Steinhauer, Zimmerleute und Tischler, Anstreicher, Kunsttischler, Weber, Spinner, Bahn-

macher („Kamslagers" in Gent), Schuhmacher, Schneider, Zigarren- und Tabakarbeiter, Goldarbeiter und Juweliere, Weissgerber und Lederfärber, Schiffszimmerleute (in Antwerpen), Tapezierer, Hanfarbeiter (Vlasbewerkers), Arbeiter in Phosphorzündhölzerfabriken (in Geerardbergen, erst kürzlich der Partei beigetreten) u. a. m. — Es ist zu bedauern, dass manche belgische Arbeiterverbindungen, in denen sonst ein fortschrittlicher Geist vorherrscht und die viele Sozialisten in ihrer Mitte zählen, — wir meinen z. B. die Hut- und Handschuhmacher, und theilweise auch die Buchdrucker, — doch noch nicht die Nothwendigkeit der Anschliessung an die Partei eingesehen haben. — Die wichtigsten Städte, in denen die obenangeführten Organisationen sich befinden, und über welche sich folglich die belgische sozialistische Partei ausbreitet, sind: Gent (wo das Zentralkomité der Partei seinen Sitz hat), Antwerpen (Sitz des Redaktionskomités des flämischen Zentralorgans „de Werker"), Brüssel (wo sich die grosse Lokalfédération „Chambre du Travail", die am 7. Juli 1879 en bloc der Partei beigetreten ist, befindet), Lüttich (wo auch eine deutsche sozialistische Gruppe besteht) und Verviers etc. Endlich — und das ist die zahlreichste und bedeutendste Organisation — das Borinage, d. h. das dichtbevölkerte Steinkohlengebiet, das südlich von Bergen (Mons) beginnt und sich von da an längs der französischen Grenze hinzieht. In meiner vorigen Korrespondenz erzählte ich, wie das Borinage nach der furchtbaren Katastrophe in Agrappe mit einem Mal erwachte. Die Bewegung hat seitdem an Tiefe wie an Ausdehnung immer mehr zugenommen. Die stärksten Sektionen der Borinagefédération finden sich in folgenden Ortschaften: Jemappes, Flenu, Cuesmes, Frameries, Pâturages, Wasmes, Quaregnon, Hornu, Genly, Eugies, La Bouverie, Dour, Wihéries, Elouges, Wasmuel, Warquignies, Hyon-Ciply, Ghlin, Thulin, Bois-de-Boussu. Alle diese Sektionen zählen zusammen zirka 20,000 Mitglieder, die fast alle Kohlenarbeiter sind. Das ist eine respektable Zahl für ein so kleines Gebiet. Alle Sektionen bilden zusammen eine Provinzialfédération, die ein Theil der belgischen sozialistischen Partei ist. An der Spitze jeder Sektion steht ein Sekretär;*) als Fédérationssekretär fungirt gegenwärtig Genosse Léon Monniez von Mons, ein junger Mann von Muth und Fleiss, taktischem Geschick und Umsicht.

Jeden Sonntag finden in allen diesen Ortschaften Versammlungen statt; die Redner kommen meistens von Brüssel, Gent, Antwerpen. Ich rechne es mir zur Pflicht, diesen aufopferungsvollen Männern, die so willig der sozialistischen Propaganda ihren einzigen Ruhetag widmen, hier öffentlich meine Hochachtung auszusprechen. — Die Betheiligung an allen diesen Versammlungen in der Provinz ist immer eine sehr lebhafte; die Zuhörer erreichen sehr oft die Zahl 1000.**) Das Resultat der Versammlungen ist

---

*) Die belgischen sozialistischen Vereine haben an der Spitze nur Sekretäre, die holländischen und luxemburgischen Präsidenten.

**) Dasselbe ist oft auch bei Volksversammlungen und Vorträgen, die in grösseren Städten gehalten werden und den Zweck haben, die fundamentalen Ideen des Sozialismus zu erklären, der Fall. So konnte z. B., als Herr Domela-Nieuwenhuis am 7. September in Amsterdam seine Rede: „Wat willen de Sociaaldemokraten?" hielt, der grosse Saal nicht alle Hingekommenen fassen, und mussten z. 500 Mann draussen bleiben.

durchgehends praktischer Art: Verbesserung der Organisation der Gruppen, Gewinnung neuer Mitglieder, Gründung neuer Vereine etc.

Ausser diesen Volksversammlungen hielt die „belgische sozialistische Partei" noch allgemeine Kongresse ab: am 13. Juli zu Jolimont und am 28. September zu Gohyssart-Jumet. Ueberdies fanden auch Kongresse einiger Fédérationen statt, und zwar der Zigarrenarbeiter am 24. August zu Gent und der Buchdrucker am 22. September zu Antwerpen. —

Nun wollen wir einen Blick auf die hauptsächlichsten Konflikte werfen, die sich zwischen dem Arbeiterstande und der Kapitalistenklasse abgespielt haben, — Konflikte, die meistens beruhigt wurden, ehe es zu einem gewaltsamen und brutalen Zusammenstoss kam, in zwei Fällen jedoch mit Vergiessen von Arbeiterblut endigten.

Den 11. August brachen in Meenen Unruhen aus, die man Hungersaufruhr nennen könnte. Die Ursache derselben war die Vertheuerung der Kartoffeln, welche das hauptsächliche Nahrungsmittel unserer unglücklichen flämischen Bevölkerung ausmachen. Eine grosse Volksmasse zog nach einem Kartoffelfeld, von dem die Ernte so eben an einen Spekulanten verkauft worden und zum Export bestimmt war. Die Arbeiter wandten sich an die Eigenthümer und die Kaufleute mit der Frage, was denn den Kindern des Volkes zu essen noch übrig bleibe, wenn nun die Kartoffeln nach dem Auslande gehen. Darauf antwortete einer der Kaufleute brutal: „Nun, so werden sie Gras fressen, auch das ist für Euch noch zu gut!" Diese harten Worte waren das Signal zu einem Streit, in den sich auch die Gensdarmerie mit blanker Waffe einmischte. Ein Arbeiter, von der Flintenkugel eines Gendarmen getroffen, blieb auf der Stelle todt; ein anderer, gefährlich verwundet, starb am folgenden Tage, und ein dritter wurde am nächsten Tage als Leiche auf dem Kartoffelfeld aufgefunden, wo er vielleicht hingegangen war, um Nahrung für seine hungernde Familie zu suchen! Traurig, ja schrecklich! Aber glauben Sie vielleicht, dass die Regierung diesen unglücklichen Verhungernden zu Hilfe gekommen sei, oder dass sie auf diese schauderhafte Szene von Hungersnoth und Trauer wenigstens schamhaft einen Schleier geworfen habe? Und die Gendarmen, die auf solche Weise von ihren Waffen gegen eine wehrlose Menge Gebrauch machten, die ihnen nichts zu Leide gethan und keineswegs Blut, sondern lediglich Kartoffeln zur Stillung des Hungers verlangt hat, — glauben Sie vielleicht, dass diese „Staatsdiener" bestraft und abgesetzt worden seien? Nicht im Geringsten! Unsere „liberale" Regierung hat es, um die Geister zu beruhigen und die hungernden Magen zu befriedigen, für gut befunden, die Gendarmen zu — dekoriren! Dies scheint Ihnen vielleicht unglaublich? Nun, ich garantire für die vollständige Authentizität der Mittheilung.

Gegen Ende des Monats August brach zu Antwerpen ein Strike der Schiffszimmerleute aus. Der Zweck der Arbeitseinstellung war nicht Erhöhung des Lohnes, sondern lediglich eine Aenderung in der Organisation der Arbeit.

Man wird sehen, dass diesem Strike ein Motiv zu Grunde lag, das nicht nur die Zimmerleute allein, sondern die Industrie überhaupt und einigermassen selbst die Menschheit berührt. Die Beschäftigung der Zimmerleute von Antwerpen besteht mehr in Ausbesserung alter, als im Bau neuer

Schiffe. Nun liessen aber die Herren Zimmermeister diese Reparaturen so eilig, oberflächlich und unvollständig machen, dass die Schiffe gleich nach der ersten Tour auf eine fremde Werft kommen mussten. Das ist eine Thatsache, die nicht nur den Antwerpern Zimmerleuten den Ruf als tüchtige Arbeiter beeinträchtigt, sondern auch den Antwerpener Werften schaden und sogar die Matrosen und Passagiere der Lebensgefahr aussetzen kann. In Folge dessen verlangten die Zimmerleute, dass die Herren künftighin die Arbeit mit mehr Fleiss und Sorgfalt ausführen und dazu ihnen mehr Zeit liessen. Die Herren schlugen diese Forderung ab, und die Arbeiter stellten ihre Arbeit ein.

Man sieht, das war ein Strike, der ganz besonderer Art und, ich glaube, einzig in der Geschichte dasteht.*) — Leider waren die Strikenden einige Wochen darauf gezwungen, nachzugeben und die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder aufzunehmen. Der Strike hatte aber nichtsdestoweniger auch seine glücklichen Erfolge, indem er dazu diente, das moralische Band unter den Arbeitern zu stärken und die Zimmerleute der Antwerpener sozialistischen Sektion näher zu bringen.

Im Monat Oktober brachen noch zwei andere Strikes aus; einer der Zigarren- und Tabakarbeiter in Geraardsbergen, der andere der Kohlenarbeiter im Charleroygebiet.

Der Strike der Zigarrenarbeiter, der noch bis jetzt fortdauert, hat ebenfalls nicht etwa die Forderung von Lohnerhöhung zu seinem Entstehungsgrund; letzterer besteht vielmehr im Schutz des Arbeitervereins. Es ist in Wahrheit eben so gut ein Lockout als ein Strike, oder vielmehr beides zusammen. Die Fabrikherren begannen nämlich jeden Arbeiter zu entlassen, der dem Arbeiterverein angehörte. In Folge dessen stellten die Arbeiter ihrerseits en masse die Arbeit ein mit der Forderung, erst die Opfer des Lockout wieder in ihre Stellung einzusetzen. Die Zahl der Strikenden beläuft sich jetzt auf über Hundert. Nun sind aber die Zigarrenarbeiter von Geerardsbergen mit dem Verband der Tabakarbeitervereine und dieser Verband seinerseits mit der belgischen sozialistischen Partei affiliirt. Auf diese Weise kommen alle Zigarrenarbeitervereine des Landes ihren strikenden Kollegen zu Hilfe; in Brüssel z. B. zahlt jeder Zigarrenarbeiter wöchentlich einen Franken zum Besten der Strikenden, ausser der Unterstützung, die diese von der Vereinskasse erhalten. Wenn die Fabrikherren auf ihrem Wunsch, den Verein zu vernichten, bestehen werden, so ist das Ende des Strikes nicht bald abzusehen.

Der Strike der Kohlenarbeiter von Charleroy hatte die Lohnfrage zum Grund; als nämlich die Geschäfte wieder lebhafter wurden und die Kohlenwerkaktien stiegen, sahen sich die Arbeiter veranlasst, eine Lohnaufbesserung zu verlangen. Als aber die Mitglieder der sozialistischen Partei, speziell die von Brüssel, von dem Strike Nachricht erhielten, sandten sie Genossen Bertrand hin mit dem Auftrag, die Kohlenarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Die Arbeitseinstellung schien der Partei

*) In Deutschland strikten im Jahre 1876 die Schiffszimmerer aus demselben Grunde, d. h. sie weigerten sich, die Reparaturen in einer Weise auszuführen, die das Leben von Mitmenschen in Gefahr setzte. D. Herausg.

in der That verfrüht. Damit der Strike erfolgreich sei, hätte man bis zum Jahresende warten müssen: denn erst dann werden von den Grubenbesitzern neue Lieferungsverträge abgeschlossen, die Hebung der Geschäfte ist also dann bedeutender: endlich müsste man, um des Erfolges sicher zu sein, zunächst unter den Arbeitern von Charleroy eine ernstere Organisation zu Stande bringen, sowie mit den Kohlenarbeitern vom Zentrum und dem Borinage in Einverständniss treten, um die Arbeit zu gleicher Zeit und Alle zusammen einzustellen. Das waren die Gedanken, die Bertrand, gemäss dem ihm ertheilten Auftrag, in der Volksversammlung vom 16. Oktober in Châtelineau auszuführen hatte. Die Strikenden erschienen zahlreich in der Versammlung, als sich folgender Vorfall ereignete, der Alles verdarb. Während die Versammlung tagte, kamen nämlich Gendarmen zu Pferd in Galopp herangesprengt — wie wenn man es speziell darauf abgesehen hätte, die Arbeiter aus ihrer friedlichen Haltung herauszubringen. Und in der That, ohne irgend welche Provokation von Seiten der Arbeiter, ohne dass nur ein einziger provokatorischer Ruf ertönte, griffen die Gendarmen, im Einverständniss mit den Zivilbehörden, wiederholt mit blanker Waffe die unschuldige und wehrlose Menge an. Männer, Frauen, Kinder — Alles wurde niedergeritten, mit den Säbeln gehauen, nach allen Richtungen gejagt; mehrere von ihnen wurden von den Säbeln der Gendarmen oder von den Füssen der Pferde mehr oder weniger schwer verwundet.

Dieser Vorfall rief im ganzen Lande eine tiefe Entrüstung hervor. In vielen Orten wurden Protestplakate in den Strassen angeklebt, und zahlreiche Volksversammlungen sprachen ihre Missbilligung aus gegen solche Brutalität. In Brüssel kamen alle sozialistischen Gruppen überein, gemeinsam solche Volksversammlungen zu arrangiren, deren drei unter enormer Betheiligung stattfanden und zur Gründung einer „Union des groupes socialistes de Bruxelles“ führten.

Die letzte dieser Volksversammlungen, die am 2. November im grossen Saale „la Ruché“ stattfand, votirte eine lange Resolution, welche in einem energischen Proteste gegen die Haltung der herrschenden Klassen, die Entsendung von Militär und dessen Ausschreitungen gipfelt und mit folgendem Wunsche schloss:

„Dass die Proletarier endlich in der Vereinigung die einzige Waffe, die einmal die veraltete Gesellschaft zu stürzen vermag, erkennen und sich nun zu einem grossen Verband vereinigen;

„Dass sie, selbst gegen Provokationen der Bourgeoisie, die unnützen, ja verderblichen Gewaltthätigkeiten verachten und daran denken, dass es noch keineswegs genügt, niederzureissen, sondern dass man auch aufbauen muss, und

„Dass sie sich in Folge dessen über ein auf der Wissenschaft beruhendes Programm der sozialen Wiedergeburt verständigen und von nun an mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an der Verwirklichung desselben arbeiten, indem sie alle Chancen, die die Ereignisse jeden Tag bieten, benützen, um auf mehreren Schlachtfeldern zu gleicher Zeit zu kämpfen und den Einfluss der Idee überall zu verbreiten.“

Diese Resolution wurde den Behörden, den Aktien-Gesellschaften der

Kohlengruben und anderer Industriezweige, sowie allen Zeitschriften zugestellt. Von den letzteren waren es (natürlich) nur die sozialistischen, die sie veröffentlichten.

Was nun den Strike selbst anbetrifft, so dauerte derselbe noch einige Tage. Die Grubenarbeiter nahmen dann ihre Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf, mit der Hoffnung jedoch auf Revanche, indem sie bald unter günstigeren Verhaltnissen die Arbeit wieder einzustellen gedenken.

Kaum aber war dieser Strike zu Ende, als ein neuer in Lüttich ausbrach; die Arbeiter der Kohlenwerke „Flémalle Grande", „Champ d'Oiseaux" und „la Concorde" verlangten Lohnerhöhung, ohne jedoch zu ihrem Ziel zu kommen.

Zu ungefähr gleicher Zeit legte in Gent ein Theil der Schneider die Arbeit nieder; dieser Strike wurde von den Schneidervereinen von Gent und Brüssel unterstützt.

Endlich, indem ich dieses schreibe, striken mehr als 20,000 Arbeiter im Borinage; der Zweck der Arbeitseinstellung ist Lohnerhöhung. Gegenwärtig, da die Geschäfte in den Kohlenwerken wieder zu beginnen scheinen, da mit dem neuen Jahr die Lieferungsverträge der Kohlenwerkgesellschaften mit den verschiedenen industriellen Etablissements abgeschlossen, da die Sektionen der „Sozialistischen Partei" stark geworden, und da die kleinen Kaufleute und Krämer mit ihnen im Einverständniss sind, indem sie ihnen für die Dauer des Strikes die Lebensmittel auf Kredit geben, — jetzt wollten die Kohlenarbeiter vom Borinage nicht länger warten und haben den Krieg erklärt. Dieser Strike ist im höchsten Grade gerechtfertigt: während der Dauer der industriellen Krisis wurden die Löhne immer tiefer heruntergedrückt, und nun, wo ihre Hände gesucht sind, wollen die Arbeiter ihre Arbeitskraft möglichst theuer verkaufen. Tagtäglich finden Volksversammlungen statt, in denen, wie man sich wohl denken kann, nicht nur die Strikefrage besprochen wird, sondern auch die der Bildung neuer sozialistischer Vereine, sowie das Endziel, das die Sozialisten, ausser den Kämpfen der Gegenwart, für die Zukunft erstreben müssen.

Die Bedingungen, die die Strikenden stellen, sind folgende: 1) wird die Arbeit, wie bisher, in Akkord übernommen, als geringster Lohnsatz soll jedoch den Grubenarbeitern 4 Fr. 50 Cts. per Tag zugesichert werden;*) 2) soll die Arbeitszeit eben so bleiben, wie vor dem Strike (diese Forderung hätte Angesichts der Wiederaufnahme der Geschäfte zur Folge, dass alle Arbeiter Beschäftigung fänden); 3) soll kein Arbeiter wegen Betheiligung am Strike entlassen werden dürfen.

Die Strikenden wahren Ruhe und Ordnung während der Versammlungen sowohl, die in den Lokalen der Vereine abgehalten werden, als auch auf dem Wege von denselben nach Hause und sind entschlossen, von dieser Regel nicht im Geringsten abzuweichen. Nichtsdestoweniger aber sandte die Regierung nach den Strikeorten, wie immer, Gendarmen zu Fuss und zu Pferd, Jägerbataillone und Kavallerieeskadronen; jedes Dorf hat nun seine Garnison, und das ganze Borinagegebiet hat das Aussehen eines

*) Der Durchschnittslohn war bisher Fr. 2,50 bis Fr. 2,75 per Tag.

eroberten Landes. Ich kann jedoch mit der grössten Sicherheit voraussagen, dass dieses Mal weder der Säbel der Gendarmen, noch die Karabiner der Jäger Gelegenheit finden, an dem Leib der Arbeiter erprobt zu werden.

Zum Schluss sei nur noch ein Wort über eine der rührendsten und grossartigsten Episoden dieses Strikes gesagt. Mehr als 4000 Frauen der Bergarbeiter des Borinage versammelten sich auf dem Platz von Cuesmes, um einem grossen Meeting beizuwohnen, wo ein Delegirter der Brüsseler Sozialisten, Genosse F. Monier, eine Ansprache an sie hielt. Darauf begaben sie sich insgesammt nach Mons, hielten vor dem Palais des Gouverneurs des Hennegau an und sandten zu demselben eine Deputation, bestehend aus den Arbeiterinnen Saturine Frinquet, Hortense Bierelet und Philomène Urbain. Diese Deputation wurde von dem Gouverneur empfangen und setzte demselben die Beschwerden der Kohlenarbeiter auseinander. Jede der Delegirten hatte eine besondere Aufgabe zu erfüllen: Eine hatte über die Lohnfrage, die Andere über die Abschaffung der Arbeitsbücher und die Dritte über die schweren Sorgen des Haushaltes zu sprechen.

Der Gouverneur erkannte, wie man erzählt, die Berechtigung ihrer Reklamationen, sowie die des Strikes an und versprach, nach Massgabe der Möglichkeit einzuschreiten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Worte etwas anderes bleiben werden als ein frommer Wunsch. Einstweilen dauert der Strike fort. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Strikenden die Arbeit bald wieder aufnehmen, da die Grubenbesitzer endlich doch, zum Theil wenigstens, ihren gerechten Forderungen werden nachgeben müssen.

C. Die politischen Bewegungen.

In Holland sowohl als in Belgien ist die politische Agitation der sozialistischen Partei gegenwärtig hauptsächlich auf die Forderung des allgemeinen Stimmrechts konzentrirt. In Belgien jedoch bewegte am Anfang des verflossenen Semesters noch eine andere politische Angelegenheit einige Zeit die Partei: wir meinen die Proteste gegen die Ausweisung fremder Sozialisten.

Wie Sie wissen, existirt in Belgien ein allerliebstes Gesetzchen, betreffend Fremde, das vom Jahre 1835 datirt und seitdem mehrere Mal von den gesetzgebenden Körperschaften erneuert wurde. Gemäss diesem Gesetz, kann wohl jeder Fremde, der weniger als ein halbes Jahr in Belgien wohnt, auf einfache Verfügung des Polizeichefs ausgewiesen werden; doch denjenigen Fremden gegenüber, die mehr als ein halbes Jahr auf belgischem Boden verweilt haben, kann eine Ausweisungsverfügung nur in Form eines vom Ministerrath begutachteten königlichen Beschlusses erlassen werden; letzterer ist inappelabel.

Vor einigen Jahren waren es besonders und fast ausschliesslich die Kommuneflüchtlinge, denen gegenüber dieses Gesetz angewendet worden war. In letzter Zeit waren es dagegen hauptsächlich deutsche Sozialisten, die darunter zu leiden hatten, so z. B. unsere Freunde C. Hirsch und Osang, dann Johann Most und ausser ihnen Paul Brousse.

Most sollte im August, auf Einladung einiger Arbeitervereine, von London nach Belgien kommen, um in Brüssel und Gent Vorträge zu halten. Kaum hatte dies der Polizeichef erfahren, als er Polizeispione nach dem Brüsseler Nordbahnhof absandte mit dem Auftrag, Most sofort bei dessen Ankunft zu verhaften und mit dem ersten abgehenden Zug nach Antwerpen zurück zu transportiren. Doch das Schicksal lächelte ihnen offenbar nicht. Obschon sich auf dem Bahnhof etwa fünfzehn Polizeiagenten, seit der Ankunft des ersten bis zu der des letzten Antwerpener Zuges, befanden, so ist es ihnen doch nicht gelungen, den schrecklichen deutschen Sozialisten zu entdecken. Most konnte auf diese Weise am Abend des 9. August einen Vortrag über die Lage in Deutschland halten (wie vor zwei Jahren Alfred Naquet und Andere Vorträge über die französische Politik hielten). Den andern Morgen aber, am Sonntag, gegen 5 Uhr, hielt die Polizei bei einigen Genossen Haussuchungen, und es gelang ihr endlich, Most zu verhaften. Auf der Präfektur verlangte Most eine Frist von 24 Stunden, um einige Privatangelegenheiten zu ordnen. Der Polizeikommissär ging den Administrator der „öffentlichen Sicherheit" darum anzufragen. Letzterer lehnte jedoch, roth vor Zorn, dieses Gesuch ab, und Most wurde schnellstens nach Ostende gebracht, von wo er auf einem Dampfschiff nach London ging.

Den folgenden Montag erhielt Paul Brousse, der schon seit etwa zwei Monaten in Brüssel gewohnt hatte, einen Ausweisungsbefehl. Was hatte nun Brousse während seines Aufenthaltes in Belgien gethan, womit er sich diese Härte zugezogen hätte? Nichts! Er hatte an keinem Verein Theil genommen, nicht ein Wort in irgend eine belgische Zeitung geschrieben. Er war bekanntlich kurz vorher in der Schweiz wegen einiger seiner Artikel in der „Avantgarde" ausser zu Gefängnisstrafe noch zu zehnjähriger Verbannung aus der Schweiz verurtheilt. Da er weder nach Deutschland, noch nach Oesterreich, noch nach Italien, noch nach Spanien, noch nach Frankreich gehen konnte, ohne grossen Gefahren ausgesetzt zu sein, so glaubte er nun in Belgien, unter der Bedingung, in Zurückgezogenheit zu leben, bleiben zu können. Allein er hatte sich getäuscht: der Aufenthalt in Belgien wurde ihm, nachdem er da zwei Monate ruhig und zurückgezogen gelebt hatte, plötzlich verweigert! . . .

Die Brüsseler Sozialisten liessen in Folge dieser Ausweisungen in den Strassen folgenden Protest ankleben:

„An das Volk von Brüssel!

„Zu derselben Zeit, wo die Regierung mit den Vorbereitungen der Feste zur Feier des 50. Jahres des Ereignisses, das sie die nationale Unabhängigkeit nennt, beschäftigt ist, verletzt dieselbe Regierung den alten Ruf der Gastfreundschaft unseres Landes, indem sie willkürlich ehrenhafte Bürger ausweist, deren einziges Verbrechen darin besteht, dass sie Sozialisten sind.

„Vor einem Monat waren es Hirsch und Osang, gestern war es Most, das frühere Mitglied des deutschen Reichstags, heute ist es Dr. Brousse.

„Wir protestiren energisch gegen dieses Verfahren, das einer sich

liberal nennenden Regierung unwürdig ist. Die ganze Bevölkerung Brüssels wird diesen unsern Protest unterstützen.

„Fort mit den Ausweisern!

„Hoch lebe die Freiheit!

Für die Chambre du Travail und die Brüsseler Fédération der belgischen sozialistischen Partei

„Der Sekretär L. Bertrand."

Nach diesem Manifest wurden, hauptsächlich zu Brüssel und Gent, von verschiedenen sozialistischen Gruppen protestirende Volksversammlungen abgehalten.

In der ersten derselben, die von der Brüsseler Chambre du Travail einberufen worden und am 18. August stattfand, nahmen acht Bürger das Wort und protestirten in scharfen Worten gegen die Ausweisungen, sowie gegen das Fremdengesetz überhaupt.

Ebenso energisch protestirte die von den Brüsseler Sektionen der belgischen sozialistischen Partei einberufene Volksversammlung gegen das willkürliche Vorgehen der Regierung; stürmischen Beifall zollte das zahlreich anwesende Publikum den Volksrednern. Wie in den anderen Volksversammlungen, so langten auch hier Telegramme von Gent, Huy etc. an, in denen die Sozialisten dieser Städte ihre Sympathie mit den Protestationen der Brüsseler kundgaben. Zum Schluss wurde eine energische Resolution einstimmig angenommen.

Am Donnerstag darauf veranstaltete die Brüsseler Sektion der Internationale ebenfalls zum Zweck des Protestes eine Volksversammlung, die auch von Erfolg war. Mehrere Bürger nahmen an derselben das Wort, und in bemerkenswerther Weise wurde das Gesetz von 1835 besonders von dem sozialistisch gesinnten Advokaten van Caubergh kritisirt.

Diese Protestbewegung fand leider bis auf den heutigen Tag in unseren legislativen Kammern keinen Widerhall. Man hatte erwartet, dass nach Wiederbeginn der Parlamentssitzungen Herr Janson, oder Herr Demeur (alter Fourierist), oder Herr Defuisseaux, — kurz, dass das eine oder das andere Mitglied des fortgeschrittensten und in vielen Punkten quasisozialistischen Theiles der radikalen Linken von der Höhe der Parlamentstribüne herab diese willkürlichen Massnahmen gegen fremde Sozialisten verdientermassen brandmarken würde, doch bis jetzt ist nichts Aehnliches geschehen. Die „grosse" Frage der Gesandtschaft am päpstlichen Hofe nahm die ersten Kammersitzungen so sehr in Anspruch, dass sogar Diejenigen, die sich Demokraten und im Nothfalle selbst Sozialisten nennen, keine Gelegenheit zu finden schienen, um gegen die Verfolgungen fremder Genossen durch die Regierung Protest zu erheben und den Minister darüber zu interpelliren. Schon vom Standpunkt der Würde Belgiens muss uns dies sehr leid thun. Indess ist es wahr — und wir wissen es aus guter Quelle — dass die genannten Parlamentsmitglieder sich vorgenommen haben, diese ganze Bewegung zu besprechen, wenn die Verhandlung über das Fremdengesetz wieder an der Tagesordnung ist; dasselbe läuft nämlich in diesem Jahr ab und kann erst nach event. neuer Votirung durch das Parlament wieder Kraft erlangen.

Wollen wir jedoch, besonders gegen einen der genannten Deputirten, nicht zu streng sein. Herr Defuisseaux nämlich, Deputirter von Mons, legte eine edle und würdige Haltung an den Tag in der Untersuchungsfrage betreffend der Unfälle in den Kohlengruben. In Folge der Katastrophe in den Kohlengruben von Agrappe in Frameries (siehe meinen Bericht in der ersten Hälfte des „Jahrbuchs") wurden der Repräsentantenkammer zahlreiche Petitionen von allen Arbeitervereinen des Landes und speziell auch von den Grubenarbeiterverbindungen eingereicht mit dem Ersuchen, eine strenge Enquete in Sachen der stattgehabten Explosion anzuordnen, sowie ernste Mittel gegen die Wiederholung solcher Unfälle zu ergreifen. Herr Defuisseaux wurde von der Kammer als Berichterstatter über diese Petitionen gewählt. Sein Bericht war sehr gründlich abgefasst und gab den Arbeitern vollkommen Recht in ihren diesbezüglichen Forderungen. Ein kleiner Auszug aus diesem Bericht wird Ihnen den Geist, von dem derselbe durchdrungen ist, sowie zu gleicher Zeit die von den Arbeitern gestellten Forderungen zeigen.

„Der zweite Theil der Petitionen — sagt der Bericht — bezieht sich auf die Mittel zur Verhütung von ähnlichen Unglücksfällen, wie wir solche gegenwärtig zu beklagen haben.

„Die Petitionirenden verlangen, dass Kommissionen zur Ueberwachung der Arbeiten in den Gruben ernannt werden, und zwar zur Hälfte aus von den dabei Interessirten gewählten Arbeitern und zur Hälfte aus Ingenieuren; die Kommissionen sollen permanent sein, und die Ausgaben für die Organisation, sowie die Gehalte der Kommissionsmitglieder sollen von dem Staate, der Provinz und den dabei interessirten Kommunen getragen werden.

„Dieser zweite Theil der Petition scheint uns ebenso begründet, wie der erste (wegen Anordnung einer Untersuchung), und das von den Petitionirenden vorgeschlagene Mittel ist vortrefflich.

„Mit Unrecht würde man vielleicht einwenden wollen, dass die Arbeiter nicht so wie ihre Patrone die Arbeiten in den Gruben leiten oder überwachen können, — dass eine solche Praetension einer guten Leitung und der Disziplin widerspreche, — dass die Arbeiter keine Studien gemacht haben, die ihrer Mitwirkung Kraft verleihen könnten, etc....

„Wir glauben, dass alle diese Argumente werthlos sind. In der That, wenn die Besitzer einer Kohlengrube das legitime Recht besitzen, ihre finanziellen Interessen zu überwachen, so hat der Arbeiter auch das nicht minder legitime Recht, die Gefahren zu überwachen, die seinem Leben drohen. Dieses ist sein Kapital, und Niemand würde sich erlauben zu verlangen, dass es nicht so wie jedes andere geschützt werde.... Die ungenügende wissenschaftliche Bildung der Arbeiter kann unseres Erachtens kein Grund sein, dieselben in die Ueberwachungskommissionen nicht zuzulassen, denn wenngleich wahr ist, dass es ihnen an technischem Wissen fehlt, so ist es aber auch wahr, dass sie praktische Kenntnisse besitzen, deren Wichtigkeit in dieser Beziehung mindestens ebenso bedeutend ist.

„Die Erfahrung ist eben so viel werth, wie die Wissenschaft, und man muss beide vereinigen, damit die Sache, wie im gegebenen Fall, möglich wird.

„Resümirend erachten wir, dass es gut wäre, in allen Punkten den sehr legitimen Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, und glauben, dass es am Platze wäre, einen zur einen Hälfte aus Gruben-Ingenieuren und zur andern aus Arbeitern zusammengesetzten Rath zu ernennen, der das Kapital und die Arbeit zu vertreten hätte, ähnlich der Zusammensetzung der Schiedsgerichte." *)

Allein wird die Kammer den in diesem Bericht enthaltenen Antrag annehmen, ohne ihn, und zwar in den den Arbeitern günstigsten Punkten, zu ändern? Dass ist sehr zweifelhaft, oder vielmehr sehr unwahrscheinlich.

Und nun, da wir einmal in den parlamentarischen Sphären Belgiens sind, wollen wir hier auch noch einen Augenblick verweilen, um eine ziemlich sonderbare Erscheinung mitzutheilen.

Die sozialistischen Doktrinen haben sogar schon zu unseren „Vätern des Vaterlandes", das heisst in unsern Senat zu dringen vermocht, also in eine Versammlung, die aus lauter Millionären besteht. Diese Doktrinen kamen nämlich bei Gelegenheit der Verhandlung über die Steuergesetze zum Vorschein. Derjenige der Senatoren, der diesen „Skandal" verursachte, ist Dr. Crocq, ein Mann, den die h. Versammlung lange Zeit nicht aufkommen liess, wie wenn sie die Reden und Voten des berühmten Professors und Materialisten vorausgesehen hätte. Dr. Crocq hat nun in der That bewiesen, dass er denjenigen Grad von Gehirnerweichung noch nicht erreicht hat, um einen vollkommenen Senator abgeben zu können. In der Sitzung vom 26. Juli trieb er seine „Unverschämtheit" so weit, dass er davor nicht zurückschreckte, rundweg zu erklären, das Erbrecht sei eine wesentlich abänderliche und rein konventionelle Sache! Der Sterbende, sagte Dr. Crocq, verliere thatsächlich sein Eigenthumsrecht an den Gütern; diese gehören also auch nicht mehr seinen Kindern oder überhaupt seinen Verwandten, werden folglich Güter der Nation und gelangen in das Eigenthum des Staates. Letzterer erlaube nun durch eine Art von Konvention den Bürgern, über diese Güter testamentarisch zu verfügen, und habe, im Falle der Tod ohne vorherige Aufstellung eines Testaments erfolgt, eine Erbfolge bestimmt. Das seien aber Konventionen, die die Gesellschaft, wenn es ihr gefällt, zu jeder Zeit wieder aufheben könne....

„Mit einer gewissen Verdutztheit — sagt das katholische Blatt „Le Courier de Bruxelles" — hörte der Senat die Ausführung solcher Doktrinen an. Man fragte sich, wo denn der Brüsseler Senator, vielleicht ein unwillkürliches Echo der kommunistischen Forderungen, diese Prinzien geschöpft

*) Die letzten Worte enthalten augenscheinlich einen kleinen Irrthum. Die Ingenieure wären nicht die Vertreter des Kapitals, sondern des Staates, von dem sie auch ernannt werden, also der Nation, der Gesellschaft. Die Idee dieser zweifachen Vertretung (der Arbeiterschaft und des Staates) ist auch vollständig gerecht: denn die an der Verhütung von Unfällen in den Gruben am meisten interessirten Parteien sind — einerseits die Arbeiter selbst, deren Leben resp. Gesundheit dabei auf dem Spiele steht, und andererseits die gesammte Nation, als solche, der die Unfälle immer einen grossen Verlust an Arbeitskräften und an materiellem Nationalreichthum zufügen; die Kapitalisten aber verlieren durch diese Unfälle in der Regel nichts, da ihre materiellen Verluste, oft sogar überreichlich, durch die Versicherung gedeckt werden.

haben mochte, als deren einziger Apostel in der Mitte des Parlaments bis jetzt Bürger Janson galt" ... Wohlan, wir können auf die Frage des katholischen Blattes antworten, da wir Herrn Crocq sehr nahe kennen lernten, als derselbe vor Jahren unser Lehrer und dann, während unseres Internats in den Spitälern, unser Vorgesetzter war. Dr. Crocq hat diese seine Ideen aus den Werken Saint-Simons geschöpft, die er sehr fleissig studirte, sowie aus denjenigen neuen Schriftstellern, deren kollektivistische Tendenz gut bekannt ist, wie z. B. Schäffle. Der reiche Senator und ausgezeichnete Professor der Medizin ist also absolut von dem Sozialismus angesteckt, was er auch selbst davon denken möge. Der „Courier de Bruxelles" irrt sich also nicht bedeutend.

Indem wir die Namen der Herren Defuisseaux, Janson, Demeur und Crocq zitirten, haben wir beinahe alle Männer von unabhängigem Geist und Charakter genannt, die in beiden Kammern vorhanden sind und auf deren Unterstützung die Arbeiterpartei in Spezialfragen ökonomischer und politischer Natur bis zu einem gewissen Grade rechnen kann. Wir müssen hier indess noch zwei Namen erwähnen: den des Brüsseler Deputirten und früheren Präsidenten des Vereins „la Libre Pensée", Herrn Bergé, der als tapferer Vertheidiger der Freiheit des menschlichen Geistes in allen Gebieten des Gedankens auftrat; dann — wie sonderbar dieses Nebeneinander auch scheinen mag — den Kempener katholischen Deputirten Herrn Coomans, der sich stets als unversöhnlicher Gegner der Blutsteuer und der stehenden Heere, sowie als erklärter Anhänger des allgemeinen Stimmrechts gezeigt hat. Der Katholik Coomans und der Freidenker Defuisseaux sind die zwei Deputirten, welche dem allgemeinen gleichen Stimmrechte die meisten Sympathien entgegen bringen, und die einzigen im Parlament vielleicht, die unsere Bewegung zu Gunsten desselben ohne irgend welche Einschränkung unterstützen werden. Das ist in der That ein Fall, dem gegenüber man sagen kann: „les extrêmes se touchent".

Wie in Belgien, eben so ist auch in Holland die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts in Fluss. Auch in der zweiten holländischen Kammer finden wir, freilich ebenfalls als Seltenheit — rari nantes in gurgite vasto — Anhänger unserer diesbezüglichen Forderungen, freilich noch unter Einschränkungen; das Stimmrecht sollen einige Kategorien von Bürgern, die sich in ausnahmsweisen Verhältnissen befinden, nicht haben. Einer der parlamentarischen Freunde der Stimmrechtsreform ist Herr Simon van Houten. Derselbe verlangt ein p s e u d o - allgemeines Stimmrecht, d. h. von dem folgende drei Kategorien von Bürgern ausgeschlossen bleiben sollen: 1) solche, welche ihren Wahlzettel nicht selbst schreiben können, 2) das unter den Fahnen stehende Militär resp. solche Miliz, und 3) solche, die in den Armenlisten eingeschrieben sind und also von den Wohlthätigkeitsinstituten Unterstützung erhalten. Es ist klar, dass Herrn van Houten zur Stellung dieser Ausnahmen der Umstand bewogen hat, dass er möglichst unabhängige Voten haben möchte, während die erwähnten drei Kategorien ihm keine genügende Garantien in Bezug auf diese Unabhängigkeit zu bieten scheinen. Wir können hier wohl diese Meinungen bestreiten, ohne jedoch den Verfasser des bemerkenswerthen Buches über „God, Eigendom en Familie" als einen Reaktionär zu behandeln, blos weil

sein System nicht genau mit dem der meisten Sozialisten übereinstimmt, die das allgemeine Stimm- und Wahlrecht für alle majorennen Bürger verlangen. Die diesbezüglichen Ideen des Herrn van Houten waren übrigens der Gegenstand eines interessanten Schreibens, das von dem Verein „Algemeen Kies-en-Stemrecht“ an ihn gerichtet worden ist. Dieses Schreiben war eine eingehende Widerlegung des Systems des Herrn van Houten und zu gleicher Zeit ein Plaidoyer zu Gunsten des ausnahmslosen Stimm- und Wahlrechts für alle erwachsenen Bürger.

Die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts hat im Laufe des letzten halben Jahres eine ziemlich grosse Ausdehnung in Holland gewonnen. Zahlreiche Volksversammlungen wurden zu diesem Zwecke bald von dem „Algemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond“, bald von dem Verein „Allgemeen Kies-en Stemrecht“, bald von der „Soziaaldemokratische Vereeniging“ arrangirt. In einer dieser Versammlungen, die am 9. August in Haag abgehalten wurde, fand eine interessante Debatte statt zwischen den Genossen Heldt und Post, die das System Van Houten's vertheidigten, einerseits und dem Genossen Schröder, der das wirklich allgemeine Stimmrecht verlangte, andererseits.

Von den Arbeitervereinen, die an dieser Bewegung theilnehmen, müssen wir ganz besonders den Verein der Kunsttischler zu Rotterdam hervorheben. In seiner Vierteljahresversammlung vom 10. November begnügte sich dieser Verein nicht mit dem Ausdruck seiner Sympathie mit der Reformbewegung, sondern beschloss auch einstimmig, dem politischen Verein „Allgemeen Kies-en Stemrecht“ beizutreten. Ausserdem giebt es keinen Arbeiterverein, der zu der Bewegung nicht auch sein Schärflein beitrüge. Selbst der religiöse protestantische Arbeiterverein „Het Patrimonium“, wo Pfarrer und manche Fabrikherren einen grossen Einfluss üben, macht davon keine Ausnahme. In seinem gegen Ende August zu Utrecht abgehaltenen Kongress stand auf der Tagesordnung u. a. auch die Wahlrechtsfrage, und bei dieser Gelegenheit nahmen zwei Kongressmitglieder, die Herren Burgersdik von Arnhem und Wolbers (Redakteur des „Werkmansvriend) von Utrecht, Partei für das allgemeine Wahlrecht.

Um einer politischen Bewegung mehr Lebens- und Ausbreitungskraft zu verleihen, ist es nothwendig, sie einheitlich zu gestalten, sie zu zentralisiren, so dass die Manifestationen zur gegebenen Zeit in allen Punkten des Landes zugleich statt haben. Diese Nothwendigkeit ist auch bezüglich der Wahlreformbewegung erkannt worden, und zwar in Holland sowohl als in Belgien.

In Holland hat sich im Oktober ein Zentralkomité konstituirt, dessen Aufgabe es ist: mit Hilfe aller legalen Mittel die Agitation auszudehnen und im ganzen Lande zu betreiben. Dieses Komité ist aus Bürgern zusammengesetzt, die verschiedenen fortschrittlichen Parteien angehören; da sind Radikale, wie Demokraten und Sozialisten vertreten.

In Belgien war bis zur letzten Zeit keine eigentliche Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts. Wohl wurden hier von Zeit zu Zeit Volksversammlungen veranstaltet und Vorträge gehalten, wo diese Frage auf der Tagesordnung stand und viel diskutirt wurde, allein es existirte

keine Einigkeit in den Meinungen und kein einheitlicher Plan. In Folge dessen beschloss die Belgische Sozialistische Partei auf dem am 30. November zu Brüssel stattgehabten Spezialkongress, dem Delegirte aus allen Landestheilen anwohnten, die Initiative zu einer grossen Wahlreformbewegung zu ergreifen. Sie erliess zu diesem Zweck ein Manifest, das von den Genossen C. de Paepe, L. Bertrand, A. Du Verger, Ph. Coenen, C. Goetschalk, E. von Beveren, P. Verbauwen, P. de Witte, P. de Wachter und E. Anseele unterzeichnet ist.

Dieses Manifest wurde zugestellt den Ministern, den Mitgliedern beider Kammern, belgischen und ausländischen Zeitungen, den liberalen und katholischen Vereinen, den Arbeiterverbindungen aller Art, den sozialwissenschaftlichen Zirkeln etc. etc. Seitdem haben bereits mehrere Volksversammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts stattgefunden, und zwar in Brüssel, Gent, Antwerpen, Laeken, Mollenbeen, Huy, Kortrick, Mont-à-Leux, Meenen, Wervick, Ploegstreert, Geeraardbergen, sowie in den Borinagedörfern u. a. a. O. Die Agitation wird sich bald über das ganze Land ausbreiten. Endlich findet im Frühjahr 1880 in Brüssel zu diesem Zweck ein grosser allgemeiner Kongress statt.

In Belgien wie in Holland ist also der Feldzug zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts bereits eröffnet. Die Zukunft wird uns zeigen, ob derselbe mit dem ganzen nothwendigen Ernst geführt werden wird, sowie ob diese friedliche Bewegung mit der Ueberwindung des Widerstandes der Zensusbourgeoisie endigen, und ob letztere willig von dem Schauplatz zurücktreten wird, indem sie dem Volke das Recht, das sie usurpirt hatte, zurückgiebt. Wie es jedoch damit stehen möge, und wenn wir auch der Bewegung Beifall zollen und an ihr theilnehmen, so dürfen wir uns auf keinen Fall Illusionen über ihre wahrscheinlichen Resultate hingeben. Diese Bewegung wird wohl die Massen etwas reger machen, die Indifferenten aufrütteln, der Partei Individuen und Gruppen, die ihr bis jetzt fern gestanden, zuführen, — mit einem Wort, sie wird eine Schule für die Partei und eine lebhafte Ausdehnung der Propaganda sein, und von diesem Standpunkte aus müssen wir mit ihr zufrieden sein: — aber ob sie noch ein anderes praktisches Resultat haben, ob sie den Volksmassen das allgemeine Wahlrecht geben wird — das ist eine andere Frage. In Holland, wie in Belgien müsste manzu diesem Behufe die Verfassung revidiren. Nun aber haben die Konservativen und die Liberalen eine förmliche Angst, Hand an diese Bundeslade zu legen; für sie ist die Verfassung ein T a b u, den anzurühren eine frevelhafte Entweihung sei. Betrachtet man nur, aus was für Leuten die gesetzgebenden Körper zusammengesetzt sind; bedenkt man, dass es in dem einen wie dem andern Lande nur je zwei oder drei Parlamentsmitglieder giebt, die bereit sind, die Wahlreform zu unterstützen, und berücksichtigt man endlich, dass die belgische und die holländische Bourgeoisie die geistig beschränkteste und eigennützigste von ganz Europa ist: so muss man zum Schluss kommen, dass wir wohl nicht so bald das allgemeine Wahlrecht bekommen werden, dessen sich andere Völker schon längst erfreuen. Es giebt jedoch zwei Bedingungen, die die erwähnten Schwierigkeiten beseitigen könnten:

1) wenn eine der beiden grossen Parteien des Parlaments, und zwar

diejenige, die gegenwärtig in der Minorität ist, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts auf ihr Programm setzte — als letzter Schritt, als das einzige Mittel, irgend welche Chancen zum Sturz der Majorität zu bekommen, und wenn überdies von der kleinen Fraktion der Progressisten die radikalsten, demokratischen Deputirten aus Prinzip zu Gunsten der Wahlreform stimmten und auf diese Weise derselben die Majorität sicherten. In Belgien, wo die „liberale" Partei nur Dank dem Zuzug einiger Stimmen aus der Fortschrittsfraktion die Majorität hat, würde es genügen, dass die katholische Partei, Herrn Coomans folgend, das allgemeine Wahlrecht forderte und die fortschrittlichen Deputirten, resp. die sich so nennen, ihrem Gewissen gemäss votirten, ohne Vorwürfe wegen der Koalition mit der klerikalen Partei zu befürchten. In diesem Fall wäre die Verfassungsrevision möglich und könnte das allgemeine Wahlrecht in die neue Verfassung aufgenommen werden, oder

2) — und dies wäre uns am liebsten — wenn die Volksmanifestationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts so imposant, so grossartig, so drohend würden, dass die Bourgeoisie, von Angst ergriffen, ihre Parlamentsdeputirten nöthigte, der Forderung zu willfahren, als ein nothgedrungenes Zugeständniss, eine Beschwichtigung, um grösseren Gefahren aus dem Wege zu gehen.

In jedem Fall aber, — erhielten wir das allgemeine Wahlrecht in Folge einer gewissen politischen Taktik der Bourgeoisparteien, oder in Folge einer imposanten Gestaltung unserer friedlichen Bewegung, oder endlich durch Gewaltanwendung, d. h. in Folge einer politischen Revolution, — für uns Sozialisten ist das allgemeine Wahlrecht nicht das Ziel, nicht die Lösung des sozialen Konflikts selbst, sondern lediglich ein Mittel, eine Waffe mehr in den Händen des Proletariats. Wenn es aber nothwendig werden sollte, die Gewalt in Anspruch zu nehmen, um das Recht zu erlangen — die Gewalt in den Dienst des Rechtes zu setzen, so möge man bedenken, dass unser Volk, greift es einmal zu dieser ultima ratio, sich mit der Aufhebung des Wahlprivilegiums nicht begnügen, sondern sich bemühen würde, zu gleicher Zeit auch die ökonomischen Privilegien zu beseitigen; es würde nicht bei dem Versuch, die politische Macht gleichmässig unter Alle zu vertheilen, stehen bleiben, sondern zugleich auch die gegenwärtige ungerechte Vertheilung der sozialen Reichthümer aufheben: das Volk würde sich bestreben, Alle nicht allein an der politischen Souveränität, sondern auch an der Arbeit und dem Wohlstand theilnehmen zu lassen! — — —

C. de Paepe.

Oesterreich.

Diesmal habe ich wenig Thatsächliches aus unserem schönen Lande zu berichten, da die administrativen Massregelungen durch die Behörden abgenommen haben. Glauben Sie jedoch nicht, dass damit ein Wachsthum der Freiheit oder eine Verminderung der Willkürherrschaft einer schamlosen Bureaukratie ausgesprochen sein soll. Wenn es einmal so weit gekommen sein wird, dass gar kein Arbeiterverein in Oesterreich mehr existirt,

keine Arbeiterzeitung mehr erscheint, dann wird gar keine Vereinsauflösung, keine Konfiskation mehr zu verzeichnen sein; wir sind schon nahe diesem Standpunkte, daher die Verminderung der administrativen Willkürakte. Es geht ihnen einfach der Stoff aus. Dennoch, trotz dieser Verminderung, wäre es noch immer sehr ermüdend, wollte ich alle Konfiskationen, Verbote, Vereinsauflösungen etc. aufzählen, denn wenn auch weniger, waren sie doch auch im letzten halben Jahre noch zahlreich genug.

Dass es immer noch etwas zu massregeln giebt, verdankt man dem unermüdlichen Eifer der Genossen, welche sich durch Nichts beirren lassen, beseitigte Institutionen durch neue zu ersetzen. Als z. B. der „Sozialist" in Wien der Last der Konfiskationen und Kautionsverluste erlag, gründete man an der Stelle dieses zweimal wöchentlich erscheinenden Blattes zwei von einander gänzlich unabhängige, je zweimal im Monat erscheinende Blätter, die „Freiheit" und den „Proletarier". Wie der Tod des „Sozialist" sollte auch die Geburt der „Freiheit" nicht ohne Anfechtungen vor sich gehen. Von jenem wurde die letzte, von dieser die erste Nummer (erschienen am 21. August 1879) konfiszirt. Glücklicher war der „Proletarier" vom 28. August, der anstandslos das Licht der Welt erblickte. Aber er sollte sich nicht lange seines Dasein's freuen, denn schon am 3. September wurden vom Polizeidirektor Marx beide Blätter sistirt mit der unglaublichen Motivirung, dass die beiden vierzehntägigen Blätter zusammen ein wöchentliches bildeten. Ein solches sei zur Erlage einer Kaution verpflichtet, und müsse darum bis zur Bezahlung derselben die Herausgabe beider Blätter sistirt werden. Die Herausgeber der „Freiheit" begaben sich zum Statthalter, um sich über ein solches Erkenntniss zu beschweren, welcher Einspruch zur Folge hatte, dass eine zweite Nummer ihres Blattes am 10. September erscheinen durfte. Der „Proletarier" blieb unterdrückt. Das Landesgericht aber, begierig auch seinen Sporn zu verdienen, sistirte trotzdem die „Freiheit" zum zweiten Male, welche damit für immer begraben wurde. Zugleich erhob die Staatsanwaltschaft gegen die Herausgeber der „Freiheit" und des „Proletarier" die Anklage wegen Vergehens nach §. 11, Abs. 2 P. G.

Bei der am 3. Januar 1880 stattgehabten Verhandlung wurden sämmtliche Angeklagte für „schuldig" befunden, indess ersieht man aus der Strafbemessung, dass die Richter nur verurtheilten, weil sie dazu die Instruktion erhalten hatten, und dass sie sich vor sich selbst schämten, denn die Strafen waren lächerlich gering: je 50 fl. Geldbusse und drei Tage Arrest für die „Hauptmissethäter". Für die Anderen je 10 fl. Geldstrafe und 24 Stunden Arrest.

Noch charakteristischer für die österreichischen Rechtszustände ist die innerhalb des letzten Jahres beliebt gewordene Praxis des Postdiebstahls, welcher in dem haarsträubenden Falle Bernard sogar die gerichtliche Sanktion erhielt. Dass man auf der Post Briefe stiebert, geschieht auch in anderen Ländern, aber dass man dies offen und ungescheut thut, das kann nur in Oesterreich vorkommen, dessen Bureaukratie weder von Ehrgefühl, noch von der öffentlichen Meinung beeinflusst wird, und für welche die Instruktion von „oben" Alles ist. Dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Postverwaltung jeden Schamgefühles bar ist, ersieht man aus der

Praxis der Briefstieberei. Anfänglich wurde dieselbe so betrieben, dass man, sobald auf der Post ein verdächtiger Brief anlangte, die Polizei davon avisirte (!), welche den Inhalt „prüfte“ (diese Daten sind der Anklageschrift (!) gegen Bernard entnommen, durchaus nicht erfunden). Zugleich mit dem Briefträger wurden ein bis zwei Detektives abgeschickt, welche den Auftrag hatten, dem Adressaten den Brief abzunehmen, bevor er ihn vernichten konnte. Der obenerwähnte Bernard, der in den letzten Tagen des September 1879 einen derartigen Brief erhielt, denselben jedoch nicht auslieferte, sondern, ohne ihn eröffnet zu haben, verbrannte, wurde wegen Widersetzlichkeit gegen die Behörde angeklagt und verurtheilt. Trotz der schmählichen Rolle, welche Polizisten, Staatsanwalt und Richter in diesem Prozesse spielten, fand es die liberale Presse nicht der Mühe werth, über diesen schurkischen Missbrauch des Gesetzes ein Wort zu verlieren. Nicht Rechtsgefühl oder Rücksicht auf die prostituirte öffentliche Meinung war es, welche die ebenso prostituirte österreichische Bureaukratie bewog, von deren eben geschilderten Praxis der Briefstieberei abzugehen, sondern der Umstand, dass diese nicht sicher genug war, indem hie und da doch Einer den Brief vernichtet hatte, bevor die Detektives ihn fassen konnten. Man schlägt jetzt daher ein anderes Verfahren ein. Der Adressat eines „verdächtigen“ Briefes wird auf die Hauptpost zitirt, dort zeigt man ihm den Brief, zum Zeichen, dass er noch unverletzt, das Briefgeheimniss also gewahrt sei, übergiebt ihn jedoch nicht, sondern eröffnet ihn vor den Augen des Adressaten und konfiszirt den eventuellen verbotenen Inhalt, um ihn der Polizei zu übergeben.

Die Gegenwirkung gegen diese an die schönsten Blüthen des russischen Despotismus erinnernden administrativen Willkürakte kann natürlich nicht ausbleiben, und es ist eine erfreuliche Erscheinung, dass die in meinem letzten Berichte angedeutete Wandlung in der Parteitaktik immer offenkundiger und man sich immer klarer wird darüber, dass eine Agitationsweise, die einer weniger despotischen Zeit — den ersten Jahren des „Bürgerministeriums“ — entsprungen war, nicht mehr tauge für unsere heutigen korrumpirten Zustände. Man muss zu anderen Mitteln greifen, und zwar zu jedem, welches Erfolg verspricht und nicht im Widerspruche mit unseren Zwecken steht, unbekümmert darum, ob dasselbe verpönt sei oder nicht. Und zwar meine ich, verpönt nicht nur von den Gesetzen der österreichischen Gesetzesfabrik, Reichsrath genannt, sondern auch verpönt nach dem Codex des revolutionären Doktrinarismus. Und darum kann ich mich nicht Denjenigen anschliessen, welche die jüngste österreichische Petitionsbewegung verdammen. Allerdings, Petitionen zu empfehlen, um dadurch unsere Volksvertretung zu beeinflussen, ist entweder ein Zeichen von Gehirnerweichung oder von Verrath der Volksinteressen, aber etwas ganz Anderes ist es, zu petitioniren, um zu agitiren. Es ist eine Thatsache, die Niemand leugnen wird, der die österreichischen Verhältnisse kennt, dass, ebenso wie die deutschen Genossen durch die Wahlen, wir durch die letzte Petitionsbewegung auf Kreise Einfluss gewonnen haben, welche uns bisher fern standen. Es ist wahr, viele der denselben Angehörenden schlossen sich ihr an in der Hoffnung, sie werde von einem „hohen Hause“ gebührend berücksichtigt werden; da aber bei dem be-

kannten bornirten Egoismus unserer Volksvertreter nichts anderes zu erwarten ist, als dass die Petition einfach dem Papierkorb übermittelt wird, so werden gerade dadurch diejenigen naiven Gemüther bekehrt werden, welche von einem Klassenparlamente die Erhörung ihrer Wünsche erwarteten. Man vergesse nicht, dass noch jeder Revolution Petitionen vorangingen, und dass es gerade deren Nichtberücksichtigung gewesen ist, welche die Erbitterung so lebhaft erweckte. Wir können daher unsere Genossen nur aufmuntern, fortzufahren in der begonnenen Agitation durch Petitionen. Je weniger die Abgeordneten sie würdigen, desto besser für uns.

Dass die letzte Petitionsbewegung einen Erfolg gehabt, wie er seit Jahren nicht mehr in der österreichischen Parteigeschichte zu verzeichnen ist, und der in dem langsamen aber stetigen Rückgange der Partei seit 1874 wieder der erste Schritt nach vorwärts war, indem er uns neue Kräfte zuführte und bisher indifferente Volkskreise, z. B. die Genossenschaften, erschloss, ist allerdings zum grossen Theile dem Umstande zuzuschreiben, dass die Petition sich mit einer eminent praktischen und zugleich auch brennenden Frage befasste, der der Gewerbegesetzgebung.

Während in allen anderen Kulturländern Europa's die Gesetzgebung in letzter Zeit wenigstens einigermassen bemüht war, den durch das Anwachsen der Grossindustrie neugeschaffenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, blieb Oesterreich allein bei seinem Gewerbegesetze vom 20. Dezember 1859, welches noch ganz den Traditionen des Polizeistaates entsprach. Die Missstände, welche diese veralteten Bestimmungen mit sich brachten, waren so schreiend, dass nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer immer lauter und ungestümer Aenderungen verlangten. Schon im Jahre 1862 begann das Abgeordnetenhaus mit Reformen, aber dem gewöhnlichen schläfrigen Gange unserer Gesetzgebung gemäss dauerte es bis zum Jahre 1869, dass man sich dazu ermannte, die Regierung — aufzufordern, demnächst ein neues Gewerbegesetz zur verfassungsmässigen Behandlung zu bringen. Mit gleicher Eile machte sich die Regierung an's Werk, d. h. heute noch wartet Oesterreich vergebens auf ein neues Gewerbegesetz. Um wenigstens die schreiendsten Missbräuche zu beseitigen, hat nun das Ministerium Taaffe dem „hohen" Hause eine Novelle zum Gewerbegesetze vorgelegt, in welchem nach beliebter österreichischer Flickmanier die grössten Löcher in der Gesetzeshose nothdürftig geflickt werden, obgleich die Hose selbst dem Gewerbe längst zu eng geworden ist und in allen Nähten platzt. Gerade für die Arbeiter ist die Novelle von weittragender Bedeutung, denn neben reaktionären Bestimmungen, wie z. B. über die Arbeitsbücher, finden sich einige, wenn auch geringe, so doch für die österreichische, rechtlose Arbeiterschaft willkommene Bestimmungen, die freilich auch noch besser sein könnten. Eine Haftpflicht der Unternehmer wird geschaffen, das Trucksystem verboten, Gewerbegerichte und Gewerbeinspektoren eingesetzt und die Arbeit der Frauen und Kinder, welche bisher so gut wie gar nicht geschützt waren, eingeschränkt. Ja, gerade in diesem Punkte stellte der Referent, der „feudale" Graf Belcredi, am 18. Februar 1880 im Gewerbeausschusse folgende Anträge: Kinder vor vollendetem 14. Jahre dürfen zu regelmässigen gewerblichen Beschäftigungen nicht verwendet

werden.*) Jugendliche Hilfsarbeiter vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 18. Jahre und Frauenspersonen dürfen nicht länger als neun Stunden an einem Tage, und zwar nur in der Zeit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr Abends beschäftigt werden.**) Die Arbeitsstunden der männlichen Arbeiter dürfen die Zahl von 11 innerhalb 24 Stunden nicht überschreiten.

Natürlich dürfen wir nicht erwarten, dass diese günstigen Anträge angenommen werden, denn aus unserer Volksvertretung ist noch nichts Gutes für uns hervorgegangen.

Immerhin begreift man, dass der jetzige Zeitpunkt für die Arbeiterschaft Oesterreichs ein Wendepunkt zu werden verspricht, dass daher jetzt selbst die Indifferenten unter den Arbeitern mehr Aufmerksamkeit dem öffentlichen Leben widmen und daher die Petitions- respektive Resolutionsbewegung gerade jetzt am richtigen Platze war. Möge man nicht versäumen, sie bei ähnlichen günstigen Gelegenheiten zu wiederholen.

Aber mit den Petitionen allein ist es nicht abgethan. Ein so gutes Agitationsmittel es auch sein mag, es hat auch seine gefährlichen Seiten, indem es den Geist auf kleinliche Angelegenheiten ablenkt und den Blick für die ferneren Ziele unserer Bewegung trübt. Die österreichischen Parteigenossen haben dies seit jeher erkannt, und da die österreichische Willkürherrschaft eine offene Diskussion unserer revolutionären Ziele nicht zulässt, waren sie immer bestrebt, von aussen her ihre geistige Nahrung zu beziehen, um auf diese Weise auch ein wenig an dem höheren Gedankenfluge freierer Völker zu partizipiren. Vor dem Ausnahmegesetz waren es der „Volksstaat", später „Vorwärts", welche vorzugsweise dieses Bedürfniss befriedigten; als nach Unterdrückung des letzteren nach einer peinlichen Pause andere Blätter im Auslande auftauchten, wurden dieselben freudig begrüsst, denn die anscheinende Muthlosigkeit unserer deutschen Genossen hatte uns selbst mit Bangigkeit erfüllt. Seitdem wir aber wissen, dass unsere Genossen im Reiche nicht gesonnen sind, sich dem schmachvollen Ausnahmegesetz zu fügen, sondern gegen dasselbe den Krieg bis an's Messer zu führen, weht auch ein frischerer Geist durch unsere Reihen, und wächst auch wieder die Kühnheit in unserem Lager. Allein den Kampf gegen den übermächtigen Gegner fortzuführen, dazu fühlen wir uns zu schwach, aber Seite an Seite mit unseren unerschrockenen deutschen Genossen fürchten wir keinen Feind!

Symmachus.

---

*) Im Gesetze von 1859 heisst es: Kinder vor dem 10. Jahre; in der Gewerbegesetz-Novelle: Kinder vor vollendetem 12. Jahre.

**) Im Gesetze von 1859 heisst es: Kinder von 10—14 Jahren dürfen höchstens 10, von 14—16 Jahren höchstens 12 Stunden täglich arbeiten. Die Frauen geniessen gar keinen Schutz. Die Novelle bestimmt für Kinder von 12—14 Jahren 6 Stunden tägliche Arbeitszeit als Maximum, für Kinder von 14—16 und „Frauenspersonen" von 16—21 Jahren 10 Stunden. Die Ausbeutung der älteren weiblichen, sowie die sämmtlicher männlichen Arbeiter soll auch nach der Novelle wie bisher unbeschränkt sein, wo die tägliche Arbeitszeit oft 16 Stunden beträgt.

Portugal.

Unsere Arbeiterbewegung verdankt ihre Entstehung dem Einfluss der spanischen Revolution von 1868 und dauert seitdem bald mit mehr, bald mit weniger Intensivität ununterbrochen fort.

Die Lage und die Zahl der portugiesischen Fabrikarbeiter erklären uns, warum es denselben an eigener Initiative gemangelt und sie der Anregung von Aussen her bedurften, um in die Bewegung zur Regenerirung der alten Gesellschaft einzutreten.

Die dreihundertjährige Herrschaft der absoluten Monarchie, des Jesuitismus und der Inquisition hatte den Ruin des Landes und die Entartung des Nationalcharakters zur Folge: das portugiesische Volk bot schliesslich ein Bild von verdummten und elenden Landarbeitermassen dar. Eine Industrie gab es nicht; alle Manufakturwaaren wurden aus England bezogen. Erst die Revolutionen, die von 1834 bis 1851 mit einer gewissen Periodizität aufeinander folgten, erschütterten allmählig das alte Gefüge, indem zunächst die Privilegien des Adels, die Klöster etc. aufgehoben wurden. Mit der Begründung der konstitutionellen Monarchie sind unsere gesellschaftlichen Einrichtungen durch allmälige Reformen neugestaltet worden, und die Basis der politischen Macht wird nunmehr durch das faktisch allgemeine Wahlrecht gebildet, obschon dieses Prinzip nicht ausdrücklich im Gesetz bestimmt ist. Mit der Neugestaltung unserer Staatsordnung verband sich der Gedanke der Befreiung von der englischen Industrie. Die 1836 eingeführten Schutzzolltarife beförderten die Gründung einer Manufakturindustrie in Lissabon und Porto.

Die Arbeiterklasse Portugals zerfällt in drei Kategorien: zur ersten, die 4 bis 500,000 Familienhäupter zählt, gehören die Landarbeiter; zur zweiten die Bauarbeiter und die der urwüchsigen Lokalindustrie mit 100 bis 150,000 Familienhäuptern; zur dritten Kategorie endlich gehören die Arbeiter in den Werkstätten und Fabriken der zwei Hauptstädte — Lissabon und Porto, als: Metallarbeiter, Spinner, Tabakarbeiter u. s. w., sowie die Eisenbahnangestellten, — diese Kategorie zählt 20 bis 30,000 Familienhäupter.

Der Einfluss der sozialistischen Propaganda auf die Landarbeiter konnte nicht bedeutend sein und wird es noch eine lange Zeit nicht sein können. Der absolute Mangel an jeder Schulbildung macht diese Kategorie zu einem fügsamen Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie, welche letztere sie Dank der Macht ihres Reichthums und durch die Ausbeutung der angeblichen Wahlfreiheit beherrscht. — In fast gleichen Verhältnissen befindet sich die zweite Kategorie. Die Angehörigen dieser sind entweder Kleinmeister auf dem Lande, oder Solche, die auf dem Lande wohnen und nur während der Wochentage in der Stadt gegen Tagelohn arbeiten. Ihre Lage gleicht beinahe der der Landarbeiter, und ihr geistiges Niveau überschreitet das jener nicht. — Ganz anders jedoch steht es mit den Arbeitern der dritten Kategorie, die, speziell in Lissabon und Porto, obgleich verhältnissmässig nicht sehr zahlreich, doch wenigstens durchgehends befähigt waren, den Sozialismus zu begreifen.

Das sind, in allgemeinen Strichen gezeichnet, die Klassen, welche die

spanische Revolution von 1868 und dann die Pariser von 1871 in Portugal vorfanden. Die der Internationale ergebenen Arbeiter fanden sich hauptsächlich in Lissabon, und der erste Versuch einer sozialistischen Organisation der Arbeiterklasse wurde gemacht. Hauptsächlich waren es Buchdrucker und Eisengiesser, welche die kleine Gruppe der Initianten bildeten.

Wir wollen mit Obigem keineswegs gesagt haben, dass bis dahin gar nichts existirt habe, was einer Organisation der Arbeiterklasse ähnlich war. Die alten Assoziationsformen waren bei uns mehr oder minder gut vertreten. Es bestanden in Lissabon noch einige Ueberreste der mittelalterlichen Zünfte, obschon sie als Rechtsinstitution schon lange nicht mehr von dem Gesetz anerkannt waren: so existirte z. B. noch die Schiffszimmergewerkschaft. Einst unter dem Schutz irgend eines Heiligen, gestalteten sie sich dann zu religiösen Brüderschaften. Schon seit dem Anfange dieses Jahrhunderts existirten zahlreiche Darlehensvereine (monts-de-piété), in denen die Arbeiter resp. deren Familien in Fällen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit resp. in Todesfällen zur Beerdigung etc. Hülfe fanden. Endlich gab es noch eine andere Art von Vereinen, ich meine die Klubs mit mehr oder weniger politischem Hintergrund. Die Gewandtheit der jungen ehrgeizigen Advokaten fand hier, besonders in der Periode von 1848—1851, Gelegenheit, sich zu zeigen: der Eine derselben gab sich für einen Fourieristen, der Andere für einen Saint-Simonisten aus, aber Alle hatten nur den Zweck, auf den Schultern der Arbeiter zu politischer Macht zu gelangen, welche von ihnen mit ebenso hochklingenden und poetischen, als nichtssagenden Phrasen gespickten Reden sich bezaubern liessen. Auf diese Weise gelangte eine beträchtliche Anzahl der Haupthähne der Portugal beherrschenden büreaukratischen Bourgeoisie durch die Arbeiterklubs auf die Sessel des Staatsrathes und der Pairskammer.

Welchen Einfluss hatte nun das neue Evangelium der Internationale auf diese alten Institutionen? Auf jene politischen Klubs war dieser Einfluss entscheidend — sie verschwanden bald: die Elite der Arbeiterschaft von Lissabon und Porto kam endlich zu der Einsicht, dass sie auf falschem Wege gewandelt, indem sie sich von den Bourgeoispolitikern nur als blindes Werkzeug hatten gebrauchen lassen. Weniger empfänglich waren die Mitglieder der Brüderschaften und der Monts-de-piété. Der Mangel an Aufklärung und die Tradition gestalteten dieselben zu einer Gegenpartei: nur langsam lassen sich die alten devoten Gewohnheiten von den neuen revolutionären Anschauungen verdrängen. Jedoch auch die frommen Vereine blieben nicht von dem Einfluss der neuen Lehre verschont. In dem Masse, als die sozialistischen Arbeitervereine zunahmen, nahmen die Brüderschaften und die Monts-de-piété ab.

Bei der ersten Begründung der portugiesischen Federation war der Enthusiasmus, besonders in Lissabon, gross. Die Federation sah die Kadres ihrer Sektionen mit jedem Tage wachsen, und die Zahl der Mitglieder stieg bald auf 20 bis 25,000. Zahlreiche Strikes wurden organisirt und mit mehr oder weniger Erfolg durchgeführt. Die Regierung setzte der Bewegung direkt kein Hinderniss entgegen, sie enthielt sich jeder offenen Reaktion, — aber im Geheimen, indirekt, that sie ihr Möglichstes, um die Bewegung zu hintertreiben. Die Erfolge dieser Arbeitseinstellungen waren zum Theil

bedeutend: einige Fabrikordnungen wurden geändert, der Lohnsatz stieg, die Zahl der Arbeitsstunden wurde vermindert, und als die Arbeiter einiger Industrieetablissements zu keinem Ausgleich mit ihren Herren gelangten, gründeten sie Produktivgenossenschaften, die nun schon seit einigen Jahren fortbestehen. So handelten z. B. die Spinner in Porto, die Hutmacher, die Matratzenmacher und die Eisengiesser in Lissabon, wo die letzteren eine grosse mit Dampf arbeitende Fabrik besitzen, die ununterbrochen in Thätigkeit ist.

Die Arbeiterbewegung hatte aber auch eine Krise zu bestehen, indem die Schwäche der Einen, der Mangel an Zutrauen bei den Anderen, die Intriguen der „radikalen" Bourgeois, die Misserfolge einiger ungünstiger Strikes — vor etwa fünf Jahren — einen Rückgang in der mit so vielem Enthusiasmus aufgenommenen Bewegung herbeiführten. Man musste sich von Neuem an die Arbeit machen und das verlorene Terrain allmählig wieder zu gewinnen suchen. Die Bewegung nahm in Folge dessen allmählig wieder zu, und zwar auf sicherer Basis, da die gesammelte Erfahrung das Zurückfallen in die alten Fehler verhinderte. Die Lissaboner Sektionen gewannen einige Tausend neuer Mitglieder, und die Federation organisirte sich definitiv und regelrecht in Porto. In beiden Hauptstädten bestehen Bureaus, die regelmässig funktioniren. Drei Kongresse, von denen der erste und dritte in Lissabon, der zweite in Porto abgehalten wurden, setzten die Statuten der portugiesischen Federation fest.

Parteiorgane giebt es zwei: „O Protesto" in Lissabon und „O Operario" in Porto; beide erscheinen wöchentlich einmal.

In Sachen der Politik war Anfangs das Prinzip der Enthaltung allgemein angenommen. Der Agitation, die den Zweck verfolgte, dem Volke zu zeigen, wie es von den ehrgeizigen Mitgliedern der Bourgeoisie ausgebeutet werde, ist es zu verdanken, dass eine diesbezügliche fundamentale Aenderung sich bei den Arbeitern geltend gemacht. Und nun, da die Organisation der Partei fest begründet ist, gewinnt der Gedanke an politische Demonstrationen immer mehr an günstigem Boden, und es wurden in Folge dessen jüngst in Lissabon und Porto sozialistische Kandidaturen aufgestellt. Einige hundert Stimmen wurden für unsere Kandidaten abgegeben. Das ist freilich eine unbedeutende Zahl. Berücksichtigt man aber den Druck, der von den Fabrikherren, Hauseigenthümern etc. unter allen nur möglichen Formen ausgeübt worden ist, sowie die noch geringe Entwicklung des Vereinwesens und die kleine Anzahl von Jahren, welche die Bewegung bei uns zählt, — so wird man zur Erkenntniss gelangen, dass die Erfolge nicht anders sein konnten.

Das ist der Entwicklungspunkt, an dem die im Jahre 1868 entstandene sozialistische Bewegung heute angelangt ist. Obgleich wir in dieser Periode noch nicht dazu gekommen sind, unser Programm volleads durchzuführen, so können wir doch schon mehr als einen Sieg verzeichnen. Die Hingebung der Genossen ist nun das Pfand der Zukunft, die überall der Arbeiter harrt!

Prof. Olivero Martins.

Schweiz.

Der letzte Bericht schloss mit der betrübenden Mittheilung, dass am 18. Mai die Mehrheit des Schweizervolkes sich dahin aussprach, es solle den Kantonen die Wiedereinführung der Todesstrafe gestattet sein. Dass bei dieser Abstimmung keineswegs nur prinzipielle Gründe für oder gegen die Todesstrafe, sondern auch sehr starke staatspolitische Gründe massgebend waren, hat sich seitdem gezeigt. Der Kanton Waadt z. B., der mit beträchtlicher Mehrheit für die Wiedergestattung der Todesstrafe stimmte, denkt nicht daran, bei sich die Todesstrafe wieder einzuführen. Seine Stimmgabe war wesentlich föderalistischer Tendenz, das Waadtländer Volk benützte diese, wie jede andere Gelegenheit, um seine antizentralistische Anschauung auszusprechen. Bei der Wichtigkeit, welche auch in sozialer Beziehung die Streitfragen von Föderalismus und Unitarismus haben, darf man hier eine kleine Bemerkung einflechten.

In den Augen eines Menschen, der in einem Grossstaat aufgewachsen ist, erscheint der kantonale Föderalismus in einem so kleinen Lande wie die Schweiz, oberflächlich betrachtet, als eine Krähwinkelei. Man begreift es kaum, wie ein Land mit etwa drei Millionen Einwohnern 25 selbstständige Staatswesen mit 25 Regierungen und 25 Gesetzgebungen haben kann, ja wie sogar zwischen diesen 25 Kantonen noch Zollgrenzen (in Beziehung auf geistige Getränke) existiren können. Es liegt allerdings in dieser Erscheinung etwas Ungeheuerliches, namentlich wenn man in unseren Tagen die gewaltigen Zentralisations-Durchführungen in Deutschland und Italien erlebt hat.

Nichtsdestoweniger ist die Stärke der föderalistischen Anschauung sehr leicht erklärlich und auch bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Erklärlich, denn es spiegelt sich in ihr der trotzige Unabhängigkeitssinn, der dem allemannischen und burgundischen Volksstamm innewohnt und der — um nur ein Beispiel zu geben — trotz aller Bestimmungen über Freizügigkeit und Unterstützungswohnsitz in Deutschland, die alten Gemeindsbürgerverbände in Südwest-Deutschland noch lange aufrecht erhalten wird. Bis zu einem gewissen Grade berechtigt, denn es handelt sich dabei auch um Aufrechterhaltung von berechtigten Eigenthümlichkeiten. Da sind z. B. die französisch und italienisch sprechenden Kantone, die befürchten, dass bei einem vollständigen Aufgeben ihrer Selbstständigkeit die deutschsprechende Majorität des Schweizervolkes ihre, die französische oder italienische Sprache hintansetzen und ihre zum Theil milderen Gesetze durch andere, härtere verdrängen möchten. Da ist namentlich der Kanton Waadt, der Jahrhundertelang unter der starken Oberherrschaft Bern's stand und darum doppelt misstrauisch gegen Alles ist, was von Bern, der Bundesstadt, kommt. Da sind ferner die katholischen Kantone, die befürchten, durch die reformirte Majorität des Schweizervolkes in ihren religiösen Anschauungen und Uebungen unterdrückt zu werden.

Desshalb halten diese Kantone auch fest daran, dass zur Wahrung ihrer Selbstständigkeit neben dem nach der Bevölkerungszahl gewählten Nationalrathe noch ein von jedem Kanton durch je zwei (von den sechs Halbkantonen von Unterwalden, Appenzell und Basel durch je einen) Ver-

treter beschickter Ständerath bestehe (die Bezeichnung Ständerath kommt von dem alten Wort Stand für Kanton; Stand ist gleichbedeutend mit dem französischen état, deshalb heisst auch der Ständerath französisch: Conseil des états). Und ebenso halten diese Kantone fest an der Bestimmung in der Bundesverfassung, dass nur dann eine Aenderung der Bundesverfassung als angenommen gilt, wenn nicht nur die Mehrheit des Schweizervolkes, sondern auch die Mehrheit der Stände (Kantone) bei der Volksabstimmung dafür gestimmt hat.

Man darf also, will man die Vorgänge im schweizerischen Staatsleben richtig würdigen, nie vergessen, dass neben den Erwägungen über die Zweckmässigkeit neuer Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen auch die Erwägungen, wie weit dadurch die Selbstständigkeit der Kantone berührt wird, in Frage kommen und zur Entscheidung beitragen. Es kann zwar keine Frage sein, dass diese Verhältnisse in der Zukunft durch wirthschaftliche Veränderungen und namentlich durch die bedeutende Zunahme des Verkehrs in den inneren Kantonen, infolge der in der Ausführung begriffenen oder im Entwurf liegenden Alpenbahnen, sich bedeutend umgestalten werden — gegenwärtig bestehen sie aber noch und üben ihren Einfluss auf alle Parteien, die sozialdemokratische natürlich nicht ausgeschlossen, aus. Deshalb giebt es auch in eidgenössischen Fragen, ausser der ultramontanen, keine einzige geschlossene prinzipielle Partei. Selbst die Sozialdemokraten können als eine solche noch nicht betrachtet werden, und erst zweimal, gelegentlich des Fabrikgesetzes und der Todesstrafe, sind sie ganz einheitlich aufgetreten.

Damit wären wir nun wieder bei der Todesstrafe angelangt, und hier darf nach der betrübenden Kunde von der Wiedergestattung derselben wohl eine schöne humane Manifestation berichtet werden. Kaum war das Resultat der Volksabstimmung vom 18. Mai bekannt, als der Grosse Rath des Kantons Neuenburg auf Antrag von Zelim Perret einstimmig folgenden Beschluss fasste:

„Der Grosse Rath des Kantons Neuenburg,

„in Betracht, dass die Volksabstimmung vom 18. Mai 1879 betr. Revision des Artikel 65 der Bundesverfassung den Kantonen die Wiedereinführung der Todesstrafe gestattet

„— im Namen der dem Menschenleben schuldigen Achtung —

„beschliesst:

„Einziger Artikel: Es wird das Gesetz vom 8. Juni 1854 feierlich bestätigt, welches erklärt: die Todesstrafe ist abgeschafft."

Definitiv wieder eingeführt ist bis jetzt die Todesstrafe noch in keinem Kanton worden; der Landrath von Uri erlaubte sich freilich den schlechten Witz, sie für einige der schwersten Verbrechen bis zur Bestätigung durch die Landsgemeinde „provisorisch" einzuführen, doch ist keine Aussicht vorhanden, dass vor der Landsgemeinde im Mai ein Verbrecher „provisorisch" hingerichtet werde; überhaupt werden ausser den Urkantonen (Uri, Schwyz und beide Unterwalden) wahrscheinlich nur noch Luzern und Freiburg die Todesstrafe wieder einführen.

* * *

In Beziehung auf die Erweiterung der Volksrechte sind in dem Zeitraum seit Erstattung des letzten Berichts mehrere bedeutungsvolle Thatsachen zu melden. Am 25. Mai rückte Genf in die Reihe der Referendumskantone. Das Volk dieses Kantons nahm mit 8,667 gegen 2,441 Stimmen ein Gesetz an, wonach ein gewisser Bruchtheil des Volkes die Volksabstimmung über Gesetze, die der Grosse Rath erlassen, verlangen kann. Ihm folgte am 29. Juni mit 3,756 gegen 519 Stimmen der Kanton Neuenburg nach. Bemerkenswerth ist, dass in beiden Kantonen die konservative Partei es war, welche diese Erweiterung der Volksrechte anregte und dass in Neuenburg die „radikale" Partei bei dieser Gelegenheit sich mit Erfolg bemühte, die Anwendung des Volksabstimmungsrechtes möglichst zu erschweren, dadurch, dass die Zahl der Unterschriften, welche zur Erlangung der Volksabstimmung nöthig sind, sehr hoch angesetzt und die Frist, in der sie gesammelt werden müssen, sehr kurz bemessen wurde. Immerhin ist nun auch dort der Anfang gemacht, und der Gedanke der direkten Gesetzgebung durch das Volk bricht sich immer weiter Bahn. Im Kanton Graubünden hat der Grosse Rath eine Verfassungsrevision vorgenommen, die nächstens zur Volksabstimmung kommt. Dabei ist nach einer sehr lebhaften Debatte das Volksrecht der Initiative (das Gesetzesvorschlagsrecht) in die Verfassung aufgenommen worden. Geht die Erweiterung der Volksrechte auch nirgends ohne Kampf ab, so macht sie in der Schweiz doch beständig Fortschritte, und das ist bei der jetzigen Kältewelle in der Zeitgeschichte immerhin ein gutes Zeichen.

Wir kommen nun auf eine sehr eigenthümliche Bewegung zu sprechen, die auch nur in den besonderen Verhältnissen der Schweiz ihre Erklärung findet: die Bewegung für kolonisatorische Auswanderung. Es ist eine bekannte Erscheinung, dass die Schweiz, das Land, das durch seine Naturschönheiten alljährlich eine grosse Masse von Fremden heranzieht, auch unter ihrer eigenen Bevölkerung eine sehr starke Auswanderung aufweist. Diese Erscheinung entspringt zum grössten Theil dem starken Wandertriebe der Schweizer, zum Theil aber auch einer weniger anmuthigen Ursache, nämlich der merkwürdigen Art, wie viele Gemeinden sich ihrer unterstützungsberechtigten Armen entledigen: indem sie dieselben nach Amerika spediren. Allerdings wird das jetzt nicht mehr in dem Umfange betrieben wie früher, namentlich seitdem die Einwanderungsbeamten der Vereinigten Staaten hülflose Leute ohne Weiteres wieder zurückspediren — doch aber kommt diese Armenabschiebung auch heute noch vor.

Nun ist es eine schon oft konstatirte Thatsache, dass selbst abgesehen von den Abgeschobenen, ein beträchtlicher Prozentsatz der Ausgewanderten in die traurigsten Verhältnisse kommt und dem Elend erliegt. Deshalb sind schon seit vielen Jahren Anstrengungen gemacht worden, die Auswandernden in Kolonien zusammenzuführen, um ihnen etwas mehr Sicherheit im Ringen um ihre Existenz zu bieten. Im grossartigeren, nationalen Umfange aber wurde seit etwa anderthalb Jahrzehnten die kolonisatorische Auswanderung von Herrn Nationalrath Dr. Joos von Schaffhausen propagirt. An den Namen dieses Mannes knüpft sich eine ganze Reihe von Anregungen sozialpolitischer und humanitärer Art — die Idee der kolonisatorischen Auswanderung aber bildet den Mittelpunkt all' seines Strebens, und er verfolgt

diese Idee mit grosser Beharrlichkeit. Lange, lange Zeit blieben die Wandervorträge des Herrn Joos fast ganz erfolglos, aber sein eifriges Eintreten für die verschiedenen anderen Fragen brachte es schliesslich dahin, dass man auch dieser seiner Hauptidee eine grössere Aufmerksamkeit schenkte.

Herr Joos will, dass die Eidgenossenschaft, oder die Kantone, oder Gemeinden, oder Vereine an einem geeigneten Platz in den Vereinigten Staaten einen Komplex von etwa 100,000 Acker Land erwerben, um denjenigen Schweizern, die auswandern wollen, ein Terrain zur Ansiedlung zu bieten, wo sie mit grösserer Sicherheit ihr Fortkommen finden können.

Die Sozialdemokratie verhielt sich diesem Projekt gegenüber lange Zeit ablehnend, da sie darin eine förmliche Aufmunterung zur Auswanderung erblickte und dieselbe nicht unterstützen wollte. Schliesslich gelang es Herrn Joos, den schweizerischen Grütliverein für das Projekt zu gewinnen; auf einer Delegirtenkonferenz zu Bern, an der, ausser Vertretern des Grütlivereins und des Arbeiterbundes, sich auch verschiedene Mitglieder schweizerischer Behörden betheiligten, wurde beschlossen, eine Masseneingabe an den Bundesrath in Zirkulation zu setzen, damit derselbe diese Angelegenheit in die Hand nehme. Die Vertreter des Arbeiterbundes sagten ihre Mitwirkung zu, und die Unterschriftensammlung wurde durch einen Aufruf an das Schweizervolk, welchen verschiedene Angehörige höherer Behörden unterzeichneten, eröffnet. Die Unterschriftensammlung ist im Februar d. J. vom Zentralkomité des Grütlivereins, das die Leitung der Angelegenheit in der Hand hat, als geschlossen erklärt worden, über die Zahl der eingegangenen Unterschriften ist aber bis jetzt noch nichts Sicheres bekannt.

Ob die Bundesbehörden sich durch diese Masseneingabe bewegen lassen werden, ihre gegnerische Stellung zu dieser Anregung aufzugeben, ist sehr zu bezweifeln. Nach einer anderen Seite hin aber hat diese Bewegung einen entschiedenen Erfolg erzielt. Da man begreiflicherweise in Amerika eine grössere Einwanderung gern sieht und fürchtet, dass ein Staat mit offenen Ländereien den Strom gern zu sich hinlenken möchte, schenkte die amerikanische Presse dieser Bewegung in der Schweiz grosse Aufmerksamkeit. Dieses aber führte dahin, dass dem Zentralkomité des Grütlivereins eine grosse Zahl von Landofferten zugingen, ja, dass die Kolonialregierung von Kanada dem schweizerischen Bundesrath 1500 Dollars anbot, damit er einen Experten zur Besichtigung des Landes hinüberschicke. Das Zentralkomité des Grütlivereins verwendete sich beim Bundesrathe dafür, dass ihm diese Summe zu besagtem Zweck überwiesen würde, der Bundesrath aber lehnte das ab und ebenso auch das Anerbieten der kanadischen Regierung. Was weiter in der Angelegenheit der kolonisatorischen Auswanderung noch erfolgt, wird die nächste Zukunft zeigen. Einstweilen hat für die Schweiz die Bewegung den Nutzen gehabt, dass die Frage im ganzen Lande lebhaft besprochen wurde, und dass der Bundesrath einen Gesetzesentwurf für strengere Regelung und Beaufsichtigung des Auswanderungswesens zur Vorlage an die Bundesversammlung durchberieth.

Noch grössere Aufmerksamkeit im Lande, als die eben erwähnte Angelegenheit, hat aber eine andere Bewegung erregt, mit welcher der Name Joos auch zusammenhängt. Die Bewegung für das eidgenössische Bank-

noten-Monopol. Die Ursachen dieser Bewegung bieten ein hübsches Stück schweizerischer Eigenthümlichkeit.

Als der Eisenbahnbau in der Schweiz einen gewissen Aufschwung nahm und die Eisenbahn-Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre 7, 8 u. 9 Prozent Dividende zahlten, da wandte sich ein grosser Theil des Kapitals dieser verlockenden Spekulation zu, und für die Bauern begann eine grosse Hypothekennoth. Von welcher Bedeutung das für ein Land mit kleinbäuerlichen Verhältnissen ist, davon nur eine Andeutung. Die Gesammt-Schuldenlast auf den Immobilien (Boden und Gebäude) im Kanton Zürich betrug zu Ende 1877 über 530 Millionen Franken, im Jahre 1878 vermehrte sie sich um fast 100 Millionen und sie wird jetzt sicherlich 700 Millionen übersteigen. Der Verkehrswerth der Immobilien im Kanton Zürich kann nach amtlichen Angaben (einschliesslich der öffentlichen Ländereien und Gebäude) auf 1400 Millionen geschätzt werden. Die Schuldenlast beträgt also unstreitig mehr als 50 Prozent des Verkehrswerthes, woraus sich nach Abzug der öffentlichen Ländereien und Gebäude, sowie der schuldenfreien Grundstücke und Gebäude der grösseren Kapitalisten für jeden Denkenden eine starke Verschuldung des kleinbäuerlichen Grundbesitzes ergiebt. Stellt man sich nun vor, dass der Verkehrswerth der Grundstücke namentlich in den weinbauenden Bezirken ein sehr hoher ist, dann wird man leicht begreifen, was eine Hypothennoth für einen grossen Theil des Volkes bedeutet.

So tauchten denn in den sechziger Jahren in verschiedenen Kantonen die Rufe nach Kantonalbanken auf, und die hochmüthige Ignorirung und Abweisung dieser Forderungen war eine Hauptursache des Ausbruchs der demokratischen Bewegung von 1867. Die Bewegungen drangen rasch durch, und sie brachten auch die Kantonalbanken mit sich, die in erster Linie Hypothekarbanken waren und Noten emittirten. Zu welcher Bedeutung diese Kantonalbanken bald gelangten, zeigt wohl am besten die Thatsache, dass die Zürcher Kantonalbank trotz eines sehr schleppenden Geschäftsganges und grosser Zurückhaltung mit Kreditbewilligungen zu Ende 1878 gegen 63 Millionen Franken an Darlehen auf Grundversicherung aufwies, also nach kaum achtjährigem Bestehen etwa den zehnten Theil des Hypothekarkredits in Händen hatte. Aus dem Gesagten wird man ersehen, wie ein sehr naheliegendes Interesse einen grossen Theil des Volkes dazu führte, dem Bankwesen seine Aufmerksamkeit zu schenken.

Es dürfte kaum glaublich sein, ist aber nichtsdestoweniger wahr, dass über die Emission von Banknoten und deren Deckung durch Metallgeld in der Eidgenossenschaft gar keine allgemeinen Bestimmungen existiren. Dass die Spekulation verschiedener Bank-Aktiengesellschaften diese Lücke in der Gesetzgebung in wahrhaft ungeheuerlicher Weise ausnützte, zeigte sich in der Prosperitäts- (oder „Gründer-") Periode der siebenziger Jahre. So brachte es z. B. die „Banque du commerce" in Genf bei einem Aktienkapital von fünf Millionen auf eine Banknoten-Emission von achtzehn Millionen Franken, ohne dass von einer wirklichen Deckung durch Metallgeld auch nur die Rede war. Andere Gesellschaften trieben es nicht viel besser.

Natürlich betrachteten diese Aktiengesellschaften das Aufkommen der Kantonalbanken mit grossem Misstrauen und sahen im Geiste voraus, dass das Prosperiren derselben über kurz oder lang zu einer Bundesbank mit

Notenmonopol führen dürfte, wie ja auch eine solche Forderung bereits im sozialdemokratischen Parteiprogramm Vertretung gefunden hatte. Dem musste freilich vorgebeugt werden, und dies geschah denn auch durch die in den eidgenössischen Räthen sitzenden „Verwaltungsräthe" in einer Art und Weise, die als ein Unikum bezeichnet werden muss und als eine Unverfrorenheit, die man in der Republik kaum für möglich halten sollte: Man verbot nämlich gelegentlich der Revision der Bundesverfassung im Artikel 39 der Eidgenossenschaft geradezu, ein Monopol einzuführen. Da die revidirte Bundesverfassung eine Reihe längst ersehnter dringlicher Reformen enthielt, so wurde sie durch eine mit Hochdruck betriebene Agitation bei der Volksabstimmung vom 19. April 1874 „durchgedrückt", und das famose Monopolverbot schlüpfte natürlich auch mit durch.

Die Bankinstitute trieben aber doch ihr Wesen so arg und überschwemmten in wenigen Jahren das Land mit einer so reichhaltigen Musterkarte von Banknoten (vom Jahre 1870 bis Ende 1875 war die Gesammtsumme der emittirten Banknoten von 18 auf 86 Millionen gestiegen), dass eine Regelung der Banknotenemission sich als unabwendbare Nothwendigkeit herausstellte. Es wurde ein diesbezügliches eidgenössisches Gesetz ausgearbeitet. Der ursprüngliche Entwurf des Bundesrathes aber zeigte, wie sehr die grosskapitalistischen Interessen auch in der Republik herrschen, denn er wollte nur den vier grossen Diskontobanken der Schweiz (in Zürich, St. Gallen, Basel und Genf) das Recht der Notenausgabe ertheilen. Da aber machte man die Erfahrung, dass die Kantonalbanken bereits festen Fuss gefasst hatten, und dieses Privilegium drang in den eidgenössischen Räthen nicht durch. Es wurde vielmehr jeder Bank, die mindestens eine halbe Million eingezahltes Grundkapital hat, das Recht ertheilt, so viel Banknoten auszugeben, als ihr eingezahltes Grundkapital beträgt. Die Banknotentitel sollten uniform vom Bund hergestellt und an die Emissionsbanken ausgegeben werden, ohne dass erstere jedoch eine Garantie für den Werth übernimmt. Die Noten sollten eine Metalldeckung von 40 Prozent haben und für die andern 60 Prozent sollten Wechsel oder Noten anderer Banken da sein. Das Skandalöseste aber war, dass die Kontrole einer von den Banken selbst organisirten Zentralstelle überlassen sein sollte und erst auf deren Verlangen eine staatliche Inspektion eintreten durfte.

Man muss nun erstaunen, zu hören, dass gegen dieses Gesetz, das doch so schwach war, die erste Opposition von den grossen Banken selbst ausging, an ihrer Spitze die „Banque du commerce" in Genf. Bald aber erhob sich, namentlich angeregt durch Herrn Nationalrath Joos, auch die prinzipielle Opposition, und durch diese wurde das Schweizervolk zum erstenmal auf den Geniestreich des Monopolverbots in der Bundesverfassung aufmerksam gemacht. So gelang es denn dieser heterogenen Koalition mit 35,000 Unterschriften die Volksabstimmung über das Banknotengesetz zu veranlassen. Dieselbe fand am 23. April 1876 statt und — das Banknotengesetz wurde mit grosser Mehrheit verworfen.

Jetzt hiess es nun für die prinzipielle Opposition weiter zu gehen, und unser Genosse Karl Bürkli benützte die erste Gelegenheit, um am 21. August im Zürcher Kantonsrath die Einführung des kantonalen Banknotenmonopols zu beantragen. Nach einer lebhaften Debatte, in der sich

zum erstenmale ein tieferer Riss zwischen Demokratie und Sozialdemokratie offenbarte, blieb der Antrag mit 37 gegen 115 Stimmen in der Minderheit. Man hatte das Resultat vorausgesehen, und nun wurde das Volksrecht der Initiative ergriffen. Am 4. Oktober gab das aus Sozialdemokraten bestehende Initiativkomité die Unterschriftenbogen für das kantonale Banknotenmonopol heraus, mit einer ziemlich schneidig gehaltenen Begründung.

Dieses Initiativbegehren „zog“ unter der zürcherischen Bevölkerung derart, dass bis zum 15. November, also in anderthalb Monaten, ohne weitere Agitation über 12,000 Unterschriften bei einander waren, während die Verfassungsbestimmung über die Initiative nur 5000 verlangt. Diese Unterschriftenzahl änderte denn auch die Ueberzeugung der Mehrzahl des Kantonsrathes dahin, dass derselbe mit 103 gegen 83 Stimmen das Initiativbegehren dem Volke zur Annahme empfahl, welchen Rath denn auch das Volk befolgte und am 15. April 1877 mit über Zweidrittelsmehrheit das Banknotenmonopol zum kantonalen Gesetz erhob.

Mittlerweile hatte dieses Vorgehen auch in anderen Kantonen zur Nachahmung angeregt. In St. Gallen, Glarus, Graubündten wurde ebenfalls die Forderung des Banknotenmonopols erhoben; die Bewegung war im besten Gange, da zeigte sich plötzlich ein Hinderniss. Die Bank von Zürich, die schon vorher alle Anstrengungen gemacht hatte, um die Einführung des Banknotenmonopols zu hintertreiben, wandte sich jetzt, gestützt auf Artikel 39 der Bundesverfassung an die Bundesbehörden, damit dieselben den Volksbeschluss des Kantons Zürich als „verfassungswidrig“ kassirten.

Was man nicht für möglich gehalten hätte, da doch in der Bundesverfassung nur dem Bunde das Monopol verboten ist, geschah: die Bundesbehörden kassirten den Beschluss des Zürcher Volkes und schnitten damit alle weiteren Bestrebungen, das Banknotenmonopol auf kantonalem Boden einzuführen, ohne Weiteres ab. Dieser Entscheid, durch alle eidgenössischen Instanzen gefasst, rief zwar in den weitesten Kreisen grosse Entrüstung hervor, aber er zeigte den Anhängern des Banknotenmonopols, dass es für sie keinen andern Weg gab, ihre Forderung zur Geltung zu bringen, als den einer partiellen Revision der Bundesverfassung.

Eine solche Revision ist aber nur zu bewerkstelligen, wenn die beiden eidgenössischen Räthe (National- und Ständerath) sie beschliessen, oder 50,000 stimmberechtigte Schweizerbürger dieselbe verlangen und das Volk dieselbe annimmt. Ist letzteres der Fall, d. h. bejaht das Volk die Revisionsfrage, dann sind beide Räthe neu zu wählen und die Neugewählten haben die Revision vorzunehmen und der Volksabstimmung zu unterbreiten.

Man ersieht hieraus, dass es schon einer bedeutenden Bewegung bedarf, um zu einer, wenn auch nur partiellen Revision zu gelangen, wenn die eidgenössischen Räthe eine solche nicht vornehmen wollen. Und das in der Regel sehr bedächtige Schweizervolk lässt sich nicht so leicht in eine solche Bewegung hineinziehen, und zwar umsoweniger, als die Bundesverfassung von 1874 namentlich seitens der „Liberalen“ als ein Kompromiss geltend gemacht wurde, an dem man nicht rütteln dürfe. So hätte es denn wohl noch geraume Zeit anstehen können, bis eine solche Bewegung irgend welche Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, wäre nicht die „Heiligkeit“ der

Bundesverfassung von anderer Seite durchbrochen worden — durch die Revision des Artikels 65, d. h. durch die Wiedergestattung der Todesstrafe. Ja, hier hatte sogar die Mehrheit beider eidgenössischen Räthe aus Angst vor der Neuwahl nachgegeben, ehe nur die 50,000 Unterschriften beieinander waren.

Schon früher hatte nun Herr Nationalrath Joos einen Antrag auf Emission von Bundeskassenscheinen, eventuell Banknoten gestellt, zuerst in der Meinung, dass dieselben auch ohne Monopol die Privatbanknoten bald verdrängen würden, später aber im Sinne eines eidgenössischen Monopols resp. einer Revision des Artikels 39. Am 3. Juni 1879 kam dieser Antrag im Nationalrath zur Behandlung, Herr Joos begründete denselben ausführlich, und nun ereignete sich ein Fall parlamentarischer Geringschätzung, wie er jedenfalls in der Schweiz noch nicht vorgekommen ist: Niemand erwiderte Herrn Joos — der Nationalrath lehnte vielmehr ohne Debatte mit allen gegen 6 oder 8 Stimmen seinen Antrag ab.

Dieser Vorfall erregte denn auch in weiteren Kreisen lebhaftes Missfallen, und er beförderte den Entschluss, die Sammlung von 50,000 Unterschriften zur Aufhebung des Art. 39 der Bundesverfassung an die Hand zu nehmen. Herr Joos ergriff selbst die Initiative und brachte folgendes Volksbegehren zur Unterschreibung in Umlauf:

„Die unterzeichneten Schweizerbürger, gestützt auf Artikel 120 der Bundesverfassung, geben anmit ihren Willen kund, es habe eine Revision des Artikels 39 der Bundesverfassung stattzufinden — und zwar sei diese Revision in dem Sinne zur Hand zu nehmen, dass verfügt werde:

1. Artikel 39 der Bundesverfassung ist aufgehoben.
2. An seine Stelle tritt folgender Artikel:

„Nur dem Bunde steht das Recht zu, Banknoten, beziehungsweise Kassenscheine, auszugeben.

Er darf keine Rechtsverbindlichkeit für deren Annahme aussprechen. Der aus der Ausgabe von Banknoten beziehungsweise Kassenscheinen sich ergebende Gewinn wird, nach einem gesetzlich zu bestimmendem Maasstabe, zwischen Bund und Kantonen vertheilt."

3. Dieser Revisionsartikel ist der Volksabstimmung zu unterbreiten.
4. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses letzteren Beschlusses beauftragt."

Bestünde in der Eidgenossenschaft das Volksrecht der Initiative so wie im Kanton Zürich, nämlich dass ein von der nöthigen Unterschriftenzahl eingebrachter Gesetzesvorschlag unverändert dem Volke zur Annahme oder Verwerfung unterbreitet werden muss, so hätten die schweizerischen Sozialdemokraten dieses von Herrn Dr. Joos formulirte Begehren nicht wohl unterstützen können, denn in dieser Fassung konnte es kaum als etwas Anderes gelten, als ein Versuch, die Papiergeldwirthschaft, wie sie in einigen Ländern florirt, in der Schweiz einzuführen. Nun verhält sich aber die Revisionsangelegenheit auf eidgenössischem Boden derart, dass, wenn 50,000 Bürger die Revision verlangen, die Revisionsfrage an das Volk prinzipiell gestellt wird, d. h. „Wollt ihr die Bundesverfassung (resp. diesen

oder jenen Artikel derselben) revidiren oder nicht?" Demzufolge konnten die Sozialdemokraten ganz wohl sich dem Revisionsbegehren anschliessen.

Einige grössere Versammlungen in Zürich, Chur und Neumünster gaben übrigens der von Dr. Joos angeregten Bewegung eine klare, bestimmte Richtung, indem sie das Banknotenmonopol in Verbindung mit einer zu errichtenden Bundesbank verlangten. Ausserdem nahmen sie noch eine weitere Forderung in ihr Revisionsprogramm. Da nämlich die „liberalen" und „radikalen" Gegner des Banknotenmonopols den Artikel 120 der Bundesverfassung dahin interpretirten, dass eine Partialrevision der Verfassung durch Volksanregung (50,000 Unterschriften) nicht möglich sei, vielmehr eine jede solche Anregung, wenn die Revisionsfrage vom Volke bejaht wird, nothwendigerweise eine Totalrevision nach sich ziehen müsste, so verlangten die erwähnten Versammlungen auch für die Eidgenossenschaft das Recht der Initiative. Man sprach sich allerdings nicht genau über die Form, in welcher man dieses Recht wünscht, aus, allein Jedermann, soweit er nicht prinzipiell gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk ist, fasst heute die Initiative, wie sie in der Züricher Verfassung ausgesprochen ist, als mustergiltig auf.

Die erwähnten drei Versammlungen brachten nun aber auch die Banknotenmonopol-Bewegung, wenigstens für die deutsche Schweiz, in Fluss und erweckten sogar den „Volksverein", eine „liberal-demokratische" Organisation, die im Jahre 1872 zur „Durchdrückung" der Bundesrevision gegründet worden war, von den Todten. Das Basler Zentralkomité dieses „Volksvereins" berief auf den 28. September 1879 eine Delegirtenversammlung nach Langenthal, in der Hoffnung, damit eine Demonstration gegen die Bewegung zu machen. Das Arrangement war auch dazu gar nicht übel getroffen, aber der Schuss ging, wie man in der Schweiz sagt, hinten hinaus.

Einer der rührigsten und geistvollsten Vorkämpfer für die Monopolbewegung, Herr Theodor Curti, Redakteur der „Züricher Post", hatte sich auch in diese Versammlung begeben, und der überzeugenden Gewalt seiner Rede war es zu verdanken, dass die Delegirten-Versammlung des „Volksvereins" mit grosser Mehrheit beschloss, ihr Zentralkomité solle eine Eingabe an die Bundesversammlung richten, damit diese von sich aus die Revision der Artikel 39 und 120 der Bundesverfassung vornehme. Die besiegten Gegner ergriffen zwar noch einige, zum Theil sogar sehr kleinliche Mittel, um dem gefassten Beschluss entgegenzuarbeiten, doch ist es nebensächlich, hierüber zu berichten und genügt für dieses Verhalten wohl die Erklärung, dass es durch die Stellung der massgebendsten dieser Herren zu Privatnotenbanken hervorgerufen war. Diese Erscheinung, sowie die Abweisung der Langenthaler Eingabe durch die eidgenössischen Räthe zeigte wieder einmal, dass eigentlich in den Vertretungskörpern einer Republik von Gesetzes wegen keine Direktoren und Verwaltungsräthe von Aktiengesellschaften sitzen sollten.

Die Monopolbewegung ist bis zur Stunde, wo dies geschrieben wird, noch zu keinem Abschluss gelangt, da die 50,000 Unterschriften noch nicht komplett beisammen sind. Es hätte dies zwar in dem halben Jahre der Fall sein sollen, aber einestheils musste die Bewegung mit sehr geringen

Mitteln betrieben werden und anderntheils zersplitterte eine andere Bewegung in der ersten Zeit Mittel und Kräfte.

Die Bundesversammlung hatte nämlich in ihrer Junisession von 1879 eine namhafte Erhöhung des Einfuhrzolles auf Tabak und Tabakfabrikate beschlossen und zugleich für die Ausführung die Dringlichkeit erklärt. Es war nun einestheils dieser Anfang zu neuen indirekten Steuern, andererseits aber auch die sofortige Inkrafterklärung und Einziehung des höheren Zolles, was das Zentralkomité des Grütlivereins und das Bundeskomité des Schweizerischen Arbeiterbundes dazu führte, die Sammlung von 30,000 Unterschriften zur Anrufung der Volksabstimmung in die Hand zu nehmen. Die Anstrengung war aber erfolglos, denn es kamen innerhalb der verfassungsmässigen Frist von 90 Tagen nur etwa 26,000 Unterschriften zusammen. Diese Unterschriftensammlung that aber begreiflicherweise derjenigen für das Banknoten-Monopol ziemlichen Abbruch; sie zeigte, wie sehr Lassalle seinerzeit Recht hatte, als er darauf hinwies, dass der Erfolg einer Bewegung hauptsächlich davon abhänge, dass man es verstehe, sich jeweilen auf eine wichtigste Forderung zu konzentriren.

Wir haben über diese Vorgänge etwas ausführlich berichtet, weil sich in ihnen ein Stück schweizerisch-republikanischen Lebens spiegelt und weil sie dem Fernstehenden zeigen, wie man für sozialdemokratische Forderungen mit den demokratischen Volksrechten manövrirt in einer Zeitepoche, die im Allgemeinen als eine solche der Erschlaffung bezeichnet werden muss. Wird, was ziemlich bald zu erwarten ist, die Zeit etwas lebhafter, so kann selbstverständlich mit den Volksrechten in kurzer Zeit viel Bedeutenderes zum Durchbruch gebracht werden. — Gehen wir nun zu den verhältnissmässig kleineren Erscheinungen über, die wir zu berichten haben.

* * *

In den Kantonsräthen von Zürich und Thurgau wurde fast gleichzeitig die Anregung gemacht, es solle der Staat, wie er schon die obligatorische Häuserversicherung gegen Brandschaden als staatliches Institut in der Hand hat, auch die Versicherung der Fahrhabe (Mobilien) obligatorisch und zu einem Staatsinstitut machen. Diese Forderung ist, wenigstens im Kanton Zürich, nicht neu, sondern kam schon vor zehn Jahren einmal vor den Kantonsrath. Bisher aber und so auch jetzt wurden in den gesetzberathenden Behörden immer die Vertreter der Privatversicherung Meister, obgleich der Kanton Waadt schon seit 1829 die Fahrhabeversicherung in seiner Hand hat und ganz gut damit fährt. Die Versuche einer Volksinitiative für diese Forderung sind in beiden Kantonen noch im Stadium des Anfangs. Beachtenswerth in dieser Richtung sind einige vortreffliche Beleuchtungen dieses Begehrens von Herrn Staatsschreiber Stüssi in Zürich, eine derselben — sehr kurz und bündig gehalten — befindet sich in dem vom schweizerischen Arbeiterbunde herausgegebenen Kalender „Der Republikaner“ für 1880. Herr Stüssi hebt auch die Forderung als die prinzipiell richtigste hervor, dass die Betreffnisse der Mobiliarbrandkasse in den gewöhnlichen Steuern eingezogen werden sollten, was bei der im Kanton Zürich geltenden progressiven Vermögens- und Einkommenssteuer eine erhebliche Minderbelastung der proletarischen Bevölkerung wäre.

Eine der dunkelsten Seiten der Gesetzgebung der Schweiz ist das Konkursverfahren und seine Folgen. Diese Gesetzgebung ist bis jetzt noch Sache der Kantone, und wenn in fast allen deutschschweizerischen Kantonen schon der Schuldentrieb, das Pfändungs- und Konkursverfahren ein namhaft härteres ist, als in den umliegenden monarchischen Ländern, so erreicht es in den Kantonen Bern und Aargau eine Härte, die für die ganze Schweiz beschämend ist. Man kann oft genug lesen, dass z. B. im Kanton Bern wegen ganz geringfügiger Schulden, ja sogar wegen schuldiger Steuern im Betrage von wenigen Franken ganze Bauernheimwesen auf die Gant (Zwangsversteigerung) kommen, und die Kosten des Schuldentriebs, der Pfändung und Versteigerung erreichen meist eine im Verhältniss zur Schuld ganz erschreckende Höhe. Dabei ist es einem Gläubiger sehr leicht gemacht, seinen Schuldner zum Konkurs zu treiben, ja im Kanton Aargau zahlt beim Unvermögen des Schuldners der Staat selbst die Konkurskosten. Das Härteste aber bei dem ganzen Verfahren in Bern und Aargau ist, dass der Konkursit auf Lebenszeit seine Aktivbürgerrechte verliert, also seines Stimm- und Wahlrechtes absolut beraubt wird. So befinden sich denn in diesen beiden Kantonen über 50,000 Bürger, die in das schweizerische Helotenthum, wie man es schon nannte, hinabgestürzt sind. In verschiedenen andern Kantonen, ja selbst in Zürich bestanden vor einem Jahrzehnt noch die gleichen Verhältnisse. Man sollte es kaum glauben, dass gegen diese Härte des Verfahrens schon seit 40 Jahren angekämpft wird und dass es in der Republik mit allgemeinem Stimmrecht so schwer hält, über diesen — sollen wir ihn Bourgeoisgeist nennen — Meister zu werden.

In letzter Zeit haben nun die Falliten der Kantone Bern und Aargau lebhafte Anstrengungen gemacht, um mit Hülfe der fortgeschrittneren stimmberechtigten Elemente sich aus ihrer unwürdigen Stellung zu befreien, und sie dürften wohl auch Hoffnung auf Erfolg haben, da auch von einer andern Seite eine Aenderung dieser Materie angestrebt wird.

Die heillose Verwirrung in den 25 verschiedenen kantonalen Rechtstrieb- und Konkursgesetzen ist nachgerade dem Verkehr hinderlich geworden, und es ist für den Bürger eines Kantons fast unmöglich, eine Schuldforderung in einem andern Kanton „rechtlich“ einzutreiben, ohne einen Agenten, der die Verhältnisse dieses Kantons kennt, zu Hilfe zu nehmen. Deshalb hat der Verein schweizerischer Geschäftsreisender eine Petition an die Bundesversammlung gerichtet um baldigen Erlass eines einheitlichen eidgenössischen Rechtstrieb- und Konkursgesetzes, und diese Petition ist mit einer sehr grossen Zahl von Unterschriften bedeckt worden, so dass eine baldige eidgenössische Regelung dieser Frage zu erwarten ist. Bei dieser aber wird es hoffentlich den humaneren Anschauungen der „wälschen“ Abgeordneten, Hand in Hand mit den fortgeschrittenen der deutschen Schweiz, gelingen, die diesbezüglichen Einrichtungen der Schweiz wenigstens auf gleiche Stufe mit denen der umliegenden Länder zu bringen.

Anfügend an diese Sache muss noch berichtet werden, dass die herrschende Geschäftskrisis und Arbeitslosigkeit, sowie die schlechte Weinernte des letzten Jahres an verschiedenen Orten, zuerst in Biel, dann in Chauxdefonds und Zürich zu der Anregung führten, es möchte für Bedrängte ein Moratorium, eine Rechtstriebeinstellung gewährt werden. Diese

Anregung hatte aber nirgends Erfolg, da sie selbst von Denen nicht unterstützt wurde, für die sie am nöthigsten gewesen wäre. Dieser beklagenswerthen Erscheinung begegnet leider die soziale Bewegung tagtäglich; ihre grösste Feindin ist in der That die Apathie der Massen.

Dieselbe Thatsache zeigte sich auch bei einer anderen Bewegung, die aus der Arbeitslosigkeit hervorging, nämlich bei den Bestrebungen, die an verschiedenen Orten auftauchten, um Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen. In Chauxdefonds, dem grossen Uhrenmacherdorfe auf den Neuenburger Bergen, herrschte schon fast das ganze letzte Jahr unter den Uhrenmachern und Graveurs bedeutende Arbeitslosigkeit, und es bildete sich ein Komité, um den Arbeitslosen beizustehen. Dieses Komité bestand und besteht unseres Wissens noch heute zwar aus Arbeitern, jedoch scheinen die Sozialisten darin nicht vertreten zu sein. Es wendete sich zunächst an die Behörden, um Steuernachlass oder -Stundung für die Arbeitslosen zu erwirken und die Anhandnahme von öffentlichen Arbeiten nachzusuchen; beiden Gesuchen wurde wenigstens theilweise entsprochen. Sodann wandte sich das Komité an die Arbeitgeber und forderte sie mit einem sehr gut ausgeführten Hinweis auf die Solidarität aller Bewohner einer Gemeinde auf, die vielen Arbeiten, welche sie sonst auf das Land hinaus vergaben, zunächst den Arbeitslosen in der Gemeinde zuzuwenden, da sich die Uhrenmacher auf dem Lande draussen, die meist auch etwas Grundeigenthum besitzen, besser zu helfen vermöchten. Endlich wandte sich das Komité auch an die Wohlthätigkeit und veranstaltete eine Gabenverloosung, die einen hübschen Ertrag abwarf.

Beiläufig mag hier erwähnt werden, dass Chauxdefonds der einzige Ort in der Schweiz ist, in welchem sich eine kleine Judenhetze abspielte. Dieselbe bestand darin, dass einige Male Plakate angeschlagen wurden, in denen das Verfahren einiger jüdischen Uhrenfabrikanten, welche unsolide Waaren lieferten und den Arbeitslohn herunter drückten, scharf gegeisselt wurde. Von Ausschreitungen ist jedoch nichts bekannt geworden, und wenn auch auf den Plakaten Drohungen gegen die Juden ausgestossen wurden, so ist doch keinem derselben etwas passirt.

In Genf herrscht bekanntlich unter den Arbeitern der „Fabrique", d. h. der nationalen Industriebranchen der Goldarbeiter, Graveurs, Uhren- und Musikdosenmacher, schon seit mehreren Jahren eine schwere Geschäftslosigkeit, und mussten leider diese wegen ihrer feinen Arbeiten weltberühmten Arbeiter, deren Geschicklichkeit schon durch eine Reihe von Generationen mittelst Vererbung auf einen hohen Grad der Ausbildung entwickelt war, zu der harten Arbeit mit Pickel (Spitzhacke), Spaten und Schaufel greifen, um ihr Leben zu fristen. Natürlich musste die rauhe Erdarbeit schliesslich ihre Hände zu den feinen Arbeiten ihres wirklichen Berufes unfähig machen. Der Genfer Staatsrath hatte im Winter von 1878 auf 79 für die erwerbslosen Arbeiter der „Fabrique", „Nationalwerkstätten" (Chantiers nationaux) eröffnet, die aber gleich ihren Parisern Vorbildern auch in nichts weiter als in Werkplätzen für Erdarbeiten bestanden. Diese „Nationalwerkstätten" wurden aber im Frühjahr 1879 geschlossen, bis es endlich erst kürzlich infolge einer Eingabe wieder gelang, Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen. Diese Arbeiten wurden nun aber nach einem System eingerichtet, das An-



erkennung verdient. Der Staat übergab die Strassenbauten an die Arbeiter direkt in Akkord; die Arbeiter theilten sich für die verschiedenen Baulose in Abtheilungen von 10—12 Mann unter selbstgewählten Chefs und arbeiten unter der Direktion des Staatsingenieurs in Kompagnie, wobei sie einen wenigstens für Erdarbeiter- recht anständigen Lohn (durchschnittlich sechs Franken per Tag*) verdienen.

Verschwiegen darf übrigens hier, um der Gerechtigkeit willen, nicht werden, dass in Genf während der ganzen schlechten Zeit die Privatwohlthätigkeit Namhaftes geleistet hat. Es ist freilich wahr, dass diese Privatwohlthätigkeit für die Nothleidenden unter allen Umständen etwas Erniedrigendes hat, dass sie nicht nur ungenügend gegenüber der grossen Noth ist, sondern mittelbar sogar die Noth immer mehr verallgemeinert, da die Arbeiter, welche theilweise unterstützt werden, sich zu niedrigerem Lohne anbieten und dadurch ihre Mitarbeiter ebenfalls zur Arbeit unter schlechteren Bedingungen und zur Inanspruchnahme der Wohlthätigkeit zwingen — immerhin muss als eine Ehre für die Institution der Republik konstatirt werden, dass die Summen, welche Jahr für Jahr zu Wohlthätigkeits-, gemeinnützigen und öffentlichen Zwecken in der Schweiz verausgabt werden, in einem Verhältniss zur Bevölkerungszahl stehen, das von keinem anderen Lande Europas erreicht wird.

In Zürich und Bern wurde die Bewegung für die Arbeitslosen von den Sozialdemokraten in die Hand genommen. Es wurde der Versuch einer Statistik der Arbeitslosen gemacht, derart, dass man dieselben aufforderte, sich behufs Arbeitsbeschaffung anzumelden. Es meldeten sich nun in Zürich über 700 und in Bern etwa 500, meist Familienväter, die in Zürich eine Bevölkerung von gegen 3000 und in Bern von gegen 2000 Köpfen repräsentirten, und doch muss für den, der die lokalen Verhältnisse näher kennt, klar sein, dass noch Viele aus irgend welchen Gründen es unterliessen, sich anzumelden. An beiden Orten wurden Eingaben um Arbeit für die Beschäftigungslosen an die Behörden gemacht. In Zürich bewilligte der Kantonsrath der Regierung zu diesem Zwecke einen Kredit von 25,000 Fr. und verlangte auf die nächste Session Bericht und weitere Anträge. Die Regierung nahm auch einen Anlauf, schaffte für etwa 150 Mann Arbeit und verlangte Bericht von den Statthalterämtern und Gemeinden. Aber die Gemeinderäthe gaben meist ablehnende Bescheide, bemühten sich zum grössten Theil nicht im Geringsten um eine Statistik der Arbeitslosen, und nachdem etwa 4000 Fr. von obigem Kredit verbraucht waren, liess man die ganze Sache wieder ruhen. In Bern ging's nicht viel anders.

Bedenkt man, welch' weitgehende Rechte die Arbeiter in der Schweiz, namentlich im Kanton Zürich, haben, so muss man erstaunen über die grenzenlose Gleichgültigkeit derselben für ein so naheliegendes Interesse, wie die Beschaffung von öffentlichen Arbeiten für die Arbeitslosen. Hier nur ein Beispiel: In Hottingen, einer der Ausgemeinden (Vorstädte mit selbstständiger Verwaltung) von Zürich hätten von den über 100 Arbeitslosen daselbst nur etwa 50 in die Gemeindsversammlung zu gehen brauchen, und sie hätten die Mehrheit gehabt und die Ausführung einiger schon längst geplanter öffentlicher Arbeiten beschliessen können, bei denen für sie Alle Arbeit gewesen wäre. Aber die Leute blieben, trotzdem sie von

*) Früher verdienten sie nur 3—4 Franken täglich bei Erdarbeiten.

sozialistischer Seite in mehreren Blättern und in Laufzetteln dazu aufgefordert wurden, gleichgültig zu Hause. Das dürfte Denen, die da meinen, es genüge, nur das Banner der Revolution aufzupflanzen, um einen Hauptschlag führen zu können, zu denken geben. Es zeigt aber auch diese Erscheinung auf's Deutlichste, dass die Noth nicht energischer macht, sondern abstumpft, und dass es daher eine richtige Taktik der Sozialdemokratie ist, die arbeitenden Klassen durch Beistand und Organisation zu stufenweiser Besserstellung zu befähigen, ihre gänzliche Befreiung zu erringen.

Ein besonderes Interesse unter der organisirten Arbeiterschaft erweckte das Erscheinen des Entwurfs einer Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Fabrikgesetz. Der Entwurf war von den Fabrikinspektoren ausgearbeitet, entsprach zwar bei weitem nicht der Präzision, welche man in der Fabrikgesetzgebung Englands antrifft, brachte jedoch in vielen Fällen Klarheit, wo das Fabrikgesetz Verwirrungen zuliess. Die Fabrikanten, die leider in solchen Sachen einer systematischen Opposition huldigen und in jeder gesetzlichen Verbesserung der Schutzbestimmungen zu Gunsten der Arbeiter für sich Nachtheil erblicken, feindeten den Entwurf der Vollziehungsverordnung sofort an, und ihre Vertreter in den eidgenössischen Räthen brachten es dahin, dass er vorläufig im Aktenmaterial begraben wurde.

Und doch wäre sein Inkrafttreten überaus nöthig gewesen, denn die Durchführung des Fabrikgesetzes lässt Alles zu wünschen übrig. Zum Theil ertheilen die Regierungen (wie z. B. in Zürich) ganz leichtfertiger Weise Bewilligungen zur Ueberzeitarbeit, zum andern Theil befinden sich die Fabrikanten in voller Rebellion gegen das Gesetz, lassen arbeiten, so lange es ihnen beliebt, beschäftigen Kinder unter 14 Jahren, und die Schutzvorrichtungen an den Maschinen fehlen in den meisten Fabriken, so dass die Unfälle immer noch nicht abgenommen haben.

Die kantonale Delegirtenversammlung der Gewerkschaften, Arbeiter- und Grütlivereine des Kantons Zürich nahm Veranlassung, den Erlass einer Denkschrift an die Zürcher Regierung zu beschliessen, worin gegen die fernere Bewilligung von Ueberarbeit, so lange es noch so viele Beschäftigungslose gibt, protestirt und strikte Durchführung des Fabrikgesetzes verlangt werden soll.

Der Kampf um die Durchführung des Fabrikgesetzes ist zugleich auch ein Kampf um die fernere Existenz desselben, denn auch diese ist bereits in Frage gestellt worden. Schon vor einem Jahre wurde im Kanton Appenzell der Anlauf gemacht, gegen die Bestimmungen betr. die Kinderarbeit Sturm zu laufen. Die Bewegung prosperirte aber nicht. Der zweite Anlauf richtete sich gegen den elfstündigen Normalarbeitstag und ging von einer Seite aus, von der man es nicht erwartet hatte. Ein Fabrikant in dem aargauischen Städtchen Baden, der sich seinerzeit sehr ehrenhaft für die Annahme des Fabrikgesetzes bemüht hatte, veröffentlichte in einem der fortgeschrittensten Journale demokratischer Richtung einen Artikel, in welchem er als dringend darzulegen versuchte, dass die Schutzzollpolitik der umliegenden Länder und das Verharren der Schweiz auf dem Freihandelsprinzip eine Verlängerung des Normalarbeitstages von 11 auf 12 Stunden nöthig mache. Natürlich antwortete die sozialdemokratische Presse sofort darauf, und stellte dieser Anregung diejenige einer internationalen

Arbeitsgesetzgebung gegenüber. Indessen führte der erste Anreger seine Opposition gegen den elfstündigen Normalarbeitstag nicht weiter, und ein Sturmlauf gleicher Richtung, der vom St. Gallischen Rheinthal aus versucht wurde, hat bis zum heutigen Tage noch nicht zu beängstigenden Dimensionen geführt. Die organisirte Arbeiterschaft hält in dieser Beziehung scharfe Wacht.

Da wir gerade vom Fabrikgesetz reden, mag auch noch einer kuriosen Erscheinung erwähnt werden. Das eidgenössische Handelsdepartement hatte nämlich verfügt, dass auch die Buchdruckereien und Lithographien dem Fabrikgesetz zu unterstellen seien. Darauf setzte die Vereinigung der Buchdruckereibesitzer eine Petition in Umlauf, welche sich dagegen verwahrte, und eine schöne Zahl von Buchdrucker-Arbeitern liess sich durch das Argument, dass sie doch nicht unter die Kategorie der Fabrikarbeiter gezogen sein wollten, bestimmen, diese Petition zu unterschreiben. Etwas Balsam auf die Wunde, die dem Buchdruckerstolz geschlagen war, legte kürzlich der St. Galler Regierungsrath, indem er entschied, Buchdruckergehülfen seien keine Handwerksgesellen und könnten daher auch nicht zum Beitritt in eine Zwangskrankenkasse angehalten werden.

Von besonderem Hervortreten der Sozialisten in der engeren Politik ist diesmal nicht gerade viel zu berichten. Durch den Tod des ehemaligen Bundespräsidenten Stämpfli war im bernischen Seeland eine Ersatzwahl in den Nationalrath nöthig geworden. Hier traten die Sozialdemokraten (Mitglieder des Arbeiterbundes) in Biel mit der selbstständigen Kandidatur des Herrn Vogelsanger, Redaktor des „Grütlianer" in Bern auf, allerdings mit schwachen Mitteln. Auf diese Kandidatur fielen etwa 300 Stimmen, während die sehr populäre Kandidatur des liberalen alt Bundesrichter Niggeler mit etwa 2000 Stimmen siegte. — Bei den Staatsrathswahlen in Genf schlugen sich die Sozialdemokraten in einer Proklamation auf die Seite der radikal-liberalen Partei, da diese in aller Form sich auf gewisse Forderungen der Arbeiterpartei verpflichtet hatte. Das Resultat des Wahlkampfes war, dass beide herrschende Parteien im Kanton Genf sich halb und halb in die Regierung theilen. — Im Kanton Bern strebt man wieder einmal eine Revision der noch seit dem Jahre 1846 bestehenden Verfassung an, und auch die Sozialdemokraten nahmen dazu Stellung. Die Grütlivereine des Kantons hielten am 21. Dezember eine Delegirtenversammlung zu Bern ab, in der sie ihr Revisionsprogramm formulirten. Bald darauf folgte die Arbeiterunion Bern (Lokalverband der Sektionen des Schweiz. Arbeiterbundes) mit einem ähnlichen, nur in einigen Punkten weitergehenden Programm.

Bei der numerischen Schwäche der Sozialdemokraten ist zu hoffen, dass die Grütlivereins- und Arbeiterbundes-Sektionen im Kanton Bern in dieser wichtigen kantonalen Revisionsfrage vereint marschiren. Bei getrenntem Vorgehen sind sie sicher, gar nichts zu erreichen.

Ein kurioser Vorgang, der auch ein eigenthümliches Streiflicht auf das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement wirft, fand in Renan, einem kleinen Ort im St. Immerthale (Berner Jura) statt. Dort war eines schönen Morgens ein geschriebenes Plakat angeschlagen, das von den Leiden der Arbeiterbevölkerung sprach und diese zur Bildung eines Ueberwachungs-

komités aufforderte. Eine Anzahl von Bürgern las dieses anonyme Plakat, und Einer, dem es nicht gefiel, entfernte es. Die Sache war ganz harmlos, hatte keine weiteren Folgen am Ort und war in kurzer Zeit ganz vergessen, als plötzlich die Nachricht auftauchte, der Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Herr Bundesrath Anderwert, habe an den Statthalter des dortigen Bezirks die Aufforderung zur Untersuchung der Sache etc. gestellt. Der betr. Beamte habe indessen, so berichteten die Zeitungen, dieses Ansinnen kurzer Hand abgewiesen, da hier nichts zu untersuchen etc. sei.

Von Lohnbewegungen sind seit dem letzten Bericht nur zwei bekannt geworden. In der Werkstätte des Herrn Montillet in Genf legten die Bauschreiner die Arbeit nieder, da der Patron, der seine Arbeiter gegen Unfälle versichert hatte, denselben nicht nur die Prämie an die Unfallversicherung, sondern noch eine Prämie für seine Schlauheit abzog und von diesem Abzug nicht lassen wollte. Ueber das weitere Schicksal dieser Arbeitseinstellung („grève", wie man in Genf sagt) ist nichts mehr bekannt geworden. — Die Briefträger petitionirten an die Bundesversammlung um eine, ihnen schon seit Jahren in Aussicht gestellte Besoldungserhöhung. Die guten Leute verdienen's wirklich, aber sie werden sich vorderhand noch gedulden müssen, denn auch in der republikanischen Schweiz fängt man mit Besoldungserhöhungen zuerst bei den oberen Beamten an.

Wir haben so viel von den organisirten Arbeitern gesprochen, dass auch noch einige Notizen über den Bestand und das Verhältniss der schweizerischen Arbeiter-Organisationen gebracht werden müssen. Der Schweizerische Arbeiterbund ist theils wegen der Geschäftskrise, die natürlich auch seine Krankenkassen sehr empfindlich berührte, theils wegen erhöhter Anforderungen, welche die Beschlüsse des St. Galler Kongresses (Pfingsten 1879) an die Mitglieder stellten, einigermassen zusammengeschmolzen und wird kaum mehr 4,000 Mitglieder zählen, doch wird in prinzipiell-aufklärender Agitation gegenwärtig mehr geleistet als früher, und zeigt damit der Bund, dass er lebenskräftig ist. Der Schweizerische Grütliverein hat ebenfalls mit seiner Krankenkasse eine schwierige Zeit durchzumachen, doch wird er diese Krise überwinden. Sein Zentralkomité, das in Kriens bei Luzern seinen Sitz hat, hält sich recht wacker und hat im letzten Jahr eine tapfere Manifestation erlassen, in der es die Nothwendigkeit brüderlichen Zusammenwirkens mit dem Arbeiterbund betonte, da seitens der alten Parteien doch keine kräftige Unterstützung der demokratischen und sozialen Postulate der vereinigten Arbeiter zu erwarten sei. Natürlich wurde das Zentralkomité auf diese „Ketzerei" von verschiedenen „liberalen" Zeitungen, welche sich noch immer nicht an ein selbstständiges Auftreten der Arbeiter gewöhnen können, in die Scheere genommen, liess sich aber dadurch nicht beirren. Es ist denn auch das Verhältniss zwischen den Sektionen des Grütlivereins und des Arbeiterbundes ein viel intimeres geworden als früher.

Der Grütliverein hat neuerdings eine Einrichtung getroffen, welche recht beachtenswerth ist. Er hat ein Zentral-Diskussionskomité bestellt, das zur Zeit in Thun seinen Sitz hat. Dieses legt den Sektionen von Zeit zu Zeit Themata sozialpolitischer Natur zur Diskussion vor und nimmt deren Ant-

worten entgegen, welche es dann auszugsweise veröffentlicht. So hatte es auch die Frage der Unentgeltlichkeit des höheren Unterrichtes gestellt und im Einverständniss mit dem Zentralkomité auf die besten Beantwortungen (über welche ein Preisgericht zu urtheilen hatte) den Sektionen bescheidene Preise ausgeworfen. Das Preisgericht, bestehend aus wissenschaftlich gebildeten Männern, erkannte den ersten Preis den zwei sehr guten Arbeiten der Sektionen Uster und Solothurn zu, der zweite Preis fiel auf die Sektionen Arbon und Aarberg. Merkwürdig, dass es nur kleinere Orte waren, aus denen die besten Arbeiten kamen!

Eilen wir zum Schluss. Als wir diesen Bericht niederschrieben, dröhnten die Kanonen von den Bergen, um dem Schweizervolke anzuzeigen, dass der grosse, über 14 Kilometer lange Gotthardtunnel in seinem First- oder Richtstollen durchgeschlagen sei. Wer möchte nicht dieses Werk bewundern, das den Sieg der Wissenschaft, Technik und mühseliger, menschlicher Handarbeit über so grosse Hindernisse, wie der Riese Gotthard sie bot, konstatirt! Aber wer könnte auch diesem Gefühle freudiger Bewunderung Ausdruck geben, ohne dass zwei schwere Wermuthstropfen ihm in den Becher der Freude fielen! Der eine liegt in dem Gedanken an die traurige Lage der armen Arbeiter, die um einen geringen Lohn im tiefen, tiefen Stollen wühlten, jeden Augenblick den grässlichsten Gefahren ausgesetzt. Das Budget des Gotthard im Jahre 1878 war: 31 Todte und 78 Verwundete — das des Jahres 1879 kennen wir noch nicht, es ist aber jedenfalls grösser und schwillt noch viel mehr an durch die eigenthümliche typhusartige Wurmkrankheit, die sich bei der Arbeit im Tunnel herausgebildet hat und ihre Opfer in Massen fordert. Der andere Wermuthstropfen liegt für den sozialdemokratischen Schweizer in der unsäglichen Misère des schweizerischen Eisenbahnwesens. Es scheint, als ob in keinem anderen Lande Europas der Privateisenbahnbau so jämmerlich Bankerott machen soll, als in der Schweiz, und nirgends ist der Staat gegenüber den Ausschreitungen der Privateisenbahnwirthschaft ohnmächtiger dagestanden, als eben hier. Vergebens haben die besten Patrioten gewarnt — immer triumphirte das Eisenbahn-Manchesterthum — zuletzt waren es nur noch die Sozialdemokraten, die wirklich den Gedanken einer nationalen Eisenbahnpolitik hochhielten. Wohin soll das führen?

Man macht sich in letzter Zeit sehr mit dem Gedanken vertraut, dass die Schweiz in einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland von der einen oder andern Seite mit einer Invasion bedacht werden könnte. Und man denkt nicht daran, dass zu den Hauptmitteln einer Landesvertheidigung die Eisenbahnen gehören, und dass dieses Vertheidigungsmittel ganz und gar unzuverlässig ist, wenn es den Händen auswärtiger Geldmächte überliefert wurde.

Suche Niemand hierin nationale Beschränktheit. Wohl zeigen die Zustände in der Schweiz viele Schattenseiten, die schon manchen Schwärmer etwas derb von seinen Illusionen geheilt haben, und wir schweizerischen Sozialdemokraten bemühen uns, diese Schattenseiten aufzusuchen und zu untersuchen, um sie ausmerzen zu können. Nichtsdestoweniger ist, unserer Meinung nach, der Bestand dieser kleinen Föderation von Nationalitäten, die sich sonst so oft feindlich gegenüber stehen, von Bedeutung für die ganze politische

Entwicklung Europa's. Mögen die monarchisch-militärischen Machthaber auch oft sehr zufrieden sein mit der allzugrossen, unrepublikanischen Dienstfertigkeit einer schwachen Regierung — im Innern müssen sie doch Angst haben vor dem Vorbild, das die Schweiz den Völkern giebt, indem sie ihnen zeigt, wie sie sich mit einander vertragen und alle ihre Angelegenheiten auf dem friedlichen Wege der Diskussion und der Abstimmung erledigen können. Darum sind die schweizerischen Sozialdemokraten, bei aller Anerkennung internationaler Brüderlichkeit, gute Schweizer-Patrioten.

Nachtrag. Wie eine Kundgebung des Zentralkomités des schweizerischen Grütlivereins mittheilt, sind bis zum 22. April für die kolonisatorische Auswanderung aus 254 Gemeinden 17,149 Unterschriften eingegangen. Zudem unterstützte im Kanton Aargau ein Gemeinderath und im Kanton Bern 12 Gemeinderäthe dieses Postulat. Immerhin ist diese Unterschriftenzahl noch eine geringe, zudem sind von Zürich, Genf, Aarau, Biel, Neuenburg und einer Reihe anderer Orte gar keine Unterschriften verzeichnet. Natürlich steht jetzt die Komplettirung der 50,000 Unterschriften für das Banknotenmonopol und die Initiative im Vordergrund; ist diese erst erzielt, dann wird jedenfalls noch eine grössere Anstrengung für die kolonisatorische Auswanderung gemacht werden müssen.

Die Auswanderung hat übrigens in diesem Frühjahr ganz grossartige Dimensionen angenommen — in einzelnen Landesgegenden ist das Auswanderungsfieber wahrhaft epidemisch geworden. Solche Auswanderungsepidemien sind bis jetzt schon mehrmals direkte Vorläufer von Volkserhebungen gewesen, und da die Erscheinung derselben sich heut keineswegs nur auf die Schweiz beschränkt, sondern international auftritt, so dürfte sie wohl auch als ein Zeichen der Zeit und Vorspiel herannahender Ereignisse betrachtet werden.

Und in der That ist Zündstoff genug vorhanden. Die Löhne sind in einem solchen Masse gedrückt, dass nur noch von Vegetiren gesprochen werden kann. Die Volksernährung ist selbst in Landbezirken entsetzlich zurückgegangen, und die diesmalige Rekrutirung hat schaudererregende Resultate zu Tage gefördert, so dass ein Berner Arzt, Herr Dr. Burtscher, von einer förmlichen Degeneration des Landvolkes sprach und zwar in Bezirken, die eine schwunghafte Milchwirthschaft treiben, aber selbst von der gewonnenen Milch fast nichts brauchen, sondern Käse exportiren und sich dafür mit Kartoffeln, Kaffee und — Schnaps nähren.

Das eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement konstatirte in seinem Geschäftsbericht, dass bei den Eisenbahnbediensteten auch in der Schweiz „hie und da" die achtzehnstündige Normalarbeitszeit anzutreffen sei. Da darf man sich über die Eisenbahnunfälle nicht mehr wundern.

Das Budget des Gotthard im Jahre 1879 betrug an Getödteten 37, d. h. auf 250 beschäftigte Arbeiter je Einen, und an Verletzten 96 (zirka 1 %). 500 sind kürzlich krank nach Italien zurückgekehrt — natürlich sofort durch frische Zuzügler ersetzt worden. Menschenfleisch ist ja so wohlfeil zu haben.

H. Greulich.

Slavische Länder.

I. Polen.

Es ist sehr schwer, über den Fortschritt der sozialistischen Idee derjenigen Länder Rechenschaft abzulegen, wo sich das nationale Leben nicht frei kund geben darf, wo es nicht nur verboten ist, diese Lehren zu verbreiten, sondern sogar gefährlich wird, sie auch nur zu bekennen. In dieser schwierigen Lage befindet sich ganz Polen. In den Russland unterworfenen Provinzen darf man vom Sozialismus nur reden, wenn man ihn beschimpft; einige — wie man bisher glaubte — gewissenhafte und vorgeschrittene Schriftsteller haben es leider nicht verschmäht, von diesem Privilegium Gebrauch zu machen. In Preussen ist zwar die Zensur trotz der Ausnahmegesetze weniger streng, doch giebt es unter der intelligenteren Bevölkerung der polnischen Provinzen leider bis jetzt noch keine jungen Leute, die für etwas Anderes, als sich selbst Sinn haben und fähig wären, die wahren Volksinteressen zu vertheidigen. Galizien scheint sich, was politische Freiheiten anbetrifft, in verhältnissmässig besserer Lage zu befinden, als die anderen polnischen Provinzen; ich sage scheint, denn im Grunde ist Alles dort mehr Schein, als Wahrheit. Man kann hier freilich — wenn auch mit Vorsicht — über den Sozialismus schreiben und reden, muss aber im Voraus darauf gefasst sein, dass Einen die Polizei eines schönen Tages am Kragen packt und dem Arm der Gerechtigkeit überliefert, diese uns in's Gefängniss wirft und uns erst nach einem Jahre voller Qualen und Demüthigungen mit der einfachen Erklärung wieder freilässt, wir seien unschuldig.

* * *

Beginnen wir mit Warschau. Die im Herbst 1878 und im darauffolgenden Frühjahr wegen sozialistischer Bestrebungen Eingekerkerten sitzen noch immer in der Zitadelle; nur sehr wenige von ihnen sind bis jetzt befreit worden. Das tragische Ende Joseph Bajte's zeigt deutlich, in welcher Weise die Regierung der Eroberer verfährt.

Am 12. Juli dieses Jahres (1879) erlaubte sich Joseph Bajte, ein 19jähriger, aus der Ukraine gebürtiger junger Mann, aus dem Fenster seiner Zelle, das auf den Hof der Zitadelle hinausgeht, herauszuschauen. Der unter seinem Fenster Wacht haltende Soldat bedrohte den Gefangenen mit seiner Waffe, wenn er sich nicht sofort zurückzöge; der junge Mann erwiderte einige Worte auf diese Drohung, worauf der Soldat sein Gewehr anlegte und feuerte. Joseph Bajte fiel sofort todt nieder. Der Knall hatte das ganze Gefängniss alarmirt, und so erfuhren die Genossen des armen Opfers bald, was die Ursache des Ereignissses gewesen. Auf's Aeusserste aufgebracht und entrüstet begannen sie, was ihnen in die Hände fiel, zu zertrümmern und gegen Thür und Fenster zu schleudern. Sofort erschien, von einer Abtheilung Gendarmen begleitet, der Kommandant der Zitadelle, liess die Gefangenen knebeln und behandelte sie auf's Grausamste, was der Statthalter, der eine Stunde später anlangte, auch billigte.

Zwei der Gefangenen, Wenzeslaus Sieroszewski und Stanislaus Landy, wurden, weil sie den Gendarmen den grössten Widerstand geleistet, vor das Kriegsgericht gestellt; ebenso der Korporal, welcher Bajte ermordet hatte. Der Letztere wurde freigesprochen und erhielt — wie man sagt — sogar ein Geldgeschenk. Landy wurde zu 20 Jahren und Sieroszewski, in Anbetracht seiner Jugend, zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt. Das war ein Urtheil, welches der Gerechtigkeit offen in's Gesicht schlug; selbst der General-Gouverneur Kotzebue fand es zu hart und wandelte es in Deportation in das östliche Sibirien um. Ohne das Ende des Prozesses abzuwarten, transportirte man die Verurtheilten in die Umgegend von Irkutsk. Mit Recht sagten posensche und galizische Organe, dieses Faktum beweise, dass Jener Theilnahme an sozialistischen Verbindungen in den Augen der Regierung selbst von keiner grossen Bedeutung gewesen sein könne, da man sie nur wegen bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt und verurtheilt hatte. Dieser bewaffnete Widerstand würde nun aber gar nicht stattgefunden haben, wenn man sie nicht in die Zitadelle eingeschlossen und ihren Genossen und Freund ohne Mitleid getödtet hätte. Der Eine der Deportirten, Wenzeslaus Sieroszewski, ein Schlosser und ehemaliger Student des Wiener Polytechnikums, zeichnete sich durch ein hervorragendes poetisches Talent aus. Am 2. November, am Allerseelentage, zogen die Arbeiter zum Grabe Bajte's und legten dort zwei Fahnen — die eine roth revolutionär, die andere in den nationalen Farben nieder.

Am selben Tage, als in der Zitadelle von Warschau Joseph Bajte ermordet wurde, gab es im Gouvernement Kieltze zwischen den Bauern des Dorfes Menkachow und dem benachbarten Gutsherrn einen einfachen Zwist wegen einer Wiese. Im Laufe des Streites führte einer der Bauern, Simon Czieslik, gegen den Distriktsvorsteher Tatchalow einen Hieb mit dem Rechen, was den einfachen Zwist sofort in ein kommunistisches Komplott verwandelte. Das vom Kriegsgericht über die Bauern gefällte Urtheil erinnert an die Zeiten Muravieff's: Zwei Bauern, Simon Czieslik und Simon Malinowski, die angeblich die Revolte geleitet und Einiges vom Sozialismus gesprochen hatten, wurden zum Tode verurtheilt, 11 Bauern zu 15 Jahren Zwangsarbeit in den Bergwerken und 3 Frauen zu Zwangsarbeit in den Fabriken Sibiriens. Kotzebue setzte diese Strafen herab und zwar für Simon Malinowski und Simon Czieslik auf 15 Jahre Zwangsarbeit in den Bergwerken: für 3 Bauern auf 10 Jahre Zwangsarbeit in den Fabriken, für 5 Bauern auf Deportation nach Sibiren, für eine Frau auf 4 Jahre Arbeitshaus, für 3 Bauern auf ein Jahr Strafarbeit in den Gefangenenanstalten und endlich für einen Bauern und eine Bäuerin auf 8 Monate Gefängniss — alles das aber zusammen wegen Erhebens der Hand gegen einen Vertreter der kaiserlichen Distriktsregierung!

* * *

Gehen wir hinüber nach Krakau. Hier wetteifert die konstitutionelle, österreichische Regierung mit der despotischen Regierung Russlands an Willkür und Grausamkeit. Die Krakauischen Gerichtsbehörden und der Untersuchungsrichter Tourek haben ihr Möglichstes gethan, um den Inhaftirten das Gefängniss unerträglich zu machen. Man behandelt die

Angeklagten wie Verurtheilte, weist ihnen die schlechtesten Zellen an, verweigert selbst Kranken die im Krankenhaus vorgeschriebene etwas bessere Nahrung als die gewöhnliche; man gestattet den Inhaftirten nicht, sich selbst zu beköstigen und verbietet ihnen Bücher und Zeitungen. Turek benahm sich wirklich wie ein türkischer Richter. Er insultirte die Gefangenen und zwang ihnen mittelst Drohungen Geständnisse ab, er bestach die Zeugen, horchte die Angeklagten aus und lauschte an ihren Kerkerthüren; und schliesslich machte er sich einer Fälschung schuldig: um dem Zeugniss eines zehnjährigen Schuhmacherlehrlings Bedeutung zu schaffen, gab er ihn für vierzehnjährig aus, weil das Zeugniss jüngerer Personen keine Beweiskraft hat.

Aus Genf wurde dann dem Minister von Galizien, Ziemiałkowski geschrieben und ihm von diesenMissbräuchen Mittheilung gemacht. Dann brachten zwei sozialistische, in Genf erscheinende Journale, der „Révolté" und der „Précurseur" eine genaue Darstellung der Dinge, und sandte man die betreffenden Nummern an den Justizminister Glaser, an den Gerichtspräsident Kawecki und an den Untersuchungsrichter. Endlich gab man in Genf eine polnische Broschüre, „die polnischen Sozialisten und die k. k. Konstitution" heraus, die man gleichfalls den Behörden von Wien und Krakau zukommen liess. Das alles führte zu folgendem Ergebniss: die amtliche „Wiener Zeitung" protestirte gegen die Meldungen aus Genf, und die Krakauer Gerichtsbehörden empfingen Ordre, die inhaftirten Sozialisten strenger zu überwachen, damit ihre Klagen nicht in's Publikum dringen könnten. So machten sich die Wiener Minister zu Mitschuldigen der Krakauer Verfolger, deren Handlungsweise die Bezeichnung barbarisch wohl verdient!

Zum Aeussersten getrieben, beschlossen die Angeklagten, lieber Hungers zu sterben, als länger ein solches Scheinleben zu führen. Es genügt, um eine Idee von dem sanitären Zustände ihres Gefängnisses zu geben, wenn wir sagen, dass von 38 Inhaftirten 8 Personen (d. h. 20 Prozent) gefährlich erkrankt waren und nur Dank ihrer Jugendkraft wieder genasen. Von Freitag, den 7. November, Abends, bis Dienstag Mittag zwei Uhr, d. h. 92 Stunden enthielten sie sich jeder Speise. Die Nachricht davon verbreitete sich in der Stadt, wurde von da aus Wiener Zeitungen berichtet und erregte allgemeine Entrüstung. Von der schlechten Wendung, welche die Sache nahm, erschreckt, kamen der Appellationsgerichtspräsident Antoniewitsch und Kawecki überein, den Gefangenen bessere Zellen und Krankenhausnahrung zu bewilligen; ausserdem versicherten sie auf Ehrenwort, dass die Verhandlung auf den 1. Dezember festgestellt werden solle. Trotz dieses Versprechens fand sie indess erst EndeDezember statt.

Ungefähr zehn Tage nach der Verhungerungsrevolte liess der Staatsanwalt sechzehn Gefangene als vollständig unschuldig frei. Warum aber hatte man sie erst neun Monate lang gemartert, warum erst ihre Gesundheit ruinirt? Sind ihre Verfolger nicht schlimmer als Strassenmörder, die für ihre Gewaltthat doch wenigstens ihr Elend, ihre Unwissenheit und ihren Hunger als Entschuldigung anführen können!

Auch in Lemberg fand diesen Herbst ein Sozialistenprozess gegen Anna Pawlik und mehrere ruthenische Bauern statt, der mit Freisprechung der Angeklagten durch die Jury endete. Die Bourgeoispresse erwähnte diese

Thatsache kaum; sie möchte die Existenz des Sozialismus in Abrede stellen und glaubt dieses Ziel durch Todtschweigen zu erreichen.

* * *

Das allgemeine Stimmrecht, dieses wirksame Mittel, in der Arbeiterklasse das Gefühl ihrer eigenen Kraft und die genauere Kenntniss ihrer Interessen zu erwecken, besteht bekanntlich in Oesterreich nicht. Die Frage dieses Rechtes, die anfangs vorigen Jahres in Böhmen und in den deutschen Provinzen lebhaft ventilirt wurde, beschäftigte auch in Galizien die Gemüther. Das in Lemberg 14tägig erscheinende Arbeiterblatt „Pratza“ (die Arbeit) veröffentlichte eine ganze Reihe von Aufsätzen über das Stimmrecht und die Volksvertretung. Der dem armen, kleinen Blatt sehr missgesinnte Staatsanwalt konfiszirte ihm eine Nummer nach der anderen, oder strich ganze Absätze aus seinen Artikeln.

Dieses selbe Blatt „Pratza“, dessen Redaktion mit jeder Nummer besser wird, macht auch sehr richtige Bemerkungen über zwei in Lemberg stattgehabte Versammlungen, die eine von selbstständigen Schuhmachern, die andere von selbstständigen Industriellen, — beide also von Prinzipalen — abgehalten. Der Zweck beider war auch der gleiche: Berathungen über die in dem Gewerbegesetz von 1859 anzubringenden Aenderungen; und beide zeigten sich von derselben reaktionären Tendenz durchdrungen, die frühere Gewalt der Arbeitgeber über die Arbeiter wieder einzuführen. Die Regierung zu Wien legte ihrerseits dem Reichsrathe eine Novelle zum Gewerbegesetz vor, in welcher sie versucht, das den Arbeitern einst zuerkannte Recht zu striken, zu widerufen. Die „Pratza“ wies die Tendenz der Gewerbeordnungsnovelle nach und rief den Arbeitern zu: „Aufgepasst, Kameraden, man will uns dem Feind als Beute überliefern!“

* * *

Der Hunger, dieser traurige Bundesgenosse des Sozialismus, der schon auf Oberschlesien lastet und die südlichen Provinzen des Königreichs Polen bedroht, beginnt auch die Landbewohner Galiziens in Schrecken zu setzen. Die agrarischen Zustände dieser Provinz sind derart, dass sie bald eine soziale Revolution zur Folge haben müssen.

Die Bevölkerung Galiziens ist im Verhältniss ebenso dicht, wie die Frankreichs (in Letzterem kommen 68 Einwohner auf den Quadratkilometer, in Galizien 69); trotz dieser starken Bevölkerung aber wird im ganzen Lande vorwiegend Ackerbau getrieben, und sind die wirthschaftlich-sozialen Verhältnisse die denkbar schlechtesten. Das Missverhältniss in der Vertheilung des Grund und Bodens ist ungeheuer, die Ausdehnung des ländlichen Proletariats schreckenerregend.

Folgende Ziffern drücken das Verhältniss der ackerbautreibenden Bevölkerungsschichten zu einander aus:

Grossgrundbesitzer, die mehr als $^4/_{10}$ des ganzen Landes ihr Eigen nennen ungefähr 2 %

Kleinbauern, die zusammen noch nicht $^6/_{10}$ des Gebietes besitzen mehr als 23 %

Besitzlose Proletarier . . . . 73 %

Berücksichtige man dabei die grosse Zerstückelung der kleineren Güter.

Die Zahlen der Güter drücken sich in folgenden Verhältniss aus:

Güter von über	1100	Morgen . .	ungefähr	9,75 %
„ „ „	7	„ . .	„	49,25 %
„ „ unter	5	„ . .	„	24 %
„ „ „	2	„ . .	„	26 %

Die kleinen Besitzthümer bestehen meisten aus nach allen Richtungen hin zerstreuten Parzellen. Jeder Landmann hat in der Regel vier Parzellen; es giebt aber auch kleine Höfe, die aus bis zu 30 Parzellen zusammengesetzt sind!

Kann es bei Alledem noch Wunder nehmen, dass in Galizien in den letzten 20 Jahren dreimal Hungersnoth herrschte, und dass wir heute vor dem Ausbruch der vierten stehen?

* * *

Die sozialistische Propaganda in Warschau hat der Arbeiterklasse bereits einen kleinen Vortheil gebracht. Die über die Fortschritte derselben erschreckte Regierung veranstaltete eine Untersuchung über die Lage der Arbeiter in Warschau.

Die Fabrikanten und Industriellen, welche die Enquête vornahmen, wollten sicher die Dinge nicht übertreiben, noch sie in einem ihren eigenen Interessen wenig günstigen Lichte darstellen.

Aber die Ziffern führen ihre eigene Sprache und kennzeichnen die verzweifelte Lage der Arbeiterklasse auf's Treffendste.

Der Durchschnittslohn des Arbeiters beträgt 255 Rubel 52 Kopeken jährlich (macht, den Rubel zu 2,59 Fr. gerechnet, 661,80 Fr.).

Nehmen wir die Familie aus nur vier Personen bestehend an, so kostet der Unterhalt dieser vier Personen jährlich:

	Rubel	Kop.
1) Wohnung, monatlich 6 Rubel	72	—
2) Fleisch, mindestens ½ Pfund täglich à 15 Kop. das Pfund	27	32
3) Gemüse, Hülsenfrüchte, Mehl, Grütze, monatlich 4 Rubel	48	—
4) Brod, täglich 3 Pfund à 4,5 Kop. das Pfund	48	57
5) Salz, Fett, Zucker, Kaffee, Branntwein, 10 Kop. täglich	36	50
6) Licht, ⅛ Liter Petroleum à 15 Kop. der Liter . . .	18	25
7) Heizung, monatlich 2 Rubel	24	—
8) Kleidung, Schuhzeug, Wäsche mindestens 10 Rubel pr. Pers.	40	—
	315	64

Somit braucht der Arbeiter noch 60 Rubel 12 Kop. Welch' ein Defizit!

Und trotz alledem giebt es noch Leute, die beschränkt und voreingenommen genug sind, um zu glauben, dass es dem Arbeiter nur an Sparsamkeit fehle, und dass er vermöge dieser Tugend zum Wohlstand gelangen könne!

Dieselbe Kommission besuchte 432 von 1206 Personen bewohnte Wohnungen und konstatirte, dass 147 (also 34 %) von 468 (38 %) Personen bewohnte Quartiere vollständig unbewohnbar seien.

Wir wissen wohl, dass wir weder von den Fabrikanten, welche die Enquête vorgenommen, noch von der Regierung, die sie angeordnet, Etwas zu erwarten haben, aber es ist gut, dass der Arbeiter seiner eigenen Lage bewusst wird. Darum sagten wir eben, dass der Sozialismus selbst indirekt dem Arbeiterstande schon einen Dienst erwiesen hat.

* * *

Die jüngsten Sozialistenverfolgungen in Russisch-Polen haben einige Personen gezwungen, ihre Heimath zu verlassen, und damit entstand auch eine polnische sozialistische Emigration. Sie ist nicht zahlreich, was sie indess nicht hindert, sehr thätig zu sein.

Einen grossen Verlust beklagt sie in der Person Kasimir Hildt's, der am 20. August vorigen Jahres zu Clarens an der Schwindsucht starb. Hildt, aus Warschau gebürtig, hatte auf der Universität seiner Vaterstadt die Rechte studirt; er war den deutschen Sozialisten, unter denen er einige Zeit lebte, wohl bekannt. Von ihm rührt eine polnische Uebersetzung von „Kapital und Arbeit" von Lassalle her, und kurze Zeit vor seiner letzten Krankheit arbeitete er an einer Uebersetzung des „Kapitals" von Karl Marx. — Seine Freunde liessen seinen Leichnam von Clarens nach Genf bringen und bestatteten ihn auf den Kirchhof von Carouge, unweit des Grabes von Bosak-Hauke, eines der tapfersten Führer des Aufstandes von 1863. Bei der Beerdigung wurden verschiedene Reden in polnischer, französischer und russischer Sprache gehalten.

Seit dem ersten Oktober geben die polnischen Sozialisten eine in Genf erscheinende sozialistische Monatsrevue in polnischer Sprache „Rownost" (Gleichheit), der ein französisches Bulletin beiliegt, heraus. Die Thatsache, dass ihr Erscheinen allerseits, sowohl im Lande selbst, als auch in der Emigration sympathisch und aufmunternd begrüsst wurde, beweist wohl die grosse Nothwendigkeit einer polnischen sozialistischen Revue.

Nachtrag, am 2. April 1880 verfasst: Der Krakauer Prozess nähert sich seinem Ende; diese bedeutungsvolle Verhandlung kann indess erst nach ihrem endgültigen Abschlusse richtig gewürdigt werden. Nur soviel darf schon jetzt gesagt werden, dass der Unbefangene sich von zwei Dingen überzeugen konnte: 1) dass die österreichischen Behörden, als da sind: Polizei, Post, Untersuchungsrichter und Gefängnissverwaltung, grosse Missbräuche begangen haben, und 2) dass der Krakauer Staatsanwalt trotz grösster Anstrengung, verlängerter Untersuchung und aller möglichen Listen und Ausschreitungen nichts weiter beweisen kann, als dass die Arbeiter und die studirende Jugend sich in neuester Zeit lebhaft mit sozialistischen Fragen beschäftigt haben. Dagegen hatte er im Verlaufe des Prozesses selbst bestätigen müssen, dass die österreichische Verfassung die offene Propaganda, selbst sozialistischer Ideen, nicht verbietet.

Ebenso sieht die dem Sozialismus feindliche öffentliche Meinung sich dennoch gezwungen, den Angeklagten gerecht zu werden und ihre moralische Ueberlegenheit anzuerkennen. Besonders gewann sich einer von ihnen, Louis Warynski, allgemeine Sympathie. Dieser aus der Ukraine gebürtige junge Mann ist nach der Anklageschrift der Hauptschuldige. Polnische und

deutsche Zeitungen gestehen ihm eine höhere Bildung, grosse Geistesgegenwart, furchtloses Bekennen seiner Ideen, erhabene Gesinnung und seltene Beredsamkeit zu.

Der Krakauer Prozess macht grossen Eindruck im Publikum und fördert die sozialistische Sache ganz bedeutend. Dank ihm ist für die sozialistischen Fragen ein allgemeines Interesse erwacht, und die neuen Ideen beginnen sich schon selbst ihren Weg in die Tiefen des Volkes zu bahnen. Die österreichische Regierung kann sich mit gutem Gewissen sagen, dass sie selbst einen grossen Theil dazu beigetragen hat.

Aber keine Erfahrung vermag die Beschränktheit und den bösen Willen der Regierung zu überwinden. Der eine Prozess ist noch nicht beendigt, und schon beginnt sie eine neue Jagd auf die Sozialisten. Diesmal ist es namentlich die Genfer Revue „Rownost", nach der sie stöbert. Wegen dieser Revue hat man in Wien den Vorsitzenden der polnischen polytechnischen Gesellschaft Mietschislaw Korytynski, verhaftet. Gleichzeitig verhaftete man in Krakau den Maler Kitzinski, nahm in Lemberg zahlreiche Haussuchungen vor und verhaftete daselbst einige Ruthenen, unter ihnen die beiden Schwestern Pawlik, Töchter eines Bauern aus dem Distrikte Kossow, und ausserdem Iwan Franko, einen talentvollen Schriftsteller, und einen Dorfschullehrer des Kolomea-Distrikts, Karl Genick.

* * *

In Warschau ist das Schicksal der bisher gefänglich Eingezogenen noch zu keinem Abschluss gelangt, dagegen giebt man ihnen ununterbrochen neue Leidensgenossen. Auf die Denunziation eines Spions hin, der bereits bei den vorhergegangenen Verhaftungen erkannt worden war, sollen Anfangs März Polizei und Gendarmen eine sozialistische, aus Arbeitern, zwei Ingenieuren und einem Studenten der Medizin bestehende Versammlung überrascht haben. Die polnischen Zeitungen in Posen und Galizien bemühten sich — nicht ohne bestimmte Absicht — diese Angelegenheit als ein Gegenstück und als Folge der gegenwärtig in Russland statthabenden revolutionären Bewegung hinzustellen. Pariser, mit dem wahren Stand der Dinge unbekannte Zeitungen haben ebenfalls geglaubt, nihilistische Machinationen in Warschau zu bemerken; namentlich zeichneten sich die „Lanterne" und der „Voltaire" durch eine in dieser Beziehung wahrhaft fruchtbare Einbildungskraft aus. Es hat sich deshalb das in französischer Sprache erscheinende Bulletin des „Rownost" verpflichtet gefühlt, diese Irrthümer zu berichtigen und zu erklären, „dass der Sozialismus, der seit vier Jahren in Polen Boden gefasst hat, sich unabhängig von dem entwickelt, was man gewöhnlich unter „Nihilismus" versteht."

* * *

Die Auswanderung der posenschen und galizischen Landbevölkerung nach Amerika nimmt riesenhafte Dimensionen an und zieht immer mehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf das entsetzliche Elend unter der Landbevölkerung. Noch jüngst versicherten die Zeitungen, um das Publikum mit aller Gewalt zu überzeugen, dass der Sozialismus in den polnischen Provinzen keine Existenzberechtigung habe, es gebe bei uns kein solches

Elend, wie es im Ausland herrsche, und wer nur arbeiten wolle, könne seinen Lebensunterhalt leicht finden. Heute behaupten dieselben Zeitungen das Gegentheil. In seiner Nummer vom 25. März bringt der konservative „Czas" an erster Stelle eine von einem Geistlichen herrührende Korrespondenz, die auf das Elend des Volkes ein schreckliches Licht wirft. „Es ist unglaublich", sagt er, „wie unsere Leute leben. — Ihr Essen ist so dürftig, wie ihr Land unfruchtbar ist, sie essen einmal täglich, Viele haben sogar nur alle zwei Tage ihr dürftiges Mahl; ja, es giebt Leute, deren Nahrung fast nur aus warmem Wasser mit Salz, das für einige Zeit die letzte Lebenskraft erhält, besteht." Ein anderer Geistlicher, der Abbé Gollda, Vizepräsident des Bezirksrathes von Chrzanow bei Krakau, spricht in seiner jüngsten Broschüre über die Ursachen des Elends der galizischen Bauern von der schrecklichen Lage der Landbevölkerung, der Schwierigkeit, Arbeit zu finden, und dem erbärmlichen Lohn, den sie erhalten. Ich wollte hier nur konservative Stimmen wiedergeben.

B. Limanowski.

II. Russland.

Die Reihe politischer Prozesse, die nach dem Attentat vom 2. April 1879 begonnen hatte (S. „Jahrbuch" I. Jahrgang, I. Hälfte, S. 302), zog sich auch durch die ganze zweite Hälfte desselben Jahres hin. Durch den Ukas vom 18. August 1878 wurden alle politischen Prozesse dem Kriegsgericht überwiesen.*) Diese Verfügung erhielt sogar rückwirkende Kraft, so dass über mehrere Personen, die noch vor der Bekanntmachung des Ukases verhaftet worden waren, nun wegen ganz geringfügiger Dinge die härtesten Strafen verhängt wurden.

Die bedeutenderen Prozesse der ersten Hälfte des Jahres 1879, Prozess Ossinski, Brandtner, Solowiow, Dubrowin und Andere, sind den Lesern des „Jahrbuchs" bereits bekannt. Wir wollen hier daher nur diejenigen politischen Prozesse besprechen, die in der zweiten Jahreshälfte zur Aburtheilung gelangten.

Am 15. Juli verhandelte das Kriegsgericht zu Charkow über Jazewitsch, Efremow und vier andere Personen, die angeklagt waren, einen Geheimbund zur Befreiung des politischen Gefangenen Fomin gebildet zu haben.

Gelegentlich dieses Prozesses haben wir zu notiren, dass, Angesichts der äussersten Grausamkeit, mit der die politischen Vergehen in Russland bestraft werden, es eine der Hauptsorgen der Partei war, die Befreiung politischer Gefangener zu organisiren. Die glücklichsten Unternehmungen dieser Art waren 1876 die Befreiung des Fürsten Krapotkin und 1878 die Presniakows. Manche Versuche freilich misslangen, wie z. B. die zur Befreiung Kowalik's und Woinoralsi's. Die zwei letztgenannten wollten nämlich aus dem Peters-

---

*) Der geehrte Herr Berichterstatter ist hier theilweise im Irrthum. Dieser Ukas verfügte die kriegsgerichtliche Aburtheilung nur für diejenigen politisch Angeklagten, welche bei Begehung der inkriminirten Thaten Waffen etc. in Anwendung gebracht haben sollten. Die ausnahmslose Ueberweisung aller politischen Prozesse an die Kriegsgerichte ist erst nach dem Attentate vom 2. April verfügt worden. Anm. d. Ubers.

burger Gefängniss entweichen, wurden aber, als sie schon die Gefängnissmauern erklettert hatten, wieder ergriffen. Von dem Kriegsgericht dann zu Zwangsarbeit verurtheilt, wurden sie nach Charkow transportirt, wo sie im Zentralgefängniss ihre Strafe verbüssen sollten. Die Petersburger Sozialisten theilten dies sowie die Zeit der Abreise den Charkower Gesinnungsgenossen mit, welche darauf einen Ueberfall gegen die Eskorte der Verurtheilten organisirten. Jedoch der Versuch missglückte: es wurde zwar ein Gendarm verwundet, der andere konnte indess mit dem Verurtheilten Woinoralski entfliehen, und einer der Angreifer, der sich Fomin nannte, wurde verhaftet. Es gelang diesem Letzteren freilich, mit Hilfe eines Sozialisten, der zu dem Zweck Gefängnissdiener geworden war, zu entweichen; er wurde aber nach einigen Tagen wieder eingefangen. Seine Freunde versuchten es nun auf andere Weise: Zwei von ihnen stellten sich, als Gendarmen verkleidet, dem Gefängnissdirektor vor und überreichten demselben einen Brief des Obersten der Gendarmerie, durch den sie beauftragt seien, den Gefangenen Fomin zum Verhör mitzunehmen. Sie waren schon im Begriffe, mit letzterem fortzugehen, als zufällig zwei richtige Gendarmen mit demselben Auftrag anlangten. Die Täuschung wurde sofort entdeckt und die beiden Sozialisten verhaftet. Diese waren Efremow und Jazewitsch, Studirende der Thierarzneischule, die später in dem obenerwähnten Prozess vom 15. Juli als Angeklagte figurirten. Die übrigen in diesem Prozess verwickelten Personen wurden angeklagt, jene in der Ausführung ihrer Absicht mehr oder minder unterstützt zu haben, — trotzdem sehr ungenügende Beweise dafür vorlagen. Das Urtheil lautete gegen Efremow auf Todesstrafe (die vom General-Gouverneur in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt wurde) und gegen die übrigen Angeklagten auf 10 bis 15jährige Zwangsarbeit.

Ununterbrochen im Kampf gegen die Regierung, war es der russischen sozialistischen Partei selbstverständlich nicht immer möglich, den moralischen Werth ihrer neuen Mitglieder sorgfältig abzuwägen und Erkundigungen über die Vergangenheit derselben einzuziehen. Die Folge davon war, dass sich zwei- oder dreimal in den politischen Prozessen unter den Angeklagten Personen befanden, die schon wegen gemeiner Vergehen verurtheilt worden waren.*) Das war für die Herren Staatsanwälte genügende Veranlassung, die ganze sozialistische Partei als eine Diebs- und Gaunerbande darzustellen.

Da sich nun aber einmal unter den Sozialisten ein früherer Dieb befand, so ist es auch gut, wenn man weiss, wie derselbe dahin gekommen ist. Um diese Frage zu beantworten, wollen wir hier die Rede Owtschinnikows, eines der elf Sozialisten, die am 15. Juli vor den Schranken des Kiewer Kriegsgerichts standen, zitiren. Es sei vorausbemerkt, dass diese elf Personen angeklagt waren, einen Geheimbund zur Stürzung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung etc. gegründet, sowie die Absicht gehabt zu haben, zu Gunsten der Partei eine Regimentskasse zu bestehlen. Letzterer Anklagepunkt fusste lediglich auf Hörensagen und der Denunziation eines Polizeispions, dass der Offizier Kosakewitsch und zwei andere Angeklagte einige

*) Aus demselben Grunde vermochten es auch so viele Spione, sich in die Partei einzuschleichen. Die „gewesenen Verbrecher“ als Mitglieder der Partei vertheidigt Owtschinnikow (s. unten) selbst am besten.

Anm. d. Uebers.

Mal ein diesbezügliches Gespräch geführt hätten. — Unter den Angeklagten befand sich also der oben erwähnte Owtschinnikow, ein achtzehnjähriger junger Mann, der vordem drei Mal wegen Diebstahls verurtheilt worden war. Und nun kann man sich leicht vorstellen, mit welchem Eifer der Staatsanwalt darzuthun suchte, dass es eben solche „bis in's Mark hinein" korrumpirte Menschen seien, die von der sozialistischen Partei angeworben würden. Um so grösseren Eindruck musste es daher andererseits machen, als Owtschinnikow in seiner Antwort seinen ganzen Lebenslauf erzählte, wie er im Alter von zwölf Jahren zum ersten Mal wegen Beleidigung eines Polizeiagenten verhaftet wurde, und wie er später im Gefängniss die Bekanntschaft gefangener Sozialisten machte.... Doch lassen wir ihm lieber selbst das Wort.

„Die mit ihnen (den Sozialisten) gepflogenen Gespräche," sagte Owtschinnikow, „öffneten mir eine neue, mir bis dahin unbekannte Welt und zeigten mir die ganze Widerwärtigkeit meines vergangenen Lebens: — unter diesem Einfluss wurde ich ein eifriger Anhänger des Sozialismus, — von diesem Moment an war ich entschlossen, mein ganzes Leben der Sache der Menschheit zu widmen und alle meine Interessen der allgemeinen Sache zu opfern, — ich, der ich früher alle Gebote der Sittlichkeit verletzte, dessen Selbstsucht so weit ging, dass ich Alles meinen persönlichen Interessen opfern konnte!... Ich bin nicht mehr derselbe, der ich in meinem fünfzehnten Jahre war. Ich war das Opfer der herrschenden Ordnung — wie es solcher so viele gibt — und es ist ein reiner Zufall, der mich aus dem Abgrund rettete. Die sozial-revolutionäre Partei ist es, der ich diese Rettung verdanke. Unter dem Einfluss der Gedanken dieser Partei fand in mir eine vollständige Umwandlung statt. Und zeugt nun dies Alles nicht von der ganzen Reinheit, von der ganzen Heiligkeit der sozialistischen Idee! Fühlen Sie darin nicht die wunderbare Kraft, mit der sich nur die Macht der Idee des ersten Christenthums messen kann, welche auch Leute ohne Unterschied des Standes gewann, unter deren Einfluss selbst die hartnäckigsten Verbrecher dann für sie in den Tod gingen und Märtyrer wurden.... Ich habe dies Alles gesagt, nicht um mich zu vertheidigen, sondern um Ihnen, meine Herren Richter, die ganze Kraft der Idee zu zeigen, welche Sie zu vernichten glauben, indem Sie die Träger derselben unterdrücken.... Nun gut, urtheilen und verurtheilen Sie, aber wissen Sie auch, dass jede neue Idee verfolgt zu sein pflegte, und zwar desto mehr, je edler und mächtiger sie war, — dass aber alle Verfolgungen nichts ausrichteten, es sei denn, dass durch sie der Kampf erbitterter, entsetzlicher sich gestaltete." (Aus dem offiziellen Bericht über diesen Prozess.)

Eine solche Sprache in dem Munde eines bisherigen Verbrechers, den die Berührung mit der sozialistischen Idee zum Bruch mit der Vergangenheit gebracht hat, ist sehr bezeichnend und beweist gleichzeitig, dass die sozialistische Bewegung in Russland sich gegenwärtig in einer Phase befindet, die etwa nur mit der ersten Zeit des Christenthums verglichen werden kann.*)

---

*) Es ist eine interessante Thatsache, dass einige russische Sozialisten auf diese Verwandtschaft anspielten. So sagte z. B. Wittenberg am Vorabend seiner

Der unglückliche Owtschinnikow sah die ihm vom Gericht diktirte Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, d. h. in die Strafe des langsamen Todes. Drei seiner Mitangeklagten — der Schlosser Biltschanski, der Soldatensohn Davidenko und Gorski — wurden zum Tode, die übrigen zu Zwangsarbeit verurtheilt. Am 26. Juli fand die Hinrichtung der drei Genannten statt. Auf dem ganzen Wege vom Gefängniss bis zum Hinrichtungsplatz redeten die Verurtheilten zum Publikum, trotz dem Trommeln, durch welches man ihre Worte unhörbar machen wollte. Auf dem Schaffot lehnten alle drei die religiöse Tröstung ab; und, den Strick um den Hals, rief Beltschansky, das Gesicht von der Kappe befreiend: „Hoch die Revolution! Hoch das arme Volk!..“ Einige Augenblicke später hatten die Unglücklichen ausgelebt. („Narodnaja Wolja“ 1.)

Zu derselben Zeit, als sich in Kiew und Charkow diese Prozesse abspielten, erschienen am 6. August vor dem Kriegsgericht zu Odessa 28 Personen. Ein Theil davon war angeklagt, den Versuch eines Aufruhrs und der Befreiung der am 5. August 1878 im Prozess Kowalski Verurtheilten (S. „Jahrbuch“ I. 291) gemacht zu haben; gegen die übrigen lautete die Anklage auf Zusammenkünfte bei einem gewissen Tschubarow, mit dem Spitznamen „Der Kapitän“, behufs Berathung verschiedener Pläne zur Befreiung politischer Gefangener, zur Erregung von Aufruhr etc. Zwei von ihnen, der Lehrer Wittenberg und der Marine-Unteroffizier Logowenko, wurden überdies beschuldigt, mittelst einer Sprengmine Vorbereitungen zu einem Attentat auf das Leben des Kaisers, während dessen Fahrt durch Nikolajew am 30. August 1878, getroffen zu haben, welches Attentat durch die am Vorabend der event. Ausführung stattgehabte Verhaftung Beider vereitelt worden sei. Alle diese Anklagen, und insbesondere die letztere, hatten absolut nichts Nachweisbares zur Basis: einige halb phantastische Erzählungen von Polizisten und Spionen waren das einzige Material, worauf sich die Anklage stützte. Dessen ungeachtet verurtheilte das Kriegsgericht fünf der Angeklagten zum Tode. Diese waren: Tschubarow, ein hochintelligenter Mann, der viel gereist war, u. A. auch in Amerika gewesen ist, mehrere Sprachen beherrschte und von der Anklage als eines der Häupter der revolutionären Partei hingestellt wurde; Lisogub, ein adeliger Gutsbesitzer, dessen ganzes Verbrechen darin bestanden, dass er jenem einige Scheine gegeben hatte, und der von der Anklage auf Grund dieses Umstandes als Kassier und Verwalter der Parteifonds hingestellt worden war; Davidenko, der schon in einige andere politische Prozesse verwickelt gewesen: endlich Wittenberg und Logowenko. Die drei Ersteren wurden am 22. August in Odessa, die anderen zwei am folgenden Tag in Nikolajew gehängt.

Unter den Angeklagten befand sich auch ein junges Mädchen, fast noch Kind, Gukowskaja, die bei ihrer Verhaftung wegen Theilnahme an der Demonstration vom 5. August nicht einmal volle 14 Jahre zählte. Vor

Hinrichtung in einem Brief: „Erinnert euch, dass das erhabenste Beispiel der Menschenliebe und der Hingebung zweifellos der Heiland war, der dennoch betete: ‚Lass diesen Kelch an mir vorübergehen‘. Nun, warum sollte ich nicht dasselbe beten!“ (Narodnaja Wolja 1). — Der Sozialist Mitski sagte zu seinen Richtern: „Wir sind Fanatiker, wir gehen in den Kampf, wie die alten Christen in das Martyrium gingen.“

dem Gericht verzichtete sie auf jede Vertheidigung und verlangte von ihm die Anerkennung, dass sie trotz ihres geringen Alters in vollem Bewusstsein der Bedeutung der Sache gehandelt hätte. Das Gericht beachtete diese Erklärung nicht, sondern nahm vielmehr auf die Jugend der Angeklagten Rücksicht, und wandelte die Todesstrafe für sie in einfache Verbannung nach Sibirien um. — Ferner figurirte unter den Angeklagten ein gewisser Fomitschew, der schon im März 1878 wegen Propaganda in der Armee vor Gericht gestanden hatte, jedoch wegen Mangel an Beweisen freigesprochen worden war. Er vertheidigte sich selbst und wies sehr geschickt die ganze Haltlosigkeit der Anklage gegen ihn nach. Trotzdem aber wurde er, wie die meisten seiner Mitangeklagten, zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Einige Zeit darauf, und zwar Ende Oktober, spielte sich vor dem Kiewer Kriegsgericht folgender Prozess ab. Der Popensohn Kryschanowski war nebst acht Anderen angeklagt, einen Postillon in der Absicht ermordet zu haben, sich das im Postwagen befindliche Geld anzueignen. Trotzdem aber nicht im Geringsten nachgewiesen werden konnte, dass die Angeklagten der sozialrevolutionären Partei angehörten und der Hauptangeklagte selbst erklärte, das Verbrechen einzig in der Absicht der Beraubung, ohne jeglichen politischen Hintergedanken, ausgeführt zu haben, wurde der politische Charakter des Verbrechens vom Gericht ausgesprochen, weil — einige frühere Schulkameraden Kryschanowski's Sozialisten waren. Kryschanowski wurde in Folge dessen zum Tode,*) seine Mitangeklagten zu Zwangsarbeit verurtheilt. Es muss hier jedoch bemerkt werden, dass die gegen Kryschanowski ausgesprochene Todesstrafe, so viel man weiss, bis jetzt noch nicht vollzogen worden ist.**)

Etwa vier Wochen später fand vor dem Petersburger Kriegsgericht die Verhandlung des bekannten Prozesses Mirski statt. Am 18. August war in Taganrog, auf Anzeige eines Polizeispions, ein junger Mann verhaftet worden, der sich zuerst Pletnew nannte, bald aber als Mirski, der Unternehmer des Attentats auf General Drenteln, den Chef der Geheimpolizei (S. „Jahrbuch" I, 301) erkannt wurde. Der Verhandlungstermin war am 27. November. Auf der Anklagebank sassen ausser Mirski noch sieben Personen, beschuldigt, dem Attentäter Asyl gewährt zu haben. Mirski leugnete die Absicht, den Polizeichef zu tödten, erklärte aber zugleich, dass er auch dies nicht für ein Verbrechen anerkenne, da die Morde von Seiten der sozialistischen Partei lediglich Antworten wären auf die bei Weitem zahlreicheren, von der Regierung an derselben begangenen. Er setzte ferner auseinander, dass sein am hellen, lichten Tage in einem der belebtesten Zentren der Residenz unternommenes Attentat nicht mit einem ordinären Mord verglichen werden könne, sondern eher mit einer Art von Duell, da er ja dabei sein eigenes Leben auf's Spiel gesetzt. Er erklärte endlich, dass, als er gezwungen war, sich bei verschiedenen Personen zu

---

*) Für gemeinen Mord etc. existirt in Russland die Todesstrafe nicht.
Anm. d. Uebers.

**) Kryschanowski wurde später zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt".
Anm. d. Uebers.

verbergen, diese nicht wussten, dass er der Attentäter wäre und sich überhaupt verberge, und in Folge dessen unschuldigerweise in die Sache hineingezogen worden seien. „Ich würde ruhig sterben", schloss er seine Rede, „wenn ich alle diese unschuldigen Personen freigesprochen wüsste". (Narodnaja Wolja N. 2.)

Der Staatsanwalt forderte für alle Angeklagten ohne Ausnahme die Todesstrafe. Zu seinem grössten Verdruss aber wurden Alle, mit Ausnahme Mirski's und des Offiziers Tarchow, freigesprochen.*) Zu den Freigesprochenen zählte u. a. der Gerichtspristaw (Exekutivbeamter im Offiziersrang) Semenski, der in Folge der harten Einzelhaft noch während der Untersuchung irrsinnig geworden ist. — Das Gericht verurtheilte Mirski zum Tode, welche Strafe vom Generalgouverneur Gurko in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde; Tarchow hat zehn Jahre Zwangsarbeit zu verbüssen.

Das letzte öffentliche Todesurtheil im Jahre 1879 wurde am 15. Dezember vom Odessaer Kriegsgericht gefällt. Die Anklage lautete wegen Tödtung eines Spions resp. Mitwissenschaft von derselben. Drei der Angeklagten, und zwar Malinka, Drobiasgin und Maidanski, wurden zum Tode verurtheilt und am 19. desselben Monats hingerichtet. Während der Fahrt nach dem Hinrichtungsplatz spielte sich folgende abscheuliche Szene ab: Die Verurtheilten versuchten zu dem Publikum zu reden, wurden aber dafür auf der Stelle von den sie begleitenden Gendarmen mit den Säbeln fast todtgeschlagen. Das Publikum war über diese, an den Opfern des weissen Schreckens begangene letzte Schmach höchst aufgebracht, und wir vernehmen soeben, dass ein junger Student Olechowski, diese barbarische Handlungsweise mit lauter Stimme brandmarkte, sofort jedoch verhaftet und dem Kriegsgericht überwiesen wurde.

Diese drei letzten Hinrichtungen erhöhen die Zahl der während sieben Monaten gehängten russischen Sozialisten auf sechzehn, nicht gerechnet die nach Hunderten zählenden Verurtheilungen zu mehrjähriger und lebenslänglicher Zwangsarbeit und die auf Tausende sich belaufenden „rechtsgiltigen" und administrativen Deportationen. Es ist wahrhaftig schwer, solche Beispiele von Verfolgungen einer Partei im XIX Jahrhundert anderswo aufzufinden! — — —

Ich habe hier nur die bedeutendsten Prozesse der letzten Zeit Revue passiren lassen und die Prozesse Minakows in Odessa, Tatarintschik in Kiew und mehrere andere übergangen. Man mag jedoch nicht meinen, dass die Reihe der Prozesse damit zu Ende sei. Im Gegentheil, die zahllosen, täglich stattfindenden Verhaftungen lassen eine Menge von neuen Prozessen erwarten, die voraussichtlich neue Todesurtheile bringen werden; und wie die Verhaftungen, so mehren sich auch die Verbannungen „auf administrativem Wege" mit jedem Tag.

Einige Tage nach dem Attentat vom 2. April wurden aus Odessa über sechzig Personen ausgewiesen („Narodnaja Wolja" N. 1). Unter ihnen

*) Es ist für die russische „Rechtspflege" sehr bezeichnend, dass die Freigesprochenen bis jetzt noch nicht aus der Haft entlassen sind, trotzdem das Urtheil schon längst in Kraft getreten ist. Anm. d. Uebers.

gab es solche, welche diesem Schicksal irrthümlicherweise verfielen, und zwar weil sie zufällig die Namen von verdächtigen Personen trugen; trotzdem sich aber der Irrthum herausgestellt hat, ist ihnen die Erlaubniss zur Rückkehr nach Odessa bis jetzt verweigert worden. — Folgendes Beispiel kann uns zeigen, bis zu welcher Verzweiflung die willkürlichen Verhaftungen ihre unglücklichen Opfer treiben. Ein junger Mann Namens Somow kam seiner Geschäfte wegen nach Odessa. Die Polizisten und Spione erachteten ihn, ohne irgend einen Grund dazu zu haben, für verdächtig. Sie folgten ihm in Folge dessen eine Zeit lang auf Schritt und Tritt, bis sie endlich dessen müde wurden und ihn einfach zu verhaften beschlossen, was auch am hellen Tage auf offener Strasse geschah. Aufgebracht über diese grundlose Verhaftung, wandte sich der junge Mann an das Publikum und suchte „die elende Lage, in der sich jeder russische Bürger gegenüber der Brutalität der Polizei befindet“, zu erklären. Die Gendarmen liessen ihn nicht sprechen und führten ihn unter Schlägen und Stössen ab. Die Ueberreizung, in der sich der unglückliche Somow befand, war derart, dass er noch in derselben Nacht mit den Zähnen (die Hände waren ihm gebunden worden) eine brennende Petroleumlampe zerschlug, die Decke seines Bettes anzündete und sich auf diese Weise lebendig verbrannte. (Nar. Wolja N. 1.)

Unter den Verbannten befinden sich Leute aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen: Lehrer, Staats- und Munizipalitätsbeamte, Studenten, Bauern, Friedensrichter und sogar Geistliche. In Betreff der letzteren zählt man fünf Fälle von Verhaftungen und Verbannungen auf, entweder „wegen übermässiger Sympathie mit dem Volk“, oder wegen Verkehr mit politischen Verurtheilten und Besitz von verbotenen Schriften', oder auch wegen Aeusserung von Unzufriedenheit darüber, dass das Attentat gegen den Zaren misslungen sei etc. (Nar. W. 1—2). Fast alle Verwandten von politisch Verfolgten oder Verurtheilten sind nach den entfernten Provinzen und selbst nach Sibirien verbannt worden. — Es ist nicht möglich, die genaue Zahl von Verhaftungen und Verbannungen anzugeben. Es genügt jedoch zu sagen, dass in den eben zitirten zwei Nummern der „Narodnaja Wolja“ die Namen von über dreihundert Personen aufgezählt sind, die während zwei Monaten in Petersburg, Moskau, Odessa, Poltawa, Charkow und einigen anderen Städten verhaftet resp. aus denselben verbannt worden sind. Und wie viele Fälle werden der Oeffentlichkeit für immer unbekannt bleiben! In dem Voruntersuchungsgefängniss zu Petersburg befanden sich Ende November nicht weniger als 163 Personen, die ihrer Aburtheilung harrten. (Nar. Wolia N. 2.) Die russischen Regierungsagenten möchten die Sozialisten sogar jenseits der Reichsgrenzen verhaften. Einem Telegramm des Gouverneurs von Archangel zufolge flüchteten zwei Sozialisten, Preferanski und Katz, aus ihrem Verbannungsort Mesen, indem sie in einem kleinen Schifferboote in das Eismeer hineinlenkten. Hier von norwegischen Fischern bemerkt, wurden sie nach Vadzö (in Norwegen) gebracht und von den Behörden einstweilen in Gewahrsam genommen. Auf eine telegraphische Anfrage der norwegischen Behörden antwortete der Gouverneur mit dem Verlangen nach Auslieferung, da „diese jungen Leute ohne Erlaubniss den russischen Boden verlassen hatten“. Die norwegischen

Behörden aber liessen sofort die Verhafteten frei. Die Reise der Freigelassenen bis nach Drontheim war ein wahrer Triumphzug. Ueberall sympathisirte die Bevölkerung auf's Lebhafteste mit den Opfern der brutalen Despotie, denen es gelang, dem unvermeidlichen Tod in den Eistundren ihres Verbannungsortes zu entgehen. — Damit nicht die letzteren Worte als übertrieben erscheinen, sowie um zu zeigen, was für ein Leben die Verbannten führen, möchte ich hier den Brief eines Sozialisten Morosow zitiren, der nach Werchojansk (der Leser sehe einmal auf der Karte nach, und ein Schauder wird ihn überlaufen), verbannt worden ist, nach einer „Stadt", in welcher sich nur zwei Häuser befinden, während die anderen Wohnungen in Zelten der Jakuten bestehen, die für einen zivilisirten Menschen unbewohnbar sind. Nach dieser Stadt kann man nur zu Fuss oder zu Pferd gelangen, und der unglückliche Morosow, der während seiner Reise krank geworden war und in Folge dessen weder gehen noch reiten konnte, musste in einem an den Sattel eines Pferdes befestigten Sack transportirt werden. Nach mehreren Tagen dieser Art zu reisen, kam er halbtodt an seinem Bestimmungsort, dem oben erwähnten elenden Flecken an, der noch über 100 Kilometer nördlicher als der Polarkreis gelegen ist. (Narodnaja Wolja N. 2.) —

In ihrem erbitterten Kampfe gegen die Sozialisten ging die Regierung so weit, dass sie auch gegen die friedlichen Bürger lästige Massregeln traf. Die General-Gouverneurs schienen mit einander in der Erfindung von unzähligen Reglements gegen die Hausbesitzer, Hauswächter, Kutscher etc. zu wetteifern. Der General-Gouverneur von Odessa übertraf jedoch alle seine Kollegen, indem er den Hausbesitzern zur Pflicht machte, der Polizei die Namen, die Profession etc. aller Hausbewohner anzuzeigen, und diese Anmeldung bei deren Wegzug resp. Abreise zu erneuern, und zwar in letzterem Falle noch vor dem Abgang des nächsten Zuges. Nun stelle man sich die Hauseigenthümer resp. die Hausmeister vor, die (besonders in Gasthöfen) mehrere Mal des Tages zur Polizei laufen müssen!... Die am härtesten Geprüften aber waren die Bauern, welche jeden Tag mit ihren Produkten auf den Markt zu kommen und noch denselben Tag abzureisen pflegen, und die, nachdem sie kaum gekommen waren und ihre Papiere der Polizei eingeliefert hatten, schon wieder nach der Polizei laufen mussten, um ihre Abreise anzuzeigen und die deponirten Papiere abzuholen. Diese Prozedur schien endlich dem General-Gouverneur selbst ziemlich abgeschmackt, und er verordnete, dass die Bauern, welche auf den Markt kommen, von dieser Formalität verschont bleiben, die Gasthofbesitzer jedoch die Verantwortung übernehmen sollen, wenn sie einen Sozialisten einlogiren sollten.

Um die Armee von dem sozialistischen Gift frei zu halten, wurde der Befehl erlassen, dass als Freiwillige nur diejenigen aufgenommen werden sollten, welche ein Zeugniss von der Polizei aufweisen können, dass sie von den verkehrten Ideen nicht angesteckt sind.*) Ueberdies ist vor Kurzem

*) Eine spätere Verfügung bestimmte, dass von allen politisch Verdächtigen, die zum Militärdienst herangezogen werden, der III. Abtheilung durch den Gouverneur Mittheilung gemacht werden müsse. Anm. d. Uebers.

angezeigt worden, dass die Propaganda in der Armee noch viel strenger gebüsst werden würde, als die unter den bürgerlichen Elementen.

Die Wuth der Regierungsgewalt trifft Alles, was den Keim der Selbstständigkeit in sich trägt. Das Körnchen Freiheit, das in der Provinzial- und Munizipalitätsordnung lebte, wurde niedergedrückt. Der Ukas vom 31. August z. B. bestimmte, dass die Friedensrichter und einige anderen Wahlbeamten von dem Minister in ihren Aemtern nicht bestätigt werden würden, wenn sie nicht ein vom Gouverneur ausgestelltes Zeugniss über ihre guten Gesinnungen etc. präsentiren könnten. Das Wahlsystem ist dadurch faktisch aufgehoben, es ist auf diese Weise zu einem verkümmerten Vorschlagsrecht zusammengeschrumpft.

Die stupidesten Massregeln wurden jedoch gegen das Unterrichtswesen ergriffen. Mehrere Ukase bezwecken, bald neue Schwierigkeiten zur Erlangung eines Lehramtes zu schaffen, bald die Zahl der Töchterschulen zu vermindern, bald — und dies besonders — den Zuschuss zu den Universitäten einzuschränken, sowie die Stellung der Studenten und Professoren möglichst unbehaglich zu gestalten. Der Ministerrath fertigte daher neue Universitätsreglements an, denen zufolge ein vom Unterrichtsminister und dem General-Gouverneur zu ernennender Universitätsinspektor das Recht hat, die Privatwohnungen der Studenten zu jeder Zeit zu visitiren, den Studirenden verboten ist, Zusammenkünfte, Feste, Konzerte u. dergl. zu veranstalten, sowie, damit die jungen Leute die „moralische" Gewalt ihrer Vorgesetzten recht vor Augen haben, Orte zu besuchen, wo es „wohlerzogenen Leuten nicht geziemt, sich zu zeigen" etc.

Die Anwendung einiger dieser Reglements, besonders des Inspektoratspunktes, hatte kein anderes Resultat, als dass die Agitation unter dem Studententhum noch mehr gewachsen ist. Und in der That macht sich seit dem 16. November an der Petersburger Universität eine Gährung geltend, die neue Unruhen zur Folge haben dürfte. (Narodnaja Wolja 1.) — Die durch die neuen Reglements für die Professoren geschaffene Lage war nicht besser. Es wurde den Professoren das Recht, den Universitätsrath zu wählen etc. entzogen. Sie sind überhaupt der Willkür des Herrn Ministers ausgeliefert, der sie absetzen und selbst einfach verjagen kann, wie die simpelsten Kanzleischreiber.

Es ist nicht schwer zu begreifen, dass alle diese Massnahmen nichts vermochten, als die allgemeine Unzufriedenheit zu steigern, und weit entfernt sind, die Agitation und Aktion der sozialistischen Partei zu hemmen. Der Beweis dafür liegt schon in dem Erscheinen des neuen geheimen Journals „Narodnaja Wolja" (Volkswille, auch Volksfreiheit) und in der Anzeige von dem baldigen Erscheinen eines zweiten — „Tscherny Porediel",*) sowie in dem neulichen Attentat auf den Zaren.

Betrachten wir letzteres zuerst.

Die Polizei und die General-Gouverneure glaubten schon das „Uebel" bis zur Wurzel ausgerottet, nachdem ein Dutzend Sozialisten gehängt und

*) Heisst wörtlich: die schwarze Neutheilung und ist der Volksausdruck für die Neutheilung des Bodens unter gerechter Berücksichtigung der Bauernschaft — des „schwarzen Volkes" — tschernj. Anm. d. Uebers.

einige Tausend nach Sibirien verbannt worden waren und sie den Bürgern, vom Millionär bis zum ärmsten Kutscher, ihre Gewalt hatten fühlen lassen. Und siehe da, an einem schönen Abend fliegt im „Mütterchen"-Moskau, der „treuesten" Stadt, der kaiserliche Zug in Folge einer Sprengung in die Luft; das Leben des Kaisers wurde durch einen fast wunderbaren Zufall gerettet, indem der Kaiser in einem anderen Zuge fuhr, als in dem er zu fahren hatte. Die verschiedenen Einzelheiten dieses jüngsten Attentats sind allen Zeitungslesern bekannt. Wir wollen daher nicht auf sie eingehen. Allein es wäre sehr interessant zu wissen, wie die Sozialisten, trotz der Strenge der Passordnung, trotz der peinlichen Wachsamkeit der Polizei u. dergl. mehr, dennoch vermochten, in Moskau ein Haus zu kaufen resp. zu miethen, unter die Eisenbahn eine Mine zu legen, in dieser eine elektrische Batterie aufzustellen und mit derselben den kaiserlichen Zug zu sprengen, ohne dass man die Thäter bis auf den heutigen Tag hätte entdecken können. Ja, als das Attentat misslungen war, verbreiteten sie, trotz aller Wachsamkeit der Polizisten, Gendarmen und Spione, in Petersburg eine Proklamation, in der dieser Misserfolg bedauert und ein neues Attentat in Aussicht gestellt wird. Es wäre ebenfalls interessant zu wissen, was die Regierung, die ja schon alle ihre terroristischen Mittel erschöpft hat, noch unternehmen wollte! Da fabrizirt freilich ein General-Gouverneur, um seine Machtlosigkeit erst recht zu illustriren, eine Verfügung, die Privatleuten den Besitz von Explosionsstoffen untersagt und die Hauseigenthümer verpflichtet, vor ihren Häusern die Nummer derselben anzeigende Laternen zu haben, die die ganze Nacht brennen müssen. Das ist das ganze, was die Regierung als neue terroristische Massnahmen zu erfinden vermochte. Es ist freilich nicht ohne zahlreiche, ja zahllose neue Verhaftungen, die rücksichts- und schonungslos vorgenommen worden sind, abgegangen. Wir sehen dabei sogar sehr Viele, die nun in den Gefängnissen und in den entferntesten Winkeln des ungeheuren Reiches, selbst in Sibirien in der Verbannung schmachten, ohne irgend welche Schuld auf sich zu haben — Alles Opfer der Polizeiwuth, die dadurch, dass das Attentat nicht hatte verhindert werden können, aufs höchste gestiegen ist.

Der beste Beweis für die Macht der sozialistischen Partei in Russland ist das Erscheinen der geheimen Zeitschriften. Die erste Nummer der in diesem Bericht mehrmals zitirten „Narodnaja Wolja" erschien am 1. Oktober 1879 in Petersburg als Ersatz für die eingegangene geheime Zeitschrift „Semlja i Wolja" (Land und Freiheit). Das Programm der neuen Zeitschrift weicht, nach den erschienenen zwei Nummern zu urtheilen, von dem der „Semlja i Wolja" etwas ab, indem es das politisch-revolutionäre Element mehr hervorhebt. Die „Narodnaja Wolja" sucht zu beweisen, dass, da es in Russland noch keine Bourgeoisie — im westeuropäischen Sinne dieses Wortes — giebt, die Regierung auch die Stelle dieser einnehme und in Folge dessen zu gleicher Zeit ökonomischer Ausbeuter und politischer Unterdrücker des Volkes sei. Die Besiegung dieser Macht, die Alles in ihren Händen hält, sei daher vor Allem nothwendig, dann werde die neue, freiheitliche Ordnung der sozialistischen Propaganda gestatten, ihren Weg ohne so viele Opfer fortzusetzen. Die Besiegung der russischen Regierung sei auch gar nicht so schwierig, da dieselbe ja nichts

als einen „eisernen Koloss auf thönernen Füssen“ repräsentire und im Lande keine Klasse habe, die „an ihrer Erhaltung interessirt wäre (? Der Hgbr.), wenn nicht eben die materielle Gewalt, sowie die Unwissenheit derer, die es eigentlich stürzen müssten.“ „Alles“, schliesst der Artikel, „hängt also davon ab: wollen wir die Initiative zu einer politischen Revolution ergreifen, oder sollen wir, wie bis jetzt, abseits von jeder politischen Aktion stehen? Im ersteren Fall würden wir die Bewegung beeinflussen. Und wenn wir selbst die volle Emanzipation des Volkes nicht erreichen sollten, so würden wir demselben wenigstens die Möglichkeit verschaffen, in die bestehenden Verhältnisse beeinflussend einzugreifen, wir würden die Existenz der dem Volke günstigen Richtung sanktioniren und dazu gelangen, dass die der Volkssache geleisteten Dienste nicht mehr als Verbrechen betrachtet würden. Im andern Falle (wenn wir uns der politisch-revolutionären Aktion fern hielten) würde unsere Lage noch trauriger als gegenwärtig sein, da wir dann vor uns eine andere Regierung hätten, die, von der Bourgeoisie gebildet, bei Weitem mächtiger wäre, als die gegenwärtige. Indem wir eine politische Revolution vollführen, glauben wir keineswegs für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Im Gegentheil, wenn wir uns abseits von der politischen Aktion halten, dann werden wir ihr eine Macht zum Geschenk machen, die wir behalten müssten, um sie in die Hände des Volkes zu legen.“

In Nr. 2 der „Narodnaja Wolja“ wird sogar schon über die zukünftige konstituirende Nationalversammlung gesprochen. Diese würde, nach der Meinung des Verfassers des diesen Punkt behandelnden Leitartikels, „zu 90 Prozent aus Bauerndeputirten bestehen und müsste, wenn man geschickt agitirt haben würde, die Prinzipien der Partei vertreten. Eine solche Versammlung wird nicht zögern, alle Institutionen nach dem wahren Volksgeist zu reorganisiren, der sich ja stets manifestirt, sobald das Volk sich von jedem gouvernementalen Druck frei fühlt.“ Ein Parlament von solcher Majorität zu gestalten, bietet nach der Meinung des Mitarbeiters der „N. W.“ keine Schwierigkeit, besonders wenn die Partei, „nachdem sie die ganze Bedeutung einer politischen Revolution erfasst hat, das Volk darauf vorbereiten und dann die Wahlagitation energisch betreiben würde.“

Alles in Allem kann das Programm der Gruppe der „Narodnaja Wolja“ in Folgendem zusammengefasst werden: möglichst bald eine politische Revolution in Szene setzen, ehe es irgend einer Art von Bourgeoisie gelingt, sich auf den Trümmern des dem Zusammensturz nahen Gebäudes, welches man „Russisches Kaiserreich“ nennt, einzurichten. —

Die zweite geheime Zeitschrift, deren baldiges Erscheinen in der ersten Nummer der „Narodnaia Wolia“ angezeigt wurde, trägt, wie schon erwähnt, den Namen „Tscherny Perediel“. Nach den wenigen Worten der Anzeige zu urtheilen, scheint letztere Zeitschrift, die sich vollständig solidarisch mit dem „Willen des Volkes“ erklärt, mehr den alten Tendenzen der „anarchistischen“ Sozialisten ergeben zu sein. Die Herausgeber stellen als das Ziel des neuen Journals hin: die Bestimmung der Thätigkeit der Partei im Volke und die Verhinderung jeder zu ausschliesslich politischen Aktion, welche die Partei von ihrem richtigen Weg ableiten könnte; die Agitation, welche die Forderungen des Volkes zur Basis hat, wird in der Devise formu-

lirt: „Land und Freiheit". — Unter den Mitarbeitern des „Tscherny Peredjel" wurden die Namen Achselrod, Plechanow, Stefanowitsch, Deutsch und anderer, in der Partei wohl bekannter Sozialisten genannt.

Mit der Erwähnung dieser zwei neuen russischen sozialistischen Organe schliessen wir diesen Bericht über das Jahr 1879, über die an Ereignissen aller Art so reiche Epoche, in der die sozialrevolutionäre Partei Russlands so grausamen Prüfungen ausgesetzt war und trotzdem und alledem nichts an ihrer Energie verloren hat. Möge der Kampf, den sie rastlos fortsetzt, sich im neuen Jahr für sie günstiger gestalten!

Nachtrag, vom 22. Februar 1880: Der Bericht befand sich schon im Druck, als noch einige wichtige Nachrichten aus Russland anlangten, die wir, obschon sie ins neue Jahr fallen, doch hier registriren wollen.

In der Nacht vom 29. auf den 30. Januar drang die Petersburger Polizei, auf Denunziation eines Spions, in ein in der Sapeurgasse (Saperny pereulok) gelegenes Haus. Sie wurde jedoch mit Revolverschüssen empfangen, worauf die Polizisten mit Salven antworteten. Der Kampf dauerte ziemlich lange und hatte die Verwundung eines Polizisten und den Tod eines der Hausbewohner*) zur Folge. Endlich gelang es der Polizei, in die Wohnung einzudringen. In derselben befanden sich eine Druckerpresse und eine Anzahl frisch gedruckter Exemplare der „Narodnaja Wolja". Die am Leben gebliebenen Hausbewohner, zwei Frauen und drei Männer, wurden nun verhaftet. Die Polizei feierte ihren Sieg: es regnete Ordensverleihungen und Beförderungen über die „braven" Polizeimänner, denen es endlich gelungen war, die Geheimdruckerei, nach der man schon drei Jahre lang geschnüffelt hatte, zu entdecken. Nun stellte es sich aber heraus, dass das nicht der einzige Ort war, wo das Drucken oder wenigstens das Setzen der Zeitung stattfand und die schon gedruckten Exemplare aufbewahrt zu werden pflegten: am Tage nach der erwähnten Haussuchung im Saperny pereulok erhielten alle Petersburger Abonnenten und einige andere Personen die vom 26. Januar datirte dritte Nummer der „Narodnaja Wolja." Wir haben diese Nummer nun ebenfalls erhalten. Sie ist eben so gut gedruckt, wie die früheren und enthält u. A. das Programm des Revolutionskomités, von dem wir weiter unten einen Auszug geben.

Einige Tage darauf, in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar, wurde von der Polizei eine andere Geheimdruckerei entdeckt, und zwar die des „Tscherny peredjel", von dem wir im Bericht sprachen. Diese Druckerei befand sich in einem, im entferntesten Theile der Wassiliew-Insel (Wassiliewski Ostrow) gelegenen Hause. Einige Personen wurden verhaftet und die im Hause gefundenen Exemplare der ersten Nummer der Zeitung konfiszirt. Wir wissen nicht, ob die Polizei dort auf bewaffneten Widerstand gestossen ist; die Details über diese Affaire fehlen uns. Es ist uns jedoch bekannt, dass eine Anzahl Exemplare der ersten Nummer des „Tscherny peredjel" schon vor der Haussuchung zur Vertheilung gelangt war. —

*) Dieser soll, wie es hiess, der bekannte L. Deutsch, einer der begabtesten, muthigsten und ehrenhaftesten Mitglieder der russischen Revolutionspartei, gewesen sein, was sich indess nicht bestätigte. Anm. des Uebers.

Die dritte Nummer der „Narodnaja Wolja" enthält: eine Proklamation des Exekutivkomités betreffend das Moskauer Attentat; eine Beschreibung des vom Moskauer Generalgouverneur zu Ehren des Kaisers gegebenen Balles, dem der Kaiser beiwohnte, eine Beschreibung, die von einem zum Ball Eingeladenen gemacht worden ist; dann folgt eine lange Chronik von Haussuchungen, Verhaftungen etc. Was aber am meisten beachtenswerth ist, das ist das Programm des Revolutionskomités, mit dem sich auch die Redaktion vollkommen einverstanden erklärt. Wir wollen hier dieses Programm kurz resümiren.

„Nach unseren fundamentalen Ideen," beginnt das Komité, „sind wir Sozialisten und Parteigänger des Volkes. Wir sind überzeugt, dass die Menschheit einzig und allein auf der Basis des Sozialismus die Ideen der Brüderlichheit, Freiheit und Gleichheit verwirklichen, das allgemeine Wohl befestigen und den Einzelnen die weiteste Entwickelung sichern kann." „Andererseits aber," heisst es weiter, „müssen die Ideen, welche bestimmt sind, ‚sich im Leben zu verkörpern', zuvörderst die Erkenntniss und den Willen des Volkes gewonnen haben. Ferner, in Anbetracht, dass das Volk sich in einem Zustand politischer und ökonomischer Sklaverei befindet, dass es von Ausbeutern unterdrückt wird, welche durch die Regierung grossgezogen und unterstützt werden, bestehe die Aufgabe der Sozialisten darin, ‚eine politische Revolution ins Werk zu setzen, behufs Rückerstattung der Gewalt an das Volk.' Diese Gewalt, ‚dieser Volkswille könnte in einer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehenden konstituirenden Versammlung wohl ihren Ausdruck finden.'"

Von vornherein sich dem Willen des Volkes unterwerfend, erachtet es das Komité dennoch für nothwendig, demselben sein Programm zu unterbreiten. Die Hauptpunkte des letzteren sind: eine repräsentativ-demokratische Regierungsform; ein permanentes, mit voller Macht in allen Staatsangelegenheiten ausgerüstetes Parlament; ausgedehntes Selbstverwaltungsrecht der Provinzen; vollkommene Autonomie der Landkommunen; der Grund und Boden im Besitz des Volkes; eine Reihe von Massregeln zur Ermöglichung der Besitzergreifung von Fabriken etc. durch die Arbeiterschaft; Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Territorialmiliz; Vereins- und Pressfreiheit etc.

Gemäss diesem Programm umfasse die Thätigkeit der Partei: 1) „Die Propaganda der Idee einer politischen und demokratischen Revolution als eines Mittels zur sozialen Reform," sowie die Aufregung des Volkes zu einem mit allen nur möglichen Mitteln zu bewerkstelligendem Protest gegen das gegenwärtige System und zur Forderung von Reformen; 2) die terroristische und destruktive Aktion, als Mittel zur Untergrabung der herrschenden Staatsautorität, sowie dazu, die Möglichkeit eines Kampfes gegen dieselbe darzuthun; 3) die Organisation geheimer Verbindungen und die Gruppirung derselben um einen Mittelpunkt; 4) Gewinnung hoher und einflussreicher Stellungen in der Ziviladministration, der Armee, der Gesellschaft und in dem Volke überhaupt durch die Mitglieder der Partei, und 5) die Organisation und die Bewerkstelligung der Revolution auf Wegen, die natürlich nicht zur öffentlichen Besprechung geeignet sind, sowie endlich die Wahlagitation gelegentlich der Wahlen zur konstituirenden Versammlung.

Aus diesem Programm ist zu ersehen, dass das Revolutionskomité und die russischen Sozialisten überhaupt durch die letzten Verfolgungen nicht im geringsten entmuthigt worden sind, sondern sich vielmehr bestreben, mittelst einer wirksameren Organisationsweise grössere Macht zu gewinnen. —

Ausser den Verhaftungen in Russland selbst hatte am 15. Februar in Paris, auf Verlangen der russischen Regierung, die Verhaftung eines russischen Sozialisten, Namens Hartmann, stattgefunden. Die russische Regierung gab vor, derselbe sei der Urheber des Moskauer Attentats, und verlangte seine Auslieferung. Der französische Ministerrath hat noch keinen diessbezüglichen Beschluss gefasst, wir glauben jedoch nicht, dass Frankreich sich mit Schande bedecken und einen Präzedenzfall der Auslieferung politischer Flüchtlinge schaffen wird.

Wir wollten schon diesen Artikel schliessen, als die Nachricht von einer Explosion im Petersburger Winterpalais anlangte. Diese Explosion fand am Abend des 17. Februar, wenige Minuten vor dem Erscheinen des Kaisers in dem Speisesaal, statt und rührte von Dynamit her, das in den Keller unter dem Wachtlokal, über dem sich der Speisesaal befindet, gebracht worden war. Der Kaiser ist also nun zum fünften Mal dem Tod entgangen; er kann aber den Folgen der wiederholten Attentatsversuche, der Unruhe und der Angst nicht entgehen. Die Einzelnheiten dieses Attentats fehlen uns; die diesbezüglichen Telegramme aus Petersburg wurden wohl nicht durchgelassen. Wir wissen nur, dass es infolge der Explosion unter den Wache haltenden Gardesoldaten zehn Todte und 45 Verwundete gegeben hat.

Das ist die jüngste Antwort der Revolutionäre auf den gouvernementalen Terrorismus! *)

D. J.

Berichtigung.

Der Verfasser des in der ersten Hälfte dieses Jahrganges abgedruckten Berichtes über die sozialistische Bewegung in Russland hat die Freundlichkeit gehabt, uns auf einige in demselben enthaltene Uebertragungs- etc. Fehler aufmerksam zu machen und uns zugleich eine Berichtigung derselben zur Verfügung zu stellen, die wir hiermit folgen lassen!

Seite 281, Zeile 19 von unten Fonogenow; soll heissen! Finogenow.
„ 284, „ 11 „ oben bis auf die Kreisvorsteher und Stadtverordneten; soll

*) Die Folge dieses letzten Attentats — wenn man es so nennen will — war bekanntlich die Ernennung des Generals Loris Melikoff zum Diktator mit unbeschränkten Vollmachten. Loris Melikoff galt bis dahin als ein Liberaler, und hiess es denn auch, dass er grosse Reformen einzuführen beabsichtige. Die revolutionäre Partei scheint dem gegenüber zunächst eine abwartende Haltung eingenommen zu haben. Es wurde zwar wenige Tage nach dem Amtsantritt Loris Melikoff's ein Attentat auf ihn versucht, man darf indess annehmen, dass Mladetzki — dies der Name des binnen wenigen Tagen abgeurtheilten und hingerichteten Attentäters — lediglich aus eigenem Antriebe gehandelt habe.

Die Reformen lassen aber trotzdem noch auf sich warten und in dem Augenblick, da wir Dieses niederschreiben, kommt die Nachricht, dass sich die Revolutionäre wiederum rühren, und dass von der Narodnaja Wolja (Volkswille) die vierte Nummer erschienen sei. Der Kampf scheint sich immer mehr zu einem rein politischen zuzuspitzen, welcher Umstand uns angesichts der in Russland obwaltenden Zustände durchaus berechtigt erscheint.

Anm. d. Herausg.

				heissen: bis auf die politisch-kritisirenden Land- und Stadtverordneten.
Seite 285,	Zeile	6	von oben:	entliess; soll heissen: degradirte.
„ 290,	„	8	„ „	der Chef der Kiewer Gensdarmerie, Heinken; soll heissen: in Kiew der Gensdarmerieoberst Heiking.
„ 293,	„	24	„ „	Knuten; soll heissen: Reitpeitschen (nogaika).
	„	2	„ unten	Knuten; soll heissen: Peitschen.
„ 294,	„ „	21 6	„ „ „ „	} Chordjenko; soll heissen: Hordiejenko.
„ 294,	„	15	„ „	Landesvertreter; soll heissen: Präsidenten der Landesverordnetenversammlung.
„ 294,	„	12	„ „	Gemeindeverwaltung; soll heissen: Landesvertretung.
„ 294,	„	7	„ „	Landgemeinden; soll heissen: Landesverordnetenversammlungen.
„ 294,	„	3	„ „	Landgemeinde; soll heissen: Versammlung.
„ 296,	„	6	„ „	Romanenka's; soll heissen: Romanenko's. Kochrakow's; soll heissen: Chochriakoff's.
„ 298,	„	8	„ „	der Massen; soll heissen: kollektive.
„ 299,	„	23	„ „	Malinowa; soll heissen: Malinowskaja.
	„ „	19 14	„ „ „ „	} Bodachow; soll heissen: Bobochow.
	„	18	„ „	Schirojew; soll heissen: Schiriajew.
	„	10	„ „	Jakutagegend; soll heissen: Jakutskgegend.
	„	8	„ „	Haraja-Russa; soll heissen: Staraja-Russa.
„ 300, „ 304,	„ „	11 7	„ „ „ oben	} Pole Ossinski; soll heissen: Ossinski.
„ 301,	„	6	„ „	Babachow; soll heissen: Bobochow.
„ 304,	„	3/4	„ „	wurde aber durch das irreligiöse Gefühl des Verurtheilten unwillig erregt; soll heissen: wurde aber durch die Offenbarung des irreligiösen Gefühls des Verurtheilten verwirrt.
	„	16	„ „	noch etwas Schlechteres; soll heissen: das Schlimmste.
„ 305,	„	5	„ „	Kulikoff; soll heissen: Kulischoff.

III. Klein-Russland.

In meinem vorigen Bericht besprach ich die kleinrussische Bewegung im Allgemeinen. Dieselbe ist im Verhältniss zur Ausdehnung des Landes und der Zahl seiner kleinrussischen Bewohner — nach annähernder Schätzung etwa 19 bis 20 Millionen — noch sehr unbedeutend. Es dürfte Vielen der westeuropäischen Leser des „Jahrbuchs“ nicht unwillkommen sein, wenn ich zunächst eine Darstellung der ethnographischen Grenzen Kleinrussland's gebe.

Von Bialystock in Russisch-Polen angefangen, geht die Grenze südlich über Krassnotaw und Janów bis Kreschow; sodann in Oesterreich (Galizien) über Jaroslaw, Psianok nach Alt-Szandets; auf der Südseite der Karpathen, unweit Eperies in Ungarn, östlich über Ungvar, Munkacz, Szigeth, Karlibabi nach Czernowitz, dann südlich von Chotim in Bessarabien über Soroki nach Bielce bis an die Dnjestermündung (Akkermann); dann über Perekop nach Feodossija und Kertsch bis an die Meerenge Taman. Jenseits derselben, vom Fluss Kuban (in Kleinasien) an, mehr nordöstlich nach Nowotscherkask, Slavjanoserbsk, Bogutschary und Pawlowsk, dann nördlich über Korotojak gegen Korotscha zu, nördlich von Nowgrad-Sjewjerskij und Horodnia

bis Lojew am Dnjepr; nun diesen entlang bis zur Mündung des Pripet', diesem — nordwestlich — entlang bis Pinsk, und von da endlich über Pruzany nach Bialystock. (Hromada Nr. I; vergl. auch die ethnographische Karte von Osteuropa in Elisée Réclus' „Nouv. Geogr. Univ., V.)

Die oben konstatirte Geringfügigkeit der kleinrussischen sozialistischen Bewegung rührt hauptsächlich davon her, dass die materiellen Mittel des kleinrussischen Volks vom russischen und österreichischen Staat, von dem polnischen Adel in Ostgalizien, von dem ungarischen in Ungarn, von der jüdischen Bourgeoisie in Russland und Oesterreich ausgesogen, seine geistigen Elemente aber, besonders seine Jugend, in Russland von der russisch-offiziellen, in Ostgalizien von der polnisch-offiziellen und in Ungarn von der ungarisch-offiziellen Schule und Literatur beeinflusst bez. abgelenkt werden. Ja, ein beträchtlicher Theil derjenigen Kleinrussen, der sich der Opposition, und zwar der sozialistischen, angeschlossen hat, geht trotzdem den Weg, den ihn die offizielle Schule gelehrt hat, und gesellt sich theils zur grossrussischen, theils zur polnischen sozialistischen Partei, statt die Reihen Derjenigen zu stärken, die unmittelbar für die Befreiung des kleinrussischen Volkes arbeiten.

Gehen wir nun auf die Einzelheiten der Bewegung ein, so müssen wir uns natürlich auf das beschränken, was in der Literatur und in Prozessen zu Tage getreten ist, wollen wir nicht der russischen und österreichischen Polizei willkommene Dienste erweisen. Am bekanntesten sind die Prozesse der zwar von Sozialisten kleinrussischer Abstaammung gestifteten, aber nicht ukrajinischen, sondern allrussischen Organisationen zur Bekämpfung des russischen Despotismus, ohne dessen — durch die vereinigten Mittel und Kräfte aller ihm unterthanen Nationen bewirkten — Sturz keine breite sozialistische Propaganda in Russland möglich ist, wie gerade die kleinrussische sozialistische Propaganda am deutlichsten zeigt. Die neuesten Prozesse in Kijew und Odessa haben denn auch einen mehr politischen als sozialen Charakter, weshalb sie an dieser Stelle für uns kein besonderes Interesse darbieten und wohl von dem Berichterstatter für Russland besprochen werden dürften. Wir werden uns somit auf diejenigen Prozesse beschränken, in welchen es sich um die Sache des kleinrussischen Volkes selbst handelte, dabei aber auch dessen erwähnen, was mit diesen Prozessen in Zusammenhang steht. Solcher Prozesse gab es nun im vorigen Jahre drei: 1) Prozess der Bauern von Tschigirin, 2) Prozess der Tchinschowiken, — beide in der Ukrajine — und 3) Prozess des Bauernmädchens Anna Pawlik — in Ostgalizien.

I. Die Empörung der Bauern des Tschigiriner Distrikts.

1865 war der Ukas über die Bodenvertheilung unter die Staatsbauern erlassen worden, zu denen auch die Bewohner von 16 Landgemeinden des Bezirks von Tschigirin gehörten. Nach der Vertheilung beklagten sich die letzteren: 1) man habe ihnen sehr wenig Boden zugewiesen, weniger als 5 Desjatinen (10 Joch) pro Person männlichen Geschlechtes, wie sie gewünscht, und wie es die Staatsbauern der angrenzenden Theile des Gouvernements von Cherson erhalten haben; 2) man habe den schlechten Boden als gut taxirt und hoch besteuert; 3) man habe das frühere Gemeindeeigen-

thum an fremde Personen, besonders an Beamte, verkauft und verschenkt; 4) man habe die Weideplätze Denjenigen zugewiesen, welche mit der Bodenzutheilung von Seiten der Regierung einverstanden waren; 5) man habe ohne Zustimmung der Gemeinden Boden an verschiedene Personen vertheilt; 6) man habe den Boden nicht gleichmässig vertheilt; die Einen haben zu wenig, die Anderen dagegen zu viel erhalten, so dass sie den Boden an Unbemittelte verpachteten; 7) man habe ihnen die Termine des Protestes gegen die Vertheilung nicht mitgetheilt; 8) man habe den Unbemittelten keinen Boden mehr geben wollen, sondern sie aufgefordert, in andere Gouvernements auszuwandern, und endlich 9) habe man sie vielfach misshandelt.

Die Tschigiriner weigerten sich somit, die Lustrationsakte zu vollziehen, gaben dieselben vielmehr den vermittelnden Beamten zurück und erklärten, sie seien mit solcher Bodenvertheilung nicht einverstanden. Die Vermittler berichteten an die Regierung, im Tschigiriner Bezirke sei eine Empörung ausgebrochen; die Regierung aber überzeugte sich bald, dass die Tschigiriner Recht hatten, und am 25. Juli 1875 wurde sogar ein kaiserlicher Ukas erlassen, kraft dessen die Lustrationsakte in allen 16 Landgemeinden verändert werden sollte; jedoch wollte man zuerst die Bauern „auf alle mögliche Weise zum Gehorsam bringen" und „demüthigen"; freilich hat man sich später überzeugt, wie albern solches Gebahren ist. —

Man schickte also die nöthige Anzahl Soldaten auf „Exekution", welche denn auch die Bauern beraubten, ihr Vieh schlachteten und ihre Hütten zu Brennholz verwandten. In jedem Dorfe fing man die Bauern ein und fragte jeden einzeln, ob er die Lustrationsakte annehme; sagte er: Nein! so wurde er mit bis 500 und mehr (?) Stockhieben geprügelt, bis er ohnmächtig: Ja! sagte. In seiner Entrüstung versuchte das Volk Widerstand zu leisten, was zu zahlreichen Verhaftungen führte. Eine grosse Anzahl Bauern wurde sammt ihren Familien gewaltsam „auf administrativem Wege" nach Sibirien deportirt, andere wurden im Bezirk und in Kijew im Kerker behalten. Den letzteren wurde nicht einmal Staatskost gegeben — man schickte sie des Tags in die Stadt, einen Erwerb zu finden, was, wie bekannt, in einer fremden Stadt fast unmöglich ist. In ihrer Verzweiflung wandten sie sich an den Kijewer Gouverneur Hesse und baten, man solle sie wenigstens wie andere Verbrecher behandeln und ihnen zu essen geben. Hesse antwortete: „Ihr Lumpen! Nichts werdet ihr bekommen ... Ihr seid schlechter als Diebe und Räuber, ihr seid — Empörer". Am 17. Juni 1877 standen 336 Personen vor den „Vereinigten Kammern" in Kijew unter der Anklage, die Bodenvertheilung und die Lustrationsakte abgelehnt, die Zahlung der „Ergänzungs"- und anderen Steuern verweigert zu haben; ferner sollten sie nach der Anklage Gemeinde-Versammlungen veranstaltet haben, behufs Erlangung von fünf Desjatinen Boden pro Person, die Gemeinde-Obrigkeit abgesetzt und wegen Verrath an der Sache der Gemeinden misshandelt, endlich sich geäussert haben, sie würden die Lustrationsakte nur dann annehmen, wenn sie auf derselben die Unterschrift des Kaisers selbst erblicken, welchem sie in dieser Sache eine Bittschrift überreichen wollten ... Der Hauptagitator der „Empörung", Choma Prjadko wurde unter Verlust aller Vermögensrechte „in die entferntesten Gegenden Sibiriens" verschickt; drei Personen wurden zu zwei Jahren schweren Kerkers, neun-

zehn unter Verlust der Rechte zu anderthalb Jahren Kerkers und fünfzehn Personen zu verschiedenen anderen Strafen verurtheilt... (Hromada, II, 293—296).

Ueber das Verhältniss des Zaren zur Bauernfrage waren unter den Bauern von Tschigirin folgende Anschauungen verbreitet. Das Volk war überzeugt, der Zar wünsche sein Wohl; derselbe aber wisse nicht, welches Unrecht es von Seite der Herren erleidet, denn die letzteren haben dem Zaren den Minister und den Senat zur Seite gestellt, welche die Interessen der Herren vertreten, die Abgesandten des Volkes nicht zum Zaren zulassen, seine Bittschriften vernichten und dem Zaren gefälschte vorlegen; in seinen Sitzungen quälen sogar der Senat und die Herren den Zaren, er solle ihnen allen Grund und Boden und die Bauern zur Leibeigenschaft geben. Drei Attentate sind von Seiten der Herren auf den Zaren verübt worden... Es sei für die Abgesandten des Volkes sehr schwierig und gefährlich, zum Zaren Zutritt zu erlangen. Der Minister fälscht Bittschriften. in welchen das Volk angeblich die Leibeigenschaft wünscht, infolge dessen der Kaiser auf den Abgesandten erzürnt, diesen für einen Betrüger hält und arretiren lässt — das treue Volk des Zaren könne keine Leibeigenschaft wünschen. Der Kaiser wüsste, dass die Bauern wenig Boden erhalten haben, er wolle ihnen fünf Desjatinen pro Person männlichen Geschlechts zutheilen, jedoch unter der Bedingung des Gemeindeeigenthums an Boden. Der Minister versichert ihm dagegen, die Bauern wollen den status quo. Der Zar solle deshalb befohlen haben, zu verzeichnen, welche Bauern Gemeindeeigenthum, welche dagegen den status quo wollten. Die letzteren schenkte er dem Minister. Als im Mai 1875 Hesse die Tschigiriner versicherte, die Regierung wolle ihre Demüthigung, antworteten ihm dieselben, sie wollen die Herrschaft des Ministers nicht. Sie sandten daher den Choma Prjadko zum Zaren. Prjadko soll ihre Bittschrift dem Prinzen von Edinburgh überreicht haben, welcher sie dem Kaiser zu übergeben versprach. Die Tschigiriner hofften, der Kaiser werde persönlich erscheinen und ihre Sache erledigen. Dies aber erfolgte nicht, weil der Prinz von Edinburgh zufällig die Bittschrift dem russischen Thronfolger zeigte und dieser, als Parteigenosse der Herren, dieselbe vernichtet hatte. (Hromada. V, 210—212.) *)

Auf die oben geschilderte 1873 bis 1875er soziale Bewegung der

*) Unter den kleinrussischen Bauern, die seit Jahrtausenden keinen nationalen Staat haben, gab es niemals Royalisten. Der erste und wahrscheinlich auch der letzte populäre Kaiser in der Ukrajine ist Alexander II., weil er seinerzeit (1861) in der That den ukrajinischen Bauern geholfen hatte. Weil aber der Glauben des ukrajinischen Volkes, der Zar vertrete die Bauernsache, durch die Handlungen der russischen Regierung immer mehr Lügen gestraft wird, so meint das Volk, dass die Herren und sogar der Thronfolger gegen den Zaren Alexander II. seien. Der letztere Umstand beweist, wie leicht auch dieser Anfang des Royalismus beseitigt werden kann. — Ebenso verhält sich die Sache in Galizien. Das ruthenische (und das polnische) Volk hängt hier nur deswegen an den österreichischen Kaisern, weil dieselben es seinerzeit von dem polnischen Adel befreiten und die Sache des Volkes gegen denselben vertraten. Gegenwärtig ist jedoch in Ost-Galizien der Glauben des Volkes an den Kaiser und die österreichische Regierung fast gänzlich geschwunden. Auch in Ungarisch-Ruthenien soll dasselbe der Fall sein.

Tschigiriner hin, und unter Benutzung ihrer, aus derselben hervorgegangenen, natürlichen Organisation,*) und vor Allem der soeben mitgetheilten Volkssage,**) beschlossen einige in Kijew wohnhafte Mitglieder der russischen sozialistischen Partei, behufs Abänderung der Formen des Grundbesitzes durch gewaltsame, mit bewaffneter Hand erfolgte Inbesitznahme des von den Tschigirinern beanspruchten Bodens eine geheime Gesellschaft unter diesen selbst zu gründen. 1876 hatten sie in Kijew Bekanntschaft mit einigen Tschigirinern gemacht und vermittelst derselben auch solche im Lande selbst angeknüpft. Sie stellten sich nunmehr als kaiserliche, vom Zaren in seinem Namen zu handeln beauftragte Kommissäre vor und erliessen ein gefälschtes kaiserliches „geheimes Manifest", in welchem der Zar den Tschigirinern angeblich schrieb, er wolle ihr Wohl, aber die Herren und der Thronfolger verhindern ihn daran; er fordere daher die Bauern auf, sich gegen die Herren zu empören. Zu diesem Zwecke sei eine geheime Gesellschaft zu gründen und unter der Bedingung des Gemeinbesitzes habe man sich des Bodens gewaltsam zu bemächtigen. Vermittelst dieses Manifestes, dem die Bauern Glauben schenkten, gelang es den Agitatoren auch, die sogenannte „Tajnaja Druschina" zu gründen. Dieses Wort, das „Geheime Gesellschaft" heissen sollte, bedeutet im Kleinrussischen — Der geheime Liebhaber — oder die geheime Liebhaberin, was die russischen Gründer der Gesellschaft aber nicht wussten.

So war die offene breite Bewegung der Tschigiriner in eine enge gleiche Gesellschaft eingezwängt, zu welcher der Zutritt nur unter dem Eid auf das Kreuz, das Evangelium, Gott und den Zaren, dass man die Sache geheim halten werde, gestattet war... Dem ukrajinischen Volke als Fremde gegenüberstehend, hatten die oben genannten russischen Sozialisten augenscheinlich keinen Muth, mit klaren europäischen, wenn auch den Anschauungen des Volkes entgegengesetzten Prinzipien selbst hervorzutreten und mussten daher scheinbar auf den Aberglauben und die Unwissenheit des Volkes eingehen, sie als Prinzipien der „Tajnaja Druschina" anerkennen, und so die Begriffsverwirrung im Volke vermehren. Als kaiserliche Kommissäre versprachen die russischen Sozialisten den Tschigirinern einen unmittelbaren Verkehr mit dem Zaren, zu welchem Zwecke sie von Seiten des Volkes zu Gesandten gewählt wurden, sie, die das Volk absichtlich täuschten. Im Jahre 1877 wurde die geheime Gesellschaft, welche in den 16 Gemeinden von Tschigirin noch nicht ganz 1000 Mitglieder zählte, entdeckt, und die drei russischen Sozialisten, welche dieselbe gestiftet hatten — Jakob Stephanowitsch, Lejba Deutsch und Iwan Bochanowski — wurden nebst ungefähr 900 Bauern von Tschigirin, von denen 829 bald auf administrativem Wege verschickt wurden, verhaftet. Den drei genannten Sozialisten gelang es, aus dem Gefängnisse zu entfliehen, und

---

*) Der Bezirk von Tschigirin gehört zu denjenigen Gegenden, welche in der Geschichte des Kosakenthums und des Haidamakenthums (Volksaufstand) des kleinrussischen Volkes am meisten erwähnt werden, und wo auch das Volk seiner geschichtlichen Freiheitsbestrebungen am meisten gedenkt.

**) Wir entnahmen dieselbe der „Hromada", wo sie als Korrespondenz eines der drei russischen Sozialisten, die an der Sache Antheil genommen haben, abgedruckt worden ist.

wurden daher im Juni 1879 nur die Bauern selbst vor Gericht gestellt, aber sehr mild behandelt. Nur fünf Personen wurden zu 1 Jahr 7 Monate bis 2 Jahre 9 Monate Zuchthausarbeit im Zentralgefängniss verurtheilt, die meisten dagegen freigesprochen, weil sie eben nur von den Sozialisten getäuscht worden waren. — Im Juli 1879 wurde, als Fortsetzung dieses Prozesses, gegen einige Personen, welche die Entflohenen angeblich verborgen haben sollten, und gegen Wladimir Malawski — sämmtliche der Intelligenz angehörend — Anklage erhoben: der letztere sollte in Gemeinschaft mit den drei Entflohenen an der Stiftung der „Tajnaja Druschina", sowie an der Fälschung des kaiserlichen Manifestes und der Telegramme des „Offiziellen Boten" von 1877, in welchen u. a. die Konstitution verheissen wurde, Antheil genommen haben; — indess gehört diese Angelegenheit nicht mehr hierher. Nur wollen wir noch erwähnen, dass sowohl die Staatsanwälte als auch die russische Presse die russischen Sozialisten wegen dieser so unsauberen Handlung sogar vom Standpunkte des Sozialismus aus angriffen.

Das Verfahren von Stephanowitsch und Genossen entspricht der Theorie eines Theiles der russischen Sozialisten, genannt Narodniki (die Volksthümler), die das Volk auf Grund seiner gesellschaftlichen, religiösen etc. Ideale zu revoltiren trachten, indem sie dadurch das sozialistische Ideal zu erlangen hoffen. Deshalb wurde auch die Sache des Stephanowitsch und Genossen von der „Semlja i Wolja (N. 1) als Muster aufgestellt. Wir glauben aber im Gegentheil, dass ein solches Verfahren der sozialistischen Propaganda auch unter dem ukrajinischen Volke nur schaden kann, und dieselbe unter den Tschigirinern auf lange hinaus unmöglich gemacht hat. Die betrogenen Bauern werden jetzt keinem intelligenten Sozialisten mehr Gehör schenken, was noch das Geringste wäre.... In den kleinrussischen sozialistischen Publikationen („Hromada" und „Hromadskyj Druh" wurde dieses Verfahren einer einstimmigen scharfen Kritik unterworfen. Anderseits sagt die Tschigiriner Affaire auch den inländischen ukrajinischen Sozialisten nicht zu, unter denen sich keiner gefunden hatte, um an der Sache Antheil zu nehmen und das Volk — wenn auch im Namen des europäischen Sozialismus und ohne alle Allianz mit dem Zaren und dem Volksaberglauben — in's Verderben zu führen. Der Sprache des Volkes mächtig, mit den Lebensverhältnissen desselben bekannt und dem Prinzip: „Reine Sache erheischt reine Mittel" huldigend, hätten die ukrajinischen Sozialisten auch in der Tschigiriner Sache einen besseren Erfolg für die sozialistische Propaganda unter dem Volke erlangen können.

Es ist leider Thatsache, dass es in Russland unter den ukraijinischen Sozialisten keine praktischen Agitatoren giebt. Seit den sechziger Jahren besteht im ukraijinischen Volke eine rationalistische, gegen die Kirche und die Geistlichkeit gerichtete Bewegung, genannt Schtunda (die Stunde), welche die thatsächliche Gleichheit der Menschen, die unbedingte Kritik der heiligen Schrift und die auf den Fortschritt der Wissenschaft allein basirte Weltanschauung als Grundprinzip aufstellt — aber ausser einem „russischen" Sozialisten, dem in Odessa erschossenen Iw. Kowalsky,*) hat sich kein einziger von den ukraijinischen Sozialisten bis jetzt daran betheiligt.

*) Eine Darstellung dieser Bewegung giebt ein von Kowalsky selbst verfasster Artikel, der zum Theil in kleinrussischer Uebersetzung als Volksbüchlein unter dem

Dasselbe gilt auch von der rein sozialen Bewegung der sogenannten Tschinschowiken, an welcher bis jetzt weder ukrajinische noch „russische“ Sozialisten Antheil genommen haben, welche aber von grosser Wichtigkeit ist.

II. Tschinschowiken (Zinspflichtige) nennt man in den West-Gouvernements des russischen Reiches diejenigen Bauern, welche den Grossgrundeigenthümern für die Benutzung des Bodens einen jährlichen Zins zahlen. Das Verhältniss der Tschinschowiken, unter denen eine grosse Anzahl Polen adeliger Abstammung und Katholiken sind, während die Uebrigen — vor Allem im Süden — nach Sprache, Lebensweise u. s. w. dem ukrajinischen Volke*) angehören, zu den Grundeigenthümern war im alten Polenreiche unter der Bedingung ewiger Benutzung des Grund und Bodens seitens der Tschinschowiken und ihrer Nachkommenschaft, durch das sogen. Litau'sche Statut gesetzlich geregelt worden, und belief sich der Zinssatz beiläufig von 40 Cent. bis 1.50 Franken per 1 Joch jährlich. Als aber das Land Russland anheimgefallen war und das Verhältniss der Tchinschowiken zu den Grundeigenthümern zwar noch auf Sitte beruhte, der gesetzlichen Regelung aber entbehrte, fingen die Grundbesitzer an, den Zins zu erhöhen, die Tschinschowiken auszubeuten, sie des Bodens zu berauben und sogar massenhaft aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die russische Regierung sah sich genöthigt, für die Sache der Tschinschowiken, deren Zahl sich im Jahre 1863 auf 700,000 belief — in der Ukrajine selbst gegen 300,000 — einzutreten: 1865 wurde für einen Theil derselben der Zins unter der Bedingung zwölfjähriger Grundbenutzung ermässigt. Im Uebrigen aber ist von 1863 bis 1878 der Zinsfuss auf jährlich 22 Franken per Joch gestiegen.

Dieselben polnischen Magnaten, welche — wie Fürst Sanguschko — während des polnischen Aufstandes von 1863 ihre Zinspflichtigen, die Tschinschowiken, knieend um Beistand für die polnische Sache baten und ihnen dafür alle Zinsgüter zu schenken versprachen, vertrieben später in Gemeinschaft mit den im Jahre 1872 in den West-Gouvernements angestellten „Friedensrichtern“ und mit Hülfe der Polizei und des Heeres ihre Adels- resp. Glaubensgenossen, die Tschinschowiken, wegen angeblichen Raubes und auf Grund rückständiger Zinszahlungen von Haus und Hof; — ganze Dörfer der Tschinschowiken wurden durch die sogen. „Vereinigten Kammern“ des Bodens verlustig erklärt.

Der Senat kassirte einige gerichtliche Urtheilssprüche über die Vertreibung der Tchinschowiken, erklärte die letzteren zu einfachen Pächtern und ihr Pachtverhältniss als gesetzlich anerkannt. Ausserdem wurde durch einige Ukase ein besonderes Gericht zur Beurtheilung der Zwistigkeiten der Tschinschowiken mit den Grundbesitzern eingesetzt; indess vertraten die Re-

---

Titel „Der neue Glauben in der Ukrajine“, herausgegeben von M. Tkatschenko, 1878 in Lemberg erschien.

*) In Galizien giebt es ganze ruthenische Gemeinden mit dem Titel „Schlachta“ (Adel), sowie auch Ruthenen römisch-katholischen Glaubens; das übrige ruthenische Volk in Galizien und Ungarn ist griechisch-katholisch.

gierung und die Vereinigten Kammern die Sache der Herren, und so schalten die letzteren, hauptsächlich Polen, nach Belieben über die „rohen (kleinrussischen und polnischen) Bauern". Von einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses der Tschinschowiken zu ihren Herren ist aber bis jetzt noch nicht die Rede, und einer grossen Masse von Bauern droht das Loos der Proletarier, wie es schon deren viele ereilt hat. (S. u. a. „Die Zinssache" von Helene Ptschilka, „Molot", 93—99.)

Auf die oben geschilderte Weise waren im Jahre 1869 die Bewohner des ukrajinischen Dorfes Kotljarka im Skwir'schen Bezirk des Bodens beraubt worden. Der Grundbesitzer August Sliwinski, ein Pole, verpachtete das Land einer Bourgeois-Gesellschaft in Chodorkow, wollte dagegen von den Tchinschowiken, die ihn darum baten, nichts wissen. Die letzteren waren somit zum Hungertod verurtheilt. Sie versuchten daher sich mit Gewalt das Getreide, welches von Lohnarbeitern angebaut worden war, anzueignen und gingen im Jahre 1878 dazu über, die letzteren gewaltsam an der Bebauung zu verhindern und sie von den Feldern zu vertreiben. Sodann bemächtigten sie sich des Bodens, verhöhnten, misshandelten und vertrieben schliesslich die delegirten Beamten und befreiten gewaltsam den hinterlistig und ohne Befehl arretirten Hauptagitator Iwan Bolodinsky, wobei sie auf sämmtliche Beamten und Gendarmen mit Knuten und Stöcken losschlugen.

Des Bolodinsky ist man bis jetzt noch nicht habhaft geworden, dagegen wurden in der Folge sechsundzwanzig Bauern des genannten Dorfes verhaftet und im Dezember 1879 wegen gewaltsamer Bemächtigung „fremden" Bodens, wegen Verhinderung und Bedrohung eines Beamten bei Ausübung seiner Amtspflicht und wegen gewaltsamer Befreiung eines Gefangenen — vor das Kijew'sche Gericht gestellt, welches alle für schuldig erklärte und gegen 14 Personen auf Verlust aller Vermögensrechte und zehnjährige Festungszwangsarbeit, gegen 4 Personen auf vierjährige Zwangsarbeit in den Anstalten, gegen 6 Personen auf 1 Jahr und 4 Monate Gefängniss, gegen eine Person auf zweijährige Arbeit im Zentralgefängniss und endlich gegen eine Frau auf 3 Monate schweren Kerkers erkannte. (S. „Kijewljanin", 1879, N. 144, 145 und 147.)

Allerdings ist auf Grund des bestehenden Rechtes keine Bodenzutheilung für die Tschinschowiken möglich; dieselbe wäre eine durchaus sozialistische Massregel. Eben deshalb ist es sehr zu bedauern, dass bis jetzt weder von den polnischen, noch von den russischen, noch von den ukrajinischen Sozialisten versucht worden ist, den Tschinschowiken ihre Lage und die eigentliche Ursache ihrer Leiden prinzipiell zu erklären. Man sollte daran denken, dass es Hunderttausende von Tschinschowiken giebt, und dass unter ihnen viele schriftkundig und energisch sind! Damit aber solche Fragen, wie die der Tschinschowiken, von der sozialistischen Propaganda auch beachtet werden könnten, ist eine dezentralistische Reorganisation der polnischen und russischen sozialistischen Gruppen, eine stärkere Organisation der ukrajinischen Sozialisten, sowie eine Föderalisirung aller diese Gruppen unter einander nöthig.

Bis jetzt ist leider die kleinrussische sozialistische Bewegung eine fast ausschliesslich literarische, weil die meisten gebildeten kleinrussischen Sozia-

listen lediglich Schriftsteller sind und mehr in der kleinrussischen Literatur, als in der Propaganda im Volke leisten zu können glauben. Die kleinrussische sozialistische Literatur hat sich daher seit 1875 schnell entwickelt, was für die heranwachsende kleinrussische Jugend, sowohl in theoretisch sozialistischer Hinsicht, als auch namentlich für das Studium des kleinrussischen Volkes und seiner historischen und gegenwärtigen ökonomischen, gesellschaftlichen und intellektuellen Lebensbedingungen von unbestreitbarem Vortheile sein wird. Vorläufig aber hat es den grossen Nachtheil zur Folge, dass es im kleinrussischen Volke, sowohl in der Ukrajine als auch in Ost-Galizien, keine europäisch gebildeten, praktischen Sozialisten giebt. In Ost-Galizien steht die Sache dadurch etwas anders, dass es hier schon unter den Bauern selbst sozialistische Propagandisten giebt, und zwar trägt diese sozialistische Bewegung einen anti-religiösen, gegen die ruthenische Geistlichkeit und Kirche gerichteten, und einen politisch-sozialen gegen das Heer, die Steuern, die polnische und deutsche Regierung, die Juden (Bourgeoisie) und die Abhängigkeit der Frau ankämpfenden Charakter, während ihr das Fundament des Landsozialismus (Gemeineigenthum an Grund und Boden), wie es auch wohl begreiflich ist, noch fehlt. Das Volk muss ja erst von dem Vortheil des Gemeineigenthums wenigstens durch die Rechnung, wenn nicht praktisch, überzeugt werden; nicht aber darf man erst auf den „ökonomischen Prozess“ warten und deshalb das Landvolk bei Seite lassen.

Indem wir diese Bewegung unter dem kleinrussischen Volke Ost-Galiziens als Sache des Volkes selbst, nicht aber irgend einer Sekte oder geheimen Gesellschaft ansehen, brauchen wir weder die Zahl der Anhänger derselben unter dem Volke anzugeben, noch dürfen wir Jemanden nennen, ausser dem Bauernmädchen Anna Pawlik, aus dessen Memoiren in der „Glocke“ (273—285), in denen es offen als Sozialistin auftritt, man sieht, dass die oben erwähnte Bewegung unter den Bauern des Bezirkes Kossow in Ost-Galizien einen entschiedenen und selbstständigen Charakter angenommen hatte. Wegen Verbreitung der in Oesterreich verbotenen kleinrussischen sozialistischen Literatur und wegen mündlicher sozialistischer Propaganda im genannten Bezirke war Anna Pawlik, auf Denunziation der dortigen Juden, Anfangs des Jahres 1879 verhaftet und gegen Ende des Jahres mit einigen Bauern der Umgegend vor das Schwurgericht in Lemberg gestellt worden; letzteres sprach jedoch zum höchsten Missvergnügen des Präsidenten Budzynowski, eines Ruthenen, sämmtliche Angeklagte frei. Das Urtheil gefiel aber dem Bezirksgerichte in Kossow nicht, und dieser Tage wurde Anna Pawlik mit ihrer jüngeren Schwester Paraska Pawlik wiederum verhaftet. Man weiss wahrlich nicht, wie die polnisch-österreichische Regierung die Verurtheilung zu erlangen hofft. Sie muss die Verhafteten vor ein Schwurgericht stellen; thut sie es in Kossow, und wählt sie zu demselben sogar lauter Geistliche, Juden und polnische Schlachtizen (was unmöglich ist), so werden dieselben aus Furcht vor der Volksrache die Beschuldigten freisprechen müssen; thut sie es in Lemberg, so wird wahrscheinlich, wegen der grösseren Intelligenz des Schwurgerichts, dasselbe erzielt werden: es ist ja die nämliche Sache, wegen welcher die Angeklagten schon einmal freigesprochen worden sind. Weil aber die Sache noch nicht beendet ist, so können wir leider über diesen interes-

santen Prozess der ruthenischen Bauern und sogar über die Bewegung selbst keine eingehenderen Mittheilungen machen.

Die literarische Thätigkeit der kleinrussischen Schriftsteller, von welcher die geistige Richtung und das Gedeihen des kleinrussischen Volkes auch abhängig ist, ist eine sehr verschiedenartige. So schreiben die kleinrussischen Sozialisten polnisch, deutsch, französisch, einige sogar italienisch und englisch, hauptsächlich aber grossrussisch, selbstverständlich von solchen Dingen, die auch für irgend eines dieser Völker interessant sind. In russischer Sprache besprechen die kleinrussischen Sozialisten die gemeinsamen Angelegenheiten der unter Russland befindlichen Völker, mit deren vereinigten Mitteln und Kräften der russische Despotismus umgestürzt werden muss, um die Freiheit und Selbstorganisation der Ukraijner und der Sozialisten zu erlangen. Solche Arbeiten sind die von M. Dragomanow: „Reine Sache erheischt reine Mittel“ (anlässlich des russischen „Befreiungskrieges“ von 1876), „Die äusseren und die inneren Türken,“ „Die innere Sklaverei und der Befreiungskrieg,“ „Der Kindermord, verübt durch die russische Regierung,“ „Die weiblichen Mitglieder des moskauischen Sozialisten-Prozesses,“ „Warum hat man den Alten misshandelt und wer misshandelt ihn?“ (Meditationen anlässlich der Angelegenheit Trepow), „Was haben sie erkämpft“ (zur äusseren und inneren Krisis in Russland). — Die ersten Arbeiten sind an das ganze russische Publikum gerichtet; sie unterziehen den russischen Despotismus einer scharfen Kritik und schlagen als Minimum ein positives politisches Programm im westeuropäischen Geiste zur Erkämpfung vor. Die letztgenannte Broschüre erschien 1878 in Genf und ist später in der geheimen Petersburger Buchdruckerei noch einmal abgedruckt worden. Es ist das nämliche Programm, welches Mitte 1879 in der europäischen Presse als das politische Programm der russischen „Nihilisten“ besprochen wurde. Diese politischen Arbeiten von M. Dragomanow, zu denen auch sein, in kleinrussischer Sprache verfasster Artikel: „Soll man kämpfen, so darf man den Frieden nicht schliessen“ (anlässlich des durch die russischen Sozialisten der russischen Regierung erklärten Krieges) gehört, werden von der europäischen Presse besprochen werden müssen, weil die russischen Sozialisten, gegenwärtig die einzigen politischen Feinde des russischen Despotismus, immer mehr und mehr das politische Programm, welches Dragomanow in den oben erwähnten Arbeiten entwickelt hat, aufnehmen und sich in der letzten Zeit ausschliesslich mit der Beseitigung des russischen Despotismus beschäftigen (S. die geheime Petersburger Zeitung „Die Volksbefreiung“ — Narodnaja Wolja). —

Selbstverständlich schreiben die kleinrussischen Sozialisten am meisten in ihrer Volkssprache. Die letzteren Arbeiten kann man eintheilen 1) in Materialien, 2) in Publikationen für die kleinrussische Schuljugend und 3) in Publikationen für das Volk. Was die ersteren, d. h. die Schilderung von Land und Volk, hauptsächlich in Bezug auf die ökonomischen Verhältnisse, — in der „Hromada“ Nr. 2, 4 und 5, sowie im „Hromadskyj Druk“, „Dzwin“ und „Molot“ — anbetrifft, so erheischt deren Skizzirung ein eingehenderes Studium, wiewohl das Material in der „Hromada“ systematisch geordnet ist. Was die zweite Kategorie anbelangt, so genügt es, nur einige der betref-

fenden Publikationen zu nennen: von M. Dragmanow 1) „Das Vorwort zur Hromada“ (als Programm); 2) „Die Volksschule in der Ukrajine“ (Hromada, II, 120—268); 3) „Die Grenzländer und die Zentralisation“ (Hr., II, 398—570); 4) „Schewtschenko, die Ukrajinophilen und der Sozialismus“ (Hr., IV, 101—230). Im Zusammenhange mit der Volksrevoltirung durch Schewtschenko wird hier auch die Thätigkeit der „Narodniki“ besprochen und nachgewiesen, dass in der Urajine nur die Propaganda des reinen westeuropäischen Sozialismus vortheilhaft ist. 5) „Die Grundlage, das Buch und die Hindernisse“ (Hr., IV, 235—336). In 3 und 5 werden Russlands Zustände vom Standpunkte des Föderalismus und des Sozialismus besprochen. „Der Föderalismus in Occitanien,“ „Der polnische Demokrat über das Ukrajinenthum und den Sozialismus“ u. s. w. Weiter verdienen erwähnt zu werden: „Schewtschenko und dessen Anschauungen über das Gesellschaftsleben“ von S—o (Hr., IV, 39—95); „Die bösen Leute“ (eine Erzählung aus dem Leben der kleinrussischen sozialistischen Jugend, von einem unbekannten Verfasser) u. s. w. u. s. w.

Speziell für die Schuljugend ist die Lemberger „Dribna biblioteka“ (Taschenbibliothek, 1878—79) bestimmt, deren Charakter aus der Aufzählung der elf bis jetzt erschienenen Broschüren ersichtlich ist: 1) „Die Erzählungen von Erkmann-Chatrian“, 2) „Die ukrajinische Literatur proskribirt durch die russische Regierung“, von M. Dragomanow übersetzt aus dem Französischen, 3) „Die Entstehung der Menschen“, von Ernst Häckel, 4) „Kain“, von Byron, 5) „Gedichte der berühmtesten europäischen Dichter“ (Shelley, Heine u. s. w.), 6) „Die Bienen“ (ein revolutionäres Gesellschaftsbild von dem russischen Kritiker Iw. Pisarew, welches auch dem deutschen Publikum durch eine von der Redaktion der „Arbeiterwochenchronik“ bewirkte Uebersetzung bekannt ist), 7) „Die Geschichte des Eigenthums am Grund und Boden“, nach de Laveley, 8) zwei Kapitel aus E. Zola's „L' Assomoir“ (mit einer Kritik gegen die Zola'sche Auffassung des Arbeiterlebens), 9) „Der Eiweissstoff als Grundlage des Lebens“, von Th. H. Huxley, 10) „Die Bedeutung der Autorität bei der Erziehung“, von dem russischen Kritiker Dobroljubow und 11) „Die Landgemeinde (Obschtschina) in Russland“, nach Laveley von Karl Bücher.

Zur kleinrussischen sozialistischen Literatur müssen wir auch das Buch des Ukrajiner S. Podolinsky „Das Leben und die Gesundheit des Volkes in der Ukrajine“ zählen. Obwohl der Verfasser vor Allem ein auf das kleinrussische Leben begründetes Lehrbuch der Hygiene zu geben beabsichtigt und am Ende des Buches eine Reihe lediglich hygienischer Massregeln vorschlägt, — lässt er indess nie die ökonomische Grundlage des Volks ausser Acht und bemerkt ausdrücklich, dass ohne eine radikale, den Ideen des Sozialismus entsprechende Aenderung der Existenzbedingungen durchgreifende hygienische Einrichtungen unmöglich seien. Mit rein sozialistischen Gedanken tritt der Verfasser in seinen Artikeln: „Darwinismus und Sozialismus“ (serbisch in der „Strascha“, sowie deutsch, Pest, 1879) und „Le Nihilisme en Russie“ (in der Monatsrevue „La Reforme“, 1879, Nr.2—3) hervor.

Die für das kleinrussische Volk bestimmte Literatur ist ausschliesslich in der für Jedermann verständlichen Bauernsprache gehalten. Dasselbe darf mit noch grösserem Rechte von der gesammten sozialistischen klein-

russischen Literatur gesagt werden, sodass was Sprache und Darstellung anbetrifft, das Volk sogar an den für die Intelligenz bestimmten Arbeiten keinen Anstoss zu nehmen hat. Was nun die speziell für das Volk bestimmte sozialistische Literatur anbelangt, wozu auch ein grosser Theil der auf Ostgalizien berechneten Blätter, „Hromadskyj Druh", „Dzwin" und „Molot" gehört, so kann Schreiber dieses als Redakteur der genannten Publikationen und Verfasser mancher darin enthaltenen Artikel, namentlich der Erzählungen aus dem Volksleben, selbstverständlich kein Urtheil abgeben, ausser dass ich auf den von mir oben erwähnten Charakter der sozialistischen Bewegung in Ost-Galizien hindeute. Dasselbe darf auch von der oben erwähnten Broschüre für das Volk „Der neue Glauben in der Ukrajine" gesagt werden. Auch ist im vorigen Bericht schon erwähnt worden, dass die ostgalizischen sozialistischen Publikationen einen mehr vorbereitenden Agitationscharakter, die Genfer aber einen programmatischen und systematischen Charakter haben.

Die eigentlich für das Votk berechneten Publikationen stammen ausschliesslich von den ukrajinischen, nicht aber von den galizischen sozialistischen Schriftstellern her. Es sind selbstständige, populär-wissenschaftliche Vorträge, welche mit Beiseitelassung aller abstrakten Begriffe und Theorien dem kleinrussischen Volke zugängliche Thatsachen gruppiren, und ihm so auch die national-ökonomischen Lehren, ohne Anwendung von Ausdrücken, wie „der Mehrwerth", „das eherne Gesetz" u. s. w., verständlich machen. Für das kleinrussische Volk haben sie somit wissenschaftlich-sozialistisches, für das europäische Publikum dagegen wegen der darin enthaltenen Thatsachen, besonders der ökonomischen Lebensverhältnisse des kleinrussischen Volkes in Russland und Oesterreich, ein allgemeines Interesse.

Wir theilen noch kurz den Inhalt von drei solchen Broschüren mit: 1) Die Broschüre „Ueber den Reichthum und die Armuth" zeigt an Beispielen aus dem ökonomischen Leben der Bauern, der Pächter, der Grundbesitzer und der Fabrikanten in der Ukrajine, — wie die Rente und das Kapital aus der Arbeitsleistung entstehen. — Die Broschüre „Ueber die Agrikultur" giebt eine Uebersicht der Grund- und Bodenvertheilung in den verschiedenen Ländern Europa's, sowie auch eine Kritik der Agrikultur und der Lage der Landarbeiter auf den kleinen, mittleren und grossen Gütern. Der Verfasser zeigt die ökonomischen Vortheile des Grossbetriebes, — aber auch den misslichen Zustand der Arbeiter auf den gegenwärtigen Latifundien, — geht sodann zur Darstellung der Wirthschaft der Landgemeinden über, giebt eine historische und geographische Uebersicht des Zustandes und der Wirthschaft der Landgemeinden und schliesst mit der Darstellung einer idealen sozialistischen Wirthschaft. Die Broschüre: „Wie unser Boden nicht der unserige geworden ist", giebt die historische Grundlage der ökonomischen Ideen der beiden ersteren Broschüren durch die geschichtliche Darstellung des Verfalls der nationalen und ökonomischen Freiheit des Volkes in der Ukrajine in Russland und Oesterreich. —

Im Allgemeinen darf behauptet werden, dass wir in der gesammten kleinrussischen sozialistischen Literatur nur mit Thatsachen aus dem Leben des kleinrussischen Volkes und mit deren Gruppirung nach wissenschaft-

lichen und sozialistischen Prinzipien zu thun haben. Man findet somit darin, von den Erzählungen und Romanen aus dem Volksleben und den sozialistischen, populären Broschüren angefangen bis zu den Zeitungsartikeln und Programmen, nichts gegen die Wirklichkeit Verstossendes, nichts Transcendentales. Sie rechnet nur mit den thatsächlichen Kräften und Mitteln des kleinrussischen Volkes, um das sozialistische Ideal zu erlangen ... In den thatsächlichen Lebensverhältnissen liegt ja eben die Möglichkeit oder die Unmöglichkeit der Durchführung desselben. —*)

M. Pawlik.

IV. Serbien.

Historische Skizze der serbischen sozialistischen Bewegung, von M. Theodorowitsch.

I.

„Die vereinigte serbische Omladina." Realistisch-kritische Richtung in der serbischen Literatur.

In der Mitte der sechsziger Jahre machte sich eine lebhaftere freisinnige Strömung in der serbischen Gesellschaft geltend, sowohl in politischer, als auch in literatischer Beziehung. Dieselbe zeigte sich zuerst bei den Serben Ungarns**) und war ohne Zweifel im Wesentlichen der Wiederhall der damaligen geistigen und sozialen Bewegung im übrigen Europa. Die serbische Jugend, welche an den ausländischen Universitäten studirte, begann um diese Zeit, Vereine zu bilden. Sie trat in Verbindung mit den Studentenvereinen in Serbien und mit den slavischen Studentenvereinen anderer Universitäten, wie Moskau, Prag etc. In Ungarn und Serbien gründeten die Serben neue Zeitungen; literarische Vereine wurden ins Leben gerufen und Lesevereine errichtet. Von allen Seiten spornte man zu reger Thätigkeit und zur Aufklärung und Bildung des Volkes an. In diese Zeit fällt auch die Gründung zweier bedeutender politischer Organe: der „Zastawa" ***) in Ungarn, und etwas weiter der „Srbija" in Serbien, beide freisinniger Tendenz und nationalen Charakters. Die Folge dieser Bewegung war die Idee: dass die serbische Jugend aller Länder und jeden Glaubenbekenntnisses †) sich geistig vereinigen solle, um mit vereinigten Kräften in der Literatur zu wirken und die Auf-

*) Im vorjährigen Bericht aus Kleinrussland ist auf Seite 311, Zeile 20 von oben, anstatt: ähnlich — zu lesen: so unähnlich.

**) In Ungarn, hauptsächlich in Syrmien, Banat und Baeska wohnen in ziemlich kompakter Masse über eine Million Serben.

***) Die „Zastawa" wurde in Pesth gegründet; im Jahre 1867 übersiedelte sie nach der königlichen Freistadt Neusatz an der Donau in Südungarn, wo die Serben die überwiegende Mehrzahl der Bewohner bilden. Neusatz ist seiner Lage nach das Zentrum des serbischen Elementes in Ungarn und wurde später auch der Mittelpunkt der Bewegung der „Omladina" und der national-liberalen Tendenzen der Serben Ungarns.

†) Die Serben leben zerstreut in vier Staaten: in den Fürstenthümern Serbien und Montenegro; in der Türkei (Bosnien, Herzegowina, jetzt in Folge der Okkupation Oesterreich zugefallen, und Alt-Serbien); und in Osterreich-Ungarn (Syrmien, Banat, Baeska und Dalmatien). Sie sind theils griechisch orthodoxen, theils katholischen, zum Theil auch mohamedanischen Glaubens.

klärung im politisch-zerstückelten Volke zu verbreiten, sowie ferner, gegen Religionsvorurtheile zu kämpfen, die das Volk zum gegenseitigen Hass aufreizen. Durch Wissenschaft zur Freiheit — das war die Losung dieser Bewegung. Sie nahm eine konkrete Gestalt an, als sich im Jahre 1866 in Gross-Kikinda (Stadt in Ungarn) die gebildete serbische Jugend zu dem „ersten Kongresse der Omladina" versammelte. Hier konstituirte sich „die serbische vereinigte Omladina" zu einem literarischen Bildungsverein. Es wurden Ausschüsse gewählt mit der Aufgabe, in allen Ländern neue Mitglieder zu werben, soziale Schriften und Zeitungen, die man gründen wollte, zu verbreiten, Lese- und Gesangvereine zu errichten u. s. f. Später hielt die „serbische vereinigte Omladina" jährlich ihre Kongresse (in Belgrad, Neusatz und Pancsevo) ab; der letzte derselben fand im Jahre 1871 statt, als die „Omladina" als konstituirter Körper zerfiel. Bald darauf hörte auch ihr offizielles Organ: „Mlada Srbadija" (die serbische Jugend) zu erscheinen auf.

Der Fall der „Omladina" war unvermeidlich. In allen ihren Versammlungen hatte sie viel über ihre „Prinzipien" debattirt, aber nie ein festes, klares und bestimmtes Programm aufgestellt, trotzdem das radikalere Element, auf welches wir später zurückkommen, oft darauf drang, ein bestimmtes Programm auszuarbeiten, wenn man nicht wolle, dass diese begeisterte, jugendliche Masse eines Tages auseinandergehe, da sie durch keine Prinzipien verbunden sei, die Begeisterung aber sich sehr schnell verflüchtigen würde.

Das traf denn auch bald genug ein. Jeder deutete sich die Phrase: durch Wissen zur Freiheit nach eigenem Gutdünken. Von der ersten Begeisterung hingerissen, waren in die „Omladina" Leute der verschiedensten Anschauungen eingetreten: Atheisten und Gläubige, Kosmopoliten und engherzige National-Liberale, Republikaner und Monarchisten, der Mehrzahl nach Leute ohne feste Grundsätze und ohne bestimmte Ueberzeugung, sogenannte „Freiheitsmänner", welche sich in ihrem Enthusiasmus von dem Worte „Freiheit" hinreissen liessen, sich aber in grösster Unkenntniss darüber befanden, wie sie zu erzielen sei, und was für Bedingungen erfüllt sein müssen, um einen freien Staat oder eine freie Gesellschaft zu verwirklichen. Mit einem Worte, es war eine Gruppe von Menschen, die sich fast in Nichts, wenigstens im Wesentlichen nicht von den „Altgläubigen" und „Reaktionären" unterschieden. Die „jungen Freiheitsmänner" hatten dieselben Grundbegriffe über Gesellschaft, Staat und Religion und die ökonomischen Verhältnisse, wie die „alten Reaktionäre."

Wie schon erwähnt wurde, löste sich „die vereinigte serbische Omladina" als ein konstituirter Körper im Jahre 1871 auf, nachdem, wie wir alsbald sehen werden, schon im Jahre 1870 die besten, radikalsten Elemente aus ihr ausgetreten waren. Es war das eine Gruppe von Männern mit klaren und festen Grundsätzen, und aus ihnen bildete sich später die sozialistische Partei.

Man kann der „Omladina" einen gewissen Einfluss und einige Bedeutung nicht absprechen. Obgleich ihre politischen Tendenzen*) nur von

*) Neben dem hauptsächlich literarischen Charakter hatte die „Omladina" auch eine politisch-nationale Tendenz, die auf die politische Vereinigung aller Serben

geringer Bedeutung waren, so trug sie doch zur Erweckung des politischen Bewusstseins im Volke, zur Reinigung der serbischen Sprache von allen fremdartigen Zusätzen bei. Ferner bemühte sie sich, die deutsche und die ungarische Konversationssprache, die sich bei den serbischen Stadtbewohnern fest eingebürgert hatte, aus dem Familienleben zu Gunsten der eigenen Sprache zu entfernen. Auch entwickelte sie den Geschmack an den guten serbischen Sitten und Gebräuchen und erweckte gleichzeitig eine grössere Neigung für die serbische Literatur. Dadurch erhielt aber auch diese gleichzeitig einen grösseren Aufschwung.

Erst als die jüngere Generation des leeren liberalen Geschwätzes von Freiheit satt war, wurde sie für die sozialistischen Grundsätze und für ernstes Wirken an der Volksbefreiung empfänglich. Die „serbische Omladina“ machte sich auch hier verdient. Sie hatte, so zu sagen, bei allen ernstgesinnten Männern einen Widerwillen gegen alles Phrasenthum erweckt, besonders aber gegen das hohle Deklamiren von Liebe und Fürsorge für das Volk, während man es ganz in der Ordnung fand und ruhig mitansah, wie das „geliebte Volk“ von den zahllosen, blutgierigen Wucherern ausgesogen wurde.

Eine solche Partei musste sich zersetzen, und das geschah auch, sobald der bessere Theil derselben einsah, dass diese zwecklose Spielerei der „Omladina“ mit Liberalismus zu Nichts führte. Die Ueberreste der Partei findet man noch in Ungarn unter dem klingenden Titel: „serbische national-liberale Partei“, und auch ihr Organ „Zastawa“ vegetirt noch in Neusatz. In Serbien zählen sich zur „national-liberalen Partei“ nur noch die bureaukratischen Anhänger des jetzigen Minister-Präsidenten Ristitsch, der das Bischen Freiheit, das Serbien bis zum Jahre 1876 genoss, in den letzten paar Jahren vollends vernichtete. Zu diesen Freiheiten gehörte: die ziemlich ausgedehnte Pressfreiheit, die Anfänge der Gemeindeautonomie etc. Seine glorreiche Thätigkeit erreichte ihren Höhepunkt in den zahllosen Verhaftungen, Verbannungen und in unmenschlichen Hinrichtungen, so dass er durch seine Gewalthätigkeiten einen dort bis dahin ungekannten Terrorismus in Serbien einführte. Die ehemalige „liberale Omladina“ stellt die gegenwärtige Büreaukratie Serbiens dar und ist das blinde Werkzeug des verkörperten Büreaukraten Ristitsch, welcher sich den „Chef“ der national-liberalen Partei nennt. (Wenn liberal gleichbedeutend ist mit Gewalt und Druck, so ist die Benennung ganz zutreffend.) Der grösste Grosssprecher der „Omladina“, Wladimir Jovanovitsch, welcher in der ersten Hälfte der sechsziger Jahre in Genf als Emigrant ein serbisches Blatt „Freiheit“ redigirte, war bis vor kurzem Finanzminister bei Ristitsch, und nachdem er an allen Verbrechen desselben theilgenommen, wurde er in der gegen-

---

hinauslief. Da aber dies nur durch die Zerstörung der zwei mächtigen Reiche (Oesterreich-Ungarn und der Türkei) und die Vereinigung zweier serbischen Fürstenthümer (Serbien und Montenegro), die aus dynastischen Interessen eben nicht in bester Eintracht lebten, erreicht werden konnte, so wagte die „Omladina“ nicht, mit diesem politischen Ziele öffentlich hervorzutreten, um so weniger, weil dasselbe eine Trennung der Serben von Ungarn und ihre Annexion an Serbien bedeutete, während die „Omladina“ ihre Thätigkeit gerade in Ungarn entfaltete, wo Pressfreiheit und Vereinsrecht ausgedehnter waren, als in dem unter der starren Diktatur des Fürsten Michael (1868 ermordet), der von konstitutioneller Freiheit nichts wissen wollte, stehenden Serbien.



wärtigen National-Versammlung von demselben Ristitsch aus dem Ministerium ausgestossen, wie man es mit unnützem Ballast zu thun pflegt.

Das ist das erbauliche Bild der Ueberreste der einstigen „serbischen vereinigten Omladina.“

In der Mitte der sechziger Jahre jedoch war der Stand der Dinge ein ganz anderer. „Omladina“ und ihre „Jünger“ war die Parole jener Epoche. In dieselbe Zeit fällt die Rückkehr einiger jungen Serben in ihr Vaterland, welche ihr Studium in Russland absolvirt und sich in jener rein kritischen Richtung ausgebildet hatten, die damals, unter dem geistigen Einflusse eines Tchernyschewsky, Dobroljuboff, Nekrosoff, der in London lebenden Herzen und Bakunin und anderer bedeutender literarischen Geister, in der russischen Literatur herrschte. Diese Studenten der russischen Schule unterschieden sich ungemein von den übrigen jungen Serben, die ihre Studien im Westen machten. Paris lieferte für Serbien leere Phraseurs und Pseudoliberale; Wien — politische Schwindler, Berlin — eine Art Dunkelmänner, und — wer möchte es glauben? — nur Petersburg und Moskau, einige klare Geister, Männer der That, Charaktere mit ernster, wissenschaftlicher Bildung, welche sich die leider zu früh verstorbenen oder noch in Sibirien lebenden Märtyrer Tchernyschewsky, Dobroljuloff, Mihajloff etc. zum Vorbild genommen hatten. (Wir sind, selbstverständlich, weit davon entfernt, Paris, Berlin und Wien zu verurtheilen; es wird hier einfach eine Thatsache konstatirt.)

Nach ihrer Ankunft in Serbien fingen diese Studenten aus der russischen Schule nach russischer Weise an, kleine „Cercles“ zu bilden, die hauptsächlich aus den Studenten der Belgrader Universität bestanden. In kurzer Zeit entstand eine Gruppe junger Leute, welche unter dem Einflusse und der Leitung der jungen, wissenschaftlich gebildeten Männer, welche aus Russland heimkehrten, (hauptsächlich unter dem Einflusse J. Jouyovitsch's und P. Koritsch's) die russische Sprache studirten und mit Begierde die literarischen Werke von Tchernyschewsky, Dobroljuboff, Nekrasoff, Herzen, Bakunin, Fleurowsky, Pissareff etc. lasen. Die Lekture der Studirenden an der Hochschule erlitt eine bedeutungsvolle Umwandlung. An Stelle allerlei phantastischer Gedichte und Romane las man gediegene wissenschaftliche Werke. Mit Hülfe der russischen Uebersetzungen wurden die Studenten mit den Werken von Lewis, Buckle, Lyell und Darwin bekannt; die russische Kritik lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die wissenschaftlichen Arbeiten Büchner's, Moleschott's, Lange's etc., mit einem Worte, das Studium fremder Sprachen, der Natur- und Sozialwissenschaft nahm unter der studirenden Jugend eine gewaltige Ausdehnung. Dies hatte zugleich auch einen mächtigen Einfluss auf die Wahl des Studiums Seitens der jungen Generation. Bisher hatten sich alle auf das Rechtsstudium geworfen, denn da hatte man Aussicht auf eine glänzende Carrière in dem bureaukratischen Serbien, das naturwissenschaftlich-philosophische und technische Fach stand dagegen ganz verlassen. In Folge dieses Umschwunges in der Lektüre nahm aber die Zahl der Studirenden an der naturwissenschaftlichen und technischen Abtheilung zu, und die Rechtslehre verlor ihre frühere Bedeutung, ja sie wurde sogar ein unter den Studenten verachteter Gegenstand und konnte nur die „Arbeitsträgen“ zu ihren Jüngern zählen.

während alles, was nach Wissen und ernstem Studium strebte, sich den Naturwissenschaften und der Technik widmete.

Dieser Umschwung in der jungen serbischen Intelligenz machte sich auch bald in der Literatur bemerkbar. Die jungen Proselyten materialistisch-realistischer Richtung fingen an, ihre beliebtesten Autoren zu übersetzen, und indem sie deren Ansichten zu den ihrigen machten, traten sie mit denselben in der Literatur, als dem Ausdruck ihrer eigenen Gesinnungen auf.

Gleich zu Anfang dieser Bewegung trat diese Gruppe jüngerer Leute in die „Omladina" ein und entfaltete ihre Thätigkeit in den Publikationen der Omladina. Jouyovitsch (der Ueberzeugung nach Proudhonist russischer Schule) wirkte am meisten an dem schon erwähnten Journale „Serbien", am „Jahrbuche" und am „Glasnik" (Bote). Das „Jahrbuch" war das Organ der literarischen Gesellschaft „Serbische Matiza" in Neusatz, der „Glasnik" das der „serbischen gelehrten Gesellschaft" in Belgrad. Jouyovitsch entfaltete eine sehr rege Thätigkeit. Er vertrat seine Ueberzeugung nicht nur in der Presse, sondern auch durch Wort und That, indem er öffentliche mündliche Dispute mit den Professoren und offiziellen Vertretern der politisch-ökonomischen Wissenschaften in Serbien eröffnete. Die Thätigkeit des verstorbenen Jouyovitsch war von entscheidendem Einfluss auf die serbische studirende Jugend. Man kann ihn gewissermassen als den Vater der realistischen Tendenzen in der serbischen Literatur betrachten, durch welche Tendenzen vielfach der Sozialismus durchschimmerte. Dieser begabte Schriftsteller hätte viel für die serbische Literatur thun können, wenn er nicht sehr jung gestorben wäre; 1870 erlag Jouyovitsch der Tuberkulose, seine mächtige, edle Stimme verstummte für immer in der serbischen Literatur;*) aber an seine Stelle trat ein Mann, der durch seine tiefen Kenntnisse und seine reiche Begabung, hauptsächlich aber durch die Bestimmtheit seiner rein sozialistischen Grundsätze seinen verstorbenen Vorgänger und in einiger Beziehung auch Lehrer Jouyovitch übertraf — dieser Mann war Svetozar Markovitsch.

Svetozar Markovitsch's Auftreten datirt schon aus dem Jahre 1867. Er nahm von Anfang an durch literarische Thätigkeit an dem Kampfe des im Entstehen begriffenen Realismus Theil. Seine Artikel: Unsere Erziehung (Kritik über unser Erziehungssystem, im Journal „Serbien" veröffentlicht). Der Gesang und das Denken, eine im Journal „Matiza" erschienene Abhandlung; Gross-Serbien (Kritik der politischen Richtung und der chauvinistischen Tendenz der „Omladina", in der „Zastawa" abgedruckt), hatte er geschrieben, während er noch in Petersburg Studirender der Technik war; ebenso: Der Realismus in der Wissenschaft und im Leben (erschien im „Jahrbuche"); Die politische Bewegung in Europa (Skizze über das Erscheinen der „Internationale", gedruckt im Blatte „Pancsevaz"); Die Frauenemanzipation (erschien in dem „Jungen Serbien") u. s. f. Seine Schriften wurden sehr gerne gelesen und waren von grossem Einflusse auf die junge Realisten-

*) Bei günstiger Gelegenheit bin ich gesonnen, den Lesern des „Jahrbuches" eine umfassende Biographie dieses edlen Kämpfers für den Fortschritt in unserem kleinen, dürftigen Vaterlande zu liefern.

schaar. Aber erst im Jahre 1869 trat Markovitsch in den offenen politischen und literarischen Kampf ein. Als Studirender des Züricher Polytechnikums kritisirte er in seinem vortrefflichen Artikel in der „Zastawa": Unsere Illusionen — mit ausserordentlicher Klarheit und tiefer Analyse die neue Verfassung, mit welcher Ristitsch im Jahre 1869, nach der Ermordung des Fürsten Michael, Serbien beglückte. Der damalige serbische Kultusminister Motitsch erfuhr, dass dieser Artikel, der dazu beitrug, dass manchem fanatischen „Omladiner" über den Werth des serbischen Konstitutionalismus, der zu jener Zeit erst eingeführt wurde und einen wahren Begeisterungssturm hervorrief, ein Licht aufging, vom Svetozar Markovitsch, Staatsstipendiat in Zürich, herrührte.*) Er wandte sich brieflich an Markovitsch mit der Aufforderung, ihm „auf Ehrenwort" zu sagen, ob er diesen „unglückseligen" Artikel geschrieben habe. Markovitsch antwortete bejahend und bedankte sich in demselben Briefe zugleich für das Stipendium, da er schon im Voraus wusste, wie der Beschluss des Ministers ausfallen würde. (Dieser Briefwechsel wurde später in der „Zastawa" abgedruckt.) Die Folge davon war, dass er das Ingenieurstudium, das er bald beendigt hätte, aufgab und bald nach dem Tode Jouyovitsch's nach Serbien zurückkehrte, wo er sich mit allen seinen Kräften dem politischen Kampfe hingab und mit unermüdlichem Eifer an allen aufgeklärten Journalen mitarbeitete.

Zu dieser Zeit machte sich das Gefühl äusserst lebhaft geltend, dass die vereinigte, aber durch keine gemeinsamen Prinzipien zusammengehaltene Omladina entweder ein bestimmtes Programm, das ihren unbestimmten Phrasen von „Freiheit", von Wirken „mit dem Volke für's Volk" einen gewissen lebendigen Sinn gab, aufstellen, oder dass man sich auf ihren Verfall gefasst machen müsse. Markovitsch, der noch von früher her Mitglied der „Omladina" war, ging mit Eifer daran, dieselbe mit den sozialistischen Grundsätzen bekannt zu machen. Ungeachtet des Prinzipienunterschiedes zwischen ihm und den Hauptführern und Vertretern der „Omladina", welche mit ihrem Liberalismus gross thaten, trat Markovitsch nicht aus der „Omladina" aus, in der Hoffnung, dass es ihm und seinen prinzipiellen Freunden zuletzt doch gelingen würde, diesen Verein, um welchen sich ein grosser Theil der jungen, begeisterten Intelligenz gruppirt hatte, für das sozialistische Programm zu gewinnen. Zu diesem Zweck legte im Jahre 1869 Markovitsch mit seinen Gesinnungsgenossen auf dem Neusatzer Kongresse der „Omladina" sein Programm vor und liess sich von der Tribüne aus mit den Koryphäen der Omladina, besonders mit dem schon erwähnten Wladimir Jovanovitsch in einen Disput ein. Markovitsch erzielte insofern einen Erfolg, als sein Programm dem Prinzipe nach angenommen wurde. Es wurde ein Ausschuss gewählt, der die im Programme ausgedrückten Grundsätze einer eingehenderen Kritik unterziehen sollte; aber die Führer der Omladina wussten es so einzurichten, dass die ganze Sache im Sande verlief und die Omladina wieder ohne Programm blieb. Zu derselben Zeit führte Markovitsch in der Journalistik (in der Zeitung „Pancsevaz") eine

*) Wegen des schädlichen Klimas musste Markovitsch Petersburg verlassen und bezog 1869 das zürcherische Polytechnikum.

energische Polemik mit Wladimir Jovanovitsch und Dragischa Stanojevitsch (der letztere ist gegenwärtig Sozialist Marxischer Richtung, damals aber war er Republikaner der französischen Schule mit sozialistischem Anfluge, wie er oft bei den französischen Radikalen anzutreffen ist). Die Polemik war sehr lebhaft; Markovitsch fand bei einem grossen Theile der Omladina „Beifall", welcher aber ohne greifbare Folgen blieb, sodass er endlich zu der Ueberzeugung kam, dass aus der grossen Anhängerschaft der „Omladina", der es zwar nicht an Leidenschaft, wohl aber an Grundsätzen, an Aufopferung, an ernstem Interesse an der eigenen Aufklärung und der Verbreitung klarer politischer und sozialer Prinzipien fehlte, keine sozialistische Partei formirt werden konnte. Ueberzeugt, dass aus dieser Omladina, bei der alles auf leere Phrasen hinauslief, nichts zu machen sei, kam Markovitch mit seinen Freunden überein, aus derselben auszutreten. Im Jahre 1870 übersandte er als Mitglied des Belgrader Ausschusses mit seinem Freunde Georg Ljotschitsch eine Erklärung an den Präsidenten des Neusatzer Zentralausschusses, in welcher er die Unthätigkeit der „Omladina" angreift, ihr vorwarf, dass sie die Redaktionen ihrer Organe, sowie die Stellen ihrer Ausschussglieder nur als Ehrenstellen, als Titel betrachte und sie demgemäss Leuten zuertheile, die nichts arbeiten wollen; ferner dass die „Omladina" ohne Programm, ohne bestimmtes Ziel im Dunkeln herumtappe. Da sie in einem solchen Vereine überflüssig seien, so sei ihr Austritt durchaus begreiflich. Nach Markovitsch und Ljotschitsch traten auch ihre übrigen Gesinnungsgenossen, alle jene fortgeschrittenen jungen Elemente, welche unter dem Einflusse des verstorbenen Jouyovitsch und seiner Freunde herangebildet worden waren, aus der Omladina aus. Dadurch vollzog sich auch formell der Zerfall zwischen dem besseren Theil der Omladina (aus welchem sich später unter dem Einflusse Markovitsch's der erste Keim der sozialistischen Partei bildete) und den liberalen Phraseurs.

Die realistisch-kritische Richtung, welche durch die Jünger der russischen kritischen Schule nach Serbien verpflanzt wurde, und deren letzter Vertreter in Serbien Svetozar Markovitsch war, diese Richtung verschwand aus der „Omladina", und nachdem die letztere noch ein Jahr vegetirt hatte, ging sie vollends zu Grunde. Die junge vorgeschrittene Generation aber, welche in der Wissenschaft materialistisch, in der Literatur realistisch und in sozial-politischer Beziehung sozialistisch war, begann, wie wir es gleich sehen werden, selbstständig zu arbeiten.

Die realistisch-kritische Richtung zu Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gab der serbischen Jugend den ersten Anstoss zum naturwissenschaftlichen und sozialen Studium. Dank ihrem Einflusse erhielt Serbien einige gute Naturforscher, einige vortreffliche Ingenieure, Aerzte, Professoren und eine kleine Schaar gesinnungstüchtiger Sozialisten.

Ich fand es für gerathen, so viel über die Bewegung der Omladina und die realistisch-kritische Strömung in der serbischen Literatur anzuführen, um ein besseres Verständniss für die sozialistische Bewegung in Serbien zu erzielen.

* * *

II.

Erstes sozialistisches Organ in Serbien — „Radnik" (Arbeiter). Sein Einfluss. Die Gründung von Arbeitervereinen. Die Verfolgung des „Radnik". Die Flucht des Sv. Markovitsch nach Ungarn. „Radnik" unter der neuen Redaktion. Die Unterdrückung des Organs. Versuch zur Gründung eines neuen sozialistischen Organs in Ungarn (Neusatz).

Nach dem formellen Austritte aus der „Omladina" blieb Markovitsch und seinen Gesinnungsgenossen nichts Anderes übrig, als ein eigenes Organ zu gründen, in dem sie ihren Ueberzeugungen Ausdruck geben konnten, denn nach ihre Trennung von den Führern der Omladina konnten sie auf eine Aufnahme ihrer Artikel in den Organen derselben nicht mehr rechnen, umsoweniger, als es nöthig wurde, auch mit diesen Organen den Kampf zu eröffnen. Aber der Gründung des Organs standen zwei grosse Hindernisse im Wege: der Mangel an Mitteln und die unerbittliche Belgrader Zensur. Die kleine Sozialistenschaar bestand der Mehrzahl nach aus jungen Leuten, die kaum ihre Studien im Auslande beendigt hatten und ohne Mittel, ohne eine Stellung, ohne Bekanntschaft im Volke, ohne literarischen Namen in ihr Vaterland zurückgekehrt waren. Der einzige, Sv. Markowitsch, war als ein talentvoller und scharfsinniger junger Schriftsteller bekannt. Alles dies erweckte wenig Hoffnung auf Erfolg. Dennoch beschloss man, Versuche anzustellen. Man wählte den kaum aus Zürich zurückgekehrten jungen Ingenieur G. Ljotschitsch zum Redakteur, und erliess im April 1879 einen Aufruf zum Abonnement auf das neue Blatt, welches unter dem Titel „Radnik" dreimal wöchentlich erscheinen, und sich mit Politik, National-Oekonomie und Literatur beschäftigen sollte. Das Programm des Blattes besprach den Staat und seine Aufgabe, die nicht nur in der Aufrechthaltung der Ordnung und des Eigenthums, sondern hauptsächlich in der Erzielung allgemeinen Wohlstandes und allgemeiner Sicherheit bestehe. Im Staate sei das Volk souverän, und dasjenige politische System sei das beste, welches diesen Grundsatz der Volkssouveränität am sichersten verwirklicht. Ohne materielle Unabhängigkeit sei die politische Selbständigkeit nicht denkbar. Wo das Volk materiell abhängig, da werden die politische Freiheit, die Kultur und alle übrigen Güter Monopol einer gewissen Kaste. Als Prinzip wurde der Satz aufgestellt: keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte. Von den Schulen wurde verlangt, dass sie gebildete Arbeiter liefern und nicht Bureaukraten ausbilden sollen. Weiter sprach man von den Mängeln unseres Staatssystems, von unserem ökonomischen Elende, von den brennenden Bedürfnissen des Volkes, und das Alles mit tiefstem Ernste und in sachlicher Form, ohne jegliche Phrase. Diese Schreibweise, sowie die Gegenstände, welche das Programm des neuen Organs behandelte, waren für das Publikum etwas Neues und Ungewöhnliches. Alles flösste Vertrauen auf den Ernst und die Solidität der Redaktion ein, und obgleich die Männer derselben dem Publikum fast unbekannt waren, so fand das Programm dennoch einen grossen Anklang.

Bald erschien die erste Nummer des „Radnik". Derselbe entsprach

vollkommen den Erwartungen des Publikums. Ausser trefflichen theoretischen Artikeln, welche verschiedene soziale Fragen behandelten, wurde besondere Sorgfalt auf die Rubrik: Stimmen aus dem Volke verwendet, welche Mittheilungen aus allen Gegenden Serbiens über die Lage und das Elend des Volkes brachte. Schon in der vierten Nummer des „Radnik" konnte man in einem solchen Berichte Folgendes lesen: „Das Departement Semendria ist als eines der reichsten Departements von Serbien bekannt, und doch ist das Volk daselbst an den Bettelstab gebracht." Wegen dieses Ausdrucks erhielt die nächste Nummer eine „amtliche Verwarnung" seitens der Regierung, welche die Behauptung des „Radnik" als unwahr bezeichnete und die Gegenbehauptung aufstellte, dass das Volk in Serbien kein Elend kenne, dass im Gegentheil sein Wohlstand zunehme, und dass es daher mit seiner Lage zufrieden sei. „Radnik" blieb eine Erwiderung auf die „amtliche Verwarnung" nicht schuldig, und so entspann sich zwischen der Redaktion des „Radnik" und der serbischen Regierung eine Art Polemik, die damit endete, dass „Radnik" in einem ausgezeichneten Artikel von Markovitsch „Unser ökonomischer Fortschritt", auf die offizielle Statistik basirend, nachwies, dass der Wohlstand des serbischen Volkes in den letzten zwangig Jahren stark abgenommen habe. Dieser erfolgreiche Ausgang der Polemik mit der Regierung hob das Ansehen des „Radnik" zusehends.

Da der „Radnik" gerade, als die Pariser Kommune*) ihren letzten Verzweiflungskampf kämpfte, in's Leben trat, so nahm er die schwierige Aufgabe auf sich, seinen Leserkreis über die Tendenzen derselben aufzuklären. Während die offiziellen und halboffiziellen serbischen Zeitungen zur Zeit der blutigen Woche einstimmig schrieen: „Paris ist nicht mehr. An seiner Stelle erheben sich unübersehbare, wüste Ruinen — Alles ist den Flammen und der Zerstörung durch die barbarischen und räuberischen Kommunards zum Opfer gefallen ... während so die offizielle serbische Presse sich lediglich als Echo der europäischen Journalistik zeigte, erklärte der „Radnik" seine Solidarität mit der Pariser Kommune, übernahm vor dem serbischen Publikum die moralische Verantwortung für die Thaten derselben und forderte seine journalistischen Gegner zu einer öffentlichen Diskussion darüber auf. Diese aber hatten nicht den Muth, sich in eine ernste Polemik einzulassen, unterliessen es dagegen nicht, dem Publikum vorzuhalten, wie das kommunistische Gift leider auch bis an die untere Donau vorgedrungen sei, und wie die Redaktion des „Radnik" mit ihren Anhängern nur „Agenten der Pariser Bande" seien, welche die Familie, das Eigenthum, den Glauben vernichten wollten etc. etc. und lenkten namentlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Gefahr, welche Serbien von solchen „Räubern" drohe. Der „Radnik" wies in seinen vorzüglichen Artikeln: „Der Fall der

*) Während der Pariser Kommune erschien in Belgrad ein Journal „Der Handelsbote", redigirt von einem persönlichen (nicht prinzipiellen) Freund des Sv. Markovitsch. Infolge dessen konnte Markovitsch Artikel veröffentlichen, die voll Sympathie für die Kommune waren, und dieselbe vor dem serbischen Publikum vertheidigen. In demselben Blatte setzte Markovitsch auch die Polemik des verstorbenen Jouyovitsch mit den Professoren der politischen Oekonomie an der Universität fort, welche eben durch den Tod Jouyovitsch's unterbrochen worden war.

Pariser Kommune", „Der gegenwärtige Bourgeois-Staat", „Die Kommune und die Internationale", „Arbeit und Kapital" die wahre Bedeutung der damaligen sozialen Bewegung in Europa nach. Gleichzeitig war im Feuilleton des „Radnik" die Adresse der Internationale von Marx, welche den Titel: „Der Bürgerkrieg in Frankreich" trug, erschienen, und in dem Artikel „Der weisse Schrecken" gab das Blatt eine so schlagende Antwort auf alle die niedrigen und gemeinen Verleumdungen der Journalisten, dass diese insgesammt verstummten. Dieser Artikel erntete einen seltenen Beifall, er wurde viel und gern gelesen, man gedachte seiner noch lange, und noch jetzt nach zehn Jahren wird er als ein Muster von Scharfsinn und wirksamer Beweisführung betrachtet.

So entfaltete und propagirte der „Radnik" die sozialistischen Grundsätze, und die Zahl seiner Anhänger wuchs von Tag zu Tag. Die Zensur strich einzelne Artikel, konfiszirte einzelne Nummern, aber der „Radnik" schritt muthig vorwärts, während das Publikum seinen männlichen Kampf durch offenen Beifall ermunterte.

In Serbien, wo die Presse bisher nie eine soziale Macht vorgestellt hatte, erhielt der „Radnik" eine solche Bedeutung, dass die Regierung gleich in der ersten Nationalversammlung zu Kragujevaz einen Schlag auszuführen gedachte. Zunächst veranlasste sie ihre Anhänger, die Regierung dem Anscheine nach zu interpelliren wegen der Duldung eines solchen „gottlosen" Blattes, welches die Familie, das Privateigenthum, die Ehe, den Glauben und „alles, was dem Serben hoch und heilig ist," vernichten will. „Wenn die Regierung durch die Gesetze verhindert wäre, dieses Gift auszurotten, so ist die Versammlung bereit, ihr die Vollmacht dazu zu ertheilen" (mit anderen Worten, was die Regierung beschliesst, das findet im Voraus die Zustimmung der Skupschtina) — so lautete der Schluss der Interpellation. Natürlich schlug die Regierung*), die selbst die Urheberin der Interpellation war, „grossmüthig" das Anerbieten der Mamelukenversammlung aus und bedankte sich für das grosse Vertrauen, welches man ihr erwies. Dann erklärte sie, dass sie zu ausserordentlichen Massregeln nicht greifen brauche, da sie auf „gewöhnlichem, gesetzlichem Wege" diesem Uebel schon ein Ende machen würde. Die Abgeordneten mögen sich darüber keine Sorgen machen: „denn der „Radnik" hat kaum 2—3000 Anhänger, und das ist alles Bettel- und Lumpengesindel, welches die Regierung zu jeder Zeit vertreiben kann" — so schloss der Minister seine Rede. Dieses Zugeständniss des Gegners, dass sich der „Radnik" binnen wenigen Monaten 2—3000 Anhänger erworben habe, ist für den Erfolg dieses Journals sehr charakteristisch. Charakteristisch für seine Gegner aber ist der Vorschlag einiger Regierungsanhänger (M. Damjanovitsch und Hadzitsch): den der Regierung feindlich gesinnten Journalisten 50 Stockschläge zu ertheilen. Darauf antwortete ihnen ein Geistlicher, Namens Wica: „Ihr könnt die Zeitung „Radnik" unterdrücken, aber nicht die Ideen, die sie propagirt. Umsonst ist Euer Bemühen! Die Wahrheit bricht sich doch Bahn!

*) Das Ristitsch-Radivoj'sche Ministerium.

So erlebte der „Radnik" auch das Jahr 1872. Ueberall rief er eine lebhafte Bewegung hervor, spornte zum Nachdenken, trieb das Publikum, sich für und gegen den Sozialismus auszusprechen, von dem es zwar noch sehr geringe Kenntnisse hatte, der ihm aber bis dahin auch dem Namen nach unbekannt gewesen war.

Da die kleine, aber tüchtige Sozialistenschaar anfangs über sehr unbedeutende Mittel verfügte und fast ausschliesslich in Belgrad wohnte, so war von einer anderen Thätigkeit als der schriftlichen Propaganda vorläufig keine Rede gewesen. Als aber der „Radnik" so grossen Anklang fand und ihm aus allen Gegenden Sympathien (meistens von Studenten, jungen Kaufleuten, Beamten und Handwerkern) entgegengetragen wurden, und als man sogar um Rath und Beistand bat, wie man es zuerst mit der eigenenen Selbstbildung anfangen solle u. s. f., da entschloss sich die Redaktion des „Radnik" auch zu einer andern Thätigkeit; sie ging nämlich an die Gründung von Arbeiter-, Produktiv- und Konsum-Vereinen, um sich durch die Assoziationen die sozialistische Propaganda unter den Arbeitern zu erleichtern, diese durch festere Bande aneinander zu ketten, hauptsächlich aber sie an die Solidarität und das gemeinsame Zusammenleben zu gewöhnen. Die Ausführung dieses Planes beschränkte man zunächst auf Belgrad, um der Redaktion des „Radnik" die Möglichkeit zu geben, das Unternehmen zu leiten. Erst wenn der Versuch in Belgrad gelungen und einige Erfahrung gesammelt wäre, wollte man an die Organisation von Arbeitervereinen auch in anderen Städten Serbiens gehen. Diesem Versuch standen viele Hindernisse im Wege: die Unwissenheit und die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst, sowie die mangelhaften Vereinsgesetze. Alles hing von der Willkür des Ministers der inneren Angelegenheiten ab, er konnte nach Belieben einen Verein schliessen, ohne Jemandem dafür verantwortlich zu sein. Dieses letzten Umstandes wegen mussten die Sozialisten ihre Theilnahme an der Gründung dieser Vereine geheim halten, was ihren Einfluss auf dieselben bedeutend schwächte.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten wurden dennoch einige Genossenschaften gegründet, nämlich: ein Schneiderverein, ein Schuhmacherverein, ein Tischler- und Schlosserverein, ein Schmiedeverein und ein Konsumverein. Die Initiative zur Gründung derselben ging scheinbar von den Arbeitern aus, um die Genehmigung des Ministers leichter zu erhalten. Die offizielle Presse lobte die Gründung dieser Vereine und erklärte sie als ein Zeichen des Fortschrittes in Serbien. Der „Radnik" dagegen unterwarf die Licht- und Schattenseiten dieser Vereine einer eingehenden Kritik. Die Sozialisten wirkten also im Geheimen. Aber ihre Thätigkeit konnte für die Regierung auf die Dauer kein Geheimniss bleiben. Sie merkte, wohinaus die Sozialisten mit diesen Assoziationen zielten, und begann daher den Vereinen alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen, während sie ihre Verfolgungen gegen den „Radnik" bedeutend erhöhte. In Folge des Druckes seitens der Regierung und der verminderten Sorgfalt seitens der Sozialisten — dieselben hatten mit dem „Radnik" ihre eigene Noth — geriethen die Vereine in Verfall (gegenwärtig besteht nur noch der Tischler- und Schlosserverein), woran neben diesen äusseren Hindernissen grossentheils auch die Vereine selbst schuld

waren. Ihr Hauptelement bestand aus Kleinhändlern, die früher ein selbstständiges Geschäft geführt hatten und noch in allen jenen kleinlichen, egoistischen Interessen befangen waren, die der Solidarität abhold sind. Dazu kamen die vielen anderen Mängel, die demjenigen, der mit der Organisirung von Assoziationen ungebildeter, vernachlässigter Arbeitermassen nur etwas vertraut ist, zur Genüge bekannt sind.

Als nun diese Vereine in Verfall geriethen, erklärte sie die offizielle Presse mit einem Male für das Werk der Sozialisten und schrieb diesen die Ursache des Verfalls zu. Die Regierung ging so weit, dass sie Markovitsch, der an der Gründung und Leitung des Konsumvereins öffentlich theilgenommen hatte, bei der Liquidation desselben in eine schmutzige Geldaffaire hineinziehen wollte, um ihn dann der Veruntreuung von Vereinsgeldern beschuldigen zu können. Aber dieser ruchlose Plan gelang ihr natürlich nicht.

Indessen nahmen die Verfolgungen des „Radnik" fortwährend zu. Gegen Markovitsch, als das Haupt desselben, inszenirte man einen Prozess, der ihm einige Jahr Zuchthaus bringen sollte, aber Markovitch veranlasste nach Ungarn zu flüchten. Infolge dessen trat in der Redaktion eine Veränderung ein: Ljotschitsch, durch die Verfolgungen kleinmüthig geworden, schied aus, und an seine Stelle als Redakteur trat Stewa Militschevitsch, ein junger Jurist, der kurz vorher aus Russland zurückgekehrt war. Die Abwesenheit Markovitsch's machte sich sofort an dem Inhalte des Journals bemerkbar, doch redigirte man es ziemlich gut, ausserdem half noch der gute Ruf von früher her aus.

Die fortgesetzten Verfolgungen seitens der Regierung endeten damit, dass eines Nachts der Redakteur Militschevitsch von Gendarmen auf die Polizei geschleppt und durch allerlei Torturen gezwungen wurde, an der Spitze des Blattes eine Stelle aus dem Artikel: „Die Internationale und ihre Bedeutung in dem Kampfe des europäischen Proletariats gegen die Bourgeoisie", der im „Radnik" erschienen war, zu dementiren. Man zwang den Redakteur zu der Erklärung, „dass er bereue, dass dieser Artikel in seinem Journale gedruckt wurde." Daraufhin beschlossen nun die Sozialisten, ihr Organ einzustellen, da es unter solchen Verhältnissen ohnehin seinen Zweck nicht erfüllen könne. Nach dem Dementi erschien nur noch eine Nummer, mit welcher der „Radnik" nach einer etwas mehr als einjährigen Existenz, im Sommer des Jahres 1872 sein Erscheinen einstellte.

Sein Einfluss war ein bedeutender gewesen. Zwar hatte er keine geschlossene, sozialistische Partei geschaffen; Zeit und Mittel waren zu gering, um aus dem Leserkreis, welcher der Richtung des „Radnik" huldigte, tüchtige und bewährte Sozialisten zu rekrutiren. Aber er brach dem Sozialismus Bahn, er beleuchtete viele soziale Fragen, er veranlasste seine Leser zum Nachdenken über Dinge, die ihnen bis dahin gar nicht in den Sinn gekommen waren; kurz, er streute bei vielen Hunderten den Samen aus, welcher später so viele tüchtige Sozialisten zeitigen sollte.

Als sich Markovitsch überzeugt hatte, dass die Gründung eines neuen sozialistischen Organs in Serbien einstweilen unausführbar sei, versuchte er,

ein solches in Ungarn zu gründen. Es erschien in Neusatz das Programm eines neuen Journals „Jednakost“ (Gleichheit); doch scheiterte dieser Versuch schon im Vornherein an der Unbeständigkeit eines Mannes, der (da Markovitsch nicht ungarischer Unterthan war) die Redaktion hatte übernehmen und die übliche Kaution von 6000 fl. deponiren sollen.

Die sozialistische Bewegung in Serbien erlitt eine längere Unterbrechung. Die serbischen Sozialisten fügten sich in diese Nothwendigkeit, um im Jahre 1873 mit vereinten Kräften, mit grösserer Erfahrung, neuer Energie, ja sogar mit etwas veränderter Taktik ihre Thätigkeit von Neuem zu entfalten.

Adam Bogosawljewitsch.

Das serbische Volk wurde durch den am 31. März erfolgten Tod des Adam Bogosawljewitsch in eine fieberhafte Aufregung versetzt. Sein treuester, kühnster Vorkämpfer, der mit eherner Beharrlichkeit und opferwilligem Muthe durch lange Jahre hindurch von der Tribüne der Abgeordneten herab und Stirn an Stirn mit den Vertretern der despotischen Gewalt für die Rechte des Volkes gestritten, seine Leiden geschildert und seine Forderungen ausgesprochen hat, — Bogosawljewitsch, der Volkstribun todt! — Das allein schon hätte genügt, die Herzen der serbischen Bauern — und fast das ganze Volk Serbiens gehört diesem Stande an — zu erschüttern, aber die Art, wie der volksthümliche Mann gestorben, gestaltete aus der weich wehmüthigen Trauer eine Empfindung wildester Erbitterung, und aus der Klage um den schweren Verlust, den die Volkssache erlitten, erhob sich eine zornige Anklage gegen die Träger der Gewalt und die Feinde der Volksfreiheit. — Bogosawljewitsch ist ermordet worden! — Das ist der fast einstimmige Ruf, mit dem man in Serbien die Nachricht von dem Hinscheiden des edlen Mannes beantwortete, und man muss gestehen, dass die Umstände nur zu sehr angethan erscheinen, diese Ausserung der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen: Am 29. März verhaftete die Polizeibehörde des Departement Zajetschar, unter gewaltthätiger Missachtung des Rechtes der Unverletzlichkeit der Abgeordneten, den Bauerndeputirten; und — obwohl er noch jung, vollkommen gesund und von kräftiger Leibesnatur bis zu seiner Verhaftung gewesen war — überführte man ihn schon am nächsten Tage in das Krankenhaus und verkündete am darauf folgenden — den 31. März — dass er gestorben! — Vergiftet — so lautete die Diagnose seiner „Krankheit“ im Volksmunde! —

Adam Bogolsawljewitsch wurde im Jahre 1844 im Dorfe Koprivnitsa im Departement Krajina geboren; sein Vater, ein Viehhändler, war im weiten Umkreise seiner Heimath seiner Rechtschaffenheit und Herzensgüte wegen geachtet und beliebt. Adam besuchte die Elementarschule und die ersten vier Gymnasialklassen der Kreisstadt Zajetschar und vervollkommnete seine Bildung alsdann auf dem Gymnasium und endlich auf der Hochschule zu Belgrad, wo er sich in die philosophische Fakultät inskribiren liess. Sein eifriger Fleiss und seine bedeutenden Fähigkeiten machten ihn überall zum Ersten und Besten unter seinen Studiengenossen, und wie

gross und ernst sein lerneifriges Streben gewesen ist, das zeigt am besten die Thatsache, dass er, arm an materiellen Mitteln, ohne jede fremde Beihülfe, vollkommen selbstständig die französische, englische und deutsche Sprache — neben der lateinischen — sich fertig aneignete und die Literaturen der geistig führenden Nationen in sich aufnahm. — Es ist verhängnissvoll für die serbische Kulturentwickelung, dass die Jugend, sobald sie ihre wissenschaftliche Ausbildung beendet hat, ausnahmslos in den Staatsdienst tritt. Die verknöcherte bureaukratische Disziplin, die in diesem herrscht, unterdrückt bald den geistigen Schwung, den das Wissen erzeugte, und der Beförderungsdrang erstickt die gesunde, gebildete Moral, da der junge Beamte sofort erkennt, dass in der bureaukratischen Hierarchie nicht wahres Verdienst und hervorragende, ernst arbeitende Befähigung, sondern unterwürfige Kriecherei und sklavische und rücksichtslose Einfügung in das Getriebe der autokratischen Staatsmaschinerie die sichersten Mittel des Vorwärtskommens sind. So kommt es, dass die jungen Gebildeten, von denen die Aufklärung des Volkes und dessen Befreiung ausgehen sollte, geistig und sittlich verstumpfen und dem verdummenden Geist der Unterordnung unter die angewöhnte Autorität der politischen Machthaber auch in die Kreise tragen, in denen die Nothwendigkeit der Hebung der materiellen und geistigen Lage der Bevölkerung instinktiv gefühlt wird; und so ist es erklärlich, dass die bedeutenden Opfer, welche das serbische Volk bereitwilliger als irgend ein anderes der Verbreitung der Kultur bringt, bislang fast nur zu den gegentheiligen Erfolgen geführt haben. Die Erkenntniss dieser traurigen Thatsachen, die Adam Bogolsawljewitsch während seiner Universitätsjahre beständig durchdachte, führte ihn zu dem Entschlusse, von der herkömmlichen Bahn abzuweichen und durch sein Beispiel die gebildete Jugend anzuleiten, die Frucht ihres Lernens in's Volk zu tragen und diesem mitzutheilen und nutzbar zu machen. Er trat nicht in den Staatsdienst; und so gross war sein Eifer für den einmal gefassten Plan, den Staatskanzleien das Monopol der Bildung zu nehmen, dass er sich auch selbst die Wege verlegte, von dem ihm durch jenen vorgeschriebenen Lebensgange abzulenken. Um sich gegen Versuchungen, welche ungünstige Lebensschicksale immerhin im Gefolge haben konnten, ein für allemale zu sichern, verliess er, trotz des ausgezeichneten Erfolges, mit dem er seine Studien betrieben hatte, die Universität, ohne das letzte Examen abzulegen und ein Diplom zu erwerben, und versperrte sich so absichtlich und mit Vorbedacht den Zugang zum höheren Staatsdienst, der ohne diesen formellen Abschluss der akademischen Vorbereitung Niemandem offen steht. Er kehrte mit dem festen Plane und dem unerschütterlichen Willen, im Volke für das Volk zu wirken, in sein Heimathsdorf Kiprivnitza zurück und wurde Bauer. Grundsätzlich vermied er es, sich äusserlich von seinen Standesgenossen zu unterscheiden; er warf die städtische Kleidung ab und bearbeitete, ohne Tagelöhner zu Hilfe zu nehmen, mit seinem Weibe, der Tochter eines Dorfpopen, die er bald nach seiner Rückkehr von der Hochschule geheirathet hatte, seinen Acker selbst. So weit ging seine willensstarke Konsequenz, dass er es verschmähte, selbst ausserhalb seines Hauses und Dorfes anders zu leben als die Bauern. Im schlichten Kittel trat er vor die Skuptschina und vor den

Fürsten, und wenn man ihm Speisen oder Getränke anbot, die er nicht auch zu Hause zu geniessen pflegte, so wies er sie mit den Worten zurück: „Was ich in meinem Hause nicht esse und trinke, will ich auch ausserhalb desselben nicht geniessen." —

Es ist begreiflich, dass der „gelehrte Bauer" im Anfange einen schweren Stand unter seinen Dorfgenossen hatte. Sie konnten es nicht begreifen, wie ein vernünftiger Mensch, der viele Jahre gelehrten Studien obgelegen hatte, und dem der Weg zu den ehrenhaftest geglaubten und bequemsten Lebensstellungen offen stand, es vorziehen könne, mit schwieligen Fäusten harte Landarbeit zu verrichten und sich an der bescheidenen Lebensweise des Dorfes genügen zu lassen. Das Vorurtheil, das in Deutschland im Anfange der modernen Agrikultur von den Landwirthen der alten Schule den sogenannten „lateinischen Bauern" entgegengebracht wurde, machte sich auch in Serbien gegen Bogosawljevitsch geltend. Man lachte über ihn, wo er sich in die alten bäuerlichen Gewohnheiten einfügte, und man lachte noch mehr, wo er sie verliess, um die Landwirthschaft nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu betreiben. Aber bald verstummten die Lacher, als sie sahen, dass sein Wirthschaftssystem Erfolg hatte, und seine Felder so viel mehr trugen als die nach altem Brauche bearbeiteten seiner Nachbarn. Man fing an, ihm nachzuahmen, und als man den Nutzen davon bemerkte, und man seine geistige Ueberlegenheit zu fühlen begann, da verwandelte sich auch der Spott über seine ärmliche Lebensweise in Achtung und Bewunderung seiner Willenskraft. Seine bäuerlichen Genossen gewannen Respekt und Zutrauen zu dem Manne, der in reformatorischem Eifer und mit auffallendem Erfolge „ackerte", wiewohl er „auf der Hochschule studirt hatte". — Sie begannen sich um seinen Rath zu bewerben, und als sie erkannt hatten, dass er gut und praktisch war, fingen sie nichts Wichtiges mehr an, ohne ihn vorher eingeholt zu haben. So wurde Adam Bogosawljewitsch der Liebling und der Lehrer der Bauern — weit über sein Heimathsdorf hinaus. Er drängte sich und seine Räthschläge Niemandem auf; er zog es vor, zu handeln und durch sein Handeln schweigend aber um so sicherer für seine Ansichten Propaganda zu machen. Und gerade dadurch gewann er Einfluss und Vertrauen auf die geistig schwer beweglichen und misstrauischen Landleute, denn er hatte Recht, als er mir einst sagte: „Der Bauer liebt es nicht, dass man sich ihm aufdrängt und merkt ihn sich und befolgt deinen Rath eher, wenn er sich ihn selbst holt. Wenn ihm dein Rath aber einmal genützt hat, dann sorge nicht weiter, dann wird er in der Zukunft wieder zu Dir kommen, um Dich zu befragen."

Unter diesen Umständen darf es nicht Wunder nehmen, dass Bogosawljewitsch bei den Wahlen zur Skuptschina im Jahre 1875 zum Volksvertreter gewählt wurde und als solcher nach Belgrad kam. Bei jenen Wahlen hatten die serbischen Sozialisten, die schon im Jahre 1873 mit einem offenen und entschiedenen Programm in ihrem Organ „Javnost" hervorgetreten waren, einige der Ihrigen in die Skuptschina gebracht. Von diesen und von einigen ausserhalb der Skuptschina stehenden Sozialisten, die Adams Schulfreunde gewesen waren, lernte er die Grundsätze und Forderungen des Sozialismus kennen, und da er fand, dass sie mit seinen eigenen An-

schauungen und Ansichten durchaus übereinstimmten, so bekannte er sich ohne Zögern als entschiedener Sozialist und beantragte mit seinen Gesinnungsgenossen in der ihm eigenen thatlustigen Energie schon in der ersten Session der Volksvertretung zahlreiche Reformen in der Staatsverwaltung.

Bogosawljewitsch war kein grosser Redner und verabscheute die schönrednerische Phrase, er ermüdete die Skuptschina nie mit langathmigen wortreichen Reden. Er sprach stets kurz und kernig, aber was er sagte, war immer erfüllt von einer unerbittlichen Logik der Thatsachen und darum eine schneidige Kritik der Zustände, der Ereignisse und der Personen. Seine Urtheile trugen das Gepräge seines scharf auffassenden Verstandes, aber ihre Aeusserungen gewannen auch eine hinreissende Leidenschaft, wo sie der verletzten Menschenliebe seines edlen Herzens und seiner Sorge für sein Vaterland entströmten. Wenn er von den Leiden und dem Elende des Volkes sprach und das Unglück zu schildern sich gezwungen sah, das über das Land hereinzubrechen drohte, da erhielten seine Worte den Schwung der Begeisterung und der ernst trauernden Prophetie. — Das aber war gerade die Weise, wie man auf das serbische Volk wirken musste, das nur erst der praktisch fassbaren Wahrheit zugänglich ist und noch kein Verständniss für abstrakte Theorien und dialektische Schönrednerei hat. Man folgte den Verhandlungen der Skuptschina aufmerksamer als bisher; und die einfache überzeugende Wahrheit der Reden Bogosawljewitschs, die man überall las, die das Volk als den Ausdruck seines eigenen, innersten Fühlens und Denkens erkannte, machten ihn nun erst recht zu seinem Lieblinge und den Gewalthabern zu einem Gegenstande der Furcht und des Hasses. —

Von der Opposition in die Enge getrieben, löste die Regierung diese Skuptschina bald auf, und um die Wiederwahl der unbequemen Oppositionsmänner zu verhindern, ordnete sie unter Verbreitung verläumderischer Anklagen deren Verhaftung und Verfolgung an. Auch Bogosawljewitsch wurde ein Opfer der perfiden „Massregeln“; und jetzt zeigte es sich, welche Verehrung er im Volke bereits genoss. — Schaaren bewaffneter Bauern kamen in die Kreisstadt Negotin, wo man ihn in das Gefängniss geworfen hatte, befreiten ihn mit Gewalt und führten ihn im Triumphe in sein Heimathsdorf zurück. Dort organisirten sie einen regelmässigen Wachtdienst, durch den der Befreite vor der Polizei geschützt werden sollte.

Als man in Belgrad von diesem Ereignisse Kunde bekam, schäumten die Behörden und besonders der feiste Fürst Milan vor Wuth auf und verlangten unerbittliche Sühnung des unerhörten Frevels. Die Berichte einer nach Koprivnitza gesandten Kommission, die sich sehr nüchtern dahin erklärte, dass jede weitere Betreibung der Angelegenheit unzweifelhaft eine ernste und in ihren Folgen unabsehbare Empörung hervorrufen müsse, kühlten indess den Racheeifer sehr bedenklich ab; und nachdem die Gemeinde Koprivnitza zwei oder drei Monate hindurch jede Verbindung mit den Staatsbehörden abgebrochen und sich, unterstützt durch die Nachbargemeinden, entschieden geweigert hatte, den inzwischen zum Gemeindevorsteher gewählten Bogosawljewitsch fallen zu lassen, machte die Regierung gute Miene zum

bösen Spiele, gab die Bestrafung des Befreiten und seiner Befreier auf und erkannte sogar die Gemeindewahl an.

Natürlich wurde der „Freund des Volkes", wie Bogosawljewitsch jetzt allgemein genannt ward, wiederum auch in die Skuptschina gewählt, deren überall geachtetes Mitglied er, trotz der schimpflichsten Verläumdungen und Verfolgungen durch die Polizei, bis zu seinem Tode geblieben ist. Die Ungiltigkeitserklärung seiner Wahl und der anderer Oppositionsmänner führte nur zu Widerholungen des einmal abgegebenen Volksvotums — und als der Gouverneur des Departements Krajina, in Verzweiflung, dass er Adams Wahl nicht verhindern konnte, die Bauern anrief: wie oft sie ihn denn noch wählen würden, — erhielt er die Antwort: „So lange er leben wird!"

Offenbar haben die serbischen Regierungsmänner dieses Wort der Wähler des treuen Volkstribunen sorgsam ihrem Gedächtniss eingeprägt — denn Leute von dem Charakter Bogosawljewitschs sind immer unbequem für eine Regierung, wie die Rististchs, die das Regiment nach Baschi-Bozuksgrundsätzen führt, und sie werden geradezu gefährlich, wenn äusserer Anlass die Unzufriedenheit im Volke bis zur Verzweiflung steigert. Und dieser Fall ist neuestens in Serbien eingetreten: In vielen Departements des Landes herrscht gegenwärtig der Hunger und das Elend. Die Landbewohner sind häufig genug gezwungen, sich von Baumrinde und getrockneten Maisblättern zu nähren. Die Kinder betäubt man mit Branntwein, damit sie nicht nach Brod verlangen. Dazu kommt, dass der unerhörte Druck der Behörden und die fanatischen Verfolgungen in Folge der lauter werdenden Verzweiflungsrufe der Bevölkerung den Grimm derselben noch erhöhen. Natürlich hat in dieser Lage der Einfluss der Opposition in der Skuptschina zugenommen, und besonders ist es Adam Bogosawljewitsch, auf den das Volk hoffend blickte. So ist der bescheidene, sanfte und schweigsame, aber in seinen Grundsätzen unerschütterliche und in seinem Handeln entschlossene und muthige Bauer Adam, der unter solchen Umständen die Macht besass, das Volk in die Waffen zu rufen, für die Machthaber ein Gegenstand des Hasses und — was die rücksichtslose Grausamkeit noch mehr herausfordert — der Furcht geworden. Es wäre eben nicht unbegreiflich, wenn man sich — eingedenk jenes Wortes seiner Wähler — nicht gescheut hätte, auch das letzte und gewaltthätigste Mittel zur Unschädlichmachung Bogosawljewitschs in Anwendung zu bringen — zumal Ristitsch, der wegen seiner Wirthschaft von den erbitterten Bauern mehr zu fürchten hat als nur den Verlust seines Ministerportefeuilles.

Um einen Anlass, einen gefährlichen Oppositionsmann in ihre Gewalt zu bringen, ist eine Regierung, wie die Milan-Ristitsch'sche, nie verlegen. — Am 29. März wurde Bogosawljewistch in der Stadt Zajetschar verhaftet unter der Beschuldigung — — sich eines Getreidediebstahls schuldig gemacht zu haben! — —

Diese niederträchtige Anklage hatte man aus folgender Begebenheit zuwege gebracht: Seine Stellung als Volksvertreter und sein weitreichender Einfluss hatten den edlen Volksführer nicht verhindert, seine Pflichten auch dem engeren Kreise seiner Mitbürger, seinen Gemeindegenossen, die ihn ja zu ihrem Vorstande gewählt hatten, voll und ganz zu erfüllen. — Während

des Krieges 1876 fielen die Tscherkessen in dem Theile Serbiens, in dem auch das Heimathsdorf Adams liegt, ein, und da an eine Vertheidigung nicht zu denken war — alle wehrfähigen Männer von 20 bis 50 Jahren befanden sich beim Heere und auf dem Kriegsschauplatz — so flüchteten die Zurückgebliebenen, unter ihnen auch Adam, der seines Gemeindeamtes wegen keinen Waffendienst verrichten durfte, in die Wälder. Dort trat gar bald Nahrungsmangel ein. Um diesem abzuhelfen, wagte es der treue Hort seiner Dorfgenossen mit einigen älteren Männern, in sein Dorf zu schleichen. Er fand es in Trümmern — einen Schutthaufen. Auch sein Haus war zerstört — seine Bibliothek, an die er all sein Erspartes gewandt, die ihn 6000 Gulden gekostet hatte, und die ihm theurer als sein sonst karger übriger Besitz gewesen ist, verbrannt. All seine Habe war vernichtet — und er musste nun noch durch vier Jahre in einer traurigen Erdhütte wohnen, bis es ihm — erst kurz vor seinem Tode — gelang, sich wieder, und mit seinen eigenen Händen, ein Häuschen zu bauen! — Aber daran dachte er jetzt nicht — er musste für seine Gemeindegenossen sorgen, die der Hunger bedrohte. Er wandte sich nach den nächstgelegenen Ortschaften, die von den Feinden verschont geblieben waren, und fand endlich die Lebensmittel, deren er bedurfte, in dem Dorfe Dubotschau. Der Gemeindevorsteher desselben weigerte sich anfangs, von ihnen seinen bedürftigen Nachbarn mitzutheilen, später aber liess er sich bewegen, die Bitten Adams zu erfüllen. Dieser stellte ihm für die erhaltenen Vorräthe einen Empfangsschein aus und überbrachte jene den bang harrenden Flüchtigen. — Zwei Tage später brannten die Tscherkessen auch Dubotschau nieder. — Das ist der „Diebstahl", um dessen willen der sorgliche Helfer seiner nothleidenden Gemeinde verhaftet wurde!! Aber freilich — man musste seiner habhaft werden, damit er — „an einer Lungenentzündung" sterben konnte — der gefährliche „Freund des Volkes", den seine Wähler wiederwählen wollten, — „so lange er lebte"! —

Am Tage der Verhaftung Bogosawljewitsch's, gegen die er sofort schriftlich protestirte, besuchte ihn im Gefängniss der Gouverneur. Derselbe benahm sich sehr zuvorkommend und bot ihm verschiedene Erleichterungen der Haft und unter Anderem ein Nachtessen an. Bogosawljewitsch schlug Alles aus und bat nur um einen warmen Thee, da er in Folge der Aufregung, welche die Verhaftung in ihm erzeugt hatte, sich nicht wohl fühlte. Man brachte ihm das gewünschte Getränk, und kaum hatte er es zu sich genommen, so empfand er heftige Schmerzen im Magen, die bis zum nächsten Tage anhielten. Jetzt wurde auf Verlangen des Kranken ein Arzt herbeigebracht, der seine Ueberführung in das Krankenhaus anordnete und ihm dort wiederum einen Thee verabreichen liess, in den er selbst Etwas hineinschüttete, das die Magenschmerzen „mildern" sollte. Bogosawljewitsch trank das „Heilmittel" vertrauensvoll; aber unmittelbar darauf steigerten sich die Schmerzen, sein Gesicht wurde geröthet und Lippen, Zunge und Gaumen schwollen an. Er rief um Hilfe, verlangte nach den Seinen und sprach es aus, dass er vergiftet sei. Unter furchtbaren Leiden forderte er Wasser oder Milch, da ihm, wie er sagte, „der Magen verbrenne". Bald darauf trat Agonie ein, und am 31. März starb er unter den furchtbarsten Zuckungen und Qualen. —

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von dem Abscheiden Bogosawljewitsch's in ganz Serbien, und die Behauptung, dass er vergiftet sei, schwoll im Volke zu einer drohenden Anklage gegen die Regierung an. Jetzt erst, erschreckt durch das gefährliche Grollen der öffentlichen Meinung, hielt man es für nöthig, eine Untersuchung über das Ereigniss in Szene zu setzen. Bezeichnend ist, dass die Ausführung der Sektion der Leiche demselben Arzte übertragen wurde, der Bogosawljewitsch das „Magenheilmittel" in den Thee gethan und der ihn behandelt hatte. Freilich wurden ihm noch zwei Aerzte beigeordnet, aber auch sie waren, wie der erste, bekannt als unwissend und ungemein gewissenlos. — Das Verlangen der Freunde und Angehörigen des Todten, die begreiflicherweise ein wahres Urtheil von diesen Experten nicht erwarteten, ihrerseits zwei ausländische Aerzte zur Sektion hinzusenden zu dürfen, wurde rundweg abgeschlagen, dagegen wurde es gnädigst verstattet, noch zwei Belgrader Aerzte — die sämmtlich Staatsbeamte sind — für diesen Zweck auszuwählen. Der Obduktion, die — 120 Stunden nach dem Tode Bogosawljewitsch stattfand, wohnten eine grosse Zahl von Landleuten bei, die erstaunt, den Leichnam mit grossen blauen Flecken zu finden, ausriefen: „Da seht, dass Adam vergiftet ist, das Gift hat sich auf die Haut geworfen!" — Die Aerzte aber fanden, dass er an einer — Lungenentzündung gestorben sei. Bei der Herausnahme des Magens machten die von der Regierung delegirten Aerzte „zufällig" eine ungeschickte Ligatur, so dass der ganze Mageninhalt verschüttet wurde. Mit Blut und Schmutz vermischt, wurde er von der Erde aufgehoben und in ein Gläschen gethan, das sorgfältig von den Aerzten versiegelt wurde. Wieder „zufällig" stiess aber der Arzt, der Bogosawljewitsch behandelt hatte, das Glas um und zerbrach es. Von Neuem wurde der Inhalt zusammengerafft und versiegelt und dann nach Belgrad an den Staatschemiker zur Analyse gesandt; — dass dieser kein Gift finden würde, war mit Sicherheit vorauszusehen.

Natürlich hat dieses Verfahren durchaus nicht dazu beigetragen, die Aufregung zu beschwichtigen; im Gegentheil ist die öffentliche Meinung heut mehr als je von der Ueberzeugung getragen, dass Adam Bogosawljewitsch gemordet sei; und wenn das serbische Volk noch dasselbe ist, das es noch vor wenigen Jahren war, so wird die Sühne den angeschuldigten Urhebern der That nicht erspart bleiben. Zunächst erfüllen die Freunde des Todten eine nähere Pflicht — indem sie Sammlungen zur Gründung eines Fonds anstellen, aus dem die Familie des Todten — Bogosawljewitsch hinterliess seine alte Mutter, eine Frau und drei Kinder, von denen das älteste erst sieben Jahre alt ist — die Mittel zu einer sorglosen Existenz erhalten soll. Das arme aber edelsinnige serbische Volk wird die Angehörigen dessen nicht im Stiche lassen, der für seine Freiheit und sein Glück lebte und starb, aber man darf auch überzeugt sein, dass es seinen Tod nicht ungerächt vergessen wird.

Ex ossibus ultor!

* * *

Ueber den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Propaganda unter den Serben gehen uns von einem anderen Mitarbeiter des Jahrbuches noch folgende Zeilen zu:

Der serbisch-türkische Krieg von 1876 schob nicht nur die nationale Bewegung in den Vordergrund, sondern hatte für die Angehörigen des Fürstenthums Serbien auch die Erklärung des Kriegszustandes (theilweise Suspendirung der Verfassung) zur Folge. Infolge dessen vermochte es das System Ristitsch, die ihm unbequeme radikale Opposition mundtodt zu machen; und da die verfassungsmässigen Rechte des Volkes auch heute — 3 Jahre nach dem Kriege — noch nicht vollständig wiederhergestellt sind, ist es nur zu begreiflich, dass die Propaganda nur in aller Stille fortgeführt werden und der Sozialismus sich öffentlich nur in der Skupschtina manifestiren kann. Trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen gelang es nämlich der serbischen sozialistischen Demokratie dennoch, bei den letzten Wahlen zur Skupschtina eine nicht unbedeutende Anzahl Vertreter zu wählen, die — theils durch Opposition gegen das herrschende System der Willkür, theils durch positive Reformvorschläge — eine reiche Wirksamkeit entfalten und unzweifelhaft im Volk täglich an Anhang gewinnen. Wie gefährlich diese Opposition der Regierung — trotz ihrer grossen Machtbefugnisse — geworden ist, zeigen die Fälle Milja Milowanowitsch und Adam Bogosawljewitsch. (Ueber die gegen den ersteren inszenirten Verfolgungen wird in der Fortsetzung des Berichtes aus Serbien zu sprechen sein, über Bogosawljewitsch dagegen war unser werther Mitarbeiter noch im Stande, uns die oben abgedruckte Schilderung des Wirkens und des beklagenswerthen Todes dieses vortrefflichen Mannes zu liefern. Der Hgbr.)

Zu erwähnen ist noch, dass seitens der zum österreichischen Staatsverbande gehörigen Serben in letzter Zeit mehrere erneuerte Versuche zur Propaganda durch die Presse gemacht worden sind. Allein auch diese wurden regelmässig wieder unterdrückt. Im Augenblick, da ich Ihnen dieses schreibe, geht die Nachricht durch die Presse, dass der durch seine aufklärenden Volksschriften bekannt gewordene Schriftsteller Pelagitsch verhaftet worden ist.

S.

Spanien.

Die eigentliche sozialistische Bewegung begann bei uns erst mit dem formellen Eintritt der spanischen Sozialisten in die Internationale Arbeiterassoziation im Jahre 1870.

Freilich besassen schon in den vierziger Jahren die sozialistischen Ideen in Spanien eifrige Anhänger und überzeugte Theoretiker: in Madrid — Ordaz Avecilla, Cámora, Cervera u. a. m.; in Katalonien — Abdon Zewadas, Monturiol, Coello; in Andalusien hatten insbesondere die Lehren Fouriers Anhänger gewonnen, und auf Betreiben des eifrigen Propagandisten Fernando Garrido bildete sich dort eine Phalansteriergruppe. In Madrid erschien ein fourieristisches Journal, „la Organisacion del trabajo“ (Organisation der Arbeit), das von Garrido, Cervera und Ordaz redigirt wurde; in Barcelona wurde „la Fraternidad“, eine kommunistische Zeitschrift, herausgegeben. Zu derselben Zeit (1848—1849) erschien ein bemerkenswerthes Buch von

Sixto Cámara, das die von Thiers vertretenen ökonomischen Theorien widerlegte und vom Standpunkte des Sozialismus eine Kritik des Eigenthums gab. 1858 trat Pi y Margal als Propagandist der politisch-ökonomischen Theorien Proudhons auf.

Aber alle diese, etwas vagen sozialistischen Bestrebungen traten hinter die politische Bewegung zurück, und als 1854 die republikanische Partei in die Kortes vierundzwanzig Vertreter sandte, welche für die Absetzung der Königin Isabella II. und die Aufhebung der Monarchie votirten, da wurden die ökonomische Kritik und die sozialistische Propaganda fast vollständig zur Seite geschoben, um der Organisation der neuen Partei das Feld zu überlassen.

Gegen das Jahr 1861 forderten indess die in der republikanischen Partei befindlichen sozialistischen Elemente die Parteiführer auf, sich für oder gegen den Sozialismus zu erklären, und verursachten dadurch eine ziemlich tief gehende Spaltung. Rivero, Castelar, Orense und deren Anhang, dieselben, welche später zu Verräthern an der Republik wurden, hatten sich entschieden gegen jede ökonomische Umgestaltung der heutigen Gesellschaft ausgesprochen; für sie waren der soziale status quo und die liberalen Freiheiten Dogma.

Dieser Streit zwischen den Sozialisten und Individualisten, wie sie sich nannten, wurde von beiden Seiten sehr heftig geführt, bis er durch eine Art von Kompromiss beigelegt wurde, welcher die Sachen liess, wie sie waren: jede Fraktion blieb bei ihrem Programm und — ihren Rancünen.

Einige Zeit darauf machte der bereits erwähnte Fourierist Garrido eine Reise nach England, um die Kooperativgenossenschaften von Rochdale an Ort und Stelle zu studiren. Begeistert von den Erfolgen der famosen „Pioniere", wurde Garrido nunmehr ein Apostel der Rochdale'schen Fleischtöpfe und vergass die Phalansterien des grossen Meisters.

Die Revolution von 1868 führte den ganzen Generalstab der alten republikanischen Partei wieder geeint in den parlamentarischen Kampf. Diese Leute dachten nun aber lediglich daran, sich in den Besitz der Macht zu setzen, ohne vor irgend welchen, dazu nöthigen Konzessionen zurückzuschrecken. Sie nahmen an allen gouvernementalen Intriguen theil, und für die „sozialistischen Republikaner" kamen die von ihnen früher gepredigten Theorien gar nicht mehr in Frage.

Glücklicherweise war die Masse der Partei, d. h. die Masse der Arbeiter, noch da. Sie begriffen nicht, wie man eine Revolution gemacht, einen Thron gestürzt haben sollte, nur um sich das Vergnügen zu machen, einige republikanische Redner in das Parlament zu schicken, die sich hinter der Szene mit den Männern der Gewalt verständigten. Sie kamen zur Erkenntniss, dass sie für ihre Sache allein und selbstständig einzutreten hätten. Damit war das Terrain für eine starke Arbeiterbewegung geebnet.

Am Anfang des Jahres 1870 entstanden einige Sektionen der Internationale. In Folge eines von derselben an alle Arbeiterverbindungen Spaniens erlassenen Aufrufes fand am 19. Juni 1870 zu Barzelona ein Arbeiterkongress statt, auf dem sich die spanische Federation als Glied der Internationalen Arbeiterassoziation définitiv konstituirte.

Die Resolutionen dieses wichtigen Kongresses trugen durchaus den Stempel revolutionären Geistes. Das Kooperativsystem wurde als ein unfruchtbares Experiment, das nur die Aktivität der Arbeiterklasse lähme, verworfen. Den Arbeitern wurde überdies empfohlen, dem Kampfe zwischen den Bourgeoisparteien fern zu bleiben, von denen sie doch immer nur betrogen würden.

„Die Arbeiterklasse — so fügte dem später „la Emancipacion", das Organ der spanischen Federation hinzu — bedarf gegenwärtig der Sammlung aller Kräfte, um ihre umfassende Organisation durchzuführen; die Zeit reicht ihr kaum aus, um dieses grossartige Werk bald zum Abschluss zu bringen. Sie darf ihre Kräfte nicht in einem Kampfe erschöpfen, der sie nicht unmittelbar angeht.

„Stetig nach der Freiheit strebend und überzeugt, dass diese nur ein Trugbild bleibt, so lange nicht alle Menschen gleichen Antheil geniessen an den Mitteln zur Lebenserhaltung, zur Bildung und zur Arbeit — bekennen wir uns zu den auf den internationalen Kongressen von Brüssel und Basel proklamirten kollektivistischen Prinzipien.

„Nur die volle Emanzipation der Arbeiter anstrebend, ordnen wir diesem Zweck alle unsere Thätigkeit unter; wir dürfen mit Denjenigen, die nicht dasselbe Ziel verfolgen, weder Kompromisse schliessen, noch überhaupt paktiren.

„Unser Ziel kann nur durch eine soziale Revolution erreicht werden, die mehr oder weniger heftig sein wird, je nach den Hindernissen, welche uns die herrschende Klasse entgegensetzt.

„Ueber diesen Punkt geben wir uns jedoch keinen Illusionen hin: ein auf Gewalt beruhendes System kann nur durch Gewalt beseitigt werden." — —

Anfang 1871 war die spanische Federation noch nicht so zahlreich und mächtig, um von sich reden zu machen und unseren Philistern Schrecken einzuflössen. Sie erhielt aber bald von aussen her eine mächtige Anregung.

Die kommunalistische Revolution von Paris wirkte wie eine Sturmglocke, welche die Unterdrückten zum Kampf für ihre Rechte ruft und den Unterdrückern verkündet, dass ihrer Herrschaft Ende nahe; und in der That wurden die Einen von glühendem Enthusiasmus ergriffen, während die Anderen in Schrecken und Wuth geriethen. Die Sympathien für die Sache der Kommune verschmolzen mit denen für die Prinzipien der Internationale. In allen Provinzen Spaniens entstanden neue Sektionen, die fast alle ihre Bildung durch eine Solidaritätserklärung mit der Revolution vom 18. März 1871 einleiteten, mit der Revolution, die nun schon in dem Blute von 100,000 Arbeitern ertränkt worden war.

Die Katastrophe von Paris, die eifrige Propaganda der Organe der Internationale und die Volksversammlung, welche von den Arbeitern von Madrid veranstaltet worden war, und zu welcher sie die Führer der verschiedenen bürgerlichen Parteien eingeladen hatten, um mit ihnen die soziale Frage zu diskutiren, — dieses Alles lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die „schrecklicke" Assoziation.

Der Schrecken der Bourgeoisie wurde ein wahrhaft panischer, als nun

auch noch die Arbeiter Kataloniens und einiger anderen Provinzen zahlreiche Strikes organisirten und zumeist gewannen. Man sah bereits im Geiste die aus ihrer Asche wiederaufstehende Kommunune der Bourgeoisgesellschaft die letzte Schlacht liefern. „Wir müssen darauf gefasst sein, — rief zu dieser Zeit ein katalonischer republikanischer Deputirter, ein reicher Barceloner Grosshändler, — dass binnen kurzem alle Arbeitervereine und Gewerkschaften Spaniens, von dem Rathe der Internationale organisirt, unterstützt und geleitet, zugleich und insgesammt die Arbeit einstellen, uns dadurch zur Schliessung der Fabriken und Werkstätten zwingen, und, wenn sie trotzdem noch keinen Erfolg errungen, sich in die Strassen stürzen, um, die Waffen in der Hand, uns die Arbeitsinstrumente abzufordern, d. h. die Maschinen, die Rohstoffe, das Kapital!“ — Dieser Bourgeoisdeputirte, der später Finanzminister der Republik wurde, stellte sich also die soziale Revolution in Gestalt einer grossartigen Arbeitseinstellung vor. Vielleicht übrigens sah er klarer, als er selbst glaubte.

In dieser Zeit begannen die ersten Verfolgungen der Internationale in Spanien. Man denunzirte vor versammeltem Parlament die Organe der Assoziation, löste einige Lokalverbände auf und untersagte die Bildung neuer. Unter den nichtigsten Vorwänden wurden einige der thätigsten Mitglieder verurtheilt, andere ohne jeden Vorwand verhaftet und viele gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen.

Die Verfolgungen verhinderten das Zustandekommen des zweiten spanischen Landes-Kongresses, der im Juli 1871 in Valencia stattfinden sollte. An seiner Stelle wurde im September in derselben Stadt eine Konferenz abgehalten, an der die Delegirten einiger Lokalverbände theilnahmen. Auf derselben wurden Reformen der Arbeiterorganisation beschlossen. Man führte in die federalen Organisationen einheitliche regionale Verbindungen aller verwandten Gewerke, z. B. der Bauarbeiter, ein, „um die Widerstandskraft wirksamer zu machen und den Strikenden den Sieg zu sichern.“ Bezüglich der Arbeitseinstellungen selbst wurde ein wichtiger Beschluss gefasst, wonach die Komités der Internationale in Zukunft diejenigen Arbeitseinstellungen nicht unterstützen durften, bei welchen die durch die Unionsreglements vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt waren. Das Land wurde entsprechend der Zahl der Sekretäre des Federalraths, in fünf grosse Distrikte getheilt, Nord, Süd, West, Ost und Zentrum.

Man vereinigte die gewerkschaftlichen Fachorganisationen zu einheitlichen, über das ganze Land sich erstreckenden Verbänden und ordnete diese der allgemeinen federalen Organisation ein.

Da die in Valencia versammelten Federationsdelegirten ihren Kongress nicht öffentlich abhalten konnten, so beschlossen sie, die Bevölkerung von Valencia zu einer grossen Volksversammlung einzuladen, um derselben die Idee und die Bestrebungen der Internationale zu erklären. Um eine gründliche Diskussion herbeizuführen, wurden die Gegner der sozialistischen Arbeiterbewegung ausdrücklich zur Theilnahme aufgefordert.

Die Versammlung fand in einem weiten Hofe im Universitätsgebäude statt und war von einer bedeutenden Volksmenge, worunter sich sehr viele Landarbeiter befanden, besucht. Der Dekan und einige Professoren

der Universität, welche in die Diskussion eintraten, fanden zu ihrem grossen Erstaunen in einfachen Arbeitern, wie Mora und Bargallo, Gegner von einer geistigen Kraft, die sie niemals in ihnen zu finden erwartet hatten. Die Niederlage dieser Vertreter der Bourgeoiswissenschaft war so vollständig, dass, als einer von ihnen am Ende der Versammlung noch einmal zu reden sich anschickte, das Auditorium dagegen lebhaft protestirte, und es ihm nur durch die Intervention der Internationalisten möglich wurde, sich Gehör zu schaffen.

Anfangs Oktober denunzirte ein alphonsistischer Deputirter der Kortes, Herr Jove y Hevia die Lehren der Internationale, dass sie die gesellschaftliche Ordnung untergraben und die Sicherheit des Staates gefährden, und verlangte Repressionsmassregeln gegen die Mitglieder dieser Assoziation. Der Minister des Innern, Herr Candau, antwortete ihm, dass er die Lehren der Internationale nicht genau kenne, und dass ihm eine Debatte, welche ihn mit derselben bekannt machen würde, sehr erwünscht sei.

„Die Regierung," setzte er hinzu, wünscht die Antecedenzien dieses Vereines kennen zu lernen, und ich erkläre meinerseits, dass ich keine sichere Vorstellung von den Grundprinzipien der Internationale habe. Das Erste, was zu thun ist, ist, die Natur und Tendenzen dieses Vereins zu studiren . . ."

Und als ihn der Interpellant tadelte, dass er sich nicht besser über eine so wichtige Angelegenheit unterrichtet habe, antwortete der Minister:

„Der Herr erlaube mir, ihm zu sagen, dass es nicht so leicht ist, wie er glaubt, eine Frage zu studiren, die gegenwärtig ganz Europa in Aufregung versetzt . . . . Die Meinungen über diese Gesellschaft sind so widersprechende, dass man ihr gegenüber nicht leichtsinnig handeln darf."

Die Interpellation wurde also von der Regierung akzeptirt, und so fand denn das eigenthümliche und interessante Schauspiel statt, dass ein Bourgeoisparlament lang und breit die Existenzberechtigung eines Arbeitervereins diskutirte. Die Debatten dauerten drei Wochen; alle Fraktionen der Kammer nahmen daran Theil und diskutirten die Organisation, die Ideen, die Tendenzen und die Statuten dieser fürchterlichen Gesellschaft.

Die Monarchisten aller Schattirungen behaupteten, dass die Internationale in ihren Grundsätzen und ihren Bestrebungen unmoralisch sei, und dass sie sich desshalb nicht auf den Artikel 1 der Staatsverfassung berufen könne, da er für die Vereine mit unmoralischen Bestrebungen keine Geltung habe. Die Republikaner dagegen behaupteten, ohne die von der Internationale aufgestellten Grundsätze zu vertheidigen, dass dieser Verein mit vollem Recht, wie alle anderen bestände, und dass er die verfassungsmässigen Vorschriften nicht überschreite.

Die monarchistische Mehrheit hatte natürlich gewonnenes Spiel, und die spanische Federation der internationalen Arbeiter-Assoziation wurde als unmoralisch ausserhalb des Gesetzes erklärt! Das ist das einzige Argument, welches die Feinde des Sozialismus gefunden haben. Für die starken Geister des Konservatismus, die Leuchten der politischen Oekonomie, wahrlich nicht sehr stark!

Im Laufe dieser, in den trostlosen Annalen des Parlamentarismus berühmten Debatte wollten einige Redner mit ihrem Wissen paradiren oder

auch ihren Wählern aus dem Arbeiterstande schmeicheln und setzten nun die sozialistischen Lehren auseinander. Man bewies, „dass die Gemeinsamkeit des Eigenthums eine gerechte und sehr christliche Sache sei, denn die heiligen Kirchenväter hätten sie gefordert“, und dass „die Institution der Ehe Reformen vertrage, wie sie denn auch durch jene reformirt worden sei.“ Ein republikanischer Deputirter, der alte Sozialist Fernando Garrido, hielt, nachdem er behauptet hatte, dass „die Arbeiterklasse ihre Befreiung nur durch gesetzliche Mittel — Produktiv-Assoziationen, Gewerkvereine, Gewerbegerichte etc. — erstrebe,“ der spanischen Bourgeoisie eine energische Philippika, in welcher er ihr die Gewaltmittel vorhielt, vermöge deren sie zum Eigenthum gelangt sei (geheime Gesellschaften, Niederbrennung von Klöstern, Raub der Kirchengüter etc. etc.).

Währenddem diese sonderbare Debatte stattfand, veröffentlichte die Propaganda-Kommission des Lokalvorstandes von Madrid folgenden Aufruf, der zu Tausenden an die Mauern Madrids angeschlagen wurde:

Internationale Arbeiter-Assoziation.

An das Volk von Madrid.

„Man verhandelt in den Kortes über die Internationale.

„Der Minister des Innern hat sie vor die Assisen geladen, aber da das in unsern Parlamenten nicht Sitte ist, so hat man uns nicht vorgeladen.

„Der Gerichtshof wird also die Angeklagten ungehört verurtheilen.

„Wir protestiren hiermit gegen diesen Akt, und da man unsere Vertheidigung vor den Kortes nicht hören wird, so zitiren wir alle die, welche uns angegriffen haben, und besonders die Deputirten Jove y Hevia und Candau vor die öffentliche Meinung, damit sie die Verläumdungen, die sie gegen unseren Verein geschleudert haben, wiederholen und wir ihn vertheidigen können.

„Die öffentliche Meinung soll in dieser Sache das Tribunal bilden und dem Recht geben, der Recht hat.

„Die Propagandakommission des Madrider Federalraths nimmt die Vertheidigung der Internationale auf sich und hofft, dass die genannten Herren und Alle, die gleich ihnen denken, sich zu einer Volksversammlung einfinden werden, die Sonntag, den 23. Oktober, Nachmittags ein Uhr im Theater Rossini stattfinden wird, und in der wir ihnen beweisen werden, dass sie uns verläumden.

„Wenn Ihr auf die Wahrheit Eurer Worte vertraut, so kommt zur Versammlung; und Du, arbeitendes Volk, um dessen Interessen es sich handelt, lasse Deine Fahne nicht sinken und komme gleichfalls.

Madrid, den 22. Oktober 1871.

Die Propaganda-Kommission.“

Die betreffende Versammlung fand zur festgesetzten Stunde im angekündigten Lokale, einem der grössten Säle Madrids, statt; mehr als viertausend Personen hatten sich eingefunden, die eingeladenen Gegner aber waren ausgeblieben. Unter stürmischem Beifall des meist aus Arbeitern zusammengesetzten Publikums vertheidigten die Genossen Mora, Lorenzo und

Meza die Internationalen gegen die Verläumdungen und Beschimpfungen der Gegner.

Auch der Federalrath für Spanien veröffentlichte einen energischen Protest gegen diesen Prozess, in welchem die Deputirtenkammer zugleich Richter und Partei war.

Das Resultat von alledem war ein weiteres Anwachsen der Macht und des Ansehens der Internationale; dadurch, dass man sie ächten wollte, verletzte man die brüderliche Gesinnung der ganzen Arbeiterklasse Spaniens, welche die Sache der Internationale zu ihrer eigenen machte. Von nun an erhielt der Federalrath täglich Beitrittserklärungen von Arbeitervereinen, die ausnahmlos so begannen: „Da die Internationale ausser dem Gesetz erklärt worden ist, und weil wir glauben, dass die Stunde der Verfolgungen gekommen ist, betrachten wir es für unsere Pflicht, uns ihr anzuschliessen, um die Leiden und Mühen unserer Brüder zu theilen etc. etc."

Die so erlangten Resultate waren beträchtlich. Auf der Konferenz zu Valencia im September 1871 hatte die gesammte Federation noch aus dreizehn Lokalverbänden bestanden, drei Monate später waren es mehr als fünfzig bereits konstituirte und über hundert, die in der Konstituirung begriffen waren. Jeder Lokalverband bestand bekanntlich aus mehreren mit einander verbündeten Sektionen oder Fachvereinen.

Zu gleicher Zeit vereinigten sich die Fachvereine der einzelnen selbstständigen oder verwandten Gewerke zu regionalen Verbänden (Gewerkschaften). Der erste derselben war die „Union der drei Dampfbetriebsbranchen" (mechanische Spinnerei-, Gewebe- und Manufaktur-Arbeiter), die durch ihre in Catalonien gegen die Kapitalistenklasse errungenen Siege berühmt wurden. Dank dieser mächtigen Organisation wurde eine ganze Reihe von Strikes gewonnen, von denen wir als die bedeutendsten die gegen das Haus „Gebrüder Batllo" in Barcelona und den in Villanuva y Geltrú, bei denen die Strikenden nach vier Monaten Widerstand gegen die koalirten Fabrikanten den Sieg errangen, anführen wollen.

Bei jedem dieser Strikes betrug die Anzahl der Arbeitslosen über 1500; sie bewiesen aber eine so heroische Entschlossenheit, dass Dank dieser und den Unterstützungen, die sie von der obengenannten „Union der drei Dampfbetriebsbranchen" und den übrigen Sektionen der Internationale erhielten, die Arbeiter ihre Ausbeuter besiegten.

Auch die „Union der Färber und verwandten Gewerbe" führte sehr bedeutende Strikes in Mauresa, Valencia und anderen Städten Spaniens durch. In Mauresa arbeiteten die Färber bei einem Lohne von nur zehn Realen ($2^1/_2$ Franken) $11^1/_2$ Stunde täglich, infolge des Strikes wurde der Lohn auf drei Franken erhöht, die Arbeitszeit auf zehn Stunden herabgesetzt. Ebenso wurde in Valencia die zehnstündige Arbeitszeit durchgesetzt. Wichtige Erfolge errang ferner in Igualade, Olot, Figueras, Banolas, Girone und namentlich Barcelona, wo nach fast einjährigem Strike die Arbeiter einen vollständigen Sieg davontrugen, die Union der Gerber.

* * *

Das die Internationale ausser dem Gesetz erklärende Votum der Bourgeoisdeputirtenkammer gerieth bereits in Vergessenheit — es war bis

dahin ohne Folgen auf dem Verwaltungsgebiet geblieben — als im Januar 1872 einer der unbedeutendsten Minister Amadeo's, der heutige Führer der konstitutionellen Kortespartei, Sagasta, sich entschloss, ein an die Präfekten gerichtetes Zirkular zu veröffentlichen, in welchem er dieselben auffordert, alle Mitglieder der Internationale, „dieser philosophischen Utopie des Verbrechens," dieser „Verneinung Gottes und des Staates, des Eigenthums und der Familie", zu verfolgen und vor Gericht zu stellen.

Es war dies eine Folge des Zirkulars von Jules Favre und des Dufaure'schen Gesetzes.

Die meisten Lokalverbände arrangirten trotz des Verbotes der Behörden grosse Versammlungen und protestirten energisch gegen diesen skandalösen Missbrauch der Gewalt. Die Haltung der Verbände, besonders derer von Saragossa, Huesca, Alcala de Henares, Sevilla, Palma de Majorka war so würdig und imposant, dass die Regierung keine Strafen zu verhängen wagte und ihre Blitze zurückzog.

Wenige Tage später veröffentlichte auch der spanische Federalrath seinen öffentlichen Protest gegen das Rundschreiben des Ministers. Derselbe enthielt sehr wichtige Erklärungen sowohl in ökonomischer als auch in politischer Beziehung. Unter Anderem wurde darin gefordert: „...gemeinsames Eigenthum an den Arbeitsinstrumenten, Benutzung dieser Instrumente durch Arbeitergemeinschaften behufs selbstständiger Produktion; individuelles Eigenthum eines jeden an seinem Arbeitsertrage", und hinzugefügt: „Wenn es zur Revolution gekommen sein wird, so dürfen wir das Schlachtfeld nicht verlassen, die Waffen nicht eher niederlegen, bis wir unser grosses Ziel verwirklicht haben: „die soziale Befreiung der Arbeiter..."

* * *

Trotzdem sich die Dinge soweit zugespitzt hatten, berief der Federalrath, der entschlossen war, bis zum letzten Moment seine Pflicht zu thun, die Delegirten der Lokalverbände auf den 6. April nach Saragossa, um den auf der Konferenz zu Valencia beschlossenen zweiten Regional- (Landes-) Kongress abzuhalten. Die Einladung schloss folgendermassen. „Die ausgebeutete, verfolgte, von denselben Personen, die sie nährt, verleumdete Arbeiterklasse muss auf die Provokationen der Machthaber antworten, indem sie sich friedlich in Saragossa versammelt, behufs Diskutirung aller derjenigen Fragen, die auf ihre Emanzipation, welche die Emanzipation der gesammten Menschheit in sich begreift, Bezug haben. Sollte indess die ausübende Gewalt, die Vertreterin der besitzenden Klassen, diese friedliche Zusammenkunft der Söhne der Arbeit zu verhindern versuchen, so denkt daran, dass sich noch nie in der Geschichte auf so offenbare und unzweideutige Weise die Gelegenheit gezeigt hat, den sozialen Krieg, den Klassenkampf, den Kampf zwischen Arm und Reich zu erklären... Die Arbeiterklasse wird, wenn dieser Fall eintritt, dieser Pflicht zu entsprechen wissen."

Nachdem der Kongress am 6. und 7. April geschlossene Sitzung abgehalten hatte, beschloss er, dass trotz der polizeilichen Drohungen vom 8. April ab seine Sitzungen öffentlich sein sollten. Er liess deshalb an die Mauern

Saragossa's grosse rothe Plakate anschlagen, in welchen den Arbeitern die Bedeutung des Kongresses klar gelegt wurde, und sie zum Besuch seiner öffentlichen Sitzungen, deren erste am Montag, den 8. April, Nachmittags zwei Uhr im „Novedades Theater" stattfinden sollte, eingeladen wurden.

Obwohl es ein Werktag war, waren an diesem Tage doch fast alle Werkstätten geschlossen, das Volk betrachtete die Eröffnung des Kongresses als ein festliches Ereigniss und hielt die Strassen, welche die Delegirten von mehr als fünfzig Lokalverbänden im Zuge passirten, besetzt, um ihnen seine Sympathie auszudrücken.

Ungeachtet der Verbotsandrohung des Stadtpräfekten wurde die Versammlung zur festgesetzten Stunde von dem Kongresspräsidenten mit einigen energischen Worten über die hohen Aufgaben des Kongresses eröffnet; kaum hatte er indess geendet, als auf der Bühne, wo das Bureau sich niedergelassen hatte, ein Polizeikommissar und zwei Präfekturbeamte eintraten und im Auftrage des Präfekten in sehr höflicher Form das Bureau ersuchten, die Versammlung, die, wie sie hinzufügten, dem Gesetze zuwiderlaufe, aufzulösen. Kaum hatten sie sich dieses Auftrags entledigt, als sie sich sofort durch eine Tapetenthür retteten; und sie thaten klug daran, denn hätten sie es gewagt, durch den Saal zu gehen, so hätte ihnen das Volk sicher übel mitgespielt; so gross war die allgemeine Entrüstung.

Nachdem die Versammlung erklärt hatte, dass sie nur der Gewalt weiche, und nachdem ein von sämmtlichen Kongressmitgliedern unterzeichneter Protets verlesen worden war, ging man auseinander; der Kongress dagegen setzte seine Sitzungen in einem Privatlokale fort, ohne dass die Polizei die geringste Lust bezeigte, sie zu stören. Man begnügte sich damit, gegen die Mitglieder des Büreaus einen Prozess anzustrengen.

So diskutirte der Kongress ruhig sein Programm, dessen Hauptpunkte wir folgendermassen zusammenfassen können:

Ueber die Art und Weise, wie man das Eigenthum der Gerechtigkeit entsprechend zu gestalten habe: Organisation des gemeinschaftlichen Eigenthums an allen Produktionsinstrumenten.

Ueber den Widerstand der ausgebeuteten Arbeit gegen das ausbeutende Kapital: Frage der Strikes etc.

Ueber Konsumgenossenschaften.

Ueber die Organisation der ländlichen Arbeiter.

Ueber den allseitigen (integralen) Unterricht.

Aus dem vom Föderalrath erstatteten Bericht ging hervor, dass der spanische Regionalverband in sieben Monaten von 13 Verbänden, aus denen er auf der Konferenz zu Valencia bestanden hatte, auf 50 bereits konstituirte und 52 in Konstituirung begriffene, insgesammt also 102 Lokalverbände angewachsen war. Hierzu kommen noch 69 Fachvereine, 284 Strikevereine, viele Einzelanhänger an Orten, wo es keine organisirten Mitgliedschaften gab, und 46 weitere im Entstehen begriffene Vereine.

Die zahlreichen Widerstandsvereine der Manufakturarbeiter Cataloniens hatten sich mit den gleichartigen Vereinen in den übrigen Provinzen gleichfalls zu einem imposanten Verband zusammengethan, der den Namen „Bund der Manufakturarbeiter Spaniens" führte und über 30,000 Mitgliedern zählte.

Auf dem Kongress von Saragossa zeigten sich auch die ersten Spuren des Komplotts, welches die Angehörigen der Allianz, jener von Michael Bakunin behufs Beherrschung der europäischen Arbeiterbewegung gestifteten geheimen Gesellschaft, in dem Schooss der Internationalen selbst organisirt hatten. Die Allianzisten brachten von Madrid eine schon gedruckte Anklage gegen den Federalrath, der ihre Ansichten nicht theilte, auf den Kongress mit, wagten es indess nicht, sie aufrecht zu erhalten, vielmehr wurde die Thätigkeit und Haltung des bisherigen Federalraths einstimmig gebilligt.

Leider verwirklichte sich trotzdem ihr Plan theilweise, denn da die Mehrzahl der Mitglieder des Federalraths zurücktrat und aus Anstandsrücksichten jede Wiederwahl ablehnte, wurde derselbe nunmehr, anstatt aus wahren Internationalisten, aus ergebenen Freunden Bakunin's zusammengesetzt. Der Plan derselben war sehr einfach: sie wollten sich für den bevorstehenden Kongress der Internationale, der denn auch im Haag stattfand, eine Majorität verschaffen, um einen allianzistischen Generalrath durchzusetzen. Sie bereiteten also die Wahlen für den Kongress vor und delegirten eine Anzahl Anhänger der Allianz und ergebene Bewunderer Bakunin's.

Die Niederlage, die sie im Haag erlitten, wo Bakunin bekanntlich ausgeschlossen wurde und der Generalrath ihren Händen entging, erbitterte die Allianzisten aufs äusserste. Nach Spanien zurückgekehrt, beriefen sie einen Kongress nach Cordova ein, um diesem, was direkt den Statuten der Internationale widersprach, die Beschlüsse des Haager Kongresses zu unterbreiten.

Der Kongress zu Cordova erkannte, wie zu befürchten war, die Haager Beschlüsse nicht an, aber mit diesem Schlag zerstörte er auch das Band, welches bis dahin die internationale Arbeiter-Assoziation zusammengehalten hatte, in dem ihre Kraft und ihre Existenzberechtigung lag; und von diesem Augenblick an datirt der Verfall dieser mächtigen Arbeiterorganisation Spaniens, die sich auf dem Kongresse von Saragossa so lebensfrisch gezeigt hatte, und macht reissende Fortschritte.

Aus dieser verderblichen Zersetzung allein ist die einflusslose, geradezu klägliche Rolle zu erklären, welche die sozialistischen revolutionären Elemente in den, auf die im Februar 1873 stattgehabte Proklamirung der Republik in Spanien folgenden Ereignissen spielten. Freilich nahmen vereinzelte und jeglichen Mandats entbehrende Personen mit den bürgerlichen Republikanern an den Aufständen in Sevilla, Alcoy, Valencia und Cartagena Theil; nirgends aber erhoben die Sozialisten, geschweige denn die Reste der von ihren Führern immer noch als mächtig hingestellten Internationale, die Fahne der Emanzipation der Arbeiter oder der Umwandlung des Eigenthums nach unseren Prinzipien; nirgends gingen die internationalen Sozialisten getrennt von den übrigen, bürgerlichen Parteien vor.

Seit dem jämmerlichen Sturz der Republik und nach sechs Jahren Verfolgung und erzwungenen Schweigens haben die spanischen Arbeiter viel über die persönlichen Zwiste und die verderblichen Intriguen byzantischer Natur nachgedacht; und so ist denn neuerdings in Madrid, in Barcelona und in anderen Städten der Halbinsel die Grundlage einer ernsthaften Organisation

geschaffen, sowie ein Programm ausgearbeitet worden, dessen wesentlichsten Theil wir hiermit folgen lassen:

„In Erwägung, dass die heutige Gesellschaft einzig auf dem Klassengegensatz beruht;

„In Erwägung, dass dieser Gegensatz heute bis aufs Aeusserste entwickelt ist, was durch die immer kleiner werdende Zahl der mit ungeheurem Reichthum Ausgestatteten und die täglich anschwellende Masse der vollkommen Besitzlosen klar zu Tage tritt;

„In Erwägung, dass die Ausbeutung Dieser durch Jene nur dem Besitze des Bodens, der Maschinen und der übrigen Arbeitsinstrumente seitens derselben zuzuschreiben ist;

„In Erwägung, dass dieser Besitz seitens der politischen Macht, welche heute in den Händen der Ausbeuterklasse, d. h. der Bourgeoisie, liegt, garantirt ist;

„Andererseits:

„In Erwägung, dass die Nothwendigkeit, die Vernunft und die Gerechtigkeit es erheischen, dass dieser Klassengegensatz vermittelst der Aufhebung eines sozialen Zustandes beseitigt werde, der das scheusslichste Elend derer, deren ganzes Leben der Produktion des Reichthums gewidmet ist, herbeiführt, während die, welche zur Erzeugung dieses Reichthums gar nichts oder nur wenig beitragen, ihn allein geniessen;

„In Erwägung, das dieses Ziel nur durch die Abschaffung der Klassen — also der heute herrschenden Privilegien und Ungerechtigkeiten — und Ersetzung derselben durch Arbeitergemeinschaften, die unter sich durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen verbunden sind, erreicht werden kann;

„In Erwägung, dass die Umwandlung des individuellen Eigenthums in soziales oder der ganzen Gesellschaft gehörendes die feste und sichere Grundlage ist, auf welcher die Emanzipation der Arbeiter beruhen muss;

„In Erwägung, dass die politische Macht, deren sich die Bourgeoisie bedient, um die Erringung unserer Rechte zu verhindern, der mächtige Hebel ist, die Hindernisse, welche sich dieser Umwandlung entgegensetzen, zu beseitigen.

„Aus allen diesen Gründen erklärt die spanische sozialistische Arbeiterpartei, dass sie erstrebt:

„Die Abschaffung der Klassen d. h. die volle Emanzipation der Arbeiter;

„Die Umwandlung des individuellen Eigenthums in soziales oder der ganzen Gesellschaft gehörendes Eigenthum;

„Die politische Macht für die Arbeiterklasse.“

Dieses Programm soll der Organisation der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei zu Grunde gelegt werden.

J. M.

Ungarn.

Vielfach herrscht die Meinung, und zwar selbst in sozialistischen Kreisen, dass das arbeitende Volk, so lange es nur halbwegs sein materielles Auskommen findet, gar nie daran denken wird, die heutige Gesellschaft, die auf der ökonomischen und politischen Unterjochung der grossen Mehrheit durch eine kleine Minderheit beruht, zu beseitigen und eine neue, allen Mitgliedern gerecht werdende Gesellschaft aufzubauen. Nur das Elend, meinen sie, sei im Stande, die Massen zu erleuchten und sie auf den Weg der Befreiung zu führen. Und doch giebt es nichts Falscheres als dies! Nein, es ist nicht wahr, dass das Elend die Massen erleuchtet; nicht wahr, dass das Elend die Massen den wurmstichigen Bau unserer Gesellschaft erkennen lässt. Das Elend ist eher ein geisttödtendes als geisterfrischendes Mittel und macht eher feig als kühn. Wäre das Elend allein im Stande, eine Revolutionirung der Massen hervorzubringen, dann besässe z. B. Asien, wo in den letzten fünf Jahren an zwanzig Millionen Menschen den Hungertod starben, die revolutionärste Bevölkerung aller Welttheile. Nicht das Elend, sondern die Erkenntniss, dass eine Gesellschaft, die auf die eine Seite alle Macht und allen Reichthum, und auf die andere nichts als ein hoffnungsloses Elend häuft, auf ungesunder Basis beruht, ist es, die den Menschen — und möge er sonst noch so friedliebender Natur sein — zum Revolutionär gegen diese Gesellschaft macht. Da aber diese Erkenntniss nur durch das zum Bewusstsein gebrachte Rechtsgefühl zur Reife gelangt; diese Erkenntniss nicht von vornherein Gemeingut ist, sondern durch eine fortwährende, auf den Geist der Massen einwirkende Thätigkeit, d. i. durch Wort und Schrift, erst zu einem solchen gemacht werden muss — so ergiebt sich von selbst, dass erst die Köpfe revolutionirt werden müssen, erst eine geistige Revolution vollbracht werden muss, ehe sich eine geschichtliche Revolution vollziehen kann. Auch das Feudalwesen sammt dem Königthum waren in Frankreich schon längst — namentlich durch die Encyklopädisten — geistig vernichtet, ehe sie in der grossen Revolution thatsächlich beseitigt wurden. Das Elend allein vermag wohl Revolten hervorzubringen, aber keine Revolution.

Auch bei uns müsste es eine grosse sozial-revolutionäre Bewegung geben, wenn das Elend der massgebendste Faktor hiezu wäre; denn das Elend herrscht in Ungarn sowohl in den Städten wie auf dem Flachland und grinst uns aus allen Komitaten des Landes entgegen. Selbst im Banat, dieser Kornkammer Ungarns, herrscht grosser Nothstand. In einzelnen nördlichen Komitaten sind sogar in Folge des Nothstandes bereits typhöse Krankheiten aufgetreten. Und warum ist die sozialistische Bewegung hier dennoch viel weiter zurück als z. B. in Belgien, das eine dreimal kleinere Bevölkerung zählt, oder in der Schweiz, die sogar eine sechsmal kleinere Bevölkerung hat als das $15^1/_2$ Millionen Einwohner zählende Ungarn? Ganz einfach, weil es in Ungarn — abgesehen davon, dass es mehr oder minder nur ein Agrikulturstaat ist und es in einem solchen, wie ich dies bereits in meinem vorigen Bericht klargelegt habe, viel schwieriger ist, die Arbeiter zur Erkenntniss der unwürdigen Lage zu bringen, die ihnen seitens der herrschenden Gesellschaft bereitet wird — viel weniger geistige Kräfte,

viel weniger sozialistische Agitatoren als in Belgien oder der Schweiz giebt. Ein heller Kopf vermag eben mehr für die sozialistische Bewegung zu wirken, als hundert leere Mägen.

Wenn aber, wie aus Obigem hervorgeht, nicht im Mangel an Elend, sondern im Mangel an agitatorischen Kräften die Ursache liegt, warum bei uns der Sozialismus noch nicht in die Massen eingedrungen ist, warum die sozialistische Bewegung hier noch keine hohen Wellen schlägt, darf daraus noch immer nicht geschlossen werden, dass die sozialistische Bewegung hier eine künstliche, dass Ungarn kein Boden für eine solche Bewegung sei, denn das hiesse nicht mehr dem Elend die Macht absprechen, eine sozialistische Bewegung zu schaffen, sondern das Elend, die Pariastellung der Arbeiter leugnen. Wer daher die Behauptung aufstellt, die Arbeiterbewegung sei hier eine künstliche, lügt entweder direkt, oder er kennt weder die Ursachen, noch den Geist der modernen Arbeiterbewegung. Und eine solche Behauptung hatte jüngst der Ministerpräsident Koloman v. Tisza, gelegentlich der Beantwortung einer an ihn gestellten Interpellation, auf welche ich gleich zu sprechen kommen werde, in unserem Abgeordnetenhause aufgestellt.

Bevor ich auf diese Interpellation näher eingehe, muss ich erst um einige Monate zurückgreifen. Wie den Lesern der ersten Hälfte dieses „Jahrbuches" bekannt sein dürfte, haben die ungarländischen Sozialdemokraten ihre Hauptagitation — wie dies zum grossen Theil auch in Oesterreich, Belgien und den Niederlanden der Fall ist — auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes gerichtet. Nun hatten die Budapester Genossen die Absicht, behufs einer regeren und anhaltenden Bewegung für das allg. Wahlrecht, einen „Verein der Nichtwahlberechtigten" zu gründen, dessen Statuten sie vor zirka acht Monaten der Regierung, resp. dem Ministerium des Innern zur Genehmigung unterbreiteten. Diese Statuten wurden aber, obwohl sie genau der von Tisza unterzeichneten Vereinsordnung (vom 2. Mai 1875) angepasst waren — wie man sieht, haben wir hier kein freies Vereinsrecht — vom selben Tisza zurückgewiesen. Aus dem ministeriellen Reskript konnte man wohl ersehen, dass die Regierung nur nach einem Vorwande suchte, um den Verein unmöglich zu machen, und dass sie demnach die Statuten auch in modifizirter Gestalt schwerlich genehmigen werde. Dessen ungeachtet entschloss man sich in einer öffentlichen Versammlung, in der das willkürliche Gebahren der Regierung scharf getadelt wurde, die Statuten zu modifiziren und nochmals einzureichen. Die Budapester Parteigenossen wollten damit bekunden, dass sie gesonnen seien, ihre Rechte — wenn dies nur halbwegs möglich sei — auf legalem Wege zu erlangen. Fast scheint es aber, als wäre es der Regierung lieber, wenn die Genossen den legalen Weg verlassen würden; denn die Statuten wurden abermals, und zwar aus eben solch' nichtigen Gründen wie das erstemal, zurückgewiesen. Während nämlich die Statuten das erstemal hauptsächlich deshalb zurückgewiesen wurden, weil es im § 2 derselben hiess, dass der Verein das allgemeine Wahlrecht „behufs Wahrung und Förderung der wirthschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung" erstrebe, was die Regierung als „zwei verschiedene in den Rahmen eines Vereins nicht zu vereinbarende Zwecke" erklärte — wurden

die Statuten das zweitemal aus dem Grunde zurückgewiesen, weil der § 3 angeblich „die Anwendung solcher Mittel in Aussicht stellt, deren Richtung nicht im vorhinein mit Sicherheit beurtheilt werden kann“. Nun besagt aber § 3 klar und deutlich, dass der Verein seinen im vorigen Paragraph ausgesprochenen Zweck zu erreichen sucht: „Durch Abhaltung von Vorträgen, Vorlesungen und Herausgabe von Broschüren und Flugschriften, welche für das allg. Wahlrecht eintreten und für dasselbe Propaganda zu machen suchen“. Wer daraus nicht die Richtung der Mittel ersehen kann, will sie eben nicht sehen.

Das war den Genossen doch zu toll. Man berief abermals eine Versammlung ein, in der, nachdem der Willkürakt Tisza's gebührend gegeisselt wurde, eine Resolution zur Annahme gelangte, in welcher die Versammlung ihre Entrüstung über das die Verfassung mit Füssen tretende Vorgehen Tisza's ausspricht und das Versammlungspräsidium beauftragt, sich mit einem Reichstagsabgeordneten in's Einvernehmen zu setzen, damit er bezüglich der Nichtgenehmigung der Statuten eine Interpellation an den Ministerpräsidenten richte und zugleich dahin wirke, dass das freie Vereinsrecht durch ein Gesetz sichergestellt werde.

Das Präsidium hatte keine allzugrosse Mühe, seinem Auftrage nachzukommen; es brauchte sich zu diesem Zwecke nur zu den Abgeordneten zu verfügen, welche mit unserer Partei in steter Fühlung sind und ihnen den Versammlungsbeschluss vorzulegen. Es sind dies die zur äussersten Linken gehörenden Abgeordneten Arpad Mednyánssky, Stefan Miklós, Julius Verhovay, Otto Hermann, Emerich Szalay und Gabriel Ugron. Dieselben erklärten sich auch gleich bereit, dem Wunsche unserer Partei zu entsprechen. Die Interpellation wurde denn auch, und zwar durch Stefan Miklós, in der Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 19. November in einer dem Versammlungsbeschluss vollkommen entsprechenden Weise gestellt. Ja noch mehr; er legte in seiner die Interpellation einleitenden Rede eine mächtige Lanze für das allgemeine Wahlrecht ein.

Mit der Antwort liess der Ministerpräsident lange auf sich warten; sie erfolgte erst am 19. Dezember. Wie gewöhnlich bei derartigen Anlässen, suchte er auch diesmal die Aufmerksamkeit des Hauses vom eigentlichen Gegenstand abzulenken und auf die Gefährlichkeit der sozialistischen Bewegung hinzuweisen, wobei er niemals ermangelt, die Leiter der hiesigen Arbeiterbewegung als Wauwaus auszuspielen. Er wolle — sagte er — mit dem Interpellanten nicht darüber diskutiren, ob die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Ungarn vortheilhaft wäre; aber bemerken müsse er, dass man diesem Verein gegenüber mit Behutsamkeit vorgehen musste, weil im § 2 seiner ersten Statuten — ich habe die betreffende Stelle oben angeführt — ein Ausdruck enthalten war, der die Arbeiter von den übrigen Bürgern des Landes unterscheidet und von den politischen Rechten der Arbeiterklasse spricht. „Dies in Erwägung gezogen und die Antezendentien der Gründer berücksichtigend, lag und liegt die Annahme nahe, der wahre Zweck sei, jene anderwärts bestehende Arbeiterbewegung auch bei uns in Fluss zu bringen, für welche Bewegung in Ungarn, Gott sei Dank, weder Grund noch Boden vorhanden ist und mit

deren künstlichen Schaffung es jedenfalls überflüssig ist, unsere sonstigen Uebel zu vermehren."

Auf diese lügenhaften, verdächtigenden, die wahren Verhältnisse entstellenden Auslassungen näher einzugehen, halte ich theils für überflüssig, theils als nicht hieher gehörig; es ist charakteristisch genug für den Mann, der die Arbeiterbewegung als eine Vermehrung „unserer sonstigen Uebel" betrachtet, dass er nicht sieht, dass gerade diese „sonstigen Uebel" einen Hauptantheil an dieser Bewegung haben. Auch der Interpellant ging auf diese vom eigentlichen Gegenstand abschweifenden Ausführungen nicht ein, sondern hielt sich strikte an seine Interpellation. Er wies an der Hand der zurückgewiesenen Statuten nach, dass der Ministerpräsident log, als er sagte, dass in den Statuten weder Zweck noch Mittel genau angegeben seien. In seinen weiteren Ausführungen sagte er: „Ich kann es nicht als Beruf der Regierung betrachten, den politischen, sozialen und geistigen Fortschritt der Arbeiterklasse zu hemmen; indem sie eines der Hauptrechte, das Vereins- und Versammlungsrecht, vernichtet und die Ausübung desselben gerade der arbeitenden Klasse unmöglich macht, welche es viel nothwendiger als wer immer braucht. Ich lebe der Ueberzeugung, dass man nicht in der Knebelung des Rechtes und der Freiheit die Garantie der staatlichen Ordnung zu suchen hat." Dass der Interpellant die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntniss nahm, ist nach Obigem selbstverständlich, was aber nicht hinderte, dass dieselbe — mit Ausnahme der an siebenzig Abgeordneten zählenden äussersten Linken — vom ganzen Hause zur Kenntniss genommen wurde. Auf einen Erfolg hatte unsere Partei übrigens von vornherein nicht gehofft; es war ihr nur darum zu thun, die Arbeiterfrage in irgend einer Form vor das Parlament zu bringen und das Land auf dieselbe hinzulenken, welchen Zweck die Interpellation auch vollkommen erreicht hat.

Von sonstigen mittheilenswerthen Vorkommnissen des letzten Halbjahres wäre noch ein am 6. November stattgefundener Pressprozess zu erwähnen, in welchem der Advokat, Genosse Geza Csorba als Angeklagter figurirte. Derselbe hatte nämlich ein unter dem Titel „Reveil der Kommunisten" in dem ungarischen Arbeiterorgan „Népszava" erschienenes Gedicht verfasst, das mit dem Refrain endigt: „Wir schwören es, dass wir ausrotten werden das Unkraut, denn nur das giebt Trost unserem Herzen", und in welchem die Oberstaatsanwaltschaft eine „Aufreizung zur gewaltsamen Störung der Ruhe und des öffentlichen Friedens" erblickte. Wie wenig aber diese Ansicht von den Geschworenen, vor welche der Prozess gelangte, getheilt wurde, geht daraus hervor, dass sie auf Nichtschuldig erkannten und der Angeklagte demgemäss freigesprochen und die Staatsanwaltschaft zur Deckung der Prozesskosten verurtheilt wurde. Dieselbe wird es sich nun hoffentlich zweimal überlegen, bevor sie wieder einen ähnlichen Prozess anstrengt.

Zum Schlusse noch die erfreuliche Mittheilung, dass der Zwiespalt, der bisher in der ungarländischen sozialistischen Bewegung herrschte, nunmehr bald behoben sein wird. Die unter dem Namen „Ungarländische Arbeiterpartei" bestehende sozialistische Fraktion ist endlich zu der Einsicht gelangt, dass sie durch ihre Trennung vom Hauptkörper nicht nur

einen schweren Stand hat, sich selbstständig zu behaupten — sie laborirt an einem Defizit — sondern dass sie dadurch auch die ganze Bewegung schädigt, und hat daher die Hand zu einem Ausgleich geboten. In Folge dessen wurde von beiden Seiten eine Kommission ernannt mit der Aufgabe, die Punkte festzustellen, auf welchen der Ausgleich, resp. die Vereinigung stattfinden soll. Die beiden Kommissionen haben sich bereits geeinigt über diese Punkte. Werden dieselben von den beiderseitigen Genossen angenommen, — was zu hoffen ist — dann wird der bisherige Zwiespalt bald nur noch eine Mythe sein und an Stelle aller Fraktionen eine geeinigte „Sozialdemokratische Partei Ungarns" erstehen, was im Interesse der Arbeitersache, im Interesse der Allgemeinheit sehr zu wünschen ist und von den Parteigenossen aller Länder mit Freude aufgenommen werden dürfte.

Nachtrag. Da der Druck des „Jahrbuches" verzögert wurde und sich hier in jüngster Zeit Dinge ereigneten, deren Mittheilung auch auswärts von Interesse sein dürfte, erachte ich es für nothwendig, einen Nachtrag zu liefern. Hauptsächlich sind es die um Mitte Januar l. J. in Budapest vorgekommenen Strassentumulte, die mich hiezu veranlassen.

Die Vorgeschichte dieser Tumulte, welche man grösstentheils den Sozialdemokraten — in erster Linie dem Genossen Leo Frankel — zuschrieb, war in Kürze folgende: Julius Verhovay hatte im Dezember v. J. ein Blatt: „Függetlenség" (Unabhängigkeit) gegründet, welches der immer weiter um sich greifenden Korruption der herrschenden Klasse scharf entgegentrat. So brachte das Blatt mehrere Artikel unter dem Titel; „A frakkos banda" (die Banditen in Frack), in welchen es, gestützt auf Dokumente, den Direktionsrath des Volks-Bodenkredit-Instituts, dessen Direktor Végh sich gegenwärtig wegen Betrügereien in Untersuchungshaft befindet, eine Schwindlerbande nannte, die in der Presse — wie dies ebenfalls durch Dokumente erhärtet wurde — ihre Hehler fände. Da sich unter den Angegriffenen auch ein Mitglied des zumeist aus Adeligen bestehenden Nationalkasino's, Graf Paul Festetich, befand, von welchem „Függetlenség" ebenfalls mehrere kompromittirende Briefe veröffentlichte, ergriff ein anderes Mitglied desselben Kasino's, der verkrachte Baron Isidor Majthényi, der als einer der besten Schützen des Landes bekannt ist — diese Herren haben eben nichts anderes zu thun, als zu jagen und zu reiten — Partei für ihn und provozirte Herrn Verhovay zu einem Duell, welches am 10. Januar stattfand und damit endigte, dass Verhovay durch einen Pistolenschuss so schwer verwundet wurde, dass man noch bis vor kurzem an seinem Aufkommen zweifelte.

Als dieses Duell sammt seiner Vorgeschichte und seinem blutigem Ausgang bekannt wurde, ging ein Schrei der Entrüstung durch das ganze Land. Wohin sollte es auch mit den gesellschaftlichen Zuständen kommen, wohin mit der öffentlichen Moral, wenn kein Redakteur mehr sicher ist, vom ersten Besten, der die Schiesswaffen zu hantiren weiss, niedergebrannt zu werden. Es ist Pflicht der Presse, die Uebel, woran unsere Gesellschaft leidet, zu bekämpfen und die Giftwunden, die den ganzen Körper zu infiziren bedrohen, auszubrennen; wer sie in der Erfüllung dieser ihrer Pflicht — leider wird dieselbe ohnehin nur selten geübt — zu hindern sucht, begeht

ein Verbrechen an der Gesellschaft, das man sich nicht ruhig gefallen lassen darf, wenn es von einer Regierung begangen wird, was der Fall ist, wenn sie die Pressfreiheit beschränkt oder gar aufhebt, das aber noch weniger geduldet werden darf, wenn Privatpersonen die Presse — wie in der Affaire Verhovay-Majthényi — mittelst Mordwaffen zu terrorisiren suchen. Das hat auch das Volk begriffen, und deshalb war es so entrüstet, als es von dem Duelle Kenntniss erlangte.

Da nun Baron Majthényi und dessen Sekundanten im Namen der „öffentlichen Meinung des Kasino's" handelten, überdies von der Polizei — der Oberstadthauptmann (gleichbedeutend mit Polizeidirektor) Alexius v. Thaiss ist ebenfalls Mitglied dieses Kasino's — in gar keiner Weise behelligt wurden, richtete sich die Entrüstung gegen das Kasino selbst, vor welches einige Hundert Personen zogen, um den anwesenden Magnaten eine solenne Katzenmusik zu bereiten. Es würde wohl bei dieser einen Demonstration sein Bewenden gehabt haben, wenn der Oberstadthauptmann nicht gleich als „Staatsretter" aufgetreten wäre und in dieser Stellung mehrere Verhaftungen hätte vornehmen und zum Ueberfluss nicht auch noch Militär aufmarschiren lassen, das mit gefälltem Bajonette gegen die Demonstranten einschritt. Nur diesem brutalen Vorgehen ist es zuzuschreiben, dass sich die Demonstrationen mehrere Abende hintereinander wiederholten und immer grössere Dimensionen annahmen. Die „Ordnungsretter" gingen in ihrer Brutalität so weit, dass sie nicht nur von der blanken Waffe Gebrauch machten, wodurch viele, selbst an den Demonstrationen gar nicht betheiligte Personen verwundet wurden, sondern auch von den Schiesswaffen, welchen zwei Menschen, der Jurist Adolf Schwarz, die einzige Stütze seiner Mutter, und der verheirathete Komfortablekutscher Andreas Hajnal — auf Letzteren wurde geschossen, während er durch eine vom eigentlichen Demonstrationsorte (Hatvanergasse) entfernte Gasse fuhr — zum Opfer fielen.

Dass diese Art der „Staatsrettung" selbst der grossen Bourgeoisie missfiel, konnte man aus dem (überdies noch der Regierung nahestehenden) „Pester Lloyd" ersehen, der die traurigen Szenen der Strassendemonstrationen als „zumeist den Provokationen der Polizeiorgane" geschuldet, bezeichnete. Der Oberstadthauptmann, der sich nun von allen Seiten angegriffen sah, suchte die Angriffe durch zwei an die hauptstädtische Bevölkerung gerichtete Aufrufe zu pariren, in welchen er die Demonstrationen den Sozialdemokraten zuschrieb, auf die „gefährliche Richtung der Ruhestörung" hinwies, von der „Missachtung der Heiligkeit des Eigenthums" sprach und die Arbeiter warnte, „sich nicht zu Werkzeugen und sicheren Opfern des Egoismus, der sündhaften Bestrebungen des Hasses gegen die Gesellschaft missbrauchen zu lassen."

Obwohl nun die Budapester Sozialdemokraten in den Demonstrationen eine berechtigte Entrüstung des in seinem Rechtsgefühl beleidigten Volkes sahen, durften sie sich doch nicht eine solche Verdrehung der Thatsachen und eine solche absichtliche Verdächtigung der sozialdemokratischen Bestrebungen gefallen lassen, und sie liessen daher folgende, von den bekannteren Genossen unterzeichnete Erklärung an alle hauptstädtischen Blätter ergehen:

„Erklärung.

Angesichts der von der Oberstadthauptmannschaft ausgehenden Insinuation, als wären die Strassendemonstrationen der letzten Tage von der Sozialdemokratie in Szene gesetzt worden, während sie thatsächlich ganz spontan waren und ihren Ursprung in dem durch einige Kasinoherren beleidigten Rechtsgefühl des Volkes hatten;

Angesichts des unqualifizirbaren Vorgehens der Oberstadthauptmannschaft, welche die eigentlichen Urheber der Demonstrationen, die Herren Majthényi und Konsorten, ungeschoren liess, gegen die Demonstranten aber Polizei und Militär schickte, welche durch ihr unerhörtes, brutales Benehmen das ob solchen Vorgehens mit Recht entrüstete Volk zu Gewaltakten förmlich provozirte, und nun, da das Vorgehen der Oberstadthauptmannschaft allgemeinen Tadel findet, dasselbe dadurch zu rechtfertigen sucht, dass sie die Sachlage so darstellt, als wäre das „Eigenthum in Gefahr" gewesen, und als hätte die Sozialdemokratie schon beabsichtigt, eine „Theilung der Güter" vorzunehmen, wenn sie nicht mit ihren Konstablern und Soldaten als „Staatsretterin" aufgetreten wäre —

Weisen die Unterfertigten im Namen aller ihrer Gesinnungsgenossen alle von der Oberstadthauptmannschaft gegen die Sozialdemokratie gerichteten Anschuldigungen mit aller Entschiedenheit zurück und erklären dieselben insolange für infame Verdächtigungen, bis sie nicht durch Beweise erhärtet werden."

Auf diese Beweise haben die Sozialdemokraten bisher vergeblich gewartet. Und doch erdreistete sich der Oberstadthauptmann in einem seiner Aufrufe zu sagen: „Die Polizei kennt jene Elemente, welche nicht zum Zwecke einer harmlosen Demonstration die Ruhe der Hauptstadt unseres Vaterlandes gestört haben!" Mit welcher Wissentlichkeit er log, als er dies niederschrieb, zeigt die Antwort, die er zweien Abgeordneten gab, die ihn aufforderten, für seine Anschuldigungen amtlich erhobene Daten vorzubringen und zu veröffentlichen; er sagte nämlich, dass er dies nicht thun könne, da seine diesbezüglichen Daten „überaus lückenhaft" seien!

Die Erklärung der Budapester Sozialdemokraten war übrigens nicht nur dem Oberstadthauptmann gegenüber nothwendig, sondern auch gegenüber einem Theile der Provinz- und ausländischen Presse. Wie dieselbe die Budapester Vorgänge behandelte, davon hier einige kleine Proben: Die „N. Arad. Ztg." schrieb: „Im Allgemeinen lässt sich bereits konstatiren, dass es vorwiegend die in letzter Zeit wieder zu regsamer Thätigkeit erwachte sozialistische Parteiführung gewesen, welche unter dem Deckmantel der Sympathie für Verhovay und die freie Presse den gutmüthigen Sinn der hauptstädtischen Bevölkerung im eigenen Parteiinteresse auszubeuten suchte." — Die „Pressburger Zeitung" schrieb: „Bei diesem Tumulte haben wir es mit bedenklichen Erscheinungen zu thun, die aus der Nothlage der Bevölkerung entspringen. Wir sehen, wie in der Pariser Schule der Kommunisten herangebildete Hetzer die Gelegenheit benützen, in den niedersten Schichten sträfliche Gelüste rege zu machen." Noch viel schnurriger drückte sich das „Prager Abendblatt" aus. Es sagte nämlich u. A.: „Der Zweck der Bewegung scheint lediglich auf die Ruhestörung um jeden Preis gerichtet zu sein,

wie dies ähnliche (sozialistische) Agitationen an anderen Orten des Kontinents genugsam bewiesen haben. Erstaunlich ist das plötzliche Auftreten dieser Richtung in Ungarn, wo man bisher von ähnlichen destruktiven Ideen zum Glücke nichts wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Dies legt die Vermuthung nahe, dass fremde Einflüsse bei der Bewegung mit im Spiele sind, und wenn wir recht unterrichtet wurden, befindet sich derzeit (!) Fränkel (soll heissen: Frankel), einer der gefährlichsten Mitglieder der Pariser Kommune, in der Hauptstadt Ungarns." Brrr! Aehnlich drückte sich die „Politik", die „Reichenberg. Ztg." etc. aus; überall dieselbe Heulmeierei, überall dieselbe Dummheit und Verlogenheit. Und das ist die Presse, das sind die Leute, die sich anmassen, die geistigen Führer des Volkes zu sein! — — —

Da ich nun schon einen Nachtrag schreibe, will ich auch erwähnen, dass sich Anfangs Januar eine aus 500—600 Genossen bestehende Deputation zum Abgeordneten Stefan Miklos begab, um ihm Namens der Partei den Dank für sein, im Interesse des freien Vereins- und Versammlungsrechtes und des allgemeinen Wahlrechtes erfolgtes Auftreten im Abgeordnetenhause auszudrücken. Wie gewöhnlich, machte sich auch da die Polizei höchst lächerlich. Als nämlich die Genossen am Versammlungsort erschienen, waren daselbst schon ein Dutzend Polizeikommissäre und eine ganze Schaar von berittenen und unberittenen Polizisten. Fast schien es, als hätte die Regierung erwartet, dass man ihr durch eine vorzeitige That den Gefallen erweisen werde, als „Staatsretterin" auftreten zu können, was man wohlweislich unterliess. Das Ganze, was man that, war, dass man sich über die staatsretterische Anordnung sehr laut moquirte.

Die beabsichtigte Vereinigung der Partei der Nichtwahlberechtigten und ungarischen Arbeiterpartei, die ich in meinem eigentlichen Bericht erwähnt habe, hat mittlerweile bereits stattgefunden, und führt die vereinigte Partei nun den Namen: „Sozialdemokratische Partei Ungarns". Das ungarische Zentralorgan der Partei ist die „Népszava", das deutsche die „Arbeiter-Wochen-Chronik", und wurde Géza Csorba zum Redakteur des ersteren und Leo Frankel zum Redakteur des letzteren Blattes einstimmig gewählt, resp. wiedergewählt. Für die kommenden Pfingst-Feiertage ist ein Parteikongress bestimmt, auf welchem u. A. das offizielle Programm der Partei festgestellt werden soll.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, dass der österreichische Minister des Innern durch einen Ukas vom 27. Februar l. J. der „Arbeiter-Wochen-Chronik" das Postdebit für alle im österreichischen Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder entzogen hat. Dadurch verlöre dieselbe einige hundert Abonnenten — ich sage: verlöre, weil es noch immer verschiedene Mittel giebt, die österreichischen Abonnenten der „Arbeiter-Wochen-Chronik" trotz des Ukases zu befriedigen, was auch geschieht. Fraglich ist es jetzt nur, ob nicht auch die ungarische Regierung einen diesbezüglichen Wink von Wien erhalten und darnach handeln wird? Jedenfalls müssen sich die Sozialdemokraten heute auf Alles gefasst machen und demgemäss, soweit als möglich, auch ihre Vorkehrungen treffen.

L. Fr.

Der kleinrussische Internationalismus.

Von M. Dragomanow.

Auf Seite 275 des „Jahrbuches für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, I, im Artikel von Herrn P. L. über die sozialistische Bewegung in Russland, finden wir eine Stelle, die uns zu der Bitte an die Redaktion des „Jahrbuches“ veranlasst, nachstehenden Bemerkungen Raum zu gewähren.

Indem Herr P. L. die Herausgabe der seit 1878 in Genf erscheinenden grossrussischen Zeitung „Obschtschina“ bespricht, bemerkt er: „Sie (die Redaktion der Obschtschina) hebt . . . als nothwendig ganz besonders hervor, dass sich die innerhalb des russischen Reiches wirkenden Gruppen als Verband einzelner, „nationaler“ Gruppen konstituiren, anstatt dass bisher sämmtliche Sozialisten eine Masse bildeten, ungeachtet der Nationalitätsverschiedenheit zwischen den Grossrussen, Kleinrussen und Polen. Hiermit stellte also die Redaktion ihr Blatt auch den südlich-russischen Nationalisten frei.“

Diese Worte stellen unserer Meinung nach einige Verhältnisse der sozialistischen Bewegung in Russland völlig irrthümlich dar und sind nur geeignet, die Konfusion in den Vorstellungen des europäischen Publikums über diese Bewegung, die ohnehin schon voll von Irrthümern sind, zu vermehren. Neben irrthümlicher Wiedergabe der Gedanken der „Obschtschina“ enthalten die Ausführungen des Herrn P. L. zwei faktische Ungenauigkeiten: Erstens ist es nicht richtig, dass die Eigenthümlichkeit der russischen sozialistischen Partei bis in die neueste Zeit nur darin bestand, dass sie eine kompakte Masse ohne Nationalitätsverschiedenheit bildete, — und zweitens ist unrichtig, dass heute in Russland irgend welche „südlich-russische Nationalisten“ existiren, welche sich als solche offen proklamirt hätten.

Allerdings wurde während einer gewissen Zeit in denjenigen Kreisen, welche man „russische soziale Partei“ nannte, die Frage von den Nationalitäten ein wenig anders gestellt, als man sie gegenwärtig zu stellen anfängt. Es handelt sich nicht darum, dass diese Kreise „ungeachtet der Nationalitätsverschiedenheit zwischen den Grossrussen, Kleinrussen und Polen“ sich konstituirten, — sondern darum, dass die Thätigkeit dieser Kreise entweder ausschliesslich für das grossrussische Publikum berechnet war, oder ausschliesslich diesem

Publikum angepasst wurde. Es war dies eine ganz naturgemässe Folge davon, dass die russische sogenannte „gebildete“ Gesellschaft ihre Bildung ausschliesslich in den Staatsschulen erhält, welche in Folge der seit dem 18. Jahrhundert durchgeführten, äussersten staatlichen Zentralisation — ausschliesslich grossrussisch sind. Die russische Literatur kann zur Verbesserung der Bildung „der russischen Gesellschaft“ wenig beitragen, da sie, in Folge der nämlichen Zentralisation und Zensur fast ausschliesslich Residenzliteratur ist und die Residenzstädte Russlands sich in Grossrussland befinden.

Aus diesen Gründen besteht wahrscheinlich nirgends eine solche Begriffsverwirrung über Staat und Nationalität, als es bis jetzt in Russland der Fall ist: die Gebildeten aller Nationalitäten in Russland (seit dem Jahre 1864 sogar auch in Polen) entfremdeten sich immer mehr und mehr von den Massen ihrer Stammesgenossen, sowohl was Sprache als auch was Kenntniss ihrer Lebensverhältnisse anbetrifft, und wenn sie irgend einen Begriff vom Volke haben, so verstehen sie darunter nur das Volk der Staatsnationalität, d. h. das grossrussische, welches man schlechthin „russisch“ nennt.

Die Elemente der „russischen sozialistischen Partei“ gingen aus der mit derartigen Anschauungen grossgezogenen Gesellschaft hervor. Allerdings nahmen die Begründer des russischen Sozialismus, Herzen, Bakunin u. A., — als Leute von grosser theoretischer Bildung und in einer Zeit thätig, wo neben anderen Auflehnungen gegen die Staatsordnung der Moskau-Petersburg'schen Monarchie sich auch eine theils separatistische, theils föderative Bewegung bei allen nichtgrossrussischen Völkern Russlands, besonders aber bei den Polen und Kleinrussen ziemlich bemerkbar machte, wo sogar in den grossrussischen Provinzen (in Kasan, Sibirien u. s. w.) Anfänge einer föderativen Bewegung zu Tage traten, — auch die Idee einer Föderalisation aller Nationen Russlands anstatt ihrer bisherigen Zentralisation in ihr sozialpolitisches Programm auf. Seit dieser Zeit wird fast eine jede sozialistische Fraktion in Russland eo ipso als föderalistisch, und werden viele sogar als anarchistisch angesehen. In den meisten Fällen aber stand dieser Föderalismus und sogar der Anarchismus der „russischen“ Sozialisten nur auf dem Programm, thatsächlich waren ihre Kreise ausschliesslich grossrussisch. Es genügt, auf die Thatsache hinzuweisen, dass, obwohl ihnen Persönlichkeiten fast aller Nationalitäten des europäischen Russlands: Kleinrussen, Grossrussen, Juden, Rumänen, Grusinen, Polen u. dergl. angehörten, alle die zahlreichen Publikationen der russischen sozialistischen Gruppen, sogar diejenigen, welche für die Propaganda unter dem Landvolke bestimmt waren, bis 1875 ausschliesslich grossrussisch waren, sowohl was die Sprache, als auch was die Thatsachen anbelangt, — und dass man in den massgebenden Publikationen der russischen sozialistischen Partei nicht die geringsten Anzeichen dafür trifft, dass man den Widerspruch dieses Sachverhalts mit den Ideen des kosmopolitischen Sozialismus, Internationalismus und sogar mit dem § 7 des Statuts der „Internationalen Arbeiterassoziation“ einsah,

welcher die Bildung von Sektionen und Organen der Arbeiter innerhalb jeder Nation anempfahl. In manchen Publikationen jener Zeit bemerkt man sogar einen augenscheinlichen Rückschritt im Vergleich zu den Ideen Herzens und Bakunins über die Frage vom Staate und der Nationalität, und insbesondere was die Frage von „Russlands Einheit“ anbetrifft, welche die genannten Begründer des russischen Sozialismus verneinten. Innerhalb der russischen, d. h. eigentlich der grossrussischen Sozialisten, traten neben abstrakten Phrasen von den Prinzipien des Kosmopolitismus und Föderalismus, Kennzeichen eines entschiedenen grossrussischen Nationalismus und namentlich eines offiziellen Nationalismus zum Vorschein. Dieselben sind besonders im „Wpierjod“ (1873—1876) zu finden. Allerdings wird im Programme die soziale Frage als universell angesehen, die Form und die Grundlage für die Thätigkeit der Sozialisten dagegen für national erklärt; einige Male wird vom „Vaterlande“, von „speziellen russischen Zielen“ und dergleichen gesprochen. Aber augenscheinlich wird das Wort „russisch“ von der Redaktion für synonym mit „grossrussisch“ gehalten. Von den westlichen russischen Nationalitäten, den Weissrussen und Kleinrussen, finden wir in dem Programm nur eine dunkle Vorstellung: entweder nennt es sie gar nicht, oder ist bereit, sie für russisch im Sinne der Grossrussen zu halten. Von den slavischen Nationen Russlands erkennt das Programm nur die Polen, oder eher das Polen, den Staat, an, welchen es billigerweise von Russland, d. h. von Grossrussland trennen will, — ungeachtet dessen, dass Grossrussland an Polen, als ethnographisches Ganze, ja ganz und gar nicht grenzt, und sie deshalb auch nichts zu trennen haben: an das nationale Polen grenzen nur die Weissrussen und die Kleinrussen, und existirte also für sie die polnische Frage nur im nationalen, nicht aber im staatlichen Sinne. Und dies, sowie alle Fragen, welche die Existenz der westrussischen Nationen betreffen, sind es auch, worüber bei der Redaktion der grossrussischen Publikation, welche allrussisch werden wollte, zum mindesten ein gewisses Dunkel herrscht. So weiss sie unter anderm nicht, dass die „Galizier“, welche sie zur gemeinsamen Arbeit auffordert, zu denselben Kleinrussen gehören, welche die Redaktion in Russland nicht bemerkt hatte. Diese falsche Auffassung musste die Redaktion des grossrussischen sozialistischen Organs von dem demokratisch-föderalistischen auf den offiziell-zentralistischen Boden abdrängen, und nahm sie denn auch völlig offiziell-nationalistisch Antheil an Banketten zu Ehren des polnischen Aufstandes von 1830, und trotzdem Herr P. Lawroff in seiner Anrede die Nationalisten Vorgänger der Sozialisten nannte, liess er doch kein Wort über die ukrajinischen Kosaken fallen, deren Kommune Sitsch den sozialistischen Tendenzen der Volksmassen Russlands weit mehr entspricht, als die Ideale der polnischen Politiker, welche die Wiederherstellung desselben Polens von 1773 wünschen, gegen welches das kleinrussische Volk mit den Kosaken an der Spitze ankämpfte. — Sich so Polen, als selbsständigem Staat, zuneigend, bespricht „Wpierjod“ etwas unverständlich die Rechte und

die Bestrebungen der anderen nicht-offiziellen Nationalitäten Russlands, die weder Kronen in ihren Traditionen, noch Politiker zu ihren Vertheidigern haben; sie misst sogar die Bestrebungen dieser völlig demokratischen Nationen mit dem Massstabe gewisser „russischen Interessen“ (S. 25). „Wpierjod“ sprach sogar sympathisch von der geschichtlichen „russischen Einheit“ im moskau'schen Staate (I, S. 30—31), — der gegenüber sich nicht nur die Sozialisten, namentlich die nicht-grossrussischen, sondern sogar ein beträchtlicher Theil der grossrussischen Liberalen nur verneinend verhalten dürfen.

Dieses Hervortreten eines offiziellen grossrussischen Nationalismus innerhalb der sogenannten russischen sozialistischen Partei, — ganz besonders aber die sich in den Publikationen und Handlungen derselben dokumentirende Unkenntniss der lokalen und nationalen Lebensverhältnisse der nicht-grossrussischen Länder und Völker Russlands, musste eine Reaktion zum Zweck einer logischen Anwendung der Ideen des Internationalismus und Föderalismus bei der sozialistischen Propaganda in Russland hervorrufen. Diese Reaktion trat zuerst innerhalb der Kleinrussen oder der Ukrajiner (in Kijew, Odessa u. s. w.) zu Tage, denen ihr persönliches Gefühl und das Studium der Lebensverhältnisse ihres Volkes den Sieg über den Einfluss der offiziellen Schule und der protegirten Literatur, welche sie ihrem Volke fremd erscheinen liess, davontragen halfen. Die ukrajiner Sozialisten beschlossen, sich als eine selbstständige Gruppe zu konstituiren, — um so mehr, da die Identität der nationalen und ökonomischen Verhältnisse ihre engste Verbindung mit den Sozialisten unter den sogen. Ruthenen Oesterreich's erheischte, die sich von den Ukrajinern in Russland so wenig unterscheiden, wie die Grossrussen des Moskau'schen von den Grossrussen des Tula'schen Gouvernements, und mit deren Angelegenheiten sich die „russischen“ Sozialisten bei ihrem völligen Panrussismus nicht beschäftigen konnten und wollten. Es ist bemerkenswerth, dass die Gruppe der ukrajinischen Sozialisten sich sowohl aus den Bekennern der vormaligen demokratisch-föderativen ukrajinischen Bewegung rekrutirte, welche sich schon in den 40er Jahren, unter anderem durch die Poesien des Bauern Schewtschenko — unter dem Kaiser Nikolaus I. mit Kerker und Deportation bestraft (1847—1857), — und in den 60er Jahren durch die Propaganda der von den polnischen Gutsbesitzern mit dem Namen Chlopomanie (chlop — Bauer) bezeichneten Ideen kundgab, als auch aus denjenigen russischen Sozialisten, die einsahen, dass die Propaganda des Sozialismus in der Ukrajine nicht anders gelingen könne, als in der Sprache des Volkes und mit Berücksichtigung der lokalen geschichtlichen und sozialen Verhältnisse desselben. So waren z. B. die ersten von der ukrajinischen sozialistischen Gruppe von 1875—76 herausgegebenen Volksbücher von einem früheren Mitarbeiter des grossrussischen „Wpierjod“, einem ehemaligen Mitgliede eines ukrajinischen demokratischen Zirkels und von einer der hervorragendsten Persönlichkeiten des Petersburger Prozesses der 193 Sozialisten verfasst.

Von dem Jahre 1875 an gaben die Gruppen der ukrajinischen

Sozialisten in Russland und Oesterreich eine grosse Anzahl sowohl unmittelbar für das Volk, als auch zur Orientirung der Propagandisten bestimmter Bücher heraus. Die meisten von ihnen sind im Bericht des Herrn M. T. in der ersten Hälfte des „Jahrbuches" genannt, und wenn wir dieselben auch nicht zu beurtheilen haben, so dürfen wir doch die Thatsache hervorheben, dass sie in der Zeit von 1876 bis 1879 die einzigen sozialistischen Publikationen Russlands waren, welche vom Volke und zum Volke sprachen — während die Publikationen der „russischen" sozialistischen Partei in der letzten Zeit fast ausschliesslich mit Nachrichten und Traktaten über die speziellen Angelegenheiten der Propagandisten und Revolutionisten angefüllt waren und die Publikation für das Volk selbst, sowie das Studium seiner gegenwärtigen Lage fast vollständig bei Seite liessen, und in den letzten Jahren sogar weit mehr einen politischen, als einen sozialistischen Charakter annahmen.

Wir fordern einen Jeden auf, uns in den Publikationen der ukrajinischen sozialistischen Gruppen eine einzige Zeile zu zeigen, die nicht getreu dem Sinne und dem Buchstaben der internationalen sozialistischen Lehre entspräche, und die den Namen des Nationalismus, und nicht den des internationalen Sozialismus verdiente. Kann man ja doch das Verlangen, selbstständig und mit genauer Kenntniss und Berücksichtigung der Landesverhältnisse zu wirken, dem Volke die universellen Ideen in seiner eigenen und nicht in einer fremden Sprache zu lehren, nicht Nationalismus nennen! National wären in einem solchen Falle alle Gruppen der Internationalen selbst, — um nicht der andern sozialen Gruppen in Frankreich, Deutschland, Italien u. s. w. zu gedenken. Der ganze Unterschied zwischen den ukrajinischen Sozialisten und z. B. den französischen ist der, dass, da das französische Reich schon lange und ununterbrochen besteht, und Niemand den Franzosen verbot, in ihrer nationalen Sprache zu lernen und zu schreiben, sich auch Niemand verwundert, dass die französischen Sozialisten für ihr Volk französisch schreiben, und nicht italienisch. Die Lage der ukrajinischen Sozialisten kann am ehesten mit der Lage der flämischen Sozialisten verglichen werden, die einer Nationalität angehören, welche zeitweilig einem Staate fremder Nationalität unterworfen war, und innerhalb welcher die literarische Thätigkeit eine Zeit lang ruhte, sich aber dann, Dank den Anstrengungen der privaten national-literarischen Gesellschaften, wieder Bahn schuf. Diese „flämische Bewegung" verschaffte sich endlich Konzessionen Seitens der offiziellen Elemente in Belgien; und wenn auch die literarische Form die flämischen Sozialisten mit den flämischen Nationalitäten verbindet, so wäre es doch sonderbar, die Ersteren deshalb Nationalisten zu nennen, weil sie für ihr Volk in seiner eigenen Sprache schreiben wollen.

Es kommt nun noch hinzu, dass zwischen der Lage der ukrajinischen und der der flämischen Sozialisten in einer Hinsicht noch ein sehr wichtiger Unterschied besteht. Bei den Flamändern giebt es neben den Sozialisten thatsächlich nationalistische Patrioten-Parteien,

mächtig an Talenten, an Geld und an Einfluss; unter den Ukrajinern aber giebt es vielleicht etwas Aehnliches nur bei den Ruthenen in Oesterreich, wo klerikale, monarchistische, liberale etc. Patrioten existiren, die übrigens alle demokratischen Ideen huldigen, da die ruthenische Nation fasst ausschliesslich aus Bauern und Kleinbürgern besteht, welche in Galizien dem Druck des polnischen, in Ungarn dem des ungarischen, in der Bukowina dem des deutschen und rumänischen Adels, sowie dem der verschiedenen Bourgeoisien, hauptsächlich der jüdischen, unterliegen. In der Ukrajine Russlands aber giebt es gegenwärtig weder konservative noch mässig-liberale Patrioten. Schon in den 40er Jahren, als die neu-ukrajinische literarische Bewegung*) in der Kijew'schen Gesellschaft des Prof. Kostomarow und des Poëten Schewtschenko**) zum ersten Male einen politischen Charakter annahm, legte sie neben politisch föderalen Ideen auch scharf demokratische Bestrebungen an den Tag, und als in den 60er und 70er Jahren die grossrussische sozial-demokratische Bewegung in's Leben trat, waren die Werke Kostomarow's über die nordrussischen Republiken, die kosakischen Kommunen und Volksaufstände in Gross- und Kleinrussland Lieblingsbücher eines jeden gebildeten grossrussischen Sozialisten. Man darf behaupten, dass der Ukrajinophile Kostomarow das grossrussische Volk und seine freien Kommunen gegenüber dem Kaiserthum und Bojarenthum (Adel), welche bisher von den nationalen grossrussischen Geschichtsschreibern ausschliesslich behandelt waren, für die grossrussische Gesellschaft erst entdeckt hatte. Der Poët des ukrajinischen Bauernstandes, Schewtschenko, welcher das Volk zum Aufstand für persönliche und ökonomische Freiheit aufforderte, rief in so Manchem zuerst die Ideen wach, welche ihn später in die Reihen der „russischen" Sozialisten führten. Unter dem Einflusse Schewtschenko's trat zu Ende der 50er und im Anfang der 60er Jahre innerhalb der ukrajinischen Jugend eine Bewegung in's Leben, die, obwohl nicht so breit, doch sehr Vieles mit der in den 70er Jahren beginnenden sogenannten „Bewegung in das Volk", gemein hatte, welche als Anfang der praktischen Bewegung der „russischen Sozialisten" gilt. Nicht umsonst waren die damaligen polnischen Zeitungen voll von Geschrei gegen die „ukrajinische Chlopomanie", in welcher sie eine lokale Erscheinungsform des europäischen Sozialismus und Kommunismus erblickten. Und wenn diese „ukrajinische Chlopomanie" sich nicht zu einer rein sozialistischen Bewegung entwickelt hatte, so darf als Hauptgrund dafür das Verbot der ukrajinischen Literatur in Russland und die russische Zentralisation angesehen werden, welche weit

*) Ueber dieselbe gaben wir einen Abriss in der Brochüre: La littérature oukraïnienne, proscrite par le gouvernement russe. 1878. Genève.

**) Ueber Schewtschenko findet man Näheres bei: Obrist, „Tarass Schewtschenko, ein kleinrussischer Volksdichter." Czernowitz, 1870; — E. Durand, „Chewtchenko." Revue des deux Mondes, 1876; — Franzos, „Zwischen Donau und Don."

mehr die Organisation des Sozialismus in den Residenzstädten, als die in der Provinz begünstigte.

Ehe wir unsere Ausführungen über die ukrajinische Demokratie der letzten Generation abschliessen, müssen wir noch eine ihrer Besonderheiten erwähnen.

Es muss hervorgehoben werden, dass bei solchen ukrajinischen Patrioten wie Kostomarow und Schewtschenko eine Idealisirung ihres Volkes und seiner Vergangenheit — die ja jedenfalls weit einnehmender ist, als die Wirklichkeit des russischen Kaiserthums, — eine derartige Idealisirung, wie wir sie gewöhnlich bei Patrioten bemerken, sich absolut nicht findet. Sie liessen sich durch die republikanisch-kosakische Organisation von Kleinrussland im 17ten bis 18ten Jahrhundert ebensowenig verführen, als durch den Demokratismus der Sitsch von Saporoze, sondern wiesen auch hier auf den Mangel sittlicher Kräfte und die Keime des Aristokratismus hin, welche den benachbarten Monarchien und Aristokratien (Polen, Moskau und Türkei) die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes vernichten halfen.

Die neuere Generation der Ukrajiner Russlands vereinigte sich dagegen, indem sie mit den Ideen ihrer Vorgänger eine nähere Kenntniss der Bestrebungen der neueren europäischen sozialen Demokratie verband, untrennbar und ohne alle Merkmale eines rückwärts blickenden Patriotismus mit der europäischen sozialistischen Bewegung. Wie einnehmend auch viele Seiten ihrer Einrichtung, wie populär in unserem Volke auch gegenwärtig die Kommune der ukrajinischen Kosaken, Sitsch von Saporoze, die Herzen sogar „sozialdemokratische Republik“ genannt hatte, sein mag, dennoch verhalten sich die ukrajinischen Sozialisten auch ihr gegenüber ohne jede Idealisirung und kritisch. Sie halten den Sozialismus für eine Sache des neueren, universellen, ökonomischen und wissenschaftlichen Fortschritts, nicht aber für eine Sache der Vergangenheit und patriotischer Erinnerungen. In der ukrajinischen sozialistischen Literatur wurde allen religiösen, nationalen, politischen und sozialen Ideen, die mit dem universalen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritte nicht übereinstimmen, gleichzeitig der Krieg erklärt, gleichviel, ob unser Volk diese Ideen sogar theilt und ihre gänzliche oder theilweise Anerkennung den ukrajinischen Sozialisten eine einstweilige Popularität bei dem Volke verschaffen würde.

Ausschliesslich zur Charakteristik derjenigen Bewegung, welche Herr P. L. „südrussischen Nationalismus“ nannte, müssen wir hinzufügen, dass in der ukrajinischen sozialistischen Literatur solche patriotische Verirrungen keinen Eingang fanden, wie z. B. der Artikel des „Wpierjod“ „1773—1873“, in welchem der Aufstand des falschen Zaren Pugatschew höher geschätzt wird als der Aufstand der nordamerikanischen Vereinigten Staaten, wie ferner die Aeusserungen Bakunins, dass das grossrussische Bauernthum gegenwärtig schon völlig bereit sei, die Idee der Internationale zu theilen, oder wie der Aufruf des Petersburger Revolutionsblattes „Boden und Freiheit“ (1879) an die „russischen Sozialisten“, dass dieselben „von ihrem Sozialismus die europäische

Kleidung wegwerfen und ihr Volk im Namen dessen, was es selbst meint, sei es sogar im Namen des Zaren oder des Glaubens der Raskolniken, revolutioniren sollten, welchem Aufrut auch mehrere, für die Sache des Sozialismus in Russland äusserst nachtheilige Handlungen und Projekte entsprechen. Allerdings ist die ukrajinische sozialistische Partei noch äusserst schwach, weil sie sehr viele Schwierigkeiten, welche die Sozialisten anderer, unabhängiger oder gar dominirender Nationen nicht kennen, zu überwinden hat. Unter anderm muss sie gegen das Ueberlaufen der jungen Kräfte ihres Volkes in das Lager der privilegirten Nationen: in das der grossrussischen (in Russland) und der polnischen (besonders in Oesterreich) ankämpfen; sie muss zu ein und derselben Zeit nicht nur die Agitationsliteratur, sondern auch die wissenschaftliche, die artistische und die Unterrichtsliteratur (allerdings im Geiste der neuen Weltanschauung) herschaffen. Wie schwach aber auch bisher die Thätigkeit der ukrajinischen Sozialisten, denen kein Fremder geholfen, denen dagegen viele von denjenigen, von denen etwas Anderes zu erwarten war, — wenn auch nur durch Hinstellen als Nationalisten —, hinderlich waren, gewesen sein mag, so haben die ukrajinischen Sozialisten wenigstens bis jetzt nichts zu Tage gefördert, was einer Abweichung von den Ideen des neueren internationalen Sozialismus ähnlich wäre. Es finden sich bei ihnen nicht nur keine Kennzeichen eines solchen Nationalismus, welcher andere beherrschen will oder die sittlichen und materiellen Kräfte anderer Nationen für sich in Anspruch nimmt, sondern auch keine eines solchen, welcher sich ausschliesslich um die Leute seiner Nationalität kümmert.

Allerdings besprechen die ukrajinischen Sozialisten in allen ihren Publikationen die Angelegenheiten des weitausgedehnten Landes von der oberen Theiss bis Kubán, wo die ukrajinische Nationalität die ungeheuere Mehrzahl der Bewohner bildet. Aber sie reden nicht nur von der vollen Autonomie aller nicht-ukrajinischen Gruppen und Gemeinden in diesem Lande, sondern auch von der unumgänglichen Solidarität und gegenseitigen Hilfe bei der Thätigkeit der Repräsentanten dieser Gruppen und Gemeinden, sowie der Nachbarn der Ukrajiner: der Grossrussen, der Weissrussen, der Polen, der Czechen, der Slovaken, der Bulgaren, der Rumänen, der Deutschen und der Juden. In den ukrajinischen sozialistischen Publikationen war die Rede von der Propaganda des Sozialismus bei den Leuten, die bis jetzt von Seiten der russischen Sozialisten gänzlich ausser Acht gelassen waren, obwohl die letzteren meist im Namen einer Bevölkerung Russlands von achtzig Millionen redeten. Dahin gehören u. A. die bessarabischen Rumänen (aus deren Mitte so manche ungemein energische Mitglieder der „russischen sozialistischen Partei“ und unter anderen der Verfasser des besten grossrussischen sozialistischen Pamphlets, des berühmten „schlauen Mechanismus“, hervorgegangen sind), oder die Juden, welche in Westrussland eine Bevölkerung von fast drei Millionen Menschen bilden, eine ächte Nation mit besonderer Lebensweise, Arbeit und Sprache, und inmitten deren bis jetzt Niemand die sozialistischen Ideen zu propagiren versuchte, ungeachtet dessen, dass so viele Juden unter den „russischen“